Merkwürdige
Reichshofrathsgutachten
mit
Geſichtspuncten
für
den Leſer

Dritter Theil.

Frankfurt am Mayn
in der Andreäiſchen Buchhandlung
1795.

Vorrede.

Der Herausgeber gegenwärtiger Sammlung würde die Pflicht der Aufrichtigkeit verletzen, wenn er es ſich oder dem Publicum verhehlen wollte, daß Ziffer VI. VII. VIII. X — XXI. dieſes dritten Theils ſchon anderwärts im Druck erſchienen ſind, im Falle das Publicum oder ein Theil deſſelben ſich deſſen nicht ſogleich bewußt ſeyn ſollte, — gleichwie denn auch bereits im erſten und zweyten Theile einige wenige Stücke, ohne den Werth der Neuheit zu beſitzen, eine Stelle gefunden haben.

Der Vortheil, der daraus für die Freunde der Sache entſpringt, und dieſe Incorporationen zerſtreuter oder ſeltener Actenſtücke rechtfertigt, iſt der, daß man nunmehr alle bis jetzt bekanntgewordene Reichshofrathsgutachten beyſammen

ſammen hat, wenn man mit der gegenwärtigen Sammlung auch noch die Moſeriſche, Ganziſche und die in Uffenbachs und Wernhers bekannten Schriften befindliche Aufſätze gleicher Art vereinigt.

Der vierte Theil hingegen wird durchgehends nur ungedruckte Stücke über den Weſtphäliſchen Frieden enthalten.

Innhalts-

Innhaltsanzeige.

I. Grundſätze des Reichshofraths von der Kaiſerl. und Reichsjurisdiction in Religionsſachen durch Geſetze und Herkommen bewieſen aus der Regierungszeit Kaiſer Joſephs II. nach dem Jahr 1769. S. 1 — 33

II. Anderweitige Ausführung der Kaiſerl. Gerichtsbarkeit in Religionsſachen. S. 34 — 111

III. Bericht des Kaiſerl. und Reichskammergerichts ad Auguſtiſſimum die Herrſchaft Lahr und Mahlberg, auch andere Geroltzeckiſche Reichslehen betreffend vom Jahre 1676. S. 112 — 162

IV. Extractus actorum in Sachen Limburg contra Limburg puncto ſeparationis feudi ab allodio nunc transactionis 1749. S. 163 — 168

Das Recht des Kaiſers, päbſtliche Bullen zu genehmigen. S. 169 — 171

V. Reichshofrathsgutachten in Sachen Freyſingen Domſtift wider den Doctorem juris Particella deſſen Stiftsmäſigkeit betreffend vom Jahre 1750. S. 172 — 206

Sind gemüthskranke Fürſten der Kaiſerl. Jurisdiction unterworfen? S. 207 — 208

VI. Reichshofrathsgutachten die Gemüthskrankheit des Herzogs von Guaſtalla betreffend aus dem Jahre 1729. S. 209 — 227

VII. Deßgleichen. S. 228 — 234

VIII. Deßgleichen. S. 235 — 243

Reichsbelehnungen ex nova gratia im Beyſpiele der Freyherrn von Reck zu Stockhauſen. S. 244 — 245

IX. Reichshofrathsgutachten in Sachen von der Reck zu Heeſen und Steinfurth puncto Inveſtiturae die Mannlehen und die freyen Stühle zu Drenſteinfurth und Heeſen betreffend vom Jahre 1774. S. 246 — 262

X. Reichshofrathsgutachten in Sachen die Abolirung des Jeſuitenordens und die ihm zuſtändig geweſenen Reichslehenſtücke, immediate Güter, Gerechtſame und Einkünfte betreffend vom 6. Nov. 1773. S. 263 — 285

XI. Reichshofrathsgutachten das reichslehenbare unmittelbare Ritterguth Linz betreffend vom 13. Dec. 1773. S. 286 — 291

XII. Reichshofrathsgutachten in der nehmlichen Sache vom 27. Jan. 1775. S. 292 — 298

XIII. Reichshofrathsgutachten in Sachen Paderborn contra Lippe-Detmold, das Kloſter Falkenhagen betreffend vom Decemb. 1773. S. 299 — 302

XIV. Reichshofrathsgutachten in Sachen Augſpurg, Stadt, catholiſchen Antheils, contra Churbayern vom 15. Febr. 1774. S. 303 — 311

XV. Reichshofrathsgutachten in Sachen, die zu Augſpurg entſtandene Colliſion zwiſchen dem Brachio

eccle-

ecclesiaſtico et ſeculari betreffend vom 22. Febr. 1774. S. 312—320

XVI. Deßgleichen vom 17. März 1774. S. 321—323

XVII. Deßgleichen. S. 324—331

XVIII. Reichshofrathsgutachten, die von dem Jeſuitenorden beſeſſene niederrheiniſche ritterſchaftlichen Güter betreffend vom 18. Jul. 1774. S. 332—335

XIX. Reichshofrathsgutachten, die zu Augſpurg entſtandene Colliſion zwiſchen dem Brachio eccleſiaſtico et ſeculari betreffend vom 21. Jul. 1774. S. 336—353

XX. Reichshofrathsgutachten in Sachen Stadt Augſpurg, catholiſchen Antheils contra Churbayern vom 22. Jul. 1774. S. 354—360

XXI. Reichshofrathsgutachten in Sachen die zwiſchen Churcölln und der Stadt-Cölln entſtandene Irrungen betreffend vom 5. Sept. 1774. S. 361—380

XXII. Auszug eines Reichshofrathsgutachtens, die Reichslehenbare Herrſchaft Styrum, insbeſondere die an die Jeſuitermiſſion zu Mühlheim veräuſſerte Reichslehensſtücke betreffend vom Jahr 1774. S. 381

Reichslehnbarkeit der unmittelbaren Grafſchaft Hohenwaldeck in Bayern. S. 382 — 385

XXIII. Reichshofrathsgutachten die Unmittelbarkeit der Herrſchaft Hohenwaldeck betreffend vom Jahre 1773. S. 386—405

Gefäng-

Gefängliche Niederwerſung eines Kaiſerl. Exe-cutionscommando wegen unterlaſſener Requiſition des freyen Durchmarſches; und Verluſt der Reichsun-mittelbarkeit zur Strafe des Ungehorſams gegen Kai-ſerl. Befehle. S. 406 — 415

XXIV. Reichshofrathsgutachten in Sachen Georg Wil-helm von Maſſenbach contra deſſen Unterthanen zu Maſſenbach vom Jahre 1773. S. 416 — 424

XXV. Deßgleichen S. 425 — 434

XXVI. Reichshofrathsgutachten in Sachen de Mar-teau Alexis et Maria Barbara Knaeps Conjuges puncto legitimationis ad honores vom Jahr 1771. S. 435 — 438

XXVII. Einige Reichshofraths-Collegial-Principia, über Proceß und Referirart. S. 439 — 454

I.

Grundſätze des Reichshofraths
von der Kaiſ. und Reichs-Jurisdiction in Religionsſachen
durch
Geſetze und Herkommen
beweiſen
aus der Regierungszeit Kaiſer Joſeph II. nach dem Jahre 1769. *)

---

§. 1.

Der Antrag der A. C. verwandten Reichsſtände gehet in neueren Zeiten dahin, daß in Religionsklagen bey beyden Reichsgerichten ganz keine Proceſſe, weder gerichtl. Vernehmung und Erkenntniß ſtatt habe, ſondern in Liquidis gleich zur Realexecution und in Illiquidis in Vorgang ſummariſcher Unter-

*) Wenn der Herausgeber bisweilen nöthig gefunden hat, ſeinen Actenſtücken durch eine kurze Einleitung die Aufmerkſamkeit des Leſers zu verſchaffen, ſo hält er ſich jetzt bey dieſem und dem folgenden Aufſatze dieſer Autorpflicht nicht ohne zureichenden Grund überhoben. Wer beiden das Intereſſante ihres Innhalts nicht auf den erſten Blick abſieht, der hat keinen Geſchmack für deutſches Staatsrecht und lege immerhin dieſe ganze Sammlung bey Seite.

Unterſuchung, Localcommiſſion erkennet, überhaupt aber alle Religionsgravamina allein auf die zwei im weſtphäl. Frieden beſtimmte Normaljahre 1618. und 1624. dermaſſen entſchieden werden ſollen, daß dagegen weder ein Ius reformandi, weder eine Introductio ſimultanei, weder der im ryßwikiſchen Frieden Art. 4. bedungene Religionsſtand gelte.

§. 2.

Da der Schein dieſer Zumuthung von denen proteſtant. Reichsſtänden in denen Reichsgeſetzen und der K. W. C. will geſucht werden, ſomit es darauf beruhet, was für ein Weg zur Erledigung deren Religionsbeſchwerden einzuhalten dem Röm. Kaiſer, als obriſten Richter, zuſtehe, ſo kann ſolches nicht beſſer, als aus denen Geſchichten ſothaner Geſetze und aus der nach und nach von den Reichsſtänden ſelbſt geführten Sprache erörtert werden.

§. 3.

Die in Religionsſachen in Deutſchland gar unruhig geweſene Zeiten vor dem weſtphäl. Frieden können zwar keine vollkommene Richtſchnur auf jetzige Zeiten in Beurtheilung der Religionsbeſchwerden geben: allein ſie eröffnen doch den ehemaligen Sinn und Meinung, wie ſelbe bey den Reichsſtänden bis zum weſtph. Frieden geweſen, und in ſolchen dieſer errichtet worden.

§. 4.

Bald nach entſtandener Glaubensſpaltung im Reich, und wo die vorhin catholiſch geweſene Kirchen und Klöſter mit ihren Gütern von denen Augſp. Confeſſionsverwandten beſetzt und eingezogen wurden, fuhr das damals faſt durchaus mit catholiſchen Beyſitzern

ſitzern beſtellte Cammergericht mit Achts- und andern Proceſſen fort, bis auf Anſtehen derer proteſtantiſchen Stände, aus dem auf das catholiſche derzeitige Cammergericht gefaßten Haß, der Kaiſer in denen Reichsabſchieden des 1541. §. 29. 1542. §. 131. 1544. §. 29. wie es jedoch deutlich heiſſet: **Aus Unſerer Kaiſerl. Machtvollkommenheit**, alle Proceſſe in Religions- und Achtsſachen wider die proteſtantiſchen Stände, und, wie wiederum wohl zu merken, nur von Jahren zu Jahren ſuſpendiret, und dieſe Suſpenſion prorogiret, mithin nicht aus Mangel der richterlichen Gewalt in Religionsſachen, ſondern aus Kaiſerl. Machtvollkommenheit, auch die Jurisdiction nicht dem Reichsgericht abgenommen oder aufgehoben, ſondern nur auf eine Zeitlang ſuſpendiret, folglich ſeine Gerichtsbarkeit in Religionsſachen im Grund erhalten, und die Stände ſolche in gleichem Verſtand anerkannt haben.

§. 5.

Durch den im J. 1555. verkündeten Religionsfrieden wurden nun zwar indeſſen die denen Catholiſchen entzogenen geiſtlichen Güter denen Proteſtanten belaſſen und die vorhin darauf geführten Proceſſe aufgehoben, jedoch nach dem darin neu eingeführten Poſſeſſionsſtand §. 32. verordnet:

„Wir befehlen ꝛc. gebührl. und nothdürft. „Hilfen Rechtens mittheilen.“

Ohne einigen Widerſpruch hat hierauf das Cammergericht und der durch die Ferdinandiſche Ordnung dd. 1559. in eine mehr förmlich gerichtliche Geſtalt gebrachte Reichshofrath fortgefahren, die von beyden Religionstheilen angebrachte Beſchwerden wider den Religionsfrieden gerichtlich zu behandeln und zu entſcheiden; hierzu wurde das Cammergericht noch

insbeſondere durch den R. A. dd. 1566. mit denen Worten §. 6. vom Kaiſer erinnert:

„Wir wollen auch Unſere ꝛc. und männig„lich bey dem Seinigen gehandhabt werden „möge.“

§. 6.

Es ereignete ſich bald hernach am Cammergericht ungleiche Meynung, wie die supplicationes daſelbſt, auf den Religions- und Landfrieden gerichtet, zu reſolviren ſeyen; worüber etlichemal paria gemacht und die Expedition dadurch lange verzögert worden. Das Cammergericht zeigte ſolches der im May 1583. vorgeweſenen ordinären Viſitation an: dieſe gab den 15ten ejusd. dem Cammergericht den Beſcheid: daß die Sache an Seine Kaiſerl. Majeſtät zu bringen, damit ſie auf der gemeinen Reichsdeputation neben andern in puncto Inveſtiturae erledigt werde, immittelſt das Collegium dieſe Sachen einſtellen ſolle.

Darwider trat der damalen gegenwärtige Churbrandenburgiſche ſubdelegatus mit einer heftigen Proteſtation hervor, daß der Viſitation nicht zuſtehe: (verbis)

„Durch ein Decret *Camerae Jurisdictionem* „in Religionsſachen zu ſuſpendiren und die „ordentliche *a lege datam et competentem* „*Jurisdictionem* in Erkanntniß der Pro„ceſſe auf den Religions- und Landfrie„den dem Cammergericht wieder abſtri„cken, ringern, ſchmälern und entziehen „wollen.“

Ein deutliches Zeugniß, wie damalen die Reichsgerichte in fortwährender Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit in Religionsſachen geweſen; wie nun bey denen

dar-

darüber entſtandenen paribus Einhalt gemacht, ſolche aber nicht einſt von Churbrandenburg als proteſtantiſchem Stand hat zugegeben werden wollen, wie es die Viſitationsacten ſelbigen Jahrs umſtändlich beweiſen.

§. 7.

Die in denen Geſchichten berufene 4 Kloſterſachen machten zwar hernachmals einigen neuen Vorwand, daß in ſolchen als Religionsſachen, ſowohl die Cammergerichtliche als auch deren Viſitatorum Jurisdiction in Reviſorio ſollte ſuſpendiret, auch dem Kaiſer und Reichshofrath die Concurrenz mit dem Cammergericht, zumalen in Religionsſachen, alle Jurisdiction verweigert werden.

Die denen Kaiſerl. Commiſſariis zum Churfürſtentag nach Fulda von Kaiſer Rudolph II. mitgegebene Weiſung thut in ihrem ernſtlichen Innhalt genugſam dar, wie ſtandhaft des Kaiſers und deſſen Reichsgerichte Jurisdiction in erwähnten Religionsſachen behauptet worden. Es brachte auch der übertriebene Widerſpruch derer Pfalz- und Brandenburgiſchen Räthe ſelbſt allda die Churſächſiſche Geſandtſchaft zu folgendem ſtattlichen Bekenntniß.

„Jhro Churfürſtliche Gnaden erklären, demonſtriren und behaupten rund, offenherzig und öffentlich, was recht, billig, desgleichen was unbefugt, ſchädlich und unverantwortlich, nehmlich Jhro Churfürſtliche Gnaden können der Kaiſerl. Majeſtät Jhre habende und herkommende Jurisdiction nicht diſputiren laſſen; ſeye fons Jurisdictionis, alle Executiones rühren daher, Jhro Majeſtät ſeye in beſtändigem Herkommen; nicht weniger Chur- und Fürſten brauchen ſich derſelben. Jhro Majeſtät hätten Camerae Jurisdictionem nicht privative gegeben, hätten concurrentem Jurisdictionem. Wenn Jhro Kaiſ. Maj.

nur in 2 oder 3 reſervatis Caſibus zu judiciren, was es für ein Kaiſer wäre? Ein Kaiſer ſeye nicht titularis der Ehre halber allein, ſondern das Haupt im Reich; hätte dem Reich zu gebieten und ſie zu entſcheiden; die Capitulation und Cammergerichtsordnung brächte es mit; könnte die Hofproceſſe per ſe nicht anfechten, oder der pfälziſchen Meynung ſeyn.

Man ſollte nicht ſolche pfälziſche Mittel brauchen und es auf die Spitze ſetzen; man könnte denen Catholiſchen ihre Actiones nicht benehmen oder ſie zwingen, daß ſie denſelben renunciiren; auf dem Reichstag müßte der modus re- und correferendi gehalten werden; es müßte ein Richter auch in Sachen, den Religionsfrieden betreffend, ſeyn; der Ausſchlag gebühre Ihro Kaiſerl. Majeſtät; ein Theil ſolle dem andern, der beſſere rationes hätte, weichen; wenn man ſolche Sachen keiner Cognition oder Deciſion unterwerfen wollte, hätte es ein ſeltſam Anſehen."

§. 8.

Der den 30jährigen Krieg im Jahr 1635. einigermaſſen dämpfende und Deutſchland zum allgemeinen Ruheſtand einleitende Prager Frieden, hat gleich §. 4. in Geſtalt eines Interims, denen Proteſtanten, die geiſtlichen Güter, wie ſie ſelbe den 12. November 1627. beſeſſen, auf folgende 40 Jahre lang belaſſen, jedoch wurden §. 6. davon ausgenommen diejenigen Güter, welche denen Catholiſchen auf die verbis:

„von beyden Theilen judicialiter eingebrachte „Acta und utrinque beſchehene Submiſſion „durch gerichtlich publicirte Urthel an Ihren „Kaiſerl. Hof oder Cammergericht vor oder „nach dem 12. Novemb. A. 1627. zuerkennet und noch nicht zur Execution gebracht."

Es

Es ſagt weiter derſelbige Frieden: „Wann in dieſen 40 Jahren eine gütliche Vergleichung nicht erfolge §. 1. behalten Ihro Kaiſerl. Maj. für ſich und Dero Nachkommen am Reich ꝛc. und nach Anweiſung des R. A. und K. W. C. zu exerciren billig bevor.“

Nur iſt merkwürdig, daß hier der Kaiſer bey dieſer Sachen Erledigung am Reichshofrath ſich anheiſchig gemacht hat, etlicher Reichsſtände Räthe beyder Religionen zuzuziehen; bey dem C. G. aber dieſes nicht beygerückt worden, indem die Reichsacten ſchon von der Zeit und ſelbſt §. 28. P. Prag. belehren, daß die proteſtantiſchen Stände beſchwerungsweiſe vom Kaiſer zu begehren angefangen haben, ſeinen Reichshofrath mit gleicher oder genugſamer Anzahl Räthen augſpurg. Confeſſion zu beſetzen, als ſie anſonſten von dieſem Gericht Ihre und beſonders die Religionsſachen nicht beurtheilen laſſen könnten.

§. 9.

In dem nächſt darauf gefolgten R. A. zu Regensburg 1641. beſtättigte der Kaiſer mit denen Ständen nicht allein den Religions- und Profanfrieden von A. 1555. ſondern es wurde auch mit denen nehmlichen Worten dahier §. 16. wie vorhin im Receß von 1566. §. 6. dem Cammergericht auferleget, in denen Beſchwerungen wider ſolchen Religions- und gemeinen Frieden auf der Beſchwerenden Anrufen mit Ertheilung gebührender rechtmäßiger Hülfe ſich förderlich und gleichmäßig zu erweiſen. Wie dann ferner die Deputt. Protocolla vom 8. Jun. 1643. et 3. 7. 10. Aug. 1644. klar beweiſen, daß nur wegen Beurtheilung derer Religionsſachen die Religionsparität im Röm. Reich verlanget worden.

§. 10.

Mit ſolchen in friſchem Gedächtniß ruhenden einſtimmigen Begriffen von des Kaiſers und ſeiner Reichsgerichte Jurisdiction in Religionsſachen gieng der Kaiſer und die Stände zu den weſtphäl. Friedenshandlungen. Zum Grundſtein dieſer in Religionsſachen für Deutſchland errichteten Friedensſäule wurde Art. 5. §. 1. gelegt

Transactio Anno 1552. Paſſavii inita et haec etc. de religione ipſa conveniunt.

und nebſt dieſem wurde noch überhaupt Art. 8. §. 4. zur Regel wiederholt:

De caetero omnes laudabiles Conſuetudines et S. R. I. Conſtitutiones etc. irrepſerunt confuſionibus.

§. 11.

Mit Vorausſetzung dieſer allgemeinen Grundlehren gehet das Friedens-Inſtrumentum weiter ad ſpeciem, wie beſonders die in der Religionsausübung und Güterbeſitz durch den 30jährigen Krieg entſtandene Zerrüttung in eine Ordnung und Ruheſtand gebracht, damalen gleich vollzogen und fürs künftige ſich darnach geachtet werden ſolle.

Der Art. 3. §. 1. ſeqq macht damit den Anfang, daß alle die durch den vorgegangenen Krieg ihrer Güter, Rechte und Beſitzes entſetzet worden, plenarie und nach denen hernach beſtimmten beyden Normaljahren und Tagen ſollen reſtituiret werden.

ſalvis tn. litis pendentiis deſuper etc. diſcutiantur et expediantur.

§. 12.

In denen folgenden Articulis 4 et 5. wird umſtändlich die Zeit und Weiſe erörtert, wie ſowohl wegen

gen der Religionsübung, als auch deren Güterbeſitzes die Reſtitution über die währendem Krieg beſchehene Veränderung geſchehen ſolle, und endlich wird im 16. und 17 Artikel der modus vorgeſchrieben, wie dieſer Frieden dermalen gleich exequirt und künftighin gehalten werden ſolle.

Im 16. Art. §. 2. wird verordnet, wie der Kaiſer Edicta und Mandata in das Reich erlaſſen ſolle, gegen diejenigen, verbis:

qui hisce pactis etc. obligantur.

ferner daſelbſt:

Injungendo Directoribus etc. promoveant et perficiant.

§. 3. und 4. wird jedoch wohlbedächtlich denen ex hac pace reſtituendis auch der andre Weg an Handen gegeben, von Seiner Kaiſerl. Majeſtät zur Execution Commiſſarios zu begehren, obſervata religionis paritate. Darnach fähret das Geſetz Art. 17. §. 4. und 5. mit dem Ausdruck fort:

Qui vero huic transactioni etc. vel juris diſceptatione ſubmiſſa.

§. 13.

Und demnächſt heiſſet es zum Schluß §. 7.

Et nulla omnium ſtatuum etc. ſententiis conſtituunt.

§. 14.

Hier iſt nunmehro die Verordnung und der Unterſcheid deutlich im Geſetz ſelbſten zergliedert; wie erſtlich die Reſtitution deren durch den 30jährigen Krieg beſchwerten Theilen, mithin über das damalen verfloſſene gleich ohne anderweiten Proceß verfüget und ſolches durch Kaiſerl. Edicta im Reich durch die

Kreisdirectores und Oberſten und durch beſonders be- gehrend und benennende Kaiſ. Commiſſarios obſervata Religionis paritate ſolle vollzogen werden. Auf dieſe reſtituendos ſprechen alleinig die vorhin angeführten textus Art. 3. §. 2. Art. 16. §. 2. 3. 4.

§. 15.

Wann hingegen 2) ein ad reſtituendum executus ſeine competentia Jura, Actiones, Exceptiones, litis pendentias vermög §. 2. Art. 3. J. P. fortſetzen will; imgleichen wenn ein reſtitutus de novo graviret, oder wie es de futuro heiſſet:

qui huic transactioni contravenerit, idem a quocunque violari contigerit;

iſt für den Executum vorbehalten: poſt factam reſtitutionem coram competente Judice examinentur, diſcutiantur et expediantur,

für den reſtitutum de novo gravantem et contravenientem nicht der vorhin beliebte Weg pro reſtituendis, nehmlich die Creißausſchreibende Herren Fürſten und Obriſten oder Creißcommiſſionen angewieſen, ſondern §. 4. und 5. im abgeſonderten Art. 17. verordnet poena fractae pacis und contra eum juxta Conſtitutiones Imperii (mithin wie der Landfrieden und Cammergerichtsordnung §. 2. denen Reichsgerichten ſolches auferlegt) decernatur et demandetur, item laeſus laedentem a via facti dehortetur, Cauſa ipſa amicabili compoſitioni vel Juris diſceptationi ſubmiſſa.

§. 16.

Daß die nach dem weſtphäl. Frieden entſtehende Religionsbeſchwerden und Contraventiones vor denen Reichsgerichten unterſucht und beurtheilt werden ſollen, und die nur blos pro reſtituendis ex bello tricennali

nali et ſubſecuta pace beſonders angeordneten Creiſe oder anderweite Kaiſ. Localcommiſſionen darauf nicht zu verſtehen weder zu erſtrecken ſeyen, giebt der Friedensſchluß ſeinen wahren Sinn in dem noch weiter deutlich zu erkennen, als Art. 5. §. 52. und 53. bey dem Cammergericht die Zahl der proteſtant. Präſidenten und Beyſitzer ſowohl am Cammergericht als auch §. 55. am Reichshofrath vereinbaret auch gleich dabey §. 54. und 56. umſtändlich beſchrieben wird, wie in denen an beyden Gerichten rechtshängigen Cauſis eccleſiaſticis inter Cathol. et A. C. additos ſtatus, vel inter hos ſolos vertentes der Senat von Räthen gleicher Religion beſtellet, und wie dabey die Itio in partes ſtatt haben ſoll.

Allein dieſe umſtändliche und genau ausgezeichnete Vorſchrift zu dem Reichsgerichtlichen Verfahren in Cauſis Eccleſiaſticis, welche zugleich die Religionsſachen begriffen, wurde als überflüßig und widerſprechend angeſehen; dieſes aber würde ohne Unbild nicht zu vermuthen ſeyn, wenn des Kaiſers und der Stände Meynung geweſen ſeyn ſollte, alle aus dieſem Frieden in künftigen Zeiten entſtehende Strittigkeiten und Beſchwerden derer Reichsgerichte Erkänntniß gänzlich zu entziehen, wozumalen ſich nebſt denen Cauſis Eccleſiaſticis inter ſtatus et partes ejusdem Religionis Augſp. Confeßion keine andere Cauſae Eccleſiaſticae vel Religionis inter ſtatus diverſae religionis ergründen und errathen laſſen, wegen welcher der Friedensſchluß in Judicando derer Reichsgerichte oberwehnte Vorſehung ſo umſtändlich gemacht habe.

§. 17.

Nachdem nun der von dem weſtphäl. Frieden vorgegangene und einverleibte Sinn und Willen derer Reichsſtände über die Gerichtsbarkeit des Kaiſers und

und Reichs in Religionsſachen aus erwähntem Hergange zu Tag lieget, ſo folget nun in nachgehenden Zeiten die weitere Aufklärung, wie die Reichsſtände ſolches verſtanden haben.

§. 18.

Das erſte, was auf dem am 25. Oktob. 1648. unterzeichneten Frieden folgte, war das Art. 16. §. 2. beliebte Kaiſerl. Executionsedict, ſo den 7ten Nov. ejusd. ann. ins Reich erlaſſen wurde. Deſſen Innhalt iſt deutlich nach dem obenerläuterten Gegenſtand abgemeſſen in denen Worten:

„Alle denen welche vermög dieſer Vergleichung ꝛc. verwilliget und ertheilet werden.

§. 19.

Der den 20. März 1649. weiter vom Kaiſer ins Reich verkündete arctior modus Exequendi ſetzet nicht allein das vorgehende Objectum reſtitutionis zum Gegenſtand, ſondern ſchreibet auch den kürzern Executions-Modum nochmalen deutlich nur vor diejenigen vor, welche ex J. P. vel ante motus Bohemicos in puncto Gravaminum Eccleſiaſticorum et politicorum ad annum 1624 vel ſpecialiter vel generaliter zu reſtituiren; die Ungehorſamen aber, was ſie ex J. P. zu reſtituiren, cediren, oder einiger Geſtalt zu präſtiren ſchuldig, mit Vorbehalt der Achtserklärung contra ſtatus exequiren.

§. 20.

Hier war alſo abermalen von niemand andern die Rede, als von denen reſtituendis ex P. W. die durch den 30jährigen Krieg entſetzt und beſchweret worden, keineswegs aber iſt darinn oder ſonſt wo ein Wort oder eine Spur anzutreffen, daß die hierinn denen

denen Creiſen ertheilte Gewalt und aufgetragene Executiones über die ex ipſa P. W. beſtimmte reſtituenda auch auf alle künftig entſtehende Gravamina und Contraventiones erſtrecket worden.

§. 21.

Es geſchahe hiernächſt gar zufällig, daß die pro Executione Militiae et Evacuatione locorum nach Vorſchrift des Friedensſchluſſes Art. 16 und 20. zuſammengetrettene beyde Kaiſerl. und Schwediſche Generaliſſimi; und zwar dieſer vornemlich zu gutem Vorwand und mit eigener bezeigten Unzufriedenheit der A. Confeſſ. verwandten Stände, um ſeine Völker länger auf deutſchem Boden zu ernähren, die Stände dahin einzuflechten wußte, daß zu Nürnberg ein ordentlicher Convent und Reichsdeputation angeſtellt wurde, um die Reſtitution ex Pace mit der Exauctoratione et Evacuatione zu gleicher Zeit zu behandlen, ſo ſehr auch immer die catholiſchen und ſelbſt mehrere proteſtantiſche Stände darauf beharreten, daß zwar die Executio reſtituendorum gleich mitvorgenommen, jedoch deren Erledigung nicht als eine Conditio mit der Exauctoratione und Evacuatione verknüpft werden ſolle. Es wurde dahero auch, laut Zeugniß des Nürnbergiſchen Conventsprotocolls vom Jun. 1649. nur allein von denen reſtituendis ex J. P. damalen gehandelt, nur von dieſen eine Liſta und darbey mit der Separation derer liquiden von den illiquiden gemacht, welche Liſten der mit vieler Wortwechſelung zum erſten im September 1649. zu Stand gekommene Interimsreceß enthält, nebſt denen Abhandlungen deren ſich gemeldten Reſtituendorum und in welchen terminis von dem Nünbergiſchen Convent, als einer Reichsdeputation, zur Execution verholfen werden ſolle, wonebſt es aber bey denen beſonders für ein und andere reſtituendos erkannt geweſenen Kaiſerlichen

Special=

Specialcommiſſionen ad mentem pacis Art. 16. §. 3. 4. belaſſen wurde. Da dieſer erſte Receß mit deſſelben Liſta Reſtituendorum nicht hinlänglich war, ſo wurde im Jahr 1650. der zweyte und Executionshauptreceß und dabey weitere Liſta Reſtituendorum Lit. A. et B. bey dem Nürnbergiſchen Convent errichtet, ſolche in Claſſen und Termine eingetheilet, vor der Deputation eine Anzahl beyder Religionsgenoſſenen Deputirten niedergeſetzet, welche ſelbſt die begehrten und in denen Liſten enthaltene reſtitutiones nach der Friedensvorſchrift vornehmen und durch Commiſſionen an die Creißausſchreibämter befördern, dagegen auch die Schweden die innhabenden Plätze in ſichern angeſetzten Terminen gegen Räumung der K. evacuiren und Militiam exauctoriren ſollten.

Es wurden dabey in ſelbigem Receß §. 26. zum Object dieſer friedensſchlußmäßigen Execution diejenigen Gravamina und reſtitutiones darauf beſchränket, welche bereits allhier vorgekommen ſind oder noch ante primum Exauctorationis et Evacuationis terminum bey dem Churmaynziſchen Reichsdirectorio, welches, was einkommt, denen Deputatis communiciren wird, eingebracht werden möchten.

Dieſes wiederholt nicht allein den 30. §. ejusd. Rec. ſondern auch den 28. §. will nur jene in denen 3 Terminen nicht ſpecificirte, jedoch noch ante primum Exauctorationis terminum bey dem Reichsdirectorio eingekommenen Reſtitutionsfälle pro excluſis von dem privilegirten Reſtitutionsproceß nicht halten. Daher ſich dann der ſelbſt redende Schluß macht, wie ſelbſt die gegentheiligen Schriftſteller und Geſchichtſchreiber bekennen, daß der erſte zur Evacuation präfigirte Terminus, welcher vermög 43. §. der 14. Tag nach geſchloſſenem dieſem Receß war, das endliche Ziel der ex J. P. Platz habenden executiviſchen

Reſtitutionen mit der Würkung geweſen, daß wer ſich bis dahin nicht gemeldet, von dieſem privilegirten Reſtitutionsweg auf ewig für präcludirt anzuſehen ſeye.

Hieraus dann abermalen der Geiſt deren Contrahenten und Reichsſtände, wie wenig derſelbe gleich nach geſchloſſenem Frieden dahingegangen, alle in künftigen Zeiten vorkommende Religionsbeſchwerden denen Reichsgerichtlichen Proceſſen zu entziehen, und dem pro reſtituendis ex pace beliebten executiviſchen Verfahren alſogleich durch Commiſſionen und Creißämter zu überlaſſen, da ſie vielmehr auch dieſen in der zu thuenden Anzeige einen terminum praecluſivum angeſetzt haben.

§. 22.

Nun iſt, wie die Reichsacten bewähren, von denen in dem Executionsreceß und deſſen Liſten auch in termino beſchehenen Anzeigen enthaltenen Reſtitutionen mehrers übrig geblieben, welches in Kraft ſothanen Receſſes deputirte Stände in der ihnen anbefohlnen Zeit nicht erledigen konnten: daher, als der vom Kaiſer im Jahr 1652. ausgeſchriebene Reichstag ſich zu Regensburg Anno 1653. verſammlete, war in dieſer eröffneten Kaiſerl. Poſition der zweyte Punct dasjenige, was nach Innhalt vorberührten Friedensſchluſſes etwa zur Vollziehung hinterſtellig, gebührend exequiret werden möge.

Die Reichstagsprotocolle vom Jul. deſſelbigen Jahrs legen dar, wie die Stände, beſonders der Augſp. Confeſſion die vorigen deſignationes reſtituendorum quoad Eccleſiaſtica wieder zu Handen genommen, und eine Deputation vorgeſchlagen, welche das, was liquidum und noch nicht exequiret, durch die verordneten Executores ordinarios zur Execution befördern,

fördern, wegen deren Illiquidorum aber ſich gegen einander vernehmen und vergleichen ſollten; wonebſt die Proteſtanten ſelbſt wegen des im Sulzbachiſchen und zu Weiden eingeführten Simultanei unterm 27. Jun. 1653. an Kaiſer vorſtellten, daß da in dieſem Lande die reſtitutio ex pace bereits geſchehen, möchten der Kaiſer die Introductionem ſimultanei als enormiſſimam Contraventionem Pacis anſehen und gegen Pfalzneuburg Mandata reſtitutoria et de non amplius turbando erkennen, wodurch Sie dann gleich ſelbſt den Unterſchied inter proceſſum ſuper reſtituendis und Contraventiones ſubſecutas erkennet, dahero auch demnächſt ſelbe den 3ten Auguſt 1653. nur geſucht haben, Ihro Kaiſerl. Majeſtät möchten mit Decreten in Sachen, ſo aus dem Friedensſchluß herrühren ſollen, zurückhalten, und die ergangene caſſiren.

§. 23.

Zwiſchen catholiſchen und proteſtantiſchen Ständen wurde ſich dahin verglichen, den Executionsreceß und deſſen Liſta Reſtituendorum pari paſſu inter Catholicos et Proteſtantes alternatim per deputatos vorzunehmen und zu erledigen; jedoch mit dem Anhang, wie der weitere Vergleich in dem Reichstagsprotocoll vom 7. Mart. 1654. ausweiſet, ſollen alle reſtituendi probiren, daß der Caſus ad Punctum reſtitutionis ex capite Amneſtiae et Gravaminum qualificirt ſeye, mit allem dem auch das weitere Reichsgutachten vom 4. April 1654. übereinſtimmt.

§. 24.

Hieraus erfolgte unterm 21. ejusd. die merkwürdige Kaiſerl. Entſchließung, darinnen forderſamſt das Pactum reſtituendorum auf eine Ordinari Reichsdepu-

deputation und was daſelbſt nicht decidiret würde, auf den künftigen Reichstag verwieſen, dabey ferner erklàret wurde:

„Daß aber unterdeſſen die bey Kaiſerl. Reichshofrath oder auch Cammergericht erhaltene oder noch zu führende Proceſſe, Decreta, Sententiae, Mandata, Commiſſiones und derſelben Executiones in ſuſpenſo bleiben, ja gar diejenigen, ſo bey währenden dieſem Reichstag geſchehen, caſſirt und aufgehoben und die Caſus in ſtatu quo gelaſſen werden ſollten, wie etliche der Augſp. Confeſſion Stände es begehren.“

Das iſt ein ſolch Zumuthen, deſſen Ihro Kaiſerliche Majeſtät ſich gleichwohl bey Ihro bis anher unausgeſetzten väterlichen Sorgfalt und Bemühung für des heiligen römiſchen Reichs Wohlfahrt und beſtändige Beruhigung, und nachdem Sie ſo vielen Churfürſten und Ständen Augſp. Confeſſion zu ihrer Reſtitution verholfen, nicht verſähen; Ihro Kaiſerl. Majeſtät könnten auch darein nicht willigen, in Erwägung, daß Ihr Kaiſerl. richterliches Amt erfordert, männiglich auf ſein gebührendes Anrufen die heilſame Juſtiz zu adminiſtriren, darauf Sie auch geſchworen; welches dann der Friedensſchluß Ihro nicht allein nicht entziehet, ſondern vielmehr ſelbſt einräumet, und dazu in dieſem Punkt eben ſowohl als in andern verbinden thut.

Man hat auch leichtlich zu erachten, was für böſe Conſequenzen für einen und andern Stand von beyden Religionen daraus entſtehen könnten, wenn ſolchem unherkommlichen Begehren ſtatt gegeben werden ſollte. Ihro Kaiſerl. Majeſtät aber ſind und bleiben des gnädigſten Erbietens, wenn dergleichen Caſus bey Ihrem Reichshofrath weiter vorkommen

 würden,

würden, daß Sie dieſelben nicht anders als durch Pares utriusque religionis vornehmen, die liquida ab illiquidis ſepariren, jene zu behöriger Execution, dieſe aber zu gebührendem Austrag, und welche auf ungleicher und unklarer Deutung und Interpretation des Friedensſchluſſes beſtehen und zu der geſammten Ständen gütlichen Vergleichung gehören, auf nächſtkünftigen prorogirten Reichstag dem jeztgedachten Friedensſchluß und dem darauf ins Reich publicirten Kaiſerl. Edikt de arctiori modo exequendi und nürnbergiſchen Receß gemäß, verweiſen, und in ſolchen bis dahin nichts ſtatuiren laſſen wollen, verſehen ſich darneben, daß die Stände in alle Wege a via facti ſich enthalten und keiner den andern wider Recht und Friedensſchluß mit einiger Gewalt beſchweren, turbiren, oder beeinträchtigen werde.

§. 25.

Die damaligen Augſp. Confeſſionsverwandten Geſandtſchaften ſuchten zwar dem ohnerachtet die Suſpenſion der Reichsgerichtlichen Jurisdiction in ihren Votis und Deliberationsprotocoll vom 23. April 1654. nur aus der Urſache zu erhalten, weilen der Reichshofrath annoch nicht ſecundum J. P. d. i. mit der Religionsparität beſtellet war; brachte auch ſothane einſeitige Erinnerungen wiederholter in das Reichsgutachten vom 22. April ejusd. a. worauf aber der Kaiſer in der abermaligen Reſolution vom 28. ejusd. mit kurzem ſtandhaft antwortete:

„Was aber der Augſp. Confeſſionsverwandten Stände gethane anderweitige Erinnerung in puncto ſuſpenſionis proceſſuum concerniret, laſſen Ihro Kaiſerl. Majeſtät es bey der jüngſt gegebenen Reſolution verbleiben und verſehen ſich nochmal, die der Augſp. Confeſſion verwandten

wandten Stände werden derſelben ein anderes nicht zumuthen.

Wie ſolchemnach dieſes Begehren nicht verwilliget, weder dem jüngern R. A. welcher den 17. May d. a. unterzeichnet worden, einverleibet wurde, ſo wagten die Augſp. Confeſſionsverwandte Geſandtſchaften den 18. ejusd. nach bereits beſchehener Abreiſe des Kaiſers, in einer beſondern Supplic ſolches Suchen zu wiederholen, und dieſe dem zurückgebliebenen Reichscanzler anzubringen, der es ad referendum angenommen, worauf durch den zurückgebliebenen Oeſterreichiſchen Geſandten Vollmar die mündliche Antwort denen ſich meldenden proteſtantiſchen Geſandtſchaftsſecretarien ertheilet worden:

„wie es Ihro Kaiſerl. Majeſtät bey ihrer Reſolution vom 28. April nochmals bewenden ließen.“

§. 26.

Der J. R. A. §. 19. enthält die mit dieſer Reichstagsdeliberation und Kaiſerl. Entſchließung vereinbarte Verfügung einer nächſtanzuſtellenden ordinären Reichsdeputation welche, nur die

„Caſus reſtituendorum ex Capite Amneſtiae „et gravaminum, und wie ſolche ad punctum „reſtitutionis qualificirt zu ſeyn erwieſen „werde, vornehmen, Liquida zur Execution „und Illiquida, worauf ſie ſich nicht vergleichen können, ad Commiſſarios Caeſareos „zum Gutachten bringen ſollen, um alsdann bey „künftigem Reichstag ſolche zu erörtern.“

§. 27.

Nach der verlangten Suſpenſion der Reichsgerichtlichen Jurisdiction in Religionsſachen iſt nicht

 allein

allein im R. A. berührtermaſſen nichts erwähnet, ſondern vielmehr §. 193. des Receſſes verordnet:

„daß kein Stand gegen ꝛc. ertheilet und voll„zogen werden ſollen."

§. 28.

Daß dieſes eine deutliche Satzung für die künftigen Religionsproceſſe ſey, wird wohl niemand und eben ſo wenig zweiflen, daß darüber die Erkänntniß dem Kaiſer und ſeinen Reichsgerichten ausdrücklich zugeleget ſeye, immaſſen der darinnen benannte behörige Weg Rechtens, Mandata Inhibitoria und gehöriger Orten ſich ſo wohl auf niemand anders anwenden läßt, als auf den Kaiſer und ſeine Reichsgerichte.

§. 29.

Es iſt alſo auch gleich nach dem weſtphäliſchen Frieden und zwar in Contradictorio feſtgeſetzt worden, daß auſſer denen Caſibus reſtituendis ex P. W. nicht denen Creiſen oder gleich zu benennenden Localcommiſſionen, ſondern den Reichsgerichten, durch die ihnen zugelegten Mandatsproceſſe die Jurisdiction und Erörterung derer Religionsbeſchwerden zuſtehe; dieſe wiewohl an ſich keinem gegründeten Zweifel mehr unterworfene deutliche Vorſchrift des Geſetzes hat auch noch in dem eine nicht geringere Bekräftigung erhalten, als eben in dem J. R. A. §. 124. denen künftigen Reviſoribus welche ꝛc. als ohnſtrittig vorausgeſetzt worden.

§. 30.

Der zu denen Caſibus reſtituendis ex P. W. vorerwähntermaſſen beliebte ordinäre Reichsdeputations-

tionstag kam A. 1656. zur Eröffnung; allein, wie gleich bey der zuerſt vorgenommenen Hildesheimer Capucinerſache die Deputirten ſich nicht vereinbaren konnten, mithin nicht einſt dieſe erledigten, ſo gieng auch derſelbe Tag bald wiederum aus ſolchen und andern Urſachen aus einander, wie deſſen Acten davon das mehrere enthalten.

§. 31.

Im Anfang des im Jahr 1663. eröffneten und noch fürwährenden Reichstages war aller Orten im friſchen Gedächtniß, wie die Religionsſachen entſchieden werden ſollten; dahero nur die Fortſetzung der Deputation ad punctum reſtituendorum in Deliberation kamm, ſolche aber ſich bald zerſchlug, als Catholici erklärten, daß ſie es bey dem lediglich belieſſen, was deßfalls im J. R. A. durch alle 3 Collegia beliebet worden.

§. 32.

Eben ſo wenig gedachten Proteſtantes, als in denen Jharen 1668 ſeqq. über den Entwurf der perpetuirlichen W. C. berathſchlaget worden, dem Kaiſer die an ſeinen Reichsgerichten in Religionsſachen gebührende Gerichtsbarkeit zu entziehen, als vielmehr in dieſen und folgenden Jahren nur ihre Beſchwerden dahingiengen, daß der Reichshofrath annoch mit mehreren proteſtantiſchen Räthen in einer Gleichheit beſetzt werden möchte, da ſie ſich ſonſten von ihm ſo nicht richten laſſen könnten.

§. 33.

Der im Jahr 1697. errichtete ryßwickiſche Friedensſchluß und deſſen Clauſula im 4ten Art. machte hingegen unter denen Ständen Augſp. Con-

ſeſſion neue Bewegungen, da ſie ſolche als dem weſt⸗phäliſchen Frieden zuwider nicht zulaſſen, ſondern aufgehoben, auch darnach mehrmalen dieſe und an⸗dere ihre habende Gravamina contra Catholicos, ſo jedoch mehrentheils in diverſitate principiorum be⸗ſtunden, auf dem Reichstag durch eine aus 6 Stän⸗den vorgeſchlagene Deputation und nicht durch koſt⸗bare und unfruchtbare Commiſſiones ad locum erle⸗diget haben wollen; wie vielfältig darüber gehandelt, nichts aber zu Stand gekommen, davon ſind die Reichs⸗acten von der Zeit her bis zum Jahre 1711. genug⸗ſam angefüllt, indeſſen belehret die W. C. Art. 4. §. 12. wo jeder Religionstheil ſich ſein Recht wegen der ryswickiſchen Friedensclauſel vorbehalten habe, und ſolche bis jetzo noch nicht verglichen ſeyen.

§. 34.

Daß jedoch hierunter proteſtantiſcher Seits da⸗malen nicht geſucht worden, dem Kaiſer die Ju⸗risdictionsſachen, weder alles zu Localcommiſſionen zu erzwingen; davon iſt der Vorfall mit der Stadt Worms und daſigen catholiſchen Cleriſey ein weiterer Beweiß und einer beſondern Betrachtung würdig. Bey Reichshofrath werden in dieſen aus einer Pro⸗ceſſionsſtöhrung entſtandenen Religionsbeſchwerden des catholiſchen Clerus wider die proteſtantiſche Stadt ſcharfe Mandata und eine Commiſſion erkennet. Die Stadt wandte ſich A. 1703. an das ſogenannte Corp. Evangelicorum zu Regensburg um Interceſſionalien an Ihro Kaiſerl. Majeſtät und führte folgende Be⸗weggründe wider das Reichshofrathsverfahren an:

> „Als es nunmehr im Reich ausgemacht und inconteſtable, daß in Religions⸗ und Fried⸗bruchsſachen nicht ſummarie, ſondern, wie es in ſolchen groſſen Dingen nöthig, *via ordi-*

ordinaria und Inſtructione Proceſſus, abſonderlich nach Ausweis Ordinationis Cameralis in Friedbruchsſachen gehandelt werden ſolle, ja ſogar die Kaiſerl. Reichshofrathsordination tit. 22. und weil auch ꝛc. bey Commiſſionen ordinarium Proceſſum und nicht ſummarium angeſtellet wiſſen will.

Dieſe Sätze behaupten die proteſtantiſchen Stände in ihren Vorſtellungsſchreiben an Kaiſer de eodem als recht und billig.

§. 35.

Die mit des Reichs Vollmachten zu Raſtadt und Baden im J. 1714. geſchloſſenen Friedensſchlüſſe beſtättigten den Ryßwickiſchen in all ſeinen Theilen, erweckten dahero auch gar bald wiederum die Unzufriedenheit derer Proteſtanten, welche die bekannte Clauſul nun einmal fortgeſchaffet und alles ad ſtatum P. W. hergeſtellt wiſſen wollten. Der indeſſen in denen catholiſchen Landen gefolgte catholiſche Churfürſt fieng an das Simultaneum in ſeinen der A. C. zugethanen Ortſchaften einzuführen, wodurch die Proteſtanten bewogen wurden, die Druckſchrift: Ungrund des Simultanei, ans Licht zu geben und die proteſtantiſchen hohen Schulen öffentlich anzuweiſen, daß ſie dieſe Lehre allenthalben einſtimmig vertheidigen ſollten; ſie nahmen anbey bey ihrem ſogenannten Corpore verſchiedene an ſie recurrirende Partheyen und gaben dafür an den Kaiſer Interceſſionalſchreiben, worin ſie zum voraus behaupteten, daß dieſe Gravantes recht und der Reichshofrath unrecht verführe.

§. 36.

Kaiſer Carl VI. Majeſtät erließen unterm 14ten Aug. 1715. an die allgemeine Reichsverſammlung ein

ein ernſtliches Commiſſionsdecret; es wurde darinnen die billige Verwunderung bezeiget, wie einige Stände und ihre Geſandten die bey Reichshofrath denen Satzungen des Reichs gemäß anhängige Rechtsſachen abziehen, ſelbſt darüber erkennen; unzuläſſige Berathſchlagungen und Dictaturen gemein machen; wie aber der Reichstag nur zu Staats- und nicht zu Juſtitzſachen gewidmet; wie der Kaiſer ſelbſt in ſeiner W. C. verbunden worden Art. 16. denen Juſtitzſachen an denen Reichsgerichten keinen Einhalt zu thun, welches nun von andern, bevorab von denen A. C. Verwandten eine Weile her vielfältig geſchehen. Es könne dem Allerhöchſten Richter im Reich in Rechtshändeln von einzelnen Ständen kein Ziel und Maas vorgeſchrieben werden, wodurch die Art der Reichsgerichte umgekehret, und aus ledigen Rechts- ganze Glaubensſachen gemacht werden wollten. Er erinnere alſo die Stände, ſich obberührter Unternehmungen zu enthalten, da er allenthalben Juſtitz thun, auch ihre beſcheidene Vor- und Bittſchriften nicht unterſage, ſondern auf die wider die Reichsgerichte mit rechtem Grund angebrachte Beſchwerden das gehörige verfügen werde, wobey der Kaiſer wegen deren auf Univerſitäten und ſonſten herauskommenden unzuläſſigen Schriften ein Edict erlaſſen und ſolches dem Reichstag mitgetheilet.

§. 37.

Die Stände A. C. thaten hierauf den 23. May 1716. eine weitläufige Vorſtellung an Kaiſer, worinnen ſie die im Commiſſionsdecret enthaltene Beſchuldigungen damit abzulehnen ſuchen, daß der Reichshofrath nach denen Geſetzen beſtellet, weder nach ſolchen, und nicht einmal nach dem jüngſt. Kaiſerl. Decret de 1714. verfahre. Sie mißkennen darinnen nicht, daß dem Kaiſer in Religionsſachen die Juris-

diction

diction gebühre, ſondern reden nur von übergangener erſter Inſtanz oder omnimoda Jurisdictione eccleſiaſtica in mediatos Proteſtantes.

§. 38.

Dieſe ihre Meynung iſt bald darauf durch das merkwürdige Schreiben des ſogenannten Corporis vom 22. Aug. 1717. zu Tag geleget und beſtättiget worden; da daſſelbe in der bey Reichshofrath zwiſchen Nördlingen und Teutſchorden anhängigen Religionsſache ſeine Beſchwerde und Vorbitte dahin gerichtet, daß die Stadt mit Localcommiſſionen ferner möchte verſchonet werden, indem der Reichshofrath gleich auf des Teutſchordens Anbringen Mandatum S. C. und eine Unterſuchungscommiſſion auf das ſchwäbiſche Creisausſchreibamt erkannt habe.

§. 39.

Hält man dieſes mit dem oberwähnten Wormſiſchen Caſu zuſammen, ſo zeiget ſich, wie die A. C. Verwandten, wenn es gegen ihre Glaubensgenoſſen gehet, den Viam Mandati, Commiſſionis et Executionis widerſprechen und ſolche nur vor ſich gegen die Catholiſchen geltend machen wollen, niemalen, alſo ſelbſt ein beſtändiges Principium geführet haben, weder allgemein, wie es doch ex reciproco et qualitate folget, allen Rechtsweg in Religionsſachen haben aufheben wollen.

§. 40.

So wie die churpfälziſche Reformation und dagegen die brandenburgiſche, hannöveriſche und andere A. C. Verwandte Repreſſalien gegen die Catholiſchen zu machen anfiengen; ſo vermehrten ſich auch auf dem Reichstag die Gährungen auf allen Seiten.

Im Jahr 1719. wurde proteſtantiſcher Seits die Kaiſerl. Principalcommiſſion mit ſchriftlichem Promemoria belanget und darinnen begehret, die Gravamina de plano ſecundum Inſtr P. W. abzuthun, weilen ſie und Gravati ſich deshalb bey Reichshofrath in ambages und Proceſſe nicht mehr einlaſſen wollten; worauf die Principalcommiſſion hinwiederum auf erhaltene Kaiſerl. Weiſung denen A. C. Verwandten eröffnete: Wie der Kaiſer nur die Beklagten in ihrem Bericht hören, und alsdann ſchleunige Juſtiz thun wolle.

§. 41.

Als aber dieſes nichts ausgab, die Repreſſalien und Zudringlichkeiten vermehret, ja gar zu Regensburg und am Kaiſerl. Hof durch die engliſchen, holländiſchen, auch andere reichsſtändiſche Miniſter heftige Bewegungen gemacht worden, ſo erfolgte darauf vom Kaiſer am 12. April 1720. das bekannte groſſe Commiſſionsdecret an die ganze Reichsverſammlung, deſſen majeſtätiſcher und ſtandhafter Innhalt alles erſchöpfet, was ein Kaiſer als Oberhaupt und obriſter Richter nach denen Geſetzen ſagen kann und mag.

§. 42.

Die darauf von den A. C. Verwandten Geſandtſchaften angewandte Bemühungen, ſich der Kaiſerl. obriſten Gerichtsbarkeit auf das empfindlichſte zuzudringen und mit gänzlicher Verläugnung aller Reichsgerichtlichen Jurisdiction in den von Proteſtanten gegen Catholiken anbringenden Beſchwerden, ſofort Localcommiſſionen ad nudam narrationem facti zu erzwingen, ſind aus dem im Jahr 1720. der Kaiſ. Principalcommiſſion übergebenen Promemoria und Anträgen, auch der 16. Novemb. 1720. an den Kaiſer erlaſſenen Vorſtellung, weiters in den ferneren

i. J.

i. J. 1721. 22. und 23. unter ſich in ihrem ſogenannten Corpore errichteten Schlüſſen und neuerem Schreiben zwar eben ſowohl bekannt, als dahingegen von dem Kaiſer in den nehmlichen Jahren durch die weiteren Commiſſionsdecrete vom 14. Febr. 1721. 30. Jan. 1722. 15. Aug. 1723. 3. May 1724. ꝛc. auch ſonſten denen proteſtantiſchen Geſandtſchaften von der Kaiſerl. Principalcommiſſion beſchehene mündliche Erklärung ſtetshin auf den in Religionsſachen dem Kaiſer und deſſen Reichsgerichten zuſtehender obriſter Gerichtsbarkeit unabweichlich beharret, ſolche voraus zum Grund geſetzet und nebſtdem alle ſchleunige Wege und Mittel, die Religionsbeſchwerden mit geſchwinder und gerechter Hülfe zu erledigen dargeboten, zu dem Ende doch in Weg Rechtens an die beklagte gravirende Theile Kaiſerl. Reſcripta dehortatoria, reſtitutoria, inhibitoria etc. erlaſſen, die darauf erfolgte Berichte und Exceptionen, mit welchen die eingeklagten facta widerſprochen und abgelehnet würden, den Klägern hinwiederum mitgetheilet, während dem auch mit einem Kaiſerl. Reſcripte vom 31. May 1721. das C. G. alle Religionsſachen ohne Verzug vorzunehmen und darinnen zu ſprechen ernſtlich angewieſen, bey dieſem, ſodann ſo wie bey Reichshofrath die Religionsproceſſe ungeſtört fortgeſetzet werden.

§. 43.

In den folgenden Vorſtellungen, welche die A. C. Verwandte Geſandſchaften in nachgegangenen Zeiten gethan haben, zeigte ſich nicht undeutlich, daß nach ihrer Abſicht die Kaiſerl. beſtgemeinten Vorſchläge, denen Religionsbeſchwerden aus dem Grund und nach der Gerechtigkeit abzuhelfen, und von ſelben um deswegen nicht mit ergriffen werden wollten, weilen die Kaiſerl. und deren Reichsgerichte Jurisdiction immerhin

hin auch bey den zu erkennenden Commiſſionen vorbehalten, und nicht, wie jene es im Sinn führeten, gänzlich beſeitiget, dargegen ihrem ſogenannten Corpori gleichſam in der Stille zugeeignet werden wollte.

§. 44.

Die Folge war dahero, daß dieſe Unruhen auf gegentheiliger Seite nachgelaſſen und endlich verſchwunden: vom Kaiſer hingegen bey denen Reichsgerichten in denen daſelbſt betriebenen Religionsſachen die Juſtiz nach wie vor behörig geleiſtet, dem nicht mehr widerſprochen, ſondern wie es obangeführtes Schreiben vom Jahr 1743. bekennet, die gänzliche gerichtliche Erörterung derer Religionsbeſchwerden im Reichshofrath geſchaffet, und erwartet würde.

§. 45.

Nun erſchien zwar hiernächſt denenjenigen, die auf die Verminderung des Kaiſerl. Oberrichterlichen Amts ſtetshin bedacht waren der günſtige Zeitpunkt bey der W. C. K. Carl VII. da in dem Art. 1. §. 2. zum erſtenmal die Kaiſerl. Zuſage gegeben worden:

„keineswegs aber in Cauſis Religionis Proceſſe zu verſtatten.“

§. 46.

Dieſer wurde in folgenden bis hiehin beybehalten und dahero von der Zeit her in den proteſtantiſchen Interceſſionalſchreiben mit Beziehung auf ſothane Stelle gerade zugemuthet, mit Hintanſetzung alles rechtlichen und Reichsgerichtlichen Verfahrens in denen und zwar nicht ſelbſt von dem beſchwerten Theil immediate, ſondern von dieſen an das ſogenannte Corpus angebrachten, hernach von dieſen zuſammen an Kaiſer angezeigten Religionsbeſchwerden ſogleich

Local-

Localcommiſſion zu erkennen, dieſer ſodann ohne weiters Obriſtrichterliches Einſehen und Zuthun die Unterſuchung und ſtracke Execution zu überlaſſen.

§. 47.

Wie diesfalls des Kaiſers Franz Majeſtät, und jetzt regierende Kaiſerl. Majeſtät der Reichsverfaſſung und den Geſetzen nach verfahren, ſomit was darauf der allen Religionstheilen gänzlich ſchuldigen Gerechtigkeit nach, verfüget worden, iſt in dem unterm 8. Jun. a. c. i. e. 1769. an die Kaiſerl. Principalcommiſſion erlaſſenen Kaiſerl. Reſcripto des mehreren allſchon enthalten, und glauben Ihro Kaiſerl. Majeſtät darunter gegen Gott und das geſammte Reich die Denenſelben geleiſtete eidliche Zuſage ſo ausgiebig erfüllet zu haben, als hinlänglich, rechtlich und unpartheyiſch die Wege und Mittel dadurch eröfnet ſeyen, in welchen jeder Religionstheil ſeine Beſchwerden, wenn er dazu nach geſetzlicher Vorſchrift ſchreitet, aufs kürzeſte und bäldeſte auch weit eher mit minderen Koſten, als der ſich nach eigener jenſeitiger Klage verweigerten Localcommiſſionen erlediget werden könne.

§. 48.

Wie wenig anbey die vorangezogenen Worte deren neuern W. Capitulationen den Verſtand gehabt haben können, denen Kaiſern alle Obriſtrichterliche Erkenntniß durch die Reichsgerichte in Religionsſachen gänzlich hinzulegen und abzuſchaffen, iſt vorerſt von den dieſelben errichtenden erlauchteſten Churfürſten nicht zu erwarten, daß von ihnen vor ſich allein ein ſolches, die vorigen in der Grundverfaſſung abänderndes Geſetz ohne des ganzen Reichs und des ganzen catholiſchen Theils friedensſchlußmäſſige Einwillungen gemacht werden möge, als ſie zumalen gleich nach vorerwähnten Worten die folgenden zugeſetzt:

„ſon-

„ſondern darunter lediglich oberwähntem „Reichsgrundgeſetz nachgehen, nicht weniger „daran ſeyn, daß ꝛc. Religionsbeſchwerden des „vorderſamſten Reichsgeſetzmäßig abgethan „werden.“

§. 49.

Nun finden ſich in ebenerwähntem §. zu Anfang die Reichsgrundgeſetze namentlich angeführet:

Das J. P. W. Nürnbergiſcher Executionsreceß, Arct. Mod. exequendi, und andere 6 Reichsconſtitutionen.

Eines mit dem andern zu verbinden und verſtändlich zu machen, erfordert die Auslegung der Zergliederung nach der obendargethanen Geſchichte, wie nehmlich vor, in, und nach dem weſtphäliſchen Frieden dem Kaiſer und Reichsgerichten die Jurisdiction in Religionsſachen im Grund und als eine Regul geblieben. Es iſt ferner bewieſen, wie der Unterſchied inter reſtituenda et inter Contraventiones pro futuro quoad proceſſum et ejus Modum allenthalben feſtgeſtellet, nur vor die reſtituenda ein eigener Modus procedendi et Executio, als die Ausnahme von der Regel der dem Kaiſer und Reichsgerichten bleibenden Jurisdiction in Religionsſachen angeordnet worden, welchen Begriff Proteſtantes ſelbſten hernach bekennet haben, da ſie nicht einſt in oberwähnten Sachen den Proceſſum Mandati S. C. et Commiſſion. nachgeben wollen.

§. 50.

Es laſſen ſich alſo die Worte des §. 11.

„keineswegs in Cauſis Religionis Proceſſe „verſtatten,“

mit

mit denen vor= und nachgehenden Worten daſelbſt wohl am wahrſcheinlichſten und billigſten dahin verſtehen, daß die reſtituenda ex Pace, ſo ihren Vollzug noch nicht erhalten, nach dem Nürnbergiſchen Executionsreceß ohne Reichsgerichtliche Proceſſe per Commiſſiones et Directores-Circuli, die nachherigen Contraventiones und neue Beſchwerden aber bey denen Reichsgerichten zwar nicht in dem proceſſu ordinario, ſondern in dem durch den J. R. A. §. 193. vorgeſchriebenen Mandatsweg, welcher in gewiſſer Maaße, im Juridiſchen Sinne, kein gemeiner, ſondern ſchon ſeiner Natur nach nur executiviſcher Proceß iſt, erlediget werden.

§. 51.

Dieſes wird noch mehr durch die weitere Vorſchrift der W. C. Art. 19. §. 1 beſtättiget und erlanget ſeine volle Deutlichkeit aus dem dazu zu haltenden Churfürſtlichen Protocoll vom 4. Jan. 1742. ad Art. 39. gedachter Capitulation: daſelbſt war umſtändlich der verlangte neue Modus Executionis per Commiſſarios locales in Cauſis Religionis et Reſtituendis vor der Hand gewieſen und es beym Text, ſonach bey der hinlänglichen Verordnung des W. F. in gedachtem Art. und §. zu belaſſen beſchloſſen worden.

§. 52.

Eine andere Auslegung und daß ſchlechterdings alle Religionsſachen der Kaiſerl. Reichsgerichtlichen Erkenntniß ſollen abgenommen ſeyn, würde das vorhin durch J. P. W. R. A. und nachgefolgtes unbeſtrittenes, ja ſelbſt von denen A. C. Verwandten behauptetes Herkommen derer Reichsgerichtlichen Proceſſe in Religionsſachen aufheben; einen ſolchen Satz aber und die Veränderung allgemeiner Reichsſatzungen in der W. C. Art. 1. §. 2. vorgehabt zu haben,

haben, werden wohl die Churfürſten eben ſo wenig gemeynet ſeyn, als weniger die übrigen Reichsſtände, ſonderlich Catholiſche, nachgeben würden, daß durch die W. C. vorgehende deutl. Reichsgeſetze abgeändert werden mögen, woraus ihnen eben ſo ein Jus quaeſitum zu Beurtheilung derer Religionsſachen erwachſen, als ſogar in den einzeln obberührten Wormſiſchen und Nördlingiſchen Fällen die Beziehung auf ein Jus quaeſitum, excepto proceſſu Ordinario und damit übereinſtimmenden älteren Reichsgeſetzen, den Beyfall und Unterſtützung des ſogenannten Corporis Evangel. gefunden hat.

§. 53.

Der Kaiſer aber endlich, am allerwenigſten durch dieſen §. 11. klare und deutliche Geſetze, ja ſelbſt mit fremden Mächten, als der Weſtphäliſche, Ryßwickiſche und andere Friedensſchlüſſe, errichtete Verträge, um dadurch ſelbſt die Reichsverfaſſung abzuändern weder kann noch will; hingegen jederzeit die vorhandene in §. 11. ſelbſt angezogene Geſetze durch diejenigen Wege und mit dem darinn enthaltenen Unterſchied de reſtituendis ex Pace und nachgefolgten Contraventionen ſträcklich und unpartheyiſch, wo Sie darum gebührend angerufen und die jedem Theil bereits durch den Reichshofrath ertheilte Vorbeſcheidungen und Auflagen erfüllen werden, zum Vollzug zu bringen, tragenden Kaiſerl. Amts halber nicht entſtehen werden.

§. 54.

Der Streit über das Simultaneum und den ryßwickiſchen Frieden auch andere neuaufgebrachte Hinderungen iſt nach obberührtem Zeugniß derer Reichsacten und beſonderer von Kaiſer Carl VI.

Maje-

Majeſtät in den Jahren 1723 und 24. der Reichsverſammlung eröfneten Erklärung von der Beſchaffenheit, daß ſuper principia vorerſt auf dem allgemeinen Reichstag eine gänzliche Vergleichung muß getroffen werden, ſehr von demjenigen kann abgewichen werden, was disfalls die Geſetze und unter denen Reichsſtänden auch mit fremden Mächten ſo heilig und deutlich getroffene Bündniſſe bedungen haben.

Nach ſolchen Betrachtungen bleibet wohl nichts übrig, als daß der Kaiſer in denen Religionsſachen durch die Reichsgerichte mit dem in den Geſetzen geordneten ſchleunigen Mandatsweg ohne andere proceſſualiſche Weitläuftigkeiten mit wiederholender nachdrücklicher Erinnerung fortſahren laſſen.

II.

Anderweitige Ausführung der Kaiſerlichen Gerichtsbarkeit in Religionsſachen *).

1.

Es iſt ein in dem Jure gentium, Canonibus Conciliorum et Sanctorum Patrum, antiquis Conſtitutionibus Imperii, aſſertis cordatiorum Scriptorum medii et noſtri aevi gegründeter Satz, daß Ihro Kaiſerl. Majeſtät, gleichwie in andern politiſchen und bürgerlichen zwiſchen Reichsſtänden und Unterthanen entſtehenden Händeln, alſo auch in Cauſis Religionem ſive directe ſive indirecte tangentibus obriſter Richter ſeyn — bleiben — und dafür von Jedermann erkennet und reſpectiret werden müſſen.

2.

Es haben ſich auch die zeitlich regierende Kaiſer, nachdem die leidige Spaltungen in der Religion entſtanden, bekanntlich tapfer bey dieſem ihrem Jure Majeſtatico mainteniret, ut non ſolum teſtantur Acta Concilii Bidileenſis et Concilii Conſtantienſis, ſed et res geſtae Caroli V. Caeſaris; ita in Conſtitutione Imperii de Anno 1544. §. 77. bis 91. als wir eben in der Handlung befinden, ubi Caeſar articulos Religionem concernentes, de quibus inter Catholicos et Proteſtantes certatum, ex plenitudine poteſtatis decidit; da der Römiſche Kaiſer für Sich ſelbſt und

*) Man vergleiche die Anmerkung Seite 1.

und aus ſeiner Kaiſerl. Macht und Vollkommenheit Ordnung darinnen vorgeſchrieben, und gegeben, daß Sie ſolches geſchehen laſſen, und dulten mußten, und in demſelben Ihm, als Römiſchen Kaiſer keine Form und Maas zu ſetzen getrauet; und Allerhöchſtſelben Seines obliegenden Kaiſerl. Amts halber hierinnen nothdürftige Vorſehung zu thun gebühre; hoc ita Catholici tum temporis, und haben ſich in eadem Conſtitutione Kaiſerl. Majeſtät erboten, was immer für Mißverſtändniß und Irrungen hinführo ſich zutragen würden, circa cauſas Religionis ſolche Friedens halber Rechtens zu erörtern und zu decidiren; ita Proteſtantes in Libello Caeſari per Legatos Anno 1589. Pragae oblato: derowegen ſowohl Evangeliſche als andere Stände insgemein Ew. Kaiſerl. Majeſtät vor den rechten Schirmherrn und Moderatorem zu richtiger Handhabung wohlverordneter Satzungen billig geehret und gehalten, damit aus der Brunnquell der Juſtitiae und der Macht, ſo Seiner Majeſtät ſelbſt von Gott verliehen iſt, Einem jeden das Seine mitgetheilt werde, dieweilen Sie wiſſen, daß Ihro Kaiſerl. Majeſtät von Gott eben darum zum höchſten Oberhaupt des ganzen Reichs erhebet, und verordnet ſind, damit Höchſtdieſelbe in ſtrittigen Sachen (objectum tum fuit, uti paulo ante allegimus Religionis), darinnen des ganzen Reichs gemeiner Nutz begriffen, pro autoritate faſtigii et muneris imperatorii alles nach Billigkeit einzurichten hätten, was ſonſt der Parteyen widerwärtiger Gedanken halber im Streit verbleiben möchte; haec ita Proteſtantes; ita ſtatus univerſi in Reſponſo ad primam Propoſitionem Caeſaream Receſſus de Anno 1570. ne pax religioſa ita ab omnibus ſusque deque habeatur. Daß Ihro Kaiſerl. Majeſtät als des Reichs Oberhaupt bey nächſter Gelegenheit die Parteyen fürzubeſcheiden, darauf facti probationem

 durch

durch ſummariſche Proceſſe einzunehmen, ferner darüber, was in der Güte nicht beygeleget worden, forderſamſt Recht und darauf gebührliche Execution zu leiſten hätten. Haec ita ſtatus univerſi tum Catholici, tum Proteſtantes; ita Caeſar Rudolphus II. ad Inſtantiam quorundam Principum Electorum in Annis 1601. 1607. reſpondit. Daß Ihro Majeſtät als Römiſcher Kaiſer und Oberhaupt von Rechts und Herkommen wegen gebühre, und Niemanden geſtatten noch einräumen könnten, wenn in dem Römiſchen Reich über den aufgerichteten Religionsfrieden zwiſchen Ständen Streit fürfallen würde, daß dem Römiſchen Kaiſer die Cognition oder Deciſion benommen werden ſollte, ſondern daß vielmehr Ihro Kaiſerl. Majeſtät und Höchſtdero Vorfahren jederzeit, ſo ein oder ander Theil um Hülfe angerufen, darinnen gebührenden Entſchluß gegeben, und noch zu geben befugt ſeyen; gedenken auch nicht Ihr und Ihrem Nachfahrer am Reich zur Verkleinerung und Nachtheil davon zu weichen. Item: Daß Höchſtdieſelbe vermög Ihrer uralten Kaiſerlichen Reichs-Hof-Jurisdiction berechtiget, ſich bey ſolcher Hoheit und oberſten Würde, ſive ut interpretandum, Oberherrlichkeit handgehabet, die Widerſetzlichen in unzählichen Fällen dieſelbe Jurisdiction erkennet, ſich derſelben unterworfen, ja noch heutiges Tages gar gerne, wenn es zu ihrem Nutz und Vortheil gereiche, ſuchen und gebrauchen.

In eundem ſenſum reſponderunt et reſcripſerunt Imperatores Maximilianus II. et Ferdinandus II. *Cranius de Pace Religionis in Imperio* ſervanda parte 3. problem. I. per tut. Haec ita Status Catholici ſeparatim, Status proteſtantes ſeparatim, univerſi Status conjunctim, et denique Caeſares.

Welches

Welches alles annoch in dem zwiſchen Kaiſer Ferdinand II. und Churſachſen in anno 1635. errichteten particularen pragiſchen (ob zwar nochmahlen von den Proteſtirenden nicht angenommenen, gleichwohl de defenſa Caeſaris jurisdictione zeugenden) Friedensſchluß beſtättiget wird, indem darinnen Art. 4. die a Camera ſuper occupatis bonis eccleſiaſticis ertheilten Judicata beſtätigt und Art. 8. die diesfalls vorhanden geweſene unerledigte puncta Kaiſerl. Erörterung und Deciſion überlaſſen worden.

3.

Und obwohlen die glorwürdigſt regierenden Kaiſer, nach dem in ſe jure naturali divino et chriſtiano laudatiſſimo Principio Religionem perſuaderi, non cogi oportere, in denen ſich von Zeit zu Zeit hervorgethanen Religionszwiſtigkeiten viam amicabilis Compoſitionis eingeſchlagen, und ſolche Tentamina concordia zwiſchen beeden diſſentirenden Theilen dem ſtricto juri reformandi ſacrum imperium, folglich ſelbiges bey ſeinem alten Syſtemate fidei, Eccleſiae (worauf es am mehreſten angeſehen geweſen) bonorum eccleſiaſticorum zu conſerviren, und zu beſchirmen, mehrentheils vorgezogen, wovon annoch die drey Fundamentalgeſetze, ſo Regulam und Richtſchnur hodierni ſtatus eccleſiaſtici in Imperio anweiſen, nehmlich Transactio Paſſavienſis pacis, Religioſa Auguſtana et pax denique Weſtphalica ſo zu reden, Documenta viva vorhanden ſind, ſo iſt jedoch unläugbar, daß den Weſtphäliſchen Friedensſchluß ausgenommen, wobey Kaiſerl. Majeſtät reſpectu der dabey concurrirenden auswärtigen Kronen ſuo modo als Pars paciſcens anzuſehen ſeyn will, Cäſar dergleichen gütlichen Tractaten jederzeit als des Reichs allerhöchſtes Oberhaupt präſidiret, ſelbige ut ſummus Moderator, hominum Rex, Phoebique ſacerdos,

 cerdos,

cerdos, ſons juſti et aequi zur Einigkeit gebracht, und wann ſolche nicht zu erlangen geweſen, die beſtrittene Sache ſelbſt decidiret, wie davon alle Receſſus Imperii voll, und annoch in ipſa transactione paſſavienſis, et pace religioſa, das Exempel von dem ex plenitudine Poteſtatis Caeſareae ſancirten ſogenannten geiſtlichen Vorbehalt in Art. 5. Pac. Rel. vorhanden, ja das Edictum Ferdinandeum de reſtituendis bonis Eccleſiaſticis de Anno 1629. ſo Tuba belli tricennalis geweſen, giebet hievon klares Zeugniß, indem Seine Kaiſerl. Majeſtät in Prooemio allegati Edicti Sich ausdrücklich darauf beziehen, daß Dero Kaiſerl. Deciſion die darinnen authoritate Imperiali aberkannte puncta von beeden Theilen untergeben worden.

Ueberdem ſind ſolche Vergleiche oder verabſchiedete Receſſus jederzeit den Summis Imperii Tribunalibus zugefertiget und Ihnen anbefohlen worden, nichts dargegen zu mandiren, oder zu decerniren, ſondern ſich vielmehr dem Friedensſtand gemäs zu bezeigen, und den anrufenden Parthenen nothdürftige Hülfe Rechtens mitzutheilen, Pac. Relig. Art. 19. welches alles aber, wie es ſowohl publicando als judicando et exequendo nomine Caeſaris geſchehen, und noch geſchiehet, und die ſolchergeſtalt ſub Authoritate Imperatoria transacta in vim legis erwachſen, woran die Tranſigentes gebunden, oder wenigſtens den Teutſchen Rechten nach gebunden ſeyn ſollen, alſo wird dadurch dem Juri Majeſtatico Caeſaris nicht derogiret, geſtalten auch in den mehreſten Judiciis nichts gebräuchlicher, als daß, bevor Proceſſus erkannt werden, der Judex unter den ſtreitenden Parthenen den Vergleich verſuchet, und wann ſolcher zu Stand kommt, ſelbigen ſua authoritate confirmiret, wordurch aber in der Fundatione jurisdictionis ordinaria nichts abgebrochen wird.

4.

4.

Es iſt ferner zwar nicht ohne, daß Proteſtantes vor und nach dem Religionsfrieden die von dem Kaiſerl. Hofe in Materia Religionis emanirten Mandata, Reſcripta und Proceſſus zu decliniren geſuchet, auch wohl dargegen zuweilen beſchwerliche Klage geführet, ſolches jedoch nicht in der Intention geſchehen iſt, als ob Proteſtantes Ihr ganzes Religionswerk all und jeder Judicatur zu entziehen, und wie in folgenden Zeiten geſchehen, gar keinen Richter zu leiden, oder zu agnoſciren gemeynet geweſen; ſondern ihr vermeyntliches Fundamentum Intentionis iſt, wiewohl irrig, darinnen beſtanden:

1) daß Ihro Kaiſerl. Majeſtät Dero ganze Jurisdiction dem Kaiſerl. und des Reichscammergericht übertragen, und

2) dem Reichshofrath keine andere Cognition, als in Cauſis fractae pacis profanae et feudorum regalium reſerviret worden, wie dann

3) ſowohl die von Zeit zu Zeit errichtete Receſſus Imperii, als auch die vorhin getroffene Pacificationes religioſae temporariae nicht dem Reichshofrath, ſondern dem Cammergericht, um darauf in judicando zu halten, empfohlen worden, dahero dann

4) der Reichshofrath und zwar wie in allen übrigen Judicialſachen, duobus punctis ſupra memoratis exceptis, alſo in den Religionshändeln um ſo weniger einige Concurrentiam jurisdictionis behaupten könnte; weilen

5) es mit dem Land- und Religionsfrieden eine weit von einander discrepirende Bewandtniß habe, indem in jenen Ihro Kaiſerl. Majeſtät,

als Obriſten Richter, in dieſen als Pars, da nemlich Cäſar mit den Ständen der alten Religion zu der Päbſtlichen getreten, anzuſehen, folglich der Reichshofrath ſuſpect, zumahlen ohnedem

6) ſothanes Judicium dazumalen mit keinem Membro Auguſtanae Confeſſionis beſetzet geweſen, und

7) es nebſt dem den Ständen beſchwerlich fallen wollte, vor zweyen Judiciis ſummis zu litigiren, mit welchen und andern Gründen mehr damalen die Concurrentia judicii aulici nicht allein von den Ständen Auguſtanae Confeſſionis, ſondern vielen illuſtribus Scriptoribus angegangen, von andern aber nicht weniger nahmhaften Scriptoribus verfochten worden; vid. Donawertiſche hinc inde verhandelte Acta, quibus non obſtantibus gleichwohl Status Auguſtanae Confeſſionis die Cameraljurisdiction allezeit agnoſciret, immaßen in verbis Informationis facti et juris der Donawertiſchen Execution pag. 189. zu erſehen.

Nichts deſtoweniger begehret man Ihro Kaiſerlichen Majeſtät von ſolchen Sachen nicht auszuſchlieſſen, ſondern wie Sie des Reichs Jurisdiction bey dem Cammergericht neben den Ständen in politiſchen Sachen adminiſtriren, alſo iſt Ihro Kaiſerl. Majeſtät in den Irrungen, ſo ſich unter den Ständen wegen des Religionsfriedens ergeben, das Recht daſelbſt nach Innhalt der Ordnung und Reichsabſchieden zu führen unverwehrt; und wann je bey den immer damals zugenommenen Status Imperii turbationibus die Contradictiones ab Seiten der Proteſtirenden immer mehr angewachſen, auch endlich

Camerae

Camerae ſowohl, als Ihro Kaiſerl. Majeſtät in ein und andern Lis moviret werden wollen, ſo iſt jedoch nicht weniger zu bedenken, daß eines Theils in ſtatu Partium per vim certantium kein ſolidum Jus weder zu ſuchen, noch zu ſtabiliren, anderntheils aber Ihro Kaiſerl. Majeſtät ſich ſolcher von Statibus A. C. jezuweilen geäuſſerter Renitenz mit groſſer Conſtanz erwehret, den Proteſtirenden, wie oben angezeiget, rotunde declariret, daß, wie Ihro Kaiſerl. Majeſtät und Höchſtdero Vorfahrer am Reich ſich von der Suprema jurisdictione und Cognitione in Eccleſiaſticis noch nie abdiciret, alſo auch deren Sich ins künftige zu begeben, nicht gemeynet wären, *ut in declaratione et Reſolutione Rudolphi II. item ut in Reſolut. Maximiliani II.* von Freyſtellung *d. d.* 24. Sept. 1576. Art. 7. daß Kaiſerl. Majeſtät in dieſen Sachen ja keine Parthey ſeyn, und für Ihro Perſon damit anders nichts, als Amtshalber zu thun hätten, wie dann auch contra hanc praetenſam Aulae Caeſareae *partialitatem graviter ſcripſerunt* Tob. Paurmeiſter de jurisdict. Lib. 2. C. 6. n. 238. et praeſertim Domin. Arumnaeus de jur. publ. *Diſcurſ.* 13. *quaeſt.* 19. *ubi* abſurdum eſſe ait, Imperatorem qui ad juſtitiae et imprimis Capitulationum (imo meo ſenſu ſalutis omnigenae omniumque Legum atque ita prona conſequentia totius Syſtematis Imperii tutelam et protectionem jurato tenetur, non poſſe valide judicialiter vel extrajudicialiter ex Conſtitutionibus ſive Receſſibus Imperii vel ordinatione Camerae (adde Judicii Imperialis aulici) per legitimos tramites procedere, atque iniquitates Calumniantium expellere: Cum alias juris ſit, quod eos, quos teneor defendere, mihi offendere non liceat, nec obligatio Caeſaris utpote ex abundanti et principaliter certioris Statuum Proteſtantium in Imperatorem fiduciae excitandae

 ergo

ergo huic noſtrae Conſtitutioni (puto Paci religioſae) adjecta poteſtatem Illi jure Electionis et Imperii jus quaeſitum eidem auferri poſſit etc. aliique ſive Catholici ſive Proteſtantes ſtatus et Scriptores ceu videndum apud Cran. de Pac. Relig. P. 3 Probl. 1. per totum zu geſchweigen, daß auch endlich die Sache aufs höchſte genommen, Camera der Zeit, wie auch noch jetzo non jurisdictione propria, ſed delegata cumulative, ſed potius via ſacra judicaſſe et adhuc judicare cenſenda ſit; Ordin. Cam. *P. I. Tit.* 27. und endlich daß Kaiſerl. Majeſtät Sich bey Ihrem Jure Majeſtatico cognoſcendi in Cauſis eccleſiaſticis inter ſtatus kräftigſt manuteniret, und ſolches ſonach paucis menſibus ante adventum Regis Sueciae in Germaniam, qui fuit 24. Junii 1630. durch das bekannte und obangeführte Edictum Ferdinandeum de reſtituendis Bonis eccleſiaſticis, et aliquot ceteris Articulis, deren Deciſion Caeſari anheimgeſtellt geweſen, publice et authoritative exerciret, und ausgeübet haben, et hoc quidem jure gentium divino Imperiali Canonico et per Pacta ſolennia ſtatutario bis auf den ſchwediſchen Einfall, und alſo von Anfang der Religionsſpaltung bis auf den weſtphäliſchen Friedensſchluß.

5.

Ob nun gleich das ſolchergeſtalten ſtabilirte jus Majeſtaticum Caeſaris cognoſcendi de controverſiis Religionis inter ſtatus in gedachtem weſtphäliſchen Friedensſchluß einen ſo merklichen Abfall gelitten, daß die heutige evangeliſche Stände, oder deren Miniſtri es ausdeuten wollen, als wann Kaiſerl. Majeſtät dabey nichs anders als etwa nudo mediationis Officio zu ſagen, hergegen die Evangeliſche ihre per arma parta jura nach ihrem Gutbefinden zu conſerviren, zu dirigiren und zu ſolchem Ende nicht allein Conſilia

allein

allein zu pflegen, ſondern auch in und auſſerhalb Reichs foedera aufzurichten, nach deren Maasgebung Kaiſerl. Majeſtät und Ihren Catholiſchen Nebenſtänden vorzuſchreiben, und hautement, falls man ſich Ihnen nicht fügen wollte, mit Waſſen zu drohen, und andere Reichs- und weltkündige Unternehmungen auszuführen befugt wären; um ſolches alles rechtlich zu conſideriren, wird nötig ſeyn,

1) das Objectum Pacis Weſtphalicae genau zu unterſuchen, nächſtdem

2) zu betrachten, wie und welchergeſtalten ſolches verglichen, und

3) zu exequiren bewilliget, dann

4) was Kaiſerl. Majeſtät in Religionsſachen ratione futuri, und

5) überhaupt in Reichsſachen genommen, gelaſſen oder beygeleget; was

6) inter Catholicos und Proteſtantes für eine Regul vorgeſchrieben worden, und wie und welchergeſtalt

7) darzu Conſortes Pacis und vornehmlich die garantirende auswärtige Kronen zu concurriren haben.

Zu Unterſuchung des primi Membri (I.) wird nöthig ſeyn, zuförderſt den Paſſauiſchen Vertrag und Augſpurgiſchen Religionsfrieden zum Grunde zu legen, um daraus die nachhero aus deren Nichthaltung entſtandene, und durch den Weſtphäliſchen Friedensſchluß componirte Gravamina und Litigia deſto beſſer und eigentlicher zu vernehmen, da dann und zwar ex Transactione Paſſavienſi ein mehreres nicht zu erſehen, als daß beyden Theilen, ſowohl Catholiſchen als Evangeliſchen Ständen NB. bey Poen des Landfriedens, ſich einander, oder die ſonſt keiner andern

andern per Receſſus verdammten Secte anhängig, und zwar den Catholicis die Evangeliſche Stände mit der That gewaltſamer Weiſe oder in andere Wege wider ihre Conſcienz und Willen von ihrer Religion und Glauben zu dringen, durch Mandat oder andevergeſtalt zu beſchweren, oder zu verachten, den Evangelicis aber die Catholiſche Stände ihrer Religion, Kirchengebrauch, Ordnung und Ceremonien, auch ihrer Haab, Güter, Landen, Leuten, Renntten, Zinnßgülten, Ober- und Gerechtigkeiten halber zu beſchweren, oder mit der That oder ſonſt im ungutten gegen denſelbigen irgend was fürzunehmen unterſaget, hergegen Einen jeden bey ſeiner Religion und Glauben geruhiglich bleiben zu laſſen, und in alle Wege nach Laut und Ausweiſung des heiligen Reichs Rechten, Ordnungen, Abſchied, und aufgerichteten Landfrieden, jeder ſich gegen den andern an gebührenden ordentlichen Rechten begnügen zu laſſen, wie auch die ſtreitige Religion nicht anders, dann durch freundliche friedliche Mittel und Wege zur einhelligen chriſtlichen Verſtändniß und Vergleichung zu bringen gebeten; zu dem Ende die ſpaltige Glaubensſachen an ein General- oder Nationalconcilium, Colloquium oder gemeine Reichs- oder andere Verſammlung verwieſen, und endlich dem Cammergericht auf ſolchen Friedensſtand zu halten, und den anrufenden Partheyen darauf ohngeachtet welcher Religion ſie ſeyen, gebührliche und nothdürftige Hülfe des Rechtens mitzutheilen anbefohlen, und nebſt Remiſſion der A. C. Verwandten Geſuchs wegen Vergleichung der Stimmen am Cammergericht ad Comitia bey Kaiſerl. Majeſtät zu intercediren verſprochen wird, damit ſelbige den Punctum praeſentationis beym Cammergericht und daß A. C. Verwandte dabey nicht ausgelaſſen werden möchten, aus Vollkommenheit Kaiſerl. Majeſtät Gewalts alsbald

immer

immer möglich erledigen wollten; in dem Augſpurgiſchen Friedensſchluß aber de anno 1555. iſt nebſt Wiederholung des Paſſauiſchen Verbots ſich einander von ihrer Religion, Haab, Gütern, Rennten, Leuten, Herrſchaften, Obrigkeiten zu dringen, und des Gebots, einen jeden bey ſolchen bleiben, und ſich an gebührenden, ordentlichen Rechten begnügen zu laſſen, auch die ſtreitige Religion nicht anders, dann durch gütliche Mittel und Wege zur Vereinigung zu bringen, alles bey Poen des Landfriedens, anfänglich und Art. I. das Verbot aller und jeder Vergewaltigung, um einigerley Urſachen willen auch ſolchen Thätern Rath, Hülfe, Beyſtand und Fürſchub zu thun, oder ſelbige wiſſentlich und gefährlich zu beherbergen, zu ätzen, oder zu dulten, Senſu ut opinor firmandi pacem profanam auf alle und jede, weß Würden, Weſens und Standes die ſeyen, extendiret, und anbey, daß ein jeder den andern mit rechter freundſchaftlicher und chriſtlicher Liebe meyne, auch kein Stand noch Glied des Reichs dem andern, ſo an gebührenden Orten Recht leiden mag, den freyen Zugang der Proviant, Nahrung, Gewerb, Renntgülten und Einkommen nicht abzuſtricken, noch aufzuhalten befolen, auch ſancirt worden, daß Kaiſerliche Majeſtät die Stände, und die Stände Kaiſerliche Majeſtät, auch ein Stand den andern bey dem Religionsfrieden (welcher ut in Prooemio dicitur) aufgerichtet worden, damit ſich Stände und Unterthanen beſtändiger gewiſſer Sicherheit zu getröſten hätten, und nicht ein jeder in unerträglicher Gefahr ſtehen dörfte, ſondern der Stände und Unterthanen Gemüther wiederum in Ruhe und Vertrauen gegen einander geſtellt, und die teutſche Nation für endlicher Zertrennung und Untergang gehütet werden möge) auch gemeinen Conſtitutionen des Landfriedens alles Innhalts bleiben laſſen ſollen.

Hiernächſt iſt Art. 4. ſtatuiret, daß in dieſem Frieden alle andere, ſo der Catholiſchen und Augſpurgiſchen Religion nicht anhängig, nicht gemeynet, ſondern gänzlich ausgeſchloſſen.

Art. 5. Daß wo ein Erzbiſchoff, Biſchoff, Prälat, oder ein anderer geiſtlichen Standes von der Catholiſchen Religion abtreten würde, ſelbiger ſein Erzbiſtum, Prälatur und andere Beneficia; auch alle Früchte und Einkommen, ſo er davon gehabt, ohne Weigerung und Verzug, jedoch ſeinen Ehren ohnnachtheilig, zu verlaſſen ſchuldig, und den Capituln und Patronis eine Perſon der alten Religion verwandt, zu wählen und zu ordnen zugelaſſen ſeyn, auch die Capituln und Kirchen, bey ihren Fundationen, Electionen, Gerechtigkeiten altem Herkommen und Güthern gelaſſen werden ſollen, wohingegen

Art. 6. Diejenigen Stände, welche Stifft-Clöſter und andere geiſtliche Güther eingezogen, und zu milden Sachen angewendet, ſolche eingezogene Güther NB. welche denjenigen, ſo dem Reich ohne Mittel unterworfen, und Reichsſtände ſind, nicht zugehörig, und deren Poſſeſſion die Geiſtliche zur Zeit des Paſſauiſchen Vertrags oder ſeithero nicht gehabt, bey ſolchen Güthern, und der damit gemachten Verordnung gelaſſen, und deßhalb weder inn-noch auſſer Reichs angeſprochen, oder angefochten werden ſollen, mit Befehl an das Kaiſerliche Cammergericht, dawider keine Citation, Mandat noch Proceß zu erkennen, wie nicht weniger Art. 7. verordnet wird, daß die geiſtliche Jurisdiction (jedoch geiſtlicher Chur-und Fürſten Stände, Collegien, Klöſtern und Ordensleuten an ihren Rennten, Zehenden, weltlichen Lehenſchaften und andern Rechten unvorgriffen) wider der A. C. Religion Glauben, Beſtellung der Miniſterien, Kirchengebräuchen, Ordnung und Ceremonien,

ſo

ſo ſie aufgerichtet, oder noch aufrichten möchten, bis zu endlicher Vergleichung der Religion nicht exerciret, gebrauchet oder geübet werden, ſondern ruhen, eingeſtellet — und ſuſpendiret ſeyn und bleiben ſollen; jedoch daß in andern Sachen der A. C. Religion Glauben, Ceremonien und Miniſterien nicht anlangend, den Erz- und Biſchöffen und Prälaten die geiſtliche Jurisdiction, wie deren Exercitium an jedem Orte hergebracht, und die deren in Uebung und Poſſeſſion ſeyn, nach wie vor ungehindert zu exerciren geſtattet ſeyn ſolle.

Dabey annoch Art. 8. verſehen, daß obwohlen Statibus catholicis alle ihre zuſtändige Rennte und Zehenden folgen ſollen, dennoch einem jeden Stande, worunter ſolche Reditus und Güther gelegen, ſeine weltliche Obrigkeit, Rennt- und Gerechtigkeit daran, ſo er von Anfang des Religionsſtreits gehabt, unbenommen ſeyn, und nichts deſtoweniger von ſolchen Rennten und Gütern die nothdürftige Miniſteria der Kirchen, Pfarren und Schulen, auch Allmoſen und Hospitalia, wie ſie vormahlen beſtellet, auch nachmahls, ohngeachtet, weß Religion die ſeynd, beſtellet, und

Art. 9. wann ſolcher Beſtellung wegen Mißverſtand fürfiele, die Partheyen durch Schiedsleute innerhalb 6 Monath aus einander geſetzet, und bevor ſolches geſchehen, der angeſprochene Poſſeſſor nicht depoſſediret werde, auch

Art. 10. kein Stand den andern noch deſſelben Unterthanen zu ſeiner Religion dringen, abpracticiren, oder wider Ihre Obrigkeit (ita tamen ut iisque qui jus advocatos ſibi conſtituendi olim habuerint, iſtud relinquatur) in keinem Wege in Schutz und Schirm nehmen, noch vertheidigen hergegen

Art.

Art. 11. Kaiſerliche Majeſtät und geſammte Stände ihren Unterthanen Catholicae ſive Auguſtanae Confeſſionis das Beneficium emigrandi und Verkaufung ihrer Haab und Güter gegen ziemlichen Abtrag der Leibeigenſchaft, und Nachſteuer ohne Entgeld ihrer Ehren und Pflichten, jedoch der Leibeigenen halber jeder Obrigkeit an ihrer Gerechtigkeit dieſelbe ledig zu laſſen, oder nicht, nichts benommen, zu laſſen, bewilligen ſollen, und ſoll

Art. 12. dieſer Friedensſtand bis zu chriſtlich freundlicher Vergleichung der Religion durch die Wege eines General- oder National-Concilii, Colloquien oder Reichshandlung ſtät und feſt bleiben, und nicht minder, wann auch ſolche Vergleichung nicht erfolget, dennoch unverbrüchlich gehalten, auch

Art. 13. die unmittelbare Reichsritterſchaft in dieſen Frieden mit eingeſchloſſen ſeyn, wie nicht weniger

Art. 14. in den Reichsſtänden, wo die beyde Religionen alter und A. C. bisher im Gang und Gebrauch geweſen, dabey ohngehindert gelaſſen werden, und endlich

Art. 15. dieſer Pacification nichts, weder de praeterito, noch in futurum derogiren, noch dargegen etwas angenommen, gegeben, oder erlangt werden ſollen, welches alles veſt zu halten, und dargegen weder ex plenitudine poteſtatis Caeſareae, noch ſonſten zu handeln,

Art. 16. a parte Caeſaris,

Art. 17. aber a parte Statuum, und endlich

Art. 18. verbindlich zugeſagt wird, ſo einig Theil oder Stand den andern jetzt oder künftig wider ſolchen aufgerichteten Frieden mit thätlicher Handlung heim- oder öffentlich vergewaltigen, oder bedrän-

bedrängen würde, daß Kaiſerl. Majeſtät und geſammte Stände auch beyderſeits Nachkommen und Erben nicht allein ſolchem Vergewaltiger und Thathändler keinen Rath, Hülfe noch Beyſtand leiſten, ſondern auch dem andern Theil oder Stand, ſo wider dieſen Frieden vergewaltiget, überzogen oder bekrieget würde, wider den Vergewaltiger und Thathändler Hülfe und Beyſtand leiſten wollen und ſollen; cum Mandato

Art. 19. ad Cameram auf dieſen Friedensſtand zu halten, und den anrufenden Partheyen darauf, cujus religionis ſint, gebührliche und nothdürftige Hülfe Rechtens mitzutheilen, und wider ſolch alles keinen Proceß noch Mandat zu decerniren.

6.

Die geringe oder gar keine Beobachtung dieſes Religionsfriedens haben von deſſen Schluß an, bis auf den Einbruch der ſchwediſchen Waffen beſtändige Querelen zwiſchen Catholicos und Proteſtantes, und endlich gar die Ruptur des Kriegs cauſirt.

Dann gleich Anfangs haben die Proteſtantes ſich an dem Genuß der ihnen in pace religioſa Art. 6. endlich eingeräumten geiſtlichen Gütern, ſo keinem Reichsſtand zugehörig und deren Poſſeſſion die Geiſtlichen zu Zeit des Paſſauiſchen Vertrags, oder ſeithero nicht gehabt, nicht erſättigen laſſen, ſondern ſub praetextu ſuſpenſae jurisdictionis eccleſiaſticae abuſus ſothaner geiſtlichen Gütern, hingegen deren ceſſirenden uſus et intentionis fundantium, wie ingleichen daß gedachter Religionsfriede in Receſſibus de anno 1566. und 1576. etwa repetiret und confirmiret, mithin die nach und nach clam, vi et precario angegriffene Uſurpation anderweitiger geiſt-

lichen Güter, ſo Reichsſtänden zugehörig und von Geiſtlichen beſeſſen oder nicht, gleichſam tacite approbiret worden, den Fuß in andere geiſtliche Güther immer weiter geſetzet, bis ſie das mehreſte unter ſich gebracht, und zu ihren Patrimonialgüthern gezogen, und da Catholici ſo wenig als Camera ſolches wider den buchſtäblichen Innhalt Pacis religioſae nicht zugeben können, ſondern dagegen, zumalen a Camera Mandata inhibitoria et reſtitutoria decretiret worden, ſo ſind in Comitiis Auguſtanis in anno 1559. von Catholicis und Proteſtantibus zugleich allſchon dazumalen Gravamina angebracht worden, und zwar von jenen, daß ihnen geiſtliche Güther und Kirchen entzogen, und die dargegen ausgegangene Cameralurthel nicht reſpectiret; von dieſen aber, daß ihnen per Sententias Camerales das Jus reformandi Monaſteria et Beneficia eccleſiaſtica benommen und eingeſchränket werden wollen.

7.

Nachdem ihnen nun dieſer Eingriff gelungen oder per Injuriam temporum nachgeſehen worden; ſo ſind Proteſtantes weiter gegangen, und ob ſie wohl den Religionsfrieden bey Fürſtlichen Ehren und Würden in rechten guten Trauen und Worten der Wahrheit zu halten verſprochen, ſo hat es jedoch kurz darauf geheiſen, daß ſie das in Art. 5. pacis religioſae ſtipulirte Reſervatum eccleſiaſticum mit gutem Gewiſſen und Beybehaltung ihrer Ehren nicht einräumen könnten, indem ſie dadurch zugeben würden, daß ihre Confeſſion eine im Reich verdammte Secte ſeye, und dadurch die Fortpflanzung der evangeliſchen Wahrheit gehemmet ſehen müßten, worauf ſie ihre bey dem Frieden gehabte Gewalthaber deſavouiret, dargegen aller Orten Proteſtation eingewendet, und in anno 1576. et ſequentibus haben erſtlich die Grafen

Grafen und Herren A. C. begehret, in die Stifter gelaſſen zu werden, und daß ihrentwegen die ihrer Confeſſion zu widerſeyende Stiftsſtatuten und jurament geändert werden mögten, und ohngeachtet ihnen ſolches per Decretum Maximiliani II. Caeſaris vom 25. Aug. dicti anni abgeſchlagen worden, ſo haben ſie ſich jedoch nicht allein nach und nach in die hohe und mittelbare Stifter geſchwungen, ſondern es hat ſich auch der Erzbiſchoff Gebhard von Cölln 1582. gar verheyrathet, und das ganze Erzſtift vielleicht an ſeine Familie als ein weltlich Guth zu bringen getrachtet, und obwohl Camera dieſem Beginnen mit Nachdruck per Mandata caſſatoria und andere Wege entgegen gegangen, mithin endlich dieſe Infractio Pacis religioſae redreſſiret worden; ſo iſt doch annoch 1584. zwiſchen den Straßburgiſchen Canonicis ratione Religionis abermals ein Schisma entſtanden, und haben endlich gar zween Biſchöffe diverſae Religionis den Cardinalen von Lotharingen, von Marggrafen Johann Georg von Brandenburg erwählet, in anno 1591. die Augſpurgiſche Confeſſion publice in dem Biſtum Halberſtadt introduciret, daſelbſt ein lutheriſcher Herzog Chriſtian zu Braunſchweig zum Biſchoff, folglich in anno 1626. der Königliche Prinz von Dännemark zu Oßnabrück zum Coadjutor, nachgehends zum Erzbiſchoffen von Bremen und Biſchoff zu Vehrden, dann anno 1628. der Churſächſiſche Prinz Auguſtus zum Erzbiſchoffen von Magdeburg eligiret, und dergleichen verſchiedene mehrere weit ausſehende und dem Catholicismo den äuſſerſten Untergang drohende Unternehmungen faſt in Gang gebracht, ſelbige auf öffentlichen Reichstägen als Recht behauptet, und daß die neo creati Epiſcopi Lutherani in Comitiis zu Siz und Stimmen zu laſſen begehret werden wollen:

8.

ſo haben Catholici aſſeriret, daß ſowohl der Paſſauiſche Vertrag, als auch der Religionsfriede nur unter Ständen aufgerichtet worden, folglich die Unterthanen nichts angehe, und alſo gleichwie Proteſtantes ihnen vi juris territorialis frey zu ſtehen prätendirten juxta a ſe receptam Religionem, Regionem zu reformiren, alſo auch Catholicis nicht zu verwehren, wann ſie eine von dem Landesherren diſſentirende Religion in ihren Territoriis nicht duldeten, geſtalten dann deswegen das Expediens emigrationis in pace religioſa Art. 11. gefunden, und beederſeitig applacidiret, überdem Art. 10. verſehen worden, daß kein Stand den andern und deſſen Unterthanen zu ſeiner Religion dringen, noch abpracticiren, wenigſtens in Schutz und Schirm nehmen ſolle, worgegen Proteſtantes Prooemium und Art. I. dictae pacis religioſae angeführet und daraus inferiret, daß dieſer Friede die Unterthanen allerdings einſchlieſſe, folglich die Catholiſche Landesherren ihren Unterthanen zu der Augſpurgiſchen Confeſſion zu treten freyzuſtellen, und ſie dabey bleiben zu laſſen allerdingen verbunden wären, geſtalten dann das Beneficium emigrandi als ein Beneficium ſtabiliret worden, folglich Niemanden wider Willen aufzudringen ſeye, dafür auch zu ſprechen, ex vinculo communis Societatis tam civilis quam Eccleſiae, Proteſtantes wohl befugt wären, welches Principium dann zu Würzburg, Straßburg, Salzburg, Cölln, Augſpurg und anderwärts, und beſonders

9.

in denen Reichsſtädten ſowohl purae als mixtae Religionis, zumalen ſich theils Magiſtratus, theils Bürgerſchaft, auch ſogar mit Einziehung geiſtlicher Güther groſſer Freyheit gebrauchet, contra Intentionem

tionem Pacis religioſae Art. 14. verſchiedene und zum Theil gefährliche motus cauſiret, worüber und über die ſchlechte Obſervanz des Religionsfriedens Catholici in Comitiis Ratisbonenſibus anno 1613. beſchwerliche Klage geführet.

10.

Zudem iſt der Senſus Art. 8. et 9. Pacis religioſae von einem und andern Theil, wie nicht weniger der Art. 7. ſuſpenſae jurisdictionis eccleſiaſticae

11.

gar ſehr in Zweifel gezogen worden, indem ratione Art 8. et 9. die proteſtirende den Catholiſchen die ihnen ausbedungene Rennten aus ihren Territoriis nicht verabfolgen, noch hoc ſenſu etiam hodie adhuc reſervatam jurisdictionem eccleſiaſticam gelten laſſen, ſondern e Contrario begehren wollen, daß dem ohngeachtet die Catholiſche die von den von ihnen eingezogenen Klöſtern und Stiftern aus ihren der Catholiſchen Territoriis gefällige Rennten und Einkünſten richtig abführen ſollen; wie dann auch Proteſtantes mit Beſtellung der Beneficien und Miniſterien es nach ihrem Gefallen anzuſtellen verlanget, worüber in Comitiis Anno 1613. abermals viel ab utraque Parte gravaminiret worden, dahingegen

12.

Catholici ex ſenſu Art. 7. Pacis religioſae, weilen darinnen diejenige Cauſae, ſo Aug. Conf. Religionem et Ceremonias nicht betreffen, der Jurisdictioni reſerviret worden, die Cauſas Proteſtantium, juramentorum, uſurarum, matrimoniales und dergleichen Sachen mehr zu ihren geiſtlichen Officialaten renitentibus conſtanter Evangelicis zu ziehen begehret. Darzu iſt

 13.

13.

gekommen, daß obwohl Art. 13. Religioſae die unmittelbare Reichsritterſchaft in dem Religionsfrieden mit eingeſchloſſen worden, daß dennoch eben ſelbige andern Reichsſtänden mit einiger vinculo feudali verwandt geweſen, oder ſelbige in ihren Herrſchaften einige fiscaliſche Gerichtsbarkeit hergebracht, ſo ſie davon ſogleich den Schluß auf das dem Juri territoriali anklebende jus reformandi gemacht, mithin ſolche Ritter des edlen Religionsfriedens nicht genießen laſſen wollen, zu geſchweigen daß

14.

Churpfalz die bisher bekannte Augſp. Confeſſion deſeriret, und wider den Art. 4. Pacis religioſae die der Zeit im Reich noch nicht tolerirte reformirte Religion einführen wollen. Ueber welche und andere zwiſchen Ständen dieſer alſo aufgekommenen dreyen Religionen immer mehr eingeriſſene mißbräuchliche Controverſien zwar

15.

in Comitiis zum öftern ſerio berathſchlaget, und demſelben ein reputirliches Ende geſuchet worden. Weilen aber Proteſtantes ſo wenig in Religionsſachen (welches man ihnen endlich nicht verdenken können) als in materia damalen wegen des eindringenden Türkenkriegs zu fordern für nöthig befundener Reichscollecten in der Intention durch Verweigerung der leztern ihre Poſtulata religioſa ſive religionis, ſive Regionis deſto ehender durchgehend zu machen, pluralitatem votorum mehr admittiren wollen, ut factum in Comitiis anno 1613. et poſtea ſemper usque ad pacem Weſtphalicam, ſo ſind ſolche Deliberationes insgeſammt fruchtlos abgelaufen. Und da inzwiſchen

16.

in anno 1618. die motus Bohemici darzwiſchen gekommen, mithin der unglückliche Churfürſt Friederich von der Pfalz ſich verleiten laſſen, die Krone Böheim zu ambiren, welches aber ihm eben ſo ungleich, als

17.

es dem Könige in Dännemark gerathen, ſich anno 1621. in dieſe Pfälziſch- und teutſche Händel zu miſchen, geſtalten er dann in dem anno 1629. mit ihm zu Lübeck geſtifteten Frieden ſich alles Einmiſchens in teutſche Sachen entſchlagen, und ſelbigen abſagen müſſen. Gleichwohl aber

18.

die Infractiones des Religionsfriedens nicht ab, ſondern vielmehr zugenommen, dergeſtalt, daß damals regierende Kaiſerliche Majeſtät Zeit zu ſeyn erachtet, die vornehmſte obangeregte per pacem religioſam quidem deciſa, ſed poſt eam a Proteſtantibus ſtrittig gemachte Puncta aus dem Fundamento der Ihro Kaiſerl. Majeſtät darüber aufgetragenen, und Ihro allerhöchſten Amte ohnedem zuſtehender Jurisdiction endlich und endlich zu entſcheiden, und der Proteſtirenden mit ſo vielen Factis überhäufte Attentata gänzlich abzuthun, folglich zu dem Ende in dicto anno 1629. das bekannte Edictum reſtitutorium, ſo beym Hortleder und Landorpio zu finden, zu publiciren, darinnen die von Proteſtantibus nach dem Paſſauiſchen Vertrag unternommene Reformation und Einziehung der in ihren Gebieten annoch vorhanden geweſenen Clöſtern und Güthern, als Attentata contra Pacem religioſam zu caſſiren, die Reſtitution der wider gedachten Friedensſchluß invadirten immediat-Stiftern wie auch anzubefehlen,

ſich alles Schutz und Schirms der Catholiſchen Stän- den Unterthanen A. C. zu enthalten. So iſt

19.

nach ſo weit gekommnen Dingen anſtatt verhofften Gehorſams das gerade Widerſpiel erfolget, indem im folgenden 1630. der König Guſtav Adolph in Schweden in einer ganz andern Figur als Dännemark, ſich auf teutſchem Boden ſehen laſſen, worauf dann die Sache ſogleich eine andere Geſtalt genommen, und ob zwar

20.

mit Churſachſen in anno 1635. zu Prag ein Particularfriede gemacht, und darinnen Authoritas Caeſaris et ſummorum judiciorum, wie ſchon oben angeführet worden, ziemlich wieder hergeſtellet worden, weilen aber jedoch ſolcher Particularfriede von den mehreſten übrigen Proteſtanten nicht angenommen werden wollen, ſo iſt alles usque ad Pacem Weſtphalicam in der äuſſerſten Fermentation geblieben.

21.

In ſolchem Frieden nun iſt zuvorderſt, quod bene notandum, der Paſſauiſche Vertrag und Religionsfriede zum Grunde geleget worden, verbis Art. 5. §. 1.

„Transactio anno 1552. Paſſavii inita et „hanc anno 1555. ſecuta pax religionis, in „omnibus ſuis Capitulis unanimi Imperato„ris, Electorum Principum et Statuum utri„usque Religionis Conſenſu initis ac con„clusis, rata habeatur ſancteque et inviola„biliter ſervetur. Quae vero de nonnullis „in ea articulis controverſis hac transactione „communi partium placito ſtatuta ſunt, ea

„pro

„pro perpetua dictae pacis declaratione
„tam in Judiciis, quam alibi obſervanda
„habebuntur.“

Nebſt dem iſt auch wohl zu obſerviren, daß auſſer den in Inſtrumento Pacis deciſis eine völlige Parität zwiſchen beyder Religions-Verwandten, Churfürſten und Ständen ſtabiliret, verglichen und aufgerichtet worden:

„verbis loc. cit. in reliquis omnibus inter
„utriusque Religionis Electores Principes,
„ſtatus omnes et ſingulos ſit aequalitas ex-
„acta mutuaque quatenus formae Reipub.
„Conſtitutionibus Imperii, et praeſenti con-
„ventioni conformis eſt, ita, ut quod uni
„parti juſtum eſt, alteri quoque ſit juſtum;“

Drittens iſt auch wohl zu notiren, daß in gedachtem Frieden alle viae facti in perpetuum verboten:

„Verbis cit. loc. violentia omnis et via facti
„ut alias ita et hic inter utramque partem
„perpetuo prohibita:

Mithin der Effectus des Pacis profanae oder des Landfriedens auf den Religionsfrieden extendiret worden.

22.

Die Deciſion der oberzehlten aus dem Paſſauiſchen Vertrag und Religionsfrieden entſtandenen Strittigkeiten, und deren Mißbrauch anlangend, ſo ſind ſelbige folgendergeſtalt entſchieden, und zwar ſoviel a) die oben in §. 7. angezogene bona eccleſiaſtica mediata betrift, ſo keinem Reichsſtand gehörig, oder die geiſtliche tempore transact. paſſav. oder pacis religioſae nicht beſeſſen, ſo iſt deshalb dict. Art. 5. §. 25. folgende Vorſehung geſchehen; Quaecunque Monaſteria, Collegia, Ballivias, Commendas

(NB. auch von dieſen geiſtlichen Rittergütern, ob ſie Qualitatem eccleſiaſticam hätten, oder nicht, iſt ante pacem Weſtphalicam lange diſputiret worden):

„Templa, fundationes, Scholas, Hoſpitalia „aliave Bona eccleſiaſtica mediata, ut et „eorum reditus juraque quocunque ea nò„mine appellata fuerint, Aug. Conf. Electo„res, Principes et ſtatus anno 1624. die „prima Januarii poſſederunt, eadem omnia „et ſingula poſſideant, non attentis exceptio„nibus ſive ante ſive poſt transactionem „Paſſav. aut pacem religioſam reformata „et occupata, aut quod non de vel in Ter„ritorio Auguſt. Conf. ſtatuum vel excepta „(ſcilicet der geiſtlichen Biſchöffen und päbſt„lichen Jurisdiction unterworfen, ut ſequi„tur) vel aliis ſtatibus jura ſuffraganeatus, „diaconatus, aliave quaevis ratione obli„gata eſſe dicuntur."

Eben daſſelbe wird ex Principio paritatis de quo ſupra §. 26. ſequenti dem Catholiſchen zu gut diſponiret, daß auch dieſelbe in der den 1. Jan. 1624. gehabten Poſſeſſion ihrer in der Augſp. Conf. Verwandten Territoriis ſituirten geiſtlichen Gütern, Clöſtern und Fundationen, jedoch alſo gelaſſen werden ſollen: ne tamen in alios religioſorum ordines, quam quorum regulis primitus dicata fuerunt, commutentur, item daß wann und wie viel Religioſen in die et anno decretorio in dergleichen Clöſtern von beederley Religionen geweſen, ſolche alſo, wie nicht weniger das Exercitium publicum Religionis, ſo wie es in beſagtem Termino in uſu geweſen, beybehielten, dann auch die Catholiſchen Erz- und Biſchöffe, et alii quibus id juris competit, bey ihren Beneficiis Menſium extraordinariorum die Augſp. Conf.

Conſ. Verwandten bey ihren d. 1. Jan. 1724. in talibus monaſteriis Catholicis beſeſſenen juribus praeſentandi, viſitandi, Inſpectionis, confirmandi, corrigendi, Protectionis, Aperturae, hoſpitalationis, Servitiorum, operarum Parochos et praepoſitos ibi alendi, item juris devolutionis praebendas vacantes diſtribuendi, ſi Electiones debito tempore vel modo non fiant, geſchützet ſeyn ſollten, ſalvo per omnia Religionis Catholicae, quo dicto Termino fuit, ſtatu ac ſalvis primis Sacrae Caeſareae Majeſtatis precibus, quas in dicto Termino exercuit, item ſalvis juribus Magiſtratui eccleſiaſtico in Religioſos ex inſtituto competentibus et ipſius jure devoluto, ſi Electiones aut Collationes praebendarum vacantium debito tempore non fuerint, ſuſpenſis vero menſibus Papalibus niſi Capitula vel Monaſteria mixta ſint.

23.

Quoad Bona eccleſiaſtica immediata, davon oben §. 8. gedacht worden, und welche heutiges Tages, nachdem die Erz- und Stifter Magdeburg, Böhmen, Vehrden, Halberſtadt, Camin, Schwerin, Ratzeburg, item die Abteyen, Hirſchfeld, Saalfeld, Walkenrieth und Gernroda zur Satisfaction der Königl. Chur- und Fürſtlichen Häuſer, Schweden, Brandenburg, Mecklenburg, Heſſen, Sachſen und Braunſchweig ſeculariſiret bleiben müſſen, nur in den beyden Biſthümern Osnabrück und Lübeck, davon jedes annoch überdem alternative von einem Electo Catholico Episcopo regieret wird, und den weiblichen Abteyen Gandersheim und Gernrode, Quedlinburg, und Hervord beſtehen wird.

b) §. 14. et 15. Art. 15. de praeteritis et pro futuro diſponiret: de praeteritis, daß ſolche Bona eccleſiaſtica immediata Erz- und Biſthümer, Präla-

Prälaturen, Abteyen, Balleyen, Probſteyen, Commandereyen und andere freye weltliche Fundationen bey denenjenigen bleiben ſollen, bey welchen ſelbige die prima Januarii Anno 1624 poſſeſſionaliter geweſen, ſive ii Catholici ſive Aug. Conf. ſtatus.

Pro futuro: daß, wann ein Catholiſcher Erzbiſchoff, Biſchoff und Prälat zur Evangeliſchen, oder ein Evangeliſcher poſtulirter Biſchoff und Prälat zur Catholiſchen Religion ſolus vel una cum Capitularibus ſeu ſingulis ſeu univerſis treten, oder auch andere Geiſtliche cujuscunque Religionis ihre Religion verändern würden, ſelbige insgeſammt ſalvo et illibato honore et fama ihrer geiſtlichen Einkommen verluſtig und die Capituln, oder welchen es ſonſt de jure competiret, befugt ſeyn ſollten, eine andere Perſon legalis Religionis zu der vacant gewordenen Sede zu eligiren, oder zu poſtuliren, ſalvis juribus eligendi et poſtulandi liberis, et ſalva Capituli ſede vacante adminiſtratione, item ut A. C. electi et poſtulati ſpondeant, ſe ſuſceptos eccleſiaſticos Principatus, Dignitates et Beneficia nequaquam haereditario jure poſſeſſuros aut id acturos ut haereditaria fiant §. 16. et 17. ſalvis etiam primis ſacrae Caeſareae Majeſtati debitis Precibus, ubi Caeſarea Majeſtas eas exercuit, modo talis Religionis perſona praeſentetur, quae in Capitulis ubi praeſentandus viget aut in Capitulis mixtis beneficium vacans Religionis Conſors poſſederit, ſuſpenſis vero menſibus et juribus Papalibus in Capitulis puris, woneben annoch §. 21. et 22. dasjenige de ſeſſione et voto in Comitiis Imperii et Circularibus Inveſtitura et Titulatura diſponiret wird, was heutiges Tags in perſonis der Augſp. Conf. Verwandten Biſchöffen und Prälaten praxis Imperii ausweiſet, und endlich §. 23. wie es in Capitulis mixtis nach der Norma Poſſeſſionis de 1. Januar 1624. mit Beſetzung der Canonicaten

utrius-

utriusque Religionis, und mit dem Exercitio publico Religionis nach dem uſu totius anni 1624. gehalten werden ſolle.

24.

Von dem oben §. 9. angeregten und ſowohl ante pacem Weſtphalicam, als noch heutiges Tags inter ſtatus ſo heftig ver- und angefochtenen jure reformandi iſt

c) eine ſo klare Deciſion in Inſtrumento Pacis vorhanden, daß ſich zu verwundern, wie ſo klare Diſpoſitiones annoch in Zweifel gezogen werden können, und zwar quoad Theſin wird §. 30. Quantum deinde Art. 5 mit dürren Buchſtaben ſtatuirt:

„Quantum vero ad Comites, Barones, No-
„biles, Vaſallos, Civitates, fundationes,
„Monaſteria, Commendas, Communitates,
„et Subditos, ſtatibus Imperii immediatis
„ſive eccleſiaſticis ſive ſecularibus Subjectos
„pertinet cum

1) ejusmodi ſtatibus immediatis cum jure Territorii et Superioritatis

2) ex communi per totum Imperium uſitata praxi etiam jus reformandi exercitium Religionis competat, ac

3) dudum in pace Religionis talium Statuum, ſubditis, ſi a Religione domini Territorii diſſentiant, beneficium emigrandi conceſſum inſuper

4) majoris inter ſtatus conſervandae Concordiae cauſa cautum fuerit, quod nemo alienos ad ſuam Religionem pertrahere, eave cauſa

5) in Defenſionem aut protectionem ſuſcipere illisque ulla ratione patrocinari debeat, conventum

ventum eſt hoc idem porro quoque ab utriusque Religionis ſtatibus obſervari nullique ſtatui immediato jus quod ipſi ratione Territorii et Superioritatis in negotio Religionis competit impediri oportere.

Quoad hypotheſin iſt erſtlich dem durchlauchtigſten Erz-Haus Oeſterreich in §. 39 et 40. Art. 5. in den Schleſiſchen Fürſtenthümern: Brieg, Münſterberg, Lignitz und Selz ausgenommen, welchen oder vielmehr deren Poſſeſſoren das ex gratia Caeſarea et Regia verſtattete Exercitium religionis Auguſtanae confirmiret wird (und §. 41. in den andern Kaiſerl. Erblanden latiſſime zugeſtanden, dann iſt ſecundo auch §. 27. ſaepius dicti Art. 5. mit klaren Worten verſehen, daß im Fall verpfändete Güter von unmittelbaren Reichsſtänden wieder eingelöſet werden ſollten, ſolchen Ständen das Jus competire, in hujusmodi terras oppignoratas, ad ſe reverſas, ſuae Religionis Exercitium publice introducere, und obwohl dabey verfüget iſt, quod ſubditi migrare, aut ſuam quam ſub priore Poſſeſſore amplexi fuerant Religionem non mutare vel deſerere coguntur; ſo iſt doch ſolchem mit groſſem Bedacht annectirt, de publico vero ſuae (id eſt ſubditorum) Religionis exercitio inter ipſos et Dominum reluentem tranſigatur, welches dann auch drittens ex ratione Legis (quam vide ubi verba: Domino quidem directo) auf den Caſum zu extendiren ſeyn wird, ſi feudum ob caducitatem vel feloniam, aut alio modo ad Dominum directum redierit.

Es iſt auch zwar viertens Art. 7. diſponiret: daß wann ein lutheriſcher Reichsſtand zur reformirten, oder ein reformirter zur lutheriſchen Religion treten, oder ein ſolcher lutheriſcher oder reformirter Reichsſtand, ein Fürſtenthum, Graf- oder Herrſchaft darinnen

innen zwar eine von den proteſtantiſchen, aber von ihm dem Reichsſtand diſſentirenden Religionen im Schwange und Poſſeſſion überkommen würde, er darinnen das Exercitium publicum ſeiner Religion einzuführen, oder ſich ſonſten einigen Juris Epiſcopalis anzumaſſen nicht, ſondern nur einige Hofprediger auf ſeine eigene Koſten anzuſtellen, befugt ſeyn ſolle.

Nachdem aber dabey gefügt iſt, daß wann aliqua Communitas hoc caſu ihres Herrn Religion annehmen, und um Verſtattung ihrer Religion ſuis ſumtibus ſine praejudicio reliquorum bitten wollte, quod tum temporis Principi liberum eſſe debeat, communitati illud indulgere, a Succeſſoribus non auferendum, ſo wird auch dadurch das Jus reformandi territorio adhaerens nicht nur beſtärkt, ſondern es folgern auch graviſſimi Scriptores etiam Evangelici, uti Blumius, Deckherus, et ipſe autor Meditationum ad Inſtrumentum Pacis.

Fünftens a Contrario weilen in dicto Art. 7. das Jus reformandi in caſu, da ein proteſtantiſcher Reichsfürſt von einer proteſtantiſchen Religion zur andern tritt, aus der deutlich daſelbſt ausgedrückten Urſach: quoniam controverſiae religionis, quae modo inter dictos Proteſtantes verſantur, hactenus non fuerunt compoſitae, ſed ulteriori Compoſitioni reſervatae, adeoque illi duas partes conſtituant, ideo de jure reformandi inter utrumque partem conventum eſſe, beſagtes jus reformandi ſo ſehr reſtringiret worden, daß es demnach in Caſu, wann ein Catholiſcher Reichsſtand zur Lutheriſchen, oder vice verſa treten, oder ein Fürſtenthum, Graf oder Herrſchaft darinnen eine von Ihm differente Religion poſſeſſioniret, erblich oder ſonſten übereinkommen ſollte, bey oben ex §. 30. Art. 5. Inſtrument. Pacis ſtabilirten

lirten Theſi zu laſſen, mithin der mutans Religionem vel novus poſſeſſor nicht zu behindern ſeyn würde, wann er das publicum exercitium ſeiner Religion einzuführen ſich anmaſſen wollte, welches Deckherus Sechſtens annoch weiter dahin extendiret, daß einem Landesherrn unbenommen, eine Religion, welche er wolle, modo ſit ex tribus in Imperio toleratis, zu introduciren, ſubditis licet reclamantibus modo ſubditorum Religioni nullam vim inferat, aut praejudicium creet, et ſubditis deſuper conquerentibus proceſſus a Camera denegatos eſſe teſtatur laudatus Deckherus. So iſt auch

Siebentens in cauſa Corvey contra Höxter als die Stadt Höxter dem Abbt zu Corvey, ihrem Landesfürſten einige ledigſtehende und von der Stadt in anno 1624. nicht innen gehabte Kirchen, den zu Höxter befindlichen Catholiſchen Bedienten und Unterthanen zu gut zum Catholiſchen Gottesdienſt einzurichten verwehren, und ſich des Juris Epiſcopalis anmaſſen wollen, von der Kaiſerl. zu Unterſuch- und Erledigung dieſer Sachen verordneten Commiſſion auf Maynz, Fulda, Braunſchweig und Oldenburg den Höxteriſchen dergleichen Anmaſſung, als ein temerairer Eingriff in die Landeshoheit unterſaget worden. vid. Auth. Meditat. ad Inſtrumentum Pacis pag. 564. welches ſich ab dem §. 13. Art. 5. Inſtrumenti Pacis

Achtens noch mehrers zeiget, welcher diſponiret, quod Terminus 1624. nullum praejudicium creare debeat iis, qui ex Capite amneſtiae aut aliunde reſtituendi veniunt. Dann da der Terminus anni 1624. hauptſächlich auf die poſſeſſionem Religionis et Eccleſiaſticorum gerichtet iſt, und die ex capite amneſtiae in eo Termino natürlicher Weiſe keine Poſſeſſion haben können, die Jura amneſtiae et poſtliminii aber bekanntlich den Effectum Reſtitu-

tionis

tionis dergeſtalt retrotrahiren, ac ſi nunquam dejectus fuiſſet, mithin ein ſolcher Reſtitutus alles dasjenige wieder bekommt, was Ihm nicht namentlich benommen worden, ſcilicet uti cum omni commodo, ita cum omni onere. Alſo iſt eines Theils gar leicht zu begreiffen, warum in Inſtrumento Pacis die Clauſula ſalvatoria den reſtitutionibus ex capite Amneſtiae annectirt werden müſſen, andern Theils urtheilet *Buckiſch ad hunc locum* gar recht, daß wie ein ſolcher Reſtitutus ex Capite Amneſtiae das Jus Territorii wieder erhält, alſo ihm auch das Jus reformandi als ein Annexum nicht verſaget werden könne, non obſtante termino anno 1624. quidquid in Contrarium ratiocinetur Author meditationum, immaſſen ſich auch der Churfürſt Carl Ludwig eines ſolchen Conſequentis gar wohl bedienet, mithin den tempore exilii und alſo tempore anni 1624. eingeführten Catholiciſmum gänzlich aus dem Lande geſchaffet.

Wannenhero auch zu begreiffen ſtehet, warum ſecundum §. 43. Art. 5. Territorii jure controverſo dem Poſſeſſori ad interim zwar das publicum Exercitium Religionis einzuführen erlaubet, hergegen wann indeſſen pendente lite die Unterthanen Religionem mutiren, ihm Poſſeſſori nicht geſtattet wird, ſolchen Unterthanen die Migration anzumuthen, zumalen ſolches deutliche Effectus ſuſpenſi juris reformandi, propter incertum lite pendente jus Territorii ſeynd und bleiben, daraus aber

Neuntens deutlich folget, daß weilen Inſtrumentum Pacis davon, wie es ſecuta Sententia victrice zu halten, als einer ohnedem per Regulam generalem ausgemachten Sache nichts ſpecifice meldet, es bey dieſer Regul: cujus eſt Regio, aut nunc aut impoſterum ejus etiam ſit Religio, billig zu laſſen, da im Gegentheil, wo das Jus territoriale nicht

controverſum, ſondern wo Condomini ſolches pro indiviſo beſitzen, das Jus reformandi nothwendig demſelbigen, der es als ein rem tempore reformationis noviter repertam in momento decretorio gefunden, arripiret und occupiret, verbleiben muß, in Betracht der andere Condominus immer Dominus geweſen, und bey ihm geſtanden, ob er ſich ſeines Juris reformandi gebrauchen wollen oder nicht, er aber den Terminum verſtreichen laſſen, daß ihm alſo faſt eine Qualitas quaſi praeſcriptionis im Wege ſtehet, ſo heiſſet es wohl billig: imputet ſibi, quod jure ſuo non ſit uſus, und weiter vigilantibus jura ſunt ſcripta, welches ab exemplo mixtarum Imperii Civitatum, da nemlich zweyerley Religionen ſich in Exercitio befinden, egregie beſtätiget wird, denn da in ſolchen Städten diejenige, ſo circa Tokopior concurriren, conſequenter ex ſimilitudine der Caſus duorum Condominorum vorhanden iſt, das ganze Jus reformandi dergeſtalt occupiret, und unter ſich getheilet haben, daß davon dem einen Theil ſich deſſen gegen das andere zu gebrauchen, nichts übrig bleibet, conſequenter faſt das Jus reformandi gänzlich ceſſiret, ſo iſt a Contrario zu ſchließen, daß wann ein Condominus die Occaſionem arripiendi poſſeſſionem ſacrorum verſäumet, dem andern ſolches ganz und alleinig zu gebrauchen heimfället, weilen er ſolches in termino decretorio allein occupiret, nam ratio hic habetur occupantis, und gehen dahero des Schotzi contra ſubditos gebrauchte Rationes nicht an, weilen allhier nicht de jure Principis erga Subditos, ſed et Principis erga Principem die Frage iſt, wiewohl nichts deſtoweniger der Caſus tanquam dubius ad Comitia remittiret worden. Daß hergegen

Zehentens das Jus reformandi ſowohl den Ständen cuilibet in ſuo Territorio als auch Caeſari eminentiori modo in toto Imperio zuſtehe, ſolches iſt

iſt daraus auch zu ſchließen, daß ſecundum verba finalia Art. 7. I. P. ibi ſed praeter Religiones ſupra memoratas nulla alia in ſacro Imperio recipiatur vel toleretur, ein jeder Stand ſich des juris reformandi nicht allein gegen alle Religionsneuerung und Einſchleichung neuer zumal verbotener Secten gebrauchen, ſondern auch Kaiſerl. Majeſtät, wenn Stände ſolchen verbotenen Secten in ihren Landen Vorſchub und Protection geben wollten, ſolches ex jure eminentiori reformandi mit gutem Fundament verbieten können, geſtalten die Stände ihre der Summae Majeſtati Imperatoriae ſubordinirte Jura Territorii gegen dieſelbe zu exerciren nicht befugt ſind, wie dann auch

Eilftens das Jus judaeos recipiendi aus eben dieſem jure Majeſtatico reformandi Kaiſerl. Majeſtät allein zugeſchrieben wird, und Status ſothanes Jus nicht anders, als in ſoweit Kaiſerl. Majeſtät es mit ihnen communiciret, ſich anmaſſen ſollten, wann auch

Zwölftens das Jus applicandi Reditus eccleſiaſticos ad alios uſus, quam eos, ad quos deſtinati ſunt, ad jus reformandi recte gerechnet und gezogen wird, immaſſen hierüber ante pacem Weſtphalicam zwiſchen Ständen beider Religionen heftig geſtritten worden, ſo ſehe man nur den §. 47. Art. 5. und deſſen Diſpoſitionem de Monaſteriis et fundationibus ab anno 1624. non tantum jam tum collapſis, ſed NB. quae etiam imposterum coincident, und daher auch aus andern Territoriis gezogenen Reditibus an, ſo wird ſich von ſelbſt ergeben, daß auch ratione des letzteren Caſus dieſes Jus reformandi den Ständen in futurum reſerviret worden. Und wie kann man

Dreyzehntens das Jus reformandi unter deſſen Clypeo die Proteſtirende ihr ganzes Reformationswerk durchgedrungen, dergeſtalt anjetzo einſchränken, daß ein Landesherr nicht ſo viel Macht

haben ſollte, eine dbſtehende Kirche zu ſeinem Gottesdienſt zu appliciren, oder unbeſchadet der Unterthanen auf ſeine Koſten ſeinen cultum anzurichten? da eben die Quaeſtio de jure reformandi der vornehmſte Punkt geweſen, worüber von Anfang der Religionsirrungen bis auf den Weſtphäliſchen Frieden am heftigſten mitgeſtritten, und a Catholicis paria jura mit den Proteſtanten darinnen zu haben, conſtantiſſime begehret, und verfochten worden, daß demnach da Inſtrumentum Pacis hierinnen klare Maas giebet, bey den höchſten Reichsgerichten und ſonſten ſo viele Praejudicia vorhanden ſind, am allerwenigſten zu glauben, daß jetzo Status ſich von dieſem Jure Territorii abdiciren, und ſolches gleichſam ihren Landſtänden und Unterthanen in die Hände geben ſollten, welches gewiß geſchehen würde und müßte, wann der Landesherr ex mente heutiger Proteſtanten ſeinen a ſua Religione diſſentirenden Unterthanen, allen Willen zu laſſen, ſich aber und ſeine mit ihm gleichglaubige Diener und Unterthanen mit einem Hofcapellan in einen Winkel zu verkriechen, und einzuſperren, folglich ſeinen Unterthanen zu Gebot und Verbot zu ſtehen, verbunden ſeyn ſollte, quod uti abſurdum ita indubitati juris, legem ita interpretandam, ne inde abſurdum ſequatur.

Dahero man dann quoad hoc punctum mit gutem Fug und Grunde bey der Theſi, wie ſie in Inſtrumento Pacis ſtehet, verbleibet. Quo tamen non obſtante ſo ſind nach Anweiſung §. 31. et 32. d. Art. 5. gleichwohl ſtatus Catholici, ſowohl, als A. C. ſchuldig und verbunden, jene ihro der A. C. dieſe ihre der Catholiſchen Religion zugethane Landſaſſen, Vaſallen und Unterthanen bey dem publico oder privato Exercitio ihres Glaubens, ſo wie ſie ſolches toto anno 1624. vel quacunque ex parte, ſive certo pacto aut privilegio, ſive longo uſu, ſive

ſola

ſola denique obſervantia gehabt und hergebracht, cum annexis, zu laſſen (cujus modi annexa habeatur inſtitutio Conſiſtoriorum, Miniſteriorum tam ſcholaſticorum, quam eccleſiaſticorum jus patronatus, aliaque ſimilia jura, item poſſeſſio Templorum, Fundationum, Monaſteriorum, hoſpitalium cum omnibus Pertinentiis Reditibus et Acceſſionibus, noch ſie darwider auf einige Weiſe zu beſchweren, und zu turbiren, ſondern die Turbatos ſine ulla Exceptione zu reſtituiren, non obſtantibus obſervantiae dicti anni 1624. Contrariis ſententiis reverſalibus, pactis qualibuscunque, es wären dann zwiſchen Landesherrn und ihren Unterthanen pacta de publico vel privato Religionis Exercitio introducendo, permittendo, et conſervando obſervantiae anni 1624. non adverſantia vorhanden, oder es würde inter ſtatus immediatos, eorumque ſubditos inskünftige mutuo conſenſu anders verglichen, id quod §. 31. in fine permiſſum.

Sollten ſich aber Unterthanen finden, welche eine von dem Landesherrn differente Religion profitirten, oder ins künftige ſolche annehmeten, und die gleichwohl deſſen kein Exercitium weder publicum noch privatum ulla anni parte gehabt haben, ſo wird zwar der Landesherr §. 34. angewieſen, dergleichen Unterthanen patienter zu toleriren, ihnen zu erlauben, zu Hauſe ihre Devotionem Conſcientia libera ſine Inquiſitione aut turbatione privatim zu pflegen, auch in der Nachbarſchaft den öffentlichen Gottesdienſt zu beſuchen, und ihre Kinder weder zu Hauſe privatim durch Praeceptores erziehen zu laſſen, oder ſie auf auswärtige Schulen zu ſchicken, hergegen ſie der Religion halber nicht verächtlich zu halten, weder ſie von Zünften, Mercantil-Collegiis, bürgerlichen Rechten, Erbſchaften, Legatis, Hoſpitälern, Kranken: Armenhäuſern zu präcludiren, am wenigſten

aber ſie von den Kirchhöfen, Gottesäckern und ehrlichen Begräbniſſen auszuſchließen, oder der Verſtorbenen nachgelaſſenen Freunden ein mehreres an Kirchen-juribus, als was dafür ſonſt zu bezahlen gebräuchlich, abzudringen, ſondern ſie in dieſem und dergleichen Dingen mit und neben ihren Concivibus gleiche Rechte, Schutz, Schirm und Juſtitz genießen und empfinden zu laſſen.

Wäre es aber, daß ein ſolcher Unterthan obbeſchrieben in ſeines Landesherrn Landen zu bleiben, oder der Landesherr ihn zu toleriren nicht Luſt oder Belieben trüge, ſo ſoll in ſolchem Fall der Landesherr ſchuldig ſeyn, dem Unterthanen tempore publicatae pacis fünf Jahr, künftighin aber, und wann ein Unterthan zu einer von dem Landesherrn diſſentirenden Religion tritt, drey Jahr Zeit zur Emigration zu laſſen, ihm keine Geburts-freye Paß, Zunftbriefe oder Zeugniſſe ſeines geführten Lebens und Wandels zu verſagen, oder ihn mit ungewöhnlichen Reverſalien und Steigerung des Abzuggeldes zu beſchweren, oder ihn auch unterm Prätext der Leibeigenſchaft oder ſonſt einigen andern aufzuhalten, ſondern dem Unterthanen ſoll frey ſtehen, retentis vel alienatis Bonis abzuziehen, die retenta Bona durch Bediente zu adminiſtriren, und ſo oft es nöthig, um deren Zuſtand ſich zu erkundigen, und zu dem Ende auch zu Perſequirung der habenden Proceſſen, und Einforderung der Schulden frey und ohne Paßbriefe ab- und zuzuziehen.

25.

Ratione der Reichsſtädte, welchen in dieſem Friedensſchluß nicht allein die Jura ſtatuum confirmiret, ſondern auch ein Votum deciſivum in Comitiis beygeleget worden, iſt die Sache dahin §. 29. Art. 5. decidi-

decidiret, und zwar, weilen ante pacem Weſtphalicam ein groſſer Streit de Civitatibus purae vel mixtae Religionis geweſen, indem in den leztern Städten Cives beyderley Religionen den Zutritt zu den Obrigkeitlichen Aemtern, juribus patronatus praeſtandi, Directionen der Zünften und andere e vinculo Societatis ausfließenden Vortheilen offen zu haben, prätendiret, ſo iſt §. 29. Art. 5. verſehen, daß diejenigen Städte, in welchen von Magiſtrat und Bürgern juxta morem et ſtatuta cujusque loci in anno 1624. nicht mehr, als eine Religion ex. gr. Augſp. Conf. eingeführet worden, pro puris zu halten, und ſie darinnen ſowohl, als die höhern Reichsſtände das Jus reformandi, ut et aliorum caſuum Religionem concernentium tam in territoriis ſuis reſpectu ſubditorum, quam intra muros et ſuburbia ſich zu erfreuen haben ſollten, ohngeachtet in ſolchen Städten einige der Catholiſchen Religion verwandte Bürger ſich aufhielten, oder darinnen Capitula, Collegiat-Stifter, Clöſter und dergleichen dem Reich mit oder ohne Mittel unterworfen, vorhanden, darinnen der Cultus Catholicus im Schwange, und bey welchen ſie sammt dem nach dem Termino decretorio nicht veränderten Clero und Catholiſchen Bürgern in dem a die 1. Jan. 1624. hergebrachten ſtatu zu belaſſen.

Nebſt dieſem aber iſt ferner diſponiret; daß die Reichsſtädte, ſive purae, ſive mixtae Religionis unter welchen lezteren die fünf Städte, Augſpurg, Dünkelſpühl, Ravensburg, Biberach und Kaufbeuern gezählt werden, bey ihrer in anno 1624. eingeführten Religion und eingezogenen geiſtlichen Güthern belaſſen, auch überall in dem terminali ſtatu de 1. Januar 1624. tam in ſacris quam profanis geſchüzet — und gleich den höhern Ständen manuteniret werden, die Bürger und Einwohner aber ſchick- und friedlich bey einander wohnen, und Niemand den andern im

 Gebrauch

Gebrauch ſeiner Religion, Kirchen, Ceremonien und dergleichen beeinträchtigen ſollte:

Dahero dann bey ſolcher Mixtur das Jus reformandi ſehr reſtringiret iſt, wie wohl ratione Politicorum der Stadt Augſpurg, Dünkelſpühl, Bieberach und Ravensburg in Inſtrumento Pacis particulare Verordnungen vorhanden.

Was aber noch lange nach dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß ſuper Quaeſtione, quae ſint civitates purae vel mixtae, quae rationes decidendi etc. für Streit, beſonders wegen der Städte Hagenau im Elſaß und Kaufbeuern in Schwaben obhanden, de eo vid. Buckiſch et Auth. Medit. ad d. §. 29. Art. 5.

26.

Ratione der oben in §. 11. et 12. angezogenen geiſtlichen Einkünften, Gülten, Renten und Zinſen, Vogtey aperturae hoſpitationis operarum iſt §. 45. 46. 47. ꝛc. verglichen, und diſponiret, und zwar ſeynd die beyde Diſpoſitiones des Pacis religioſae in §. dargegen ſollen die Stände, ſo der Augſp. Conf. verwandt ꝛc. quam hic plene inſerere viſum:

> Dargegen ſollen die Stände, ſo der A. C. verwandt ꝛc. die Römiſche Kayſerl. Majeſtät Uns und Churfürſten, Fürſten und andere des heiligen Reichs Stände der alten Religion anhängig geiſtlich und weltlich ſammt und mit ihren Capituln und andern geiſtlichen Standes, ob und wohin ſie ihre Reſidenzien verändert hätten (doch daß es mit Beſtellung der Miniſterien wie hierunter davon ein beſonderer Articul geſetzet) gleichergeſtalt bey ihrer Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, auch ihren Haab und Gütern liegend und fahrend, Landen, Leuten,

leuten, Herrſchaften, Obrigkeiten, Herrlichkeiten, und Gerechtigkeiten, Renten, Zinnſen, Zehenden unbeſchwert bleiben, und ſie derſelben fried- und ruhiglich gebrauchen, genießen, unweigerlich folgen laſſen, und getreulich darzu verhelfen, auch in der That, oder ſonſten in ungutem gegen denſelben nichts fürnehmen, ſondern in alle Wege nach Laut und Ausweiſung des heiligen Reichs Rechten, Ordnungen, Abſchieden, und aufgerichteten Landfrieden, jeder ſich gegen den andern an gebührenden ordentlichen Rechten begnügen laſſen, alles bey Fürſtlichen Ehren, wahren Worten und Vermeidung der Poen in dem aufgerichteten Landfrieden begriffen.

Und dann §. als auch den Ständen ꝛc. folgenden Innhalts: Ob auch den Ständen der alten Religion verwandt, alle ihre zuſtändige Rennt, Zinnß, Gült und Zehenden, wie ob lautet, folgen ſollen, ſo ſoll doch ein jeder Stand, unter dem die Rennt, Zinns, Gült, Zehenden und Güter gelegen, an denſelben Gütern ſeine weltliche Obrigkeit, Rennt- und Gerechtigkeit, ſo er von Anfang dieſes Streits in der Religion daran gehabt, und im Brauch geweſen, vorbehalten, und dadurch denſelben nichts benommen ſeyn, und ſollen demnach von ſolchen obbenannten Gütern die nothdürftige Miniſteria der Kirchen, Pfarren und Schulen, auch die Allmoſen und Hoſpitalia, die ſie vormals beſtellt, und zu beſtellen ſchuldig, von ſolchen obbemeldten Gütern, wie ſolche Miniſteria der Kirchen und Schulen vormalen beſtellet, auch nachmalen beſtellet und verſehen werden, ohngeachtet was Religion die ſeye.

 vornehm-

vornehmlich zum Grunde geleget, und darauf verglichen, quod omnes ſtatus ſive Catholici, ſive Aug. Conf. ex aequo jura ſua priſtina retineant, und daß folglich ſowohl den Augſp. Conf. verwandten Ständen aus und in Catholicorum territoriis, als auch Catholicis aus und in jener Landen die Reditus, cenſus, decimae, penſiones, protectio, advocatia, apertura, hoſpitatio Operae, et alia jura nach dem Termino regulativo de 1. Jan. 1624 hoc diſcrimine verabfolget und gelaſſen werden ſoll, ut Auguſt. Conf. ſtatus jura ſua in Catholicorum provinciis cujusque generis id eſt tam quoad reditus et penſiones ac fundationes eccleſiaſticas ante et poſt pacem religioſam acquiſitas, tam in eccleſiaſticorum, quam ſecularium ſtatuum provinciis quam quoad jura protectionis, advocatiae, Aperturae, hoſpitationis in Catholicorum ditionibus vindicent, Catholici autem ſtatus ſua jura ſaltem circa Bona eccleſiaſtica Aug. Conf. ſtatibus acquiſita exerceant, welches auch §. 47. ad Monaſteria et fundationes collapſas et deſtructas, und zwar ſoviel quoad deſtructa ante pacem in ſothaner Renten Perception A. C. ſtatus d. 1. Jan. 1624. geweſen, poſt pacem vero indiſtincte, item quoad jus percipiendi decimas in Bonis novalibus in alieno Territorio ſitis ad fundationes reliquas (Unterſtifter credo utriusque religionis) prout de 1. Jan. 1624. in Poſſeſſione fuerunt, extendiret wird; relictis interim juri communi obſervantiae, et pactis voluntariis, quae inter ſtatus et ſubditos ratione percipiendarum decimarum ex bonis novalibus ſtatuenda eſſent.

27.

Ratione juris Dioeceſani, davon oben §. 13. Meldung geſchehen; ſo iſt ſolches §. 48. Art. 5. gegen die A. C. Verwandte, Churfürſten und Stände die unmit-

unmittelbare Reichsritterſchaft mit begriffen, und derſelben Unterthanen ſowohl zwiſchen Catholiſch, als A. C. Verwandten, als auch unter den letztern unter ſich dergeſtalt gänzlich cum omnibus ſuis ſpeciebus, id eſt juribus ordinis, Dioeceſeos, et jurisdictionis ſuſpendiret, ita ut non niſi in exigendis penſionibus, reditibus, reſervatum ſit, quo caſu poſt tertiam denunciationem etiam adhuc hodie ad Excommunicationem procedere ſtatus eccleſiaſticus Catholicus poteſt, ſogar, daß auch der Catholiſchen Stände eigene Vaſallen und Unterthanen die geiſtliche Jurisdiction nicht weiter, als ſie ſelbige in anno 1624. erkannt, und ihnen wider ihr Gewiſſen, Glauben und Religion weder in genere, noch in den verhängten Proceſſen angemuthet werde, zu erkennen ſchuldig, noch das Jus Dioeceſianum gegen die A. C. Verwandte Unterthanen anderſt, als ſolches in anno 1624. hergebracht, gebrauchet werden könne, ſondern ſich allenthalben intra limites ſui Territorii zu enthalten habe.

Unde hoc loco nimium *errat Buckiſch.*

28.

Ratione der Feudalität und Criminaljurisdiction, davon §. 14. Anregung geſchiehet, iſt die Controverſia §. 42. und 44. klar decidiret, quod a ſola qualitate feudali vel ſubfeudali jus reformandi non dependeat, item ſola Criminalis Jurisdictio Centgericht ſolumque jus gladii (cui additur, retentionis patronatus; filialitatis) neque diviſim niſi conjunctim jus reformandi non tribuit.

29.

Wegen der unmittelbaren Reichsritterſchaft iſt §. 28. verſehen, daß dieſelbe ſammt ihren Unterthanen, Lehen- und Allodialgütern niſi forte in quibus-

dam

dam locis ratione Bonorum, et reſpectu Territorii vel domicilii aliis ſtaribus reperiantur ſubjecti, eben der Rechten in Religionsſachen, als die höheren Stände, Churfürſten und Fürſten zu genießen haben ſollten, und endlich

30.

propter Reformatos, de quibus ſupra §. 15. Art. 7. dem Inſtrumento Pacis unanimi Conſenſu Caeſaris et ordinum Imperii inſeriret, und intra quos Cancellos, ſelbigen das Jus reformandi eingeſchränket worden, davon iſt ſchon oben gedacht.

31.

Non inutile erit, ehe wir dieſes Membrum verlaſſen, etwas de terminis reſtitutionum a quo et ad quem hinzuzufügen, und gleichwie die Reſtituendi insgeſammt in zwey Claſſen ſich zertheilen, nehmlich der Reſtituendorum ex Capite Amneſtiae et ex Capite Gravaminum, alſo iſt der Terminus a quo

Jener. id eſt reſtituendorum ex Capite Amneſtiae tam in eccleſiaſticis, quam in politicis der Annus 1618. der Terminus vero ad quem, wann die gegen die Reſtituendos vorhandene Anſprüche rechtlich erörtert und entſchieden.

Der Terminus reſtituendorum ex Capite Gravaminum hergegen iſt generaliter der Annus 1624. der Terminus ad quem usque dum ſuper Controverſis Religionis per Dei gratiam amicabiliter conventum fuerit.

Weilen aber dieſer Terminus in einigen Fällen magis ſpecifice beliebet worden, und hinwiederum entweder in den 1. Jan. anni 1624 oder das ganze 1624. Jahr ejusque quamcunque partem ſubdividiret, ſo iſt auch in einigen andern Caſibus, davon

in beſagtem Inſtrumento Pacis ſich Abfälle ereignen, nöthig, ſolche Ab und Eintheilungen und die dahin gehörige Caſus wohl zu obſerviren, und ſeynd demnach ſelbige wie folget ad Terminum d. 1. Jan. anni 1624. gehörend, Reſtitutiones oder ſtatus:

a) Statuum Imperii Immediatorum in Eccleſiaſticis et quae intuitu eorum in politicis mutata ſunt, §. 2. Art. 5.

b) Bonorum eccleſiaſticorum immediatorum §. 14. ejus Art.

c) Menſium Papalium in Capitulis mixtae Religionis §. 20. d. a.

d) Numeri Capitularium ex utraque Religione in Capitulis mixtis §. 23. d. a.

e) Bonorum mediatorum eccleſiaſticorum ab Evangelicis occupatorum §. 23. d. a.

f) Monaſteriorum extra territorium a Duce Würtembergico occupatorum §. 25. d. a. in §. 24. Art. 4. recenſitorum.

g) Status bonorum mediatorum eccleſiaſticorum a Catholicis in Territoriis A. C. Statuum Poſſeſſorum §. 26. Art. 5.

h) Primarum precum caeſarearum in bonis eccleſiaſticis mediatis exercendarum §. 26. d. a. ut et

i) menſium et jurium Archiepiſcopalium in eadem bona dicti §. et Art.

k) Nobilitatis immediatae ad Exemplum ceterorum ſtatuum Imperii immediatorum §. 28. d. a.

l) Monaſteriorum et Civium Catholicorum in Civitatibus Imperii puris §. 29. d. a.

m) Ci-

m) Civitatum Imperii mixtarum intuitu politicorum propter Religionem §. 29. dict. Art.

n) Status immediati ſive ſtatus, ſive nobiles immediati in bonis nexu feudali ab altero ſtatu relevantibus §. 42. ſive

o) in bonis in quibus alter jus gladii, patronatus habet §. 44. d. Art.

p) Status Territorii in Eccleſiaſticis cujus duo pluresve Condomini adſunt §. 43. d. Art.

q) Redituum, Cenſuum, Decimarum, item Advocatiae, protectionis alieno Territorio competentium §. 45. d. Art.

r) Civitatum mixtae religionis tam ratione Exercitii religionis, quam Bonorum eccleſiaſticorum §. 29. Art. 5.

Zu dem Termino hergegen totius Anni 1624. et cujuscunque ejus partis gehören:

Status Poſſeſſio et Reſtitutio.

a) Exercitii religionis in Epiſcopalibus mixtis §. 23. Art. 5.

b) Civitatum Imperii purarum quoad Jus reformandi et annexa §. 29.

c) Vaſalli et Subditi mediati intuitu Religionis et annexorum §. 31.

d) Pactorum praeteritorum ſuper Religione huic termino non adverſantia §. 33.

e) Poſſeſſionis Territorii ubi ſuper jure Territorii controvertitur §. 43.

f) Reſidui adhuc ex jure Dioeceſano §. 48. d. Art.

g) Praecipue Subditorum A. C. addictorum in Palatinatu inferiori et Oppenheimi ratione

Exer-

Exercitii Religionis tam publici quam privati §. 19. Art. 4.

h) Principis palatini in Veldenz tam Eccleſiaſticis, quam politicis §. 22. d. Art.

i) Domus Waldecenſis in Dynaſtia Dadinghauſen et pagis connumeratis.

Hiernächſt kommen einige Termini extraordinarii vor, die ebenfalls zu bemerken:

a) Der Status der neuen Clöſter, ſo die Herzogen von Braunſchweig in dem Stifft Hildesheim hinwieder cediret haben, welcher fället auf den anno 1599. §. 33.

b) Reſtitutio Domus Hohenſolms in ſtatum anni 1637.

c) Der ſtatus religionis in dem Fürſtenthum Halberſtadt, der aus der mit dem Erzherzog und Biſchoff Leopold Wilhelm getroffenen Capitulation herzunehmen, und folglich iſt anno 1638. Art. 11. §. 1.

d) Status in Eccleſiaſticis et politicis ceſſarum Provinciarum Coronae Sueciae Electori Brandenburgico Ducibus megapolitanis et aliis, und welcher ſtatus theils a tempore Ceſſionis herzunehmen, als aus den Privilegiis, Reverſalien, Capitulationen und andern Documentis der abgetretenen zu beurtheilen, J. P. poſſim.

e) Status Epiſcopatus Osnabruggenſis, welcher vigore Art. 13. theils ad d. 1. Jan. 1624. theils nach dem Tenor der mit dem Hauſe Braunſchweig getroffenen Capitulation regulirt iſt.

f) Terminus Migrationis quinquinalis, welcher auf das Tempus publicatae pacis quadrirt.

Endlich ſind einige Termini plene vagi et incerti; und die entweder von vergangener oder von künftiger Zeit dependiren, als:

a) Primarum precum caeſarearum in Capitulis immediatis §. 14.

b) Juris reſormandi in Bonis ſtatuum reluitione recuperatis §. 37. item

c) in feudo ad Dominum directum reverſo Argument. §. dicti.

d) in Territorio controverſo per Sententiam victricem redeunte ad Dominum legitimum §. 43. Art. 5. et ibi Auth. meditat.

e) Pactorum futurorum inter ſtatus et Subditos ſuper Religione, quale eſt pactum Olivenſe.

f) Juris tertiam Religionem introducendi.

g) Juris ſuam Religionem introducendi, ſi Dominus poſthac Religionem mutarit.

h) Juris percipiendi Decimas controverſi inter Dominum et Subditos

i) Terminus migrationis triennalis.

32.

Demnach vor und nach dem Paſſauiſchen Vertrag und Religionsfrieden von den A. C. Verwandten Ständen wegen des Ueberſtimmens ſowohl am Cammergericht, als auf Reichs- und Creyß auch Deputationstägen vielfältige Beſchwerden geführet worden, dargegen Catholici vorgeſtellt, daß gleich wie ein Corpus reipublicae in Conſiliis zur Reſolution nicht anderſt, als durch einen endlichen Schluß, dieſer aber nicht anders, als durch die Pluralitatem

votorum hindurch gebracht werden könnte, und ſonſten kein Mittel in der Welt übrig ſeye, über Negotia Imperii zu handeln, zu tractiren, und zu ſchlieſſen, alſo auch dieſer Modus per Majora concludendi, wie bey allen oder den meiſten Völkern der Welt, alſo auch im teutſchen Reich von undenklichen Jahren löblich, ohne Unterſchied, von welchen Materien berathſchlaget worden, hergebracht ſeye, darwider Proteſtantes remonſtriret, daß weilen der Landfrieden die Religion mit afficiret, Catholici als numero ſuperiores ſie ob Gravamina Religionis von Land und Leuten votiren könnten, darneben ſie auch darauf beſtanden, daß ſo lange ſie ihrer Religion wegen, und was derſelben anhängig, nemlich rat. bonorum, nicht gänzlich verſichert, ſie auch nicht ſchuldig wären, ad onera Imperii zu concurriren, wie ſie dann zum öftern ſich des Beytrags zu den Türkenſteuern entzogen, als auch dafür halten wollen, daß Niemand in des andern Beutel votiren, mithin pluralitas votorum auch in Materia Collectarum nicht verdringen könnte noch ſollte;

So iſt dieſer beeden Puncten halber, wie auch wegen Beſtellung des Cammergerichts und des Reichshofraths in J. P. folgende Vorſehung vorgekehrt, und zwar ſoviel die Majora in Cauſis Religionis anlanget §. 9. Art. 5. pluralitas autem votorum in Cauſis Religionem ſive directe ſive indirecte concernentibus nequaquam attendatur, neque illa A. C. addictis Electoribus Principibus et ſtatibus in Imperio romano praejudicet, ut et §. 52. ejusd. Art. in Cauſis Religionis omnibusque aliis negotiis ubi ſtatus ut unum Corpus conſiderari nequeunt (id eſt in Sachen, da die Stände ut ſinguli zu conſideriren, uti ex Evangelicorum facta Osnabrugae propoſitione patet, ubi verſatur circa jura ſingulorum, die ſich Niemand abvotiren laſſen wird, die auch zum Theil

zur richterlichen Entſcheidung gehören) ut etiam Catholicis et A. C. ſtatibus in partes euntibus, id eſt, da es beym Herumvotiren ſich findet, daß die geſammte Catholiſche Stände einer, und die geſammte A. C. verwandte Stände der andern Meynung ſind, ex quo jure deinde vota Evangelicorum communia conflata ſunt, *vid. Auth. Medit. ad h.* §um. Sola amicabilis Compoſitio lites dirimat, non attento votorum pluralitate.

33.

Ratione Collectarum iſt eod. §. Art. 5. nichts poſitives decidiret, ſondern es heiſet: „quod vero „ad pluralitatem votorum in Materia Collectarum „attinet, cum Res haec in praeſenti Congreſſu de„cidi non potuerit, ad proxima Comitia remiſſa „eſto.“

Es iſt aber dieſer Punctus noch bis auf den heutigen Tag nicht ausgemacht; Varias ſtatuum circa hanc materiam Sententias explicat *Buckiſch hic.*

34.

Ratione der Creistägen und der in dem in ungleicher Religion vermengten Creiſe an Seiten der A. C. Verwandten begehrten Parität, iſt die Sache ebenfalls ad Comitia, von dieſem aber nach Ausweiſung §. 185. Receſs. noviſſ. an Sie ſelbſt verwieſen worden.

35.

Die Reichs-Deputationes ſind Collegia repraeſentantia Comitiorum Imperii und zuerſt zu dem Ende angeordnet, um über Handhabung des Landfriedens auf Anzeige der Creisobriſten und deren zugeordneten von vorgeweßter großer Empörung, welchen auch

auch vier nächſtgeſeſſene Creiſe vorzukommen nicht mächtig genug geweſen, und auf erfolgtes Ausſchreiben von Chur-Maynz zu Frankfurth zu erſcheinen, daſelbſt über des Reichs Sicherheit und Defenſion rathzuſchlagen, wie auch ihr Votum und Bedenken, den bey ſolchen Deputationen üblichen Kaiſerl. Commiſſarien einzuſchicken ſich mit ſelbigen darüber zu vergleichen, und den verglichenen Schluß durch Kaiſerl. Mandata zur Execution befördern zu helfen. Receſs. Imp. de anno 1555. §. 65. 66. 67. 68.

Die Deputandi ordinarii ſind nach Anweiſung jetzt allegirten Receſſus

1) alle Churfürſten, 2) aus dem Fürſten-Collegio Oeſterreich, Würzburg, Münſter, Bayern, Prälat zu Weingarten und Graf von Fürſtenberg, 3) aus dem Städtiſchen Collegio Cölln und Nürnberg per R. J. de anno 1559. iſt Jülich und Heſſen darzukommen. Per Receſſ. Imp. de anno 1570. weiter Conſtanz, Burgund, Braunſchweig und Pommern.

Und da gleichwohl die Paritas Religionis ſolchergeſtalt nicht herauskommen wollen, und die A. C. verwandte Stände hierauf gedrungen, ſo iſt die Sache per §. 51. Art. 5. ad proxima Comitia verwieſen, und endlich per Receſſ. noviſſ. §. 54. Sachſen, Altenburg und Brandenburg, Culmbach und endlich annoch von Fürſten Mecklenburg und Würtemberg, von Grafen, Wetterau, von Städten Straßburg, Aachen, Regensburg und Ueberlingen dem vorigen hinzugethan, auch dem Churfürſtlichen Collegio zur völligen Pariſicirung ein viertes alternirendes Votum eingeräumet worden. In genere Regula eſt, daß numerus Deputandorum ſemper et omnino ex utraque Religione exaequetur, wobey annoch eod. §. conſtituiret iſt, daß wann von höchſtpreißlichem Reichshofrath extraordinarias Commiſ-

 ſiones

ſiones zu verordnen für gut befunden werden möchte, darzu in Sachen Catholiſche Stände alleine betreffend, Catholiſche, in andern Sachen aber beyderley Religionsſtände anlangend, Commiſſarii von beyderley Religionen darzu genommen werden ſollen.

36.

De aequando ratione Religionis numero Aſſeſſorum vid. §. 53. Art. 5. De paritate Referentium exſtat Deciſio §. 54. „Caeſarea Majeſtas mandabit, „ut non ſolum in iſto Judicio Camerali Cauſae eccle„ſiaſticae et politicae inter Catholicos et Aug. Conf. „ſtatus, vel inter hos ſolos vertentes, vel etiam „quando Catholicis contra Catholicos litigantibus „tertius interveniens A. C. ſtatus erit, et reciproce „adlectis ex utraque Religione pari numero Aſſeſſo„ribus diſcutiantur et judicentur, ſed

37.

„Idem etiam in judicio aulico obſervetur huic„que fini aliquot A. C. doctos, et rerum Imperii „peritos viros ex iis Imperii Circulis, ubi vel ſola „A. C. vel ſimul etiam Catholica viget Religio ad„ſciſcat, eo numero ut eveniente Caſu paritas ju„dicantium ex utraque Religione Aſſeſſorum obſer„vari poſſit.

„Idem etiam quoad paritatem Aſſeſſorum ob„ſervetur quoties A. C. ſtatus immediatus a mediato „Catholico, vel immediatus Catholicus a mediato „A. C. ſtatu conveniatur, liberumque ſit."

38.

Caeſareae Majeſtati in Cauſis majoribus, et unde tumultus in Imperio timeri poſſent, inſuper etiam quorundam utriusque Religionis Electorum et Principum Sententias et vota requirere.

39. Si

39.

Si quae vero (§. 56.) dubia circa Interpretationem Conſtitutionum ac Receſſuum Imperii publicorum occurrant, aut in dijudicandis cauſis eccleſiaſticis vel politicis inter partes ſupra expreſſas vertentibus, ex paritate Aſſeſſorum utriusque Religionis poſtquam in pleno Senatu, pari tamen ſemper utrinque judicantium numero examinata fuerint, „contrariae oriantur ſententiae, Catholicis in unam „Aug. Conf. vero Aſſeſſoribus in aliam partem ab„euntibus remittantur ad Comitia Imperii univer„ſalia etc. Et haec in Cauſis ſtatuum comprehenſa „immediata Imperii nobilitate, ſive actores illi, ſive „rei, ſive intervenientes ſint, obſerventur."

Secus ſi Lis ventiletur inter mediatos, ubi quidem paritas Aſſeſſorum intuitu Religionis, ut ſupra exigitur, ſed Remiſſio ad Comitia ceſſat.

40.

Transeamus ad Membrum III. welchergeſtalt dieſes alles zu exequiren beliebet worden.

Hievon nun diſponiret der Art. 16. J. 2. §. 1. „Simul atque vero Inſtrumentum Pacis a Dominis „Plenipotentiariis et legatis ſubſcriptum et ſigna„tum fuerit, ceſſet omnis hoſtilitas, et quae ſupra „conventa ſunt, utrinque e veſtigio executioni man„dentur §. 2. Imprimis quidem Imperator ipſe per „univerſum Imperium Edicta promulget, et ſerio „mandet his, qui his pactis, et hac pacificatione „ad aliquid reſtituendum vel praeſtandum obligan„tur, ut intra Tempus concluſae et ratificandae „pacis praeſtent, et exequantur transacta injun„gendo tam Directoribus Ausſchreibende Fürſten „quam praefectis militiae Circularis Creisobriſten, „ut ad requiſitionem reſtituendorum juxta ordinem

„Executionis et haec pacta Reſtitutionem cujusque „promoveant et perficiant §. 3.“

Quod ſi quis reſtituendorum Caeſareos Commiſſarios ad alicujus reſtitutionis, praeſtationis vel executionis actum neceſſarios cenſuerit, quod ipſorum opinioni relinquitur etiam illi ſine mora dentur: Quo Caſu §. 4. reſtituens et reſtituendus binos aut trinos utrinque Commiſſarios nominet, e quibus Caeſarea Majeſtas unum a reſtituendo, alterum a reſtituente nominatum, pares tamen numero ex utraque Religione eligat eisque Executionem mandet, aut ſi reſtituens Commiſſarios denominare neglexerit, Caeſarea Majeſtas unum ex reſtituendi denominatis deligat, eique alium pro arbitrio ſervata tamen Religionis paritate adjungat, omnesque et ſinguli §. 5. qui vigore J. P. ad reſtituendum, cedendum, dandum, faciendum aut praeſtandum ſive ex regulis generalibus ſive ſpecialibus obſtricti ſunt, teneantur, ſtatim poſt promulgata Edicta Caeſarea ſine tergiverſatione aut oppoſitione Clauſulae juſtificatoriae, omnia ad quae obligantur, reſtituere, cedere, dare, facere ac praeſtare.

Nec Executioni (§. 6.) quisquam ſive ſtatus, ſive miles, ſive quilibet alius ſe opponat, ſed potius Executoribus aſſiſtant, liberumque ſit: Executoribus contra eos qui Executionem impedire conantur, ſuis vel etiam reſtituendorum viribus uti:

Welchem zu Folge auch Kaiſerl. Majeſtät unterm 7ten Novemb. 1648. das General-Mandatum exequendi intra tempus concluſae et ratificandae pacis nach dem wörtlichen Innhalt des Friedensſchluſſes ins Reich publiciret.

Nachdeme aber zugleich wegen der Schwediſchen Satisfaction 5 Millionen zugeſaget werden müſſen, die innerhalb 8 Wochen verſprochene Ratihabition des

Inſtr.

Inſtr. P. von allen und jeden Ständen nicht accurate weder die Reſtitutio alſo durchgehends erfolget, dahero auch die Ratificatio von den auswärtigen Cronen Frankreich und Schweden nicht allein hinterhalten, ſondern auch deren auf dem Reichsboden ſtehende Völker nicht abgeführt, noch die innen gehabte Plätze evacuirt worden, und Kaiſerl. Majeſtät hierüber, wie der Sache zu rathen, von ſämmtlichen Ständen zu Münſter annoch beyſammen gebliebenen Geſandten, durch ihre Kayſerl. Plenipotentiarios ein Gutachten erfordern laſſen, dieſe aber ein arctius mandatum exequendi unterm 16. Jan. 1649. dahin eingerathen, daß Kaiſerl. Majeſtät nochmahlen den Creisausſchreibenden Fürſten und andern von den Reſtituendis et permiſſo in Inſtr. Pac. caſu von den Reſtituentibus Executorn nochmalen anbefehlen möchten, allen und jeden Intereſſirten, ſo ſich bey Kaiſerl. Majeſtät, oder den Creisausſchreibenden Fürſten angeben möchten, zu demjenigen, was das Inſtrumentum Pacis und das darauf fundirte Kaiſerliche Executionsedict diſponire, ohne Zeitverluſt ſumtibus derer die zu reſtituiren, zu cediren und zu präſtiren ſchuldig, und in mora ſeynd, und zwar, wo das Inſtrum. Pacis ſpecialiter diſponiret, ſecundum Literam, im übrigen ex Regulis generalibus quoad punctum Amneſtiae, cum Reſervatione, jurium Reſtituentis et Reſtituendi in den Stand, darinnen ſie ante motus bellicos, in puncto gravaminum aber, wie ſichs in anno 1624. befunden, oder ſonſten ſpecialiter verſehen, ohne einige Reſervation und Exception verhelfen und exequiren, im Fall aber ſuper facto poſſeſſionis einige Dubia von Erheblichkeit vorkämen, ſelbige in loco Executionis ſummariſſime erörtert, andere aber dem Inſtr. Pac. zuwider nicht zugelaſſen werden ſollten, mit dem Anhang, daß Kaiſerl. Majeſtät gegen die Ungehorſame und

 Refrac-

Refractarios, welche ſich dem Inſtrumento Pacis und Kaiſerl. Executionsedict, omittendo vel committendo widerſetzen, oder ſonſten quomodocunque nicht pariren, auf bloße Relation oder Executionscommiſſion in Poenam Inſtr. Pac. inſatam, darinnen ſie bereits in J. P. verfallen, declariren, und wann ſie ſtatus, gegen ſie, ihre Lande und Leute nach Anleitung des Inſtr. Pac. anderer Reichsconſtitutionen und Executionsordnung bis auf erfolgende Refuſion aller Köſten und Schäden, die Privatperſonen aber zur Haft ziehen, und als Reos fractae pacis exemplariter abſtrafen, immittelſt aber die Executores unerwartet der Declarationis Banni mit der Execution nichts deſtoweniger progrediren, und damit es ihnen an Kräften nicht ermangle, ſich nicht allein ihrer ſelbſt eigenen des Loci Executionis der nächſtgelegenen Plätzen, Garniſonen, Ständen, Völkern und reſtituendorum virium gebrauchen, ſondern auch die nächſtgeſeſſene Creiſe ihre Hülfe einſchicken, und ſolchergeſtalt die Renitentes zum ſchuldigen Gehorſam gebracht werden ſollten.

Dieſes Gutachten haben Ihro Kaiſerl. Majeſtät approbiret, und nach deſſen Innhalt den ſogenannten arctiorem modum exequendi unterm 2ten Martii 1649. literaliter ins Reich publicirt, zugleich darinnen ihren Kriegsbefehlshabern annoch aufgegeben, den Executoribus die hülflichen Hände zu bieten.

41.

Ob nun zwar nach ſolchem Kaiſerl. Seits gezeigten Ernſt die Friedens-Ratificationes, endlich von allerſeits Paciſcenten erfolget; weilen aber nichts deſtoweniger die Schwediſche und Franzöſiſche Evacuatio und Exauctoratio nicht erfolget, ſondern zu deren Aufenthalt

1) die

1) die noch hinterſtellige Reſtituenda,

2) die noch nicht erfolgte Bezahlung der Schwediſchen Satisfactionsgelder, und

3) die andaurende Spaniſche Beſatzung der Churpfälziſchen Veſtung Frankenthal präterirt worden, ſo iſt nachher zu Nürnberg ein Convent veranlaßt worden, allwo zwiſchen dem Kaiſerl. Generallieutenant Duca di Amalfi, und dem Schwediſchen Generallieutenant Pfalzgrafen von Zweybrücken, mit Einrathen und Bewilligung der darzu von Reichs wegen ſpecialiter bevollmächtigten Deputation erſtlich unterm $\frac{11}{21}$ Septembris 1649. ein Präliminar- und unterm 16. Jun. 1650. ein Hauptreceß errichtet, und darinnen quoad primum (dann die beyde übrige Puncta, als plane ceſſantia zu berühren, keine Nothwendigkeit) verglichen und ſtatuirt worden, daß es in puncto reſtitutionis ex Capite Amneſtiae et Gravaminum nochmahlen bey den in Inſtr. P. ausgedruckten Terminis a quo, et Regulis tam generalibus, quam ſpecialibus ohne Anſehung der Jurium petitorii, jedoch in picto Amneſtiae ſalvis cujuscunque juribus zu belaſſen, folglich nach dem nudo facto poſſeſſionis uſus, Obſervantiae et Exercitii die Caſus liquidi ab illiquidis zu ſepariren; jene, welche in J. P. ſpecialiter benahmſet, oder unter den Regulis generalibus unvermeidlich begriffen, nachgehends aber in dem Hauptreceß geänderten und auf 3 Executionstermine gerichteten Deſignation, noch von dem erſteren, anderen und dritten in dicto receſſu beliebten nach erfolgender Auszahlung der Satisfactionsgelder regulirten Terminis Exauctorationis et Evacuationis erörtert und exeqirt, in Entſtehung deſſen aber den Reſtituendis noch vor Ausgang des letztern Termini Exauctorationis et Evacuationis erlaubt ſeyn ſolle, auf weitere Oppoſition oder Tergiverſation der Reſtituenten,

 tuenten,

tuenden, und wenn dieſelbe durch die Creisausſchreibende Fürſten oder Executores zu der Schuldigkeit anderſt nicht zu bewegen, mit und neben denſelben, oder durch ihre eigene Mittel, auch Hülſe der nächſt an der Hand habenden Kaiſerl. Königlich Schwediſchen oder andern Waffen und alſo manu militari ſich zu reſtituiren, und einzuſetzen, welche wiewohl militariſche dannoch rechtmäßige Execution keineswegs für eine Contravention des zu Oßnabrüg und Münſter geſchloſſenen Generalfriedens gehalten oder angezogen werden, ſondern noch darzu die widerſetzliche Reſtituentes, allen daraus fließenden Schaden und Unkoſten zu erſetzen ſchuldig ſeyn; auch was alſo in dicto Receſſu zur Execution verwieſen, decidirt, durch die Creisausſchreibende Fürſten oder verordnete Commiſſarios exequirt, alſo feſt und unverbrüchig gehalten, und darwider keines andern Orts als am Kaiſerl. Hof⸗oder Cammergericht nichts angenommen, ſondern ſimpliciter abgewieſen, inſonderheit aber de facto einige Turbatio oder Attentata dargegen nicht vorgenommen werden ſollen.

Zu Erledigung der übrigen Reſtitutionsfälle iſt ein drey monathlicher Terminus präfigirt worden, binnen welchem die zu deren Erörterung deputirte Stände ſolche Caſus ad liquidum bringen, und ſie ſodann den Creisausſchreibenden Fürſten ſimpliciter ad exequendum, was aber ob defectum ſive Informationis, ſive probationis, ſive abſentiam unius vel alterius partis des Orts in Conventu Norimbergenſi nicht geſchehen können (geſtalten dann die in der Deſignation nicht ſpecificirte, noch bey dem Reichs⸗Directorio ante primum exauctorationis Terminum eingekommene, oder die vielleicht bey ein⸗oder andern Reſtituendo oder Reſtituente ſich mehr ereignende Beſchwerden nicht pro excluſis zu halten, ſondern männiglich vorbehalten ſeyn ſolle,

ſeine

ſeine Nothdurft hernach bey ſeines, oder wie in J. P. verſehen, nächſt angelegenen Creisausſchreibenden Fürſten, oder gar bey Kaiſerl. Majeſtät gebührend vor- und anzubringen, allwo er damit gehöret, und ihm nach dem obbeſchriebenen modo Executionis ſummarie zu ſchleunigſter Reſtitution verholfen werden ſolle), den Creisausſchreibenden Fürſten mit Einſchließung einkommender Klagen oder Begehren zu weiterer Erkundigung der Sachen, und zugleich mit nach deren Befindung zur würklichen Execution verwieſen, und den Creisausſchreibenden Fürſten und Executoren weder von Kaiſerl. Majeſtät noch Jemand andern Inhibition oder Einhalt geſchehen, vielweniger was alſo exequiret, hinwieder aufgehoben, oder geändert, ſondern vielmehr dabey geſchützet, und alle dagegen lauffende Proteſtationes, Reſervationes viae juris et facti, ausgegangene Mandata, Reſcripta et Decreta caſſirt und abgethan ſeyn ſollen.

Zu deſſen allen deſto mehrerer Veſthaltung Kaiſerl. Majeſtät Patentes ins Reich publiciren, darinnen alle attentata, diſputationes und Predigten wider den Friedensſchluß, Kaiſerl. Edicta, arctiorem modum exequendi, Nürnbergiſchen Executionsreceß wie auch alle Contraventiones ernſtlich verbieten, und jedes Orts Obrigkeit die Contraventores ſecundum Inſtrum. Pacis abzuſtrafen, anbefehlen werden, ſo auch per Mandatum vom 27. Jun. 1650. geſchehen, wie dann auch endlich ſowohl das Inſtr. Pacis als dieſer Executionsreceß an den Kaiſerl. Reichshofrath und alle andere Gerichte, pro norma perpetua judicandi behöriger maſſen inſinuirt werden ſollen.

42.

Da nun aber nichs deſtoweniger der Nürnbergiſche Deputationsconvent mit allen und jeden Reſtituendis nicht vorkommen können, ſondern in anno

1651.

1651. diſſolvirt worden, und Kaiſerl. Majeſtät nach der Hand einen Reichstag nacher Regensſpurg ausgeſchrieben, um die in J. P. Art. 8. §. 3. und ſonſten dahin verwieſene Puncte zu erledigen, und dann unter andern mit in die Kaiſerl. Propoſition gebracht worden, wie der Friede zwiſchen Haupt und Gliedern, und dieſe unter ſich ſelbſten feſt zu ſtellen, und zu dem Ende, was etwa nach Innhalt des J. P. zu exequiren annoch hinterſtellig, zu exequiren ſeyn möge, da dann der Punctus reſtituendorum zwar abermahlen zum Vorſchein gekommen, und auch allſchon eine beſondere Liſta reſtituendorum von dem Churmayntziſchen Reichsdirectorio zuſammen gebracht, aber wegen Enge der Zeit nicht erörtert werden können, folglich auf einen ordinairen Deputationsconvent nach Frankfurt verwieſen worden, Receſs. Imp. noviſſ. §. 191. welcher auch daſelbſt 1655. den Anfang genommen, und im Monath September vermittelſt der Kaiſerl. Propoſition würklich geöffnet worden; nachdem aber Deputati über die vorgekommene Caſus Hildesheim, Hagenau, Kaufbeuern und andere nicht einig wurden, auch endlich in anno 1665. gar auseinander gegangen, ſo iſt das Reſtitutionswerk abermahlen ins Stecken gerathen, worüber die leidigen Reichskriege mit der Krone Frankreich, die Neuburgiſche Succeſſion an die Churpfälziſchen Lande, die franzöſiſche Praetenſio ex Capite devolutionis et Reunionis, darauf erfolgter neuer Krieg, der ryßwickiſche Friede, und die demſelben Art. 4. inſerirte Clauſul des Corporis Evangelici, dargegen continuo angebrachte harte Contradictiones, neuer franzöſiſcher Krieg wegen der Hiſpaniſchen Monarchie, erfolgter Badenſcher Friede, darinnen beſtätigte Ryßwickiſche Clauſul Evangelicorum, darwider reaſſumirte Proteſtationes, die Churſächſiſche Religionsänderung, Preſſuren der Diſſentienten in Pohlen und der Evan-

gelischen

geliſchen Unterthanen in der Pfalz und am Rheinſtrohm, der Evangeliſchen Stände darob geſchöpfte Apprehenſion, als wann ein generales Excidium rei Evangelicae obhanden wäre, dargegen genommene Meſſures zwiſchen Engelland, Dännemark, Schweden, Preuſſen, Holland und Heſſen, und die in et extra Comitia utrinque ausgebrochene Alterationes, facta und Diſſidia darzwiſchen gekommen, welche dem Kaiſerl. Hofe ſehr viele Mühe und Verdrüßlichkeiten erwecket, dahero bevor man in fernere Particularia eingehet, nöthig ſeyn will,

43.

Das IV. Membrum, was Kaiſerl. Majeſtät in und durch den Friedensſchluß ratione futuri in Religionsſachen oder auch ſonſten, welches zugleich

44.

das V. Membrum iſt, überhaupt genommen, gelaſſen, oder zugeleget ſeye, ein wenig zu beleuchten, da dann quoad Caſus juridicos contentioſos (dann de dubio intellectu Inſtrumenti Pacis et ejus Interpretatione, und was deßfalls ad Comitia remittirt worden, ſoll alio Loco gehandelt werden) 1) Kaiſerlicher Majeſtät Macht und Judicatur darinnen beſchränkt zu ſeyn ſcheinet, daß dasjenige, was einmal p. J. P decidiret, und per Receſſum Executionis Norimbergenſis abgethan worden, dargegen nach Innhalt Articuli 17. §. 3. J. P. weder in petitorio noch Poſſeſſorio ſeu inhibitorii ſeu alii proceſſus vel Commiſſione decerniret, weder ſecundum Executionis Receſſum §. 24. am Kaiſerl. Hofe, Cammer- und andern Gerichten etwas angenommen werden ſolle, wie dann 2) alle dargegen vorhin ergangene Mandata, Proceſſus, Edictum Ferdinandeum, Prager Friedensſchluß insgeſammt all. Art. 17. §. 3.

J. P.

J. P. aufgehoben, folglich 3) der Plenitudini poteſtatis Caeſareae einigermaſſen gewiſſes Ziel geſteckt zu ſeyn geſchienen hat; immaſſen dann 4) Art. 5. §. 50 et 52. ſancirt: Si dubii quid incidat, aut ex Cauſis pacem religioſam aut hanc transactionem tangentibus reſultet, ut de eo vel in Comitiis vel aliis Imperii conventibus inter utriusque Religionis proceres non niſi amicabili ratione tranſigatur, et non attenta pluralitate votorum ſola amicabilis Compoſitio lites dirimat: ſogar daß 5) in judicando beym Reichshofrath und Cammergericht, ſecundum §. 56. d. Art. 5. Si quae dubia circa Interpretationem Conſtitutionum Imperii oriantur, aut Aſſeſſores utriusque Religionis in Cauſis ſive eccleſiaſticis ſive politicis inter ſtatus Imperii vertentibus in partes eant, die Remiſſio ad Comitia deutlich vorgeſchrieben, davon 6) verſchiedene Praejudicia Camerae beym Gylmanno, Plumio und Deckhero anzutreffen, folglich praxis mit dieſem Aſſerto völlig einſtimmet, et hoc quoad Officium Judicis in decernendo et ſententionando. Quoad Executionem ſcheinen Kaiſerl. Majeſtät gleichfalls in mehrbeſagtem J. P. die Hände gebunden zu ſeyn, 1) weilen in J. P. Art. 16. §. 2. die Reſtituendi einmal an die Creisausſchreibende Fürſten gewieſen; oder ihnen auch 2) §. 3. et 4. eodem frey gelaſſen worden, Kaiſerl. Commiſſarien zu Erlangung ihrer Reſtitution zu erbitten, ja ſogar 3) ihnen §. 6. zugelaſſen, proprias vires mit der Creis-Miliz und dieſer 4) vermög des arctioris modi exequendi mit den Kaiſerlichen Truppen, oder auch 5) vermög des Nürnbergiſchen Executions-receſſes §. 3. mit der zunächſt an der Hand habenden Kayſerl. und Königl. Schwediſchen, oder andern Waffen zu conjungiren, und alſo manu militari ſich zu reſtituiren und einzuſetzen, welche, wiewohl militariſche, dennoch rechtmäſige Execution keineswegs für

eine Contravention des Univerſalfriedens zu halten, ſondern vielmehr 6) der Contraventor ſive qui ſemel reſtitutum de novo gravare tentaverit, ſive Clericus, ſive Laicus ſit, vermög Art. 17. §. 4. Inſtrum, Pacis et arctioris modi exequendi ipſo jure et facto poenam fractae pacis publicae incurriren und 7) wider denſelben ohne einigen Proceß, wie obgemeldt, mit zuſammen geſetzten Kräften des Reſtituendi des Creiſes, der Kaiſerl. und Schwediſchen oder andern Waffen, imo ſecundum §. 5. et 6. Art. 17. omnium et ſingulorum hujus transactionis Conſortium procediret, und auf den Leib gegangen werden müßte.

Dieſes ſcheinen nun wohl ſtarke Gründe zu ſeyn; wenn man aber auf der andern Seite betrachtet, was Kaiſerl. Majeſtät in dicto Inſtrum. Pacis et Receſſibus an ihrem Kaiſerl. Amt gelaſſen, oder wohl gar ausdrücklich zugeleget ſeye, ſo wird ſich leicht finden, daß ob zwar quoad ipſum jus dicendi et N. ſupra alleg. 1) Kaiſerl. Majeſtät es gerne bey dem, was einmal mit Ihrem eigenen Willen, verglichen, decidirt, und in Ihrem allerhöchſten Namen, und von tragenden Kaiſerl. Amts wegen, wie die Kaiſerliche Executionsedicte ſelbſt lauten, exequirt worden, bewenden laſſen, und Niemanden ſeine ex pactis publicis, zumahlen mit Ihrem eigenen Willen erworbenes Recht entweder 2) aus antiquatis Legibus, oder 3) plenitudine poteſtatis zu nehmen gemeyt ſeynd, auch gar wohl leiden können, daß 4) wenn in Predigten, Lehren, Diſputiren, Schreiben, Conſuliren, der Paſſauiſche Vertrag, Religions- und Weſtphäliſche Frieden angefochten, oder in Zweifel gezogen werden ſollte, nach Innhalt §. 50. Art. 5. der Magiſtratus Loci ſolches ernſtlich verbiete, was ſchon dargegen edirt, caſſirt bleibe, (womit auf die Juris Conſultos Dillingenſes und des Burckhardi Antonomiam

miam gezielt ſeyn mag) und daß von wegen des Friedensſchluſſes Zweifel vorfallen, darüber zwiſchen beederſeits Religionsverwandten Ständen gütlicher Vergleich, ohne einige Uebereinſtimmung zu befahren, fürgenommen werde, oder auch 5) das Cammergericht bey ſich ereignenden verſchiedenen Meynungen, oder ſonſtigem Zweifel entweder die Parthey ad Comitia verweiſen, oder ſich daſelbſt belehren laſſen: So iſt jedoch von dieſem allen keine Frage, weilen daran weder eins, noch das andere, noch alles insgeſammt und zuſammen genommen, dem Kaiſerl. Amt in ſe nichts nimmt, noch beſchränket, ſondern gleich wie Kaiſerl. Majeſtät nicht deswegen den weſtphäliſchen Frieden erhoben und errichtet, daß das teutſche Reich ein beſtändiger Sammelplatz aus- und einheimiſcher Waffen ſeyn ſollte, vielmehr es 1) Art. 2. heiſſet: neuter alteri poſt haec quidquam hoſtilitatis aut inimicitiae moleſtiae vel impedimenti etc. clam aut palam, directe vel indirecte, ſpecie juris aut via facti in Imperio vel extra illud uſpiam inferat. Conf. J. P. Caeſar. Gall. §. 3. alſo ſind auch 2) in Reſtitutionibus ex Capite Amneſtiae Art. 3. §. 2. die Litis-pendentien bekanntlich vorbehalten, und zum Theil expreß dahin verwieſen §. 23. 24. 27. 29. 30. 42. 49. et 57.

Nun iſt zwar nicht zu läugnen, daß quoad Eccleſiaſtica, et quae eorum intuitu in politicis mutata ſunt, §. 14 Reſpectu bonorum eccleſiaſticorum, und §. 25. reſpectu bonorum mediatorum, wie nicht weniger §. 48. Art. 5. reſpectu juris dioeceſani die Sache ſo feſt geſtellt iſt, daß deshalb alle Perſecutiones juris vel facti in- vel extrajudicialiter allerdings unterſaget, und ſuſpendirt ſind, wobey es auch Kaiſerl. Majeſtät, wie ſchon obengedacht, gerne bleiben, ſtehen und ruhen laſſen, donec de Religionis diſſidiis amicabiliter conventum fuerit. Nachdem

aber

aber gleichwohl, zumal die Poſſeſſio bonorum et Exercitii Religionis ut et jurium dermaſſen ſtricte an ihre Terminos criticos et modos habendi, exercendique gebunden ſind, darüber ſo wenig dem Einen als dem andern Theil eigenmächtig zu ſchreiben erlaubet iſt, und wann gleichwohl ſolches geſchiehet 3) ein Richter in re publica bene ordinata vorhanden ſeyn muß, geſtalten dann ſowohl transactio Paſſavienſis et pax religioſa, als der Münſter: und Osnabrügſche Friedensſchluß J. P. Osnabrug. Art. 17. §. 2 Inſtr. P. Monaſt. §. 112. ſammt den Executionsedicten und Nürnbergiſchen Executionsreceſſen §. 67. ibid. den höchſten Reichsgerichten 4) nicht etwa um ihr Archiv und Bibliotheken damit anzufüllen, ſondern tanquam regula, quam perpetuo ſequantur, ut ait J. P. oder wie der Nürnbergiſche Receß ſpricht, ut perpetua norma NB. judicandi ad effectum, ut in religioſa pace diſpoſitum, um den anrufenden Partheyen darauf gebührliche nothdürftige Hülfe wiederfahren zu laſſen, hinüber gegeben ſind, ſo iſt wohl zu erachten, daß das J. P. 5) kein Fauſtrecht einführen, noch die vorige teutſche löbliche redliche Geſetze zernichten, weder aus einer mit Haupt und Geſetzen verſehenen Republica ein Monſtrum Hollerianum vel Puffendorffianum machen oder umkehren, Satz und Ordnungen, in Unſätze und Unordnungen metamorphoſiren, und in Summa eine zu Regenſpurg ſitzende deſpotiſche Geſandtſchaftsmajeſtät anſtatt der uralten Römiſchen Kaiſerl. Majeſtät an: oder neben Ihr aufrichten wollen, noch ſollen, ſondern wie es ein Friedens: und kein Kriegsſchluß, alſo ſchreibet es auch generaliter 6) deutlich vor Art. 17. §. 7. nulli omnino ſtatuum Imperii liceat jus ſuum vi vel armis perſequi, ſed ſi quid Controverſiae, ſive jam exortum ſit, ſive poſt haec inciderit, unusquisque jure experiatur, ſecus faciens reus ſit fractae pacis. Quae

vero judicis Sententia definita fuerint, ſine diſcrimine ſtatuum Executioni mandentur, prout Imperii Leges de exequendis Sententiis conſtituunt. Confer pacem religioſam Art. wer Recht leiden mag.

Specialiter vero 7) diſponiret es eodem Art. 17. §. 4. contra Contraventorem J. P. zwar quoad poenam fractae pacis ipſo jure et facto incurrat. Allein es ſtehet klar dabey: Contraque cum juxta Conſtitutiones Imperii reſtitutio et praeſtatio cum pleno effectu decernatur et demandetur: Und wann gleich §. 56. darauf de Conſortium jungendis viribus Meldung geſchiehet, ſo werden jedoch 8) die vorher zugehende Gradus claris verbis vorgeſchrieben, nehmlich a) Laeſus laedentem imprimis a via facti dehortetur, b) Cauſa ipſa amicabili Compoſitioni, vel c) juris diſceptationi ſubmiſſa, verum tamen d) ſi neutro horum modorum intra Spatium trium annorum terminetur Controverſia, tum demum teneantur omnes et ſinguli pacis Conſortes etc. Quo ſenſu vid. pac. relig. quinam Conſortes? An unum Corpus evangelicum ad excitandum bellum civile? vide iterum pacem religioſam, allwo Ihro Kaiſerl. Majeſtät, die auch Conſors pacis ſind, oben an ſtehen, ob rationem, quod nec amicitiae nec NB. juris viae locum invenerit, welches letztere dann 9) zu verſtehen, daß entweder Judex imploratus die Juſtitz verſaget, qui Caſus in ſummis tribunalibus non praeſumendus, oder die Parthey ſich der Contumaciae theilhaftig gemacht, da dann die Rechte diſponiren, wie wider Moroſos zumahlen auf den Pacem publicam zu procediren, mit nichten aber deswegen dem höchſten Richter den Scepter ſofort aus den Händen zu reiſſen, und zu Waffen und Bündniſſen zu laufen ſeye, geſtalten es dann 10) in ſubſequentibus d. Art. et §. weiter heiſſet: Salva tamen de caetero unius cujusvis jurisdictione, et nulli

nulli omnino ſtatuum Imperii liceat jus ſuum vi, vel armis perſequi. Womit 11) der letzte Reichsabſchied, dem dieſer Friede ſecundum §. 2. Art. 17. inſerirt werden müßte, und 12) praxis quotidiana in ſummis Imperii tribunalibus ſowohl in Poſſeſſorio, als petitorio actionibus perſonalibus et realibus, proceſſibus mandati et Citationis tam ſuper bonis quam juribus his ſive ſpiritualibus als matrimonialibus, patronatus etc. ſive aliis genau übereinſtimmet, und ein täglich redender Zeuge iſt, und zwar ſo viel jenes betrift, vide §. 6. et §. 193. ſoviel den Praxim anlanget, vide Gylmann, Deckher: et hoc ita circa diſceptationem juris quoad executionem thut abermals nichts zur Sache, daß, wie obgemeldt, in Inſtr. Pac. Art. 16. et 17. Arctiori modo exequendi, execut. praelim. Receſſ. §. 3. et 5. die Reſtituendi an die Creisausſchreibende Fürſten, ihre eigene Kräften Kaiſerl. und Schwediſche Militz und alle Conſortes pacis geweſen ſind: Denn

1) unterſcheidet das Inſtr. Pac. die praeſentem Executionem Pacis von den Caſibus futuris ganz accurat; de praeſenti Executione wird Art. 16. de Caſibus futuris Art. 17. gehandelt. Im Art. 16. werden a) §. 5. die Reſtituentes, die entweder ex regulis generalibus oder ſpecialibus diſpoſitionibus J. P. ad reſtituendum, cedendum, dandum, faciendum vel praeſtandum obſtringirt ſeynd, erinnert, ſolches alſobald poſt promulgata caeſarea Edicta et factam reſtituendi notificationem etc. zu bewerkſtelligen. Falls nun die Reſtituentes ſich hierzu in der Güte nicht bequemen ſollten, ſo iſt alsdann b) per Edictum Caeſ. vigore §. 1. d. art. 16. den Creisausſchreibenden Fürſten anbefohlen, ad requiſitionem reſtituendorum ihr Executionsamt zu verrichten, auch c) §. 3. frey gelaſſen, hierzu Kaiſerl. Commiſſarios zu requiriren, und §. 6. den Reſtituentibus und

Jedermänniglich d) anbefohlen, ſich ſolcher Creisexecution oder Executionscommiſſion nicht zu widerſetzen, ſondern e) den Executoribus erlaubet, ſich auch der Reſtituendorum virium zu gebrauchen. Auf dieſen Art. 16. beziehet 2) ſich der Nürnbergiſche Executionsreceß in introitu, und hinwieder auf ſolchen zwiſchen den Kayſerl. und Schwediſchen Generalitäten zu machenden Exauctorations- und Evacuationsreceß der Art. 16. §. fin. 20. reciproce ausdrücklich, und gleichwie dem zu Folge die Reſtituendi nicht allein in 4 differente Liſten ordentlich gebracht, und die erſten 3 in ihre kurze Terminos nach der beliebten Kaiſerl. und Schwediſchen Exauctoration claſſificirt, die andere auf 3 monathliche Erörterung geſtellt, und alſo die Caſus, deren Execution, auch Termini und modi exequendi, auch Executores ordentlich von einander ſeparirt, ausgedrückt, und benahmſet, von denjenigen hergegen, die in ſolchen dreyen Terminen nicht begriffen, oder noch ante primum exauctorationis terminum bey dem Reichsdirectorio eingekommen §. 28. expreß diſponiret wird, daß ſelbige nicht pro excluſis zu halten, ſondern Ihnen reſervirt ſeyn ſolle, ihre Nothdurften hernach bey ihren, oder wie in I. Pac. verſehen, nächſt gelegenen Creiſen, oder gar bey Kaiſerl. Majeſtät gebührend an- und vorzubringen, allwo ſie damit gehört, und Ihnen nicht nach oben vorgeſchriebenem Modo, ſondern wie §. 26. deutlich geſagt wird, nach Innhalt des J. P. und darauf fundirten Kaiſerl. Edicten Arctioris modi exequendi, welche insgeſammt von jungendis viribus militiae Sueciae et Conſortium pacis nicht ein Wort melden, und bey den in dem Präliminarreceß, nicht beliebten Modis exequendi, ſondern einverleibten Strafen, id eſt, ut in §. 4. exprimitur.: alles nach Innhalt des J. P. der hierüber ins Reich publicirten Kaiſerl. Edicten, und darinnen in Eventum contra

moroſos

moroſos verordneter Strafen ſcil. fractae pacis publicae, confer. §. 6. executionis ſummariae zur ſchleunigſten Reſtitution verholfen werden ſolle: Alſo zeiget dieſer jetzt angezogene letztere Caſus nicht allein augenſcheinlich, daß auch die damahlige Compaciscentes den Innhalt des §. 3. des Präliminar-Receſſus auf alle Riſtitutionsfälle 3) ſogar indiſtincte nicht applieiren, noch extendiren wollen, ſondern es iſt auch 4) gar wohl zu merken, daß in dem Nürnbergiſchen Hauptexecutionsreceß §. 41. Kaiſerl. Majeſtät obriſtes Executionsamt a Suecis ſelbſt anerkannt, abſonderlich aber, und vor allen andern 5) in dem Präliminar- und Hauptreceß der von dem J. P. als Effectus a ſua cauſa dependirt, nachdem das ganze Werk damahliger praeſentis Executionis gefaſſet, zu mehrerer künftiger Feſthalt- und Verſicherung des Friedensſchluſſes der Art. 17. J. P. in totum von neuem beſtättiget wird, als wann er cum omnibus et ſingulis ſuis §§. von Wort zu Wort gedachtem Execut. Receß inſerirt und wiederhohlt wäre, worauf auch immediate 6) §. 67. ſothanen Receß den höchſten Reichsgerichten pro perpetua norma judicandi inſinuiren zu laſſen, diſponirt wird. In beſagtem Art. 17. und des J. P. geſchiehet zwar annoch quaſi in tranſitu in §. 4. mit ein paar Worten (vel Executioni vel Reſtitutioni repugnaverit) einige Meldung, darauf aber wird 7) alſofort ad Caſus futuros geſchritten, und zuforderſt a) der General-Caſus, ſi quis reſtitutum facta ſemel legitimo modo ſupra NB. id eſt Art. 16. convento et ſine exceſſu reſtitutione (denuo vel poſt hac) ſine legitima Cauſae Cognitione (id eſt ex Capite Amneſtiae quidem modo juris experiundi reſervato, ex Capite Gravaminum ſuper Exceſſu reſtitutionis) et ordinaria juris Executione gravare tentaverit: alſo decidirt wird, ut gravans, ſive Clericus ſive Laicus ſit, poenam

 fractae

fractae pacis ipſo jure et facto incurrat, contraque cum juxta Conſtitutiones Imperii Reſtitutio et praeſtatio (in ſummis tribunalibus, wie dann über fractam pacem zu richten, ein uralt Kaiſerliches Reſervatum iſt) cum pleno Effectu decernatur, et (ad Executionem circulis) demandetur.

Hiernächſt wird b) §. 5. eine allſeitige mutuelle Garantie beliebet: teneantur omnes hujus transactionis Conſortes, univerſas et ſingulas hujus pacis leges contra quemcunque ſine Religionis diſcrimine tueri et protegere, und vermög ſelbiger c) der Art. Pacis Religionis; ferner verpflichten und verbinden Wir Uns; ibidem: ſo einig Theil oder Stand wider ſolchen aufgerichteten Frieden den andern jetzt oder künftiglich mit thätlicher Handlung, die geſchehe heim- oder öffentlich vergewaltigen, oder bedrängen würden, daß die Kaiſerl. Majeſtät wir und Sie (ſtatus) auch Unſere und Ihre Nachkommen und Erben alsdann dem Theil oder Stand wider dieſen Frieden vergewaltiget, überzogen oder bekrieget würde, wider den Vergewaltiger, oder der ſich thätlicher Handlung unternimmt, Hülf und Beyſtand leiſten wollen und ſollen, nach den ſchon obbeſchriebenen Gradibus erläutert, und d) nicht ſowohl auf die Caſus religionis, ſondern generaliter ſi quid eorum (hoc eſt, in univerſis et ſingulis hujus pacis legibus violari contigerit) gerichtet, darauf e) einem jeden und alſo vornehmlich Kaiſerl. Majeſtät Jurisdiction ſalva gelaſſen, und f) §. 7. allen und jeden Ständen eingebunden, ihr vermeyntlich habendes Recht nicht mit Gewalt, ſondern gerichtlich zu ſuchen. Wobey g) de executione der ausgeſprochenen Urtheile prout Imperii Leges conſtituunt, gehandelt und damit ins künftige alles fein ordentlich, ruhig und ſchicklich im Reich hergehen möge, i) in §. 8. diſponirt: ut Circuli redintegrentur. Dieſer Art. 17. wird

auch

auch Receſſu Imperii noviſſ. §. 6. 8) pro norma procedendi contra futuros gravantes confirmirt, und abſonderlich deſſen §. 4. wörtlichen Innhalts wiederhohlet, und als von Erledigung der noch hinterſtelligen Gravaminum und Reſtituendorum die Frage geweſen, ſo haben 9) Caeſar et Status, ohngeachtet es hinterſtellige Caſus reſtituendos ex J. P. betroffen, die Reſtituendos nicht damit an die Creisausſchreibende Fürſten (weilen man wohl geſehen, daß ſolches bey jedem Caſu particulari, abſonderlich, wo ein- und anderer Theil mit ſeiner Nothdurft und Beweißthum allererſt gehört werden muß, ſich nicht thun laſſe), Corpus Evangelicum, auswärtige Kronen und all- und jede Conſortes pacis, ſondern die ordinaire Reichsdeputation verwieſen, mit Befehl 10) die Caſus liquidos ab illiquidis zu ſepariren, jene unaufhältlich zur Execution zu verweiſen, (immaſſen Ihro Kaiſerliche Majeſtät erbietig, die Execut. deſſen, was der Deputation erkennen werde, ohne fernere Cognition anzubefehlen, und würklich verrichten zu laſſen) in illiquidis aber nach genugſamer Vernehmung beyder Partheyen zuzuſehen, ob die vorkommende Caſus ad punctum reſtitutionis ex Capite Amneſtiae et Gravaminum qualificabile, oder welches Receſſus Imperii für eines nimmt, dem J. P., Kaiſerl. Executionsedict, arctiori exequendi modo, Nürnbergiſchen Receß der in den Fällen, ſo durch den Friedensſchluß nicht geändert, dem Religionsfrieden gemäß und conform ſeye, da ſonſten 11) die Caſus dubii, worinnen vorgänglich die Güte zu tentiren, in deren Entſtehung aber ad Comitia prorogata remittirt werden: et hoc quoad Caſus reſtituendos ex J. P. adhuc reſtantes, pro futuro aber 12) diſponirt, Rec. Imper. §. 193. expreſſis verbis: Wir ſetzen und ordnen auch: daß kein Stand gegen den andern, oder deſſen Land und Leute, oder auch gegen ſeine eigene Unterthanen und

Bürger in Religionsſachen wider den Friedensſchluß mit Gewalt oder eigenmächtiger Beginnung das geringſte nicht attentiren, oder vornehmen, ſondern ein jeder dasjenige, was er vermeynet, das Ihm gebühret mit behörigem Weg Rechtens ſuchen, und denen, ſo darwider beſchweret worden, Mandata inhibitoria gehöriger Orten ertheilet und vollzogen werden ſollen.

Und da inzwiſchen gleichwohlen der Caſus reſtituendorum ex J. P. nicht völlig erledigt werden mögen, ſo iſt 13) Art. 11. Capit. Leopoldi et Joſephi I. klärlich verſehen, daß Kaiſerl. Majeſtät männiglich zu dem Seinigen, was annoch aus dem Weſtphäliſchen Frieden, Executionsedicten, arctiori modo exequendi, Nürnbergiſchen Executionsreceß annoch rückſtändig und vorenthalten (nicht remittendo ſupplicantes aut reſtituendos an die Creisausſchreibende Fürſten, Kaiſerl. und Schwediſche Militz, ſondern an ſich die Kaiſerl. Majeſtät Selbſten) verhelfen ſollen und wollen, welches auch alſo 14) Capit. Carolina Art. 19 beſtättiget wird, welchemnach und wann der arctior modus exequendi und Nürnbergiſche Executionsreceß in vorfallenden Religionsſachen pro norma judicandi angezogen werden wollen, ſolches anderſt nicht, als mit dem Unterſchied, ob der Caſus aus den Reſtituendis ex Capite Amneſtiae et gravaminum zu folge des J. P. arctiori modi exequendi und Nürnbergiſchen Receß annoch rückſtändig und vorenthalten, oder ob es ein neues Attentatum contra ſemel legitimo modo et ſine exceſſu reſtitutum betreffe, anzuſehen iſt, da dann in erſterem Fall der Caſus liquidus ab illiquido et plane dubio zu ſepariren, der erſtere ſofort ad Executionem zu verweiſen, der andere, ob er ad reſtitutionem ex J. P. arct. modo exequendi, Nürnbergiſchem Receß qualificirt ſeye, zu unterſuchen, der dubius aber ad

Comitia

Comitia zu remittiren, im andern Fall novi plane attentati per Mandata inhibitoria de non contraveniendo paci Weſtphalicae cum vel ſine Clauſula, oder in andern ſtrittigen Sachen nach gemeinen beſchriebenen Rechten und norm. Executionis nach Anweiſung §. 7. Art. 17. J. P. fürzuſchreiten, und zu verfahren ſeyn wird.

45.

Quibus praemiſſis auch noch dem nemlichen Tramite, was Kayſerl. Majeſtät auch in Politicis überhaupt in J. P. gelaſſen worden, progredirt man alſo

46.

ad 6tum Membrum, quid inter Conſortes pacis obtineat, und weilen die Conſortes pacis nicht allein Catholiſch- und Evangeliſche Reichsſtände und Unterthanen, ſondern auch Cäſar und auswärtige Kronen ſind, von dem Jure Caeſareo aber in vorhergehendem §. ausführlich gehandelt worden, und von den exteris Coronis in nachfolgendem §. gehandelt werden ſolle, ſo bleibet es a) ſo viel die Caſus ad Officium Judicis pertinentes, darunter die Unterthanen mit begriffen, anbelanget, bey dem, was davon in §. praecedenti geſaget worden, nur daß b) annoch zu melden, daß die Reſtituendi nach Anweiſung des Nürnbergiſchen Receſſus §. 26. und Receſſ. Imperii noviſſimi §. 191. et 193. auch Capit. Joſephi Art. 11. ſich entweder, wann der Caſus dubius, und ex Interpretatione Inſtr. P. zu decidiren, folglich nach dem Reichstag gehörig an das Churmaynziſche Reichs-Directorium, oder ſonſten, wann er nicht dubius, gerade an die höchſten Reichsgerichte, keineswegs aber an ein Corpus Evangelicum wenden, und more legali ihr Recht ſuchen, nicht aber wider den klaren Innhalt §. 30. quantum deinde Art. 5. J. P. ſich

des Corporis evangelici Protection ſtecken, und dadurch zwiſchen Haupt und Gliedern, auch dieſer unter ſich Mißtrauen, Zwietracht und Disunion verurſachen ſollten. Quoad Deliberationes Comitiales iſt in §§. 50. et 52. Art. 5. Inſtr. P. die bekanntliche Vorſehung geſchehen, daß, wann ſowohl ex Cauſis pacem religioſam et Weſtphalicam tangentibus, als auch überhaupt in cauſis religioſis omnibusque aliis negotiis, ubi ſtatus tanquam unum Corpus conſiderari nequeunt, ut etiam Catholicis et A. C. ſtatibus in duas partes euntibus non attenta pluralitate votorum ſola amicabilis Compoſitio Platz haben ſolle, dabey es dann billig zu laſſen; ob nun aber c) das Corpus evangelicum ſich dieſer aufgehobenen Pluralitatis votorum et effectus itionis in partes in ordine um der amicabili compoſitioni Platz zu machen, da ſonſten Catholici ante J. P. auf die Pluralität der Stimmen ſo feſt beſtanden, dadurch nicht mißbrauchen, daß ſie die itionem in partes d) auf alle und jede Materien extendiren, daran vielleicht die Compaciſcenten nie gedacht, ſolches ſtehet endlich dahin, und weilen endlich dieſe itio in Partes ein caſuales Werk, ſo ſelten vorkommen mag, ſo ſtünde ſelbige zu ertragen, oder auch durch gütliche Wege auszumachen, geſtalten dann die Worte: et omnibus aliis per ſanam Conſequentiam nicht ad Caſum Catholicis A. C. ſtatibus in partes euntibus, ſondern nur auf den Caſum, ubi ſtatus ut unum Corpus conſiderari nequeunt, id eſt ad jura Singulorum, in ſoweit ſie Jura ſtatuum comitialia nicht betreffen, caeteris paribus überall nicht auf den Reichstag gehören, zu appliciren ſind, ſondern primus Caſus omnium aliorum von dem andern per particulas: ut etiam deutlich diſtinguiret iſt, folglich der letztere Punct itionis in partes nicht für ein uni vel alteri parti ex J. P. quaeſitum jus, deſſen ſich ein jeder

Theil nach Belieben gebrauchen möge, ſondern für eine Ordnung, wie es zu halten, wann eine ſciſſio in partes ſich caſualiter ereigne, billig anzuſehen iſt: e) daß aber Evangelici weiter gehen, ſich in denen ihnen beliebigen Materien von denen Deliberationibus publicis ſepariren, f) einen ſeparatum Senatum in des vorſeyenden Evangeliſchen Churfürſten Quartier unter dem Nahmen Directoris et Corporis evangelici formiren, darinnen g) nicht nach dem in J. P. vorgeſchriebenen modo ceſſantis pluralitatis votorum, et itionis in Partes, ſondern wie zu Tage lieget, unter dem Prädominat etlicher weniger präpotenten Ständen die wichtigſte Sachen ſatis tumultuarie et praepoſtere proponiren, invitis moderatoribus h) concludiren, zu einem ſogenannten voto communi i) bringen, durch ſelbige k) Leges Imperii einſeitig und dictatorie interpretiren, wie in dem ſatis dubio ſimultaneo et votorum communium, darauf ſofort l) ſolche Concluſa nicht allein ihren Mitſtänden, ſondern ſogar m) Kaiſerl. Majeſtät obtrudiren, ja ſogar unterm Prätext gemeiner Glaubensgenoſſen n) ſowohl unmittelbare Stände, als auch o) ihrer Mitſtänden Unterthanen in Protection nehmen, und p) in ſolchen und vielen andern Dingen mehr contra praxim etiam quoad Ceremonias regulativam anni 1624. in der Calenderſache und ſonſten mehr vorkommt, mit Gebot und Verbot procediren, und q) ſolche ordentlich in das Reich publiciren, folglich r) ſich ein mehreres als alle 3 Senatus Imperii zuſammen genommen, durch einmüthigen Schluß nicht vermögen, und welches s) ohnſtreitig, den Kaiſerl. Reſervatis privative zuſtehet, anmaſſen, ſofort denn t) ſolche Anmaſſungen wider das Kaiſerliche in J. P. wie obgehört, deutlich beſtättigte Amt contra ipſum J. P. Art. 8. §. 2. gaudeant, ibi, ne ejusmodi foedera ſint contra Imperat. et Imperium pacemque ejus

publicam vel hanc imprimis transactionem, fiantque ſalvo per omnia juramento, quo quisque Imperatori et Imperio obſtrictus eſt, mit auswärtigen an dem J. P. keinen Theil habenden, noch zu einiger Garantie oder Miſchung in Reichsſachen befugten Bündniſſen zu beſteiffen ſich unterſtehen, und ſelbige alſo platterdings u) praeterito Caeſare wider den deutlichen Innhalt J. P. Executionsproceß, letzteren Reichsabſchied, Wahlcapitulation, zumahlen in novis attentatis et gravaminibus, folglich w) cum Exceſſu zur Execution gebracht wiſſen wollen, oder x) in deſſen Entſtehung mit inn- und auswärtigen Waffen drohen, ſolches iſt eine ſo ſehr hart anlaufende unleidentliche Auflehnung nicht allein wider Ihro Kaiſerl. Majeſtät, ſondern auch das ganze Syſtema Imperii, daß es genug iſt, ſolche Attentata zu erzehlen, um deren Unfug aufzudecken, und worgegen in ſano intellectu §. 5. Art. 17. J. P. als eine offenbare Ueberfahrung des Friedensſchluſſes nicht etwa in einem Articulo, ſondern deſſen allgemeinem Enthalt omnes Pacis Conſortes ſich billig aufmachen, und den zur Empörung, Zwietracht und öffentlicher Offenſion Kaiſerl. Majeſtät reipublicae et ejusdem legum nicht allein incliniirenden, ſondern auch thätlich ausbrechenden Theil ad repellendam injuriam zum beſſern Gehorſam bringen ſollten, denn einmahl die Evangelici y) ſelbſt geſtehen, daß dieſer modus votandi per votum commune in ſe von ihnen erfunden ſeye, vide Auth. medit. ad J. P. 52. folglich geben ſie z) damit zu, daß Niemand ſolche Neuigkeit zu dulden ſchuldig, indem nicht allein das alte teutſche redliche Herkommen, wie bekannt, inter jura recepta gerechnet wird, ſondern auch, aa) das Votiren auf dem Reichstag als ein Jus correale, woran das geſammte Reich et ſinguli in ſolidum participiren, bb) Kaiſerliche Majeſtät aber dabey das Jus dirigendi

et

et in contentioſis Sententiarum diviſionibus authoritatem interponendi zu exerciren haben, anzuſehen iſt, conſequenter, wann gleich der Effectus pluralitatis in einigen Stücken eingeſchränket, oder aufgehoben, dennoch cc) daraus noch lange nicht folget, daß demjenigen, in deſſen Favor ſolche Suſpenſion geſchehen, mit ſeinem Voto verfahren, und darinnen ſchlieſſen könne, wie oder was Er wolle, unter der Entſchuldigung daß das Objectum votandi ſein ex J. P. acquirirtes Jus betreffe, darüber Niemand zu ſagen habe, in Betracht daß dd) in republica bene ordinata ein ſolches willkührliches Ausnehmen allerdings nicht angehet, weder in einigem Lege Imperii auſſer der vom Gegentheil aufzudringenden neuerlichen noch lange nicht präſcribirten Obſervantia ſeu Stylo Imperii ſich begründet findet, einfolglich dieſes widerrechtliche Verfahren ee) weder Res Evangelicorum noch Catholicorum, neque ſingulatim neque collective ſumtorum, ſondern reipublicae iſt, dabey ff) wenigſtens Kaiſerl. Majeſtät eben ſo viel, oder als Hauptrichter, Lehenherr, Cuſtos et Executor Legum, zumalen über all voriges in Dingen, da es auf Neuerungen, Mißbrauch, Weiterungen, Auflehnen und Empörungen ankommt, noch wohl etliche oder gar viele mehr, als das ganze Reich zu ſagen haben, auch hierinnen gg) Evangelici ſich mit ihrem Gewiſſen und Religion oder auch jure quaeſito ex J. P. nicht ſchützen mögen, weilen einmahl ein Modus in rebus ſeyn muß, das J. P. hh) der Religion auch ſeine Schranken geſetzet; ſolche ii) zu erweitern jedem Theil deutlich verboten, die Rem publicam kk) de Caetero in ſeinem Syſtemate auch ll) Caeſari ſeine Majeſtät gelaſſen, und mm) hoc fine errichtet iſt, daß Ruhe, Friede, Einträchtigkeit zwiſchen Haupt und Gliedern, und dieſes unter ſich gepflanzet, und unterhalten werden ſollte; dahero

dann

dann nn) alle ſolchem heilſamen Scopo contravenirende Conſilia, auſus et attentata an= und vor ſich wider=rechtlich, verwerflich, folgends von Ihro Kaiſerl. Majeſtät weder zu dulten, noch nachzuſehen ſind, ſondern Allerhöchſtdieſelbe darunter Aenderung und Verordnung vorzunehmen, allerdings befugt, auch als Römiſcher Kaiſer zu Verhütung, ne quid res publica detrimenti capiat, ſchuldig, und im Gewiſſen pflichtig ſeynd; geſtalten einmahl ſolche Aufdringlichkeiten auch oo) wider die in Inſtr. Pacis zwiſchen beyden Religionsverwandten ſtabilirte par itatem jurium lauſet, und pp) es eine gar zu unhinlängliche Sache iſt, einen Paſſum nach dem andern zur Exemtion von aller und jeder Reichs=Jurisdiction zu wagen, das andere gehorſame Theil ſolchergeſtalt zum Voraus aus der Parität zu ſetzen, und demnächſt allererſt ſelbiges um ihre facta illegitima zu legitimiren, zu gleicher Aufwieglung und Inobedienz, und es eben ſo zu machen, zu invitiren, folglich qq) das Reich und Rem publicam nicht in partes votorum ad mentem J. P. ſondern in duo Corpora zu ſcindiren und eine monſtroſam rem publicam bicorpoream, dabey einige Concordanz, amicabilis Compoſitio, jura Societatis et Conſtatuum, richterliche Ermäßig= oder Vergleichung und Reflexion auf das darunter leidende Vaterland nimmer zu hoffen, re ipſa einzuführen.

47.

Von dem Conſortio Pacis exterarum Coronarum, welches das 7te und letztere Membrum, iſt nichts weiters zu ſagen, als daß 1) von deren ausdrücklichen Garantie, auſſer was §. 6. Art. 17. de omnibus et ſingulis pacis Conſortibus und in dem Nürnbergiſchen Executionsreceß §. 3. vom Beytritt der Schwediſchen Militz ad praeſentem tum Executionem

tionem pacis in dem Inſtr. P., Nürnberg. Abſchied, Receſſu Imperii noviſſimo, oder ſonſten ſpecifice kein Wort gedacht worden, und ob zwar 2) nichts deſto weniger Frankreich und Schweden ſich ſothaner Garantie nicht begeben wollen, auch der Weſtphäliſche Friede 3) in dem Nimwegiſch, Ryßwickiſch- und Baadiſchen auch Kannſtädtiſchen und andern Friedensſchlüſſen und Conventionen confirmirt worden, ſo iſt doch nicht allein 4) ſolche Garantie intellectu naturali nicht anders, als in extremum Caſum, wann, wie man ſaget, alle Stricke zerreißen, oder wenigſtens in dem oben explicirtem ſenſu 5) §. 6. Art. 17. J. P. zu verſtehen, ſondern es iſt auch dabey 6) wohl zu conſideriren, daß ſolche Kronen durch ſo viele Infractionen und Feindſeligkeiten der Garantie ſich allerdings verluſtig gemacht haben, und 7) Kaiſerl. Majeſtät in Ihrer Capitulation dahin verbunden ſind, keine Protection fremder Gewalten über Reichsſtände oder deren Unterthanen zu dulten, ſondern ſolche in ihrem alleinigen Schirm zu halten, und alle caeteras protectiones abzuthun, auch 8) nicht zu geſtatten, daß fremde Potenzien ſich in Reichsſachen miſchen, Capit. Leopoldi Art. 8. et 9. wiewohl auch 9) kein Patriot wünſchen wird, ſich mit Veracht- oder Vorbeygehung des Kaiſerlichen Amts durch auswärtige Mächte, oder gar 10) andere Fremde mit der Garantie des Weſtphäliſchen Friedens nicht beladene, noch mit den domeſticis Imperii etwas zu ſchaffen habende Potenzien, um ein und andern gravaminis religionis willen, geholfen zu ſehen.

III.

III.

Bericht

des Kaiſerlichen und Reichskammergerichts ad Auguſtiſſimum die Herrſchaft Lahr und Mahlberg auch andre Gerolzeckiſche Reichslehen betreffend vom Jahr 1676. *)

Allerdurchlauchtigſter ꝛc. ꝛc.

Was geſtalten Eure Kaiſerl. Majeſtät, ſowohl Dero und des Reichs Intereſſe, als auch der klagenden Parteyen wegen, Unſern allerunterthänigſten Bericht (was es nemlich mit denen an hieſigem Dero Kammergericht der Herrſchaft Lahr, und Mahlberg halber, auch anderen Gerolzeckiſchen Reichs-Lehen geſchwebten Strittigkeiten, für eine Bewandniß habe) dermaleins zu beförderen und ſelbigen demnächſt einzuſchicken nachmahlen allergnädigſt befohlen, ſolches haben aus Eurer

*) Um ſeiner Verwandſchaft mit Ziffern IX. und X. im 1. Theile willen, ſcheint er hier eine Stelle zu verdienen.

Eurer Kaiſerl. Majeſtät Befehlſchreiben vom 18. Jul. nächſt abgeloſſenen 1675. Jahrs wir in allerunterthänigſtem Reſpect vernommen.

Nun ſind zwar der allhier abgeurtheilten Sachen ſehr alte und weitläuftige Acta, Unſerer am $\frac{3}{13}$ Dec. 1672. Jahrs an Eure Kaiſerl. Majeſtät erſtatteten allerunterthänigſten Wiederantwort gemäß, damalen alſobald diſtribuirt worden, es hat aber wegen unterſchiedlicher Zufällen der verlangte Bericht nicht alſofort, wie wir es ſelbſten gern geſehen, ausgefertiget werden können, und bishero verſchoben bleiben müſſen, da wir denſelben Eurer Kaiſerl.
Lit. A. Majeſtät hierbey *ſub Lit. A.* ſamt unſerer (auf des Reichshoffiscalis der Mandat-Sach halber unzeitigen Beſchuldigung) allerunterthänigſten Verantwortung *in P.S.*
Lit. B. *ſub. Lit. B.* allergehorſamſt überſchicken.

Woraus Eure Kaiſerl. Majeſtät die umſtändliche Bewandtniß der abgeurtheilten Sachen Geroltzeck *contra* Naſſau, als auch den Zuſtand der noch allhier rechtshängigen Strittigkeiten Baden *contra* Naſſau, und wie unverſchuldet und ungebührlich hieſiges Dero Kammergericht von dem Reichshoffiscale diesfalls taxirt und angegoſſen worden, ſich allergnädigſt referiren laſſen können.

Im übrigen bitten Eure Kaiſerl. Majeſtät wir allerunterthänigſt, Sie geruhen, in Erwägung der bisherigen geringen Anzahl der Beyſitzer, und daß wir ſonſten mit anderen wichtigen Rechtfertigungsſachen, ſehr überhäuft, auch von den bedrängten und ſeufzenden Parthenen, faſt ohne Unterlaß überloſſen werden, dieſe, ohne unſer Zuthun oder Verſchulden veranlaßte Verweilung in Ungnaden nicht zu vermerken.

Thun damit Eure Kaiſerl. Majeſtät Gott dem Allmächtigen zu ꝛc. empfehlen.

Datum Speyer den $\frac{14}{24}$ Martii 1676.

Eurer Kaiſerl. Majeſtät

allerunterthänigſt gehorſamſte
Kammerrichter, Amtsverweſer, Präſidenten und Beyſitzer Dero Kaiſerl. Kammergerichts daſelbſten.

Summariſcher Bericht

deren ab Anno 1532. bis 1631. an dieſem Kaiſerl. und Reichskammergerichte gepflogenen gerichtlichen Handlungen

in Sachen

Hohen-Geroltzeck

contra

Naſſau,

die Grafſchaft Mahlberg cum pertinentiis darzu gehörigen — ſodann zweytens fünf andere Dörfer betreffend.

Auf ausgegangene Ladung haben gleich Eingangs die Beklagte Exceptionem fori declinatoriam fürgeſchüzzet, dahin zielend, daß, weilen dieſe Sache ein vermeint Reichslehen betreffen, und *inter duos Convaſallos* ſchweben thun, dannenhero ſelbe nicht an dieſes Kaiſerl. Kammergericht erwachſen, ſondern in erſter Inſtanz

Inſtanz vor Kaiſerl. Majeſtät als Lehenrichtern, *et coram paribus Curiae* gehöre, bittend, der Urſachen halben ſie a Citatione cum Refuſione Expenſarum zu abſolviren.

Dagegen kommen Klägere replicando ein, ſagen kenntlichen Rechtens zu ſeyn, quando Lis eſt *inter duos Vaſallos ſuper feudo*, tum *ſolum feudi Dominum non etiam pares Curiae ſimul eſſe Judices competentes*, und weilen Ihro Kaiſerl. Majeſtät Carl der Fünfte in einem an das Kaiſerl. Kammergericht gnädigſt abgelaſſenen Schreiben, de dato Regenſpurg am 18. *Aprilis* 1532. auf ihr der Kläger unterthänigſtes Anſuchen dieſe Sache, ſonſtens vor Sie als ihren rechten und ordentlichen Richter, wie die *formalia* lauten, gehörig, aber in Bedacht Dero merklichen Geſchäfte nicht füglich ſeyn wolle, ſelbige anzuhören und zu entſcheiden, an das Kammergericht verwieſen, und Kläger fürderlichen austräglichen, und unverweigerten zu verhelfen gnädigſt anbefohlen: Wie nicht weniger ſolches zu thun befuget, die ausgegangene Ladung auch darauf gerichtet, bitten nächſt Verwerfung eingewandter Exception bedachter ad Litis conteſtationem anzuhalten ꝛc. Und wie wohl Beklagte hingegen duplicando ſich auf eine im ganzen Reich übliche uralte Gewohnheit und Gebrauch, kraft deren, auch im Fall da zwiſchen zween Lehenträgern oder Vaſallen einige Streitigkeit, und Rechtfertigung entſtehet, gleichwohl der Lehenherr ſammt den *paribus Curiae* zugleich Judices competentes ſeyn, beziehen, mit dem fernern Angeben, Cameram non eſſe Judicem Imperatoris delegatum ad Univerſitatem Cauſarum in prima Inſtantia: auch von keiner ſonderlichen Kaiſerl. Commiſſion wiſſen, weder daß die Ladung kraft deren ausgegangen, zugeben wollen.

So iſt gleichwohl am 7. Jan. 1534. der Beſcheid dahin ergangen, daß Beklagte auf beyde eingebrachte Klagen und eine jede abſonderlich zu handeln, auch *Litem* zu conteſtiren ſchuldig ſeyen; ferners bey deren Verzögerung am 9. Jan. Lis in Contumaciam pro conteſtata angenommen; und weiters am 26. Jun. non attenta proteſtatione reorum ſuper Nullitate, Partheyen fernere Handlung auferlegt worden. Dem zufolg Beklagte, wiewohl mit Fürbehalt eingewandter Exceptionis incompetentiae et proteſtatione de non conſentiendo in Cameram, niſi quatenus et in quantum etc. zur Antwort geſchritten, und beyden Theilen bis die alſo genannte *Octuplicas* gehandelt worden, wie aus dem hienächſt folgenden Bericht mit mehrerem zu erſehen.

Tenor Libelli Imi.

Gangolff und Walther, Gebrüder, Herrn zu Hohen-Gerolzeck und Sulz bringend vor, welcher geſtalt ihre Voreltern männlichen Stammes, und ſie Kläger ſelbſten die Burg Malberg ſammt deren Zugehör, ſodann die Dörfer, Kippenheim, Kippenweiler, Allnersweyler, Nonnenweiler, Ichenheim, Fundenheim und Altheim, im Straßburger Biſchoffthum gelegen mit allen Rechten und Zugehörungen, als des Reichs Eigenthum, von den Römiſchen Kaiſern und Königen, als ein altes Mann- und Stammlehen, empfangen, getragen, inngehabt und genoſſen, beſagte Burg und Dörfer aber zum Theil von Beklagtinn Frau Catharinnen, Gräfinn zu Mörß und Sarwerden, und deren Ehegemahl, Graf Johann Ludwigen von Naſſau, ſelbige nunmehr vermeintlich beſitzend, ihnen den Klägern fürenthalten werden wollen. Und wiewohl der beklagten Frauen Catharinen

Voreltern, Grafen zu Mörß und Sarwerden, berührte Burg und Dörfer zum Theil vor guter Zeit und langen Jahren inngehabt und beſeſſen, und Sie Frau Catharina dadurch in vermeintlichen Beſitz gerathen, ſo ſeye dannoch im Jahr 1527. durch tödtlichen Abgang des jungen minderjährigen Herrn Jacoben, Grafen zu Mörß und Sarwerden der Beklagtinn Vaters Bruderssohn, der Nahme und Stamm der Grafen zu Mörß und Sarwerden erloſchen und ausgeſtorben. Bitten alſo, beſagte Burg und Acht Dörfer, Ihm als Herren von Hohen-Gerolzeck zuſtändiges altes Mann- und Stammlehen zu adjudiciren, und Beklagte zu deren Abtretung, cum Reſtitutione fructuum perceptorum et percipiendorum ac Refuſione Expenſarum zu verdammen.

Tenor Libelli IIdi.

Gleichfalls haben auch zweytens, vor undenklichen Jahren die Herren von Hohen-Gerolzeck, Klägern Vorfahren und Eltern die Dörfer Frieſenheim, Oberwyler, Oberſchörfheim, Ottenheim und Heiligenzell, im Straßburger Biſchofthum gelegen, mit allen Dero Rechten, und Zugehörungen von Römiſchen Kaiſern und Königen, für ihr altes Mann- und Stammlehen getragen, und genoſſen, wie Sie Kläger benannte Dörfer annoch zu Lehen vom Reich empfangen und tragen. Wiewohl auch vor undenklichen Jahren, die Herren zu Hohen-Gerolzeck, mit Vorwiſſen und Bewilligung Ihro Römiſch Kaiſerl. Majeſtät als Lehenträger die Grafen zu Mörß und Sarwerden in Gemeinſchaft ermeldter fünf Dörfer als ihr, deren von Gerolzeck alt Mann- und Stammlehen auf- und angenommen, und dieſe kraft berührter Gemeinſchaft, ſelbige alſo inngehabt, verwal-

verwaltet und genoſſen. So ſeyen dannoch durch jetzt erwähnten tödtlichen Hintrit Herrn Johann Jacoben, Grafen zu Mörß und Sarwerden, als letzten des Stammes, beſagte in Gemeinſchaft genoſſene fünf Dörfer für den Theil wie die vorige Herren und beſonders der letztere zu Mörß und Sarwerden ſelbige inngehabt und beſeſſen, auf die Klägere Herren zu Hohen-Geroltzeck, als Agnaten des Nahmens und Stammes gefallen, und gekommen. Und weilen ſelbige von Beklagten vermeintlich beſeſſen, und Ihnen Klägern mit Unrecht fürenthalten werden.

Bitten ebenmäſſig, nach nunmehr durch berührtes Abſterben erloſchener Gemeinſchaft ihnen beſagte fünf Dörfer zu adjudiciren, Beklagte auch zu Deren Abtretung una cum Reſtitutione fructuum perceptorum et percipiendorum nec non Refuſione Expenſarum zu verdammen.

Auf eingeführte erſte Klage, geſtehen Beklagte in ihren Reſponſionibus ad poſitiones Actorum, daß dieſe beyde Brüder und Kläger als Beſitzer des Schloſſes ihres Namens und Stammens Geroltzeck ehelich gebohren, und von denen Herrn von Geroltzeck abſteigender Linien herſtammen, dann weiters, daß die Burg Malberg ſammt ihrer Zugehör und beſtimmte Dörfer, einem Römiſchen Kaiſer und heiligen Reich Jure directi Dominii von undenklichen Jahren angehörig und zuſtändig geweſen, auch noch ſeyn. Und wiewohl Herr Heinrich von Lar berührte Burg und Dörfer als Lehen von denen Römiſchen Kaiſern und Königen höchſtſeliger Gedächtniß empfangen, und getragen ſo widerſprechen gleichwohl dem, ſo ex adverſo fürgeſchützet werden will, daß beſagte Burg und Dörfer, deren von Geroltzeck alte Mann- und

Stamm-

Stammlehen ſeyen, weder hoc Titulo et in ea qualitate bey ihnen Klägern und Dero Voreltern noch bey Beklagten und ihren Vorfahren der Kläger Collateralverwandten von denen Römiſchen Kaiſern und Reich empfangen und getragen worden. Mit Zuthun, daß der Kläger Vorfahren, Dero vermeintlich habende Rechte, wiſſentlich und kräftig renunciirt, dannenhero obwohl Beklagte oft genannte Burg und Dörfer zum Theil als von ihren Voreltern, denen Grafen von Mörß, und Sarwerden, welche ſelbige von undenklichen Jahren beſeſſen und auf ſie devolvirt, annoch innhaben und beſitzen. Sie auch nicht in Abrede ſeyen, daß im Jahr 1527. Herrn Johann Jacob der letzte des Namens und Stammens von Mörß und Sarwerden, ihr Beklagtinn Vaters Brudersſohn ohne Hinterlaſſung einiger Kinder verſtorben, ſo thue dannoch der Kläger aus ihren irrigen, und dieſſeits widerſprochenen praeſuppoſitis gemachte Schluß, und daraus formirtes petitum auf kenntlichem Ungrund beruhen, derhalben bittend ſie von obiger nichtiger Klage zu abſolviren ꝛc.

Dann weiters die zweyte Klage und darinn beſtimmte fünf Dörfer anreichend, widerſprechen Beklagte, daß die von Geroltzeck die Halbſcheid der fünf Dörfer, welche ſie Beklagte innhaben und beſitzen, vom Reich, für ihr alt Mann- und Stammlehen empfangen, mit Zuthun, daß ſie von dem übrigen halben Theil, den beyder Klägern Vorfahren vor Zeiten beſeſſen, hernachmalen aber an die Marggrafen von Baden erſtlich verſetzet, und endlich verkaufet, keine Wiſſenſchaft tragen, ob ſelbige Lehen oder Eigenthum ſeyen. Geſtehen auch keineswegs, daß Herr Heinrichen von Geroltzeck Antheil, oder fünf Dörfer, ſo hernachmals auf die Grafen von Mörß und folgends ſie Beklagte ſelbſten gekommen, Lehen

ſeyen, ſondern Jure directi Dominii von Ihnen allzeit, und noch beſeſſen werde.

Gleichfalls ſeye auch in facto irrig, daß die Grafen von Mörß, von denen zu Geroltzeck mit Kaiſerl. Majeſtät Bewilligung in Gemeinſchaft der fünf Dörfer, als der Kläger altes Mann- und Stammlehen aufgenommen, ſondern erweißlich, daß ſelbiger Antheil erblich auf die Grafen von Mörß kommen, und wann ſchon durch Abſterben Herrn Johann Jacoben, Grafen von Mörß, ſelbiger Stamm ausgegangen und erloſchen, ſo können dannoch die Kläger, aus angeregten Urſachen an dem Antheil, welchen die Beklagte beſitzen, keinen rechtmäßigen Anſpruch oder Forderung haben.

1) Dieſemnächſt übergeben Beklagte zu Behauptung ihres Rechtens, *Articulos defenſionales*, führen darinn an, welcher Geſtalt Kaiſer Sigismund im Jahr 1400. Herrn Heinrichen von Geroltzeck mit Malberg und denen acht Dörfern erſter Klage dahin belehnet, daß nemlich bey deſſelben erfolgenden tödtlichen Abgang ohne eheliche Leibslehenerben männlichen Geſchlechts, ſeine Töchter in die Lehen ſuccediren, und ſelbige erben ſollten, dadurch gedachten Herrn Heinrichs Töchter ſelbiger Lehen fähig gemacht, dazu habilitiret, und wann ſchon berührte Lehen fürhin ihrer Natur und Eigenſchaft nach rechte Mannlehen geweſen wären, ſo ſeyen dennoch ſelbige hiedurch verwandelt, und zu weiblichen Lehen geworden.

2) Dann weiters haben gedachter Herr Heinrich ſeinem Tochtermann, Graf Johann von Mörß und Sarwerden, wegen acht tauſend Gulden zum Wittumſitz auf genannte Stadt und Burg Malberg dergeſtalt gemacht und geordnet, daß nach

nach ſeinem Tod ſelbige fallen ſollen auf ſeiner Gemahlin Frau Adelheiden, nächſte Erben, gleichwie auch geſchehen, und nicht allein die in erſter Klage berührte Güter, ſondern auch die Stadt und Herrſchaft Lar ſammt denen fünf Dörfern zweyter Klage, kraft oberwehnter Kaiſerl. Begnadigung und darauf erfolgter Ehepacten auf Graf Jacoben, und Grafen Johann von Mörß den zweyten, Frau Adelheiden

3) und Grafen Johann des Erſten ehelichen Söhne mit rechtmäſigem Titel gekommen, und drittens von Ihnen und Dero Deſcendenten, darunter die Beklagtin, Frau Catharine, mehr als hundert Jahren ſolcher Geſtalt ruhelich ohne einiges Menſchen Intrag beſeſſen und genutzet, was davon Lehen geweſen, nemlich Malburg ſammt den acht Dörfern erſter Klage, von Römiſch Kaiſerl. Majeſtät zu Lehen empfangen, getragen, und vermannet, auch alſo deren von Geroltzeck angemaſſetes Recht hiedurch gnugſam ausgetilget und erloſchen.

4) In mehrer Erwegung, daß zum vierten Beklagter Graf Johann Ludwig von Naſſau mit Verwilligung weyland Kaiſers Maximiliani bey Leben, und mit Wiſſen Graf Jacoben von Mörß, Frau Catharinen Vaters Bruder, in Gemeinſchaft der Güther kommen und geſetzet worden, auch ſelbige in der Qualität vermannet.

5) Zumalen auch fünftens nach Abſterben Herrn Heinrichen von Geroltzeck, alle damalen im Leben ſich befindende Herren von Geroltzeck, von welchen jetzige Kläger herkommen, und deren Erbſchaften agnoſcirt haben, nicht allein freywillig und öffentlich bekannt, daß ſie an gedachte Herrſchaften keine Gerechtigkeit gehabt, noch haben mögen, und daß ſie deſſen gänzlich und gründlich berichtet ſeyn, ſondern auch aller und jeder Gerechtigkeit, ſo ſie daran

haben möchten oder könnten, gänzlich und gar verziehen, und ſich begeben haben. Als nemlich Herr Jörg von Geroltzeck, Thumherr zu Straßburg, die vier Gebrüder Herr Heinrich, Jörg, Conrad und Hanß, Herrn von Geroltzeck und Sulz, wie auch Walther von Geroltzeck, der Kläger Proavus, für ſich und ſeine Söhne im Jahr 1429. pleniſſime und in optima forma ſich verziehen.

6) Gleichergeſtalt haben auch Diebold von Geroltzeck der Kläger Großvater und deſſen Brüder, Herr Jörg und Herr Hanuß, nachdem zwiſchen Ihnen und Grafen Johann von Mörß dem Erſten, einige Irrung und folgends eine Fehde daraus entſtanden, mit jüngſt ermeldten Grafen Johannſen Söhnen, im Beyſeyn und auf Interpoſition guter Freunde tranſigirt, ſich gänzlich verglichen, aller Anſprach auf die Herrſchaft Lar, deren Schlöſſern, Städten, Dörfern ꝛc. für ſich und ihre Nachkommen, aufs bündigſte renunciirt, darneben auch berührte Transaction und Renuntiation, mit einem löblichen zu Gott und den Heiligen geſchworenen Eid beſtättiget, weder denen auf einige Art und Weiſe zuwider zu handlen verſprochen, mit Zuthun, daß unter die Herrſchaft Lar die fünf Dörfer zweyter Klage begriffen, Lar und Malberg allzeit für einerley Herrſchaft gehalten worden, und daß deren Beſitzer ſich allein von Lar und nicht Malberg geſchrieben, ſammt angehefteter Bitte, ſie aus obigen gründlichen Urſachen von angeſtellter Klage zu abſolviren und frey zu ſprechen.

Dieſemnach haben Parthenen in Materiam Reſponſionum ad Articulos, Acceptationum der gerichtlichen Geſtändniſſen, admittendorum additionalium und dergleichen zufälligen Puncten, mehrmalen ad Duplicas, in Cauſa ſprati aber, bis die alſo genannte Octuplicas incluſive, faſt weitläufig und mit vielfältigen verdrießlichen Erwiederungen gehandelt

und

und diſputirt: damit aber beyderſeits Gründe und Gerechtſame deſto klärer und deutlicher begriffen werden mögen, wird faſt nöthig ſeyn, ſelbige verſchiedentlich zu examiniren und gründlich zu erwegen.

So viel dann der Klägern erſte Klag oder Action belangen thut, beſtehet deroſelben Fundament oder Grundveſte ihres Fürhabens hauptſächlich in Erweiſung, daß Mahlburg ſammt Zugehör, dann die acht ſpecificirten Dörfer der von Geroltzeck alt Mann- und Stammlehen ſeyen.

Zu welchem Ende Kläger erſtlich wiederholen der Beklagten auf ihr übergebene poſitionales gegebene gerichtliche Antwort und Geſtändniß des Innhalts ꝛc. daß die Burg Mahlberg ſammt deren Zugehör und beſtimmte acht Dörfer einem Römiſchen Kaiſer und heiligen Reich, Jure directi Dominii von undenklichen Jahren angehörig und zuſtändig geweſen, und noch ſeyen. Mit Zuthun, daß Walther von Geroltzeck, der erſte dieſes Namens (davon in actis Meldung) Mahlberg und was darzu gehöret, item was gegen dem Rhein liegt, es ſeye das Rieth oder ſonſten darunter die acht Dörfer zu verſtehen, beſeſſen und inngehabt, wie ſolches aus einem Theilungsbrief de Anno 1277. ſub Num. Cam. 30. kraft deſſen berührte Güther, neben andern Herrn Heinrich und Walthero II. von Geroltzeck, zu gefahlen beweißlich. Dieweil dann jetztgedachter Walther der erſte communis omnium ſtipes die Güther erſter Klage beſeſſen und genutzet, dieſe aber Beklagten Geſtändniß nach Jure directi Dominii von undenklichen Jahren dem Reiche zuſtändig, als gebe der Schluß von ſelbſten, daß ſie deren von Geroltzeck alt Mann- und Stammlehen ſeyen.

Zweytens erhelle deſſen Wahrheit noch deutlicher aus einem Lehenbrief Pfalzgraf Ludwigen

als Vicarien des Reichs (zu Zeiten, da deſſelben Herr Vater, König Ruprecht, über die Berge verreiſet geweſen) im Jahr 1401. ertheilet, darinn Er Heinrichen von Geroltzeck Herrn zu Lar, mit der Burg Mahlberg, das Dorf Kippingen und den Rietgang in der Mortenauter (darunter die andern Dörfer begriffen ſeyn ſollen) gelegen, in aller der Maſſe belehnet, wie die Formalia lauten) als dieſelben Lehen an Ihn von ſeinen Fürfahren und Elteren redlichen kommen ſeynd. Mit der ferneren Anzeige, daß, weilen dieſer Henrich von Lar, des communis Stipitis Waltheri primi Enkel geweſen, dannenhero kraft der Wörter Fürfahren und Elteren ohnwiedertreiblich erfolge, daß communis Stipes Walther der Erſte ſelbige Güther ſchon als Lehen innen gehabt und beſeſſen, und alſo deren von Geroltzeck alt Mann- und Stammlehen ſeyen.

Drittens werde dieſes ferners beſtättigt mit einem Lehenbrief von Kaiſer Heinrich dem Siebenden de Anno 1312. auf Walthern von Geroltzeck den Jüngern oder Dritten des Waltheri II. Sohn ſprechend, deſſen Abſchrift zwar nicht producirt, die Clauſula concernens aber beklagten Theils um ein feudum haereditarium daraus zu erzwingen, anfangs in Octuplicis mit dieſen formalibus angeführt wird. Nobilis Vir Waltherus de Geroltzeck junior, fidelis noſter dilectus nobis expoſuit humiliter ſupplicando, quatenus cum Nobilis Vir Waltherus de Geroltzeck, Advocatus noſter provincialis, Pater ſuus Caſtrum Mahlberg ſitum in der Mortenaw cum omnibus ſuis pertinentiis, quod idem Waltherus et Praedeceſſores ſui a Nobis et Anteceſſoribus noſtris in feudum tenebant, et ſuis manibus reſignarit, ipſum ſibi eodem modo in feudum concedere dignaremur.

Dar-

Darzu kommen viertens die praeſumptio Juris, quod feudum de cujus Principio ſeu primo acquirente non conſtat, in dubio potius praeſumatur vetus ſeu antequam quam novum pervulgata.

Denen auch zum fünften die folgende Belehnungen mit mehreren beypflichten, als in Specie vom Kaiſer Sigismundo de Anno 1432. darinn Diebold von Geroltzeck der Kläger Proavus, ſammt ſeinen Brüdern mit der Burg Mahlberg und Zugehör, dann auch die acht Dörfer, wie die an ſie von den Edelen Heinrichen von Geroltzeck, Herrn zu Lar ſeligen, kommen und gefallen ſeynd ꝛc. belehnet worden.

Item noch ein Lehenbrief von Kaiſer Carolo V. de Anno 1523. auf Gangolf den ältern und Sie beyde Kläger gerichtet, kraft deſſen Vater und Söhne mit denen Gemeindörfern bey der Klage ſammt Mahlberg, wie daß ihre forderen Herren zu Geroltzeck von Alters her gehabt haben, belehnet worden. Darinn ferners merkwürdig enthalten, daß aus etlichen verhinderlichen Urſachen, inſonderheit, daß die Geroltzeckiſche ihro alten Lehenbriefs in der Eroberung des Schloſſes Geroltzeck etliche Jahr lang privirt geweſen, Mahlberg ſammt Zugehör und denen Dörfern erſter und anderer Klage, nur zum Theil und nit gar zu Lehen empfangen, und bishero getragen worden ſeynd.

Ebener Geſtalt und faſt mit denſelben formalibus ſeynd nach Abſterben Gangolffen des ältern, deſſen beyde Söhne Gangolff und Walther von Carolo V. im Jahr 1530. mit jetzt erwehnten Güthern beyder Klagen belehnet. Wider angeführten Beweißthum, und deſſen erſten Punkt in ſpecie excipiendo ſagen Beklagte, daß zwar die Güther erſter Klage nunmehr von langer Zeit des Reichs Eigenthum,

und folgends qualitate feudali afficirt geweſen, geſtehen aber nicht, daß Walther der Erſte ſelbige als Lehen, ſondern als ſein Eigenthum beſeſſen, und wollen, daß Herr Heinrich von Lar des Waltheri I. Nepos, ſelbige erſt dem Kaiſer als Lehen aufgetragen habe, wiewohl nun dieſes letztere in den Actis mit keinem Schein der Wahrheit beygebracht, dannenhero an Seiten der Kläger darauf geantwortet wird, quod nemo praeſumatur ſuum jactare ac Allodium in feudum convertere, et ſe ſuosque Haeredes tanto onere et incommodo gravare voluiſſe, ſonſten auch ein widriges aus anderen der Kläger Documentis zu ſchlieſſen: So bemühen ſich dannoch Beklagte zu beweiſen, daß dieſe Güther tempore Waltheri I. nicht Lehen, ſondern Eigenthum geweſen, weilen 1) in angezogener Erbtheilung de Anno 1277. enthalten, daß Heinrich und Walther von Geroltzeck mit Henrichen Grafen von Veldentz die vom Walther angeerbte Leute und Guth getheilet haben, dannenhero erfolglich, daß die darinnen benannte, darunter auch die controvertirte Güther begriffen, derſelben Qualität, nemlich Erbgüther müßten geweſen seyn.

Zumahlen auch 2) Henrich von Veldentz als ein Extraneus ſeu extra familiam Geroltzeck, und vermuthlich des Waltheri I. privignus, Stief-oder angebrachter Sohn, daran Theil gehabt, welches nicht hätte geſchehen können, woſern berührte Güther Lehen geweſen wären. Es erwiedern aber hierauf die Kläger, daß gedachter Henrich von Veldentz kein Extraneus oder Stief-Sohn des Waltheri I., ſondern deſſen rechter ehelicher Sohn und alſo des Henrici und Waltheri II. von Geroltzeck (in beſagter Erbtheilung de Anno 1277. benannt) Germanus vel Conſanguineus frater, wie nit weniger ihr der Kläger Abavus geweſen ſeye, immaſſen ſie alle drey

darinn

darinn Brüder genannt werden, und ſonſten Heinrich von Veldentz, woſern er nicht des Waltheri I. ehelicher natürlicher Sohn geweſen, an deſſen Verlaſſen- und Erbſchaft ab inteſtato, wie geſchehen, kein Theil haben, weder in beſagter Diviſion mitkommen können, dabey fügend, daß, weilen ihrer zwey Brüder ein und denſelben Nahmen Heinrich geführet, dahero ad diſtinctionem der eine von Veldentz, der andre von Geroltzeck ſich geſchrieben, und könne im übrigen wohl ſeyn, daß Henrich von Veldentz a Walthero I. bey Agneſen, Gräfin von Veldentz, und die andere beyden Söhne, bey einer anderen Frauen gezielet ſeyen. So viel aber die Wörter oft ermeldter Theilung de Anno 1277. anererbten Leut und Guth anreiche, darauf erſtatten Kläger dieſen Bericht, daß die drey Brüder damalen ihre ſowohl Lehen als eigenthümliche in beſagter Erbtheilung ſpecificirten Güther unter ſich getheilt, ziele alſo das Wörtlein angeerbte auf beyderley, ganz ohne aber, daß daraus erzwungen werden könne, daß Mahlberg cum annexis auch eigenthümlicher Qualität damalen geweſen, anerwogen ſolchenfalls daraus folgen müßte, daß auch andere darinn benannte Stück ſo kenntliche Lehen ſeyn, Eigenthum wäre.

Drittens um die eigenthümliche Qualität in beyden Klagen ſpecificirter Güther zu erweiſen, beziehen ſich Beklagte auf eine alte Ceſſion oder Transport des Waltheri II. et conjugis Suſannae von Verdt de Anno 1311. Kraft deren ſie ihren Enkelen ex Walthero III., ſo weib- als männlichen Geſchlechts, ohne Unterſchied Lar und Mahlberg übergeben.

Dann viertens ein Kaufbrief de Anno 1357. darinn Johann von Geroltzeck, ſammt ſeiner Schweſter Kunigunda Henrichen von Geroltzeck Frau Adel-

Adelheiden Vater ihren Antheil und Recht, ſo ſie an der Stadt und Burg Mahlberg gehabt, und was darzu gehöret, gleichwie ſie von ihrer Mutter ſeel. es ererbet, und damit begütert geweſen, verkaufen und übertragen ꝛc. darab ſchlieſſend, daß denen Geſchichten zufolg, beyder Klagen Güther, indem auch die Weibsperſonen deren fähig geweſen, und ſelbige ohne einzigen Conſens oder Bewilligung veralienirt und verhandelt worden, in allen Zeiten für allodial oder eigenthümlich gehalten, und erſt bey Regierung der Römiſchen Königen Ruprecht und Sigismund, von welchen die älteſte Belehnungen herkommen, ſolche Qualität verwandelt, und die Güter bey Lebenszeiten Henrichen von Geroltzeck, der Kläger Collateral-Agnaten erſt zu Lehen geworden, daß alſo die Kläger ganz keine Anſprüche daran haben können; ſolches nun zu hintertreiben, ſagen Kläger, daß dieſe vermeinte Ceſſiones et Venditiones Bonorum feudalium de qua qualitate ex aliis publicis Documentis conſtat, ipſo Jure null und nichtig, dann ferners als res inter alios acta, zu conſideriren ſtehe, und alſo von keiner Kraft oder Würkung ſeyen, weder ihnen zu einigem Nachtheil gereichen können. Es ſetzen zwar Beklagte noch zum fünften hinzu, quod quaelibet res in dubio praeſumatur libera et potius allodium quam feudum, usquedum contrarium probetur: Dieſe praeſumptio Juris aber werde erſtlich durch ihre eigene Bekänntniß, quod Jure directi Dominii Bona ſint Imperii, zum andern per adducta Documenta publica, dann auch drittens per fortiorem praeſumtionem quod ſcilicet Comitatus et Baronatus in Romano - Germanico Imperio potius feudales quam allodiales eſſe credantur, elidiret, und alſo dieſe der Beklagten Exception wider der Kläger erſt angezogene Beweißthum replicando zernichtet.

Pfalz-

Pfalzgrafs Ludwigen als Vicarien des Reichs an Henrichen von Geroltzeck Herrn zu Lar Anno 1401. ertheilten Lehenbrief betreffend, wollen Beklagte zwar dafür halten, daß die Wörter: als dieſelben Lehen an ihn von ſeinen Vorfahren und Eltern redlichen kommen ſeyn, nur narrative forſan ad Relationem Henrici de Lar inveſtituram petentis, allda wiederholet, und alſo keinen rechtlichen oder genugſamen Beweißthum, quod feudum ſit vetus, mit ſich führen, oder daß aufs wenigſte aus den vorigen Ceſſionibus et alienationibus ſo viel zu erſehen, daß es pro feudo foeminineo vel mere haereditario zu halten.

Klagenden Theils aber wird dieſen beyden Exceptionibus widerſprochen, und darauf replicirt, daß nemlich die formalia der jüngeren Belehnungen gemeinlich aus den vorhergehenden und älteren gezogen, und alſo ſelbige nicht pro nudis Narratis in Negotio hoc antiquo zu halten ſeyen. Dann weiters, quod feuda in dubio potius praeſumantur propria ſeu regularia, quam impropria ſeu irregularia, v. g. foeminea vel haereditaria, usque dum contrarium liquide probetur, dazu die angezogene richtige Ceſſiones et alienationes ohnkräftig, als wären auch rechtlicher Muthmaſſung nach die quäſtionirten Güther für recht alt Mann- und Stammlehen zu achten, wiewohl auch Beklagte etlicher Rechtsgelehrten Meinung nach der Kläger viertem Argumentum, quod feudum in dubio praeſumatur vetus ſeu antiquum, dahin beſchränken wollen, daß ſolches allein ſtatt habe, quando afferens feudum eſſe antiquum, eſt in ejus poſſeſſione, und daß bey Ermanglung dieſes requiſiti berührtes axioma den Klägern in keinerley Weiſe fürträglich ſeye: da gleichwohl de primo acquirente allhie keine Nachricht, die herbey gebrachte Lehenbrieſe nichts davon melden, ſondern vielmehr deutlich daraus zu ſchließen, daß Mahlberg cum

 perti-

pertinentiis und acht Dörfern a Walthero I. utpote communi ſtipite, als ein Lehen beſeſſen, und alſo nach Abſterben Heinrichen von Lar, ohne Hinterlaſſung männlicher Lehenserben Innhalts Kaiſers Sigismundi im Jahr 1432. an Dieboltem von Geroltzeck der Kläger Großvatern ertheilten Lehenbriefs, auf ihn gefallen, auch ferners durch Kaiſer Karl des Fünften zween Belehnungen, der Kläger Vatern, und ihnen Klägern ſelbſten ſolche Lehen beſtättiget. Als bleibt ihr der Kläger Grundſeſt oder fundamentum Actionis, beklagten Theil dawider eingewandter Special-Exceptionum ohngehindert, billig in ſeinen Würden und vollkommenen Kräften.

Die zweyte Klag und darinn beſtimmte fünf Dörfer anreichend, ſetzen Kläger zu Bewährung ihrer Intention, zwey Fundamenta und Grundveſte, deren erſtes dem vorigen gleich, daß nemlich berührte fünf Dörfer ihr alt Mann- und Stammlehen ſeyen, auch in ſolcher Qualität bey ihren Vorfahren ohnzertheilt genutzet und beſeſſen. Dann zweytens, daß die Grafen von Mörß und Sarwerden, erſt im Jahr 1455. von Dieboltem von Geroltzeck, der Kläger Großvatern, in Gemeinſchaft benannter fünf Dörfer, mit Bewilligung Kaiſerl. Majeſtät auf und angenommen, und alſo nachdem das Haus ausgeſtorben, nunmehr deren Halbſcheid duplici Jure auf die Kläger gefallen, und gekommen ſey.

Bringen zu Beſtärkung benannter Grundveſten erſtlich ein Lehenbrief vom Römiſchen König Wentzlaw de Anno 1384. kraft deſſen Walther von Geroltzeck, der Kläger proavus, mit den Dörfern Frieſenheim, Oberwyler, Schöpfen, Zueßwyler und Schetterwald, in aller der Maſſe als die ſeine Eltern recht und redlich auf ihn hergebracht haben (wie deſſen wörtlicher Context lautet) belehnet worden, daraus

ſchlieſ-

ſchließend, daß es ihr alt Mann- und Stammlehen ſeye.

Dann zweytens der Grafen von Mörß Auf- und Annehmung in die Gemeinſchaft der fünf Dörfer zweyter Klage darzuthun, produciren zwey Lehenbrief vom Kaiſer Friederichen de Annis 1455. et 1471. des Innhalts: daß Ihro Majeſtät auf Anhalten und Begehren Diebolten von Geroltzeck ſo der Kläger Avus geweſen, die Dörfer Frieſenheim, Obernwyler, Oberſchöpfen, ſammt denen Wildbännen in der Herrſchaft Geroltzeck, mit allen ihren Rechten und Zugehörungen, wie ſie von Ihro Majeſtät und dem Reich zu Lehen rühren, und erblich auf ihn Diebolten gekommen und gefallen ſeyn, in Gemeinſchaft zu dem Edlen Graf Jacoben von Mörß, als ein Reichslehen verleihen, und reichen, um ſelbige deren Lehenrechten und Herkommen gemäß in Gemeinſchaft mit einander zu genießen und zu gebrauchen.

Daneben auch drittens, ein Lehenbrief vom Kaiſer Maximilian de Anno 1500. auf Gangolfen von Geroltzeck, der Kläger Vatern gerichtet, darinn Ihm die gemeinen Dörfer Frieſenheim, Ottenheim, Heiligenzell und Schöpfen mit allen ihren Zugehörungen, ſo von Ihro Majeſtät und dem heiligen Reich zu Lehen rühren, und von des Gangolfen Vorfahren, Herrn zu Geroltzeck, an ihn erblichen kommen und gefallen, lehensweiſe zu nützen und zu genieſen übergeben worden, dabey auch abſonderlich zu beobachten, daß in dieſen letzt angezogenen vier Lehenbriefen, zwar nicht alle fünf Dörfer zweyter Klage, ſondern nur drey oder vier davon ſpecificirt und benannt ſtehen, jedoch die andern darunter begriffen, als welche der benannten Dörfer Schultheiſſen unterworfen, und unter deren Stab gehörig ſeyn, und derhalben nicht abſonderlich geſetzet, ſondern unter dem

Wort, der Lehenbrief mit allen ihren Zugehörungen, verſtanden werden müſſen. Gleichwie zum vierten, berührte fünf Dörfer in denen bey erſter Klage angezogenen zween Lehenbriefen Caroli V. de Annis 1523. 1530. auf Gangolf den ältern der Kläger Vatern, und ſich beyde Kläger ſelbſten ſprechend, eigentlich und ſpecifice benannt werden, mit Beyfügung, daß der Herr von Geroltzeck und Vorfahren ſelbige alſo beſeſſen und genoſſen.

Und daß oft ermeldte fünf Dörfer alſo in Gemeinſchaft von denen von Lar und Geroltzeck genutzet und gebrauchet, ſolches beweiſen mit einem Vertragsbrief de Anno 1455. zwiſchen Marggrafen Carolen von Baden und Graf Jacoben von Mörß an einem, und Diebolten von Geroltzeck am andern Theil aufgerichtet, darinnen eigentlich beſchrieben und enthalten, welcher Geſtalt Irrung und Speen zu vermeiden, die gemeine Dörfer in Gemeinſchaft zwiſchen Lar und Geroltzeck ſollen genoſſen werden, jedoch, mit Ausſchlieſſung derjenigen Aecker, Höfen &c. ſo ein jedweder abſonderlich und auſſerhalb jetzt berührter Gemeinſchaft darinn hat und beſitzet, zu welchem Ende auch weiters beygelegt wird ein Reversbrief von Marggrafen Chriſtophen von Baden de Anno 1481. kraft deſſen Marggraf Chriſtoph ſich verbunden, die Halbe der ſpecificirten fünf Dörfer, ſo er Diebolten von Geroltzeck cum pacto de retrovendendo abgekaufet, ihm gegen Erlegung des Kaufſchillings wieder abzutretten und einzuräumen.

Und ferners eine Renuntiation, oder Verziegsbrief Gangolfen von Geroltzeck de Anno 1502. kraft deſſen er dem pacto de retrovendendo, vel Juri reluendi gegen Erlegung 2195 Rheiniſcher Gulden, für ſich und ſeine Erben renunciiren thut, dabey verſprechend innerhalb Jahrszeit, Ihro Kaiſerl. Majeſtät den verkauf-

verkauften halben Theil der fünf Dörfer aufzugeben, und gehorſamſt zu erſuchen, den Marggrafen von Baden damit zu belehnen, dann weiters ſich zur Wehrſchaft verbinden.

Item daß er die Unterthanen berührter Dörfer, die Erbhuldigung dem Hauſe Baden zu leiſten anhalten, letztlich auch, weilen des Gangolfs beede Söhne noch minorennes, Confirmationem hujus renuntiationis bey dem Landgericht zu Rottweil oder einem andern verſchaffen wolle.

Dieſen der Kläger Beweißthumen widerſprechen Beklagte folgendergeſtalt, daß nemlich die primo loco angeführte Belehnung vom König Wenzlaw de Anno 1384. den Klägern nicht fürträglich, zumahlen Herr Walther, welcher darinn belehnet, nicht der Kläger proavus, weder ex Linea Veldentia, ſondern deſſen patruelis und collateralis ſeye. Nemlich Herr Walther, welcher die Eliſabeth von Lichtenberg zum Gemahl gehabt, und Herrn Heinrich von Lar Bruder geweſen.

Darauf aber wird klagenden Theils replicirt, daß der eingewandten Exception Ohnerheblichkeit genugſam zu erſehen, wann man nur die Zeiten, da dieſe beyde Walther gelebet, anſehen thue, da ſich dann befinden werde, daß des Waltheri ihres Proavi Lebenszeit eigentlich, aber des Waltheri III. keineswegs mit dieſer Belehnung übereinkomme.

Dem auch noch weiters beypflichte, was ihres Theils pro ſecundo angeführt worden, daß dieſes Waltheri Sohn Herr Diebolt, dieſe Güther beſeſſen, und die Grafen von Mörß im Jahr 1455. und 1471. in Gemeinſchaft berührter Dörfer auf- und angenommen; dahero zu vermuthen, daß ſelbige von ſeinem Vater auf ihn gekommen, und dieſer vom König Wentzlaw damit inveſtirt geweſen.

Jetzt erwehnte Annehmung de A. 1455. et 1471. zur Gemeinſchaft in die fünf Dörfer anreichend, ſagen Beklagte, daß es res inter alios acta, derhalben ſie nicht angehe, oder ſonſten, daß die Contenta des Lehenbriefs etwa aus des Diebolten von Geroltzeck irrigen und einſeitigen Narratis genommen, Ihnen den Beklagten, an ihrem von langen Jahren her wohlhergebrachten Beſitz, und Recht beſagter Dörfer ganz ohnnachtheilig. Führen zu deſſen Beſtärkung an, daß 1) Ottenheim eines von den fünf Dörfern laut der Grundtheilung de Anno 1277. Henrichen von Veldenz zur Halbe die ander Halbſcheid aber Henrichen von Walther von Geroltzeck, welcher letzte der Beklagtinn Abavus geweſen, zugefallen, und alſo faſt zweyhundert Jahren vor der prätendirten Aufnehmung in die Gemeinſchaft in ihrer abſteigenden Linien genutzet und genoſſen, ebener Geſtalt werde zwar auch in beſagter Aufnahm in die Gemeinſchaft der Wildbänn in die Herrſchaft Geroltzeck gedacht, da gleichwohl aus oft angezogener Theilung vom Jahr 1277. kundig, daß ſelbige damahlen unter die drey Brüder insgemein geblieben, daß alſo den Beklagten zu Nachtheil kein feſter Schluß daraus genommen werden können, bevorab da in den Belehnungen Kaiſer Friederichen nur drey Dörfer, als Frieſenheim, Oberwyler und Oberſchöpfen benannt, Ottenheim und Heiligenzell aber mit keinem Wort bezeichnet werden, dann zu mehrer Bewährung, daß die Dörfer zweyter Klage ſchon längſt vor der vermeinten Aufnahme zur Gemeinſchaft bey Beklagtinn Vorfahren beſeſſen und genutzet ſeyn, beziehen ſich auch auf einen compromißlichen Ausſpruch de Anno 1403. zwiſchen Walthern und Henrichen von Geroltzeck, nach deſſen Innhalt, Henrich, von welchem Beklagte herſtammen, das Gerichte in Frieſenheim, Oberwyler, Schöpfen und Heiligenzell zu beſtellen angeſetzt worden.

worden. So erhelle auch weiters aus einem bereits vorhin angezogenen zwiſchen Marggrafen Carl von Baden, und Graf Johann Jacoben von Mörß an einem, und Diebolten von Gerolzeck am andern Theil gemachten Vergleich oder Transaction, Anno 1455. in feſto Corporis Domini datirt, daß die Dörfer Frieſenheim, Oberwyler, Heiligenzell, Oberſchöpfheim, Ottenheim ꝛc. damalen ſchon zwiſchen beyden Theilen gemein geweſen, nun ſeye aber die vermeinte Aufnahm zur Gemeinſchaft zwar eodem anno, aber in feſto Bartholomaei datirt, und alſo ſpäter erfolget, darab dann deutlich zu erſehen, daß Beklagter ſchon undenkliche Jahren vorher berührte Dörfer zweyter Klage inngehabt und beſeſſen. Und da ſchon dieſem allem nicht alſo, dieweilen gleichwohl die Kläger wie kenntlich, ihren Antheil der fünf Dörfer an das Haus Baden veräuſſert und verkauft, als hätten ſie nunmehr ſich des Juris accreſcendi nicht zu erfreuen, quod portio accreſcit portioni, ubi vero nihil manſit, non habet Jus accreſcendi, ubi pedem figat. Dieweilen auch dieſe Veräuſſerung ohne Willen und Vorwiſſen der Beklagten geſchehen, ſeye daraus abzunehmen, daß ein jedweder ſeinen Theil pro diviſo beſeſſen, und davon nacher Wohlgefallen zu diſponiren berechtiget ſeye, dann ſonſten Kläger ihren Antheil zu verkaufen, nicht bemächtiget geweſen, daß alſo weder Gemeinſchaft, oder alſo genannte ſimultanea inveſtiturae dießfalls befindlich. Zu geſchweigen, daß Beklagte berührte fünf Dörfer länger als hundert Jahre zur Halbſcheid beſeſſen, und alſo contra quoscunque legitime präſcribirt, daneben haben Beklagte von den leztabgeſtorbenen Grafen Johann Jacoben von Mörß nur die fünf Dörfer Jure accreſcendi bekommen, und weilen Kläger deſſen Antheil allein prätendiren, jezo aber den halben Theil fordern, ſic eos re plus petere, und ſeyen derhalben

 mit

mit ihrer Anſprach abzuweiſen. Dann ſo viel die übrigen Theil betreffen thut, habe Graf Johann Ludwig von Naſſau einen achten Theil von ſeinem Schwähervater Graf Jacoben von Mörß bekommen, und ſeye damit vom Kaiſer Maximiliano im Jahr 1544. beſämmtlich mit ihm belehnet worden, den noch übrigen vierten Theil aber, haben die zeitliche Grafen von Mörß an das Haus Baden übertragen, und gehe die Beklagte ſolches nicht an, ganz ohne aber, daß ſie deſſenthalben ſollten können beſprochen werden.

Hierauf zu repliciren beharren die Kläger darauf, daß ihr Proavus Walther von Gerolzeck, die fünf Dörfer ganz und ohnzertheilt beſeſſen, und daß deren Halbe erſt bey Zeiten ihres Großvatern Diebolten den Beklagten gemeinſchaftlich geworden, zumalen Herr Walther ſimpliciter und ohne Meldung der Gemeinſchaft, wie in folgenden Inveſtituren beſchehen, damit belehnet; wann auch gleich Kläger ihren Antheil der fünf Dörfer denen Marggrafen von Baden mit Bewilligung der Ratification Kaiſerl. Majeſtät verkaufet, hindere ſolches keinesweges, daß nicht die durch Ausſterben des Hauſes Mörß erloſchene Gemeinſchaft und erledigte andere Halbe der fünf Dörfer dem Hauß Gerolzeck anheim falle: zumahlen bekannten Rechtens, daß, wann ein Lehenträger ſeinen Theil mit Vorwiſſen und Gutheiſen des Lehenherrn alienirt, er damit keineswegs auf andere ihm hernachmals zufallende Theile verziehen thue, ſondern deren Erben ſowohl als fürhin fähig bleiben.

Die eingerückte Präſcription ſeye allhie ganz ohnſtatthaft, in Erwegung aus vorigem erhelle, daß die contravertirte Halbe, der Kläger alt-Mann und Stammlehen, und die Grafen von Mörß in die Gemeinſchaft aufgenommen worden ſeyen, und bishero

ſelbige

ſelbige hoc Titulo ac qualitate beſeſſen, daß alſo die Verjährungszeit, dafern ſelbige allhie ſonſten Platz finden thäte, erſt nach tödtlichem Hintritt Graf Johann Jacoben des letztern vom Stammen Mörß abzurechnen, und alſo bis auf gegenwärtige Rechtsfertigung nur etwa fünf Jahre ſich befinden.

Weiters der Beklagten in forma Defenſionalium eingewandte Exceptiones univerſales anreichend, ſagen Kläger, obwohl Kaiſer Sigismund im Jahr 1414. Herrn Henrichen von Lar aus Römiſcher Königlicher Macht dergeſtalt mit Mahlberg und die acht Dörfer, ſo von Ihro Majeſtät und dem heiligen Römiſchen Reich zu Lehen rühren, belehnet, dafern er ohne eheliche Leibslehens-Erben abgienge, daß alsdann ſeine Töchter berührte Lehen halten, und haben ſollten, cum onere praeſtandi ſervitii per marem, ſo ſeye ſolches alles ihrem habenden Rechte ganz ohnnachtheilig, zumahlen denen Umſtänden nach, ſolche Belehnungen per ſub- et obreptionem erhalten, und Ihro Kaiſerl. Majeſtät nicht gewußt, daß berührte Güther der von Geroltzeck alt Mann- und Stammlehen ſeyen, dann nicht zu vermuthen, daß höchſtgedacht Ihro Kaiſerliche Majeſtät denen von Geroltzeck ohne Urſach ihr Recht benehmen, und mit höchſter Injuſtiz ihnen zu Nachtheil dieſelbe auf andere transferiren wollen, bevorab da in berührter Inveſtitur ausdrücklich verſehen und enthalten, daß ſolches geſchehe dem Reich und Jedermann an ſeinem Rechte ohnſchädlich, darab Ihro Kaiſerl. Majeſtät gnädigſte Intention genungſam zu ermeſſen, und den Klägern an ihrem Recht nicht das geringſte damit benommen. In mehrer Erwegung da gleich Ihro Kaiſerl. Majeſtät Intention anderſt geweſen, wären ſie dennoch in Rechten nicht befuget oder bemächtiget, ohne Gutheiſſen und Willen der intereſſirten Agnaten ihnen zu Nachtheil ein Mannslehen in ein weibliches zu verändern,

ändern, oder die Töchter ſolchenfalls zum Mannlehen zu habilitiren, wie die Beklagte mit Ungrund desfalls zu behaupten ihnen vorgeblich unterſtehen, und damit klärlich bekennen, daß Mahlberg ein alt Mann fürhin geweſen. Dieweilen dann jezt erwehnte Kaiſerl. Belehn: oder Begnädigungen ihnen den Klägern an ihrem Rechte ganz ohnabbrüchig, einfolglich zerfalle der Beklagten zweytes Fundament aus viel kräftigern und beſtändigern Urſachen, ſintemal auſſer allem Zweifel, daß ein Lehen: Mann nicht befugt, ſeiner Tochter in der Eheberedung, ein Mannlehen ohne Bewilligung der Agnaten in dotem zu geben, und auf dero Deſcendenten zu transferiren, wie ſolches von Henrichen von Geroltzeck und Lar im Jahr 1419. ganz nichtiglich geſchehen. Ohnerachtet auch Kaiſer Sigismund im Jahr 1426. Graf Hannſen von Mörß den Erſten mit allem dem, ſo ihm von ſeinem Schwiegervater Hennrichen von Geroltzeck und Lar nach Ausweiſung der Briefe verſchrieben geweſen, zum rechten Mannlehen belehnet, ſo befinden ſich bey dieſer Belehnung eben die vorangezogene Mängel, daß nemlich ſolches alles ohne Vorwiſſen, und zuſtimmende Agnaten geſchehen, und die Clauſula ſalvo jure tertii darinn enthalten.

Wodurch auch gleichfalls die folgende Belehnungen als nemlich Kaiſers Maximiliani de Anno 1495. auf Graf Johannſen von Mörß Beklagtinn Vatern, und noch eine andere höchſtgemeldter Kaiſerl. Majeſtät de Anno 1510. auf Graf Jacoben von Mörß ſprechend, zernichtiget werden, ferners habe beklagter Graf Johann Ludwig von Naſſau, nachdem Graf Johann von Mörß ohne männliche Leibserben mit Tod abgangen, und auf Graf Jacoben von Mörß die Lehen gefallen, in Anſehung ſeiner dem Reich geleiſteten Dienſte, und weilen er Graf Johannſen Tochter zur ehelichen Gemahl genommen,

dafern

dafern Graf Jacob ohne männliche Lehenserben abgehen würde, die Anwartung im Jahr 1508. vom Kaiſer Maximiliano ſub Clauſula caſſatoria aliarum exſpectativarum erhalten, wie nicht weniger jetzt gedachter Graf Jacob im Jahr 1514. beklagten Grafen Johann Ludwigen von Naſſau in die Gemeinſchaft aufgenommen, und dieſelbe von Ihro Kaiſerl. Majeſtät aus ſonderbahren Gnaden wiſſentlich beſtätiget worden. Es wäre aber bey ſolchem allem, wie vorgemeldt, keine Bewilligung der Agnaten zu finden, und die Belehnung mit Vorbehalt jedes männiglichen Rechtens und Gerechtigkeit geſchehen.

Zudem haben im Jahr 1513. Graf Jacob von Mörß ſammt Graf Johann Ludwigen von Naſſau an einem, und Anna gebohrne von Berge Gräfin zu Sarwerden Witwe, am andern Theil, einen gewiſſen Vertrag, oder Transaction mit einander aufgerichtet, darinn unter andern enthalten, daß Graf Jacob in Anſehung der ſondern Neigung und Freundſchaft, ſo er zu ſeiner Nichte Frau Catharinen trägt, deren Ehegemahl Graf Johann Ludwig von Naſſau, in die Gemeinſchaft der Lehen, welche vom heiligen Römiſchen Reich herkommen, auf nachfolgende Maaß und Ziel geſetzt und kommen laſſen, daß ſo lang Mannserben von Sarwerden fürhanden, denſelben zu ewigen Tagen an ſolchen Lehen kein Abbruch geſchehen ſolle, bey Ermanglung deren aber, daß alsdann die Töchter von Graf Jacoben von Sarwerden, auch Söhne und Töchter von Naſſau die Lehen in Gemeinſchaft, jede zum halben Theil haben und tragen mögen.

Welcher Vertrag zwar in folgendem 1514. Jahr vom Kaiſer Maximiliano, und abermahlen im 1521. Jahr vom Kaiſer Carolo V. dahin beſtätiget und confirmirt worden, daß ſelbige Lehen auf benannter

Töchter

Töchter eheliche männliche Leibserben kommen und fallen ſollen.

Indem aber Ihro Majeſtäten nur ſo weit, als Sie von Rechts, oder Gnaden wegen dazu befuget, und männiglich an ſeinem Rechten unſchädlich, denſelben Vertrag confirmiren, dann weiters es auch res inter alios acta, und ſolches alles ohnwiſſend der Geroltzeckiſchen geſchehen, als bleibe auch dieſe Confirmation ihnen an ihren Rechten ganz ohnnachtheilig, und ſeye aus allen dieſen beklagten Theils beygebrachten documentis mit mehrerem die Qualität eines alten Mann-Lehens, ſo viel Mahlberg, und die Güther erſter Klage angehet, deren allein in jetzt angezogenen Documentis Meldung geſchicht, zu vernehmen.

Die Verziehe oder Renunciationes betreffend, darauf die Beklagte ihre fürnehmſte Grundfeſt ſetzen, deren befinden ſich vier verſchiedentliche, und zwar erſtlich, hatte Jörg von Geroltzeck Thumherr der hohen Stift zu Straßburg der Primordialkläger Patruus magnus, am Sonntag nach St. Sixtentag im Jahr 1429. auf alle Anſprach und Forderung, ſo ſein Vater, er ſelbſten und ſeine Brüder, an Grafen Johann von Mörß, und an die Grafſchaft Mahlberg, und Herrſchaft Lar mit all ihren Zubehörungen zu haben vermeinet, weilen ſie kein Recht daran haben, noch haben mögen, ganz und gar für ſich und ſeine Erben und Nachkommen verziehen, und ſich begeben, auch ſolches ſtett und feſt zu halten, in guter Treu an Eydes ſtatt verſprochen.

Es antworten aber die Kläger hierauf, daß dieſe ihres Patrui magni Bekanntniß, welche aus einem irrigen Wahn geſchehen, dieweilen bereits dargethan, daß die controvertirte Güther der Kläger alt Mann- und Stammlehen ſeyen, ihnen keineswegs präjudiciren könne, viel weniger vermöge derſelbe

ihro

ihro weder ihrer Voreltern Recht und Gerechtigkeit zu vergeben, dann zum Ueberfluß ſey dieſer Jörg von Geroltzeck ein Thumherr zu Straßburg, und alſo ein Clericus, derhalben der Lehen nicht fähig geweſen, qui enim votum Religionis aſſumit, hoc ipſo feudum amittit, und dieweilen er kein Recht, oder Anſprach zum Lehen gehabt, bleibe deſſen Bekänntniß und vermeinter Verzieg ihnen den Klägern ohnnachtheilig. Auf jetzt erwehnte Weiſe, und faſt mit denſelben formalibus, und im ſelbigen Jahr auf St. Lorenzentag, haben zwar Henrich, Jörich, Conrad und Hanß Gebrüder von Geroltzeck und Herren zu Sulz, der Kläger proavi, fratres, patrueles, auf Mahlberg und Lar verziehen, und ſich ihres alſo genannten vermeinten Rechtes begeben, es könne aber deren Thun, theils aus bereits angezogenen, theils aus hierunten folgenden Urſachen, als res inter alias acta, und da die Kläger ihr Jus vel Cauſam nicht von dieſen, ſondern a primo acquirente haben, ihnen keinen Schaden oder Nachtheil verurſachen.

Zum dritten hat eben im ſelbigen 1429. Jahr am Sonntag vor St. Sixtentag Walther von Geroltzeck, der Kläger proavus, auf vorgangene Erklärung, daß er oder ſeine Söhne an Mahlberg und Lahr, ſammt deren Zubehör, kein Recht haben, aller Anſprach und Forderung für ſich, ſeine Erben und Nachkommen, deſſen wohl verſtändiget, gänzlich darauf verziehen, und deren ſich begeben, auch an Eides ſtatt dem nicht zuwider zu thun oder zu handlen, verſprochen, und zu deſſen Beſtärkung, wie imgleichen daß alles mit gutem Willen geſchehen, dem Herzog von Urslingen und Heinrich von Geroltzeck, Herrn zu Sulz, dieſen Verzieg zu verſiegeln erſuchet.

Dieſem zu begegnen beziehen ſich die Kläger auf eine freundliche Verbindniß, Graf Johannſen von

Mörß,

Mörß, Walthern von Geroltzeck, ſammt Jörig, und Hanß ſeine beyde Söhne, Remolten Herzogen von Urſelingen, Henrich Jörig, und Hanß Gebrüder von Geroltzeck, Herrn zu Sulz wider Diebolt, und Henrich von Geroltzeck Gebrüder, und des Walthers Söhne auf St. Laurentzenabend, im Jahr 1429. aufgerichtet, folgenden Innhalts, daß ſie 1. einander mit aller Macht, auch Briefen und Kundſchaften beyſtehen und helfen ſollten.

2. Kein Frieden machen, ehe und bevor den Befehdern allerſeits von dem Befehdeten, und abſonderlich dem Grafen von Mörß wegen ſolcher Anſprach und Forderung, ſo Diebolt und Heinrich von Geroltzeck, an die Herrſchaft Lar und Mahlberg meinen zu haben, ein vollkommenes und ſattſames Genüg geſchehen, und ſelbige Sach gänzlich abgethan ſeye.

3. Sollen Walther von Geroltzeck und ſeine beyde Söhne, als auch die vier Gebrüder von Sultz oben gemeldt, erwehnte Anſprach und Forderung auf Lar und Mahlberg zuvor abthun, und den Grafen von Mörß darüber ganz quittiren.

4. Die Schlöſſer, und andere Güther, welche ſie Diebolten und Henrich von Geroltzeck in dieſem Krieg abnehmen würden, ſollen nach deſſen Endſchaft nicht wiederum auf ſie fallen, beſonders Walthern und ſeinen beyden Söhnen Jörgen und Hanſen, und deren ehelichen Leibserben, ſalvo confoederatis aperturae jure verbleiben; da aber Walther und ſeine Söhne ohne eheliche Leibserben zu hinterlaſſen abgehen würden, den übrigen mitverbundenen heimfallen, und unter ſie getheilet werden, welche ſammt einigen anderen dabey gefügten Puncten, die Befehder ſtät und feſt zu halten, vermittelſt eines leiblichen zu Gott und den Heiligen geſchwornen Eides, angelobet, und ihr Sigill daran gehenket.

Aus

Aus dieſer friedlichen Verbindung Walthern von Geroltzeck und deſſen Helferen, wider ſeine Söhne, Diebolt und Heinrich zeigen Kläger an, daß oberwehnte Bekenntniß und Verzieg des Walthern aus deſſen bloſſen Haß und Neid, oder unzeitigen Eifer gegen jetzt benannte ſeine beyde Söhne, deren einer Namens Diebolt der Kläger Großvater geweſen, herflieſſen thue, ohne daß aus erwehnter feindlichen Verbindung, oder anderwerts, deſſen einige beſtändige Urſache zu finden, dabey fügend, welcher Geſtalt dieſe des Vatern Bekänntniß und Verzieg auf Mahlberg und Lar ſeinen Söhnen und Nachkommen, als welche ex pacto et providentia primi acquirentis ihr Recht haben, in keinerley Weiß ſchäd- oder hinderlich ſeyn könne.

Beſonders da dieſelbe eben damalen auf ihr Recht ſich berufen, und davon nicht abſtehen wollen, gleichwie ſolches allhie in der Geſchichte befindlich, dann in oft genannter friedlicher Verbindung enthalten, daß Diebold und Henrich Anſprach und Forderung auf Mahlberg und Lar gemacht, wie nicht weniger um deren ſich zu begeben, mit Gewalt und gewafneter Hand haben wollen gezwungen werden, und dann um willen des Walthers und Jörg von Geroltzeck Bekänntniſſen und Verziegen wenig Tag vor der feindlichen Verbindung der Gebrüder von Sulz, aber den folgenden Tag nach derſelben Zeit, als gleichſam zu ein und derſelbigen Zeit auch vor öffentlichem Frieden wider des Diebolten Willen geſchehen, als finde dero Wirkung, und Kraft allhie um ſo viel weniger Platz.

In mehrer Erwägung, daß berührte Renuntiationes ex falſa, et erronea renunciantium cauſa, daß nehmlich ſie, oder ihre Deſcendenten kein Recht daran hätten, deſſen Widerſpiel hiebevor erwieſen,

geſche-

geſchehen, und der Urſachen halben von keiner Würden ſeyn, cum Renunciationis cauſa reſtringat Renunciationem ipſam, nec errantis ullus ſit conſenſus. Da auch nit erweislich, daß dieſe Confeſſiones et Renunciationes in Gegenwart Grafen Johannſen von Mörß geſchehen, weder von ihm acceptirt worden, bleiben ſelbige ebenfalls ohnkräftig. Quod Renunciatio maxime extrajudicialis parte abſente, ac nemine pro nemine pro ea acceptante, non praejudicet confitenti, vel acceptanti. Zu geſchweigen da der Graf von Mörß, wie bereits erwieſen, fürhin kein Recht an Mahlberg und Lar gehabt, ihm der Urſachen halben, wie gleich die Renunciation ſonſten gültig und bündig, einig beſtändig Recht dadurch nicht habe zuwachſen können, ſi quidem per Renunciationem licet validam alteri non acquiratur actio vel jus ſi nullum ante habuit.

Die vierte und letzte Renuntiation iſt von Dieholten der Klägern Großvatern, und nach ſeines Bruders Henrichs Abſterben zugleich von ſeinen zwey übrigen Brüdern Jörg und Hannſen von Geroltzeck, mit Frau Adelheiten, Graf Hannſen von Mörß Wittib, als deſſen beyder nachgelaſſenen Söhne, Graf Jacoben und Graf Johannſen Vormünderin, auf Interpoſition dreyer Thaidungs- oder Schiedsleute am Freytag nach St. Laurentzentag im Jahr 1434. erfolgt. Und haben dieſe drey, Innhalt einer ſchriftlichen darüber ausgefertigten Rachtung, auf die Anſprach, welche Diebolt von Geroltzeck bis dahin ihnen fürgenommen, und zu haben vermeſſen, die Herrſchaft Lar, es ſey an Schlöſſeren, Städten, Dörfern rc. und anderen Zugehörungen, Lehen oder eigen, ewiglich für ſich, ihre Erben und Nachkommen, pleniſſime, et in optima forma verziehen oder renunciirt, wie nicht weniger, daß ſolches alles mit beyderſeits Wiſſen und gutem Willen zugangen, und geſche-

geſchehen, haben ſie gleichfalls dieſes ſtät und unverbrüchlich zu halten, bey ihren Eiden, die ſie allerſeits darum leiblich mit aufgehobenen Fingern und gelehrten Wörtern zu Gott und den Heiligen gethan und geſchworen, angelobt und verſprochen, dieweilen den Klägern, als des Dieboltén Enkelen, und deren Vater, des Dieboltén Häredität agnoſcirt und ſich für Erben erklärt, als ſeyen ſie auch deſſelben factum zu präſtiren, wie nicht weniger der beeidigten Renunciation nachzukommen, und zu geleben ſchuldig und gehalten, auch einfolglich von allen vermeynten Rechten und Anſprach gänzlich ausgeſchloſſen.

Hierauf zu repliciren wird klagenden Theils erſtlich angezogen, daß dieſe Renunciation durch verbotene Gewalt und Furcht, ſeu injuſta vi ſeu metu, erzwungen, und alſo von keiner Würden ſeye, dagegen zwar die Beklagte zu Abkehrung ſothaner Gewalt duplicando einwenden, daß dieſe Renunciation lange nach der Fehde geſchehen, mit der Renunciirenden Wiſſen und gutem Willen, wie die formalia lauten, in Beyſeyn guter Freunde als Schiedsleuten und daß alle Muthmaſſung vor Gewalt, oder Furcht dadurch genugſam aufgehoben ſeye. Es ſagen aber Klägere, daß ein widriges aus dem Innhalt berührter Rachtung deutlich zu vernehmen, zumalen darinn ausdrücklich begriffen, daß der zwiſchen Grafen Johannſen von Mörß, und etlichen andern wider Diebolt und Hennrichen von Gerolßeck entſtandene Krieg, Feindſchaft und Zwietracht, 1. bis auf den Tag gewähret, 2. die unbezahlte Gelder wegen Brandt- und andern Schatzungen erlaſſen, 3. beyderſeits Gefangene auf freyen Fuß geſtellet, und 4. das Schloß Gerolßeck, welches in dieſem Krieg belagert und gewonnen erſt damalen dem Dieboltén und ſeinen Brüdern wiederum zu reſtituiren, beliebet worden, daß alſo die Continuation des Gewalts und Furcht, ohner-

ohnerwogen Schiedsleute dazu gekommen, und des guten Willens in der Transaction gedacht wird, genugſam zu ermeſſen, cum praeſumptio cedat veritati, ac plus valeat, quod agitur quam quod ſimulate verbis concipitur. Dieweilen auch dergleichen feindliche Verbindungen, Fehden, oder Kriege, abſonderlich im heiligen Römiſchen Reiche höchſt ſtrafbar, verboten, ſelbige gleichwohl vier oder fünf Jahre gewähret, Diebolt ſeines väterlichen Schloſſes und Güther zum Theil beraubet, des übrigen nicht verſichert können ſeyn, weder das verlohrne wieder erhalten als vermittelſt bewuſter Transaction; ſo ſey die vis injuſta, oder unrechtmäſſiger Gewalt, nicht allein deutlich zu erſehen, ſondern auch die daraus entſtehende Furcht, oder metus talis, ut etiam in conſtantiſſimum virum cadat, alſo beſchaffen, daß er auch in Rechten vor genugſam und beſtändig zu erachten und zu halten ſeye.

Dagegen erwiedern Beklagte, woſern durch berührten Verzieg, der Diebolt und ſeine Brüder lädirt oder widerrechtlich ſich beſchweret befunden, hätten ſie viam Juris ergriffen, ſich der Reſtitution in integrum, oder anderer rechtlichen Mittel innerhalb kenntlicher Zeit bedienen, und nicht wie beſchehen, faſt hundert Jahre darüber verſtreichen laſſen, daß alſo all ihre vermeynte Anſprach und Forderung diesfalls mehr als überflüſſig verloſchen und ausgetilget. Dem zuwider wird klagenden Theils angeführet, daß des Diebolten vermuthlich durch den geleiſteten Eid veranlaſſetes Stillſchweigen, ſeinen Deſcendenten, qui proprio Jure veniunt, keinen Nachtheil gebähren, weder ſie von ihrem Recht ausſchlieſſen könne, dann zweytens ſeyen bey ſeinem Abſterben die drey nachgelaſſene Söhne unmündig geweſen, und ſub tutela des mit renunciirten Herrn Heinrichs ihres Patrui gerathen, und weiters im Jahr 1486. durch

Pfalz=

Pfalzgrafen Ludwigen der älteſte von den dreyen Namens Diebolten, welcher damahlen alle Lehen inngehabt, und beſeſſen, in einer Fehde von ſeinem Schloß und Güthern vertrieben, aller ſeiner Briefſchaften beraubet, im Jahr 1501. ohne Kinder verſtorben und damahlen erſtlich die Lehensgerechtigkeiten auf ſeinen Bruder Gangolffen den Klägern ſelbſten im folgenden 1523. Jahr die hinweggenommene Briefſchaften, daraus ſie ihr Recht erſehen und erlernen müſſen, erſt wiederum geworden, dannenhero ihnen dieſe ohne ihr Zuthun, oder Verſäumniß entſtandene Verwillungen nicht beyzumeſſen, weder an ihrer rechtmäſſigen Forderung einige Hinderniß oder Nachtheil beyzubringen vermöge. Dann zweytens zu Ablehnung dieſer letzten Renunciation ſagen Kläger, daß ſelbige die Güther quaestionis mit nichten angehe, in Betrachtung ſelbige blos und allein auf die Herrſchaft Lar gerichtet, und eben ſo wenig von Mahlberg ſammt denen acht Dörfern, erſter, als der fünf Dörfer, zweyter Klage darinn gedacht würde, immaſſen dann über Lar, welches nur ein Schloß und Städtlein ſammt einem bloſen Bann ohne Gränzen oder Zugehör hat, diesfalls kein Streit, einfolglich des Diebolten Renunciation den Beklagten zu ihrem Zweck keineswegs dienlich.

Wiewohl nun Beklagte dagegen einwenden, daß Lar und Mahlberg allzeit für einerley Herrſchaft gehalten worden, die zeitliche Herrn ſich von Lar, und nicht Mahlberg geſchrieben, die Güther beyder Klage bis dahin genützet und genoſſen, der Renunciation von Schlöſſern, Städten, Dörfern ꝛc. in plurali gedenke, welches dann, wofern unter Lar nur das bloſſe Schloß und Städtlein zu verſtehen, ſolchergeſtalt nicht verificirt werden könne, als folge daraus ohnvermeidlich, daß ſowohl Mahlberg, welches gleichfalls ein Städtlein und Schloß hat, ſammt

denen acht Dörfern, erſter, als die fünf andere Dörſer zweyter Klage, darüber der Streit geweſen, und von Dieboltеn die Anſprach gemacht worden, dardurch müſſen verſtanden, und darunter begriffen ſeyn.

So wird klagenden Theils darauf erwiedert, welcher Geſtalt nicht zu vermuthen, daß Mahlberg, als eine abſonderliche Grafſchaft, diesfalls unter Lar als weit geringer, ſollte können begriffen werden, indem auch in den vorhergehends producirten Verziegen, Belehnungen, and allen Producten ſelbige allezeit verſchiedentlich geſetzt, und angemerket ſich befinden. Eben ſo wenig können in beſagten Verzieg die fünf Dörfer zweyter Klage unter Lar gezogen werden, weilen Lar, wie beſagt, nur ein Schloß, Städtlein und einen bloſſen Bann hat, dieſe beyde Stück nehmlich Lar, und die fünf Dörfer vielmahlen abſonderlich genutzet, ſeparatim darüber diſponirt, auch von verſchiedenen Perſonen, inngehabt und beſeſſen, wie aus der Beklagten eigenen Producten (Num. Art. 90. und 98. befindlich) zu vernehmen, wie nicht weniger, daß auch verſchiedentliche Belehnungen hierüber ausgefertiget ſeyen, immaſſen ſelbiges aus ihr der Kläger Lehenbriefen, und Verträgen mit dem Hauß, deren Innhalt hieben vorangezogen, zu erſehen, darinnen nur die Dörfer ſpecificirt, und gleichſam von Lar abgeſondert, oder contradiſtinguirt werden.

Daß aber in dieſen Verzieg der Schlöſſer, Städt und Dörfer in plurali numero gedacht wird, gehe ſie Kläger und die Güther erſter und zweyter Klage nicht an, ſondern ſeye es genug, daß aus obigen erhelle, welcher geſtalt dieſelbe darunter nicht gehören. Renunciationes praeterea eſſe ſtricti Juris et odioſas, praeprimis ubi vi, et metu extorta, nec ad ea extendi, quae non ſunt ſpecifice expreſſa, ſibique

ſibique imputare debere, reos quod legem huic conventioni non dixerint apertius, ideoque etiam Interpretationem ex juris diſpoſitione contra eos faciendam, et quae notabiliter fiunt, niſi ſpecialiter notentur haberi pro neglectis.

Drittens wann ſchon die angezeigte Gewalt und daraus entſtandene genugſame Furcht, wie zur rechtlichen Genüge geſchehen, nicht erwieſen, auch die ſtrittige Güther ſpecifice dem Verzieg einverleibet, und alles richtig und vollkommen wäre, ſtehe dann noch zu betrachten, nachdem ſie Klägere ihr alt- und Mannlehenrecht erwieſen, derentwegen die darauf erfolgte Verziege pro veris alienationibus zu halten, und weilen ſelbige citra Domini conſenſum illicite geſchehen, vor null und nichtig zu achten, auch der Urſachen halber, den Klägern, welche proprio Jure vel ex pacto, et providentia primi requirentis kommen, obgleich ſie der renunciantium haeredum haeredes wären, nicht zuwider, ſondern der mehreren Theils Rechtsgelehrten Meinung nach mit Fug und Recht wiederrufen, und die ſolchergeſtalt veräuſſerte Lehengüther zurückgefordert werden können; es wollen zwar die Beklagte aus denen Kaiſerlichen an die Grafen von Mörß und Grafen Ludwigen von Naſſau, nachmals ertheilten hiebevor angezogenen Belehnungen, einen Conſenſum des Lehenherrn erzwingen. Dieweilen aber dieſer Verziege darinn mit keinem Wort gedacht, weder erwieſen, daß Ihre Kaiſerliche Majeſtät jemalen davon einige Wiſſenſchaft gehabt, ſondern in berührten Belehnungen der Kaiſerl. Gnad ganz andere Urſachen angeführt worden, als könne erwehntes Angeben allhier keine ſtatt finden: cum nemo poſſit dici conſenſiſſe in actum quendam, eumve probaſſe, cujus non eſt probatum illum habuiſſe notitiam, vel aliqua ratione voluntatem ſuam deſuper declaraſſe.

Und dieſes um ſo viel mehr, da in allen denen Belehnungen jedermännlich ſein Recht ausdrücklich fürbehalten wird. Wiewohl auch Diebolt von Geroltzeck ſeinen Verzieg mit einem körperlichen Eid für ſich und ſeine Nachkommen beſtätiget, ſo werde der Sache hiemit doch nicht verholfen, quoniam jusjurandum appoſitum actui, vel negotio per ſe nullo, hujus defectum non ſupplet, maxime ut haeredes eo teneantur, eſſe N. jusjurandum aliquid perſonale, quod perſonam non egreditur, et etſi a defuncto adjectum ſit conventioni, quae caeteroquin haeredes non ligat, neutiquam hi eo teneantur, vel ſi eidem contraveniant, reatum perjurii incurrant, et in ſpecie ubi proprio ac per primum acquirentem quaeſito Jure veniunt haeredes, tunc patris renunciationem licet juratam, eis minime afficere. Der Beklagten langwierige Poſſeſſion, und daraus formirte Präſcription oder Verjährung anreichend, ſeynd Kläger nicht in Abrede, daß der Beklagten Vorfahren, beyder Familien, nemlich deren von Mörß und Geroltzeck, die Güther erſter Klage weit über hundert Jahren innen gehabt und beſeſſen, zeigen aber dabey an, daß die Verjährung aus verſchiedenen Mängeln allhier ganz ohnſtatthaft, in Erwägung, daß bey Lebzeiten Henrichen von Geroltzeck und Lar, welcher Frau Catharinen Abavus geweſen, und im Jahr 1426. ohngefehr geſtorben, ſelbige keinen Anfang gewinnen können, um willen er als des Stamms Geroltzeck, und ein rechtmäſſiger Lehensmann die Güther beſeſſen, und keiner Präſcription nöthig geweſen, weder Kläger, oder deren Vorfahren bis dahin einige Anſprache daran gehabt, und alſo kein Objectum praeſcriptionis ſich befunden.

Es habe zwar gedachter Henrich von Geroltzeck und Lar im Jahr 1419. ſeinem Tochtermann Graf Hanſen von Mörß, in der Beredung die Güther

zuge-

zugeſchrieben, und ſeye dieſer im Jahr 1426. vom Kaiſer Sigismundo (wie hiebevor angezeiget) mit allem ſo ihm von ſeinem Schwiegervater verſchrieben geweſen, zum rechten Mannlehen damit belehnet worden, ſolches alles aber zum Anfang der Verjährung ganz ohndienlich. In Erwägung erſtlich Graf Hannß, ſo lange ſein Schwiegervater gelebet, die Lehen nicht innen gehabt, noch beſeſſen, ſelbige ihm auch nur zum Witthum wegen acht tauſend Gulden verſchrieben geweſen, dahero nicht präſcribiren können. Die Belehnung de Anno 1426. ſeye ohne Vorwiſſen und Conſens der intereſſirten Agnaten, daneben mit ausdrücklichem Fürbehalt jedermänniglichen daran habenden Rechtes geſchehen, und alſo dieſer Titulus, oder Anfang nichtig, und von keiner Würden. Wiewohl auch in Centenaria praeſcriptione keine Erweiſung eines rechtmäſſigen Tituli nöthig, verum hic ex tanti temporis decurſu praeſumatur; ſtehe dannoch dabey zu gedenken, daß ſelbiges allein Platz finde, quando de injuſtitia, et nullitate tituli non manifeſte conſtat, et ideo ſi quis fundamentum ſuum collocet in titulo, qui poſtea reperitur vitioſus et nullus ut hic, ob defectum tituli non procedere praeſcriptionem.

Drittens erhelle ſowohl aus denen vier beklagten Theils producirten Renunciationibus de Annis 1429. et 1434. als auch aus Graf Hannſen von Mörß ſammt ſeinen Conſorten, wider Diebolten und Henrichen von Geroltzeck, im jetzterwehnten 1429. Jahr aufgerichteten friedlichen Verbündniß, und daraus entſtandener fünfjährigen Fehde, daß jetztgedachter Diebolt, und Henrich von Geroltzeck damahlen und alſo gleich nach Herrn Heinrich von Geroltzeck und Lar, ohngefehr im Jahr 1426. erfolgten tödtlichen Hintritt, auf Mahlberg und Lar, als ihnen zuſtändige Lehen, Anſpruch und Forderung gemacht, auch folgends im Jahr 1432. vom Kaiſer Sigismundo mit

 der

der Burg Mahlberg und Zugehör, darunter die acht Dörſer begriffen, mit dieſen formalibus, wie die an ſie von dem Edlen Henrichen von Geroltzeck, Herrn zu Lar ſeel. kommen und gefallen ſeynd, belehnet worden. Dann ferners, welchergeſtalt nach Graf Hanſen von Mörß des erſten in währender Fehde ſich zutragenden Tod, da Diebolt und Heinrich des Schloſſes Geroltzeck von dem Widertheil durch Macht der Waffen entſetzet und beraubet geweſen, die vertriebene oder ſpoliirte nicht ehender zu den ihrigen wieder gelangen können, ſie hatten dann zuvor, wie bereits angezeiget, ihres Rechtens auf Lar ꝛc. in Händen Frau Adelheiden, als der zween jungen Grafen ihrer Sohne Vormünderin, gänzlich verziehen, und ſich begeben, daß alſo aus denen ihr der Kläger Vorfahren gethanen Anforderungen derenthalben an Seiten der Beklagten beſchehenen feindlichen Verbindung, fünfjähriger Fehde, Beraubung ihrer Güther, und mit Gewalt und Unrecht erzwungenen Verzieg, Graf Hannß der erſte, in vera et evidenti mala fide gerathen ſey, ſelbige auch auf ſeine Nachfolger transferiret habe.

Dazu komme auch drittens, quando defunctus fuit non in praeſumpta, ſed in vera, et aperta mala fide, hanc perpetuari in haeredes ac tunc procedere Regulam, quod non potuit praeſcribere defunctus, nec praeſcribere valere haeredes, aus welchem allen nicht allein Graf Hanſen von Mörß des erſten, ſondern auch deſſen Nachfolger mala fides ſattſam zu begreifen ſeyn ſolle, weswegen ſie auch von oftermeldtem letzteren Verzieg de Anno 1434. anzurechnen, bis ins Jahr 1495. da Graf Hannß der andere, vom Kaiſer Maximiliano belehnet, und alſo in ſechzig jähriger Zeit von verſchiedenen immittelſt regierenden Kaiſern keine Belehnung erhalten, noch beybringen können, ſondern allewege in ihrem ohnrechtmäſſigen

mäſſigen Beſitz ohne Titel und guten Glauben verharret, und dahero zu präſcribiren nicht vermögt.

Auſſer dem ſtehe noch abſonderlich anzumerken, da ſonſten dieſe Mängel bey der Verjährung nicht befindlich, ſelbige dennoch eine geraume Zeit geruhet, oder geſchlafen, indem 1) der Kläger Vater, Herr Gangolf, da ſein Vater Diebolt geſtorben, nur neun Jahr alt geweſen, auch ſey reichskundig, daß im Jahr 1486. Dieboltem von Geroltzeck der Kläger Oheimen oder Patruo, vom Pfalzgrafen eine Fehde angekündiget, und wie er ſolchemnach ſeines Schloſſes Geroltzeck und anderer Güther entſetzet, nicht weniger aller ſeiner Briefſchaften und Documenten beraubet, und deren erſt im Jahr 1523. wiederum habhaft worden. Ideoque propter pupillarem aetatem ac belli tumultus, nec non ablatum Archivum, praeſcriptionem dormiviſſe, eaque tempora praeſcriptioni etiam defalcanda eſſe.

Schließlich ſtehe noch zu erwägen, quod in praeſcriptione feudorum praeſcriptio contra anteceſſorem adimpleta ſucceſſori non noceat; verum tempus praeſcriptionis ſolum a die quo alicui feudum apertum currere incipiat. Quum primo virtute primae Inveſtiturae feudum Jus quaeſitum, adeoque propter negligentiam ejus contra quem adimpleta praeſcriptio alteri Jus ſuum auferri non debeat. Secundo quamdiu ab aliquo feudum poſſidetur, hujus ſucceſſori, durante illius vita nullum jus ſeu actionem competere ideoque huic praeſcriptionem obeſſe non poſſe, cum non valenti agere non currat praeſcriptio. Et tertio quod feudum reſtitutioni de uno in alium ſubjaceat, res autem reſtitutioni ſubjectas, eveniente caſu reſtitutionis vindicari poſſe non obſtante praeſcriptione, idque non ſolum, quod agnatos, verum etiam ſecundum

receptiorem ſententiam, quod ad filios procedere. Daß alſo auch diesfalls der Beklagten eingewandte Präſcription oder Verjährung zergehen und zerfallen thue. Es haben Beklagte ihnen zwar weiters unterſtanden, kraft einiger über Permutation, Donation und dergleichen Geſchäft aufgerichteten Documenten, die controvertirte Güther, bevorab zweyter Klage, bald zu Allodial-oder eigenthümlichen Erbgüthern, bald zu einem feudo haereditario zu machen, alldieweilen aber theils aus ihrer eigenen Geſtändniß, theils auch aus ihrerſeits Producten, als ſonſten wie bereits angezeiget, ein widriges erhellet, dannenhero ſolche ohne Conſens und Vorwiſſen des Lehenherrn und der intereſſirten Agnaten, erfolgte Geſchäft, für unkräftig und nichtig zu achten, als ſeye es ohnnöthig, ſelbige noch abſonderlich und weiters zu unterſuchen und zu erwägen. Endlich ſeynd im Jahr 1595. am 7. Juni auf beyderſeits fürhin beſchehene Submiſſion, folgende Urtheile publicirt worden.

In Sachen weyland Herrn Gangolf und Walthern, jetzo Herrn Jacob Herrn zu Hohen-Geroltzeck, Klägern eins, wider auch weyland Herrn Johann Ludwig Grafen zu Naſſau und deſſen Ehegemahlin, Frau Catharinen, jetzo deren Erben in actis benannt, Beklagte andern Theils, erſter Klage (die darinn ſpecificirte Grafſchaft Mahlberg, und Dörfer belangend) iſt allem Vorbringen nach zu Recht erkannt, daß gedachte Beklagte ihnen Klägern ermeldte Grafſchaft und Dörfer ſammt denen von Zeiten beſchehener Kriegsbefeſtigung davon erhobenen Nutzungen, abzutreten, einzuräumen, und zu reſtituiren ſchuldig ſeyen, als wir ſie auch hiemit condemniren und verdammen, die Gerichtskoſten derowegen aufgelaufen, aus bewegenden Urſachen gegen einander compenſirend und vergleichend. Dann in Sachen zwiſchen ermeldten Partheyen der andern Klage, die daſelbſt

angezogene gemeine Dörfer betreffend, iſt gleichfalls allem Vorbringen nach zu Recht erkannt, daß gedachte Beklagte ihm Klägern den geforderten Antheil ermeldter Dörfer ſammt denen von Zeit beſchehener Kriegsbefeſtigung davon aufgelaufenen Nutzungen abzutreten, einzuräumen und zu reſtituiren ſchuldig ſeyen, als wir ſie auch hiemit dazu condemniren und verdammen, die Gerichtskoſten derowegen aufgelaufen, aus bewegenden Urſachen gegen einander compenſirend und vergleichend.

Demnächſt hat Geroltzeckiſcher Anwalt im Namen ſeines Principalen Herrn Jacoben von Geroltzeck der Primordialkläger Enkeln am 26. September in cauſa principali executoriales cum facta nuncii inſinuatione reproducirt und weilen in termino de paritione nicht docirt worden, narrata Mandati repetirt, dann weiters declarationem poenae, et arctiores gebeten, hingegen haben beklagte Grafen zu Naſſau am 7. Octob. ein Churfürſtlich Mainziſches Schreiben de dato Martinsburg in Mainz vom 26. Jul. 1595. Jahrs des Innhalts: daß Ihro Churfürſtl. Gnaden der Naſſauiſchen Theils geſuchten Reviſion wider obgemeldte Urthel deferirt ad Acta gebracht. Kläger aber, weilen dadurch parirt, ſondern alles zur augenſcheinlichen Aeffung und Eludirung der Kaiſerl. Executorialen angerichtet, ſein voriges Petitum wiederholet, und den Fiscalen ſeines Amts erinnert, welcher auch eadem audientia den gehaltenen Receß repetirt hat.

Ferners hat der obſiegende Theil am 5. März 1616. ein Mandatum de edendo geſuchet, beklagte Grafen von Naſſau ihre Saal- Rent- und andere Bücher ſub juramento zu ediren und ſie ad liquidandum anzuhalten gebeten; dawider Beklagte am 6. Febr. 1617. excipiendo ſich vernehmen laſſen,

daß

daß wegen interponirter Reviſion die Jurisdiction Camerae aufgehoben, und ſie der Urſachen halben zu antworten nicht verbunden ſeyen.

Zeigen weiters mit Vorbehalt ihrer diesfalls gethanen Proteſtation an, daß der Receſſus deputationis de Anno 1600. §. als auch 144. (nach deſſen Innhalt Executione per Reviſionem ſuſpenſa in puncto Liquidationis certo modo fortgefahren werden kann) nur allein deſſen ausdrücklichen Innhalt nach, in denen künftigen Reviſionibus, dieſe Verordnung thue, und alſo im jetzigen Fall, da die Reviſion fünf Jahre ante dictum Receſſum interponirt worden, kein Ziel oder Maaßgeben, weder ſie Beklagte pendente Reviſione ad edendum ihre Saal- und Renntbücher noch ad Liquidandum angehalten werden können. Dann zweytens habe die gebetene Caution judicatum ſolvi in puncto fructuum, um willen ſie Beklagte überflüſſig im Reich begütert, und geſeſſen, und nicht vagabundi, weder de fuga ſuſpecti ſeyen, keine ſtatt, bittend, Klägern mit ſeinem ohnbefugten Suchen abzuweiſen. Dem klagenden Theils am 6. Jun. per generalia widerſprochen, und weiter replicando angeführet worden, daß 1) die Liquidation nur in eventum confirmata per reviſionem ſententiae, wie in petitione haereditatis, und dergleichen Sachen bräuchlich, auch in gedachtem Deputationsabſchied ausdrüklich zugelaſſen, geſucht werde, dann 2) ſeye jetzt erwähnter Deputationsabſchied keine nova Conſtitutio, wie aus deſſen §. als auch Streit 149. zu erſehen, ſondern allein declaratoria ordinationis cameralis, derhalben auch ad praeteritos caſus zu extendiren, und 3) darinn verordnet, quod praeſtita in Caſum reformatae in reviſorio ſententiae ſufficienti cautione etiam pendente reviſione Executio fieri poſſit; zu welchem Ende bereits im Jahr 1597. obſiegenden Theils an Ihro

Kaiſerl.

Kaiſerliche Majeſtät; dafern die Reviſion nicht ſobald ſolle erfolgen können, Graf Karl von Hohenzollern und Graf Philips von Hanau zur Caution präſentirt und anerboten, und die Execution ergehen zu laſſen allerunterthänigſt gebeten worden.

Viertens ſeye dieſe Sache noch rechtshängig, und alſo nicht ad praeteritas, ſed praeſentes cauſas gehörig; auch zum fünften gedachte Conſtitutio receſſus Deputationis, non deciſoria, verum judicii et proceſſus ordinatoria, ideoque etiam cauſas pendentes, et actus in futurum terminandos reſpicere, und werde die geſuchte Liquidatio durante Reviſione darinn keinem verſagt, ſammt erwiederter Bitte, zu dem Ende die Edition der Saal- und Renntbücher gebetenermaſſen anzubefehlen; die verlangte Caution in puncto fructuum anreichend, ſelbige zu begehren, ſeye er Beklagter zum höchſten befuget, ohne daß die Condemnirte dieſes Anſuchen, als wäre es ihnen ſchimpflich, oder verkleinerlich, zu Gemüthe ziehen können.

Inmaſſen ſie bereits etliche hundert tauſend Gulden aus den reſtituendis Bonis erhoben, ſelbige verderben laſſen, die Unterthanen gänzlich erſchöpfet, und ruiniret, auch ein Theil derſelben Güther veralienirt, und in fremde Hände gebracht, zugeſchweigen daß ihre Güther zu mehrerm Theil in Lehen beſtehen, in welchen die Execution nicht geſchehen könne; dann ſeye noch zum Ueberfluß ſothane Cautio in appellatione, remediis devolutivis et non ſuſpenſivis, et quando reviſio Executionem non impedit, a parte appellantis, nec non Executionem petentis in Rechten verordnet und bräuchlich, und damit endlich den Naſſauiſchen alle nichtige Ausflüchte benommen und abgeſchnitten werden, giebt der von Geroltzeck ihnen die Wahl, daß ſie entweder Caution leiſten

leiſten und im Beſitz der ihm adjudicirten Güther als-dann verbleiben, oder dieſelbe ihm gegen genugſame Caution abtreten wollen, daferne ſie aber wider alle Recht und Billigkeit zu keinem von beyden ſich erklä-ren würden, bittet, abermalen per viam Mandati ſie ad praeſtandam Cautionem anzuhalten.

Am 20. März 1618. widerſprechen Naſſauiſche in puncto editionis et liquidationis denen Geroltz-eckiſchen Deductionibus in genere et ſpecie, ſowohl in jure als in facto, laſſen ſolches alles auf ſeiner kenntlichen Unerheblichkeit beruhen.

Den Punctum Cautionis anreichend, ſagen ſie, daß vermöge Cammergerichsordnung part. 3. Tit. 53. §. und damit deſſen Cognition und Erörterung denen Viſitatoribus obliege, und nicht hujus Loci, weder Geroltzeckiſchen Theils bishero erweiſen, daß ſie Naſſauiſche nicht ſolvendo ſeyen, in welchem Fall allein die Herrn ihres Standes und Würden im Reich zur Caution angehalten werden mögen; darab ſchlieſſend, daß zu dem Praecepto nicht könne geſchrit-ten werden, und ſtellet es damit zur rechtlichen Er-känntniß.

Solchemnach kommt Geroltzeckiſcher Anwalt am 15. Jun. mit einer alternativen Imploration ein, darin anzeigend, welchergeſtalt in der Cammer-gerichtsordnung p. 3. tit. 53. §. ob auch die Reviſion verſehen, dafern die jährliche Viſitationen ihren Fort-gang nicht gewinnen würden, daß ſolchenfalls zur Execution getreten werden möge, und weilen gegen-theiligen Angeben und Geſtändniß nach die Verord-nung des Deputationsabſchieds de Ao. 1600. in dieſer fünf Jahre vorher in puncto principali entſchiedener Sache nicht zu attendiren, bittet ſecundum propriam Condemnatorum Confeſſionem die Execution zu er-kennen, bey Entſtehung deſſen aber in punctis edi-

tionis,

tionis, liquidationis et cautionis, wie fürhin gebeten, zu ſprechen. Darauf dann weiters am 7. Juli 1619. das Mandatum de edendo erkennt, übrigens der Caution halben beſchehenes Begehren noch zur Zeit abgeſchlagen worden, mit dieſem ferneren Beſcheid, woſern Kläger ſein Angeben in replicis den 30. Jun. Anno 1617. dieſertwegen einkommen, darthun und beweiſen würde, daß ſolches gehöret werden, und darauf ergehen ſolle, was Recht iſt.

Auf jetzt gedachten Beſcheid hat Geroltzeckiſcher Anwalt am 24. März 1620. das Mandatum poenale de edendo cum inſinuatione retroſcripta reproducirt, und weilen dieſelbe bereits vor drey Monaten geſchehen, declarationem cum expenſis contra renitentes gebeten. Dagegen Naſſauiſcher Anwalt den 4. Septemb. cum exceptionibus ſub- et obreptionis einkommen, deß Innhalts: obwol ſeinen Herrn Principalen in erwehntem Mandato auferleget worden, innerhalb 6 Wochen a die Inſinuationis anzurechnen, vermittelſt leiblichen Eids etliche über die Grafſchaft Mahlberg beſagende Saal und Amtsbücher, Rechnungen, Uhrbar, Regiſter und alle andere Urkunden, welche zur überflüſſigen Liquidation vonnöthen, anzuzeigen, und zu ediren, könne er dennoch aus denen hiebevor angezeigten Urſachen dazu de Jure nicht angehalten werden. Dabey fügend, daß ſein Herr Principal berührte Bücher, Briefſchaften ꝛc. über Lar und Mahlberg als gemeinſchaftlich mit dem Hauſe Baden, und derhalben zu Lar im gemeinen Archivo bewahrlich gehalten, zu ediren nicht vermöge.

Es ſeyen zwar noch etliche Rechnungen und Regiſter beyhanden, aber ebenfalls mit dem gemeinſchaftlichen Intereſſe afficirt, und ſonſten mit andern zu dieſer Rechtfertigung nicht gehörigen Sachen über die eigenthümlichen Güther vermenget, daß er alſo

ſelbige

ſelbige zu ediren nicht ſchuldig, weder propter Intereſſe tertii ſolches zu thun befuget, ſammt angehefteter Bitte, berührtes Mandatum, deſſen Vollſtreckung ihm geſtalten Sachen nach ohnmöglich, zu caſſiren und zu vernichten.

Worauf am 13. Decemb. Gerolzeckiſchem Anwalt ſein der Declarationis poenae, und arctioris halben beſchehenes Begehren per Decretum abgeſchlagen und auf der Beklagten Exceptiones in ſpecie zu handlen, zeit dreyer Monathen ſub poena praecluſionis angeſetzt worden.

Dem zufolg übergiebt Gerolzeckiſcher Anwalt am 11. April 1621. in puncto liquidationis et cautionis modo Mandati de edendo replicas, ſagend, nebſt Wiederholung voriger nützlicher Handlungen, daß weilen Baaden den Naſſauiſchen währender jetziger Rechtfertigung die Briefſchaften ex communi Archivo zukommen laſſen, ſelbiges anjetzo zu thun ſich nicht würde weigern, dabeneben ſeyen berührte Briefſchaften gemein, zwiſchen Baaden und Naſſau, dannenhero ein jedweder, ſo oft ihm beliebig, derſelben ſich zu bedienen befuget.

Dann weiters, wiewohl ſie gemeinſchaftliche Bedienten halten, ſo habe dennoch auch ein jedweder abſonderliche Diener, welche Specialregiſter und Rechnungen führen müſſen, mit deren Edirung Gerolzeckiſchen Theils man ſich befriedigen wolle, bittend die Naſſauiſche intra brevem Terminum ſelbige zu ediren anzuweiſen.

Hergegen thun Beklagte in eventum duplicando am 12. Decemb. ihren fürhin übergebenen Exceptionibus inhäriren, nächſt Widerſprechung gegentheiligen Angebens, dabey anzeigend, daß währender Reviſion, die Hauptſache annoch ſtrittig und ſie als Rei den Klägern ihre Inſtrumenta, daraus er ſie weiters
beſpre-

beſprechen könnte, et ad inſtruendam ipſius cauſam zu ediren in Rechten angehalten ſeyen, bittend, wie hiebevor klagender Anwalt aber obtenta Copia bittet, jetzterwähnte Duplic als über die Zahl der Ordnung zu verwerfen, widrigenfalls thut ſeinem gnädigſten Herrn Principali ulteriora vorbehalten, und iſt in etlichen folgenden Jahren in der Sachen nichts Erhebliches verhandelt worden.

Dann am 11. März 1630. in puncto Executorialium Liquidationis et Mandati de edendo, übergiebt Höglen von Geroltzeck Originalgewalt, und weiters von ſeinem Herrn Principal an ihn abgelaſſenes Schreiben, worinn unter andern enthalten, wie daß er von Geroltzeck durch Interpoſition etlicher Befreunden mit Graf Ludwigen von Naſſau auf eine Summa Gelds, welche nach Geſtalt der Sachen kaum den Zehenden des Werths aufgehabener Nutzungen erreichen möge, aus dringender Noth, und um ſich von denen Creditoribus zu retten, verglichen, die verabſchiedete Zahlungstermine aber und andere Conditiones, zu ſein des von Geroltzeck äuſſerſten Schaden und Nachtheil Naſſauiſcher Seiten nicht gehalten worden, dazu haben Graf Ludwigen von Naſſau nachgelaſſene Erben, Graf Wilhelm Ludwig und ſeine Brüder bey der Kaiſerl. Commiſſionshandlung die Theilung bekl. Marggrafen Wilhelmen zu Baden über alles ſein von Geroltzeck Erinnern, Proteſtiren und Einwenden, daß von wegen vollzogener Transaction das Vitium litigioſi nicht aufgehaben, per manifeſtum attentatum die meiſte ihm adjudicirte Landſchaft in ſolidum cedirt, und dagegen das meiſte Eigenthum, ohnangeſehen es an Leuthen und Intraden weit geringer erwählt, mit dem Abſehen, um dadurch die Zahlung der in der Transaction verglichenen Gelder zu difficultiren, oder gar zu ſtecken, und um willen er auch bis dahin auf alle ſchrift-

und mündliche Handlungen nichts erkleckliches bezahlen wollen, als ſolche er Högelen in puncto Executorialium liquidationis et mandati de edendo ſ. C. weiters anrufen und handlen. Ferners wird in protocollo noch einiger Beylag gedacht, ſo aber bey den Actis nicht befindlich. Dann am 6. Juni zeigt Naſſauiſcher Anwalt an, daß die Sach inter partes verglichen und alſo Reviſio gefallen. Dagegen repetirt Höglen, pro Geroltzeck ſeinen am 11. März im vorigen 1630. Jahr gehaltenen Receß, und dabey übergebenes Schreiben. Naſſauiſcher Anwalt aber contradicendo pro gratia repetirt in puncto Mandati inhibit. et de non contraveniendo transactioni, ſelbigen Tags eingebrachte Originalia, und läßt es dabey bewenden. Högelen erlaubt, ſich auf eingeholten Bericht ferners vernehmen zu laſſen, womit das gerichtliche Protocoll ſich endiget, und in der Sache beyderſeits nichts weiters gehandelt worden.

IV.

IV.
Extractus Actorum
in Sachen
Limburg contra Limburg

puncto ſeparationis feudi ab allodio nunc transactionis. 1749. *)

Als das Haus derer Erbſchenken und ſemper Freyen zu Limburg auf dem Fall beruhete, gab Kaiſer Leopold 1693. dem Churhaus Brandenburg die Expectanz auf die Reichslehen. Darüber kam es nach gänzlichem Ausgang des Geſchlechts zwiſchen dieſen und denen Allodialerben ſuper ſeparatione zu allerhand Controverſien, und erhielt ſogar der Kaiſerl. Fiscal den Auftrag die Lehen zu unterſuchen.

Unterm 29. Novemb. 1710. wurden verſchiedene Lehenſtücke declarirt, andere hingegen zu weiterer commiſſariſchen Unterſuchung ausgeſetzet.

Des Herrn Präſidenten Grafen von Wurmbrand Branche fand Anno 1718. auch Gelegenheit, ſich mit dem König von Preußen zu vergleichen und erhielt die Belehnung über die auf ihren Antheil haftenden Lehenſtücke.

*) Die Limburgiſche Lehensapertur iſt dem Feudiſten ein zu merkwürdiger Rechtsfall, als daß er nicht auch in dieſem Auszuge von Reichshofrathsacten Winke und Belehrungen antreffen ſollte.

Wie nun alſo dieſer Proceß bisher gedauert und zum Theil geſchlafen, ſo hat ſich nachhero ergeben, daß der König in Preußen ſein Recht auf das Haus Anſpach laut Convention vom 22. März 1742. mit Confirmation Caroli VII. dd. 26. Febr. 1744. afterlehnweiſe transferiret, nachdem er vorher unterm 21. Jun. 1743. die Lehen wirklich erhalten, und transferirt, dieſe haben nunmehro ſich mit denen Allodialerben am 15. Aug. 1746. ebenfalls verglichen und dieſen die Reichslehen Nexu ſubfeudali aufgetragen.

Dieſes wird nun unterm 10. März a. c. von dem Anſpachiſchen Anwalt Korneſſer und dem Limburgiſchen Fabriá angezeiget, mit dem Anführen, ſie wollten in vim judicialis renunciationis litis auf ſpecialen Befehl anzeigen, wasmaſſen nach lang gepflogenen gütlichen Tractaten beygebogener Receß mit königl. Preußl. Genehmhaltung errichtet, und dadurch aller Proceß ſowohl in puncto ſeparationis aus dem Grund gehoben und verglichen worden ſey. Principalſchaften wären zum voraus verſichert, daß Kaiſerl. Majeſtät ein ſo gutes Werk, wodurch der Ruhſtand wieder hergeſtellet und alle künftige Behelligung vermieden werde, ſich allergnädigſt gefallen laſſen würden, da man inſonderheit dem Reichslehen-Intereſſe auf ſo eine importante Art proſpiciret, daß bey nunmehro vorhandener Agnition derer Reichslehnbaren Stücken, das Reichslehen in eine undiſputirliche Gewißheit geſetzet worden ſey, mit Bitte denſelben allermildeſt zu genehmigen und zu verordnen, daß darüber tanquam ſuper re judicata gehalten werde.

In dieſer Convention vom 15. Aug. werden zuförderſt ſämmtliche Allodialintereſſenten derer Gaildorf-Schmiedelfeld-Sontheim- und Speckfeldiſchen Linien

Linien benennet, dann die Bevollmächtigten, ſo zu Uffenheim Anno 1744. und 1745. diesfalls zuſammen gekommen, nemlich auf der Anſpachiſchen Seite der Geheime Rath Seckendorf und der Präſident Bobenhauſen ſammt dem Saynl. Rath Strödel und von Seiten der Limburg Intereſſenten Graf von Rechtern nebſt dem Caſtelliſchen Rath Engellert.

Art. I. werden $\frac{3}{4}$ an Limburgiſchem Creiß-voto wie ſolches durch den Creißreceß Anno 1721. agnoſcirt und readmittirt, nachhero aber ſuſpendiret worden, mit Vorbehalt des einen Viertels und der dabey zu concurriren habenden Wurmbrandiſchen Branche dem Marggrafen überlaſſen, jedoch unbeſchadet derer Solms Aſſenheimiſchen und Limburg-Schmiedelfeldiſchen Antheile, Reichs- und Creißſtändiſchen Immedietät, Competenz und Territorialgerechtſame, dargegen auch der Marggraf das Matricularquantum über ſich nimmt.

Art. II. Handelt von Ueberlaſſung des Schildlehen-Hofs und aller Vaſallen und Schildlehens-Inhabern an Anſpach mit Vorbehalt des Wurmbrandiſchen Antheils, welcher gleichwohl wegen Extradition derer Lehensacten dienliche Vorſtellungen gethan werden ſollten.

Art. III. Werden ſämmtl. eigene Limburgiſche Unterthanen vom 1. Jan. 1746. an überlaſſen.

Art. IV. Cediret Anſpach alle Reichslehnbare Jura und Regalia, nichts als den Zoll ausgenommen, ſub qualitate eines Reichs Untermann- und Weiberlehens jure feudi antiqui, daß nach Abgang der abſteigenden Linie der nächſte Seitenverwandte ſuccedire und wann ein Antheil refutiret würde, der Lehenherr ſolches denen übrigen zu überlaſſen ſchuldig ſey. Ratione der weiblichen Succeſſion in denen Regalien bleibt es bey denen Limpurgiſchen Hausverträgen.

Einer derer Intereſſenten iſt allzeit Lehenträger. Die Vaſallen ſind wie in einem feudo franco ſowohl von allen Dienſten als Laudemien und Anfallsgeldern frey. In Felonie-Proceſſen beſetzt Anſpach das Lehengericht, iſt aber ſchuldig, den verfallenen Theil ohne ſolchen in Beſitz zu nehmen, praevia taxatione denen übrigen zu überlaſſen, will ſich auch keiner andern Cognition anmaſſen, als in cauſis mere feudalibus.

Art. V. Wird dasjenige, was in dem Concluſo de Anno 1710. wegen des denen Allodialerben vorbehaltenen petitorii verordnet, gänzlich aufgehoben.

Art. VI. In dem Lehenbrief wird beſagtes Concluſum ſammt Ferdinandi I. Lehenbrief, ingleichem der Königl. Preußiſche in Anſehung derer unzweifelhaften Reichslehen, die dermalen zu Afterlehen aufgetragen werden, zum Fundament geſetzet, dargegen auch dasjenige, was in erwehntem Concluſo vor Eigenthum declariret worden, auch in dieſer Qualität unverändert verbleibe.

Art. VII. Die Reichslehnbaren Regalia werden auf alle in den Halsgerichtsdiſtrict ohne Unterſcheid extendiret, und hilft der Lehnherr mit denen benachbarten die vorhandene Proceſſe jedoch ohne Eviction ausmachen; es reſerviret ſich aber Anſpach ſämmtliche Gelaite und Zölle, wovon jedoch die Intereſſenten vor ihre Perſon und Güther befreyet bleiben.

Art. VIII. Des Königs in Preußen als erſten Reichsvaſallen, dann ſämmtlicher Brandenburgiſchen Agnaten Conſens, ſoll eingeholet und ſodann Kaiſerl. Confirmation geſuchet werden.

Art. IX Die Reichslehen Inſpection wird aufgehoben und an die Waldbedtente überwieſen.

Art. X. Alle in puncto allodii gemachte Anſprüche werden aufgehoben und bleibt das neuacquirirte

rirte von Churbayern lehenrührige Guth Hauſen den Marggrafen.

Art. XI. Alle Documenta, Acta und Lehensreverſe ſollen aufgeſuchet, auch die Gränz und Markung ſollen beſichtiget werden.

Art. XII. Die Unterthanen und Gefälle werden utrinque überwieſen, die Brandenburg. Häuſer cediren den Antheil des Allodii, den der letztere Graf zu Limburg dem König in Preußen Anno 1742. cediret, und geben das Ceſſionsinſtrument zurück.

Beylagen.

Lit. A. Präliminarvergleich oder Punctation de dato Frankfurt den 8. Octob. 1745.

B. Formular, wie die Limburgiſche Vaſallen ihrer Pflicht zu erlaſſen, worinnen dieſe nahmentlich ſpecificirt. NB. Vohenſtein iſt nicht darunter.

C. D. E. Deſignation derer überlaſſenen Eigenthums-Unterthanen, Güter und Lehenleute zu Oberſpeltach, Goldbach, Ingersheim, Oſtheim, Pfalenheim, Herrenbergsheim, Seiderzell, Markertshofen, Unterſondheim, Umenhofen.

F. Iſt das Reichs H. R. Concluſum.

G. Beſchreibung des denen Allodialerben überlaſſenen Jagddiſtricts incluſive derer Reh.

H. Der Zoll- und Geleitsdiſtrict.

I. Specification derer übernommenen Jagd- und Forſtbedienten.

K. Specification derer Vaſallen, worunter abermals Vohenſtein nicht befindlich.

No. 3. Königl. Preußiſche Ratification vom 30. Octob. 1747.
4. Anſpachiſche Ratification vom 2. Septemb. ejusd. a.
5. Dergleichen Bayreuthiſche vom 21. Novemb. ejusd. a.
6. Ratification derer Allodialerben vom 29. April ejusd. a.
7. Vollmachten.
8. Anſpachiſches Patent die Allodialherrſchaften als rechtmäßige Beſitzer derer Reichslehen und Regalien anzuſehen.
9. Notification an die Reichslehen Inſpection.

ſub praeſ. den 10. März. a. c. übergiebt Gräfe als unterſchriebener Königl. Preußiſcher reſidirende Miniſter ein Exhibitum des Innhalts:

Der König zweifle nicht, Kaiſerl. Majeſtät werden nach Dero hohen Begabniß und dem vormals ertheilten Fingerzeig dieſen Vergleich ſich zum Wohlgefallen und Genehmigung gereichen laſſen. In deſſen Hofnung der König vor ſich, ſeine Erben und Nachkommen liti et Cauſae renunciire, auch dieſe Renunciation ſammt dem getroffenen Vergleich ad acta zu nehmen, auch in vim rei judicatae darob zu halten bitten.

Concluſum.

Ponantur beyderſeits Anzeigen und litis renunciationes ſammt dem Vergleich und deſſen Beylagen gebethenermaſſen ad acta, und ſoll darüber tanquam ſuper re judicata gehalten werden. Ita Concluſum den 4. Septemb. 1749.

Das Recht des Kaiſers päbſtliche Bullen zu genehmigen.

unterſucht — und erwieſen vom Reichshofrathe, im Jahr 1750.

Domicellar Particella zu Freiſingen, — nicht zufrieden in der bloſen Eigenſchaft eines Graduirten den Weg in das Hochſtift gefunden zu haben — hatte ſich gegen die Mitte dieſes Jahrhunderts zu Rom ein Zeugniß ſeiner Stiftsmäſſigkeit mit dem Grafentitel ausgewirkt. Neue Anſprüche im Capitel — hergeleitet von der ultramontaniſchen Standeserhöhung, — waren der zweyte Auftritt im Stücke. Als ſich aber das Gremium jedem unverfaſſungsmäßigen Begehren widerſetzte, nahm Particella die gewöhnliche Zuflucht an den heil. Stuhl, und erhielt dort am 26. Aug. 1749. — wiewohl ohne daß ſich der Gegentheil auf die Klage eingelaſſen hätte, ganz nach dem Gange der Sachen zu Rom — ein günſtiges Urtheil, deſſen Inſinuation und Vollziehung ſogar von dem Fürſtbiſchoffe unbedenklich übernommen wurde. Das Domcapitel wandte ſich dagegen an den Kaiſerlichen Hof, bey dem nunmehr auch die erſten Erz- und Hoch-

Hochſtifter im Reiche vertretungsweiſe für es einkamen.

Dieß iſt der Vorfall, welcher bey dem folgenden Reichshofrathsgutachten zum Grunde liegt.

So einfach er zu ſeyn ſcheint, ſo mannichfaltig ſind doch ſeine verſchiedenen Anſichten.

Welche Befugniſſe dem Kaiſer, — welche den Reichsſtänden zuſtehen, — wenn päbſtliche Entſchlieſſungen verkündigt werden ſollen? — ob beyde Theile das Recht der vorgängigen Einſicht und Genehmigung haben? — ob ſie es einzeln, ob zuſammen ausüben? — oder ob die Beyſtimmung der Stände zu päbſtlichen Bullen nur bey kaiſerlichen Reſervatrechten wegfällt? — in welchem Bezuge die kaiſerliche Gerichtsbarkeit in Adelsſachen zu auswärtigen Herrſchern ſteht? — und ob darum die Grafenwürde, vom Pabſte ertheilt, — ganz ungültig iſt, weil ſie, gleich jeder andern bloſen Standeserhöhung — nach der teutſchen Verfaſſung keine Stiftsmäſſigkeit mit ſich führt? — oder ob ſie es vielleicht nur deswegen ſeyn ſoll, weil man ſich das Verhältniß zu dem päbſtlichen Stuhle noch ganz nach Begriffen des Mittelalters denkt, und den Kaiſer die ausſchlieſſende Quelle aller Ehren und Würden ſeyn laſſen möchte? — Dieß ſind ohngefähr die vornehmſten Geſichtspuncte ſeines Innhalts. Aber Fragen ſolcher Art aufzulöſen, gehört nicht zum

Zwecke

Zwecke des Herausgebers dieſer Sammlung, deren Werth weniger auf Meinungen und Unterſuchungen des Privatmannes, als auf der Authenticität der Grundſätze eines ehrwürdigen Tribunals und auf dem wahren Lichte beruhen ſoll, indem ſie aufgeſtellt werden.

Die Vorſicht, mit welcher der Reichshofrath das Recht der kaiſerlichen Beſtätigung dem Pabſte gegenüber behandelt wiſſen will, um es gleichſam jure poſtliminii wieder herzuſtellen, verbunden mit dem bekannten Benehmen des kaiſerlichen Hofs in der Jeſuitenſache, ſoweit ſie die Aufhebung des Ordens ſelbſt betrift, gewährt nicht allein dem angehenden Geſchäftsmanne ein intereſſantes Beyſpiel von dem Aufkommen und dem Wachsthume collegialiſcher Grundſätze, ſondern wird auch das Gutachten, von dem gegenwärtig die Rede iſt, dem gereiften Publiciſten ſchätzbar machen.

V.

Reichshofrathsgutachten
in Sachen
Freiſingen Domſtift
wider
den Doctorem Juris Particella
deſſen Stiftsmäſſigkeit
betreffend
vom Jahr 1750.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Es hat bey Euer Kaiſerl Majeſtät in Lit. humillimis de praeſ. 15. Decemb. 1749. das Domkapitel zu Freiſingen allerunterthänigſt vorſtellig gemacht: was für eine weit ausſehend, und geſammten deutſchen Erz- und Domſtiftern, an ihrem Anſehen, und hergebrachten Gewohnheiten gefährlichſte Definitivſentenz der Domkapitular Particella von Rom aus (als wodurch er ſtiftmäſſigen Adels erkläret, und ihnen derſelbe, als einen ſtiftmäſſigen mit dem Titel eines Grafens zu erkennen, aufgedrungen werden wolle) extrahirt, da er doch, als er vor 11 Jahren das Freiſingiſche Canonicat per Proviſionem Apoſtolicam, als Graduatus erlangt, dazumalen nichts anderes begehret, als tanquam graduatus, in welcher Qualität er auch, und nicht anderſt beym Domkapitel zu

zu Brixen, gleich deſſen Nepoten, laut Atteſtati Capituli recipiret ſey, zu deſſen Beſitznehmung gelaſſen zu werden.

Dem zu folge ſey auch ermeldter Particella, nachdem er ſich dahin mit vorgezeigtem gradu ex vtroque jure, und alldortigen Statutis gemäſſen Beurkundung des quinquennii ex eadem facultate auf einer katholiſchen Univerſität in eadem qualitate legitimirt, darzu würklich gelaſſen worden.

Nachdem er aber vor allbereit einem Jahre zu Machung der erſten Reſidenz nach Freiſing gekommen, ſo habe er ſich beygehen laſſen, dem Capitulo zuzumuthen, daß man ihn zur Probe ſeines prätendirenden ſtiftmäſſigen Adels zulaſſen, und in Anſehen des vorgewieſenen Atteſtati der Conſervatoren der Stadt Rom mit dem Prädicat eines Grafen beehren, und als einen ſolchen in dem Hochſtiftskalender ſetzen möchte.

Weilen ſie nun ihm weder in einer noch der andern dieſer unförmlich- und Capitulo nicht anders, als ſehr befremdlich gefallenen Prätenſionen willfahren können:

So habe er ihnen darüber ſogar exemplo vix unquam audito, einen Proceß coram auditore Camerae zu Rom angeworfen, und zu ſolchem Ende eine Citation, in Cauſa; wo es lediglich auf das Factum des bey den deutſchen Stiftern hergebrachten ſtiftsmäſſigen Adels, und den Titel eines Grafen ankomme, wider ſie ausgewürket.

Sie hätten auch dahero alldort ſich niemals eingelaſſen, noch litem conteſtiret, ſondern dagegen proteſtiret, deſſen ohngeachtet ſey unterm 26. Auguſt 1749. die gefährliche Sentenz erfolget;

Conſti-

Conſtitiſſe et conſtare de nobilitate Comitis de Particella a. 4. Proavis utriusque ſexus ad formam ſtatutorum; hinc illum eſſe recognoſcendum in nobilem Cathedralizatum cum titulo Comitis, prout illum recognoſcimus, et ſic recognoſci mandamus, ſicut ceteros Cathedralizatos:

Ihr Ordinarius habe dieſe Sentenz ihnen nicht nur inſinuiren laſſen, ſondern auch die Execution würklich übernommen.

Sie müßten daher ihre Zuflucht an Ihro Kaiſerl. Majeſtät als allerhöchſten Beſchützer aller Stifter nehmen, auf daß Allerhöchſtdieſelbe Sie, Capitulum, wider alle nunmehro bevorſtehende Zudringlichkeiten auf die nachdruckſamſte ſelbſt beliebige Art zu ſchützen, und an ihren Domicellaren Particella gemeſſene Dehortatoria zu erlaſſen allergerechteſt geruhen möchten.

Hierinn beſtehet alles, was das Freiſingiſche Domkapitel bey Euer Kaiſerl. Majeſtät angebracht und beſcheiniget hat.

Es ſind aber auch benebſt viele deutſche Erz- und Domſtifter, als Maynz, Trier, Salzburg, Bamberg, Coſtanz, Wirzburg, Augsburg, Regensburg und Brixen, für Freiſingen interveniendo eingekommen.

Kaiſerlicher Reichshofrath hat unter ſeine Schuldigkeit gezählet, zumalen da andurch Euer Kaiſerl. Majeſtät bekannteſtes Reſervatum der alleinig zuſtehenden Entſcheidung über die Stiftsmäſſigkeit des deutſchen Adels empfindlichſt will angegriffen werden, nicht allein Euer Kaiſerl. Majeſtät dieſes vorzutragen, was etwa zum Behuf der Partheyen nach Vorſchrift der Rechten, und römiſchen Satzungen könnte gereichen, ſondern hauptſächlich den Bedacht dahin

zu nehmen, wie man etwa bey dieſer Sache Dero ſo ſchwer, theils durch die römiſche Judicata, theils durch des Herrn Biſchofen Betragen verletzte Jurisdiction auf eine Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Gewalt anſtändige Art aufrecht erhalten, und fürs künftige ſicher ſtellen könne; dahero bittet Reichshofrath um die Erlaubniß, eine Deduction Juris placiti Caeſarei intuitu Curiae romanae voraus zu ſetzen, ſintemalen die wahre Quelle der meiſten Irrungen, die zwiſchen Euer Kaiſerl. Majeſtät und Rom nicht ſelten entſtehen, nirgends anderswo, als in Unterlaſſung des Juris placiti Caeſarei zu ſuchen iſt.

Die Literae placiti, oder wie ſie auch genennet werden, Literae Pareatis und exequatur ſind nichts anders, als Patente, vermöge welchen ein Landesfürſt die Publication und Execution der päbſtlichen Bullen und Reſcripten in ſeinen Landen erlaubet. Der Endzweck dieſes ſo nöthig als nützlichſten Rechts zielet dahin ab, damit nicht über übereilte Publication derley römiſcher Bullen und Reſcripten, Unruhe und Unordnung ſowohl in Anſehung des weltlichen, als auch geiſtlichen Standes entſtehe.

Solches Vorrecht der weltlichen Obrigkeit gründet ſich keineswegs auf eine Conceſſionem Pontificis, oder Praeſcriptionem contra ſedem Apoſtolicam, ſondern es entſpringet aus dem ſupremo Dominio principatus; weil die erſte Obliegenheit eines Oberhaupts keine andere iſt, als daß er alles Uebel und Schaden, ſo viel er vermag, von ſeinen Unterthanen und untergebenen Kirchen abzuwenden und zu unterhalten ſuche.

Dieſer aus dem Rechte der Natur herflieſſende Satz wird daher auch in dem Jure Canonico anerkannt, nämlich in Decreto Gratiani, Cap. 23. Quaeſt. 5. L. XX. allwo aus des heil. Iſidori L. III. ſentent. Cap. 53. folgende Stelle angeführt wird.

Princi-

Principes ſaeculi nonnunquam intra Eccleſiam poteſtatis adeptae Culmina tenent, ut per eam diſciplinam eccleſiaſticam muniant. — — Cognoſcant igitur Principes ſeculares Deo debere ſe rationem reddere propter Eccleſiam, quam a Chriſto tuendam ſuſceperunt, nam ſive augeatur pax Eccleſiae, ſive res ſalvetur, ille ab eis rationem exiget, qui eorum poteſtati Eccleſiam ſuam credidit.

Der berühmte Biſchof Optatus von Millevito hatte eben dieſes bereits vorhero eingeſehen, da er ſagt: *Eccleſiam eſſe in republica*; ja es findet ſich ſogar dieſer Satz in dem pontificali romano, welches Clemens VIII. 1595. zu Rom herausgegeben, mit ganz deutlichen Worten dahin ausgedrücket: Reges eſſe Dei Vicarios, et participes miniſterii Epiſcoporum propter externum regimen eccleſiae.

Aus dieſen unumſtößlichen Principiis fliesset von ſelbſt, daß das Jus placiti ſich in dem Fürſtlichen Regierungsamt ſelbſt gründe; indem, wie bereits erwieſen, und die Natur der Sachen erfordert, daß den Fürſten vermöge der Weſenheit und innerlichen Beſchaffenheit der Oberherrſchaft von Amtswegen obliege, das untergebene gemeine Weſen vor allem Schaden und Unruhe zu ſchützen, ohne hierinfalls einen Unterſchied zu machen, ſowohl in Anſehen der Perſonen als der Sachen, mithin muß auch dem Fürſten nöthwendig die Gewalt zuſtehen, über die geiſtliche Sachen, ſo weit ſie nemlich in äuſſerliche Actus ausbrechen, und andurch der Ruheſtand des gemeinen Weſens könnte geſtöhret werden, die gebührende Obſorge und Behutſamkeit vorzukehren, damit man andurch dergleichen Uebel noch in Zeiten vorkommen könne.

Wie könnte aber dieſer ſo groſſen Obliegenheit nachgekommen werden, wenn nicht einem Landes Regen=

Regenten erlaubt wäre, alles zu unterſuchen, was von auſſen in das Land gebracht wird, damit er ſehe ob nicht vielleicht etwas ſchädliches für den dermaligen Zuſtand des Landes darinn enthalten. Es muß dahero ſolchen Landesherrn nothwendig auch das Recht zuſtehen, den Befehl zu ertheilen, daß nichts von auſſen ins Land ſolle gebracht und exequirt werden, ſo vorhero nicht unterſuchet worden. Es folgt daraus von ſelbſt, daß kein Landesherr zur Ausübung des Juris placiti einen beſondern Titulum, als Pacta inter Pontificem et Principem, praeſcriptionem, privilegium aut commiſſionem aufzuweiſen vonnöthen habe, weil ein jeder Landesherr ſeine weltliche Macht allein von Gott hat, der auch dahero den gemeinen Ruheſtand, und das gemeine Heil ſammt den erforderlichen Mitteln ihrer Obſorge anvertrauet.

Hierbey iſt aber auch nicht zu läugnen, daß, wenn man nach den verſchiedenen Zeiten unterſuchet, auf was für eine Art in den katholiſchen Landen dieſes Recht ausgeübet worden, ſowohl in Anſehung der abwechſelnden Zeiten, als auch der Landen ein groſſer Unterſchied in der Ausübung ſelbſt, obſchon es jederzeit das nemliche Recht verblieben, ſich an den Tag lege.

In dem erſten Jahrhundert, nachdem die römiſche Kaiſer ſich zum chriſtlichen Glauben bekennet, iſt dieſes Recht faſt bis zum Untergang des altrömiſchen Reichs vollkommen ausgeübet worden. Damals wurde weder im Occident noch Orient ein Concilium gehalten, wo die Haupt deliberanda nicht erſt dem Kaiſer vorgelegt worden, die in ſolchem Concilio beliebte Canones wurden ebenfalls nicht allgemein bündig, wenigſtens quoad ſtatum externum gehalten, bevor die Kaiſerliche Beſtätigung nicht hinzu-

gekommen. Es konnte kein Geſetz circa diſciplinam eccleſiaſticam gemacht und publicirt werden, wenn ſolches der Kaiſer nicht genehm gehalten, und die Promulgation durch ſeine Praeſides provinciarum, oder auch durch die Metropoliten nomine Caeſaris hätten geſchehen laſſen.

Von dieſer, als einer allgemein bekannten Sache, wäre überflüſſig weitläuffige Probe allhier zu führen; man darf nur die Concilia dieſer Zeiten, die Kaiſerl. Geſetze und Verordnungen Circa res, et perſonas Eccleſiae in Cod. Theod. et Juſtinianeo, dann die ſcriptores eccleſiaſticos dieſer Zeiten nachſchlagen, ſo werden 100 Exempel anſtatt einem vorgefunden werden.

Die verſchiedenen Reiche, ſo nachhero aus den dem Kaiſerthum entriſſenen Provinzen entſtanden, wenn ſolche der chriſtlichen Religion zugethan verblieben, haben auf die nehmliche Art ſich des Juris placiti bedienet, wie ſolches beſonders von dem fränkiſchen Reich aus den Capitularibus Regum et Imperatorum francorum erweißlich.

Man darf nur die Regierung Caroli magni durchgehen, ſo ſieht man, daß er den Biſchöfen anbefohlen, ſo oft es einiger Verordnungen oder Geſetze, bey den fränkiſchen Kirchen gebraucht, hierüber zu berathſchlagen, welche ſodann ihre Meynung an den Kaiſer eröfnet: Den Beweis hievon giebt die Vorrede zu dem Synodo Moguntinae de 813. maſſen die daſelbſt verſammelten Biſchöfe den Kaiſer folgendermaſſen angeredet: „De his tamen omnibus valde indigemus veſtro adjutorio, atque *ſacra doctrina*, quae et nos jugiter atque clementer admoneat, quatenus ea, quae paucis ſuper perſtrinximus, a Veſtra auctoritate firmentur. Si tamen Veſtra pietas ita dignum eſſe judicaverit, et quidquid in eis emen-

dation

datione dignum reperitur, veſtra magnifica imperialis dignitas jubeat emendare."

Eben dieſer Kaiſer als König hat Anno 794. wegen der Lehre Felicis Biſchofen von Urgell eine Synodum nach Frankfurt berufen, wobey er ſelbſt präſidiret, und ſowohl über dieſe Lehre, als auch über den Streit wegen der Bilder decidiren, und die Decreta unter ſeinem Nahmen publiciren laſſen. Allein es iſt dieſe ſo groſſe Gewalt und Authorität circa Politicam eccleſiaſticam nach und nach verringert worden, worzu die Theilung der fränkiſchen Monarchie, unter den Carolingis, und noch mehr ihre innerliche Zwieſpalten die beſte Gelegenheit gaben. Bey dieſen Unruhen bekamen die Päbſte die ſchönſte Gelegenheit, anſtatt der kaiſerlichen bis dahin alleine befolgten Rechten verſchiedener Orten, das geiſtliche Recht einzuſchieben, und ſich einen ordentlichen weltlichen Gerichtszwang beyzulegen, mithin alle Cauſas Eccleſiam et Perſonas Clericorum concernentes privative an ſich zu ziehen.

Dieſe Uſurpation des römiſchen Hofes, und der geſammten Geiſtlichkeit, über die weltliche Obrigkeit und Oberherrſchaft wurde, nachdem der carolingiſche und ſächſiſche Kaiſerſtamm erloſchen, immer weiter ausgebreitet, und mithin auch feſtgeſtellet.

In dem deutſchen Reiche gediehe es aber damit auf das Höchſte, nachdem es dem Pabſt Gregorio VIII. gelungen, die bürgerlichen Kriege zwiſchen Haupt- und Gliedern, ja Vater und Sohn anzuſpinnen, deren Wunden ſowohl die deutſche Kirche, als auch Reiche bis auf den heutigen Tag empfindet.

Maſſen dieſer mit ſo groſſer Liſt ausgedachte, und mit ſo vieler Mühe in das Werk geſetzte Staatsſtreich ſo wohl vor den römiſchen Stuhl ausgeſchlagen, daß faſt Niemand mehr an den Verluſt eines ſo

anſehnlichen Theils der Obriſtrichterlichen Gewalt gedacht, noch weniger aber getrachtet, ſolches wiederum habhaft zu werden; es würde dahero auch, allem Anſehen nach, der päbſtliche Stuhl ſoche immerhin ganz ruhig ausgeübt haben, wenn er ſich nicht beygehen laſſen, auch die noch übrig weltliche Cauſas ſub Praetextu Jurisdictionis eccleſiaſticae von dem weltlichen foro ad Eccleſiaſticum zu ziehen, wodurch endlich aller Gerichtszwang blos von der alleinigen Geiſtlichkeit würde abgehangen haben.

Allein durch dergleichen unerwarteten gewaltſamen Vorgang erwachten endlich die weltlichen Fürſten, und fiengen an wegen dieſer allzugroſſen Zergliederung der weltlichen Gewalt aufmerkſam zu werden. Dieſer bishero angeführte Vorgang der Sachen erhellet klar aus der Verbindung, ſo die Barones Franciae 1246. unter ſich errichtet; ſie erklären ſich darüber in dem gefertigten Inſtrumento:

Quia clericorum ſuperſtitioni non attendens, quod bellis, et quorundam ſanguine ſub Carolo magno et aliis Regnum Franciae de errore gentilium ad fidem catholicam ſit converſum, primo quadam humilitate nos ſeduxit, quaſi vulpes ſe nobis obponentes ex ipſorum Caſtrorum reliquiis, quae a nobis habuerant fundamentum, Jurisdictionem ſaecularium Principum ſic abſorbent, ut filii ſervorum per ſuas leges judicent liberos, et filios liberorum, quamvis ſecundum leges priorum triumphatorum deberent a nobis potius judicari, et per novas Conſtitutiones non deberet antecesſorum noſtrorum Conſuetudinibus derogari, cum nos deterioris Conditionis faciant, quam Deus etiam voluit eſſe gentiles, cum dixerit: Reddite, quae ſunt Caeſaris, Caeſari, et quae ſunt Dei, Deo; nos omnes Regni Majores attento animo percipientes, quod

quod regnum non per jus ſcriptum, nec per clericorum arrogantiam, ſed per ſudores bellicos fuerit acquiſitum, praeſenti Decreto omnium Juramento ſtatuimus, ut nullus Clericus, vel Laicus alium de cetero trahat in cauſam coram ordinario Judice, vel delegato, niſi ſuper haereſi, matrimonio, vel uſuris, ammiſſione omnium bonorum ſuorum, et mutilatione unius membri imminente, certis a nobis ſuper hoc Executoribus deputatis, ut ſic Jurisdictio noſtra reſuſcitata reſpiret, et ipſi hactenus ex noſtra depauperatione dicati, quibus Dominus propter eorum ſuperbiam profanas voluit relevare contentiones, reducantur ad ſtatum eccleſiae primitivae, et in contemplatione viventes nobis ſicut decet, activam vitam ducentibus oſtendant miracula, quae dudum a ſeculo receſſerunt. Ita Préus, des Libertés de l'Egliſe gallicane, tom. L. C. 7. N. 8. fol. 229.

Etliche Zeit vorhero, nämlich 1235. ſtellten ſie dem Pabſt vor, die erwähnte Gravamina zu heben, und ſie bey ihren alten Freyheiten und Rechten zu belaſſen. Der Schluß von dieſer Vorſtellung war folgender:

Idcirco veſtrae ſupplicamus Paternitati, quatenus dominum Regem regni dignitates, et noſtras illibatas ſervare velitis, eo modo, quo noſtrorum anteceſſorum fuerint temporibus obſervatae, ſcienter, quod talia gravamina Dominus Rex, et nos non poſſumus ulterius tolerare.

Bey dieſen Umſtänden dachte man nun auf Mittel, wie man dieſen Eingriffen fürs künftige begegnen konnte, und man hielt endlich, nachdem alle andere Vorkehrungen nicht hinlänglich geweſen, für das ſicherſte und einzige Mittel ein allgemein Verbot ergehen zu laſſen, daß hinführo keine römiſche Bulle,

Proviſion oder Reſcript weder zu publiciren, noch zu exequiren ſey, bis ſie nicht vorher von den zu dieſem End nieder zu ſetzenden Commiſſariis würden durchſehen, examinirt, und alsdenn von ihnen das exequatur regium ertheilet ſeyn.

Frankreich, ein Erbreich, gab deswegen zuerſt öffentliche Edicta heraus. Man findet bereits folgendes Antwortſchreiben des Herzogs von Burgund an Philipp König von Frankreich de 1296. welcher ihm geklagt, daß der Pabſt gewiſſe Verordnungen habe in dem Königreich, ohne ſeine vorläufige Einwilligung eingeholet zu haben, darnach publiciren laſſen, L. C. Rom. C. 7. N. 11. fol. 231.

Super his igitur excellentiae veſtrae per Literas noſtras patentes, et nuntium noſtrum notificamus, quod non videtur nobis juſtum, et rationabile, nec licitum P. Papae, vel alii, quod in regno veſtro inſtitutionem faciat, niſi de Concilio veſtro et veſtrorum; quare vos, et alii veſtri Barones, et fideles ſervitium, et Juſtitias hominum ſuorum, debitas perdant, conſulimus etiam vobis, quod nullo modo patiamini, quod aliquis in regno veſtro aliquod novum inſtituat, quod temporibus praedeceſſorum veſtrorum inſtitutum non fuerit, vel ordinatum, vel uſitatum.

Ob nun ſchon die Krone Frankreich, wie aus angeführtem erhellet, ſich äuſſerſt angelegen ſeyn lieſſe, alle ungebührliche Ausdehnung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit ſo viel möglich einzuſchränken, ſo iſt es doch erſt in dem 15. Seculo geſchehen, daß man auf das wahre Mittel, nämlich das Jus placiti, ſive exequatur Regium verfallen.

Ludovicus XI. war der erſte, der ſolches durch ein Edict den 8. Jan. 1475. hat publiciren laſſen. Deſſen Innhalt gieng dahin, daß man alle Bullen,

Breven

Breven und Reſcripte, ſo von Rom kommen würden, ehe man ſolche zu publiciren verſtatte, ſollte einſehen, und dabey in Obacht nehmen, ob nichts gegen das Recht des Königreichs, und die Freyheit der franzöſiſchen Kirche darinnen enthalten, in Verbis:

Comme nous avons été avertis, que pluſieurs Meſſagers et autres gens de divers états, ont aporté à notre Royaume, pluſieurs Bulles, Lettres, et autres Proceſſus, et Ecritures de la cour de Rome, grandement contraires, et praejudiciables à nous, et aux franchiſes et libertés de l'Egliſe gallicane, pourquoy nous voulons à ce pourvoir, avons par l'avis, et deliberation de pluſieurs Seigneurs de notre ſang, et lignage, et gens de notre Conſeil aviſé, conclus, et deliberé de mettre en aucuns bonnes Villes de notre Royaume aucunes Perſonnes notables, et à nous ſeures et viables auxquelles manières des gens de quelque état, et condition, qui étoient venant de la dite Cour de Rome, ſeront tenuis, montrer et exhiber les lettres, Bulles, et autres Ecritures, qu'ils porteront pour être veus et viſités, et ſavoir, ſi elles peuvent tourner à aucun préjudice ou dommage à nous, et autre privileges, franchiſes, libertés de la dite Egliſe Gallicane.

Von dieſer Zeit an hat man beſtändig in Frankreich ſcharf darauf gehalten, und zwar ſub poena nullitatis, et confiſcationis der Temporalium desjenigen, ſo eine Bulle, ohne vorher das Exequatur erhalten zu haben, hätte publiciren laſſen.

In dem Königreich Spanien, obſchon ſolches jederzeit eine ganz beſondere Devotion vor Rom bezeuget, iſt dieſes Jus placiti ebenfalls in der ohnverrückten Uebung, wie ſolches Covaruviſias Cap. 35. pract. quaeſt. N. 4. und Hieron. Cevallos in opere

ſuo Communium contra communes in prologo. Tom. 5. N. 160. bezeugen. Nicht minder kann hiervon Franc. Salgado in tractatu de ſuppl. ad ſantiſſ. nachgeleſen werden.

Ja es hat ſogar die Krone Spanien dieſes Recht des Placiti in dem Königreich Neapel, ob ſchon ſolches von dem römiſchen Hof zu Lehen gehet, ſchärfeſt ausgeübet.

Gianone in ſeiner Hiſtorie von Neapel redet hiervon in Tom. 4. L. 33. C. 1. fol. 201. alſo:

L'exequatur regium, che ſi da nell' regno non pare alle proviſte, che ſi fanno in Roma delle Prelature, et altri Benefici del' regno ma a tutti le bolle et reſcritti del Papa, anche à previ di Giubileo, et S. Indulgenze, ed al qual ſi Voglia proviſione, che ſi venga da Roma.

Noch merkwürdiger aber iſt der Brief, den der König in Spanien 1508. den 22. May an den Viceroi geſchrieben, bey Gelegenheit eines Breve, ſo der Pabſt nach Neapel geſchrieben, und ſolches hat befolget wiſſen wollen, ohne vorhero hierüber das Placet erhalten zu haben.

Van Eſpen führet ſolchen in app. docum. ſub Lit. A. in tract. de Jur. placiti an; der Befehl an den Vicekönig gehet dahin, daß wenn er noch den Curſorem apoſtolicum ſollte antreffen, oder ſolchen habhaft könnte werden, ſo ſollte er denſelben alſobald aufhängen laſſen. Darzu ſchreibt der König noch

Scripſimus de illa materia Hieronymo de Viges legato noſtro in Curia Romana, quod videbitis per Extractus, et reſolvimus, ſi ſua Sanctitas non revocet Breve, et omnes actus ſequutos, ſubtrahere volumus ejus obedientiae, omnia regna coronarum Caſti-

Caſtiliae, et Arragoniae, et uti aliis viis conventionibus ſecundum exigentiam caſus adeo gravis, et momentorii.

In Portugall müſſen die Bullen und Reſcripta papalia erſt von dem Reichskanzler überſehen werden, ehe ſie dürfen publiciret werden. Dieſes wurde alſo gehalten, bis 1486. wo Joannes II. dieſes ſein Recht dem Pabſt Innocentio VIII. nachgelaſſen. Es declarirten aber damals die Portugieſiſchen Collegia und Rechtsgelehrte, daß es nicht in den Mächten des Königs geſtanden, ſolche Renunciation zu thun, weil ſolche contra bonum publicum des Staats ſey. Dergleichen Privilegio, könnte er nicht anders als auf einem allgemeinen Landtage vergeben, maſſen es eine Sache, ſo das ganze Publicum betreffe. Auguſt. Manuet. in Hiſtor. Joann. II. L. IV. p. 178.

Auf gleiche Art hielt man es in England, ſo lang es Katholiſch geweſen. Eadmerus giebt hiervon Zeugniß L. V. p. 113. wenn er von Wilhelmo duce Normaniae nachmalen Könige von Engelland ſchreibt:

Non ergo pati volebat, quemquam in omni ditione ſua Conſtitutum Romanae urbis Pontificem pro apoſtolico niſi ſeſe jubente recipere, aut ejus Literas ſi primitus ſibi oſtenſa non fuiſſent, ullo pacto ſuſcipere.

In den Niederlanden trift man hievon bereits ein ſtatutum de 12. Septemb. 1481. an, item de 28. Octob. 1493. de 20. Mai 1497. und von Carolo V. de 20. Octob. 1591.

Von dem Herzogthum Mayland atteſtiret es Menoch in tractatu de Jurisdict. L. I. C. 19. von Savoyen, Anton Faber ad Codic. L. VII. Tit. de append. ab abuſu, von Sicilien Mario Guttello ad Leg. Frider. Not. 46. von Venedig Franc. Paolo Farpi, von Florenz Angelo Conſiglio 20. und von

den übrigen italiäniſchen Staaten Anton. Tamato Tom. II. reſol. 28. et 32. Jac. de Craſſis L. IV. decis. aurear. ſuper Explicat. Bullae in Coena Domini, Cap. 18. No. 20. Daraus erhellet klar, daß faſt alle Souverains *) in Europa ſich dieſes Rechtes bedienet. Es bleibt alſo nur noch übrig, wie es bey dem deutſchen Reiche mit dem Jus placiti von Zeiten zu Zeiten gehalten worden.

So lange die Kaiſerl. Monarchie in Flor geſtanden, wohin ſie ſub Carolo magno et Ottone gelanget, ſo lange war auch die Kaiſerl. Präeminenz in Anſezung des Pabſtes ſo groß, daß ſogar deſſen Wahl, wenn ſie gültig seyn ſollte, vom Kaiſer mußte genehmiget werden; iſt alſo der Pabſt allezeit in der größten Dependenz von dem Reich geſtanden, welche ſogar Gregorius VII. bey ſeiner eigenen Wahl noch ſelbſt anerkennet, maſſen er ſich nicht wollte als Pabſt geriren, bevor er nicht das Placet von Henrico IV. erhalten.

Als aber nachhero die groſſen bürgerl. Kriege auf Anſtiften eben gedachten Pabſtes entſtanden, welche zum Prätext das Jus inveſtiendi Epiſcopos cum baculo et annulo hatten, und bald die Kaiſer die Päbſte, bald dieſe die Kaiſer abſezten und excommunicirten, ſo gieng alles darunter und darüber, und man lebte damalen faſt in einer Anarchie, in welcher das Recht des Stärkſten allein galt, und weder der Pabſt den Kaiſer, noch der Kaiſer den Pabſt anerkannte.

Demohngeachtet finden ſich Spuren, daß man bey gewiſſen Gelegenheiten ſich des Jur. placiti Caeſarei erinnert und bedienet.

Gleich

---

*) Rechnete man beym Reichshofrathe Mailand und Toſcana i. J. 1749. auch zu den Souverainen Staaten? —

Gleich nach den gröſten Irrungen, ſo zwiſchen dem Imperio und Sacerdotio tempore Henricorum und Friderici I. entſtanden, machte Fridericus II. zum favor der Geiſtlichkeit bey ſeiner Krönung in Rom ein Geſetz, ſo nachmalen dem Cod. Juſtinianeo L. I. Tom. 2. de S. S. Eccleſ. einverleibet worden. Aus ſolcher Lege erhellet deutlich, daß die Kaiſer davor gehalten, daß auch die von den Päbſten und Geiſtlichkeit gefertigte Verordnungen, wenn ſie ſollten in dem Reiche für verbindlich und als wahre Geſetze angeſehen werden, der Kaiſerl. Genehmhaltung, mithin des Placit. Caeſar. vonnöthen hätten.

In verbis: Caſſa et irrita eſſe denuntiari per totam Italiam praecipimus omnia ſtatuta, et conſuetudines contra Libertatem Eccleſiae ejusque perſonas inductas adverſus canonicas, et *Imperiales* ſanctiones, et ea de Capitularibus penitus aboleri mandat nova Conſtitutio.

Der Kaiſer hebt andurch jene Statuta und Gewohnheiten in Italien auf, ſo den geiſtlichen Geſetzen, welche durch die Kaiſerl. Publication bekräftiget, zuwider lieſen, maſſen auſſerdem dergleichen geiſtliche Verordnungen in dem Reich für verbindlich nicht angeſehen wurden, und dahero auch von der weltlichen Gewalt nicht ſind geſchäzet worden.

Daß dieſer Schluß dem wahren Verſtand der angeführten Stelle gemäß, veroffenbaret ſich aus den Wörtern ſelbſt, wenn man ſolche nur genau wieget.

Der Kaiſer verordnet, die Statuta und Gewohnheiten, ſo adverſus canonicas, et NB. *Imperiales ſanctiones* eingeführet, ſollten aufgehoben ſeyn; andurch werden ganz deutlich nur jene Sanctiones canonicae verſtanden, zu welchen die Kaiſerl. Gewalt nicht concurriret. Um hiervon noch mehreres überwieſen zu ſeyn, ſo darf man ſich nur auf das erinnern,

was bereits oben wegen der Kaiſerl. Confirmation der Conciliorum et Synodorum angeführet worden, ſo ſieht man daraus, daß die wahre uralte Kirchendiſciplin mit der jetzo gemachten Auslegung übereinſtimme.

Dieſes hat auch bereits der gelehrte Erzbiſchof von Paris Petrus de Marca in ſeinem Buche de concordia Sacerdotii et Imperii gar wohl angemerket, L. II. C. 11. §. 7. form.

Eadem eſt omnino ſententia Friderici III. Imp. cujus conſtitutio extat inter Honorii III. epiſtolas, quam Romae ipſa die inaugurationis ſuae edidit 1220. quaeque relata eſt in codice poſt Maricam legem, etenim Fridericus irrita eſſe jubet omnia ſtatuta, et conſuetudines, quae contra Libertatem Eccleſ. edita ſunt, adverſus Canones, qui ex principum edicto, aut Conſenſu promulgati ſunt.

Man findet ferner in der deutſchen Reichshiſtorie, daß der Ludovicus Bavarus ſich des Juris placiti gegen die häufige Bullas et Sententias, ſo gegen ihn von den damal zu Avignon ſitzenden Päbſten erlaſſen worden, gebrauchet, wie dieſes ganz deutlich in einer Stelle, ſo man bey Rebdorf ad 1393. antrift, enthalten.

Eodem anno dictum eſt, ut nullus literas ſedis apoſtolicae recipiat, vel exequatur ſine licentia Dioeceſanorum Loci.

Es hatte nämlich der Kaiſer den Biſchöfen dieſe Unterſuchungscommiſſion aufgetragen, welches er damals deſto ſicherer thun konnte, da bereits der bekannte Churfürſten-Schluß zu Renſe erfolget, auch niemand unter den Biſchöfen als der von Straßburg es mit dem Pabſt hielt.

Zu wünſchen wäre es, daß man dieſes Edictum ſelbſt noch vorfände, indem nicht zu zweifeln, daß ſelbiges viele ſtattliche Exempel und Zeugniſſe von dieſem Kaiſerl. Vorrecht werde enthalten haben, maſſen ſich der Kaiſer jederzeit gelehrten und wackeren Männern zu Verfechtung der Kaiſerlichen Jurium gegen den Pabſt gebrauchet:

Einen ferneren beſondern Beweis des Kaiſerl. Placiti geben die Acta depoſitionis Dietheri von Iſenburg Erzbiſchofen von Maynz in Müllers Reichstags-Theatro in der 4. Vorſtellung C. 11. fol. 46. Pabſt Pius II. wollte Dietherum als einen Excommunicatum, Simoniacum et rebellem contra ſedem pontificiam der Erzbiſchöflichen Würde 1461. entſetzen, und Adolphum von Naſſau an deſſen Stelle erheben. Bevor er nun die Bullam depoſitionis et proviſionis publiciren ließ, erſuchte er den Kaiſer Fried. IV. daß er hierzu einwilligen, und die Publication möchte geſchehen laſſen, wie ſolches deutlich in dem Mandat, ſo der Kaiſer derenthalben an Friedericum Churfürſten zu Sachſen damalen erlaſſen; geſagt wird: Verbis:

Uns hat unſer heiliger Vater Pius unterrichtet, wie ſeine Heiligkeit um merklicher Verhandlung und freventlichen Ungehorſam, ſo Diether von Iſenburg Erzbiſchof zu Maynz wider den Stuhl zu Rom begangen hat, in Meinung und Fürnehmen ſey, denſelben der Erzbiſchöflichen Würde darum zu entſetzen, und mit einer tauglichen Perſon zu beſetzen, nämlichen mit Adolph von Naſſau, und uns angelangt, daß wir als Röm. Kaiſer zu ſolcher Entſetzung und Fürſehung unſern Willen geben wollten, ſo gebieten wir ꝛc.

Es erſcheinet nicht minder, aus dem, was bey der Acceptation des Concilii tridentini in Anſehung der katholi-

katholiſchen Ständen vorgegangen, daß die deutſche Kirche jederzeit geglaubt, daß ihre Acceptation ohnumgänglich vonnöthen, ehe dergleichen Geſetze in Deutſchland als verbindlich anzuſehen.

Das Concluſum wurde geendiget, den 4. Septemb. 1563. und wurde darauf zu Rom vom Pabſten beſtättiget und publicirt den 26. Jan. 1564. demohngeachtet nahmen es die katholiſchen Reichsſtände nicht ehender an, als in Comitiis Auguſtanis de 1566. zum deutlichen Merkmale, daß ſie davor gehalten, quod conſenſus civilis poteſtatis in imperio adeſſe, et concurrere debeat ad effectum legis publicae faciendae.

Es hat ſich aber noch ein neueres, und merkwürdigers Exempel unter Rudolpho II. zugetragen, deſſen Gedächtniß die Deutſche dem Pithaeo, ſo die probat. ad Libert. Eccl. gallicae herausgegeben, zu danken haben: Tom. I. p. 323. Und obſchon dieſe Stelle etwas weitläufig, ſo iſt es doch wegen ihrer ſonderbaren Wichtigkeit nöthig, ſolche allhier von Wort zu Wort anzuführen.

Nur iſt im Voraus zu erinnern, daß der Auctor an obgedachtem Ort von einem Arreſto oder Prohibition redet, ſo der franzöſiſche Hof gegen die Bullam in Coena Domini 1580. den 4. Octob. herausgegeben; die Stelle des Auctoris iſt folgende:

En conſequence de cet Arrêt il eſt à propos de faire voir ce qui ſe paſſa à la Cour de l'Empereur Rodolf II. en l'année 1586. et ce par les letres du Sieur Encel Reſident pour le Roi près du dit Empereur. Voici ce qu'elles contiennent du 10. Juin 1586. de Prague. Sire! En même tems, que les Ambaſſadeurs de Saxe ont ſejourné par deçà le nouveau Nonce du Pape a bien tant entrepris, ſans le ſceu et conſentement de ſa Maj. Imp. que de faire

faire publier et afficher aux portes des Egliſes catholiques de cette Ville, la Bulle appellée *in Coena Domini*, par laquelle ſont excommuniés nommement entre les premiers Hérétiques ceux de ce Pays qu'on appelle Huſſites, et enſemble les Luteriens, laquelle choſe fut ſi ſiniſtrement interpretée des dits Ambaſſadeurs, qu'après en avoir retiré quelques Copies, ils delogèrent d'y fort malcontens, et en intention de faire hautement ſormer à l'endroit de cour maitre un tel affront, dont le dit Seigneur Empereur, et ſes miniſtres auront de la peine de ſe juſtifier, et ce dit Nonce encore davantage pour être excommuniés en ce Royaume, où cet Empereur comme les autres Rois, a juré ſolemnellement à ſon ſacré de maintenir les dits Huſſites auſſi bien que les Catholiques, leſquelles conjointement ont en ces jours fait de grandes plaintes, à ce dite Maj. la ſuppliant de prévenir, cy après telles nouveautez, qui pourroient cauſer emotion entre le Peuple, dont touts les Cattoliques, qui ne ſont la ſixieme partie de cette Ville, ni de tout le Royaume et le Nonce du Pape même ſeroit entre grands dangers. Car pour cette heure, on y a remedié à l'inſtant, ayant la dite Bulle arrachée des endroits, où elle étoit, et tous les Exemplaires enlevés par l'Archevêque, qui ſur la munition du dit Nonce les avoit fait imprimer. Cette même Bulle fut envoyée il y a quelque tems à l'Archevêque de Mayence, lequel, quoique il ſoit Prince du temporel auſſi bien, que du ſpirituel, ne la voulut recevoir, ni faire ou publier en ſes Pays, comme choſe, qui dut être, pour apporter du plus de dommage à la Religion Cattolique, et au Pays de la Germanie, que pour profiter aucunement, ou avancer le ſervice divin, et les principaux officiers de cette cour ont declaré au dit Nonce, lequel depuis n'a pu obtenir

obtenir audience de ſa dite Majeſté, que s'il continue d'exercer en telle ſorte la Jurisdiction de ſa Sainteté ſans aveu du dit Seigneur Empereur, on ſera contraint de faire en ſon endroit quelque reſſentiment peu plaiſant et agreable.

In einem andern Brief von 24. Jun. erzählet dieſer franzöſiſche Miniſter, was ferner in der Sache erfolgt.

Sire, pour retourner à la Bulle d'Excommunication pour laquelle l'Empereur a fait grande démonſtration de mécontentement tant envers l'Archevêque de cette ville, qui a été en danger d'être deposé à cette occaſion, qu'envers le Nonce du Pape même, auquel les principaux officiers de cette cour n'ont voulu parler l'eſpace de 15. jours, quoiqu'il les rechercha, lui ayant enfin été delivré un decret de ſa Maj. avec defenſe de plus entreprendre de publier, ou executer Bulle de notre ſaint Pere ſans l'admis, et approbation de ſa dite Maj. laquelle d'autre coté après avoir fait enlever tous les exemplaires de la ſusdite Bulle, a écrit aux Evêques de Sileſie et Moravie, et autres non ſeulement de ne la faire publier, mais auſſi de ne recevoir celle là, ni autre ſans ſon exprès commendement.

Im folgenden Jahre 1587. den 19. May macht gedachter Miniſter abermal Meldung von dieſer Sache.

Vendredi dernier arriva l'Archevêque de Barri, nouveau Nonce du Pape, qui leve le ſiege à l'Evêque de Plaiſance duquel l'Empereur a pourſuivi le rapport depuis le tems, qui fit publier par deça la Bulle in Coena Domini.

Dahero ſchreibet auch erwähnter Pithoeus, da er von einem andern Ort de Jure placiti handelt:

Ceci

Ceci s'obſerve dans l'Empire par la pratique ordinaire, und beruft ſich auf das angeführte Exempel. Petrus de Marca in tract. de Concord. ſacerd. et Imp. giebt ein gleichlautendes Zeugniß L. II. C. 12. 180. wenn er ſagt, quod in Germania quoque obſervari notum eſt.

Mit beyden ſtimmt van Eſpen überein in pag. 2. de plac. Reg. C. 1. §. 2. fol. 9. in verbis: Hunc quoque uſum jam pridem viguiſſe, apud Germanos probat inprimis, quod circa Bullam in Coena Domini factum eſſe circa an. 1586. narratur auctoritate Rudolphi II. Imp. qui legatum apoſtol. cohibuit a promulgatione Bullae in Coena Domini, quam ille in Bohemiam jam coeperat programmate publico inſinuare, cum perturbatione ſtatus illius Regni, qui Imperator hac occaſione generaliter edixit, ne illae Bullae Pontif. deinceps niſi ſe conſcio et probante emitterentur in lucem, atque executioni mandarentur.

Nun könnte man einwenden, daß Kaiſer Rudolph dieſes als König in Böhmen nicht qua Kaiſer gethan; allein dieſer Einwurf, wenn man ihn auch ganz eingeſtehet, macht die allerhöchſte Befugniß, circa jus placiti nicht ſchlechter.

Wenn ein mit Lehens-Pflichten dem Reiche zugethaner König, wenn ein Churfürſt von Maynz ſolches in ihren Landen ausüben, wer will dieſes Recht dem Kaiſer im Ganzen abſprechen?

Es kann ja ſogar ein Kaiſer vor dem römiſchen Stuhl alle die Freyheiten und Exemtionen mit Recht fodern, die der König in Frankreich in ſeinen Landen vi poteſtatis regiae genießet, wenn nur anderſt derley Jura nicht expreſſe per concordata hinweggegeben, und darauf renunciiret worden; denn es iſt bekannt, daß die Freyheit der franzöſiſchen Kirchen in

ältern Zeiten auf keine andere Stütze von den Franzoſen ſelbſt gegründet worden, als auf dieſe, daß nämlich das Königreich ein Theil des Kaiſerthums ſey, ſo Carolus magnus im Occident auf die franzöſiſche Monarchie gebracht; was alſo dem Ganzen zukäme, gebühre auch einem Theil davon.

Preuv. de Lib. d. l'Egl. Gàil. Tom. I. ſol. 269.

Man findet auch ſogar in den päbſtlichen Bullen noch klare Ueberbleibſel von dieſen kaiſerlichen Rechten, und zwar ſelbſt in der Bulla proviſionis, ſo 1738. X. Cal. Jan. vor den Particella gefertiget worden, dazu von dem Canon. Zenker, die ihm vormal per Proviſionem conferirte Praebenda zu Freyſing abgenommen und dem letztern conferirt worden. Darinn ſagt der Pabſt: prout decernimus etc. quo circa vos — Romanum Imp. ad praeſentium noſtrarum immo verius apoſtolicarum literarum executionem efficaciter adimplendam ac fieri permittendam benigne *in Domino hortamur, atque rogamus.*

Aus dieſer ex antiqua formula beybehaltenen Stelle iſt nicht unſchwer abzunehmen, daß der römiſche Stuhl ſelbſt das Kaiſerliche Jus placiti anerkannt. Daß aber jemal ein Kaiſer dieſes Recht cum conſenſu Imperii ſollte hinweggegeben haben, ſolches wird niemal zu erweiſen ſeyn, wenigſtens in deren Concordatis Nationis Germanicae kommt nicht das geringſte vor. Ein Recht aber, was der Kaiſer und das Reich nicht hinweggegeben, und doch einmal gehabt, deſſen Ausübung kann Kaiſerl. Majeſtät niemals verwehret, noch vom römiſchen Reich bezweifelt werden.

Wollte man vielleicht hier fragen, warum haben dann die Kaiſer dieſes Recht ſo lang nicht ausgeübet?

Allein

Allein davon iſt wohl keine beſſere Urſach, als das ſo weit von den Ständen nach und nach hinausgetriebene Jus territoriale, maſſen es das Anſehen gewinnet, als wenn ſie davor hielten, daß das Jus placiti vi ſuperioritatis territor. ihnen in ihren Landen gebühre, und Kaiſerl. Majeſtät dabey die Hand nicht einzulegen hätten.

In wie weit aber dieſer Satz gegründet, iſt in folgendem zu unterſuchen.

Wahrſcheinlich aber iſt es, daß zu dieſem anmaßlichen Recht der Reichsſtände, beſonders der Erz- und Biſchöfe, das oben angeführte Edictum Königs Ludovici Bavari, die erſte Gelegenheit gegeben. Solches erhellet aus einer Stelle, die man in declaratione Nationis Gallicae de annatis non ſolvendis, ſo bey dem Concilio zu Koſtnitz 1417. übergeben worden, antrifft, wovon einige den Nicolaus de Clermangis als Authorem angeben. Verbis:

Van der Hart de Conc. Conſt. T. I. p. 783. porro nec admittuntur literae apoſtolicae, niſi quantum placet Epiſcopis, etc. Es ſcheinet alſo aus dieſem, daß die Biſchöfe ſich der ihnen einmal aufgetragenen Kaiſerl. Commiſſion wegen Unterſuchung der Bullae Romanae auch nach ſeinem Tode fortgefahren zu gebrauchen, ja ſich nach und nach dieſes Recht als einen ihrer biſchöflichen Gewalt anklebenden Vorzug zugeeignet.

Dem ſey aber wie ihm wolle, ſo kann Kaiſerl. Majeſtät eine Präſcription von Rom aus contra ſimilia Jura Regni, die aus der unveränderlichen Eigenſchaft der Oberherrſchaft ſelbſt herfließen niemal mit Beſtand Rechtens obmoviret werden, noch Allerhöchſtderoſelben die Gewalt und Mittel entzogen werden, Dero Unterthanen wider alle Ungebühr und Gewalt zu ſchützen.

Reichshofrath iſt daher der Meynung, daß Euer Kaiſerl. Majeſtät in Anſehung des römiſchen Stuhls das Jus placiti im deutſchen Reich auszuüben, noch heute berechtiget ſeyen.

Ob aber Kaiſerl. Majeſtät nach heutiger Reichsverfaſſung befugt, den Befehl an die Reichsſtände dahin zu geben, daß ſie ins künftige von keiner päbſtlichen Bulle in ihren Landen die Publication mehr geſtatten ſollen, ehe und bevor Kaiſerl. Majeſtät das Placet nicht ertheilet, ſolches iſt eine Frage, ſo etwas ſchwerer.

Gehorſamſter Reichshofrath meynet, daß ſolche zu diſtinguiren, daß es denen mit der Landeshoheit verſehenen reſpect. Ständen zuſtehe, in ihren Ländern das Jus placiti intuitu Curiae Romanae ſelbſt auszuüben, jedoch blos in Sachen, und gegen Perſonen, ſo ihrer Landesherrlichkeit unterworfen. Die Urſach dieſes findet ſich bey Reinhard de Jur. princ. Germaniae praecipue Saxon. circa ſacra ante tempora Reformat. fol. 47. in Verbis: quia Jus circa ſacra ſtatibus Imperii vi ſuperioritatis in Territorio competit, poſtquam haereditario Jure, et cum ſumma poſt Majeſtatem poteſtate regiones ſuos obtinuerunt.

Die höheren Reichsſtände haben dieſes Recht ordinandi ſtatum externum Religionis bereits ſich ſchon lang vor dem weſtphäliſchen Frieden zugeeignet.

Man findet in den Reichsgeſchichten, daß Kaiſer Heinrich Arnulpho Herzoge in Bayern dieſes Recht übertragen, wie ſolches bey Luitprando angeführet wird.

Sacrarum aedium quoque, operum eccleſiaſticarum, epiſcoporum, ſacerdotum omnium curatorem jubeo te eſſe, et patronum illos tibi in clientelas dico, modo nomen regis inutile abdicato.

Alber-

Albertus ſtudens ad an. 920. ſtimmt damit überein, da er von Arnulpho ſchreibt, cui etiam conceſſit, ut pontifices Bavariae ſuae poteſtati in dignitatem conceſſionibus ſubjacerent.

Andreas Presbyter apud Schilter. pag. 16. leget das nemliche Zeugniß in verbis: Qui concilio eorum electioni ipſius Henrici conſenſit, ea tamen conditione, ſicut ex concilio habuerat, ſi ſibi hoc quod deceſſores ejus non habuerunt, concederet, ſcilicet, ut totius Bavariae Pontifices ſuae poteſtati ſubjacerent, unoque defuncto alterum ordinare liceret, Arnoldus igitur miles Henrici efficitur, ut ab eo, ut dictum eſt, conceſſis ſibi, a totius Bavariae Epiſcopis honoraretur.

Nachdem aber die Herzog- und Fürſtenthümer, völlig erblich geworden, haben ſie das Jus circa ſacra non ex ſpeciali conceſſione Caeſarea, ſed jure proprio ausgeübt. Dieſer Satz kann auch mit ſehr vielen Exemplis beſtättiget und erwieſen werden, davon man nur einige aus Reinhardo anziehen wollen:

Herzog Albrecht und Ernſt zu Sachſen haben nach dem Tode Wilhelmi III. Nicolao Abten von St. Georgen ſeine von dem Pabſte erhaltene Privilegia und Bullas beſtättiget, Anno 1482. auf folgende Art: „Und haben des vorgenannten Abten Bitte angeſehen, in ſein und ſeines Ordens erworben päbſtlichen Bullen, Privilegien, Freyheit und Gerechtigkeit gewilliget ꝛc. bewilligen, erneuern, beſtättigen und confirmiren, auch die gegenwärtige in Kraft dieſes Briefs."

Herzog Wilhelm zu Sachſen hat 1451. den römiſchen Legaten, ſo zur Reformation des Cleri in Sachſen geſandt waren, erlaubet, die Bullas zu publiciren, und ſeinen Unterthanen befohlen, dieſen nachzuleben; id circo ab omnibus deſideramus, ut

 hujus-

hujusmodi Bullis, et Mandatis apoſtolicis juxta omnem eorum tenorem prout tenemini, promto animo libenter obediatis, et ſatisfaciatis.

Aus welchem allen denn ziemlich erwieſen zu ſeyn ſcheinet, daß die Reichsſtände das Jus placiti, in Betracht der päbſtlichen Bullen, ſo Sachen oder Perſonen betreffen, die ihrer Landesbotmäſſigkeit unterworfen, Jure proprio auszuüben berechtiget ſind, wie denn auch der üble, oder gute Effekt daraus ihnen allein nützt, oder ſchadet.

Ganz anderſt aber verhält ſich die Sache, wenn die päbſtliche Bullen Sachen oder Perſonen betreffen, über welchen die Reichsſtände in Caſu hypothetico keine Jurisdiction hergebracht, v. g. wenn der Pabſt wie in Caſu praeſcripto über die Qualität des deutſchen Adels intuitu receptionis ad Capitulum wollte den rechtlichen Ausſpruch machen, oder er ließe eine ſolche Verordnung ergehen, ſo der Freyheit der ganzen deutſchen Kirche zu nahe trete. Denn da müßte man dafür halten, daß in derley Fällen kein Reichsſtand ob deficientem jurisdictionem befugt ſey, derley Bullas zu unterſuchen, ſondern er iſt gehalten, die Kaiſerl. Entſchließung in Anſehung des Placiti abzuwarten, indem die Sache alsdenn, oder in die Kaiſerlichen Vorrechte, oder in die Curam et Directionem totius reipublicae einſchlaget, welche beeden Fälle niemals unter die reichsſtändiſche Jurisdiction gehören können, auch nicht von ihrer Ermäſſigung abhangen, ob die in derley Sachen ergangene Reſcripta romana zu publiciren oder nicht?

In derley Fällen ſtehet alſo Kaiſerl. Majeſtät allein das Jus placiti zu, und können Allerhöchſtdieſelben von den Reichsſtänden fordern, daß ſie in angeführten Fällen mit aller Publication einhalten, ſondern an Kaiſerl. Majeſtät ſolche Bullen einſchicken

und den weitern Kaiſerl. Befehl abwarten ſollen, zu welchen die Stände um ſo mehr verbunden, als dieſelbe ohnehin nach ihren Lehenpflichten das Kaiſerl. und des Reichs Frommen zu befördern haben.

So unwiderſprechlich dieſe Gründe ſind, ſo dürfte es doch nicht ſo leicht fallen, dieſe ſo klare, aber faſt unterlaſſenen Kaiſerl. Vorrechte aufs neue in den Gang zu bringen, ohne einig geringes Aufſehen zu erwecken, zumalen da man vornämlich es mit Erz- und Biſchöfen wird zu thun haben, welche wegen gewiſſen nur allzubekannten Urſachen eine allzugroſſe Rückſicht auf den päbſtlichen Stuhl haben, und faſt ehender würden zugeben, daß die deutſchen, ſo theuer noch erhaltene Freyheiten verletzet werden, als daß ſie ſollten zu deren Erhaltung weder mittel- noch unmittelbar mit Rom anbinden *).

Reichshofrath hält daher das beſte zu ſeyn, die Sache mit dem größten Glimpf anzufangen, und daß man nach und nach trachte, bey ergebenden Vorfällen die Sache in die Wege einzuleiten, daß das Kaiſerliche Vorrecht wieder gleichſam aus der zeitherigen Vergeſſenheit möge gezogen werden.

Bey der gegenwärtigen Sache nun ſind die Umſtände ſo günſtig, um einen glücklichen Anfang dieſes Plans zu geben, denn die anſehnlichſten Stifter ſind pro Freiſingen interveniendo eingekommen.

Reichshofrath rathet dahero Kaiſerl. Majeſtät ein, daß man in denen an den Herrn Cardinalen ſowohl als dem Capitulo zu erlaſſenen Reſcripten dahin denken ſolle, damit man dieſelbe ihrer Schuldigkeit

 in

*) Seit Febronius Zeiten und dem Emſer Congreſſe hat ſich das erzbiſchöfliche Syſtem gegen den römiſchen Hof nicht wenig geändert.

in Anſehen des Placiti Caeſar. ohne jedoch ſolches zu benehmen, erinnere, und ihnen die Maaßregeln fürs künftige vorſchreibe, laut beygehenden Projects Concluſi.

In deſſen Gefolge lebet Reichshofrath der Hofnung, daß andurch ein guter Anfang werde gemacht werden, um wieder zu dem vergeſſenen Kaiſerl. Jus placiti, ſo viel es die heutige Reichsverfaſſung zuläßt, Jure quaſi poſtliminii zu gelangen.

Was aber die Jura der Klagenden ſowohl, als des Beklagten betrift, ſo findet Reichshofrath für nöthig, förderſamſt zu erwägen, wie das factum des Particella, als Urheber des Streits, ſodann das anmaßliche Betragen des Herrn Biſchofen nach dem nichtigen römiſchen Rechtsausſpruch anzuſehen, zu ahnden und zu beſtrafen ſey.

Denn was der päbſtliche Eingriff in das Kaiſerl. Vorrecht belanget, ſo wird demſelben genugſam begegnet, wenn alles vor nichtig declariret, und deſſen Befolg unterſaget wird, weßwegen Reichshofrath kein Bedenken getragen, deswillen mit unnöthiger Weitläufrigkeit Kaiſerl. Majeſtät beſchwerlich zu fallen, noch weniger aber Allerhöchſtdenen zu weitläuftiger Negotiation bey dem römiſchen Stuhle einzurathen.

Das Verbrechen des Particella findet ſo leicht kein ſo ſtrafbares Beyſpiel. Der ganze deutſche Adel hat von Kaiſerl. Majeſtät ſeinen Urſprung, und dießfalſiges Vorrecht. Reichshofrath kann dahero nach Vorſchrift des Reichsabſchieds de 1654. et Cap. artic. 14. §. 4. nichts anders, als die Excitationem Fiscalis einrathen, 2. gegen ſelben ein Decretum dahin zu erlaſſen, daß er intra 2. D. bey unvermeidlicher Sperrung all ſeiner im deutſchen Reich beſitzenden Temporalien anzeigen ſollte, wie er der römiſchen Appellation renunciiret.

Dadurch

Dadurch glaubt Reichshofrath alles erſchöpfet zu haben, indem Particella per Excitationem Fiscalis wegen des begangenen Verbrechens zu ſeiner Zeit zur verdienten Strafe wird gezogen werden, durch das Decret aber wird er zweifelsohne in ſich gehen, und vielmehr gezwungen werden, von dem römiſchen Proceß abzuſtehen, auch ſich des angemaßten Grafentitels zu begeben, oder allenfals ſich bemüſſiget finden, ſeine Klage bey Kaiſerl. Majeſtät von neuem anzuſtellen. Erwähle er nun das erſtere, oder das letztere, ſo iſt allemal Kaiſerl. Jurisdiction ſicher geſtellt.

Des Biſchofen Betragen verdienet auch eine beſondere Aufmerkſamkeit, damit auch denen dorther zu beſorgenden praejudiciis vorgekommen werde. Welche Vorſorge deſto nöthiger, als der unruhige Particella ſich bey dem Cardinale dermaſſen eingeſchmeichelt, daß er ſolchen faſt nach Willen zu lenken weiß. Zum Beweiß deſſen dienet, daß er ſelben, ob er gleich fremd, auch noch nicht Capitularis iſt, zum Provicario zu Freiſingen ernennet, und ihn dem Vicario generali von Waldenſtein an die Seite geſetzet, woraus ein groſſer Injurienſtreit entſtanden.

Der Herr Biſchof hat gegen ſeine Lehen- und Reichsſtändiſche Pflichten ſtark angeſtoſſen, da er den ſuper Nobilitate von Rom nichtig ergangenen Ausſpruch dem Domkapitel durch ein eigenhändiges Schreiben publiciret, und deſſen Execution bedrohet hat, da er doch ſeiner Reichsſtändiſchen Obliegenheit gemäs allerdings verbunden geweſen, ſich nach allen Kräften derley römiſchen Verfahren zu widerſetzen. Kaiſerl. Reichshofrath räth daher ein Reſcriptum an denſelben zu erlaſſen, woriunen zugleich deutliche Vorſicht wegen des Juris placiti geſchehen. Dieſes kann dem Herrn Biſchof zur Erläuterung des ſeinigen dienen, ohne daß er andurch zu einer ſcheinbaren

Beſchwerde könne Anlaß nehmen. Jedoch beruhet alles auf Euer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſter Reſolution zu Dero allerhöchſten Gnaden gehorſamſter Reichshofrath ſich in tiefſter Erniedrigung empfiehlt.

Concluſum.

Imo. Excitetur Fiscalis gegen den Particella, et fiat Decretum an denſelben:

Kaiſerliche Majeſtät hätten mißfälligſt vernommen, wasmaſſen er ſich erfrechet, in einer Cauſa civili, dabey es allein auf Unterſuchung des ſtiftmäſſigen deutſchen Adels ankomme, mithin in einer der Kaiſerl. allerhöchſten obriſtrichterlichen Erkenntniß allein unterworfenen Sache ſeinen Recurs in Appellatorio an den päbſtlichen Stuhl zu nehmen. Dieſes Unternehmen ſey an ſich eine höchſt ſtrafbare Verletzung der Kaiſerlich obriſtrichterlichen Gewalt, und gereichet zum offenbaren Präjudiz und Nachtheil der Domkapitulariſchen Rechte und Privilegien, dahero denn auch Ihro Kaiſerl. Majeſtät gegen ihn Particella wegen dieſes ſo ſchweren Verbrechens bereits den Fiscal hätten ſeines Amtes laſſen erinnern. Befehlen aber anbey, ihm hiemit ernſtlich, und bey unvermeidlicher Sperrung aller auf dem Reichsboden ihm zuſtehenden Temporalien, welche auch bey nicht erfolgender Parition von nun an wirklich erkannt ſeyn ſolle, daß er ſeine bey päbſtlichem Stuhl wider das Domkapitel zu Freiſingen angebrachte Klage, und alle daſelbſt geſchehene Handlungen förderſamſt revocire und zurückziehe, auch ſich des darauf erfolgten ob defectum Jurisdictionis an ſich nichtigen Urthels fernerhin in keine Weiſe gebrauche, und ſich mit dem Titel und Rang eines Canonici graduati wie vorhin begnüge.

Er habe demnach von dem Vollzug und Befolgung des allergerechteſten Kaiſerl. Befehls in termino

mino 2. D. die unterthänigſte Anzeige um ſo gewiſſer zu übergeben, als ſonſt Ihro Kaiſerl. Majeſtät nebſt der oben angedrohten, und bereits erkannten Sperrung ſeiner Temporalien mit noch ſchärfern Strafen ohnfehlbar gegen ihn werde verfahren laſſen.

IIdo. Reſcribatur dem Domkapitel zu Feiſingen:

Ihro Kaiſerl. Majeſtät hätten ſich aus der von dem Domkapitel bey Dero Reichshofrath gegen Particella angeſtellten Klage allerunterthänigſt referiren laſſen: und gereichete Allerhöchſtderoſelben zum gnädigſten Wohlgefallen, daß ſich Capitulum bey der Reichsnotoriſchincompetenten Inſtanz nicht habe einlaſſen wollen, auch daß ſelbes ihrer gehorſamſten Schuldigkeit zufolge um den weitern Eingriffen in die allerhöchſte weltliche Kaiſerl. Jurisdiction vorzukommen, die ganze Sache an Ihro Kaiſerl. Majeſtät als das alleinige weltliche Oberhaupt gelangen laſſen.

Es hätten auch daher Ihro Kaiſerliche Majeſtät keinen Anſtand genommen, das nöthige an den Herrn Cardinal und Biſchofen derohalben zu verfügen, wie auch zu Vindicirung der verletzten Kaiſerl. Jurisdiction und Rettung der angefochtenen Freyheit des geſammten deutſchen Adels, dann deren uralten Capitul. Statuten, und wohl hergebrachten Gewohnheiten mit den Reichsgeſetzmäſſigen Zwangsmitteln gegen den Particella verfahren zu laſſen, auch alles was zu Rom ſtrafmäſſig angebracht, und verhandelt worden, zu caſſiren, wie ſolches alles weitern Inhalts aus der unterm heutigen Dato ergangenen Concluſo zu erſehen.

In Verfolg deſſen verbieteten Kaiſerl. Majeſtät dem Capitel alles Ernſtes, daß ſie dem Particella bey keiner Gelegenheit für einen Canonicum, ſo die zu dem deutſchen Adel erforderliche Proben abgeleget, erken-

erkennen ſollten. Allerhöchſtdieſelben ſeyen auch künftighin ohnfehlbar vom Capitulo gewärtig, daß ſelbes, ſo bald ein ſolcher unerlaubter Recurs ad Curiam Romanam von einem aus ihnen genommen würde, derley Vorgang alſobald bey Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt anzeige, und keineswegs damit, wie es geſchehen, ſo lange zuwarten werde, bis der Gegentheil ein widriges Urtheil wider das Kapitel alldorten erhalten: Sollte es ſich aber zutragen, daß ganz unerwartete päbſtliche Bullen ihnen wollten aufgedrungen werden, welche entweder die allgemeine Freyheit der deutſchen Kirchen, oder die weltliche Kaiſerliche Jurisdiction, oder ihre alte wohl hergebrachte Statuta und Gewohnheiten beeinträchtigen, ſo hätte Capitul. ſolche päbſtliche Verordnungen alsdenn keineswegs zu befolgen, ſondern es ſollte vielmehr derley Bullen an Kaiſerl. Majeſtät förderſamſt einſchicken, und den Verhaltungsbefehl von Allerhöchſtderoſelben zu Folge ihrer allerunterthänigſten Schuldigkeit abwarten, damit Ihro Kaiſerl. Majeſtät noch in Zeiten als ihr allerhöchſtes Oberhaupt und obriſter Schutzherr der ſämmtlichen Kirchen zu beſorgenden Nachtheil und Schaden von ihnen könnten abwenden, und es ſeyen Kaiſerl. Majeſtät in 2. M. ihre allerunterthänigſte Anzeige ohnfehlbar gewärtig, wie ſie dieſen allergnädigſten, aber ernſtlichen Befehl theils wirklich befolget, theils für das künftige befolgen würden.

IIItio. Cum notificatione omnium et incluſione exhibiti de 15. Decemb. 1749. fiat Reſcriptum an den Herrn Biſchoff zu Freiſingen.

Es hätte bey Ihro Kaiſerl. Majeſtät das Domkapitel beſchwerend vorgetragen, daß Particella ſich beygehen laſſen, von obbeſagtem Capitulo zu begehren, daß man ihn nunmehro zur Probe ſeiner Nobilität, retento, ſive cumulato titulo priori möchte zulaſſen,

laſſen, als aber hierinn Capitulum nicht willfahret, ſo habe er ſich erfrechet, dieſe über die Anerkenntniß des Adelſtandes erhobene Klage per appellationem nach Rom zu ziehen, woſelbſten auch ein anmaßliches, an ſich nulles Urtel den 26. Aug, 1749. gegen das Kapitel dahin erfolget, daß Particella ſeinen alten ſtiftsmäſſigen deutſchen Adel mittelſt Producirung 4 Ahnen von beederley Geſchlechten genugſam erwieſen, und ſey demnach das Kapitel gehalten, ihn hinführo als einen adelichen, mit dem Grafentitel beehrten Domherrn, anzuſehen.

Darauf habe der Herr Kardinal und Biſchoff ſolches vermuthliche Urtel Capitulo nicht allein per Literas zugeſchickt, ſondern auch ſich dahin geäuſſert, daß wenn Capitulum etwa würde Anſtand nehmen, ſich dieſer röm. Sentenz zu fügen, daß er alsdenn ſolche Sentenz exequiren würde;

Kaiſerliche Majeſtät könnten daher bey ſo beſonders bedächtlichen Umſtänden, und ganz offenbaren Verletzung Dero Jurisdictionis auch empfindlichſten Eingriffen in Dero Kaiſerl. Reſervata nicht unterlaſſen Dero allerhöchſt obriſtrichterliche Gewalt dahin förderſamſt fürzukehren, damit ſowohl die Kaiſerl. kundbaren Vorrechte, als auch die wohlhergebrachte Freyheit und Privilegien des deutſchen Adels, dann die Statuta und weltliche Gewohnheiten der Freiſingiſchen ſowohl, als aller andern deutſchen Domkapiteln gegen dergleichen heftige und beſchwerliche Eingriffe aufrechterhalten würden; dahero hätten auch bereits Kaiſerl. Majeſtät gegen den Particella das nöthige heute ergehen laſſen. Es könnten aber anbey Ihro Kaiſerliche Majeſtät dem Herrn Kardinalen nicht bergen, wie unvermuthet Allerhöchſt deroſelben gefallen zu vernehmen, daß er als ein ſo vornehmer deutſcher Reichsfürſt und Stand nicht allein die Publication ſolcher nichtigen römiſchen Sentenz habe ge-

ſchehen laſſen, ſondern daß er dieſelbe ſogar durch ein eigenes Schreiben dem Capitulo bekannt gemacht, auch ſolches zur Parition unter Bedrohung der Execution anermahnet habe: maſſen Ihro Kaiſerl. Majeſtät vielmehr von des Herrn Kardinals bekannten Gemüthsbilligkeit erwartet hätten, daß er ſich bey ſo bewandten Sachen dergleichen römiſchen Attentatis nach allen Kräften würde entgegen geſetzet, und ſelbſt bey Ihro Kaiſerl. Majeſtät um allerhöchſte Remedur nachgeſuchet haben.

Es zweifelten auch dahero Kaiſerl. Majeſtät keineswegs, daß der Herr Kardinal all dieſes nach ſeiner ſtattlichen Einſicht von ſelbſt werde anerkennen, und demnach nicht allein vor dieſesmal mit allen angedroheten executiviſchen Verfahren gegen ſein untergebenes Kapitel einhalten, ſondern daß er vielmehr fürs künftige daſſelbe wider derley Eingriffe ſchützen werde.

Wie denn hiermit Kaiſerl. Majeſtät an ihn allergnädigſt geſinnten, daß der Herr Biſchof dergleichen römiſche Bullas, Sentenzen oder Reſcripten, durch welche die weltliche Kaiſerliche Jurisdiction oder aber die Freyheit der geſammten deutſchen Kirchen und Adels verletzet, und angegriffen würde, ins zukünftige weder ſelbſt publicire, noch daß es von andern geſchehe, geſtatten, ſondern die ganze Sache der allerhöchſten obriſtrichterlichen Einſicht und Gutbefinden überlaſſen ſolle; dermalen aber habe er mit allen anmaßlichen executiviſchen Verfahren gegen gedachtes Capitul. ganz und gar einzuhalten. Worüber Kaiſerl. Majeſtät die Befolgungsanzeige in termino 2. D. gewärtigten.

IVto. Ponantur die ſämmtliche Interceſſionales der intervenirenden Domkapiteln ad acta.

Sind gemüthskranke Fürſten der Kaiſerl. Curatel unterworfen?

Dieſe Frage — in den folgenden drei Reichshofrathsgutachten überall als ausgemacht vorausgeſetzt — wird darinn mit einer hervorſtechenden Schonung angewendet, die durchgehends nur Beyfall, nirgends Vorwurf treffen kann. Sie ſind ſämmtlich aus dem Jahre 1729. und haben die Schwermuth des damaligen Herzogs von Guaſtalla zur Veranlaſſung.

Der Herausgeber widerſteht der Verſuchung, tiefer in die Materie einzudringen. — Das Publicum kennt ſchon die Aeuſſerungen eines ſeiner erſten Staatsrechtslehrer *), mit denen bey weitem der größte Theil der bloßen Zuſchauer vor dem bekannten Zuſatze zu §. 3. Art. 1. in der Leopoldiniſchen Wahlcapitulation einverſtanden zu ſeyn ſchien, und des friedfertigen Mannes Sache iſt es ohnehin nicht, kaum zugeheilte Wunden wieder aufzureiſſen.

Der

*) Reuß Staatscanzley Th. 19. S. 1. u. folg.

Der Leſer führe ſich alſo ſelbſt auf Betrachtungen und erwarte allenfalls die nähere Beſtimmung des Schwankenden in jener Stelle von der Reichsgeſetzgebung bey Gelegenheit der nicht weit entfernten Entſcheidung des merkwürdigen Neuwieder Recurſes.

VI.

Reichshofrathsgutachten

die

Gemüthskrankheit des Herzogs von Guaſtalla

betreffend

aus dem Jahre 1729.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Es hat Euer Kaiſerl. Majeſtät Commiſſarius in Italien, Graf Borromäo, wegen des jetzigen Herrn Herzogen zu Guaſtalla, Joſephi Maria Gonzaga, des letztverſtorbenen Herzogs Bruders, unter verſchiedenen praeſentatis, und zwar erſtlich unterm 30. May nup. allerunterthänigſt berichtet, was geſtalten derſelbe wegen erſtgedachten Herrn Herzogs Zuſtands, um davon eigentliche Nachricht zu haben, den Reichsfiskal in Italien, von Werth nachher Guaſtalla, und zwar unter dem Vorwande deren zwiſchen dem Staat zu Mayland und beſagten Herzogthum in puncto finium regundorum obſchwebenden Differenzien, abgeſchickt habe.

Nachdem nun derſelbe ſich dahin begeben, und aus deſſen eingeſchickten Relation ſo viel zu erſehen ſey, daß ihm Herrn Herzogen die Luſt ſeines Vaterlandes nicht anſchlagen wolle, er Graf Borromäo aber, nicht verſichern könne, ob die Guaſtalliſche Miniſtri ſo beſchaffen ſeyen, wie es Euer Kaiſerl. Majeſtät

 aller-

allerhöchſter Dienſt, wie auch des Reiches und Fürſtl. Hauſes Gonzaga Intereſſe erfordert.

Als ſey er der Meinung, Euer Kaiſerl. Majeſtät geruheten einen Adminiſtratorem, ſo nicht nur vor des Herrn Herzogs Geneſung, ſondern auch und wann derſelbe nicht ſollte reſtituirt werden können, vor die Regierung gebührende Sorge tragen möchte, allergnädigſt zu beſtellen; hiernächſt könne er bey dieſer Gelegenheit nicht unterlaſſen, Euer Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt zu bitten, allenfalls auf deſſen Frau Schweſter, die verwittibte Frau Herzogin von Toskana, des Herzogs Franciſci Mariä de Medicis und vormaligen Cardinals, geweſte Gemahlin, als welche gegen Euer Kaiſerl. Majeſtät allezeit eine ungemeine Treue und Devotion bezeigt, auch noch bey Lebzeiten weyland Coſmi, Großherzogs zu Florenz, in puncto Succeſſionis, gar wichtige Nachrichten gegeben habe, desfallſige Rückſicht zu nehmen.

Weiters und ſub praeſ. 9. Junii nup. berichtet gedachter Herr Graf Borromäo, wasgeſtalten er von einer vertrauten Perſon die Nachricht erhalten habe, daß der Herr Herzog von Guaſtalla dergeſtalt an der Hypochondrie leide, daß ſeine Gedanken ganz verwirrt würden, geſtalten er gegen einen Gewiſſen, wider welchen er noch vor angetrettener Regierung unzufrieden zu ſeyn Urſache gehabt, mit folgenden Bedrohungsworten ſich vernehmen laſſen: aſpetta, aſpetta, che io guariſca! welche Worte dann mentis infirmitatem genug anzeigeten, hiernächſt pflege er mit niemanden zu reden, ſondern befinde ſich in ſeinem Zimmer verſperrt, und ganz allein, auch laſſe er niemanden zu ſich, als ſeinen Kapellan, Namens Cajetani Giordani, übrigens dirigire Graf Pomponicus de Spillimberg den ganzen Staat, mit Beyhülfe eines gewiſſen Auditoris und Juris periti, Namens Caranei, wie auch erſtgedachten Kapellans Giordani;

expedire auch alles cum Clauſula mandante Sereniſſimo Domino, obgleich der Herr Herzog keine Wiſſenſchaft davon habe; er Graf Spillimberg ſey den Unterthanen nicht angenehm, und laſſe niemanden zu dem Herrn Herzoge, unter dem Vorwande, daß die Hofzimmer mit der nöthigen Trauer noch nicht ausſpallirt wären.

Bald hierauf und ſub praeſ. 21. Junii nup. wird wiederum von ihm berichtet, humores hypochondriacos in furorem tranſiviſſe, geſtalten Herr Herzog einen gewiſſen Zamboli und Doctorem Baroſium ohne Urſache ſehr ausgeſcholten, und mit Kopfabſchlagen bedrohet habe; auch ſtoße er gar oft ſeinen Kammerdiener mit Händen und Füßen, wie er dann auch dem Marchioni Valenti ins Geſicht geſpien habe; ſeine vorhin gehabte vertraute Domeſticos erkenne er nicht mehr, und letzlich hätten vornehme Medici Patavini, nach genugſam eingenommener Information, von ſeinem Zuſtande judicirt, de ejus ſalute actum, nullamque amplius ſpem ſupereſſe, ut mens ad ſana conſilia reſtituatur.

Letztlich und laut Berichts de praeſ. 7. Julii curr. habe ihm Graf Borromäo, Aloyſius Papini, ex Conſilii ducalis Guaſtallenſis Adminiſtris ein Schreiben vom Graf von Spillimberg, nebſt der ſeinem Bericht beygelegten, und von Medicis verfaßten Relation überbracht, aus welcher zu erſehen ſey, incertum a Medicis judicium prolatum fuiſſe ac potius ex eorundem obſcura opinione dignoſci poſſe, quod difficilis et periculoſus ſit eventus.

Nachdem nun bey dieſen Umſtänden der Reichsfiskal Werth, ſich bey ihm Graf Borromäo angefragt habe, wie er ſich dann zu verhalten hätte, wenn der Herr Herzog mit Tode abgienge, oder deſſen Frau Schweſter noch bey Lebzeiten die Regierung übernehmen, oder nach deſſen Abſterben die Poſſeſſion

von Guaſtalla ergreifen wollte; als habe er ihm hierauf committirt, ſich bey Abſterben des Herzogs alſofort nacher Guaſtalla zu begeben, und im Namen Euer Kaiſerl. Majeſtät die Poſſeſſion, ſowohl von Guaſtalla und Sablonetta, als auch vom Principatu Bozuli, ſammt allen Pertinentien zu ergreiſen, wie nicht weniger alle bona allodialia und mobilia, ſalvo jure tertii, und bis auf weitere Kaiſerl. Verordnungen zu ſequeſtriren, und eben deshalben habe er Graf Borromäo um militäriſche Aſſiſtenz den Gubernatorem zu Mayland, Grafen von Daun erſucht, ihm Fiskalen aber nochmalen aufgetragen, dahin zu ſehen, damit gedachte Prinzeſſin Eleonora, zu Präjudiz Euer Kaiſerl. Majeſtät und des Reichs, nichts unternehmen möge, gleichwie er ihm dann auch ſelbſt ſchon in dergleichen Terminis, und um ſich von allen Attentatis zu enthalten, zugeſchrieben habe; zugleich hätte er auch dem Fiskal committirt, die guaſtalliſche und andere Miniſtros gubernii et juſtitiae, nach ergriffener Poſſeſſion, in ihren Officiis proviſorie, und bis auf weitere Kaiſerl. Reſolution zu manuteniren.

Hiegegen und ſub praeſ. 25. Junii nup. kömmt auch bey Euer Kaiſerl. Majeſtät der guaſtalliſche Miniſter allhier, Alexander Comes de Papini allerunterthänigſt ein, und producirt ebenfalls in Originali, das ſchon auch vom Graf Borromäo beygebrachte, und oben angeführte Conſilium medicum, woraus zu erſehen, daß es keineswegs mit dem Herrn Herzog gethan ſey, gleichwie es hin und wieder, auf eine ſehr odiöſe Weiſe ausgeſtreuet werden will, ſondern daß es mit ihm noch ſo beſchaffen wäre, daß er weder eines Curatoris, noch Adminiſtratoris bedürfe, und zwar um ſo weniger, als allenthalben diejenige Judices, ſo bey Regierung des letzthin mit Tode abgegangenen Herrn Herzogs zur Juſtizadminiſtration beſtellt waren, annoch vorhanden ſeyen, und nebſt

dem wäre auch zu Guaſtalla, das von verſchiedenen wohlerfahrnen Miniſtris; und noch vom vorigen Herrn Herzog beſtellte Conſilium ducale, worinnen der Euer Kaiſerl. Majeſtät bekannte Comes a Spillimberg präſidirt, vorhanden.

Dieſemnach bittet gedachter guaſtalliſcher Miniſter allerunterthänigſt, Eure Kaiſerl. Majeſtät geruheten annoch ſeinen Herrn Principalen mit Beſtellung eines Curatoris, oder Adminiſtratoris, allergnädigſt zu verſchonen, immaßen er ſelbſt, bey künftig wider Verhoffen ſich ereignendem Nothſtand, Eure Kaiſerl. Majeſtät um nöthige allerhöchſte Verordnung allerunterthänigſt zu bitten, nicht unterlaſſen würde, am Ende offerirt er ſich nomine Ducis, in der in den Reichsconſtitutionen beſtimmten Zeit, pro renovatione inveſtiturae allerunterthänigſt einzukommen.

Gehorſamſter Reichshofrath hat die Sache allein ihren Umſtänden nach, ex jure et facto behörig erwogen, und muß zuvorderſt ex jure feudali prämittiren;

1) Daß ob zwar darinnen inter alias cauſas excluſionis a ſucceſſione in feudo, imperfectio corporis, uti in ſurdo ac muto ſtatuirt;

1. Feud. tit. 6. §. 2. 2. F. tit. 36. Struv. Synt. jur. feud. C. 9. aphor. 10.

de imperfectis animo aber, als furioſis et mente captis nichts ausdrücklich vorgeſehen iſt: ſo wird doch dieſe in jure feudali circa imperfectos corpore enthaltene diſpoſitio excluſiva a ſucceſſione, von allen Doctoribus ad imperfectionem animi, ob identitatem rationis et in capacitatem ad praeſtanda ſervitia extendirt, wie es dann auch alſo bey allen Gerichten in uſu et obſervantia iſt.

Roſenthal, Vultejus ibid. alleg.

 2) Iſt

2) Iſt auch ein Unterſchied in Caſu, ubi defectus, jam ante adquiſitum feudum exiſtit, et ubi poſt adquiſitum primo ſupervenit. Im erſten, wird ein ſolcher a Succeſſione excludirt, im letzten Falle aber des in poſſeſſione habenden Lehens nicht entſetzt.

Pactum in prima Conſtitutione feudi factum, juris interpretatione hanc habet annexam conditionem, ut feudum illis ſucceſſoribus conceſſum eſſe intelligatur, qui ſucceſſionis tempore habiles et idonei reperti fuerint. D. de Berg. in ſua diſquiſ. utrum et quousque ſurdi ac muti feudorum ſint incapaces 6. 12. 13. Roſenthal Concl. 28. N. 1. et ſeqq. Struv. cit. c. 9. aphor. 10.

3) Daß in ordine ad excludendum, imperfectio aliqualis, et temporalis tantum, et ubi adhuc ope medicaminum ſpes reconvaleſcentiae ſupereſt, nicht genug ſey, ſondern hiezu imperfectio abſoluta, completa et perpetua erfordert werde.

Imperfectio omnimoda requiritur in ordine ad excluſionem a feudo; aliqualis enim, vel quae arte medica adhuc curari poteſt, nequaquam ſufficit, 1. Feud. 6. Lonsbeck P. 12. n. 133. Michalor. tract. de caec. ſurd. et mut. C. 66. n. 4. 5. 11. Struv. C. 9. aphor. 10. n. 6. D. de Berg. cit. loco theſ. 3. et 9. in fin.

4) Und ob zwar einige D. D. ſecundum rigorem juris dafürhalten,

D. de Berger Th. 12. ſeq. et 22. Matth. de Afflict. ad Andream de Iſernia C. 1. n. 9. Struv. C. 9. aphor. 10.

daß einer ob imperfectionem omnimodam et abſolutam, quae non tantum a natura; ſed etiam caſu accidit,

accidit, et tempore delatae ſucceſſionis exiſtit, a ſucceſſione feudi ausgeſchloſſen werde: ſo ſtatuiren doch hingegen andere und bewährte Feudiſten,

Roſenthal Concl. 27. n. 2. et ſeq. Schrader de feud. p. 7. C. 5. n. 32. ibidem allegati quam plurimi. Roſenthal C. 3: Conc. 8.

ſecundum aequiorem ſententiam, quod imperfectio, licet etiam omnimoda, etiam tempore delatae ſucceſſionis exiſtat, non tamen excludat a feudo antiquo, ſi non a natura procedat, ſed tantum caſu acciderit; talibus enim imperfectis, ubi feudum antiquum eſt, Curatores conſtituendos eſſe; gleichwie dergleichen Exempla von vorigen Zeiten her, als in ſpecie von einem Principe Mirandolae, item von einem Grafen von der Lippe-Alverdiſſen, dann von einem Grafen von Wied-Runkel, und von mehr andern, ſo ob mentis impotentiam aut furorem ihrer Lehen gar nicht privirt, ſondern nur mit Curatoribus verſehen worden, angeführt werden könnten, und kann dieſes heut zu Tage um ſo weniger Anſtand haben, als ja bekannt, daß die Vaſalli die ſervitia militaria nicht mehr in Perſon, gleichwie vor Zeiten, ſondern durch Stellung der Miliz, Bezahlung der Contributionen, Einquartierungen und dergleichen, präſtiren, welches aber ebenfalls per Subſtitutum vel Curatorem geſchehen kann.

5) Daß in dergleichen caſu imperfectionis vel incapacitatis, quae ſive natura, ſive caſu tempore delatae ſucceſſionis exiſtit, das Lehen gar nicht dem Lehenherrn heimfalle, ſonderu ad filios incapacis, vel his non exiſtentibus, ad proximos agnatos komme;

Schrader de feud. p. 7. Cap. 5. n. 32. Matth. de Afflict. ad Andream de Iſernia C. 1. n. 9. D. de Berger citat. tract. Theſ. 12. ſeqq. et 22.

Dieſe Jura nun auf gegenwärtige cauſam zu appliciren: ſo äußert ſich alsbald, daß nachdem man allhier in einem caſu verſirt, wo es nicht um ein feudum novum, ſondern antiquum zu thun iſt, und wo die imperfectio nicht a natura, ſondern nur ex accidenti et caſu herkommt, alſo ſecundum praemiſſam theſin vel poſitionem 4tam et aequiorem Sententiam, excluſio a Succeſſione in Feudo nicht Statt hat. Wenn man aber den rigorem juris der Aequanimität vorziehen und ſtatuiren wollte, daß auch imperfectio ex accidenti, in ordine ad excludendum, ſufficient ſey: ſo käme es doch noch ſecundum praecedentem poſitionem tertiam, auf folgende Frage an: ob dann des Herrn Herzogs zu Guaſtalla dermaliger Zuſtand, pro impedimento aliquali et temporali, oder aber pro omnimodo et perpetuo zu halten ſey?

Gleichwie nun hievon niemand beſſer als eben die Phyſici und Medici, utpote in arte periti, urtheilen können, und hiernach auch nothwendig der Richter ſein Judicium richten muß;

D. Berg. citat. loco in Reſponſis in fine annexis,

alſo iſt dann aus dem oben angezogenen, und ſowohl vom Guaſtalliſchen Miniſter in Originali beygebrachten, als auch vom Graf Borromäo ſelbſt eingeſchickten, und nicht nur von des Herrn Herzogs eigenen, ſondern auch fremden Medicis verfaßten Reſponſo, zu erſehen, daß man nicht nur den vorerwähnten Phyſicum zu Mantua, Namens de Marangonis, des Herrn Herzogs zweyen ordinari Medicis adjungirt, ſondern auch den erſten Profeſſorem zu Padua, Antonium de Wallisneriis, auf Guaſtalla berufen, und nach genugſam eingenommener Information und perſönlich geſchehener Unterſuchung, zu Padua mit den vornehmſten Profeſſoribus facultatis medicae daſelbſt,

ſuper

ſuper ſtatu morbi conferiren laſſen, worauf endlich dieſes Reſponſum verfaßt, eigenhändig unterſchrieben und pettſchirt worden; in ſubſtantia aber iſt darinn folgendes Judicium enthalten:

Agi hic de affectu melancholico ex ſui natura non brevi, difficili, dubioſo ac de fine incerto, eoque magis incipiente aetate, ob exceſſivum calorem; nihilominus partim ab obſervationibus, partimque ex fidelibus relationibus domeſticorum ſincere atteſtantur, Sereniſſimum Ducem in ſuam priſtinam perſectam valetudinem redigi poſſe, et hoc quidem ex ſequentibus indiciis:

„Ipſe etenim crebro juſte perpendit, atque etiam taciturnus modo breviori, modo longiori tempore ex ſe ipſo bene cogitat, prout exinde ab effectibus cognoſcitur. Interrogatus reſpondet ſemper congruenter et prudenter, quamvis fiant non breves ſed diuturni ſermones; omni ſero dat pro Cuſtodibus ſive Excubiis ſuae ducalis Reſidentiae, nomen, (vulgo die Parola) absque ullo minimo errore et hallucinatione, epiſtolas, decreta atque expeditiones omnes propria manu firmat, et quidem ſemper juſte et libenti animo. In omni ſua actione eſt utplurimum quietus, cognoſcit ſuam invaletudinem, ſeſe fervidis votis Deo commendat, et paratum ſemper remediis demonſtrat, eaque imperterritus omni die acceptat, uno tantum demto; cujus executioni, utpote non parum crucianti et affligenti, adhuc reſiſtit, (dieſes ſollen des allhieſigen guaſtalliſchen Miniſtri Vorgeben nach, die Veſicatoria ſeyn) proinde idem ſemetipſum commendat nobis pro diligenti et attenta cura, promittens, ſi ad priſtinam ſuam valetudinem redeat, generoſum praemium: pro cibis, pro ſuo exercitio, et pro aliis rebus omnibus, quod extraordinarium nos dicimus, accurate ſervat, prout ei praeſcribitur,

ſuas antiquas orationes nusquam omittit, ſeſe potius nimis humilem in actionibus religioſis, quam contemnentem oſtendendo.

Secundo loco certificati ſumus a ſuis familiaribus et domeſticis, praeſentem invaletudinem incomparabiliter minorem fore altera ſimili, quam alia vice habuit, attamen paulatim totaliter ſanus redactus fuit, ſuam perfectiſſimam ſalutem per quatuor continuos jam pridem transactos annos ſervando.

Quam ob rem videndo ipſi de praeſenti ipſasmet interruptas mutationes et optima indicia, quae alia ut ſupra vice habuit, quando ad priſtinam valetudinem ſuam totaliter ſeſe reſtituit, firmiter ſperant, eum hac vice etiam ſeliciter et perfecte ſanari.

Nos tamen omnes unanimiter fatemur: difficillimum eſſe *hic et nunc* curare ſimilia mala, atque de eis praedicare nullatenus ex obſervationibus hic in pauciſſimis diebus factis, ex relationibus ſinceris antiquorum dicti Sereniſſimi Domini domeſticorum, atque ex eo, quod peritis hac in arte et nobismet ipſis pluries ac pluries contigit, moraliter, et ſecundum regulas phyſicas poſſibile eſſe dicimus, adjuvante Deo et beneficio medicaminum, nec non congrui temporis, votis ſubditorum ſatisfacere."

Nachdem nun hieraus erhellet, daß einige obgedachter Medicorum, den Patienten ſelbſten geſehen, und den ſtatum morbi perſönlich unterſucht, folglich nicht allein ad relationem aliorum, ſondern de propria ſcientia judiciren, und nun mit Anführung aller Specialitäten auch größtentheils, vermög eigener Obſervationen, daß es lediglich ein affectus melancholicus ſey, und der Patient durch gute Medicamenta und vermittelſt göttlicher Hülfe, auch bey beſſerer als dermaliger heißen Zeit, allerdings, und wie die Formalia

malia lauten, priſtinae valetudini reſtituirt werden könne, dafür halten; hiernächſt mit Anführung ſo vieler Umſtände atteſtiren, wie daß der Herr Herzog bey allem dem, und ungehindert gegenwärtiger, dergleichen Patienten ſonſten ſehr ſchädlichen Zeit, dennoch ſanae mentis, und in allen ſeinen Actionen ſich gegenwärtig ſey, auch allenthalben ruhig bezeige, und anbey dieſer Hauptumſtand mit angeführt wird, wie daß dermaliger Affekt, mit demjenigen, ſo er vor einigen Jahren gehabt, gar nicht zu vergleichen ſey, dennoch er damals reſtituirt worden, und ganzer 4 Jahre geſund geblieben; folglich nicht zu befinden ſey, warum er nicht auch diesmal ſollte reſtituirt werden können: ſo iſt dann hieraus anderſt nicht zu ſchließen, als daß dieſer Affekt noch zur Zeit nicht pro incurabili atque perpetuo zu halten ſey. Dieſemnach kommen mit dieſem Reſponſo, obige vom Grafen Borromäo und dem Reichsfiskal eingeſchickte Relationen und darinn nur ab auditu erhaltene Nachrichten, als ob der Herr Herzog in furorem verfallen ſey, gar nicht überein.

Er Graf Borromäo berichtet unter andern: vornehme Medici Patavini hätten nach genugſam eingenommener Information judicirt, de ejus ſalute actum eſſe, nullamque amplius ſpem ſupereſſe; bald darauf aber ſchickt er ſelbſt obiges Reſponſum ein, darinn dann e diametro das contrarium enthalten iſt.

Und ob er zwar pro incerto judicio et obſcura opinione halten will, und vorgiebt, daß daraus zu erſehen ſey, quod difficilis et periculoſus ſit eventus: ſo iſt doch darinn keine ſolche Obſcurität zu befinden, immaßen ja opiniantes, zumalen de futuris contingentibus, nichts apodictice vorherſagen, mithin auch nach Beſchaffenheit dieſer Sache, ſich nicht deutlicher expliciren können, als quod moraliter et ſecundum regulas phyſicas poſſibile ſit, adjuvante Deo et bene-

ficio

ficio medicaminum, nec non congrui temporis, votis ſubditorum ſatisfacere; wie ſie dann auch die Kur nur hic et nunc, nämlich ob circumſtantiam praeſentis temporis calidi, pro difficili halten; daß alſo bey dieſen Umſtänden in des Grafen Borromäo und Reichsfiskals, zum Theil von unbekannten Perſonen, et ab auditu et vago rumore erhaltenen Nachrichten, noch zur Zeit nichts Zuverläſſiges zu finden, folglich auch darüber in judicando kein beſtändiges judicium zu faſſen iſt; zu geſchweigen, daß auch darunter gar ſchwache indicia zu befinden; als zum Beyſpiel, daß der Herr Herzog gegen einen Gewiſſen, über den er mißvergnügt zu ſeyn Urſache hat, mit folgenden, ſonſten auch bey ganz vernünftigen Leuten gewöhnlichen Worten, bedrohet habe: aſpetta, aſpetta, che io guariſca! daß er ganz retirirt lebe, und gar wenige Perſonen zu ihm kommen, daß Fiſcalis, als er zu Guaſtalla geweſen, von ihm keine Audienz erhalten können, daß wenn er ausfährt, ihn einige Guarde oder Trabanten bey ſeinem Wagen begleiten, und daß der letztverſtorbene Herr Herzog eine dergleichen Begleitung niemals gebraucht habe. Aus dieſen und andern ſehr ſchwachen, und von ganz unbekannten Perſonen, wer weiß aus was für Abſicht benachrichteten indiciis, kann man den Herrn Herzog noch zur Zeit keineswegs, weder pro mente capto, noch furioſo, noch incurabili ausgeben, oder declariren; folglich auch nicht ſeines Succeſſionsrechts entſetzen, oder ihm die Belehnung verweigern, ſondern iſt obigem, ab arte peritis verfaßten Conſilio vel Reſponſo medico, weit größerer Glauben beyzulegen, mithin dieſer defectus, zumalen ob circumſtantiam des Alters von 39 Jahren, noch lange nicht pro abſoluto, completo, et perpetuo, gleichwie es obenangeführtermaßen die Lehenrechte in ordine ad excluſionem a feudo erfordern, ſondern nur pro aliquali et temporali impectione,

arte

arte medica adhuc curabili, zu halten. Hiernächſt und die Juſtizadminiſtration und Regierungsſachen betreffend, dieſelbe werden eben durch die Collegia, und diejenigen Perſonen beſorgt, deren ſich der letztverſtorbene Herr Herzog allezeit und utiliter gebraucht hat, und nebſt dem, daß vermög obigen Reſponſi, der Herr Herzog ſelbſt die nöthigen Briefe und Expeditiones eigenhändig unterſchreibt; ſo iſt auch ſein erſter Miniſter Graf von Spillimberg, Euer Kaiſerl. Majeſtät gebohrner Unterthan und Vaſall, und berichtet der Reichsfiskal in ſeiner obigen, an Graf Borromäo erſtatteten Relation, wasgeſtalten er von Spillimberg, ihm conteſtirt habe, wie daß er ſich als ein gebohrner Unterthan ſeiner allerunterthänigſten Pflicht und Schuldigkeit gegen Eure Kaiſerl. Majeſtät erinnern werde, wolle doch aber hoffen, man werde ſeinen Herrn Herzog nicht übereilen, ſondern zu ſeiner Kur genugſame Zeit vergönnen; anbey habe er verſichert, daß Euer Kaiſerl. Majeſtät er allezeit wegen erſtgedachten Herrn Herzogs Zuſtand, die pure Wahrheit zu eröffnen nicht unterlaſſen werde.

Daß alſo bey allen dieſen Umſtänden gehorſamſter Reichshofrath den Rechten nach keineswegs finden kann, daß der Herr Herzog wegen dem dermaligen Zuſtande, von ſeinem jure Succeſſionis vel Inveſtiturae ausgeſchloſſen, oder auch aus erſtangeführten Urſachen, nur mit Beſtellung einer Adminiſtration, noch zur Zeit übereilt werden könne: afflicto enim non eſt addenda afflictio; und wäre gewißlich zu beſorgen, daß nicht etwan erſt hierdurch dem Patienten die Krankheit vergrößert, das Uebel ärger gemacht, und endlich gar der Tod verurſacht würde, welches aber zu verantworten jedermann ſchwer fallen würde; dahingegen Recht und Billigkeit, und die chriſtliche Liebe in dergleichen Fällen erfordern, daß man einem, der von Gott mit einer Krankheit heimgeſucht iſt, Zeit und

Weile

Weile laſſe, ihn nicht überſtoße, mit gebührender Moderation verfahre, und mit ihm ſo lange ein chriſtliches Mitleiden und Geduld trage, bis man ſieht, was es endlich mit ſeinem Zuſtand für einen Ausgang nehmen, oder was endlich der Allerhöchſte mit ihm disponiren werde.

So viel nun aber die von Graf Borromäo in caſum mortis Ducis angeordnete Poſſeßergreifung und Sequeſtration belangt, ſo iſt aus ſeinem letzten Bericht de praeſ. 7. currentis zu erſehen, daß er in hunc caſum dem von Werth, nicht nur von allen Fürſtenthümern, alſogleich die Poſſeſſion zu ergreifen, und ſogar alle bona allodialia et mobilia zu ſequeſtriren, committirt, ſondern auch deshalben um militäriſche Aſſiſtenz den Gubernatorem zu Mantua, und eventualiter den zu Mayland erſuchet, wie nicht weniger des Herrn Herzogs Frau Schweſter, verwittibter Herzogin Eleonora von Florenz, von allem Unternehmen ſich zu enthalten, zugeſchrieben habe.

Nun hätte es ſich zwar wohl gebührt, hierüber und in einer ſo wichtigen Sache, zuvorderſt von Eurer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſten Befehl einzuholen; um aber auch Allerhöchſtderoſelben vorläufig und in dem unverhofften Fall (da der Herr Herzog gar mit Tode abgehen ſollte) die Eigenſchaft der guaſtalliſchen Reichslehen, und ob auch überall dermal in puncto Conſolidationis ein kaiſerliches, und des Reichs Intereſſe, mit darunter verſire, nur einigermaßen allerunterthänigſt vorzuſtellen: ſo iſt zu wiſſen, daß vermög kaiſerl. Lehenbriefen, erſtgedachte Reichslehen von zweyerley Natur ſind, maßen theils ad foeminas verfallen, und theils pure maſculina ſind, folgſam ad agnatos maſculos kommen, dergeſtalt, daß weder ein noch das andere, noch zur Zeit Eurer Kaiſerl. Majeſtät und dem Reiche nicht heimfallen würden, und zwar ſo viel:

1mo.

1mo. Das Herzogthum Guaſtalla belangt: ſo iſt aus dem allererſten von Kaiſer Carolo V. Anno 1541. dem damaligen Ferdinando Gonzaga, als primo adquirenti, ertheilten Lehenbrief, und hierauf allen nachfolgenden zu erſehen, daß demſelben ſothanes Herzogthum pro ſe ejusque filiis et heredibus NB. utriusque ſexus verliehen worden iſt.

Hierzu gehören beyde Terrae Luzzaria et Reggioli tanquam pertinentiae,

Vid. lit. Inveſt. de 19. Febr. 1715.

ſo ſchon vermög Regenſpurger Pacifikation de Anno 1630. von weiland Kaiſerl. Maj. Ferdinando II. dem Herzogthum Guaſtalla iisdemque legibus primogeniturae in inveſtitura ſuper Ducatu Guaſtallae expreſſis, incorporirt worden ſind. Nachdem nun von obgedachtem Ferdinando Gonzaga, als primo adquirente, kein einziger von den übrigen heutiges Tages noch lebenden Gonzagis deſcendirt: ſo folgt, daß wann derjenige Herr Herzog von Guaſtalla auch mit Tode abgienge, die Succeſſion dieſes Reichslehens Guaſtalla, zumalen in poſſeſſorio, deſſen Frau Schweſter Eleonorá, verwittibten Frau Herzogin von Florenz, als proximae Cognatae gebührte.

2do. Das Herzogthum Sablonetta, und das Fürſtenthum Bozzuli, wie auch deſſen Pertinenzien, nämlich den marchionatum Hoſtiani und comitatum Pomponiſci betreffend, da iſt vermöge kaiſerl. Lehenbriefen außer allem Zweifel, daß ſothane Reichslehen feuda mere maſculina ſind, folglich darinnen Agnati maſculi naturales et legitimi conjunctive, derer noch gar viele vorhanden, ſo a primo adquirente deſcendiren, ſuccediren würden. Daß alſo nicht zu befinden, wie noch zur Zeit (man möchte auf des Herrn Herzogs Krankheit, oder auch ſein Abſterben reflectiren) bey dieſer ganzen Sache ob exiſtentiam adhuc multo-

multorum Cognatorum et Agnatorum ex gente Gonzaga, Eurer Kaiſerl. Majeſtät und des Reichs Intereſſe in puncto conſolidationis, concurriren könnte, folglich iſt auch nicht zu ſehen, quo jure man in caſum mortis dem primo et legitimo Agnato, ſo ſich ad apprehendendam poſſeſſionem vacuam nähern wollte, ein ſolches verwehren, und hingegen durch den Reichsfiskal die Poſſeſſion apprehendiren, am allerwenigſten aber, wie auch ſogar die Mobilien und übrige Allodialien, welche ja undiſputirlich des Herrn Herzogs Frau Schweſter, als heredi allodiali gebühreten, ſequeſtrirt werden könnten, nicht zu denken, was auch ſonſten dieſes für ein großes Aufſehen bey andern in Italien verurſachen dörfe.

Dieſem allem nach iſt gehorſamſter Reichshofrath der rechtlichen Meinung, daß dermal wegen Unpäßlichkeit des Herrn Herzogs, und wie es ſich etwan weiters und künftighin damit anlaſſen wird, lediglich zuzuwarten, und ihm hierinfalls genugſame und nöthige Zeit zu laſſen, folglich derſelbe mit aller, und alſo auch mit der vom Graf Borromäo, laut ſeines erſten Berichts auf des Herrn Herzogs Frau Schweſter eingerathenen Adminiſtration (wovon er zwar ſelbſt in ſeinem letztern Bericht abgegangen) aus oben angeführten rechtlichen Urſachen zu verſchonen, mithin ſowohl davon, als auch in caſum mortis Ducis, bey erſt angeführten Umſtänden, von aller Poſſeßergreifung und Sequeſtration zu abſtrahiren ſey.

Hingegen und wenn bey Eurer Kaiſerl. Majeſtät der Herr Herzog um die Belehnung, dazu ſich ſchon deſſen Miniſter allhier, laut ſeines obigen Exhibiti anerbiethet, förmlich einkommen wird, dieſelbe ihm, den Lehenrechten nach, nicht abgeſchlagen, und ſonſten ſein Succeſſionsrecht ſchwer gemacht werden könne.

Im übrigen aber, und wann künftighin wegen ſeines Zuſtandes, oder auch ſonſten ob imbecillitatem mentis

mentis in puncto Regiminis ſich merkliche defectus ergeben ſollten, in ſolchem Falle werden Eure Kaiſerl. Majeſtät nach Beſchaffenheit der Zeit und Umſtänden, zumalen in rebus et negotiis Regiminis gravioribus, durch Beſtellung eines tüchtigen Curatoris, allenthalben allergnädigſt helfen und proſpiciren können.

Dieſem zufolge könnte dann:

I^mo. Dem Graf Borromäo reſcribirt werden: Eure Kaiſerl. Majeſtät hätten aus ſeinen von Zeit zu Zeit eingekommenen Relationen allergnädigſt erſehen, was derſelbe wegen Unpäßlichkeit des Herrn Herzogs zu Guaſtalla allerunterthänigſt berichtet, wie auch, was er ſowohl anfänglich wegen deſſen Frau Schweſter Eleonorä, der verwittibten Frau Herzogin zu Florenz, in puncto Adminiſtrationis oder Inſpectionis eingerathen, als auch nachher dem Reichsfiskal in Italien von Werth, im Fall Abſterbens des Herrn Herzogs reſpective wegen Ergreifung der Poſſeſſion und Sequeſtration verordnet, nicht weniger, wie er deshalben beide Gubernatores zu Mantua und Mayland, pro aſſiſtentia militari erſucht habe.

Gleichwie nun aber Eure Kaiſerl. Majeſtät gnädigſt befindeten, daß dermal wegen des Herrn Herzogs Unpäßlichkeit, und wie es ſich etwann weiters damit anlaſſen wird, lediglich zuzuwarten, und ihm hierinnfalls genugſame und nöthige Zeit zu laſſen, folglich derſelbe noch zur Zeit mit aller Adminiſtration zu verſchonen, und eben ſo wenig damit, als auch in caſum mortis Ducis, mit Poſſeßergreiſung und Sequeſtration vorzugehen ſey; ſondern und wann künftighin wegen ſeines Zuſtandes, oder auch ſonſten ob imbecillitatem mentis in puncto Regiminis merkliche defectus ſich ergeben ſollten, in ſolchem Falle Allerhöchſtdieſelben nach Beſchaffenheit der Umſtände,

ſtände, nöthige Verordnung ergehen zu laſſen, allergnädigſt ſchon bedacht ſeyn würden.

Als wollten Allerhöchſtdieſelben, ihm Graf Borromäo, hiemit gnädigſt anbefohlen haben, dieſe Dero gnädigſte Reſolution auch obgedachtem Reichsfiskal zu ſeiner Nachachtung zu bedeuten, wie auch hievon an beyde Gubernatores zu Mantua und Mayland nöthige Nachricht zu ertheilen, im übrigen aber, und wann er in dieſer Sache, wegen des Herrn Herzogs Unpäßlichkeit weitere verläßliche und glaubenswürdige Nachrichten erhält, dieſelben zuvorderſt an Eure Kaiſerl. Majeſtät zu Dero nöthigen Kaiſerl. Verordnung zu berichten.

II^{do.} Könnte auch an das Conſilium ducale Guaſtallenſe reſcribirt werden: Eure Kaiſerl. Majeſtät hätten ſowohl aus dem von des Herrn Herzogs zu Guaſtalla allhier ſubſiſtirenden Miniſtro Comite de Papini, als auch andern erhaltenen Nachrichten gnädigſt erſehen, was es noch dermalen mit des Herrn Herzogs Zuſtand und Unpäßlichkeit für eine Beſchaffenheit habe: nun wünſchten Eure Kaiſerl. Majeſtät aus reichsväterlichem Herzen, damit es ſich mit ihm bald beſſern, und er durch göttliche Hülfe reſtituirt werden möge.

Gleichwie es ſich aber leichtlich damit noch eine Zeitlang verzögern könnte, und immittelſt hiedurch er, der Herr Herzog, von ſelbſteigener nöthiger Einſicht und Beſorgung der Regierungsſachen abgehalten werden dörfe: als wollten Eure Kaiſerl. Majeſtät aus der für den Herrn Herzog ſowohl, als deſſen Land und Unterthanen, beſonders tragender reichsväterlichen Sorge, ſeine Räthe und Bediente hiemit gnädigſt ermahnt haben, vornehmlich wegen ſeiner, des Herrn Herzogs Geneſung, allen möglichen Fleiß und Sorge anzuwenden, wie auch die

Admini-

Adminiſtration der Juſtiz, und alle andere Regierungsgeſchäfte, ihren obhabenden ſchweren Pflichten nach, und wie ſie es gegen Gott, Eure Kaiſerl. Majeſtät und den Herrn Herzog zu verantworten getrauen, ſich angelegen ſeyn zu laſſen.

Wie nicht weniger auch, und wann in ein oder anderm etwas wichtiges vorfiele, darinn eine Kaiſerl. gnädigſte Verordnung nöthig wäre, daſſelbe in Zeiten an Eure Kaiſerl. Majeſtät zu Einholung Deroſelben Kaiſerl. Reſolution allerunterthänigſt zu berichten, wie auch nöthigenfalls und nach Beſchaffenheit der Sache mit ihrem Gutachten zu begleiten.

Womit zu Eurer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Gnaden, gehorſamſter Reichshofrath ſich in aller Unterthänigkeit empfiehlt.

Ita concluſum in Conſilio Imp. Aul. die 7. Julii Anno 1729.

PRAESENTIBUS.

Eccellentiſſimo Domino Praeſide D. Comite a Wurmbrand.

D. C. a Queſtenberg.
D. B. a Bartenfeld.
D. C. a Kuffſtein.
D. C. a Sereni.
D. B. a Beck.
D. C. a Noſticz.
D. C. ab Ulfeld.
D. B. ab Heuel.
D. B. a Jaxheim.
D. ab Hartig.
D. a Berger.
D. a Hillebrand.
D. a Stockhammer.
D. a Binder.
et me Secretario Hayek de Waldſtaetten.

Lectum et approbatum ibidem die 15. dicti menſis et anni, praeſentibus iisdem, nec non Domino B. a Roth, abſente vero ex ſupradictis Domino C. a Sereni.

Placet wie eingerathen.
Carl.

VII.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Ehe und bevor Eure Kaiſerl. Majeſtät das vom gehorſamſten Reichshofrath wegen des Herrn Herzogs zu Guaſtalla bekannten Unpäßlichkeit, wie auch in puncto Succeſſionis et Inveſtiturae erſtattete allerunterthänigſte Gutachten allergnädigſt approbirt haben: ſo hat mittlerweile ſub praeſ. 3. und 23. Aug. nup. der Frau Eleonoren, verwittibten Fürſtin von Toſkan allhieſiger Mandatarius, allerunterthänigſt vorgeſtellt, wasgeſtalten es ſich noch zur Zeit mit ihrem Herrn Bruder zu keiner Beſſerung anlaſſen wolle, und daß ſothaner Zuſtand, obſchon er pro morbo deſperato nicht gehalten werden könne, dennoch von gar groſſer Beſchwerlichkeit ſey; wie dann laut beygelegten Atteſtati Guidoboni Mazzuchimi, Ordinarii Guaſtallae, der Herr Herzog die gewöhnliche Beicht zu verrichten, und das heilige Abendmahl zu empfangen, ſich nicht im Stande befinde. Dieſemnach bittet gedachter Frau Herzogin Mandatarius allerunterthänigſt, im Falle eine Adminiſtration zu beſtellen vor nöthig befunden werden ſollte, dieſelbe proviſionaliter, und bis zu des Herrn Herzogs Geneſung, ihr, der Frau Herzoginn, als ſeiner vollbürtigen Schweſter, und nächſten Anverwandtinn, über alle dieſe Länder, cum omnimoda poteſtate allergnädigſt aufzutragen.

Demnächſt berichtet auch Graf Borromäo ſub praeſ. 8. Aug. nup. wasgeſtalten man zu Curirung des Herrn Herzogs annoch zween andere fremde Medicos von Modena und Parma zugezogen habe; ſonſten aber ſey ihm berichtet worden, daß keine Hofnung zur Geneſung vorhanden ſeyn ſolle.

Hinge-

Hingegen und ſub praeſ. 30. Aug. nup. exhibirt des Herrn Herzogs zu Guaſtalla allhier ſubſiſtirender Rath, Franz Anton Pauernfeind die von dem auf eine kurze Zeit ſich von hier auf Guaſtalla begebenen, und bey Eurer Kaiſerl. Majeſtät accreditirten Abgeſandten de Papinis, wie auch vom Praeſide Conſilii Guaſtallenſis: Grafen von Spillemberg, empfangene zwey ganz friſche Schreiben, de datis 19. Aug. nup. woraus, und ſonderbar aus dem erſten zu erſehen ſey, wasgeſtalten des Herrn Herzogs Frau Schweſter Eleonora, durch üble Leute und Rathgeber ſich ſo weit verleiten laſſen, daß ſie ex libidine dominandi ſchon machinire, ihren Herrn Bruder, per complura ſceleratorum hominum emendicata et falſiſſima teſtimonia, nicht nur um Land und Leute und ſein Jus ſucceſſionis zu bringen, ſondern auch, und wie die Formalia lauten: quod etiam fratrem ab hoc terrarum orbe pro viribus pellere contendat. Dieſemnach hat gedachter Pauernfeind unter andern allerunterthänigſt gebeten, Eure Kaiſerl. Maj. geruheten ob ſummum in mora periculum, an Grafen Carolum Borromaeum allergnädigſt zu reſcribiren: es dahin zu richten, damit obbemeldte Frau Principiſſa Eleonora ſich ohne Zeitverluſt von Guaſtalla hinweg, und nacher Haus begeben möge.

Hiernächſt iſt auch in oben angezogenem des von Papini Schreiben, in ſpecie wegen des Herrn Herzogs Zuſtand enthalten, wasgeſtalten er Papini, in ſeiner bey Herrn Herzog ganze drey viertel Stunde gehabten erſter Audienz mit Verwunderung befunden, wie appoſite der Herr Herzog ihm auf alles geantwortet habe; könne alſo nunmehro proprio viſu et auditu, mithin aus eigener und perſönlicher Erfahrenheit atteſtiren:

 Domi-

Dominum Ducem non minus corpore, quam mente valere, licet habitu corporis aliquantiſper deficiat, et in calidioribus horis mentis turbationibus quandoque ſubjaceat, Domini Ducis ſalutem vel maxime diſplicere ejusdem Dominae ſorori Eleonorae, eamque ad fratris excluſionem dominium affectare, calumnias nedum in eum, ſed et in illius miniſterium, iniquis atteſtationibus dominationi inſervientibus flagrantiſſime agglomerare, quae omnia nedum dignitati et juribus, ſed etiam valetudini Domini Ducis omnimode obeſſe; utut de contrario atteſtationes per vim et ita quidem obripuerit, ut Dominus Dux habito deſuper in audientia ſermone, eidem (de Papinis) confiderit, ſibi minime moleſtum fore, ſi ipſa (ſoror) tandem abiret, neque fratrem minime decere ſororem ſuam abigere.

Mit dieſem kömmt auch in ſoweit überein, des von Spillimberg Schreiben, darinn er ebenfalls berichtet:

L'Altezza ſua, grazie a Dio, gode una perfetta ſalute di corpo; ed in quella della mente, ſempre piu ſi và avantaggiando.

Votum.

Gehorſamſter Reichshofrath hat die Sache nochmal reiflich erwogen, keineswegs aber befinden können, wie man der verwittibten Frau Fürſtin Eleonorä Begehren, in puncto acquirendae Adminiſtrationis, wann auch erſt angeführte von Papini, ratione inſtantis periculi berichtete, und gar nachdenklichen Umſtände nicht vorhanden wären, deferiren könnte, wenn man die im vorigen, von E. K. M. bereits aller:

allergnädigſt approbirten reichshofräthlichen Gutachten, angeführte Urſachen, wie auch ſonderbar dieſes in Erwägung zieht, daß vermög Kaiſerl. Lehenbriefen, oft beſagter Fürſtin Eleonoren, nach ihres Herrn Bruders Tode, ein mehreres nicht, als lediglich das Herzogthum Guaſtalla; hingegen aber den Agnatis maſculis, (unter welchen ſonderbar auf die zu Mantua ſich befindenden armen Herzoge von Gonzaga, und zugleich Eurer Kaiſerl. Maj. Unterthanen, zu reflectiren ſeyn wird) das Herzogthum Sablonetta, und Fürſtenthum Bozzuli, wie auch deſſen Pertinenzien, nämlich der Marchionatus Hoſtiani und Comitatus Pomponiſci zufallen werden.

Sollte nun aber anjetzo die Frau Herzoginn pro Adminiſtratrice beſtellet, oder auch ſonſten nur auf einige Weiſe in conſortium regiminis zugelaſſen werden: ſo würde ſie gar leichtlich nachgehends, bey Abſterben ihres Herrn Bruders, ihre ſchon jetzt ganz deutlich äuſſernde Intention erreichen, und ſich in poſſeſſione, auch derjenigen Länder, darinn ihr doch gar kein Jus ſuccedendi gebührt, feſtſetzen können.

Demnächſt, und wenn man auch überdies noch andere in ſtatum publicum einlaufende Umſtände bedenken wollte, und unter andern, daß dieſe Fürſtin mit der Zeit gar leichtlich eine conſiderable Aſſiſtenz, entweder durch Heyrath, (immaſſen ſie noch zur Zeit mehr nicht als 43 Jahre ihres Alters hat) oder auch ſonſten her einen beſchwerlichen Anhang erlangen könnte: iſt wohl billig zu beſorgen, daß Eurer Kaiſerl. Maj. ſowohl als den Agnatis maſculis, und nebſt dieſen, auch in ſpecie der Marcheſinn Paredes Kindern, ein merkliches Präjudiz und ſehr groſſe Beſchwerlichkeiten erwachſen dörften; bey welchen Umſtänden dann (andere zu geſchweigen) weit räthlicher iſt, dergleichen gefährliches Vorhaben bey Zeiten

zu verhindern, als nachhero re non amplius integra, beſchwerliche Mittel vor die Hand zu nehmen, welche man oft wegen Zeit und Umſtänden, oder geändertem ſtatu publico, faſt nicht mehr zu gebrauchen im Stande iſt.

Das von ihr, wegen ihres Herrn Bruders Zuſtand, aus eben gedachter Abſicht, ausgebrachte und eingeſchickte Atteſtatum Abbatis Mazzuchimi betreffend, da könnte es ſich wohl mit dem Herrn Herzog ſo verhalten, daß derſelbe nicht zu aller Zeit ſeine gewöhnliche Andacht zu verrichten diſponirt, oder im Stande iſt, auſſerdem aber müßte es um ſo verdächtiger ſeyn, als das in ordine ad impetrandam inveſtituram vom Herrn Herzog ſchon eingeſandte Mandatum procuratorium, und darüber noch ſpecialiter verfertigte Inſtrumentum notariale, wie nicht weniger die oben extrahirten Briefe vom Graf Spillimberg und Papini, als teſtibus ocularibus, e diametro wegen ſeines, des Herrn Herzogs Zuſtand, das Gegentheil darthun; und eben ſo wenig Glauben iſt der, von einer unbekannten Perſon vom Grafen Borromäo zugekommenen und in vaga fama et rumore gegründeten Nachricht beyzumeſſen, wo wie gedacht, Inſtrumenta notarialia et teſtimonia a teſtibus ocularibus, in contrarium vorhanden ſind.

Dieſemnach und da ſchon im vorigen Reichshofräthlichen Gutachten die Urſachen, warum der Herr Herzog noch zur Zeit mit aller Adminiſtration oder Curatel zu verſchonen ſey, angeführt worden ſind, und nun mittlerweile daſſelbe von Eurer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt approbirt worden iſt: ſo hat gehorſamſter Reichshofrath nicht nur obiges, der Frau Fürſtin Eleonoren Begehren, wegen Auftrag der Adminiſtration, abgeſchlagen, ſondern auch demnächſt auf das von des Herrn Herzogs hieſigem Mandatario

gestellte

geſtellte Petitum, wegen Befreyung von ſeiner Frau Schweſter beſchwerlichen Gegenwart, wie auch auf die von Papini gegen ihre üble Rathgeber berichtete, und erſt auf ein Votum captandae mortis hinaus: laufende Umſtände, in ſo weit reflectirt, daß man zumalen in Anſehung, da der Herr Herzog ſeiner Frau Schweſter und ihres Anhanges, je eher je lie: ber befreyt zu ſeyn, ſo ſehnlich wünſcht, beykommende Verordnungen, zufolge des von Eurer Kaiſerl. Ma: jeſtät ſchon approbirten vorigen reichshofräthlichen Voti, zu reſolviren für nöthig befunden. Welches dann gehorſamſter Reichshofrath zu Eurer Kaiſerl. Majeſtät nöthigen Information und allergnädigſter Wiſſenſchaft zu bringen nicht hat unterlaſſen wollen.

Womit ſich derſelbe zu Eurer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Gnaden in Unterthänigkeit empfiehlt.

Concluſum.

Imo. Petito Mandatarii Dominae Eleonorae, Principiſſae quondam Hetruriae viduae, in puncto Adminiſtrationis non eſt locus.

IIdo. Cum notificatione hujus reſcribatur eidem Principiſſae: Sacram Caeſaream Majeſtatem clementiſſime reſolviſſe procuratione aegroti ſui fratris Domini Ducis Guaſtallae, neceſſarium temporis ſpatium, eumque interim in quieto regimine et poſſeſſione relinquendum, neque per alienam adminiſtrationem ullo modo moleſtandum aut gravandum eſſe; et quemadmodum quoque Sacra Caeſarea Majeſtas pro ſua caeſarea ſollicitudine, et ut eo magis in illis ſtatibus tam regimini, quam juſtitiae adminiſtrationi et univerſis ſubditis proſpectum conſultumque ſit, conſilium Ducale Guaſtallenſe ibidemque conſiliarios jamjam ſerio monuerit, ut non modo in procurando Domini Ducis ſalute, verum

etiam in rebus officii, debitam adhibeant curam et unusquispue ſecundum tenorem juramonti, quo obſtrictus eſt, officiò ſuo ita fungatur, prout et Deo et Sacrae Caeſareae Majeſtati uti et Domino duci rationem reddere queat.

Hinc Sacram Caeſaream Majeſtatem petito Dominae Principiſſae Eleonorae, in puncto adminiſtrationis non potuiſſe deferre, ejusdemque praeſentiae et commoratione ibidem ratione mox dictae adminiſtrationis, pro modèrnis rerum circumſtantiis, et memoratis jam jam emanatis ordinationibus Caeſareis, nequaquam opus eſſe cenſere.

IIItio. Cum incluſione hujus reſcripti in Originali et Copia, reſcribatur Comiti Carolo Borromaeo, ut reſcriptum hoc Dominae Principiſſae Eleonorae indilate inſinuari curet, et ſi forte occaſione morbi Domini Ducis, menti ſubditorum ſuorum aliquid ſiniſtri, vel quod eos a debita reverentia abſtrahere poſſet, inſinuaretur, eos omnimode reducere conetur, et in hunc finem reſolutionum Caeſarearum certiores reddat, atque ad dictam debitam Domino Duci praeſtandam obedientiam ſerio adhortetur, illisque notificet, Sacram Caeſaream Majeſtatem non tantum enixe et paterne optare, ut Dominus Dux mediante divina aſſiſtentia, priori ſanitati quamprimum reſtituatur, verum etiam tranquillitatis in illis ſtatibus publicae et privatae conſervandae cauſſa, neceſſarias tum ad Comitem Carolum Borromaeum; tum etiam ad ſororem ejus, Dominam Eleonoram viduam, et Conſilium ducale Guaſtallenſe dediſſe ordinationes.

IVto. Communicentur Memorialia a Mandatario Dominae Principiſſae Eleonorae exhibita, Mandatario Domini Ducis de Guaſtalla e Cancellaria ad notitiam.

VIII.

VIII.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Es hat ſub praeſ. 12. gegenwärtigen Monats September, der verwittibten Frau Prinzeſſin Eleonorá, Schweſter des Herrn Herzogs zu Guaſtalla, Mandatarius, allerunterthänigſt vorgeſtellt, wasgeſtalten ſeiner Frau Principalin die Adminiſtration der Guaſtalliſchen Länder zweifelsohne auf des Guaſtalliſchen Raths, Pauernfeinds, jüngſthin am 30. Aug. übergebenes Exhibitum, darinnen der Frau Prinzeſſin Eleonorá ein facinus hactenus inauditum imputirt werden will, abgeſchlagen worden ſey; damit nun aber hiewider die nöthige Verantwortung geſchehen möge; als bittet gedachter Mandatarius allerunterthänigſt, Eure Kaiſerl. Majeſtät geruheten allergnädigſt, ihm obbemeldtes Pauernfeindiſches Exhibitam communiciren zu laſſen.

Hiernächſt und ſub praeſ. 19. 22. und 23. dieſes Monats exhibirt oft erſagter Pauernfeind, einige ihm, über des Herrn Herzogs dermaligen Zuſtand, wiederum ganz neuerlich, zum Theil auch vom Grafen von Spillimberg eingeſchickte, und von beyden, ihn, den Herrn Herzog ſchon ſeit dem vergangenen Monat May in der Kur habenden Protophyſicis und Medicis unterſchriebenen Atteſtata de dato 30. Aug. nup. und 9. gegenwärtigen Monats Septemb. unter andern folgenden Innhalts:

„Pro veritate et ſecundum conſcientiam exponere debemus etc. Et teſtamur Celſitudinem ſuam praeterito menſe Auguſti, tam quoad mentis, quam quoad corporis ſalutem, notabiliſſime profectam fuiſſe, ut ut praeterlapſi caniculares dies ejusmodi infirmitatibus regulariter obſtent, ſintque admodum

modum inſenſi; Eadem quotidie melius reflectit, et recte cogitat, ſuaeque reflexiones amplius conſiſtunt et cogitationes in diem fiunt acriores; nedum ad interrogata reſpondet, ſed ultro proponit, et velut Princeps jubet, negotiisque cum politicis, tum domeſticis vacat, prout ſatis patet ex audientiis, quas benigno ſemper et laeto vultu cum ſuis Miniſtris, quam aliis etiam perſonis frequenter indulget; militarem teſſeram quavis optabiliore certitudine quotidie dat, litteris, ſupplicationibus et reliquis expeditionibus (de quorum omnium contentis in anteceſſum certior fieri vult) propria manu indefeſſe ſubſcribit, jam jam praecedentes iracundiae motus rariſſime proſiliunt, quos, cum ille ſaluti noxios cognoſcit, pro viribus cohibere, iisque abſtinere contendit. Cum practice videat, quantum ruralis aër, quantum muſica interpellatio eidem proficiat; quotidie utilem aucupatur auram fidibusque modulatur; qua in arte profeſſorum teſtimonio usque adeo excellit, ut nequidem in nusquam viſis muſicis ſignis, vel minimum erret. Hinc eſt, ut quemadmodum cibos et medicamina alacrius ſumit, ita corpore agilior fiat, nitidiorem eumque viridiorem colorem adipiſcatur, ſuaque caro, quae antea ſicca erat et arida, morbidior atque pulpoſior facta fuerit, ex quibus ſicuti evidenter reſultat, quantum per nutritionem identidem ſolidiorem, in virium robore quotidie progrediatur, ſic Celſitudo ſua Sereniſſima ex hiſce manifeſtis ſignis ad generationem eo aptior judicari poteſt, quo corporis ſtruc-

ſtructuram melius textam, perfectaque organorum ſymmetria undequaque diſtinctam, natura eidem indulſit. Hoc itaque teſtari valemus ſpe freti futurum, ut praemiſſa Celſitudinis ſuae Sereniſſimae convaleſcentia permanenter, tantoque magis duratura ſit, quo accedentis frigidioris tempeſtatis favor procul dubio, eandem nedum fixiorem, ſed etiam auctiorem reddere debet.“

Votum.

Gleichwie nun, Allergnädigſter Kaiſer und Herr, durch dieſes von denen, den Herrn Herzog ſelbſt in der Kur habenden Medicis, folglich ab arte peritis et de propria ſcientia, auch auf ihr Gewiſſen erſtattete Atteſtatum, alle die in den vorhin erſtatteten Reichshofrathsgutachten angeführten Zeugniſſe, circa ſtatum valetudinis et ſpem reconvaleſcentiae beſtätiget werden; alſo wird auch hierdurch dasjenige confirmirt, was in letzterm Voto notificatorio vom 6. hujus gegen das darinn angeführte, und von der Frau Fürſtin Eleonorä Mandatorio, beygelegte verdächtige teſtimonium Abbatis Guidoboni Mazzuchimi, Ordinarii Guaſtallae, ſuper incapacitate Ducis confeſſiones peragendi, ausgeſtellt worden iſt.

Nicht zu geſchweigen, was auch ſonſten gegen erſtgedachten Abbatem, ratione inimicitiae capitalis contra Ducem, in dieſem letzten Pauernfeindiſchen Exhibito angeführt wird:

> Eum nimirum ob adminiſtrationem ſaecularis legati eidem denegatam, Domino Duci maxime infenſum eſſe, nec non quendam Doctorem, nomine Migliorani, nefandam ob libidinem Mantua capitaliter, et ſubinde etiam ob alia crimina Guaſtalla jam tum proſcriptum, eoque titulo multifariam infamem,

mem, atque adeo ad omnia paratiſſimum, ſalſas atteſtationes contra Dominum Ducem ejusque valetudinem, extradere non erubuerint.

Gleichwie nun auch auſſerdem allzeit mehr pro capacitate, als in contrarium zu präſumiren iſt; alſo kann auch ſonſten niemand ſeiner Regierung und Adminiſtration ſine ſufficienti, et debita cauſae cognitione, entſetzt, am allerwenigſten aber ſeines Juris ſuccedendi et inveſtiturae privirt werden.

So viel nun aber obiges von der Frau Fürſtin Eleonorä Mandatario, in puncto Communicationis des ehevorigen Pauernfeindiſchen Exhibiti, de praeſ. 30. Aug. nup. geſtellte Petitum betrift: ſo iſt es zwar in theſi oder regula an dem, daß niemand leichtlich, ſo bey einer Sache Intereſſe zu haben dociren kann, die Communication eines gegen ihn bey Gericht eingegebenen Anbringens abgeſchlagen oder verweigert werden mag; deſſen doch aber ungeachtet muß gehorſamſter Reichshofrath in gegenwärtigem Falle, und hypotheſi, dieſem des Mandatarii Begehren zu deferiren, und ihm das vom Pauernfeind eingegebene Exhibitum zu communiciren, einen groſſen Anſtand haben, und zwar ſonderbar aus Urſachen, weil darinn unter andern ein Schreiben vom Herzogl. Guaſtalliſchen bey Eurer Kaiſerl. Majeſtät accreditirten, Miniſtro, Papini, beygelegt iſt, darinnen dieſer von Guaſtalla aus, an beſagten Pauernfeind unter andern dasjenige, ſo er wegen dieſer Prinzeßin allda in Erfahrung gebracht, und theils vom Herrn Herzog zu Guaſtalla ſelbſt, in ſeiner bey ihm gehabten Privataudienz vernommen hat, folgendergeſtalt berichtet:

Il maggior pregiudizio degli affari é la Signora Principeſſa Eleonora, ſorella del

Padro-

Padrone Sereniſſimo la di cui ſalute le diſpiace all' eſtremo, perché Ella vorebbe eſſerla Sovrana ad eſcluſione del Fratello, coſi che va facendo diſſeminare zizanie contro del medeſimo, e del ducale Miniſtro avendo procurati atteſtati improprii e coſti ſpediti per ſoſtenerſi Sovrana di modo tale, che cio pregiudica notabilmente non meno all' eſſere, ed intereſſe dell Altezza ſua, che alla di lui medeſima ſalute, ſebbene abbi forzatamente atteſtati oppoſiti, a ſegno tale, che il Padrone Sereniſſimo meco s'eſpreſſe nel udienza, che mi diede: che ſe la Signora ſua ſorella ſene partiſſe, non avrebbe Egli alcun minimo diſpiacere, e che lui ſteſſo non la diſcacciava, perche non ſarebbe coſa propria d'un fratello (praeciſa verba): onde intelligenti pauca: dal che ho tutto il motivo di pregare come ſo vivamente V. S. di paſſare queſte notizie, a chi conoſcera piu proprio, accio da coteſta Ceſarea Corte venghi ſpedito ordine, che toſto ſene parti, come era gia in diſpoſizione d'ordinarle con la ſolita ſua prudenza, il Signore Conte Borromei, ſin dal primo ſuo arrivo etc. etc.

Dergleichen Umſtände nun, ſo ein Herr ſeinem Miniſter in privata audientia ingeheim und mündlich anvertraut, und dieſer wiederum an Eure Kaiſerl. Majeſtät nur allein zu Dero Allerhöchſten Verordnungen dirigiren zu können, berichtet, kann Reichshofrath ſecundum regulas prudentiae et conſilii, keineswegs für communicable halten, noch finden, daß man derley Land und Leute und cauſas regiminis betref-

betreffende geheime Schreiben und Berichte, publici Juris machen, und dadurch nur unnöthige Weitläuftigkeiten veranlaſſen ſollte, immaſſen und ſonſten künftighin ein jedweder ſolcherley nöthige Nachrichten zu ertheilen Bedenken tragen, und um nicht auch in Verdrießlichkeiten zu kommen, damit zurückhalten würde, wo doch gleichwohl gar viel daran gelegen iſt, in cauſis, ſo nicht nur in das intereſſe privatum, ſondern auch publicum einſchlagen, von allen Abſichten und Nebenumſtänden, gründliche Information zu haben, um ſich darnach in den ergehenden Verordnungen um deſto beſſer reguliren zu können.

Hiernächſt und wann des Herrn Herzogs Frau Schweſter, aus dem Pauernfeindiſchen Exhibito und deſſen Beylage, erſehen ſollte, daß ihr Herr Bruder von ihrer Gegenwart daſelbſt gerne befreyet ſeyn wollte, würde unfehlbar eine groſſe Verbitterung zwiſchen Bruder und Schweſter erweckt, und ſonſten viele andere üble Folgerungen, oder auch gegen deſſen Miniſtros weitläuftige und beſchwerliche Proceſſus verurſacht werden. Daß aber der Mandatarius der Frau Prinzeſſin Eleonorä vermeynt, als ob man ſeiner Frau Principalin, die Adminiſtration der Guaſtalliſchen Länder, eben auf obiges, des Pauernfeinds Exhibitum, abgeſchlagen habe, darinn iſt er ganz irrig, geſtalten Eure Kaiſerl. Majeſtät vom Reichshofrath lange vorher, und ehe noch dieſes Exhibitum in Vorſchein gekommen, aus ganz andren, ſowohl aus den Lehen- und andern gemeinen Rechten, als auch ſonſten angeführten Staatsurſachen, ihr, der Frau Princeſſin, die Adminiſtration zu übertragen, widerrathen, und auch ein ſolches von Allerhöchſtderoſelben allergnädigſt approbirt worden iſt.

Alle Rechte erfordern, daß ad privationem adminiſtrationis et regiminis, ſufficiens cauſae

cognitio

cognitio vorhergehen müſſe. Eben dieſe Rechte, wie auch regulae humanitatis et chriſtianitatis wollen, daß man einen Kranken, welcher zumalen ſchon einmal eben dieſen Zuſtand gehabt, davon aber gänzlich geneſen, und viele Jahre darüber geſund verblieben iſt, mit Benehmung der Adminiſtration des Seinigen, nicht übereilen, ſondern hierinnfalls debito cum moderamine verfahren, und dem Patienten gleichwohl genugſame und nöthige Zeit zu ſeiner Reſtitution vergönnen muß, zumalen da ſo viele Atteſtata, von verſchiedenen Medicis vorhanden ſind, welche den ſtatum morbi nicht pro incurabili, ſondern curabili halten. Die in gegenwärtigem Falle aber concurrirende rationes publicae, beſtehen unter andern in Summa darinnen:

Daß bey dieſer Sache nicht nur des Reiches, ſondern auch wegen des Herzogthums Mantua, Eurer Kaiſerl. Majeſtät Durchlauchtigſten Erzhauſes ſelbſt eigenes Intereſſe mit concurrire, daß die Frau Fürſtin Eleonora, wenn ſie die Adminiſtration bekommen möchte, ſich in Poſſeſſion auch derjenigen Länder, darinn ihr doch auch pro futuro gar kein Jus ſuccedendi gebührt, feſtſetzen, und daß ſie als eine Prinzeſſin von 43 Jahren gar leichtlich entweder durch Heurath, oder auch ſonſtenher, einen beſchwerlichen Anhang und Aſſiſtenz erlangen dürfte; daß der Marcheſinn Paredes Kinder, und andere Agnati maſculi, in ſpecie die zu Mantua ſubſiſtirende, und in äuſſerſter Armuth lebende Herzogen von Gonzaga, als Kaiſerl. und Erzherzogl. Unterthanen, davon ſchon einige, und zwar in ſpecie diejenigen, ſo ſich della Tomba nennen, allerunterthänigſt eingekommen, und ihrem Juri nicht zu präjudiciren, gehorſamſt gebeten haben, an ihrem Succeſſionsrecht, zumalen wenn die Frau Fürſtin Eleonora das Guaſtal-

liſche Archiv zu ihren Händen bringen ſollte, verkürzt werden dürften; daß weit räthlicher ſey, dergleichen üblen Folgerungen in Zeiten vorzukommen, und ſolche gefährliche Abſichten unterm Vorwand einer Admi-niſtration, omni modo zu hindern, folgſam alles in ſtatu quo zu erhalten, als nachher re non amplius integra, erſt beſchwerliche Mittel vor die Hand zu nehmen, welche man oft wegen Zeit und Umſtänden, oder bey geändertem ſtatu publico faſt nicht mehr zu gebrauchen im Stande iſt, mehr andere der-gleichen wichtige Umſtände und Conſiderationes zu geſchweigen.

Im übrigen iſt aus obigem, der Frau Princeſſin Mandatarii Memorial zu erſehen, daß derſelbe die Communication des Pauernfeindiſchen Exhibiti zu begehren, ſonderbar daher veranlaßt worden ſey, weil es auſſerhalb als eine notificatio facinoris inauditi rubricirt worden iſt.

Nun iſt zwar nicht ohne, daß dieſe aus Unacht-ſamkeit dahin geſetzte Rubrik hätte unterbleiben ſollen; allein wenn man wie billig, mehr auf die Sache, als auf die Worte ſiehet: ſo imputirt der Pauern-feind das Unternehmen gegen den Herrn Herzog, in puncto Regiminis et Adminiſtrationis, nicht ſo viel ihr, der Frau Prinzeſſin, als vielmehr ihren übeln Rathgebern, und mag darunter unter andern, oben-gedachten Abbatem Mazzuchimi, und den ob diverſa crimina relegirten Doctorem Migliorani verſtanden haben, daß alſo bey allen dieſen Umſtänden, gehor-ſamſter Reichshofrath dafürhalten muß, daß folgen-der Beſcheid zu ertheilen ſey:

Cum mentio de facinore, in Exhibito Mandatarii Pauernfeind facta, ad Dominam Principiſſam Eleonoram non obtineat, neque etiam reliqua

reliqua dicti Exhibiti contenta Jura partium concernant, hinc petito ejusdem Dominae Principiſſae Mandatarii, in puncto communicationis, non eſt locus.

Womit zu Eurer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Kaiſerl. Gnaden, gehorſamſter Reichshofrath ſich in aller Unterthänigkeit empfiehlt.

Ita concluſum, lectum et approbatum in Conſilio Imperiali Aul. die 23. Sept. 1729.

PRAESENTIBUS.

D. B. a Danckelmann.	D. B. a Jaxheim.
D. B. a Partenfeld.	D. B. ab Hartius.
D. C. ab Hamilton.	D. ab Albrechtsburg.
D. C. a Sereni.	D. a Burckard.
D. B. a Beck.	D. a Wucherer.
D. B. a Roth.	D. a Wernher.

et Secretario de Glandorff.

Reichsbelehnungen ex nova gratia im Beyſpiele der Freyherrn von Reck zu Stockhauſen.

Wenn von der Lehensfolge einer abgetheilten — aber gleichwohl von dem erſten Erwerber abſtammenden Linie die Rede iſt, wenn das Lehen etwa ſelbſt noch zu Weiberlehen gehört *), und die Succeſſion doch nur *ex nova gratia* den männlichen Leibeserben zugeſtanden wird, dann ſollte man wohl überall, ohne zu viel zu fordern, die triftigſten Bewegungsgründe vorausſetzen dürfen.

Man vergleiche nun die folgende tiefdurchdachte Ausführung des Reichshofraths über die Lehensfolge der Freyherrn von Reck zu Stockhauſen in die Drenſteinfurther und Heeſiſche Reichslehen mit der angehängten Kaiſerl. Reſolution und überlaſſe ſich ſeinem Urtheile.

Der

*) Lehen, durch Weiber vererbt, wie die Reckiſchen Lehen, ſind der Regel nach **Weiberlehen**, II. feud. 30. und Mannlehen ſind nicht immer **männliche** Lehen. S. von Eichmann von der rechtlichen Bedeutung des Kunſt und Wiſſenſchaftsworts: **Mannlehen** in Zepernicks Sammlung auserleſener Abhandlungen aus dem Lehenrechte. Th. 2. S. 168.

Der Autor nimmt an, daß jedem ſeiner Leſer erinnerlich ſeyn werde, was die Formel ex nova gratia im Lehenrechte ſagen wolle, und bemerkt nur noch, daß, falls anders die Nichtbelehnung der Lehenscompetenten, da, wo nicht ſimultanea inveſtitura unabänderlich hergebracht iſt — und dies iſt ſie der Regel nach weder bey Reichs- noch bey Territoriallehen auſſerhalb Sachſen — der einzige zureichende Grund zur Ausſchlieſſung von der Lehensfolge ſeyn ſollte, die meiſten reichsſtändiſchen Häuſer, wo nicht durchgehends jetzt noch, doch ehedem, in ihren Paſſivlehensverhältniſſen großen Weiterungen ausgeſetzt geweſen ſeyn würden, weil vormals eine jede Linie gewöhnlich nur mit ihren eigenen Beſitzungen beliehen wurde, bis nach und nach hier und da die Geſammtbelehnungen durch den Aelteſten des Hauſes gäng und gebe geworden ſind.

IX.
Reichshofrathsgutachten
in Sachen
von der Reck zu Heeſen und Steinfurth
puncto Inveſtiturae die Mannlehen und die freyen Stühle zu Drenſteinfurth und Heeſen
betreffend
vom Jahr 1774.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Die von der Reckiſchen Reichslehen ſind theils von dem Hochſtift Münſter, theils in der Grafſchaft Mark und in dem Cleviſchen entlegen und werden gemeiniglich die Drenſteinfurther und Heeſiſche Mannlehen und freyen Stühle genannt.

Die Familie von der Reck hat dieſe Lehen unter weiland Kaiſer Sigismund Anno 1437. nach Abſterben des Johann von Vollmerſtein, des letzten dieſes Namens, und zwar durch Dietrich von der Reck an ſich gebracht, weil dieſer eine Vollmerſteiniſche Tochter geehlicht. Die Verlaſſung geſchahe für ſelben und ſeine männliche Nachkommenſchaft und iſt in facto richtig, daß bis auf das Jahr 1615. die von der Reck ſothane Lehen beſtändig unzertheilter beſeſſen, auch hierüber jederzeit nur einen Lehenbrief erhalten.

Den 28. Febr. 1615. wurde dieſe Gemeinſchaft aufgehoben und errichteten Johann und Jobſt von der Reck einen Theilungsreceß dahin:

„Daß

„Daß die Theilung dieſer Lehen ſowohl ohne „einiges praejudicium als Nachtheil geſchehen, als „auch NB. nur zu Dero Devidenten und Vaſallen „und Mannen von Lehen auch der ganzen Lehen „wahrem Nutzen, Vortheil und beſſerer Commodität „geſchehen ſeyn ſolle.“

Weiland Kaiſer Ferdinandus ſecundus beſtätigte auch dieſen Vertrag, wie ſolches aus dem den 1. März 1621. ertheilten Lehenbriefe erhellet. In Verfolg erſtgedachter Theilung theilte ſich auch nunmehro die von Reckiſche Familie in zwey Linien, wovon die ältere des Joannis, nämlichen die Steinfurther, — des Jobſts, als jüngern hingegen die Heeſiſche genannt worden, — zwiſchen welchen ſofort die von Reckiſche Mannlehen und freye Stühle in zwey ganz gleiche Portionen abgetheilt waren.

Von dieſer Zeit an blieb die Familie ſowohl, als das Lehen beſtändig in erſagten Linien und wurde jederzeit für jede Linie ein beſondrer Lehenbrief dergeſtalt ausgefertigt, daß weder die Steinfurther Linie in dem Heeſiſchen, noch dieſe in jener ihrem Lehenbriefe weiters mehr vorkommen.

Erſt den 17. Novemb. 1745. ſtarb der letzte aus der Heeſiſchen Linie, Franz Adolph mit Namen, ohne Hinterlaſſung einer ehelichen männlichen und weiblichen Deſcendenz und war von ſolcher Linie nur annoch eine Schweſter deſſelben Namens Anna Eliſabetha übrig, welche gleichfalls auf die Heeſiſchen Lehen einen Anſpruch machte.

Von der Steinfurther Linie aber exiſtirten zwey Halbbrüder, Ferdinand Wilhelm, und Franz Arnold, wovon der letztere bey verſchiedenen Domſtiftern Canonicus geweſen, ſohin aber den geiſtlichen Stand verlaſſen und ſich mit oben gedachter Anna Eliſabetha von der Reck Heeſiſcher Linie verheurathet, ſo ihm auch ihre angeblichen Jura per ceſſionem überlaſſen.

Dieſer Franz Arnold ſuchte ſub praeſentato 7. März 1746. die Inveſtitur über die Halbſcheid der von der Reck-Heeſiſchen Linie beſeſſenen und nunmehro auf die Steinfurther Linie devolvirten Lehen, tanquam proximus agnatus des Johann Adolph vorerſt und mit Vorbehalt des Antheils ſeines Bruders nach, wann dieſer darum ſich in gebührender Zeit nicht melden ſollte, und begehrte zum Lehenseid zugelaſſen zu werden.

Per concluſum vom 14. März 1746. wurde per unanimia dieſem Supplicanten auferlegt

1. ſich durch Producirung eines authentiſchen Stammbaunis zu dem Heeſiſchen Lehen zu qualificiren,
2. die Theilung in originali oder copia zu produciren;
3. eine Specification aller Heeſiſchen Lehenſtücke zu übergeben.

Erſtangeführter Auflage zufolge docirte auch Franz Arnold mittelſt eines authentiſchen Stammbaums ſeine Abſtammung von Johann von der Reck, welcher mit Jobſten dieſe Lehen noch pro indiviſo innen gehabt, und erſt mit Jobſten vertheilet in ununterbrochener Reihe.

Zweitens exhibirte er den in Anno 1615. zwiſchen Johann und Jobſten getroffenen Theilungsreceß.

Drittens zeigte er an, daß die Heeſiſche Lehen pure Afterlehen waren, deren Nutzen bey Abſterben eines Subvaſalli in Abreichung ſieben Goldgulden zur Lehenkammer beſtünde.

Hierauf erfolgte per eminenter majora den 19. Jan. 1747. ein Concluſum priori inhaeſivum des Innhalts:

„Würde

„Würde Supplicant

a) die von ſeinem Bruder Ferdinand Wilhelm „von der Reck fehlende Vollmacht ſub termino 2. menſium beybringen und

b) Innhalts vorigen concluſi de 25. Martii 1746. praeſtanda präſtiren, ſo erfolget weiterer Beſcheid.

Nachdem nun dieſer Ferdinand Wilhelm den 16. Decemb. 1746. ſelbſt eingekommen, und die Inveſtitur über ſämmtliche Reichslehen nachgeſucht, zugleich auch ſub eodem praeſentato die in etwas verſpätete Lehensmuthung entſchuldigt hatte, ſo trug damaliger Reichshofrath kein Bedenken, nach nunmehro beygebrachten ſämmtlichen Lehens-requiſitis ſupplicantes ad Inveſtituram zuzulaſſen, und würde auch die praeſtatio juramenti alſogleich erfolgt ſeyn, wenn nicht weiland des letztverſtorbenen Kaiſers Majeſtät allergnädigſt befohlen hätten, dieſe in die allerhöchſt Kaiſerl. und des Reichs Rechte einſchlagende Sache nochmals in Ueberlegung zu ziehen und ſofort darüber ein allerunterthänigſtes Votum zu erſtatten.

Dieſes geſchahe auch und wurden vota majorum et minorum, wovon die erſten in 13 Stimmen, letztere in 2 bis 3 beſtanden, den 20. Jun. 1747. allergehorſamſt übergeben.

Die hierüber ausgefallene Allerhöchſte Kaiſerl. Entſchlieſſung lautete folgendergeſtalt:

„Ohne dermalen in die Frage einzugehen, „placet, die ſupplicirende Reck mit denen „Heeſiſchen Lehen ex gratia zu belehnen.“

Minora wollten damal absque proceſſu fiscali nonniſi ex mera gratia auf die Belehnung hinausſehen. Majora hielten im Gegentheil dafür, daß wenn ſchon Anno 1615. die von Reckiſche Familie in

die Lehen quaeſtionis ſich getheilet, auch von ſolcher Zeit an einer jeden Linie nach Maàß der getroffenen Abtheilung ein beſondrer Lehenbrief, ohne in dem ein oder andern Lehenbrief der ein oder andern Linie zu gedenken, ausgeſtellet, auch von jeder Linie nur jedesmal von ihrer zugetheilten Portion die Lehensrequiſition eingelegt worden ſey, nichts deſtoweniger es nach ausgeſtorbener Heeſiſchen Linie keines proceſſus fiscalis bedürfe, ſondern denen Deſcendenten aus der Steinfurther Linie die Lehensfolge ganz unſtrittig gebühre.

In Verfolg vorerwähnter Allerhöchſten Kaiſerl. Reſolution wurde nun zwar die Zulaſſung ad Juramentum inveſtiturae decretirt, das Jurament aber nicht abgeſchworen, weilen mit dem Taxamt Supplicantes ſich nicht vereinigen konnten.

Anno 1761. den 18. Sept. ſtarb ſohinnach auch Ferdinand Wilhelm, dahero deſſen noch im Leben geweſter Bruder Franz Arnold den 1. Octob. 1762. die Inveſtitur über ſeines verſtorbenen Bruders Antheil in denen Lehen der Drenſteinfurther ſowohl, Heeſiſchen Linie, doch jede in ſeparato, gebührend nachſuchte.

Es kam aber wieder nicht zur wirklichen Inveſtitur, weilen Requirent Franz Arnold von der Reck kurz darauf den 10. Novemb. 1762. ohne Hinterlaſſung eines Leibeserben verſtorben.

Nach dieſer beyden nunmehro erfolgten Tode melden ſich mehrere Lehenscompetenten, worunter die vier Gebrüdere Freyherrn von Landsberg, Namens Clemenz Auguſt, Johann Matthias, Franz Arnold und Engelbert Franz, die erſten, auch diejenigen ſind, welche die Lehen alſogleich in Beſitz genommen.

Der Grund, worauf dieſelbe ihr Succeſſionsrecht bauen, beruht darin, daß ihre Mutter eine Tochter Joan-

Joannes Matthias von der Reck und des letzten Vaſalli Franz Arnold von der Reck leibliche Schweſter ſeye, ihnen ſo anmit die Lehensfolge um da mehrers gebühre, als auf eben die nemliche Art ſothane Lehen durch eine Vollmerſteiniſche Tochter an den erſten aus der Reckiſchen Familie, Dietrich von der Reck gediehen, dannenhero auch mit Grund pro feudis promiscuis oder ſolche zu halten ſeyen, worinn auch die Weiber deficientibus maſculis zu ſuccediren hätten, bevorab in regula in denen Provinzen von Nieder-Deutſchland die Lehen dieſer Eigenſchaft, ſomit überhaupt feuda promiſcua wären, worinnen denen feminis die unſtrittige Succeſſion zuſtünde.

Sie brachten des Endes alle nöthige Lehensrequiſita bey, und baten zur würklichen Inveſtitur zugelaſſen zu werden.

Ferners meldet ſich durch den verſtorbenen Agenten Bißing und ſuchet pro retradendis actis ad regiſtraturam unterm 3. März 1763. Wilhelm Chriſtian von der Reck, Königl. Preußiſcher Geheimerath und Domcuſtos zu Minden gebührend an und als ſub 7. ejusdem menſis et anni per concluſum dießfalßigen petito willfahrt, — auch unterm 8. Nov. dicti anni pro ulteriori termino ad producendum requiſita Inveſtiturae gebeten worden, legte idem Anwaldt ſub praeſ. 26. Jun. 1764. das förmliche Geſuch pro concedenda Inveſtitura ein, fügte documentum mortis ultimi Vaſalli, den letzten Lehenbrief de 1746. den Specialgewalt cum clauſula jurandi in animam ſui Principalis, dann die Weißthümer ſeiner Abſtammung von Dietrich von der Reck zu Stockhauſen, eines leiblichen Sohnes des Ao. 1618. verſtorbenen Johann von der Reck zu Steinfurth und Bruders des Johanns von Steinfurth als Aeltervaters der letzten Lehensbeſitzer, durchgehends in forma

pro-

probante bey und bat tamquam proximus agnatus ad inveſtituram zugelaſſen zu werden.

Nachdem aber auch dieſer den 23. Sept. 1764. mit Tod abgegangen, kommen den 26. März 1771. deſſen nachgelaſſene fünf Söhne und reſpektive der zwey jüngern Vormundſchaft, bringen documentum mortis ihres Vaters, das tutorium und zumalen Specialgewalt ſowohl von denen nunmehro 3 majorennen von der Reck, als von der ſchon ehemals nach Ableben ihres Vaters beſtellten Vormundſchaft im Namen der zwey minderjährigen von der Reckiſchen Söhne bey, und ſtellen das nämliche petitum pro inveſtitura.

Endlich kommt auch Graf von Elz-Kempenich, beziehet ſich auch eine den 13. Nov. 1737. erhaltene Kaiſerl. Expectanz ſowohl auf dieſe, als etwa auch andre apert werdende und etwa zwölftauſend Reichsthaler ertragen mögende Reichslehen und bittet damit belehnt zu werden.

Nun wurden zwar der erſten zweyen Prätendenten exhibirte Implorationen, allen Anfangs fiscali imperiali aulico den 27. Jun. 1764. zudecretirt und derſelbe hierunter ſich ſeines Amts zu bedienen anerinnert, welches auch von ihm und zwar in Betreff des von Landsperg mit dem befolget worden, daß nämlich Fiscalis ſagte:

„Es wären die freyen Stühle zu Drenſteinfurth und Heeſen ſammt allen Zugehörungen je und allezeit offenbar Reichsmannlehen geweſen, gleich ſolches die von denen von Landſperg ſelbſt in exhibito de 27. Jan. 1764. producirte jüngſt und älteſte Lehensbriefe ausweiſen, indem in dem erſten ab Imperatore Sigismundo dem Dietrich von der Reck ertheilten Lehenbriefe ausdrücklich enthalten, daß quäſtionirte Lehen dem Dietrich von der Reck und deſſelben Erben

Männ-

Männlichen Geſchlechts geliehen würden, die nachfolgenden lauteten ebenfalls nur auf das männliche Geſchlecht, und gedächte keiner des weiblichen nur im geringſten.

Das petitum Fiscalis gienge alſo auf derenſelben Abweiſung, auch daß ſie angehalten werden ſollen, ſothane Lehen und Einbehörungen una cum fructibus á tempore obitus ultimi vaſalli perceptis ohne weiters reſpective abzutreten und zu reſtituiren.

In Betreff des zweyten Lehensprätendenten Wilhelm Chriſtian von der Reck hingegen wollte ſich anfänglich Fiscalis in keine Conteſtation einlaſſen, bis nicht derſelbe ſeine Abſtammung a primo adquirente mittelſt Beybringung eines ordentlich eingerichteten authentiſchen Stammbaums beſſer, als es geſchehen, beſcheinigt haben würde. In dem nachgefolgten Exhibito aber erkannte derſelbe ſelbſt, wie es auch die von Landſperg nicht zu widerſprechen vermogten, daß derſelben Urgroßvater Dietrich von der Reck eben derjenige geweſen ſey, welcher nach Ableben ſeines Vaters Johann, als gemeinſamen Stammvaters auf alle Güther, Lehen, und frey eigen, folglich auch auf die Drenſteinfurther und Heeſiſche Mannlehen für ſich und ſeine Erben ein gerichtliches Verzicht gethan, alſo zwar, daß in Verfolg ſothaner Verzicht die neue Lehensvollmacht von deſſen Bruder Johann alleinig unterzeichnet und der Lehenbrief ſelbſt auf dieſen, den Johann nemlich alleinig ausgefertiget worden, und dieß alles bereits reſpektive den 16. Nov. 1620. den 7. Jan. 1621. geſchehen, wohl folglich auch dieſer Lehensprätendent modo deſſen Söhne, per neceſſariam conſequentiam ſchlechterdings abzuweiſen ſeyen.

Ob und in wie weit nun das ein oder andere Lehensgeſuch auch die fiskaliſche Einrede gegründet

ſeyn

ſeyn dürfte? ermangelt gehorſamſter Reichshofrath nicht in reife Ueberlegung zu ziehen und iſt ſofort der unzielſetzlichſten Meynung:

Votum.

I^mo. Das Graf Elziſche Lehensgeſuch in ſolang und viel von keiner Betrachtung ſeyn könne, bis nicht die Neckiſche Reichslehen als apert angeſehen und dem Kaiſerlichen Reichslehnhof für heimgefallen erklärt worden ſeyn werden, welches aber denen vorliegenden Umſtänden nach, wie ſogleich beſſer unten bemerkt werden ſolle, untereinſtens ſchwerlich geſchehen wird. Eben ſo richtig iſt

II^do. daß die Gebrüder Freyherrn von Landſperg, welche zwar aus einer Neckiſchen Tochter, des letztern Vaſalli leiblichen Schweſter, ganz ohne allen Widerſpruch herſtammen, an die Lehen quaeſtionis in keinem Betracht auf den Fall einen gegründeten Anſpruch zu erheben vermögend ſeyen, wenn ſich immer noch Deſcendenten männlichen Geſchlechts zeigen, welche von dem gemeinſamen Stammvater ihre Abſtammung zu erweiſen, auch darzuthun vermögend ſind, daß ſie ihres Orts lehensfähige Abſtämmlinge ſind. Geſtalten, wann auch noch eine Frage ſeyn könnte, ob deficientibus maſculis nicht allenfalls die feminae in feudis quaeſtionis zu ſuccediren hätten, nimmermehr jedoch geſagt werden könne, daß dieſelben die Männer ausſchlieſſen, oder auch nur mit denenſelben promiſcue ſuccediren können, anerwogen ſo lange die quäſtionirte Lehen bey der von Neckiſchen Familie beſtanden, ſolche jedesmal von denen männlichen Deſcendenten mit Ausſchluß der Weiber requirirt, belehnt, auch nunmehro der Weiber in einigem Lehenbrief, ſoviel die von der Neck betrift, im mindeſten gedacht worden.

Dem

Dem tritt annoch bey, daß wann auch die feminae in einem Lehen ſuccediren mögen, ſofort das Lehen, von dem die Frage obwaltet, ein unwiderſprechliches feudum ſemineum iſt, welches jedoch bey diesfällig von Reckiſchen Lehen noch gar nicht ausgemacht, die Lehensfolge in regula non niſi extincta linea maſculina die Weiber betreffen möge, den alleinigen Fall ausgenommen, wann die Weiber una cum maſculis jederzeit ſuccediret hätten, folglich jedesmal una cum maſculis die Lehen requirirt und beſeſſen hätten, welche Obſervanz aber bey gegenwärtigem Lehen um da weniger einſchlägt, als und vielmehr ad adducta die Lehenbriefe einhellig von Mannlehen ſprechen, auch die Vergleichungen jedesmal nur dem männlichen Geſchlecht beſchehen ſind. Es kommt ſolchemnach

III^tio. bey dießfälliger in Frage ſtehenden Lehensfolge alleinig noch darauf an, was für Anſtänden die Lehensnachſuchung des Wilhelm Chriſtian von der Reck modo deſſelben nachgelaſſene fünf Söhne unterworfen, und ob ſelbe von der Erheblichkeit, daß ſie ohne Abführung eines fiscaliſchen proceſſus nicht zu überſehen ſeyen, wohlfolglich von nun an nicht entſchieden werden können, wobey gehorſamſter Reichshofrath allerdings der Meynung iſt, daß es keines fiscaliſchen Proceſſes bedörfe. Dieſes nun aber genauer zu überſehen, wird erforderlich ſeyn, die fiscaliſche und etwanige ſonſtige obmota in der Ordnung zu berühren.

Das erſte fiskaliſche obmotum wäre, daß nämlich

a) derſelbe beglaubt ſeyn wollen, er hätte ſich mit dem Wilhelm Chriſtian von der Reck auf eine förmliche Conteſtation nicht eher einzulaſſen, bis nicht derſelbe ſeine Abſtammung a commune ſtipite beſſer, als

als geſchehen, allenfalls mittelſt Producirung eines ordentlich gefertigt und belegten Stammbaums dargethan und ausgewieſen haben würde. Von dieſer Einwendung ſchiene derſelbe

b) in der Folge ſelbſt abzugehen und die Abweiſung dieſes Implorantens lediglich aus dem Grund zu fordern, weilen deſſen Urgroßvater Dietrich von der Reck eine gerichtliche Verzicht für ſich und ſeine Erben auf alle Güter, Lehen, und frey eigen gethan, keine Lehensvollmacht mehr unterſchrieben habe, noch der Lehenbrief auf ihn fernershin, ſondern nur auf deſſen Bruder ausgeſtellt worden ſey. Ferners dörfte

c) mehr erwähntem Wilhelm Chriſtian von der Reck, modo deſſen Söhnen, entgegengeſetzt werden, daß ſowohl er, als gemeldte ſeine Söhne ſich verſpätet, intra annum et diem die Lehen quaeſtionis behörig zu muthen.

Alleinig was die fiskaliſche Einwendung

ad a) betrift, iſt dieſe allſchon dadurch gehoben, weilen die Filiation und Abſtammung des dermaligen Lehenswerbers Wilhelm Chriſtian von der Reck von Johann von der Reck zu Steinfurth, der Anno 1618. geſtorben, durch das ſub praeſentato 26. Jun. 1764. beygebrachte Schema und das dieſem unterſtellte Zeugniß des Domkapitels zu Minden, dann durch das fernere dortſelbſt ſub No. 6. beygebrachte Atteſtat eben erſagten Capitels ſattſam und zur Ueberzeugniß erprobt wird, indem darinn deutlich enthalten, daß deſſen Aeltervater Dietrich von der Reck ein leiblicher Sohn von Johann von der Reck, Herrn zu Drenſteinfurth und deſſen Aeltermutter Anna von Weſtrup, eine Tochter von Johann von Weſtrup, Erbherrn von Stockhauſen geweſen, mithin beſagter ſein Aeltervater mit beſagter ſeiner Gemahlin, das adeliche Haus Stockhauſen erheurathet habe.

Es

Es wird auch ſothane richtige Abſtammung dadurch ferners conſtatirt, weilen die Mitlehenswerber, Freyherrn von Landsperg, ſolche um ſo weniger in Zweifel ziehen, als mehrere ſelbſt behaupten, daß eben dieſer Wilhelm Chriſtian derjenige ſeye, welcher von dem Dieterich von der Reck originire, ſo auf Lehen und Eigen gerichtlichen Verzicht gethan, verfolglich nicht zwar in Rückſicht, daß er kein Abſtämmling wäre, ſondern weilen er auf Lehen und auf Eigen ſich verziehen, zu deßfallſiger Succeſſion einen Anſpruch zu machen nicht vermögte.

Dahero gehorſamſten Reichshofraths unvorgreiflichſtem Erachten nach das angeregte obmotum ad a) gänzlich zerfället, und nimmermehr einig proceſſualiſcher Ausführung bedarf, weilen dem Angeführten nach die Abſtammung a communi ſtipite, welcher allein Anfangs die Lehen annoch pro indiviſo beſeſſen, ganz unzweifelbar und hinlänglich bewieſen worden iſt. Und obſchon

ad b) das bereits öfters berührte Verzichtsinſtrument erſten Anblicks einen ſtärkern Belang zu haben ſcheinen dörfte, ſo muß nichts deſtoweniger gehorſamſter Reichshofrath auch hierwegen der unzielſetzlichſt rechtlichen Meynung ſeyn, wasmaßen dieſe Verzicht keineswegs pro refutatione feudi, als welche dem Lehenherrn zu beſchehen hätte, ſondern ſchlechterdings eine in favorem fratris et familiae abgegebene Verzicht ſeye und keineswegs den Verſtand haben könne, daß ſogar auf den Fall, wenn die männliche Deſcendenz dererjenigen, zu deren Favor gegen alleinigen Empfang der legitimae auf die Succeſſion an Lehen und Eigen renunciirt worden, die Abſtammende aus erſagtem Dietrich von der Reck zu der Lehensfolge gar nicht mehr ſollten gelangen können.

Daß nun aber die in favorem fratris et familiae beſchehene Verzicht nicht den Verſtand gehabt, ob wollten die Lehen quaeſtionis gänzlich refutirt, und ſolchen auch auf den Fall, wenn kein deſcendens maſculus ex fratre mehr am Leben ſeyn ſollte, vor ewig und allezeit abgeſagt werden, ergiebt ſich theils aus der Eigenſchaft des Geſchäfts, theils aus dem vielerwähnten Verzichtsinſtrument ſelbſt ſehr deutlich, und zwar aus der Eigenſchaft des Geſchäfts von darum, weilen der Renuntiations-Actus nicht zwiſchen dem Renuntianten und dem Lehenhof vorgegangen, ſondern lediglich zwiſchen jenem und ſeinen Brüdern errichtet worden, daß alſo der Verſtand deſſelben ultra intentionem agentium proprio jure nicht wohl erſtreckt werden kann.

Aus dem Verzichtsinſtrument aber wird die Sache noch klärer, weilen in ſolchem mit ausdrücklichen Worten enthalten, daß dieſe Verzicht und Begnügung mit der legitima aus brüderlicher Affection und gutem Herzen um beſſerer Erhaltung adelicher Namen und Stammes geſchehen.

Schlecht aber würde Namen und Stamm erhalten werden, wann Renuntiant Dietrich von der Reck ſich der Lehensfolge für ſich und ſeine Nachkommenſchaft auch auf den Fall begeben haben ſollte, wenn kein andrer ſeines Namens und Stammes von ſeinem Bruder mehr übrig und ſomit die Erhaltung Namens und Stammes auf ſeiner eigenen Nachkommenſchaft annoch einzig und alleinig beruhete.

Dieſe Benehmung der Sache erheitert ſich noch überzeugender aus der dieſem Renuntiations-Inſtrument beygeſetzten Clauſel, wo nämlich geſagt wird, daß er allen dagegen zu machen ſeyn mögenden Einwendungen mit handgegebener Treue an Eidesſtatt bey adelichen wahren Worten, Ehren und Glauben renun-

renuntiiret und davon einen Abſtand gethan habe, jedoch ihm und ſeinen Erben hierzu ausdrücklich vorbehalten, daß ſie Gott und die Kirche womit beerben würde.

Dießfälliger Vorbehalt kann wirklich auf keinen andern Fall, als den eben dermals vorſeyenden füglicher paſſen, da nämlich die Erbfolge in denen Lehen, auf niemand andern, als die noch Exiſtirende von der Reck kommen kann, nachdem nunmehro ſämmtlich jene, zu deren favor renuntiirt worden, verſtorben ſind, oder es müßte dieſer Vorbehalt für allezeit ſchlechterdings auſſer aller Wirkung bleiben, welches jedoch niemals mit Beſtand zu behaupten ſeyn wird, anerwogen alles, was in einem Inſtrument enthalten, gleichwohlen von einiger Wirkung ſeyn muß, eine andre aber als die bereits angeführte nimmermehr zu erfinden, eben von dahero zu concludiren ſeyn wird, daß die pro Inveſtitura ſupplicirende Wilhelm Chriſtian von der Reckiſche männliche Relicten wegen der in favorem fratris ejusque deſcendentium gemachten Renuntiation von der Lehensfolge nicht auszuſchlieſſen ſeyen.

Nachdem aber unerachtet allem bis anhero angeführten jedennoch noch die Frage übrig zu bleiben ſcheint, ob, da von Zeit der bereits anno 1620. beſchehenen Renuntiation an die von der Reck-Stockhauſer Linie und ſogar auch ſchon derſelben Aeltervater Dietrich von der Reck, als der eigentliche Renuntiant weder einen Gewalt zur Lehensrequiſition fernershin mitunterſchrieben, noch die Lehen mitrequirirt, am allerwenigſten mit inveſtiret, oder auch nur in denen ertheilten Lehenbriefen mit benennet worden ſind, nicht allenfalls um deswillen dem Inveſtitursgeſuch eine rechtserhebliche Behinderung im Weg ſtehe, und allenfalls dieſe Frage erſt durch Abführung

 eines

eines fiskaliſchen Proceſſes zu erörtern ſey, ſo iſt nichts deſtoweniger gehorſamſter Reichshofrath auch hierwegen der nemlichen unmaaßvorſchreiblichſten Meynung, welche bereits in voto ad ſacram Caeſaream Majeſtatem ſub Acto 4. Jul. 1747. eben in Betreff der Reckiſchen Mannslehen und freyen Stühle per eminenter majora geäuſſert worden, und daß, nachdem eben die nämliche Frage auch dortmals aufgeworfen, hingegen ſolche vorangeführtermaſſen allergnädigſt nicht entſchieden, ſondern nur bemerket worden, formalia: „ohne dermalen in die Frage einzugehen, „placet, die ſupplicirende Reck mit denen Heeſiſchen „Lehen ex gratia zu belehnen;" nunmehro hierüber die allerhöchſt Kaiſerl. Entſcheidung ſich allerunterthänigſt zu erbitten, um deßwillen auch das damals erſtattete Votum allergehorſamſt hier beyzulegen seyn werde.

Dann auch damals war die Frage, ob, nachdem die Freyherrn von der Reck anno 1620. in die Lehen quaeſtionis ſich getheilt und zwey Linien, die Drenſteinfurth- und Heeſiſche nämlich formirt, eine jede Linie zumalen beſonders ſeinen Lehenantheil requiriret, auch beſonders belehnet worden, ohne daß in dem ein, oder in dem andern Lehenbriefe der ein oder andern Linie im geringſten eine Erwähnung geſchehen, nach ausgeſtorbener Heeſiſchen Linie jedennoch die Steinfurther in die von jener beſeſſene Lehen ſuccediren könne, oder es vorläufig nöthig ſeyn werde, die Frage durch eine fiskaliſche Verhandlung weiters zu prüfen? Eminenter majora, wie dermals unanimia, hielten einen fiscaliſchen Proceß vor überflüſſig, ſofort die Succeſſion der Drenſteinfurther Linie in die von der Heeſiſchen Linie beſeſſenen Lehen der vorbemerkten Umſtände unangeſehen für richtig und einigem Zweifel eben ſo wenig, als der gegenwärtige Succeſſionsfall unterworfen; dahero gehorſamſter

Reichs-

Reichshofrath dieſe ſeine unzielſetzliche Meynung lediglich Eurer Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt vorlegen und die allerhöchſte Begnehmigung hierüber ſich allergehorſamſt erbitten ſolle.

Endlich

ad IIItium obmotum, nämlich die in etwas verſpätete Lehensrequiſition ſowohl des Wilhelm Chriſtian von der Reck als auch ſeiner Relicten betreffend, nachdem derſelbe bereits anno 1764. verſtorben, deſſelben Deſcendenten hingegen erſt anno 1771. ihres Vaters Todesfall angezeiget und die Lehen requiriret, werden Eure Kaiſerl. Majeſtät ſothanen Lehensfehler um ſo leichter allergnädigſt nachzuſehen ſich allermildeſt bewogen finden können, als es bey dem Wilhelm Chriſtian, ehe ſich ſelber gemeldet, kaum auf ein paar Monathe ankommt, bey deſſen Deſcendenten hingegen, weilen ſelbige dortiger Zeit alle und noch heut zu Tage zwey aus ſelben annoch minderjährig ſind, ohnehin die via reſtitutionis in aprico liegt, und gar wohl ſeyn kann, daß dieſelben von dieſer Lehensbeſchaffenheit im geringſten nicht informiret waren, mithin in errore innocuo verſiret, auſſerdem und überhaupt aber derley Verſpätung, wann dieſelbe mit keiner Verachtung des domini directi verknüpfet, noch hierwegen eine fiscaliſche Klage bereits angeſtellt worden iſt, niemals zu einer Felonieerkenntniß nach hergebrachten Rechten auch der praxi curiae feudalis ſich qualificiret.

Dieſes iſt, allergnädigſter Kaiſer und Herr! was deren Reckiſchen Lehen halber gehorſamſter Reichshofrath Allerhöchſtderoſelben allerunterthänigſt per votum humillimum vortragen, ſich darüber allergnädigſte Reſolution erbitten, annebens ſich zu beharrlichen Kaiſerl. Allerhöchſten Hulden und Gnaden allerunterthänigſt und allergehorſamſt empfehlen ſolle.

Ita concluſum in Conſilio Imperiali aulico die 4. Febr. 1774.

PRAESENTIBUS.

Excell. D. P. D. Com. ab Harrach.

Exc. D V. P. D. B. ab Hagen.
D. C. ab Ueberacker.
D. C. a Sternberg.
D. C. a Kaunitz.
D. C. a Windiſchgräz.
D. C. a Wurben.
D. C. a Firmian.
D. a Kageneck.
D. C. a Grävenitz.
D. B. a Bartenſtein.
D. B. ab Hill.
D. B. a Gärtner.
D. a Steb.
D. ab Heſs.
D. B. a Dittmar.
D. a Puſendorf.
D. a Mauchart.
et me Secret. de Stock.

Lectum vero et opprobatum die 22. ejusd. praeſentibus iisdem, nec non D. C. a Lippe D. B. a Braun et D. C. a Münch.

Ich beſtättige die Reſolution auf das Gutachten von anno 1747. und verwillige, die von Reck zu Stockhauſen mit den erledigten Reichslehen für ſich und ihre männliche Leibserben *ex nova gratia* zu belehnen.

Joſeph.

X.

Reichshofrathsgutachten

in Sachen

die Abolirung des Jeſuitenordens und die ihm zuſtändig geweſenen Reichslehenſtücke, immediate Güter, Gerechtſame und Einkünfte betreffend.

Concluſum die 6. Nov. 1773. lect. et appr. die 16. ej. m.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr Herr!

Eure Kaiſerl. Majeſtät haben mittelſt eines unterm 7. Octob. nup. an gehorſamſten Reichshofrath erlaſſenen Decreti allergnädigſt zu befehlen geruhet; nachdem an Allerhöchſtdieſelbe von päbſtlicher Heiligkeit jüngſthin zwey, den 21. Jul. und 13. Aug. a. c. gefertigte Bullen, wegen Aufhebung des Jeſuitenordens, nebſt einem von denen päbſtlichen Nuntien an die Biſchöffe erlaſſenden Circularſchreiben mitgetheilet worden; und dann ſich in den Lehen- und Reichsacten die Nachrichten befänden, ſolches auch die von der Reichsritterſchaft in Schwaben Ortenauiſchen Bezirks unterm 10. Sept. ſo, wie von dem Reichsfiskalen von Helm unterm 28. ejusd. erſtattete beede Berichte (wovon jedoch nur ein einziger angefügt war) zum Theil beſtättigten, daß vorgedachter Orden im Reiche Kaiſerliche Lehenſtücke und ſonſtige ohn-

ohnmittelbare Güter, Gerechtſame und Einkünfte beſeſſen; als habe Reichshofrath ohnverzüglich gründlich und zuverläßig, was für Kaiſerl. Reichslehenſtücke und ſonſtige Reichsohnmittelbare Güther gedachter Jeſuiterorden inne gehabt, zu unterſuchen, an Eure Kaiſerl. Majeſtät davon, und über die ganze Lage der Sache, auch insbeſondere darüber ein ausgiebiges Gutachten zu erſtatten, was vermöge der Kaiſerl. und Reichsrechten wegen denen von gemeldetem Orden beſeſſenen Reichslehen und ohnmittelbaren andern Güthern vorzukehren, ſomit darunter und allenthalben die Kaiſerlichoberhauptlichen und Lehenherrlichen Vorrechte und Zuſtändigkeiten in ſchleunigen Vollzug zu ſetzen, und geſetzmäßig zu erhalten, erforderlich ſeyn ſollte. Und da darauf an Eure Kaiſerl. Majeſtät der Magiſtrat der Reichsſtadt Augsburg Catholiſchen Theils mit einer allerunterthänigſten Vorſtellung vom 11. Sept. wegen oberwähnter Aufhebung des Jeſuiterordens ſich gewendet habe: ſo ſeye Allerhöchſt Dero fernere gnädigſte Willensmeynung, daß ebenfalls darüber das rechtliche Gutachten ehebaldigſt allergehorſamſt abgegeben werde.

Um dieſer allergnädigſten Vorſchrift die ſchuldigſte Folge zu leiſten, wird gehorſamſter Reichshofrath zuforderiſt zu unterſuchen haben:

1) worinnen eigentlich in vorliegendem Fall Eurer Kaiſerl. Majeſtät obriſthauptlichen Vorrechte und Zuſtändigkeiten beſtehen? Und

2) ob und in wie weit und auf welche Art ſolche dermalen in Vollzug zu ſetzen ſeyen?

Ad Imum. iſt der Gegenſtand der päbſtlichen Bulle vom 21. Jul. ohnſtreitig von der Beſchaffenheit, daß ſolche ehender nicht an die Biſchöffe im Reich hätte erlaſſen, viel weniger von dieſen zum Vollzug gebracht werden ſollen, bis ſie erſt vorher

Eurer Kaiſerl. Majeſtät zur Einſicht vorgelegt und unterſucht, und durch allergnädigſt Dero darauf in behörigem Weg erfolgtes Placitum regium ausdrücklich begnehmiget worden. Es wird in dieſer Bulle ein geiſtlicher Orden aufgehoben, welcher zwar die Confirmation ſeiner erſten Stiftung von dem Pabſt Paulo III. 1540. und nebſt dieſer eine Menge andere päbſtliche Privilegia in Verlauf der Zeit erhalten, ſeine Ausbreitung im römiſchen Reiche aber verſchiedenen ihm überhaupt ſowohl, als den drey deutſchen Provinzen und mehrern einzeln Collegiis ertheilten Kaiſerl. Freiheitsbriefen und Beſtättigungen ſeiner Fundationen, groſzentheils zu verdanken hatte.

Wann demnach auch an ſich, ob ein in Deutſchland von Jahrhunderten her beſtandener Orden von dem Pabſt allein ohne Vorwiſſen und Einwilligung Eurer Kaiſerl. Majeſtät tanquam ſupremi Eccleſiarum Germanicarum Advocati ganz ſupprimiret werden könne? noch einigem Anſtand unterworfen wäre; ſo wird jedoch ſolches bey dem Jeſuiterorden in Rückſicht jener ihm zu ſtatten kommenden Kaiſerl. Privilegien wohl niemals, und um ſo weniger eintreten, je bekannter derſelbe ſeiner urſprünglichen Verfaſſung gemäß mit lauter gemeinnützigen Verrichtungen, wie da ſeynd, die Erziehung und Unterricht der Jugend, nebſt Beſtellung öffentlicher Lehr- und Predigtämtern, beſchäftigt geweſen, deren mit ihme verhängten Aufhebung einen ſehr weſentlichen Einfluß auf das allgemeine Beſte, Ruhe und Wohlſtand des geſammten deutſchen Reichs, vorzüglich auch in Betreff der darinnen obwaltenden Verſchiedenheit der Religionen, würket, ſofort das Vorwiſſen und Begnehmigung deſſen Allerhöchſten Oberhaupts zu zeitlicher Vorkehrung der hierunter nöthig findenden Maasregeln, allerdings nothwendig macht, der von dieſem Orden in Beſitz gehabten Reichslehen und ohnmittelbaren

Güthern nicht zu gedenken; in Rückſicht deren Eure Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſtes Intereſſe insbeſondere mit einbefangen iſt. Aus eben dieſen Gründen iſt nicht minder richtig, daß auch die Biſchöffe im Reich, ohne forderſamſte Abwartung des Kaiſerl. Placiti, die beſagten Bullen anzunehmen, und in Vollzug ſetzen zu laſſen, in keiner Maaß befugt geweſen. Und da gleichwohlen mit deſſen Uebergehung nicht nur von dem römiſchen Hofe durch das Circulare deren Nuntien und Inſinuation dieſer Bullen an die Biſchöffe, ſondern auch von letzern deren Execution, an den meiſten Orten, theils würklich geſchehen, theils angefangen worden iſt; ſo ergiebt ſich

ad IIdum. die weitere Frage: wie ſich Eure Kaiſerl. Majeſtät bey dieſen Umſtänden zu Rettung Allerhöchſtdero Kaiſerl. Vorrechten zu benehmen haben mögten? Worüber denn gehorſamſter Reichshofrath des ohnvorgreiflichen Dafürhaltens iſt, daß Eure Kaiſerl. Majeſtät vor allen Dingen, mittelſt einer auf die päbſtliche Communication ertheilenden Erklärung das von dem römiſchen Hof hierunter geäuſſerte ſehr befremdliche Betragen in dem ſonſt gewöhnlichen Extrajudicialweg mit Nachdruck zu ahnden, und demſelben zu erkennen zu geben geruhen ſollten, was maſſen Allerhöchſtdieſelben ſich für die Zukunft in gleichen Vorfallenheiten der forderſamſten Mittheilung derley Bullen und Abwartung des Kaiſerl Placiti vor erfolgender Promulgation an die Biſchöffe um ſo unfehlbarer verſähen, als man im widrigen auf deren Vollzug ohne weiteres ein allgemeines Verboth zu legen bemüſſiget ſeyn würde.

Gleichwie aber auſſer dem in der eröfterten Bulle vom 21. Jul. unter andern die bedenkliche Stelle p. 12. in fine vorkommt:

„Ideo-

„Ideoque declaramus caſſatam perpetuo „manere, penitus extinctam omnem et „quamcunque authoritatem Praepoſiti gene„ralis, Provincialium, Viſitatorum, alio„rumque quorumlibet dictae Societatis Su„periorum, ‚tam in Spiritualibus quam in „temporalibus, eandem Jurisdictionem et „authoritatem in locorum Ordinarios totali„ter et omnimode transferimus.“

Da jedoch der Pabſt den Orden, oder deſſen Authorität, nie weiter als circa ſpiritualia directe aufheben, vielweniger die Jurisdictionem in temporalibus ſo ohnbeſchränkt denen Ordinariis, zum Nachtheil Eurer Kaiſerl. Majeſtät ſelbſten ſowohl als der Landesherren im Reiche, übertragen können, ſo dörfte in der erſt eingerathenen Erklärung auch für dieſesmal jene Bulla nicht anders, als mit nachdrücklicher Ausnahme deſſen, was von dieſer anmaßlichen Caſſation und reſpective Translation Jurisdictionis et Authoritate in temporalibus darinnen enthalten iſt, zu begnehmigen; zugleich aber von Eurer Kaiſerl. Majeſtät ein Commiſſionsdecret an den Reichstag zu erlaſſen und andurch nicht nur die an den päbſtlichen Hof ergehende Ahndung und Ausnahme dem geſammten Reiche bekannt zu machen, ſondern auch eine Erinnerung an die Biſchöffe dahin beyzufügen ſeyn, wie Eure Kaiſerl. Majeſtät verhoffen, daß Dieſelben hinführo auch Ihres Orts von ſelbſt den Bedacht nehmen würden, ohne Allerhöchſtdero Vorwiſſen und Begnehmigung derley in den Statum publicum Imperii einſchlagende Bullen nicht zu vollziehen; dem vorausgeſetzt ſodann die förmliche Kaiſerl. Einwilligung in den Vollzug der Bullen, excepto illo paſſu translatae Authoritatis et Jurisdictionis quoad temporalia in Ordinarios, dergeſtalt ertheilet werden könnte,

daß

daß in ſo ferne es noch nicht geſchehen, damit nunmehro allenthalben in Reichsverfaſſungsmäſſiger Ordnung fürgefahren werden möge. Einen Hauptgegenſtand dieſes Kaiſerl. Commiſſions-Decreti würde übrigens auch Eurer Kaiſerl. Majeſtät Reichsväterliche Ermahnung und Vorſchrift wegen Verwendung der dem Jeſuitenorden zuſtändig geweſenen Güthern und Gefällen um ſo nothwendiger ausmachen, als hierüber die Bulle nichts eigentliches verordnet hat; denn obgleich pag. 14. geſagt wird, quod domus, quae vacuae relinquuntur, poſſint in pios uſus converti juxta id, quod ſacris Canonibus, Voluntati Fundatorum, divini Cultus incremento, animarumque ſaluti ac publicae utilitati videbitur ſuis loco et tempori recte riteque accommodatum; ſo iſt jedoch aus dieſer die Güther etwa nur per conſequentiam und als annexa domuum indirecte betreffenden Vorſchrift ſo viel zu entnehmen, daß der Pabſt alles bey der Regul der hierinnfalls einſchlagenden gemeinen Rechten belaſſen, und der competenten Obrigkeit, hiernach zu Werke zu gehen, die Hände offen behalten wollen, dergeſtalten daß in Anſehung des römiſchen Reichs Eurer Kaiſerlichen Majeſtät, als deſſen Allerhöchſten Oberhaupt das Recht zuſteht, dasjenige hierunter feſtzuſtellen, was der Natur der Sachen angemeſſen ſcheinet, und in denen hie und da vorkommenden einzelnen Fällen zur Richtſchnur dienen muß. Gehorſamſter Reichshofrath unterfangt ſich dahero, Eurer Kaiſerl. Majeſtät folgende Grundſätze allerunterthänigſt ohnmaaßgeblich vorzuſtellen.

Die Jeſuitengüther theilen ſich ſo wie alle andere geiſtliche Güther in Fundationsgüther, welche nehmlich zu einem ausdrücklichen benannten Ziel und Ende, zu gewiſſen Schulen, und Predigten, Miſſionen und dergleichen geſtiftet worden, und in ſolche neu acquirirte Güther, die die Collegia in Verlauf der

Zeit,

Zeit, theils durch Vererbung ihrer Mitglieder, theils durch Gewerb und gute Wirthſchaft, theils durch Schenkung und Vermächtniſſe, ſine certa deſtinationis lege an ſich gebracht haben.

In Anſehung der erſtern kann die Sache gar keinen Zweifel leiden, da durch die päbſtliche Bulle nicht die Fundationes, ſondern nur der Orden, welcher die Verwaltung darüber geführt, aufgehoben worden, ſomit die Güther auch zu ihrem geſtifteten Ziel und Ende ſo wie zuvor alſo auch dermalen beſtändig verwendet werden und bleiben müſſen.

Wegen der zweyten Güthergattung aber entſtehet der Zweifel, ob ſolche, ſie mögen nun den Jeſuiten quoad proprietatem oder nur quoad dominium utile zugehört haben, nach nunmehriger Aufhebung dieſes Ordens in der Maaße pro bonis vacantibus zu achten ſeyn, daß hiebei das Jus domini directi oder Fiſci, unter welchen ſie gehören, ſo platterdings eintreten möge? Wann dieſer Satz auch wirklich ohne Unterſchied geltend zu machen wäre, ſo würde doch vorhin ſo viel nach Anordnung der gemeinen Rechte ohnläugbar ſeyn, daß derley Güther als ein geweſenes Patrimonium eccleſiae allemal wiederum ad uſus pios quoscunque von jenem Fiſco oder Domino directo, welchen die Diſpoſition darüber zukommt, verwendet werden müßten, und es bleiben alſo in dieſer allgemeinen Vorausſetzung hiebey eigentlich nur noch zwey Fragen zu erörtern übrig:

a) Ob dergleichen Güther praeciſe wiederum dazu zu verwenden ſeyen, wozu ſie die Jeſuiten verwendet, oder wenigſtens verwenden ſollen? und

b) ob dieſe Verwendung praeciſe an dem Ort und in jenem Gebieth geſchehen müſſe, wo das poſſedirende Collegium, oder ſonſtiges Jeſuitenhaus, ſeinen Sitz gehabt, oder ob ſolche auch da, wo

das

das in Frag ſtehende Guth oder Gefäll gelegen, oder giebig iſt, geſchehen könne?

Ad a) iſt in Erwägung zu ziehen, daß das Inſtitutum der Jeſuiten nicht ſo wie jenes der meiſten übrigen Orden blos auf das eigene Seelenheil derjenigen, welche in denſelben eintreten, ſondern hauptſächlich auf Beförderung des gemeinen Beßten, und, wie ſchon im Eingang gemeldet worden, auf Erziehung der Jugend, Beſtellung der Schulen, Lehr- und Predigtämter gerichtet war; gleichwie von deren guten Beſchaffenheit das Wohl und Wehe eines jeden Staats abhanget: ſo würde es höchſt bedenklich ſeyn, wenn man dieſer löblichen Beſtimmung auf irgend eine Art etwas entziehen wollte. Die Jeſuiten waren nach dieſem ihrem Inſtituto mit dem Gelübd der Evangeliſchen Armuth eben ſo wie andere Religioſen beſtricket, und aller Proprietät an ſich unfähig, exceptis tantummodo, wie ſich die päbſtliche Bulle pag. 6. in fine ausdruckt, Studiorum ſeu Litterarum Collegiis, quibus poſſidendi reditus ita facta eſt vis et poteſtas, ut nihil tamen ex iis reditibus in ipſius Societatis commodum, utilitatem et uſum impendi unquam poſſit ac converti. Dieſe Collegia konnten alſo auch eben ſo wenig etwas für ihren Orden acquiriren, ſondern alle ihre acquiſita waren insgeſammt, wenn ſchon nicht überall ex fundatione, doch wenigſtens ex inſtituto ordinis, lediglich zu obbeſagtem Endzweck gewidmet; die Jeſuiten waren lediglich die Operarii und das Werkzeug zu deſſen Ausführung, und wenn ſie gleich dermalen nicht mehr ſind, mithin die Verwaltung deren Güther und Einkünften erlediget iſt, ſo bleibet jedoch die Proprietät derſelben bey den von ihnen verſehenen, noch immer beſtehenden Schulen, Lehr- und Predigtämtern. Der Gegenſtand dieſer Beſtimmung iſt nicht erloſchen und

muß

muß alſo von denen dazu gehörigen Einkünften in eben jener Maaße, wie ehmals, unterhalten werden.

Ad b) Iſt entweder die Acquiſition des Guths mit Fundations- oder mit andern Geldern, oder gar titulo mere lucrativo bewürket worden. Im erſten Falle tritt das Guth in die Stelle der fundirten Baarſchaft, und macht ſich der Schluß von ſelbſt, daß es demjenigen verbleiben müſſe, der künftighin die Verwaltung ſolcher Fundationen führet. Im zweyten Falle hingegen iſt in Betracht zu nehmen, daß für derley Gelder doch immer die Vermuthung ſtreite, daß ſie mit und durch die Fundationsfonds, oder wenigſtens in dem Land und Orte, wo das poſſedirende Collegium wäre, acquiriret worden, mithin einer Seits pro augmento Fundationis, welches die Natur der Fundation ſelbſten annimmt, anderer Seits aber als eine aus den Mitteln des daſigen Publici entſtandene Haabſchaft, anzuſehen ſey, welchem letztern dahero auch billig das Surrogatum, oder das mit ſolchem Gelde erworbene Guth, zu ſtatten kommen muß. Endlich und im dritten Falle hatte derjenige, welcher dieſem oder jenem Collegio auch ohne Beſtimmung etwas geſchenket oder legiret hat, doch immer im Sinne, ſolches dem Orte, wo das Collegium war, und auf jene Art, welche das Inſtitutum der Jeſuiten mit ſich gebracht, nehmlich den Schul, Lehr- und Predigtanſtalten, zu gute kommen zu laſſen. Nach dieſer der Sachen Beſtimmung müſſen alſo alle und jede zeithero von den Jeſuiten beſorgte Lehr, Predigt- und Miſſionsanſtalten, obſchon durch andere Perſonen, doch immer forthin an jenen Orten, wo ſie bishero geweſen, unterhalten, und was hiezu erforderlich, aus ihren Güthern und Gefällen, es mögen ſich auch dieſe befinden, wo ſie wollen, in der Maaße beſtritten werden, daß in ſoweit die in dem Gebiet, wo die Collegia ſubſiſtiren, gelegene Güther

darzu

darzu ſowohl, als auch zu Entrichtung deren den Individuis des aufgehobenen Ordens, nach Vorſchrift der Bulle, ſchuldigen Nahrungsgeldern und Penſionen nicht hinreichen, auch die in alieno liegenden Stücke beyzuziehen ſind: Da dann erſt nach Abzug alles deſſen dem Domino territoriali directo, oder ſonſtigen oberſten Gewalt ſothaner Güther, die Diſpoſition darüber, jedoch mit Beſchränkung auf eben jenen Gebrauch, zu welchem der Jeſuiterorden überhaupt errichtet war, zuſtehen würde; dergeſtalten daß für jeden einzelen Fall, wo die Frage eintritt, auch eine beſondere Unterſuchung wegen eines dergleichen ſich etwan herauswerfenden Ueberſchuſſes nöthig zu ſeyn ſcheinet; obſchon gar leicht voraus zu ſehen iſt, daß ſolche an den meiſten Orten ganz überflüßig und die von denen Jeſuiten in Beſitz gehabte Güther und Gefälle, beſonders ſo lang als Penſiones dauren, zu anderweiter Erhaltung derer durch ſie verſehenen Schulen, Lehr und Predigtämtern, welche nunmehro einen ungleich gröſſern Aufwand als ehever erfordern, nicht einmal erklecklich ſeyn werden.

Die von Euer Kaiſerl. Majeſtät dem hieroben vorgeſchlagenen Commiſſions-Decreto beyzuruckende Ermahnung dörfte demnach etwan darinn beſtehen, daß, gleichwie die Wohlfahrt des deutſchen Vaterlandes nicht geſtatte, daß dem ſo nothwendigen Unterrichte der Catholiſchen Jugend und gemeinen Mannes durch Aufhebung des damit zeithero beſchäftigt geweſenen Jeſuiterordens der geringſte Abbruch geſchehe, oder diejenige Schul, Lehr- und Predigtanſtalten, welche vorhin von den Mitgliedern dieſes Ordens beſorget worden, durch Entziehung der bishero dazu gebrauchten Fonds geſchwächet, oder gar vereitelt würden; ſo hätten Euer Kaiſerl. Majeſtät nicht nur bereits ſelbſt wegen der dieſem Orden zuſtändig geweſenen Reichslehen und immediaten Güthern

die

die obiger Reichsväterlichen Vorſorge angemeſſene Verfügung, (welche gehorſamſter Reichshofrath hierunten noch in Vorſchlag bringen wird), getroffen, ſondern wollten auch davon Churfürſten, Fürſten und Ständen hiemit in der Abſicht und gewiſſen Zuverſicht Eröfnung thun, es werden jede hierbey entweder in Abſicht auf die Schulen, Lehr- und Predigtſtühle ſelbſt, oder auch reſpectu der dazu gehörigen in ſeinem territorio liegenden Güther, Renthen und Gefällen, intereſſirte Churfürſten, Fürſten und Stände gleich patriotiſche Geſinnungen hegen, und daher auch den Bedacht nehmen, daß die Schulen, Lehr- und Predigtſtühle nicht nur mit tüchtigen Subjectis in Reichsverfaſſungsmäſſiger Ordnung verſehen, ſondern auch forthin aus denen zeithero dazu gebrauchten Fonds zum allgemeinen Beßten in ihrem Weſen erhalten, und der ſich etwa ſodann von Einkünften ergebende Ueberſchuß zu gleichmäſſigem Endzweck verwendet werden möge.

Was hiernächſt die in Eingangs angezogenem Decreto von Euer Kaiſerl. Majeſtät Dero gehorſamſten Reichshofrath zu gleichmäſſigem Gutachten ausgeſetzte Reichslehen und ohnmittelbare Güther anlanget, ſo hat ſich von erſtem a) auſſer denen von dem Reichsfiskal bemerkten, an die Miſſion zu Mühlheim durch den Grafen von Styrum veräuſſerten, Stücken, noch zur Zeit nichts anders als b) ein einziges Reichslehen, nehmlich der Kirchenſatz, nebſt dem ſogenannten Wittum und Kohlenhof, auch halben Gericht in dem Dorf Lynz bey Pfullendorf, von immediaten Güthern aber c) eben dieſes Dorf Lynz ſelbſten, und d) das von der Ortenauiſchen Ritterſchaft angezeigte Guth Ebenung vorgefunden.

Ad a) Iſt aus dem an den Herrn Reichsvicekanzler, d. d. Styrum den 28. Septemb. laufenden

Jahrs von dem Reichsfiskal erlaſſenen Berichtſchreiben und deme beygelegten Urkunden ſo viel zu erſehen, daß die Grafen Carl Auguſt und Ferdinand zu Lymburg Styrum in den Jahren 1755. 1760. und 64. erſtens ein Surrogatum einer alten und tempore Reformationis zu Grund gegangenen Altarſtiftung de anno 1422. einen Bauplatz in Mühlheim für ein Catholiſch Schulhauß nebſt dem Haus in der Mauern gelegen, mit allen Ap- und Dependentiis, 2tens das ganze Mauernguth mit Zugehör, unter dem Nahmen eines Styrumiſchen Affterlehens, jedoch als ein wahres Miſſionseigenthum, 3tens die ſo benannte Wendemanns- und Kaltenhöfer Höfe, 4tens von dem Altenhofer Guth einen hinter dem Miſſionshaus liegenden Platz, 5tens ſogenannte Maurengärtenplätze nebſt dem gemeinſchaftlichen Gebrauch einiger im Streit geweſenen Wege, 6tens zwey Stück Ländereyen, das Pach- und Donnerfeld genannt, 4½ Morgen, 9 Ruthen ſtark, gegen Uebernahme derer auf dieſen Stücken gehafteten Schulden à 9312. Rthlr. (wovon jedoch dem Grafen Ferdinand 2500 Thl. zur ſelbſtigen Ablage eingehändiget worden) und mit dem ausdrücklichen Beyſatz der zu Mühlheim ſubſiſtirenden Jeſuitenmiſſion incorporiret und abgetreten haben, daß, wann die Miſſion dereinſt durch fatale Zufälle dieſe in dem Churpfälziſchen bürgerlichen Territorio gelegene Stiftung zu verlaſſen gezwungen ſeyn würde, Graf Ferdinand oder ſeine Erben der Unterrheiniſchen Jeſuitenprovinz wegen deren darauf übernommenen Schulden eben erwehnte 9312 Rthlr. wiederum zurück zahlen ſollten, wobey denn der Reichsfiskal die weitere Anzeige macht, daß bey nunmehr kund gewordener Aufhebung des Jeſuiterordens dem daſigen Miſſionario von Seiten der Düſſeldorfiſchen Regierung bedeutet worden, daß er die Specification der Einkünfte und Onerum der

Miſſion

Miſſion binnen 4 Tagen einzuſchicken habe; und da hierab zu beſorgen iſt, daß Churpfalz ſich dieſe offenbare Reichslehen zueignen mögte: ſo ſtelle er anheim, ob nicht räthlich ſeye, ſolche im Namen Euer Kaiſerl. Majeſtät in Beſitz zu nehmen und von den Einkünſten dem dermaligen Miſſionario in ſo lange einen ehrbaren Unterhalt auszuwerfen, bis wegen der Miſſion überhaupt das Weitere regulirt ſeyn werde?

Gehorſamſter Reichshofrath findet hiebey zu bemerken nöthig, daß die Grafen von Styrum das Haus und Herrſchaft mit allen und jeden dazu gehörigen Güthern, (wie die Worte des Lehenbriefs lauten) Nutzungen, Rechten und Gerechtigkeiten von Euer Kaiſerl. Majeſtät und dem Reich zu Lehen tragen. Dieſe Generalität würket für ſich allein ſchon ſo viel, daß alles, was dieſe Vaſallen in dortiger Gegend beſitzen oder beſeſſen haben, in ſo lang für Lehen zu achten ſeye, bis die qualitas allodialis in Anſehung dieſes oder jenes Stückes in ſpecie klar bewieſen wird; dieſer Beweis iſt hingegen, wie die Acta puncto Inveſtiturae über das Haus und Herrſchaft Styrum zeigen, nicht nur in Rückſicht deren an die Miſſion zu Mühlheim veräuſſerten Stücken gar nicht hergeſtellet worden, ſondern es hat ſogar der Vaſall ſelbſten in einer ad exhibitum de 7. Jul. 1762. eingebrachten Specification die Maurer- und Altenhofer Güther namentlich als Reichslehen angegeben, und obſchon er nachmals ſein Wort wiederum zurück nehmen wollen, ſo iſt jedoch dieſer Vorwand ſo ungegründet befunden worden, daß vielmehr Ew. Kaiſerl. Majeſtät kraft Allerhöchſt Dero Reſolution ad Votum d. d. 23. Jul. 1773. das Lymburg-Styrumiſche Adminiſtrationsweſen betreffend, dem Reichsfiſcal die Unterſuchung ſämtlich daſiger Reichslehen, und deren beſchehenen Veräuſſerung insbeſondere, aufgetragen haben. Nachdem nun auf den deshalb

von dem Reichsfiscal ſeiner Zeit zu gewarten habenden und judicialiter exhibirenden Hauptbericht unter dem behörigen Rubro die erforderliche Verfügung, ſo wie überhaupt, alſo auch insbeſondere wegen dieſer an die Miſſion zu Mühlheim ohne Euer Kaiſerl. Majeſtät Conſens veräuſſerten Grundſtücken, in puncto qualitatis feudalis zu erlaſſen ſeyn wird, von vorgängiger Entſcheidung dieſes Puncts aber erſt die weitere Frage abhängt, ob etwas von dem Stück quaeſtionis annoch ad uſum deſtinatum verwendet werden mögte; ſo dörfte blos vor der Hand wegen der immittelſt vacant werdenden Adminiſtration die nöthige Vorkehrung zu treffen und dem Reichsfiskal eine Miniſterialweiſung ſeinem Antrag gemäß dahin zu ertheilen ſeyn, daß er ſofort von den quäſtionirten Stücken den Beſitz authoritate Caeſarea ergreifen, ſelbige bis auf weitere Kaiſerl. Verordnung adminiſtriren und einsweilen der Billigkeit nach dem Mühlheimiſchen Miſſionario die nöthige Alimentation aus denen Einkünften reichen ſolle.

Ad b) War mit dem Kirchenſatz, dann dem Witthum und Kohlenhof, nebſt dem halben Gericht zu Lynz, bishero das Jeſuiten-Collegium zu Conſtanz belehnet, welchem das Reichsohnmittelbare zur Ritterſchaft in Schwaben, Cantons Hegau, Algau und am Bodenſee gehörige bey der Reichsſtadt Pfullendorf liegende Allodialdorf Lynz auch ſelbſten eigenthümlich zuſtehet. Dieſes Reichslehen hatte annoch anno 1559. 66. et 71. die Familie von Reiſchach. Als deren Mannsſtamm ausſturb, ſo wurde es anno 1572. tanquam feudum apertum einem ſichern von Schwende, bald darauf aber anno 1585. nach einer bey dem Kammergericht deshalb ergangenen Compromißurthel als ein Feudum improprium den Reiſchach weiblichen Relicten zu Theil, bey welchen es ſo lange blieb, bis es Sebaſtian von Freyburg

anno

anno 1649. ſeiner Ehefrau, einer gebohrnen Köchlerin von Schwandorf nebſt dem Dorf Lynz auch ſelbſten, und dieſe ſolches wiederum anno 1656. dem Jeſuiter-Collegio zu Conſtanz zum Unterhalt der jederweilen allda anweſenden *Patrum et Fratrum* (wie die Formalia lauten) per Teſtamentum verſchaffet hat. Es entſtunde zwar hierüber ein doppelter Proceß theils anno 1653. mit dem Reichsfiskalen, welcher das Lehen als ein per ſub- et obreptionem denen Reiſchachiſchen weiblichen Relicten wieder verliehenes Mannslehen ad Fiſcum gezogen haben wollte; theils anno 1659. mit denen von Ow und Heidenheim, welche darauf ſowohl, als auch auf das Allodium ſelbſt, als Freyburgiſche Regredienten einen Anſpruch machten. Allein erſterer wurde per Sententiam de 16. Sept. 1659. förmlich abgewieſen und der letzte Handel unterm 4. März 1667. dahin verglichen, daß das Collegium zu Conſtanz das Lehen und Allodium gänzlich behalten und denen von Ow und von Heidenheim 3200 fl. davor hinaus zahlen ſollte. Dieſer Vergleich wurde per Concluſum de 3. Jan. 1667. confirmirt und des Collegii beſtellter Lehenträger von Liebenfelß nicht nur gleich anno 1668. zum erſtenmal belehnet, ſondern es wurde auch damit von Fällen zu Fällen ordentlich fortgefahren und noch den 26. Sept. 1766. im Namen des dermaligen Lehenträgers Euſebius von Beroldingen der herkommliche Lehenseid abgeſchworen.

Nun iſt zwar an dem, daß dieſes Reichslehen mit Aufhebung des Jeſuiterordens apert geworden ſeye. In Gemäßheit deren von gehorſamſtem Reichshofrath vorausgeſtellten General-Principiorum würden jedoch die davon fallenden Renten und Gefälle zu nichts anderſt als demjenigen Zweck, welcher dem Inſtitut des Jeſuiterordens gemäß, mithin zu Schulen, Lehr- und Predigtämtern verwendet, allein auch

deßfallſige Diſpoſition eher nicht getroffen werden können, als bis anvorderiſt unterſucht worden, ob und wie weit ſolches zu dieſen von dem Collegio zu Conſtanz bisher beſorgten Anſtalten nöthig ſeyn mögte? Eine gleiche Bewandniß hat es

ad c) mit dem ohnmittelbaren Dorf Lynz ſelbſten. Dann obſchon nicht zu zweifeln iſt, daß Eurer Kaiſerl. Majeſtät über die Reichsohnmittelbaren Güther die Jura fiſci ganz allein gebühren, obſchon auch dieſes Dorf kein eigenthümliches Fundationsguth des Collegii zu Conſtanz, ſondern blos zum Unterhalt des daſigen nunmehro aufhörenden *Perſonalis* gewidmetes Requiſitum iſt, ſo iſt jedoch eben deswegen, weil ſolches perſonale ſive directe, ſive indirecte zu denen von dieſem Collegio verſehenen Schulen, Lehr- und Predigtämtern angeſtellt und nöthig war, auch zu dieſem leztern ex mente teſtatoris von Freyburg beſtimmet worden, mithin eben ſo wenig pro bono vacante anzuſehen. Gleichwie immittelſt allemal ſo viel richtig iſt, daß nach Aufhebung des Jeſuiterordens keine eigentliche Poſſeſſores ihrer Güther (obgleich die Eigenthumsrechte bey dem noch beſtehenden Objecto deſtinationis immer bleiben) mehr vorhanden, ſofort wenigſtens die Adminiſtratio pro vacante zu halten ſeye; ſo iſt in ſoweit der Landesherr, oder ſonſtige oberſte Gewalt, welchen die Jura Fiſci oder Domini zuſtehen, die Hände darauf zu legen, und ſie ſo lang in Beſitz und Adminiſtration zu nehmen befugt, bis gezeigt wird, ob und in welcher Verhältniß ſie zu Erhaltung der Schul-, Lehr-, Predigt- und Miſſionsanſtalten in dem Ort, wo das Collegium ſeinen Sitz gehabt, nebſt Entrichtung der ohnehin vor allen in Abzug kommenden Penſionen, würklich vonnöthen ſeyen; bey deſſen Befund ſie ſodann an die Verwalter jener Collegien oder Häuſern, wozu ſie ehemals gehörten, bewandten

Umſtän-

Umſtänden nach, entweder ganz oder zum Theil wieder zu überlaſſen, und erſt der ſich etwa ergebende Ueberſchuß, obſchon zu dem nehmlichen Zweck, jedoch in quocunque alio loco, zu verwenden wäre.

Gehorſamſten Reichshofraths rechtliches Gutachten gehet ſolchemnach dahin: daß die einsweilige Adminiſtration und Beſitzergreifung des Reichslehens ſowohl als das Dorf Lynz ſelbſten (deſſen Immedietät zwar ex capite Jurisdictionis criminalis von Seiten Fürſtenberg anno 1660. angefochten werden wollen, dem ohnangeſehen aber wegen ſeiner ohnſtreitigen Ritterſchaftlichen Steuerbarkeit, für richtig aufzunehmen iſt), Namens Euer Kaiſerl. Majeſtät der Reichsritterſchaft in Schwaben Cantons Algau, Högau und am Bodenſee bis auf weitere Kaiſerl. Verordnung aufzutragen, und über den Ertrag dieſes Guths zu berichten anbefohlen werde, zugleich jedoch auch Allerhöchſtdieſelbe die hieroben beſchriebene Unterſuchung in Rückſicht des Collegii zu Conſtanz durch die behörigen Wege anordnen zu laſſen geruhen mögten.

Ad d) hat wegen des Guths Ebenung die Reichsritterſchaft in Schwaben, Viertels am Neckar, Schwarzwald Ortenauiſchen Bezirks, an Eure Kaiſerl. Majeſtät unterm 13. Sept. nup. die Officialanzeige gethan: dieſes ohnweit des Fürſtl. Badiſchen Städtleins Steinbach gelegene Aecker- und Reebguth ſey ehemals denen von Stein und nachmals einem ſichern Peter von Schwarzenberg zuſtändig geweſen; da dieſer aber dem Jeſuiten-Collegio zu Speyer ohngefähr 2000 fl. ſchuldig geworden, in deſſen Beſitz und von dieſem an jenes zu Baden gekommen, und von demſelben allezeit zu ihrer Ritterkaſſe verſteuret worden; es ſey alſo ohnſtreitig ein ohnmittelbares freyadeliches ihrem Bezirk angehöriges und keiner andern Landeshoheit unterworfenes Ritterguth. Da nun

 durch

durch Aufhebung des Jeſuitenordens deſſen Güther herrenlos geworden, und jedes der Territorialherrſchaft, wo es gelegen, zugefallen, ſo habe ſie Reichsritterſchaft keinen Anſtand genommen, alſogleich dieſes Guth für Eure Kaiſerl. Majeſtät und ihr Rittercorpus den 9. Sept. in Beſitz nehmen zu laſſen; ſie ſey erbietig, aus dem Ertrag zum Unterhalt der in dem Collegio zu Baden geweſenen Patrum, in ſo fern und lang es nach dem Sinne der päbſtlichen Bullae erforderlich, in billiger Verhältniß beyzutragen, und bitte, die von ihr geſchehene Beſitznehmung zu beſtättigen, ihr Ritter-Corpus dabey zu handhaben, und gegen jedermann zu ſchützen. Allein dieſer Beſitz dauerte nicht ſehr lang, da gleich wenige Tage darauf ein Marggräflich Badiſcher Beamter, nebſt dem geweſenen Pater Procurator des Jeſuiterkollegiums zu Baden, und anderer bewehrter Mannſchaft auf dem Guth erſchienen, das Ritterſchaftliche Beſitznehmungspatent abgeriſſen, das vorräthige Getraide nebſt andern Geräthſchaften hinweggeführt, zwey Notarialzeugen zu gefänglichen Haften genommen, und erklärt hat, daß nunmehro die Jeſuiten wieder in den Beſitz des Guths geſetzt ſeyen. Der Grund dieſer Badiſchen Anmaſſung wurde darauf geſetzt, daß das Guth in dem Marggräflichen territorio clauſo liege, mithin auch de territorio, nebſt dem mit Badiſchen Fundationsgeldern von dem daſigen Collegio acquirirt, und da man die päbſtliche Bulle in dieſen Landen noch nicht verkündiget habe, deſſen poſſeſſio nicht einmal vacua geweſen ſey. Die Reichsritterſchaft zeigte dieſes Factum in Exhibito de pr. 14. Oct. c. a. klagend an; beſcheinigte durch Rechnungen, daß das Guth Ebenung von 1653. bis 1772. ohnunterbrochen zu ihrer Caſſa beſteuert worden, mithin offenbar immediat ſeye, widerſprach die mit Badiſchen Fundationsgeldern beſchehen ſeyn ſollende

Acqui-

Acquiſition als ohnerwieſen, und ſagte, daß der Jeſuiterorden in der ganzen chriſtlichen Welt ceſſire, mithin auch nicht mehr Beſitzer von Ebenung, überhaupt aber ſchon genug wäre, daß alle via facti im Reich verbothen ſeye. Gehorſamſter Reichshofrath erkennte hierauf per Concluſum de 19. Octob. an den Herrn Markgrafen zu Baden ein Reſcriptum ſine clauſula dahin, Euer Kaiſerl. Majeſtät könnten nicht geſchehen laſſen, daß Allerhöchſtdero auf die Ritterſchaftliche Anzeige vorgehabten Reſolution durch dergleichen mit öffentlicher Gewalt verknüpfte Depoſſedirung der einmal in ruhigem Beſitz geweſenen Reichsritterſchaft vorgegriffen, und letztere in ihrer Reichsohnmittelbarkeit beeinträchtiget werde; der Herr Marggraf habe alſo nicht nur die Notarialzeugen auf freyen Fuß zu ſetzen, und den Beſitz des Guths der Reichsritterſchaft wieder einzuräumen, ſondern auch alles entfernte, nebſt Schäden und Koſten, zu erſetzen, und inskünftige nicht mit Thätigkeiten, ſondern im Wege Rechtens vorzugehen. Ob und wann der Marggraf ſolche Auflage befolgen werde, ſtehet zwar zu erwarten, ohne daß jedoch dieſer allenfalſige Verzug die fernerweit hierunter nöthige und denen adoptirten General-Principiis angemeſſene Verfügungen aufhalten möge; vielmehr wird nach einmal klar beſcheinigter Collectabilität dieſes Guths, auch deſſen Ohnmittelbarkeit für ohnbezweifelt anerkannt und alſo die von der Reichsritterſchaft vorgenommene Beſitzergreifung, in ſo weit ſie für Eure Kaiſerl. Majeſtät geſchehen iſt, von nun an, bis auf weitere Verordnung, per Reſcriptum beſtättiget, derſelben die Adminiſtration und Unterſuchung des Ertrags committirt, zu gleicher Zeit aber auch ſolches mittelſt einer fernern Weiſung dem Marggrafen zu Baden mit dem Beyſatz notificirt werden können: da Eure Kaiſerl. Majeſtät keineswegs gemeynet ſeyen, dieſes Guth

 dem

dem daſigen Collegio zu entziehen, in ſo ferne er⸗weißlich gemacht würde, daß die übrige demſelben zuſtändig geweſene Güther und Einkünfte zum Unter⸗halt deren bishero von ihnen verſehenen Schulen, Lehr⸗und Predigtämtern ſowohl, als zu denen in der päbſtlichen Bulle angewieſenen Penſionen, nicht hin⸗reichend ſeyen; als gewärtigten hierüber Allerhöchſt⸗dieſelbe des Herrn Marggrafen vollſtändig belegte Erläuterung, und würden nach deren Erfolg das Guth zu oberwehntem Zweck verhältnißmäſſig wieder abtretten zu laſſen nicht entſtehen. Nur müßte noch in dem an die Ortenauiſche Ritterſchaft deshalb gerich⸗teten Erlaß der irrige Begrif eines ihrem Canton auf herrenloſe Ritterguther zum Theil anmaſſen wollenden Juris fisci derſelben deutlich benommen werden. Denn obſchon dergleichen einem jeden Pri⸗vatritter auf die Güther ſeiner Unterthanen, worüber er die Jura territorii zu genieſſen hat, zuſtehet; ſo kann jedoch ſolches dem Canton in Complexu über ein Ritterguth, worüber er keine Landeshoheit, oder ſonſtige Jura propria hat und alles ex mera Delega-tione Caeſarea verrichtet, nicht competiren, ſondern dieſes iſt Euer Kaiſerl. Majeſtät ganz allein geeignet, und verdienet alſo der dem entgegen geäuſſerte Grund⸗ſatz beſonders geahndet zu werden.

Letztlich bleibet noch der von dem Catholiſchen Magiſtratiſchen Antheil zu Augſpurg an Eure Kaiſerl. Majeſtät, unterm 17. Sept. a. c. erſtattete Bericht zur Berathſchlagung übrig, worinnen vorgeſtellet wird; die dem Weſtphäliſchen Frieden gemäß paritä⸗tiſche Verfaſſung dieſer Stadt; die von derſelben ſich ſo nennende Augſp. Confeſſion; die in eben dieſem Frie⸗dens⸗Inſtrumento Art. 5. §. 7. jedem Religionstheil allda ausdrücklich reſervirte cura templorum et ſcholarum ſuarum; das Intereſſe der ſowohl einhei⸗miſch⸗als auswärtigen ſehr zahlreichen Schuljugend;

die

die für die Jeſuiten militirende Poſſeſſion anni normalis; die bey Eliminirung derſelben beſorgliche Conflictus über ihre Grundſtücke, ſo viel andere Irrungen, Scandala, ja wohl gar ſehr mögliche tumultus ſeditioſi, ſetzten ihn in eine viel ſtärkere Verlegenheit, als in der ſich ſeine Vorfahrer zu jener Zeit befunden, da dieſe Societät und ihr daſiges Collegium nach vielen Widerſprüchen ſich endlich etablirt habe. Die Jeſuiten hätten die Catholiſche Schuljugend beſtens und unermüdet unterwieſen, ſich durch Predigen beſonders diſtinguiret, und den Kranken und Sterbenden, Dürftigen und Bedrängten, Tag und Nacht Beyſtand geleiſtet, welches Zeugnis man ihnen, ohne im geringſten darum erſucht worden zu ſeyn, öffentlich geben müſſe; die äuſſerſte Verlegenheit, worinne Magiſtrat ſich befinde, das der ſtudirenden Jugend nöthige Lehramt mit gleichtüchtigen Subjectis zu rechter Zeit zu beſetzen, die Unhinlänglichkeit eigener mediorum fundandi, zumalen wenn die ſchon vorhandene Fundationes verlohren giengen; die Unthunlichkeit in Subſtituirung eines andern Ordens, die bey dieſem allenfalſigen Vorhaben ſchon in voraus ſehende Obmota der Augſp. Conf. Verwandten reflectendo et non reflectendo ad ſtatum anni normalis; dieſe vermüßigte ihn, Euer Kaiſerl. Maj. als Allerhöchſten Schutzherrn der Catholiſchen Kirchen Nationis praeſertim Germanicae um die Verfügung zu bitten, daß das dortige Jeſuiten-Collegium in ſeiner vorigen Geſtalt und Zuſtand fernerweit erhalten, mithin dasjenige vermieden werde, was der Gegenſtand ſeiner Sorge für das ihm anvertraute Stadtweſen ſeye.

Dieſes Petitum iſt, in der Vorausſetzung, daß Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſte Genehmigung der päbſtlichen Bulle überhaupt an das geſammte Reich erfolgen werde, vorhin nicht de concedendis. Auſſerdem

dem aber ſcheinet der Catholiſchen Stadtantheil alles, was er befürchtet, gar nicht zu beſorgen zu haben; die öffentlichen Lehr und Predigtämter ſind annexa exercitii religionis, und alſo der Catholiſche Theil bey der, ſeinem eignen Angeben nach, in Mittel liegenden Poſſeſſione anni normalis 1624. hierdurch, und den §. 7. Art. 5. Pacis Weſtphalicae ſowohl, als durch die dem dermaligen Fall genau angemeſſene Vorſchrift des 26. §. Art. 5. Pacis Weſtphalicae, wider die Augſp. Conſ. Verwandte hinlänglich gedeckt, wo es heißt: omnia Monaſteria, Fundationes et Sodalitia mediata, quae die 1. Jan. 1624. Catholici realiter poſſederunt, poſſideant et ipſi ſimiliter, utut in A. C. Statuum territoriis et ditionibus ea ſita ſint; non tamen in alios religioſorum ordines, quam quorum regulis primitus dicata ſunt, commutentur, niſi talis religioſorum ordo plane interciderit, tunc enim Magiſtratui Catholicorum liberum eſto, ex alio in Germania ante diſſidia Religionis exorta uſitato ordine novos religioſos ſubſtituere. Hiernach können alſo dermalen die wirklich an den Schulen, Lehr- und Predigtämtern geſtandene ehemalige Jeſuiten nicht nur unter einem andern Kleid beybehalten, ſondern auch nach deren Abgang von andern Geiſtlichen tüchtig findende Subjecta ſurrogirt werden; und da endlich, in Anſehung deren dem daſigen Collegio zuſtändigen, etwa in anderwärtigen Territoriis liegenden Güthern und Einkünften abermal alles darauf ankommt, ob ſo viel vorhanden ſey, daß auſſer den Penſionen und zu Beſtellung der ehevor gehabten Schulen, Lehr- und Predigtämtern erforderlichen Auslagen noch etwas übrig bleibe? So darf nur der Magiſtrat wegen der erſtern Anſtalten mit ſeinem Herrn Ordinario gemeinſchaftlich zu Werke gehen, wegen des letztern Punkts aber ſich ſeine Rechnung ſelbſt machen, und den dar-

aus

aus gezogenen Statum jenem auswärtigen Landesherrn, welcher bey Abgang einigen Ueberſchuſſes etwa das ihm unterworfene Guth an ſich ziehen wollte, vorlegen, auch nöthigen Falls wider denſelben mit gerichtlicher Klage einkommen, wo es vorerſt an dem wäre, deshalb ein oder andere Judicialverordnung befindenden Dingen nach ergehen zu laſſen; da hingegen dermalen gehorſamſter Reichshofrath dazu noch keine hinreichende Gelegenheit vor ſich ſiehet, und Eure Kaiſerl. Majeſtät hierunter hegende Geſinnung dem ganzen Reich ohne das durch ein Commiſſionsdecret zu erkennen gegeben wird; worauf denn der Magiſtrat allenfalls miniſterialiter zu beſcheiden ſeyn dörfte.

Gehorſamſter Reichshofrath ſtellet jedoch alles Eurer Kaiſerl. Majeſtät erleuchtetſtem Ermeſſen lediglich anheim, zu Allerhöchſten Kaiſerl. Hulden und Gnaden in tiefeſter Erniedrigung ſich erlaſſend.

Veneris 10. Septemb. 1773.

Die dem abolirten Jeſuiterorden zuſtändig geweſene Reichslehenſtücke, immediate Güther, Gerechtſame und Einkünfte betreffend:

Publicatur Reſolutio Caeſarea.

Ponatur das von Ihro Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt approbirte Reichshofrathsgutachten ad Acta, und ſoll der Allerhöchſten Kaiſerl. Reſolution die ſchuldigſte Folge geleiſtet werden.

Nicht anzuſchlagen, noch hinauszugeben.

XI.

XI.

Reichshofrathsgutachten

das

Reichslehenbare unmittelbare Ritterguth Linz

betreffend

vom 13. Decemb. 1773.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Euer Kaiſerl. Majeſtät iſt bereits in dem unterm 16. Nov. nuperi wegen deren dem aufgehobenen Jeſuiterorden zuſtändig geweſenen Reichslehen, und ohnmittelbaren Güthern überhaupt erſtatteten Reichshofräthlichen Gutachten allerunterthänigſt vorgetragen worden, daß unter anderm auch das ehemalige Jeſuiter-Collegium zu Conſtanz, das nächſt der Reichsſtadt Pfullendorf in Schwaben liegende Dorf Linz, bereits Anno 1659. per Teſtamentum einer ſicheren Wittib von Freyburg eigenthümlich an ſich gebracht habe. Dieſes Dorf hatte nicht nur ſchon zu Zeiten der errichteten Rittermatricul, wo bekanntlich die Eigenſchaft der Güther lediglich nach jener ihrer Beſitzeren beſtimmt wurde, die Reichsunmittelbare Familie von Reiſchach in Beſitz, ſondern es iſt auch nachmals beſtändig bey Ritterſchaftlichen Mitgliedern, namentlich denen von Neuhauſſen und Freyburg, als Reiſchachiſchen weiblichen Relicten, bis zu oben beſagter teſtamentariſchen Verordnung geblieben, und unun-

ununterbrochen von denen älteſten bis zu den neueſten Zeiten, und zwar noch in dieſem laufenden Jahr mit 293 fl. 53 kr. 7 Heller zu der Reichsritterſchaft in Schwaben, Cantons Högau, Algau und am Bodenſee verſteuret worden, mithin deſſen Reichsohnmittelbarkeit um ſo ungezweifelter, als es auf den ſchon anno 1660. aus Gelegenheit eines mit denen von Ow und Heidenheim (welche es als Freybergiſche Regredienterben vindiciren wollten) darüber entſtandenen Rechtsſtreit von erſagtem Rittercanton in Sequeſtration genommen, eine Zeitlang adminiſtriret, ſolcher Proceß auch in prima Inſtantia bey Kaiſerl. Reichshofrath Actione reali eingeführet, und verhandelt, anno 1667. aber verglichen, in dieſem Vergleich die Immediatät feyerlich anerkannt, und darauf praevia Cauſae Cognitione, die Kaiſerl. Confirmation mittelſt einer beſonderen Urkunde vom 3. Jun. 1667. ertheilt worden iſt.

Bey ſo klarer der Sachen Beſchaffenheit hat gehorſamſter Reichshofrath, in Gefolg deren in Eingangs erwehntem Voto humillimo feſtgeſtellten Grundſätzen, Euer Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt einzurathen kein Bedenken gefunden, daß die mit Aufhebung des Jeſuiterordens vacant gewordene Adminiſtration dieſes Ritterguths in Allerhöchſtdero Namen der Reichsritterſchaft einsweilen, bis auf weitere Kaiſerl. Verordnung aufgetragen werden, zugleich jedoch Allerhöchſtdieſelbe die ordentliche Unterſuchung: Ob, und in wie weit deſſen Einkünfte zu Erhaltung deren von dem ehemaligen Jeſuiter-Collegio zu Conſtanz beſorgten Schulen, Lehr- und Predigtanſtalten, nebſt Entrichtung der den Individuis ſchuldigen Narungsgelder, erforderlich ſeyen? durch die behörige Wege anordnen zu laſſen allergnädigſt geruhen möchten.

Nun

Nun iſt zwar die Reichsritterſchaft der an ſie zu erlaſſen beſchloſſenen Weiſung zuvorgekommen, und hat dieſes Guth von freyen Stücken für Eure Kaiſerl. Majeſtät ſchon unterm 27. Nov. nup. in Beſitz genommen, auch hievon ſub praeſ. 9. curr. Menſis die Officialanzeige gethan: Sie wurde aber nicht nur von Seiten des Herrn Fürſten von Fürſtenberg, ex Capite einer auf ſeine hohe und Centobrigkeit irrig gegründeten Landeshoheit, alſogleich eigenthätig depoſſedirt, weshalben gehorſamſter Reichshofrath per Concluſum de 14. curr. Menſis gegen denſelben ein Reſcriptum, den Beſitz ohnverzüglich wieder einzuräumen, erkannt, und der Reichsritterſchaft, ſolchen neuerdings im Namen Eurer Kaiſerl. Majeſtät zu ergreifen, anbefohlen hat; ſondern es zeiget letztere ſub praeſ. 23. hujus auch ferner an, obſchon ihr niemals beyfallen können, daß ſie noch von Jemand anderm diesfalls angefochten werden ſollte; ſo ſeye ihr jedoch ganz unvermuthet von der Kaiſerl. Königl. Vorderöſterreichiſchen Regierung ein mit beygelegtes Schreiben vom 1ten hujus zugekommen, worinnen ihr zugemuthet wird, daß, gleichwie ſie ſich kein Territorium werde beygehen laſſen, und, wenn ſie Forderung auf das Guth Lynz machen zu können vermeyne, ſelbe bey Ihr, der Freyburgiſchen Regierung, oder ihrer zu Conſtanz anweſenden Commiſſion, einzugeben, und hierauf den Beſcheid zu erwarten habe, ſie von dem widerrechtlich ſogar noch vor Publication der päbſtlichen Bulle in Conſtanz ergriffenen Beſitz ſogleich abſtehen, die mitgenommene Lynzer Protocolla, und das Grundbuch an das Oberamt in Nellenburg, oder die in Conſtanz befindliche Commiſſion, zurückſtellen, und allen derley kühnen Anmaſſungen ſich enthalten ſolle, wann ſie es nicht auf die unangenehme Erfahrung ankommen laſſen wolle, daß ſolche nachdruckſame Veranſtaltung gegen das

ganze Ritterſchaftliche Corpus ſowohl, als deſſen Individua, vorgekehrt werden, die ſie zur ſchleunigen Rückgabe zu nöthigen wohl vermögend wären. Wie ſo denn kundbarer Dingen (fähret die Ritterſchaft in ihrer Anzeige weiter fort) denen Oeſterreichiſchen Stellen und Aemtern über dieſes binnen den Heiligenberg-Fürſtenbergiſchen Hochgerichten gelegene Ritterguth nicht die mindeſte Jurisdiction zuſtehe, und ſie dahero an beſagte Vorderöſterreichiſche Regierung aus keinem einzigen Rechtsgrunde reſponſabel ſeyn könne; ſo habe ſie ſich zwar in ihrer Antwort einsweilen auf die Euer Kaiſerl. Majeſtät allein deshalb ſchuldige Ausweiſung bezogen, wegen jenes Umſtands aber, daß ſie den Beſitz ante publicationem Conſtantienſem ergriffen, das eigene Beyſpiel dieſer Regierung, welche die übrige dem Collegio zu Conſtanz zugehörig geweſene Capitalien, Gefäll und Güter eben gleich vorlängſt durch öffentliche Schreiben in Beſchlag und Verbott nehmen laſſen, erwiedert: Allein, da ſie, Reichsritterſchaft von der Erfahrung überzeuget ſeye, daß eben die von den Oeſterreichiſchen Stellen und Aemtern ihre vermeynte Grundſätze mit der Uebermacht zu unterſtützen pflegeten, und ſie dahero in Sorgen ſtehe, ohne Euer Kaiſerlichen Majeſtät allerhöchſten Protection in ihren binnen den Nellenburgiſchen hohen Gerichten liegenden Rittergüthern mit Gewalt, (deſſen ſie ohnehin faſt tägliche Beyſpiele zu leiden haben), überzogen, und ad extradendum acta genöthiget zu werden; ſo habe ſie ihrer Pflichtſchuldigkeit zu ſeyn erachtet, von dieſen ſowohl Eurer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Gerechtſamen, als ihrer wohlhergebrachten Immedietät, allzunahe trettenden Zudringlichkeiten die ungeſäumte Anzeige zu machen, und den allmächtigſten Schutz und Beyſtand dahin anzuflehen, daß Allerhöchſtdieſelbe gegen dieſe widerrechtliche Anfaß- und Bedro-

hungen bey der höchſten Behörde ſolche Anſtalten einzumittlen geruhen möchten, womit die Regierung zu Freyburg von ihrem unbefugten Beginnen verfänglich abgehalten werde.

Nachdem nun, Allergnädigſter Kaiſer und Herr, einer Seits die Immedietät dieſes von jeher zu dem Bezirk Högau gehörigen Ritterguths aus denen im Eingang angeführten Umſtänden ganz offenbar vor Augen lieget, weder von Seiten der Vorderöſterreichiſchen Stellen, nach Ausweiß ſämmtlicher darüber vorhandenen Acten, jemals der geringſte Anſpruch auf eine Art von Jurisdiction oder Landeshoheit geäuſſert worden; anderer Seits hingegen die von der Ritterſchaft vorgenommene Beſitzergreifung nicht für ſie ſelbſt, ſondern für Eure Kaiſerl. Majeſtät ganz allein, und auſſer dem keineswegs auf die gänzliche Entziehung des Domini privati gemeynet iſt, ſo wie Eure Kaiſerl. Majeſtät nach gehorſamſten Reichshofrathsvorſchlag der Behörde ſchon werden zu erkennen gegeben haben; ſo ſind die von denen Vorderöſterreichiſchen Stellen mit ſo hart- und imperioſen Ausdrücken begleitete Zumuthung und Drohungen in keiner Abſicht zu rechtfertigen, und findet ſich dahero gehorſamſter Reichshofrath Pflichten halber verbunden, bey Eurer Kaiſerl. Majeſtät auf deren ſo ſchleunige, als nachdruckſame Ahndung und Abſtellung in den behörigen Wegen um ſo angelegener allerunterthänigſt anzutragen, je gewiſſer die im Widrigen ohnfehlbar erfolgende Execution und weiter fortſetzende unleidentliche Vergewaltigung, womit die allem Anſehen nach aus bloſſer Uebermacht ſich alles erlaubt glaubende Regierung zu Freyburg in einer ganz unerhörten Sprache ſogar dem Ritter-Corpori ſammt und ſonders zu drohen kein Bedenken trägt, die allgemeine Aufſicht des Allerhöchſt Kaiſerl. Anſehens ſelbſt,

ſelbſt, erwecken, und in ähnlichen Fällen ſo bösfolgerige Beyſpiele nach ſich ziehen möchte, wodurch der ganzen ritterſchaftlichen Verfaſſung, und darunter mit befangenen Eurer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſteigenen Gerechtſamen, ein weſentlicher Nachtheil zuwachſen würde. Euer Kaiſerl. Majeſtät empfiehlt ſich gehorſamſter Reichshofrath zu beharrlichen Allerhöchſten Hulden und Gnaden in tiefeſter Erniedrigung.

Concl. die 23. Dec. 1773. lectum vero et approbatum die 24. ejusd.

XII.
Reichshofrathsgutachten das Ritterguth Linz betreffend vom 27. Jan. 1775.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Nachdem die Reichsritterſchaft in Schwaben Bezirks Högau, Älgau und am Bodenſee, per Reſcriptum vom 14. Dec. 1773. angewieſen worden, das dem ehemaligen Jeſuiter-Collegio zu Coſtanz zugehörige Ritterguth Linz in Euer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſten Namen in einsweiligen Beſitz zu nehmen, ſolches authoritate Commiſſionis Caeſareae bis auf weitere Verordnung zu adminiſtriren, deſſen eigentlichen Ertrag genau zu unterſuchen, und den Befund behörig anzuzeigen; ſo hat hierauf dieſelbe unterm 31. May anni elapſi berichtet, wie ſie dieſen Befehl bereits den 18. Jan. befolget, die Unterthanen allda im Namen Eurer Kaiſerl. Majeſtät mit Handtreu beſtricket, und mit der Adminiſtration des Guths in juſtitialibus et oeconomicis den würklichen Anfang gemacht habe. Die beygefügte Ertragstabellen und zehnjährige Rechnungsauszüge von 1764. bis 1773. incluſive legten zu Tage, daß Linz mit Zuge-

Zugehörungen deductis deducendis ein jährlich Einkommen von 4194 fl. 27 kr. abwerſe; an dem Bezug der verfallenen und lauffenden Einkünſten habe der Ritterſchaftliche Commiſſarius bey dem einzigen zu Linz als ein Schupflehen gehörigen Hof Krenwind Auſtand gelitten. Dieſer Hof ſeye von einem Baron von Raßler pro Legitima ſeiner zwey in den Jeſuiterorden eingetrettenen Söhnen Anno 1677. dem Collegio zu Coſtanz cediret worden: Er rühre von der Fürſtlich-Fürſtenbergiſchen Grafſchaft Heiligenberg zu einem alienablen Kunkellehen, liege eine Stunde weit von Linz in den Heiligenbergiſchen hohen, und Reichsſtadt Ueberlingiſchen niederen Gerichten, und ſeye zum Schwäbiſchen Reichskreis mit Ueberlingen ſteuerbar. Bey Abforderung der pro Anno 1774. mit 30. Malter Lehenzinnßfrüchten, und wenigen Kuchel- und Geldgefällen vertagten Güld, und im Verweigerungsfall angedroheter Lehenfälligkeit, habe die Lehenbäurin das Kuchel- und Geldgefäll zwar abgeführet, der Früchten halber hingegen das von Fürſtlicher Seite ſchon vor Diſſolvirung des Coſtanziſchen Jeſuiter-Collegii erhaltene Zahlungsverbott vorgewendet. Das Oberamt zu Heiligenberg habe auch an den Commiſſarium durch ein eigenes Schreiben ſolches mit deme ſchriftlich beſtättiget, daß, auf Inſtanz des von Raßler zu Weitenburg, welcher durch Auslöſchung des Jeſuiterordens ein Lehenbares Anfallrecht darauf erhalten zu haben vermeynen möge, der Arreſt erkannt worden ſeye. Obſchon man hingegen vorgeſtellet, daß auf die dem Jeſuiter-Collegio ſchon vor deſſen Aufhebung angefallen geweſene Reditus von keinem auch unſtreitigen Lehensſucceſſor rechtsbeſtändige Anſprach gemacht werden könne; ſo ſeye doch der Arreſt nicht aufgehoben, ſondern der Ritterſchaftliche Commiſſarius bemüßiget worden, auf Anſuchen der Lehenbäurin, die Zinnßfrüchten, um

 ſolche

ſolche dem Verderben und Abgang zu entziehen, zu Geld anzuſchlagen, und deren freyen Verkauf zu geſtatten, das pretium taxatum aber noch zur Zeit ausſtehen, und ſolchen Anſtand Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Verordnung zu überlaſſen. Neben dieſem Ertrag beſitze das Coſtanziſche Jeſuiter Collegium in daſiger Gegend an verzinnßlichen Capitalien eine Summe von 31936 fl. 15 kr. wovon in Linz ſelbſten und bey der alldortigen Kirchenfabrik 9846 fl. 15 kr. die übrige 22090 fl. aber in den Heiligenberg- Salmannsweil-, Ueberling-, Pfullendorf- und Kloſter Waldiſchen Gerichten angeleget ſeyen: Auch weiters beſitze es in dem Fürſtlich-Coſtanziſchen Gebieth ein dreyfaches von dem Biſchoffen an die Adminiſtration des Coſtanziſchen Inſtituti bereits überlaſſenes Glebalguth, und nebſt den übrigen Haab- und Geräthſchaften einen beträchtlichen Weinvorrath, welches Vermögen mit denen in Linz conſignirten, und übrigen unbekannten Kapitalpoſten wenigſtens auf 100- mit dem Guth Linz und deſſen Zugehörungen aber wenigſtens 200000 fl. geſchätzet werden könne, wovon ſich ein jährliches Einkommen von richtigen 9000 fl. ergebe. Wenn man hievon die jetzige und künftige Ausgaben abziehe, ſo würden dermahlen 5. in Claſſibus inferioribus, jeder mit 350 fl. und 4. Lehrer in Superioribus, jeder mit 400 fl. jährlich beſoldet, der Prediger in der Domkirche erhalte 400 fl. der Interims-Adminiſtrator 600 fl. und 2 zur Kirche und Pforte noch angeſtellte Layenbrüder 400 fl., dann 5 Penſioniſten 1200 fl., welches zuſammen 5950 fl. betrage, und nur noch zu bemerken ſeye, daß die Penſionen, weil die ältere nach und nach mit Tod abgiengen, und die jüngere anderwärts ihre Verſorgung zu hoffen hätten, gar bald gänzlich aufhören würden. Die Reichsritterſchaft halte dafür, daß zu Forthaltung des Coſtanziſchen Jeſuiter-Inſti-

tuti

tuti eines Theils das Guth Linz nicht ganz erforderlich, anderen Theils aber unſicher ſeye, ob, und wie die Schulen und Lehranſtalten in Coſtanz erhalten werden wollten, da würklich ſchon die Kaiſerl. Königl. Landeshauptmannſchaft die daſige obere Schulen für abgeſtellt erkläret habe, und ſolches nur einsweilen auf Vorſtellung des Magiſtrats unterbleiben, mithin nicht ungegründet zu beſorgen ſeye, daß, wenn die in auswärtigen Territoriis gelegene Güther und Rennten einsmahls der Adminiſtration des Inſtituti übergeben, und nach anderen Beyſpielen verſilbert seyn würden, alsdenn mit ſolchen willkührlich verfahren, und das Inſtitut in re et loco verändert werden möchte, wenn man nicht die zureichende Vorſicht diesfalls noch in Zeiten anwenden ſollte. Es bleibe demnach Euer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſter Entſchlieſſung unterworfen, ob nicht in Rückſicht obiger Umſtänden anſtatt des Guths Linz ſelbſten nur deſſen Einkünfte, in ſo weit ſie zur Unterhaltung deren von den Jeſuiten zu Coſtanz beſorgten Schul-, Lehr- und Predigtämtern für nöthig erachtet werden möchten, und ſo lang das Inſtitut in ſeinem alten Stand und Ort erhalten werde, an die Adminiſtration des Inſtituti abzufolgen, oder aber das Hauptguth ſelbſt nicht anders, als gegen Reverſales, daß nemlich die von den Jeſuiten beſorgte Schul-, Lehr- und Predigtämter in vollkommenem Stande ohne Abbruch, und zwar in Coſtanz, erhalten werden wollten und ſollten, abzutretten wäre? Ihr Canton habe bey Anfang des Coſtanzer Jeſuiter-Inſtituti, und in decurſu zum Gebäu und deſſen Unterhaltung ein beträchtliches pro bono publico beygeſchoſſen, und habe dahero billig zu wünſchen, daß das Inſtitut zum Beſten des jungen Adels und der Ritterſchaftlichen Unterthanen zu Coſtanz im alten Stand fortgehalten werde.

Was nun, Allergnädigſter Kaiſer und Herr! die Verwendung dieſes Ritterguths Linz ſelbſten betrift, ſo müßte zwar ſolches, nach denen von gehorſamſtem Reichshofrath etablirten Generalgrundſätzen, in ſoweit es zu Unterhaltung deren von den ehemaligen Jeſuiten in Coſtanz beſorgten Lehr- und Predigtanſtalten nebſt Nahrungsgeldern für die Exjeſuiten nöthig iſt, eben dahin wieder eingeraumet und abgetretten werden: Nachdem aber der Kaiſerin Königin Majeſtät mittelſt einer desfallſigen beſonderen Reſolution allerhöchſt Ihro nachgeordnete erbländiſche Stellen vorlängſt angewieſen haben ſollen, von allem auf dieſes auſſer den Erlanden gelegene Guth machenden Anſpruch abzuſtehen: So bleibt beſonders auf den Fall, daß die Coſtanziſche zeitherige Lehr- und Predigtanſtalten auch ohne Beytrag von Linz in ihrem Weſen erhalten werden ſollten, der Ertrag lediglich Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Diſpoſition in der Maaß überlaſſen, daß ſolches anderwärts zu catholiſchen Lehr- und Predigtanſtalten verwendet werden könne: Wo dann freylich der Rittercanton, worinnen es gelegen, und von deſſen Mitgliedern es, nach denen Euer Kaiſerl. Majeſtät bereits in Voto humillimo de 16. Nov. 1773. vorgetragenen Umſtänden, dem Coſtanzer Jeſuiter-Collegio zugewendet worden, eine vorzügliche Rückſicht verdienet, ſofort demſelben des Endes aufzugeben ſeyn würde, Vorſchläge zu thun, wie die Einkünfte in ſeinem Bezirk am ſchicklichſten und beſten zu Erziehung der catholiſchen Jugend verwendet werden könnten.

Sollte aber die allerhöchſte Abſicht ſeyn, die Coſtanziſche Schulen ganz oder zum Theil eingehen zu laſſen, ſo dörften allerdings die Einkünfte zu deren forthiniger Erhaltung nach dem Antrag der Ritterſchaft zu beſtimmen, oder etwa eine neue Schulanſtalt

ſtalt zu Coſtanz pro bono equeſtri zu ſtiften ſeyn, welches ſich ſodann mit der allerhöchſten Kaiſerl. Königl. Erklärung ganz wohl vereinbaren lieſſe, immaſſen auf dieſe Art die Einkünfte nicht aus einem dem Collegio zu Coſtanz oder deſſen Landesfürſtlichen Adminiſtration zuſtändigen Recht, ſondern heilſam aus einer neuen von Euer Kaiſerl. Majeſtät errichteten Fundation dorthin verabfolget würden.

In beyden Fällen würde jedoch der Ritterſchaft, weil ſie zugleich die Jurisdiction und übrige Jura Territorii exerciret, die Adminiſtration des Guths forthin zu überlaſſen, räthlich, und lediglich die Einkünfte von derſelben nach Coſtanz zu verabfolgen ſeyn. Wie dann auch eben dieſe Ritterſchaft mit dem auf dem Guth haftenden, in dem Kirchenſatz, dann ſogenannten Wilddumb- und Köhlenhof, und dem halben Dorfgericht beſtehenden Reichslehen zugleich inveſtirt, und zur diesfalls nöthigen Requiſition angewieſen werden könnte. Auſſer dem dörfte nicht minder der Ritterſchaft die erforderliche Obſorge auf die in Linz angelegte Capitalien (womit es eben jene Beſchaffenheit, wie mit dem Guth ſelbſten behalten muß) anzubefehlen, und, wenn ſolche auf irgend einige Art angegriffen werden ſollten, deſſen alsbaldige Anzeige, in Anſehung der übrigen in fremden Gebiethen von dem ehemaligen Collegio zu Coſtanz angelegten Summe aber aufzugeben ſeyn, daß ſie ſich zuförderſt um die Namen der Schuldner, und unter welche Bottmäßigkeit dieſe gehören, genauer erkundigen, und fernerweit umſtändlich darüber berichten ſolle. Letztlichen iſt die eigentliche Beſchaffenheit des in dem Ritterſchaftlichen Bericht erwähnten Hofs Krenwind zwar noch zur Zeit ganz im Dunklen, ſo viel jedoch einsweilen ohngezweifelt, daß die bis auf den Tag der publicirten Aufhebungsbulle

ſchon würklich verfallen geweſene Gefälle von Niemand anderem in Anſpruch gezogen werden können. Es würde demnach dem Herrn Fürſten zu Fürſtenberg die ohnverweilte Aufhebung des darauf gelegten Arreſts per Reſcriptum ſine clauſula zu befehlen, auch von demſelben untereinſtens ein beſcheinigter Bericht, was es mit dieſem Hof ſelbſten allenthalben für eine Bewandniß habe? abzufordern ſeyn. Gehorſamſter Reichshofrath ſtellet jedoch alles Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſten Entſchlieſſung lediglich anheim, ſich zu allerhöchſt Kaiſerl. Hulden und Gnaden allerunterthänigſt empfehlend.

Ita concluſum in Conſilio Imp. Aul. die 27. Jan. 1775.

XIII.

Reichshofrathsgutachten

in Sachen

Paderborn contra Lippe-Detmold,

das Kloſter Falkenhagen

betreffend

vom Decemb. 1773.

Allerdurchlauchtigſter ꝛc.

Ueber das in ältern Zeiten den ſogenannten Kreutzbrüdern zugehörige, Anno 1596. mit allen ſeinen Appertinenzſtücken zwiſchen dem Bißthum Paderborn und dem Reichsgräflichen Hauſe Lippe-Detmold vertheilte, nachhin aber in den Jahren 1604. und 1720. an das Jeſuiter Collegium eigenthümlich gekommene Kloſter Falkenhagen ſtehet dermalen dem Grafen zu Lippe-Detmold die Landeshoheit zu 3 Theilen unſtrittig zu, und Paderborn prätendirt hieran nur den vierten Theil, kraft eines in obbeſagtem Jahr 1596. deshalb errichteten Vergleichs.

Als nun jüngſthin der Jeſuiterorden aufgehoben, und die desfallſige päbſtliche Bulle auch in dem Bißthum Paderborn verkündiget worden, ſo hat der Graf von der Lippe-Detmold von dieſem Falkenhagen, und ſämmtlich dazu gehörigen Güthern und Gefällen, Beſitz ergriffen, und den Grund dieſes Benehmens auf das der Landeshoheit in bona vacantia anfallende Eigen-

Eigenthumsrecht ausdrücklich geſetzt, ſofort mehrere dahin gehende Einrichtungen, der Paderborniſchen Widerſprüche ungeachtet, einſeitig und eigenthätig vorgenommen.

Der Herr Biſchoff zu Paderborn ſtellet demnach ſub praeſentato 16. Nov. nup. dann 29. und 30. laufenden Monats bey Eurer Kaiſerl. Majeſtät klagend vor: Falkenhagen ſey ein ungezweifeltes Pertinenzſtück von dem ihm zuſtändigen Jeſuiter-Collegio zu Paderborn, und müſſe ihm alſo auch die alleinige Diſpoſition darüber (geſetzten, jedoch uneingeſtandenen Falls auch Lippe-Detmold würklich privativer Landesherr wäre) nach klarer Vorſchrift des §. 26. art. 5. Pacis Weſtphalicae unfehlbar überlaſſen werden. Da demnach in dieſer Rückſicht die Lippiſche Facta nullo jure juſtificabilia wären, ſo bitte er ein Mandatum ſine clauſula poenale de non contraveniendo Paci Weſtphalicae, nec arrogando ſibi via facti ex praetenſa ſuperioritate Territoriali ſic dictum monaſterium Falkenhagen, ſed caſſando ordinationem ad Patres dicti monaſterii latam, et abdicando poſſeſſionem nulliter apprehenſam, nec ipſum in libera diſpoſitione bonorum Eccleſiaſticorum Falkenhagen nullatenus impediendo, nec perſonas Eccleſiaſticas, tam pro adminiſtratione bonorum, quam pro continuando exercitio Religionis Catholicae ſecundum praeſcriptum pacis conſtituendas nullo modo moleſtando, wider den Grafen zu Lippe-Detmold zu erkennen.

In dieſer Supplica wird jedoch weder von der Poſſeſſione Anni decretorii 1624. noch von dem Beſitz der zum vierten Theil behauptenden Landeshoheit das geringſte erwähnet, mithin, nach gehorſamſten Reichshofraths unmaßgeblichen Dafürhalten, das Mandatum in forma petita, beſonders de non contra-

contraveniendo Paci Weſtphalicae, nec arrogando ſibi ex *praetenſa* ſuperioritate monaſterium, nec perſonas eccleſiaſticas pro continuando exercitio Religionis moleſtando vel turbando, nicht wohl erkannt werden könne; nachdem vorhin wegen dieſes letztern Punkts noch gar keine Turbation eingeklagt worden iſt. Gleichwie hingegen der Grund, aus welchem der Graf zu Lippe-Detmold in dieſer Sache zu Werke gegangen, nach dem Eurer Kaiſerl. Majeſtät in Voto humillimo de 16. Nov. nup. vorgelegt, auch von Allerhöchſtderoſelben allergnädigſt begnehmigten Generalprincipio, niemals zu rechtfertigen, und die den Jeſuiten zuſtändig geweſene Güther und Gefälle, (ſie mögen wahre Fundations- oder erſt neuacquirirte Stücke ſeyn), keineswegs pro Vacantibus, oder zu dem Landesherrlichen Fisco heimfällig zu achten ſind, ſo iſt gehorſamſter Reichshofrath der rechtlichen Meynung, daß dem Grafen zu Lippe-Detmold, mittelſt eines in der allerunterthänigſt hiebey gelegten Formula Concluſi vorgeſchlagenen Reſcripti, die Abſtellung aller dahin zielenden Vorkehrungen aufzutragen wäre.

Es iſt zwar in obangezogenem Voto humillimo unter andern auch dieſes feſtgeſtellt worden, daß wenigſtens die Adminiſtration derley Jeſuitergüther und Gefälle, nach aufgehobnem dieſem Orden, pro vacante anzuſehen, ſomit von dem Landesherrn einsweilen zu beſorgen, in wie weit ſie zu den von den ehemaligen Collegiis, zu welchen ſie gehörten, verſehenen Schulen, Lehr- und Predigtanſtalten nothwendig, zu unterſuchen, und der ſich etwa ergebende Ueberſchuß der eigenen zweckmäßigen Diſpoſition des Landesherren, worunter ſie gelegen, zu überlaſſen ſey. Woher es dann in vorliegendem Fall auch darauf ankommen möchte: ob nicht eine, dieſen

Grund-

Grundſätzen angemeſſene Verordnung dem obigen Reſcripto anzuhängen ſey?

Nachdem es aber hier nicht ein Catholiſcher Reichsſtand und Biſchoff mit einem andern gleich Catholiſchen, ſondern mit einem Augſp. Conf. Verwandten Stand zu thun hat, wo nach Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens Art. 5. §. 26. lediglich die Poſſeſſio anni decretorii 1624. die alleinige Richtſchnur abgeben muß, worüber gleichwohl in Rückſicht der einen Helfte von Falkenhagen, bereits von Anno 1623. an uſque ad annum 1717. weitläuftige Acta dahier verhandelt worden; deren Reſuſcitation aber ſehr bedenklich wäre, ſo hält gehorſamſter Reichshofrath für weiter räthlich, von ſolchem Anhang dermalen noch platterdings zu abſtrahiren. Nur würde durch ein beſonders in membro IIdo. Concluſi vorgeſchlagenes Reſcript zugleich auch der Herr Fürſt von Paderborn anzuweiſen ſeyn, daß er die Falkenhagiſchen Güther zu keinem andern Gebrauch, als Schulen, Lehr- und Predigtanſtalten, dann den denen Individuis des aufgehobenen Jeſuiterordens ſchuldigen Nahrungsgeldern verwenden, und wie es geſchehen, ſeiner Zeit bey Euer Kaiſerl. Majeſtät anzeigen ſolle; Reichshofrath ſtellt jedoch alles unterthänigſt anheim ꝛc.

Lectum et approbatum
den 16. Dec. 1773.

XIV.

XIV.

Reichshofrathsgutachten

in Sachen

Augsburg, Stadt, Catholiſchen Antheils,

contra Churbayern

vom 15. Febr. 1774.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Bey Eurer Kaiſerl. Majeſtät zeigte der Magiſtrat zu Augsburg Catholiſchen Antheils, ſub praeſentato 11. dieſes fernerweit allerunterthänigſt an, wasmaſſen zwar Allerhöchſtdieſelbe durch Dero Reichshofcanzley deſſen gemeinſchaftlichen Anwald Negelin von Blumenfeld ſub 8 Dec. vorigen Jahrs dahin vorbeſcheiden zu laſſen allergnädigſt geruhet haben: Daß das Geſuch des daſelbſtigen Magiſtrats Catholiſchen Antheils, die Aufrechthaltung des Jeſuiterinſtituts dortſelbſt betreffend, nicht ſtatt habe, vielmehr derſelbe ernſt angewieſen werde, in gebührender Verſtändniß mit dem Ordinariat, ſofort mit Anſtändigkeit und Zufriedenheit darzu zu ſchreiten, damit der Gottesdienſt und Schulen, welchen die Jeſuiten bis hiehin vorgeſtanden, von ſelbigen oder andern tauglichen Perſonen verrichtet und verſehen werden, und werde dabey aufgegeben, die darzu gehörigen Einkünften und Fundationen zu eben dem Endzweck, nehmlich zu Unterhaltung der Kirchen und Schulen zu verwenden.

Dieſe

Dieſe nehmliche Allerhöchſte Kaiſerl. Reſolution hätte erſtbeſagter gemeinſchaftliche Stadt-Augſpurgiſche Anwald dem Catholiſchen Senat in Augſpurg zwar ſonder Anſtand, jedoch juſt in dem nehmlichen Zeitpunkt überſchrieben und bekannt gemacht, da Deputati Civitatenſes ſich wiederholtermalen an dem Churbayeriſchen Hoflager in München befanden, und durch die gründlichſte Vorſtellungen den auf die von dem Collegio Auguſtano Societatis Jeſu bishin genoſſene in territorio Bavarico befindliche reſpektive Capitalien und Güter, beſonders auf das von den Gräflich Fuggeriſchen das bonum publicum Catholicum Auguſtanum zum deutlichen Gegenſtand gehabten milden Stiftungen herrührende Capital, ſowohl als die durch Fuggeriſche Stiftungsgelder nicht nur vermuthlich, wie die Churfürſtlich-Bayriſche Reſolution lautete, ſondern würklich und wahrhaftig acquirirte Fundos, die Hofmark Kiſſingen, und den Burgſtall Mergenthau nehmlich, von Seiten Chur-Bayern de facto verhangenen Beſchlag zu relaxiren, oder doch per modum eines einſtweiligen Proviſorii, wenigſtens die pro ſingulis Individuis denen bisherigen Stiftungsgenieſſern in calamitate praeſenti äuſſeſt nöthige media ſuſtentandi aus den nehmlichen Fundis zu erhalten, ſich zwar nach äuſſerſten Kräften, aber leider! vergeblich, beſchäftigten.

Da aber aus oberwähnt Churfürſtlich-Bayeriſcher Reſolution de 15. Dec. a. p. klar abzunehmen ſeye, daß Senatus Auguſtanus Catholicus von allenfallſigen weiteren Mediationsverſuchen, (ſogar auch von Seiten des Herrn Churfürſten zu Trier qua Ordinarii Auguſtani ſelbſten), nichts gewühriges und tröſtliches ſich zu verſprechen hat, weilen Churbayriſcher Seits die den Exjeſuiten vormals gehörige in ſeinem Gebiet liegende Güther dermalen als niemand zugehörige, einfolglich ſeinem Staat heimgefallene

fallene Sachen angeſehen werden wollen, und alſo zum Beßten deſſelben nach ſeiner Meynung zu verwenden wären, auch Senatus Auguſtanus dem unſicheren und unhinlänglichen Gratiali toties quoties revocabili ac mere putativo jura Fundationum liquida et apertiſſima cum praejudicio Civitatis Catholicae irreparabili nicht aufopfern könne, weder ſich getrauete, ein ſo beträchtliches Opfer bey Euer Kaiſerlichen Majeſtät, und der gegenwärtig und zukünftigen Augſpurgiſchen Catholiſchen Bürgerſchaft zu verantworten, gleichwie er ſich ſelber bereits in ſeinem Schreiben gegen Churbayern erkläret; als wolle er Euer Kaiſerl. Majeſtät von dem vollen Rechte, welches ihm zur Seiten ſtünde, gründlich überzeugen, und berufet ſich hauptſächlich auf die in Forma probante beygebrachten Fundationsbriefe der Gräflich Fuggeriſchen Familie, und die von einem Augſpurgiſchen Rechtsgelehrten, zwar nicht autoritate publica vel juſſu Magiſtratus Catholici, verfaßten Gründe, daß die Bona relicta Exjeſuitarum pro vacantibus auf keine Art und Weiſe anzuſehen ſeyen, dahero denn Senatus Auguſtanus keinen Anſtand genommen, ſeine eigene Deputirte ernſtlich anzuweiſen, mit dem ex parte Reverendiſſimi Ordinariatus Auguſtani ernannten Commiſſario zu conferiren und alles vor die Hand zu nehmen, was zu dem in Euer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſten Entſchlieſſung begriffenen zielend, illaeſis utrinque juribus, erſprießlich ſeyn möchte. Wie dann auch ſchon verſchiedene Zuſammentrettungen von beederſeits ernannten Commiſſariis gepflogen worden ſeyen: Bey welchen ſich zwar der Herr Churfürſt von Trier als Ordinarius Auguſtanus verbunden bekennete, das in Betreff des Jeſuiterordens ſub 21. Julii a. p. emanirte päbſtliche Breve, in Gefolg des vom Pabſten hierzu habenden beſonderen Auftrags, und von Euer Kaiſerl.

Majeſtät erfolgter Allerhöchſten Entſchlieſſung, den in dem Reichsſtadt Augſpurgiſchen Collegio exiſtirenden Individuis beſagten Ordens publiciren zu laſſen, vor der Publication und Execution aber erwähnten Brevis Pontificii verlangte der Herr Churfürſt von Trier durch freundſchaftliche Unterredungen ausgemacht zu wiſſen, wie ſowohl dem Gottesdienſt als den bishero von denen Jeſuiten verſehenen Schulen vorgeſehen werden wolle, wie auch wo und aus welchen Mitteln die austrettende Individua hinkünftig ihren prieſterlichen ſtandesmäſſigen Unterhalt zu ſuchen haben ſollen. Weshalben dann auch Reichsſtadt Augſpurgiſcher Seits hiezu eine eigene Deputation ernannt worden ſeye, um mit dem Biſchöflich-Bevollmächtigten Commiſſario die ante, in et poſt publicationem dicti Brevis Apoſtolici erforderliche Vorkehrungen, ſohin auch die Zeit, Art und Weiſe der Publication und Execution zu verabreden, ohne Biſchöfliche Ratification jedoch nichts abzuſchlieſſen, ſondern all- und jede Vor- und Anträge deren ſtädtiſchen Deputirten lediglich ad referendum zu nehmen, und die weitere Weiſung hierüber zu gewärtigen; wobey von Seiten des Ordinariats verſichert worden, denen Gerechtſamen der Reichsſtadt Augſpurg auf keine Weiſe zu nahe zu treten, ſondern vielmehr das einzige Augenmerk dahin zu richten, damit durch gute Einverſtändniſſe der geiſt- und weltlichen Obrigkeit, Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, alljene der ehemaligen Geſellſchaft Jeſu anvertraut geweſene Verrichtungen jetzt und in das künftige dauerhaft und ohne allen Abbruch fortſetzen zu können. Hierauf nun wolle Senatus Auguſtanus Catholicus Euer Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt vortragen, daß, ſo wenig die Exjeſuiten ohne hinlängliche Suſtentation ihre zum Beſten des Publici Catholici Auguſtani bishero geleiſtete Ver-

richtungen würden fortſetzen können, eben ſo wenig das nehmliche reſpectu anderer Ordensleute möglich ſeyn würde, ſo lange die ſowohl von anderen, als beſonders von Seiten Churbayern, in Beſchlag genommene, bishero von dem Collegio Auguſtano genoſſene Capitalien und Fundi nicht zu dem von Euer Kaiſerl. Majeſtät ſelbſt in Reſolutione Clementiſſima bemerkten Ziel und End verwendet werden würden, zumahlen das Publicum Auguſtanum Catholicum vor ſich allein, die erforderlichen Mittel zu deren Unterhaltung zu verſchaffen, ganz auſſer Stande ſey. Geſetzt auch, daß die von den Jeſuiten auſſer den Gräflich Fuggeriſchen Fundationen, in territorio Bavarico bishero genoſſene übrige Jura, Gehölze rc. nicht aus gleich gearteten Quellen ſich herleiteten, aus welchen die Specialfundationen, Capitalien, Fundi, und Surrogata entſprungen ſind, ſondern daß ſie pro bonis mere parſimonialibus anzuſehen wären, ſo revertirten doch immer dieſe nehmliche ſine praejudicio einsweilen supponirende Parſimonialgüther ſogar auch in qualitate fructuum mere induſtrialium ad fontem primitivi inſtituti ſui originarii ac mere modalis, und gehörten zu dem nehmlichen Collegio und zu dem nehmlichen frommen Ziel desjenigen Collegii, welches dieſe Früchte und Erwerburg durch eigene Klugheit und Sparſamkeit ex ipſis fontibus fundationum, piis legatis et aliis ad pios uſus patriae deſtinatis largitionibus, geſammlet hat, beſonders da bey der Reichsſtadt Augſpurg keinem Zweifel oder Widerſpruch unterworfen ſeye, daß ohne deren Beyfluß diejenigen Schulen, Lehr- und Predigtanſtalten, welche vorhin von denen Mitgliedern des Jeſuiterordens beſorget worden, durch Entziehung deren, wo nicht gänzlich ex ſpeciali fundatione, doch allezeit ex Inſtituto originali dieſes Ordens dazu gewidmeten Güthern, Renten und Gefällen überhaupt

geſchwächet, oder gar vereitelt, und anmit dem ſo weſentlichen Unterricht der Catholiſchen Jugend und des gemeinen Mannes ein unerſetzlicher Nachtheil zugefüget würde. Es bleibe demnach das von Seiten Churbayern gegen die in Territorio Bavarico befindliche ad Collegium Auguſtanum gehörige Jeſuitergüther verhangene, in denen vorgängigen Adjunctis ſattſam beſcheinigte Verfahren, zumalen die gänzliche Entzieh- und Verſagung deren nöthigen Alimenten ex iisdem bonis fundisque, nicht weniger auch die ſowohl in committendo als omittendo erweißlich mangelhafte Adminiſtratio et Conſervatio deren theils dem Arbitrio des Beamten, theils der Unbeſcheidenheit des Landvolks, cum periculo praeſentiſſimo vaſtationis et jacturae irreparabilis ausgeſetzten fundorum, bonorum, ſylvarumque dergeſtalten beſchaffen, daß ſothane leidige Beſchaffenheit Euer Kaiſerl. Majeſtät ſchleunigſte und gemeſſenſte Obriſtrichterliche Vorſehung erforderen wolle, immaſſen die in extrema penuria befindliche Individua des Collegii Auguſtani von dem Allmoſen, welches ihnen dermahlen einige Clöſter, Bürger und andere Innwohner zum würklichen Nachſtand anderer Armen zuflieſſen laſſen, und welches in die Länge gewißlich nicht dauren könnte, ſich ſehr kümmerlich und genau bisanhero behelfen müſſen, und alſo ihrer äuſſerſten Verlaſſenheit am nächſten ſind. Senatus Auguſtanus Catholicus bäte daher, Eure Kaiſerl. Majeſtät wollten allermildeſt geruhen, nicht nur den bereits obangezeigt-Churbayeriſcher Seits verhängten Beſchlag ſammt übrigem Verfahren allergerechteſt zu caſſiren und aufzuheben, ſondern auch dem Herrn Churfürſten in Bayern per Reſcriptum ſine clauſula Obriſtrichterlich anzubefehlen, daß derſelbe von Rechtswidriger Einziehung aller zu dem Collegio Auguſtano gehörigen Güthern und Einkünfte ſich enthalten, und alle hierauf

abzie-

abzielende Vorkehrungen unverzüglich abſtellen, auch die ſeiner Landesherrlichkeit unterworfene von dem Jeſuiter-Collegio zu Augſpurg bishero beſeſſene Güther quoad Dominium privatum nebſt Capitalien und Rennten Ihme Catholiſchen Magiſtrat in Augſpurg, als dem noch über dieſes in ipſis litteris fundationum wörtlich beſtimmt- und erbettenen Conſervatori, Cuſtodi ac Tutori, zu dem von Euer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt anbefohlenen Ziel und Ende una cum fructibus perceptis alſobald abtretten, und die Verwalt- und Adminiſtrirung quäſtionirter Güther Ihme Catholiſchen Magiſtrat ohnaufhaltlich überlaſſen ſolle.

Nachdem nun, Allergnädigſter Kaiſer und Herr, in dieſer den Catholiſchen Magiſtratsantheil zu Augſpurg betreffenden ſehr empfindlichen Verlegenheit die Frage de vacantia bonorum, welche hierinnfalls beſonders auftritt, durch die in Voto humillimo de 16. Novemb. anni praeteriti aufgeſtellte, und von Euer Kaiſerl Majeſtät allergnädigſt approbirte Principia von ſelbſten hinweg fället, ſofort, daß die Schulen, Lehr- und Predigtanſtalten, welche vorhin von denen Mitgliedern dieſes Jeſuiterordens beſorget worden, durch Entziehung deren theils ex ſpeciali fundatione, theils aus deſſelben urſprünglichen Inſtituto überhaupt, dazu gewidmeten Güthern und Einkünften geſchwächet oder gar vereitelt würden, niemalen geſtattet werden könne; Als findet ſich gehorſamſter Reichshofrath ſeinen theuren Pflichten gemäß verbunden, in dieſer keinen Verzug leidenden Sache, bey Euer Kaiſerl. Majeſtät auf die ſo ſchleunig- als nachdruckſame Caſſation und Aufhebung ſämmtlicher verhängten Arreſte per Reſcriptum ſine clauſula gegen den Herrn Churfürſten in Bayern fürzugehen, allerunterthänigſt anzutragen, und diesfalls zu erlaſſende Verordnungen zur geſchwinden Allerhöchſten

Einſicht und Begnehmigung anzuſchlieſſen. Womit derſelbe ſich zu beharrlichen Allerhöchſten Hulden und Gnaden in allertiefeſter Erniedrigung empfiehlt.

Ita Concluſum in Conſilio Imperiali Aulico die 15. Febr. 1774.

Lectum et approbatum die 25. ejusd. Placet.

Joseph.

Formula Concluſi.

1. Cum Incluſione Exhibiti de praeſent. 11. Febr. nup. reſcribatur dem Herrn Churfürſten zu Bayern: Kaiſerl. Majeſtät hätten daraus entnommen, welchergeſtalten derſelbe die dem Jeſuiter-Collegio zu Augſpurg eigenthümlich zugehörige in ſeinem Gebieth befindliche Güther und Einkünfte nach aufgehobenem dieſem Orden in Beſchlag genommen, und als bona vacantia von Landeshoheit wegen ſich zueignen wolle. Gleichwie aber Kaiſerl. Majeſtät aus Reichsväterlicher Vorſorge nicht geſchehen laſſen könnten, daß jene Schulen, Lehr- und Predigtanſtalten, welche vorhin von denen Mitgliedern des Jeſuiterordens beſorget worden, durch Entziehung deren theils ex ſpeciali fundatione, theils aus deſſelben urſprünglichen Inſtituto überhaupt, dazu gewidmeten Güthern und Einkünften geſchwächet oder gar vereitelt würden, und dahero auch dem Herrn Churfürſten zu Trier als Biſchoffen zu Augſpurg und daſigen Magiſtrat Catholiſchen Antheils obliege, dafür die Sorge zu tragen, und zu veranſtalten, daß ſämmtliche zeithero von daſigem Jeſuiter-Collegio verwaltete Rennten und Gefälle forthin

forthin zu obigem Zweck verwendet würden, ſonach aber de vacantia bonorum keine Frage ſeyn könne; als wollten ſich Allerhöchſtdieſelbe, nach Caſſation und Aufhebung ſämmtlich verhängter Arreſte, zu Ihm Herrn Churfürſten allergnädigſt verſehen, daß er ſich der Einziehung deren zu erſtbeſagtem Jeſuiter-Collegio zu Augſpurg gehörigen ſeiner Landeshoheit unterworfenen Güthern und Einkünften enthalten, ſolche dem Catholiſchen Magiſtratsantheil zu Augſpurg, und zwar in gegenwärtiger keinen Verzug leidenden Sache alſogleich bey Angeſicht dieſes, frey abtretten und überlaſſen, auch wie er ſolches befolget habe, Kaiſerl. Majeſtät in termino duorum menſium allergehorſamſt anzeigen werde.

2. Communicetur Partis Impetrantis Mandatum procuratorium parti Impetratae, altero Exemplari apud Acta retento.

XV.
Reichshofrathsgutachten
in Sachen
die zu Augſpurg entſtandene Colliſion
zwiſchen dem
Brachio eccleſiaſtico et ſeculari
betreffend
vom 22. Februar 1774.

Allergnädigſter ꝛc.

Bereits ſub dato den 14. Octob. et praeſentato den 8. Novemb. jüngſt verwichenen Jahrs hat der Catholiſche Antheil des Magiſtrats zu Augſpurg bey Euer Kaiſerl. Majeſtät ohnmittelbar angezeiget: Alles dasjenige, was derſelbe zu Erhaltung der Jeſuiter in dieſer Stadt Euer Kaiſerl. Majeſtät vorlängſt geſagt, habe er nicht minder coram Ordinariatu ſuo dem daſigen Herrn Biſchoffen beſtätiget; dem ohngeachtet jedoch von dieſem je länger je mehr auf die Promulgation und Execution des wider beſagten Orden verhängten päbſtlichen Brevis gedrungen werde. Die dem biſchöflichen Commiſſario in ordine ad exequendum ertheilte und von dieſem den Deputatis civitatenſibus vorläufig eröffnete Inſtructionspuncte verletzten das Temporale, die Jura Status, die von den Stiftern ſelbſt ihm Catholiſchen Magiſtrat übertragene Cuſtodiam et protectionem fundationum illarum, und ſogar das a Senatu utriusque religio-

nis

nis mit den Jeſuiten anno 1580. errichtete Factum regredientiae fundorum in eventus pactitios viel zu ſtark, als daß er hiebey ſich nur als einen Zuſchauer und Handlanger oder mere paſſive verhalten ſolle.

Das angeregte Pactum beſtehet darinnen, daß Magiſtratus überhaupt in die von denen Gräflich-Fuggeriſchen Erben den Jeſuiten zu Erbauung der Schulen und Univerſität gemachte Schenkung von 30000 fl. an Geld nebſt einigen ad 12000 fl. angeſchlagenen Häuſern und Gärten zwar einwilliget, jedoch mit der Bedingniß, daß hievor eine jährliche Steuer a 40 fl. gezahlt, und, wenn man ſolchen Platz über kurz oder lang zum Collegio und den Schulen nicht mehr gebrauchen, ſondern verkaufen, oder in andere Wege alieniren wollte, es anders nicht dann in Burgershände, oder ſonſt nach des Magiſtrats Wiſſen und Willen, verändert werden ſolle.

Die Chriſtenlehre, (fährt der Catholiſche Magiſtrat in dieſer Anzeige weiter fort) das Predigtamt, der Beichtſtuhl, das Perſonale Eccleſiaſticum, ſeyen ſub certo reſpectu unſtrittige Gegenſtände der Biſchöflichen Jurisdiction, ſie lieſſen ſich aber mit jenen Gerechtſamen, die jedem beſondern Religionstheil daſelbſten in den Reichsgeſetzen und Weſtphäliſchen Frieden unter anderen auch in Rückſicht des Schulweſens und ſogar den geiſtlichen Orden ſelbſt, zugeeignet ſeyen, nicht vermiſchen.

Man wolle zwar biſchöflicher Seits mit den Jeſuiten nicht nach der Schärfe des päbſtlichen Brevis verfahren, man wolle einige Subjecta von ihnen ad functiones idoneas beybehalten, man wolle aber denſelben einige von dem Clero ſeculari ex beneplacito Epiſcopali unterſtoſſen, mit denen ehemaligen Magiſtris, die ſich ad docendum ferner wollten gebrauchen laſſen, trage man lediglich auf die Aufnahme

ad Seminaria an; Man wolle mit den Städtiſchen Deputirten blos der untern Schulen wegen conferiren; die von den Jeſuitern beſeſſene Fundi civici, die von ihnen genoſſene Fundationes civicae, das völlige Temporale wollten lediglich als Bona mere eccleſiaſtica behandelt werden: Es ſey hierüber ſchon im Voraus ein biſchöflicher Director und Adminiſtrator deſigniret, wobey alſo die Superiores territoriales, welche ſogar nicht einmal gefragt worden: Ob, und in wie ferne ſie das päbſtliche Breve zu acceptiren gedenken? in effectu ſehr wenig, oder gar nichts zu ſagen haben. Die Abſicht, ein biſchöfliches Seminarium aus den Exuviis temporalibus der Jeſuiten, auf den von ihnen verlaſſenen Fundis civicis, mitten in der Stadt zu plantiren, das ihnen bishero ex conniventia et mere precario vergönnte Brauhaus beyzubehalten und nach und nach in ein biſchöfliches Brauhaus zu verwandlen, ſomit der Stadt eine beträchtliche Quelle von denen ad ſuſtinenda onera publica ohnentbehrlichſten Einkünften zu verſtopfen und an ſich zu leiten, entdecke ſich allzuſehr. Seine, des Magiſtrats Reichsſtändigkeit, die ihm in Inſtrumento Pacis Weſtphalicae überlaſſene cura Templorum et Scholarum, das in Art. 5. §. 26. ejusdem pacis nicht dem Ordinario, ſondern dem Catholiſchen Magiſtrat, zugelegte Arbitrium, ſtatt eines ganz zu erlöſchenden Ordens einen andern einzuſetzen, nöthigten ihn, auf das genaueſte zu invigiliren, und Eure Kaiſerl. Majeſtät nicht nur als ſupremum Protectorem Eccleſiae, ſondern auch als oberſten Reichsrichter zu bitten, damit er a brachio Eccleſiaſtico in ſeinem Rechte nicht gekürzet, ſondern ihm frey gelaſſen bleibe, entweder aus einem vor dem Religionsſtreit im Reich üblich geweſenen Orden, oder aus denen Exjeſuiten, ein inſtitutum novum in eosdem fines zu colligiren, wozu die Jeſuiten ſelbſt Anno

1580.

1580. mit dem Magiſtrat paciſcirt, und in quos fines derſelbe mit dem nehmlichen neuen Inſtitut auf die nehmliche Weiſe fernerweit paciſciren könne, in quos fines zumahlen die bereits vorhandene Fundationen ab eodem Inſtituto novo unter ſeiner Aufſicht und Schutz quoad temporalia (ſalvis tamen quoad ſpiritualia Juribus Epiſcopi, ſalvaque ſi velint inſpectione eorum, denen qua Erben der Fundatorum daran gelegen ſeyn wolle, ut finis et intentio fundationum ad amuſſim cuſtodiatur), gegen Fortführung des Lehr- Beicht- und Predigtamts, fernerhin genoſſen und fortgeſetzt werden ſollten, und mögten.

Gehorſamſter Reichshofrath hätte zwar allerdings glauben ſollen, daß ſich ſämmtliche dieſe Irrungen durch die von Eurer Kaiſerl. Majeſtät, nach dem allerunterthänigſten Gutachten de 16. Novemb. anni elapſi an den Stadt Augſpurgiſchen Agenten erfolgte Bedeutung, wie nehmlich die Beybehaltung der Jeſuiten allda niemals Platz haben könne, wegen des übrigen aber ſich der Catholiſche Magiſtratstheil mit ſeinem Herrn Ordinario gütlich und friedlich einzuverſtehen habe, immittels von ſelbſten erledigen würden: Woher ſodann gehorſamſter Reichshofrath auf obige vor ergangener Euer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſten Reſolution eingekommene Vorſtellung, etwas weiters zu erlaſſen für ohnnöthig erachtet hat. Allein, die von dem Herrn Biſchoffen an den Herrn Reichshofvicecanzler erlaſſene Schreiben, und beygelegte Conferenz-Protocolla vom 22. Jan. dann 5. und 12. hujus, zeigen das gerade Gegentheil, nach deren Innhalt die Städtiſche Deputirte zwar mit dem biſchöflichen Commiſſario zuſammen getreten, aber nicht nur jene an Eure Kaiſerl. Majeſtät ſchon ſelbſt zum Theil geäuſſerte Anſtände wiederholet, ſondern auch ſich auf beyden Seiten ſo viele andere Hinderniſſe hervor gethan, daß bis nun

zu

zu die Publication der päbſtlichen Bulle, wegen allda zu beſahren habenden öffentlichen Aufſtandes, noch immer ausgeſetzet bleiben müſſen, welcher Verzug Eure Kaiſerl. Majeſtät veranlaſſet hat, gehorſamſtem Reichshofrath per Decretum de 17. hujus allergnädigſt aufzugeben, daß in dieſer nicht wohl längeren Verzug leidenden Sache, ehemöglichſt das rechtlich beſindende erwogen, und, was Obriſtrichterlichen Amtswegen hierunter vorzukehren ſey, Allerhöchſtdenenſelben vorgetragen werden ſolle.

Die Anſtände des Catholiſchen Magiſtratsantheils, welche deſſen Deputirte mit ſehr unanſtändiger Heftigkeit wider die vorhabende Publicationem Bullae geäuſſert haben, reduciren ſich eigentlich auf folgende Punkte.

1. Der Herr Biſchoff habe ſich bey der erſten Conferenz vom 22. Jan. anheiſchig gemacht, den Publicationstag gemeinſchaftlich mit ihm, Magiſtrat, zu beſtimmen und in der Zwiſchenzeit die dazu erforderliche Anſtalten zu veranlaſſen; gleich, und kaum 14 Tage darauf aber bey der zweiten Zuſammentrettung vom 5. Febr. dieſem ſeinem gegebenen Worte entgegen, den Tag einſeitig und eigenmächtig ſelbſten benennet; da doch

2. Vor allen Dingen der punctus Suſtentationis der in dem Collegio befindlichen Jeſuiten,

3. die Unterhaltung der Schulen, Lehrämtern, Predigt- und Beichtſtuhls, vollſtändig hätte ausgeglichen, und

4. die Aufhebung des von Churbayern auf die Fundationsgüther, und von Seiten der öſterreichiſchen Erblanden auf die Capitalien geſchlagenen Arreſts, abgewartet werden ſollen; dahingegen

5. Ihm Magiſtratui der von dem Herrn Ordinario als richtig angenommene Vorſchuß keineswegs

zuzumu-

zuzumuthen, ſondern allenfalls er, Herr Ordinarius, verbunden ſey, die auf den titulum paupertatis in ſeiner Diöces geweyhte Prieſter aus eigenen Mitteln zu unterhalten.

Nun muß gehorſamſter Reichshofrath vorläufig allerunterthänigſt bemerken, daß Euer Kaiſerl. Majeſtät hierüber noch zur Zeit um ſo weniger eine förmliche Obriſtrichterliche Verfügung werden hinaus zu geben im Stande noch gemeynet ſeyn, als eines Theils ſolches auf einige an Allerhöchſtdero Miniſterium von dem Herrn Churfürſten zu Trier, als Biſchoffen zu Augſpurg, erlaſſene bloß extrajudicielle Schreiben überhaupt ſchon nicht wohl thunlich iſt, anderen Theils aber auch um deßwillen allemal ſehr bedenklich wäre, weil Euer Kaiſerliche Majeſtät über die Frage, in wie weit dieſelbe, als das allerhöchſte Reichsoberhaupt, die päbſtliche Bullam quaeſtionis zu begnehmigen geruhen wollen, ſich noch nicht erklärt, mithin eben wenig deren Publication, worauf es doch dermalen zu Augſpurg ganz allein ankommt, poſitive anbefehlen können.

Alles, was demnach zu Beſeitigung der zwiſchen dem Herrn Ordinario und dem Catholiſchen Magiſtrat daſelbſt entſtandenen Zwiſtigkeiten geſchehen kann, wird abermalen lediglich in via Miniſteriali geſchehen müſſen. Und da ad

Imum. von dem Herrn Biſchoffen in der That die Sache in etwas übereilet, und, gegen die mit dem Magiſtrat Ausweis des erſteren Conferenz-Protocolli ſo friedfertig gepflogene Verabredung, und das eigene biſchöfliche Commiſſorium gehandelt worden, ad Vtum. aber dem Catholiſchen Aerario einiger Vorſchuß als eine Schuldigkeit unter keinem Vorwande aufgebürdet werden mag, ſondern ſolcher

von

von des Magiſtrats guten Willen platterdings abhanget, ſomit auch allenfalls blos durch gütliches Zureden bewürket werden muß; ſo iſt gehorſamſter Reichshofrath des allerunterthänigſten Dafürhaltens, daß Eure Kaiſerl. Majeſtät dem Herrn Churfürſten als Ordinario ſein hierunter habendes Unrecht in obangerathenem Miniſterialwege mit dem weitern Bedeuten zu erkennen geben ſollten:

Daß er mit Verkündigung der Bulle noch in ſo lange zurückhalten möge, bis zuförderſt ad II[dum] der punctus Suſtentationis interimiſticae, nehmlich die Kleidung, Koſt und Wohnung, der facta publicatione Bullae nach derſelben Vorſchrift nicht länger in Gemeinſchaft beyſammen bleiben dörfenden Individuorum, ſoviel deren zu dem daſigen Collegio vorhin würklich gehöret, und aus der Bulle auf ihren künftigen Unterhalt einen Anſpruch zu machen haben, in die Ordnung gebracht, und die dazu nöthige Mittel, entweder durch einen in der Güte auswürkenden freywilligen Vorſchuß des Magiſtrats, oder auf andere Art und Weiſe, ſicher geſtellet worden. Dafern aber nach Berichtigung dieſes Punkts der Magiſtrat ſich beygehen lieſſe, der vorhabenden Publication noch weitere Hinderniſſe in den Weg zu legen, ſo würden Euer Kaiſerl. Majeſtät denſelben, auf ſeine des Herrn Churfürſten desfalſige Anzeige, ſo ſchleunig als nachdruckſam zu Recht zu weiſen nicht entſtehen.

Dann ſo iſt ad III[tium] ein von Seiten des Magiſtrats auf bloſſen Verſchleif der Sache abgeſehener Vorwand, daß die neue Einrichtung und Beſtellung der Schulen, Lehrämter, Beicht- und Predigtſtühle, auch noch vor Verkündigung der Bulle *) beſor-

*) Hier ſcheint die Copie mangelhaft zu ſeyn.

beſorget werden mag, ohne daß der actus publicationis ſelbſten hierinnfalls den geringſten Unterſchied mit ſich führe. Eben ſo wenig mögen ad IVtum die Erbländiſche und Churbayriſche Arreſte den Actum publicationis längerhin aufhalten, nachdem einmal vorausgeſetzt wird, daß, wenn dieſe freylich ſehr groſſe Verlegenheit auf die Euer Kaiſerl. Majeſtät in Sachen: Augſpurg contra Churbayern, allerunterthänigſt vorgeſchlagene Verfügungen nicht gehoben werden ſollte, der punctus Suſtentationis interimiſticae wenigſtens auf andere Art zuvor berichtiget ſeyn müſſe.

All dieſes dörften ſofort Euer Kaiſerl. Majeſtät dem Catholiſchen Magiſtratsantheil, durch ſeinen dahieſigen Beſtellten mit Nachdruck bedeuten, das von ſeinen Deputatis wider den Herrn Churfürſten ſich zu Schulden gebrachte unartige und heftige Betragen ernſtlich verweiſen, zu einiger Genugthuung deſſelben die Beſtellung anderer mehr beſcheidener Deputirten auferlegen, und ihn überhaupt anweiſen zu laſſen geruhen, daß er nach hieoben erwehntermaſſen berichtigtem puncto Suſtentationis interimiſticae, die Publication der Bulle weiter zu behindern ſich nicht unterfangen, und alsdann, wegen der übrigen für die Zukunft zu treffen nöthigen Anſtalten, den Weg der mit ſeinem Herrn Ordinario ſchon angefangenen Conferenzien reaſſumiren, hierinnen mit gehöriger Beſcheidenheit die von Zeit zu Zeit vorkommende Deliberanda ruhig und friedlich auseinander zu ſetzen ſuchen, oder in Fällen, wo ſie ſich nicht mit einander vereinigen könnten, Eurer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſte Entſcheidung einholen ſolle.

Gehorſamſter Reichshofrath erläßt ſich zu Euer Kaiſerl. Majeſtät beharrlichen allerhöchſten Hulden und Gnaden, in tiefeſter Erniedrigung.

Ita

Ita concluſum in Conſilio Imperiali Aulico die 22. Julii 1774.

PRAESENTIBUS.

Excellentiſſimo Domino Praeſide,
Domino Comite ab Harrach.

Excellentiſſimo Domino Vice - Praeſide,
Domino Barone ab Hagen.

D. C. ab Ueberacker.
D. C. a Sternberg.
D. C. a Kaunitz.
D. C. a Windiſchgräz.
D. C. a Wurben.
D. C. a Firmian.
D. B. a Kageneg.
D. C. a Lippe.
D. C. a Grävnitz.
D. B. a Partenſtein.

D. B. a Hillebrand.
D. B. a Braun.
D. B. a Gärtner.
D. — a Steb.
D. B. a Münch.
D. — ab Heſs.
D. B. a Dittmar.
D. a Puffendorf.
D. B. a Mauchart.

et me Secretario de Stock

lectum vero, et approbatum die 25. ejusd.

Praeſentibus iisdem, excepto
Domino Comite a Windiſchgrätz.

XVI.

Reichshofrathsgutachten
in vorſtehender Angelegenheit
vom 17. März 1774.

Allergnädigſter ꝛc.

Seit dem Euer Kaiſerl. Majeſtät das unterm 22. Febr. a. c. beſchloſſene Reichshofrathsgutachten, wegen der zu Augſpurg zwiſchen dem brachio ſaeculari und eccleſiaſtico über die Publication der die Aufhebung des Jeſuiterordens betreffenden päbſtlichen Bulle entſtandenen Irrungen allerunterthänigſt erſtattet worden, hat der Catholiſche Magiſtratsantheil, theils in litteris humillimis de 28. Februarii, theils in einem ordentlichen Exhibito de praeſentato eodem, bey Euer Kaiſerl. Majeſtät die auch von dem daſigen Herrn Biſchoffen ſchon beygebrachte Conferenz-Protocolla produciret, ſein Betragen beſonders dadurch, daß die Bulle vor berichtigtem Suſtentationspunkt deren austretenden Jeſuiten zur Publication nicht gelangen könne, zu rechtfertigen geſuchet, und dabey gebeten, auf dieſe Vorſtellung bey dem Vortrage der wider denſelben von Seiten des Ordinariats erhobenen Beſchwerden einige Rückſicht zu nehmen, und allenfalls ſolche ihm zur weitern Benehmung zu communiciren.

Obſchon nun durch dieſe Exhibita der erſte Anſtand, warum gehorſamſter Reichshofrath Euer

Kaiſerl. Majeſtät die Einſchlagung des bloſſen Miniſterialwegs allerunterthänigſt eingerathen, gehoben iſt, ſo bleibt jedoch die andere Urſache, welche in der noch nicht erfolgten allerhöchſten Begnehmigung der Bullae quaeſtionis beſtehet, noch immer ſtehen, und findet ſich gehorſamſter Reichshofrath, von ſeiner hierüber gefaßten allerunterthänigſten ohnmaßgeblichen Meynung abzugehen, um ſo weniger veranlaßt, je mehr ſich aus einem von dem Magiſtrat beygelegten, bishero noch nicht vorgekommenen, Promemoria vermuthen läſſet, daß ſich derſelbe, ſobald nur der Punctus Suſtentationis in etwas erleichtert wird, ohne weiteren Aufenthalt zum Ziel legen werde, da er nehmlich hierinnen an den Herrn Biſchoffen feyerlich erkläret, daß er bey anderweiten zu einiger Verlängerung des Publications-Termini zielenden milderen Entſchlieſſungen des Herrn Ordinarii, ganz gewiß ſeinen devoteſt und reineſten Eifer bethätigen und vereinen wolle, das Hauptobject der gemeinſamen Deliberationen in möglichſter Bälde zu der allerſeits angenehmen und dem bono publico gedeyhlichen Endſchaft zu bringen.

Euer Kaiſerl. Majeſtät ſtellet jedoch gehorſamſter Reichshofrath alles zu erleuchtetſtem Selbſtermeſſen anheim, und erläſſet ſich zu beharrlichen allerhöchſten Kaiſerlichen Hulden und Gnaden in tiefeſter Erniedrigung.

Ita concluſum, lectum et approbatum in Conſilio Imperiali aulico, die 1. Martii 1774.

PRAESENTIBUS.

Excell. D. P. D. Com. ab Harrach.

D. C. ab Ueberacker. D. C. a Kaunitz.
D. C. a Sternberg. D. C. a Würben.

D. C.

D. C. a Firmian.	D. B. a Gärtner.
D. B. a Kageneck.	D. B. a Steb.
D. C. a Lippe.	D. B. a Münch.
D. C. a Graevenitz.	D. ab Heſs.
D. B. a Partenſtein.	D. B. a Dittmar.
D. B. ab Hillebrand.	D. B. a Puſendorf.
D. B. a Braun.	D. a Mauchard.

Et me Secretario Stock.

Publicatur Reſolutio Caeſarea:

Deren zu Folge, Fiat Votum ulterius ad Imperatorem 17. Mart. 1774.

XVII.

Reichshofrathsgutachten
in der vorigen Angelegenheit
vom 17. März 1774.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Euer Kaiſerl. Majeſtät haben das in Betreff der wegen Aufhebung des Jeſuiterordens zu Augſpurg unter dem welt- und geiſtlichen Arm entſtandenen Irrungen erſtattete Reichshofrathsgutachten vom 22. Febr. nuperi dahin allergnädigſt zu reſolviren geruhet, daß die darinnen vorgeſchlagene Verordnungen als förmlich-gerichtliche Verfügungen an beyde Theile hinausgehen ſollen.

Nun muß gehorſamſter Reichshofrath Euer Kaiſerl. Majeſtät zuförderſt noch einen in ſeinen vorigen Votis nicht bemerkten Umſtand zu erleuchteſtem Selbſtermeſſen allerunterthänigſt anheim geben, welcher die förmlich gerichtliche Behandlung dieſer Sache ſehr bedenklich macht.

Den eigentlichen Anlaß zu den vorgeſchlagenen Verordnungen hat die Inſtanz des Herrn Churfürſten qua Ordinarii gegeben, der aber, wie ſich aus dem von ihm ſelbſt erwählten auſſer-gerichtlichem Wege, auch ſonſtigen an ſeinen Agenten dahier beſchehenen Aeuſſerungen klar veroffenbahret, keineswegs verlanget, daß eine gerichtliche Verordnung erfol-

erfolgen ſolle; dieſe hingegen ſoll nunmehro nach Euer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſten Entſchlieſſung quoad Materialia in der Art ergehen, daß im Hauptwerke der Herr Churfürſt ſuccumbirt, ſich in den ergehenden Reſcriptis als Urheber der entſtandenen Zwiſtigkeiten aufſtellen laſſen muß, und nur circa modum eine Satisfaction erhalte.

Hierdurch leidet, nach gehorſamſten Reichshofraths allerunterthänigſt ohnmasgeblichen Dafürhalten, das Anſehen des Ordinarii, um deſſen Aufrechthaltung es doch dem Herrn Churfürſten bey der Sache allein zu thun war, ſo viel, daß er vermuthlich alle Hülfe verbeten haben würde, wenn er vermuthet hätte, daß ſie auf dieſe Art erfolgen ſollte; wo hingegen im Miniſterialwege Euer Kaiſerl. Majeſtät den Herrn Churfürſten auf eine weit minder empfindliche Art hätten zu recht weiſen laſſen können, und der Magiſtrat zu Augſpurg von der demſelben gegebenen Weiſung mehr nicht erfahren haben würde, als ihm zu wiſſen nöthig geweſen.

Sollte jedoch Euer Kaiſerl. Majeſtät, dieſer Betrachtung ohngeachtet, von dem allergnädigſt beliebten förmlich-gerichtlichen Wege abzugehen nicht geruhen; ſo hat gehorſamſter Reichshofrath auf dieſen Fall den Aufſatz deren allergnädigſt befohlenen Verordnungen in der hierbey gefügten Formula concluſi zu allerhöchſter Einſicht und weiterer Entſchlieſſung vorlegen ſollen; In deſſen Eingange und dem an den Herrn Ordinarium ergehenden Reſcripto aber Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſte Reichsoberhauptliche Begnehmigung der päbſtlichen Bulle, ſo viel NB. die darinn enthaltene Aufhebung des Jeſuiterordens an- und vor ſich betrift, ausdrücklich zum Grunde zu legen, aus nachſtehenden Urſachen für nöthig erachtet.

Euer Kaiſerl. Majeſtät haben die von gehorſamſtem Reichshofrath in ſeinem Gutachten vom 16. Nov. anni elapſi aufgeſtellte Principia allergnädigſt begnehmiget, welche dahin gegangen ſind; daß

1) überhaupt die Publication der päbſtlichen Bulle nicht ohne vorhergehenden Allerhöchſtdero Placito Regio, und

2) auch dieſes nicht anders, als mit gewiſſen Beſchränkungen in Rückſicht der in der Bulla enthaltenen präjudicirlichen Stellen, erfolgen könne.

Wenn demnach die Begnehmigung dieſer Principiorum mit Euer Kaiſerl. Majeſtät dermaligen in vorliegender Sache ertheilten Allerhöchſten Reſolution verbunden wird, ſo muß gehorſamſter Reichshofrath Allerhöchſtdero Willensmeynung dahin aufnehmen, daß es in hoc caſu ſpecifico zur Sprache kommen ſolle. Es läſſet ſich auch dieſes auf keine Weiſe umgehen, denn

a) ſoll nach denen allerunterthänigſt vorgeſchlagenen in Subſtantia approbirten Verfügungen die Publication anbefohlen, und derſelben zu ſeiner Zeit kein Hinderniß gemacht werden; wodurch aber der ganze Innhalt der in einigen Stellen denen Rechten des weltlichen Arms ſo nachtheiligen Bulle implicite et virtualiter genehmiget würde, wenn nicht die hieroben bemerkte Reſtrictio Salvanda ſalviret: und

b) ſoll nach den vorgeſchlagenen Verfügungen die vorhin ſchon vom Herrn Ordinario ohne vorgängige Rückfrage bey Euer Kaiſerl. Majeſtät beſchloſſene Publication blos wegen des Incidentpuncts des ermanglenden Unterhalts der austretenden Individuorum noch aufgeſchoben werden: womit ja tacite geſagt wird, daß, wenn dieſes Incidens ſich nicht ereignet hätte, es von dem Herrn Ordinario lediglich abge=

abgehangen, ohne einige Rückſicht auf das Placitum Regium mit der Publication und Execution fürzugehen, welches aber mit denen vorhin aufgeſtellten und genehmigten Grundſätzen nicht wohl zuſammen hanget, und ohne offenbares Nachtheil der Allerhöchſt-Kaiſerl. Vorrechte in keiner Maaße geſchehen kann. Hierwider mag

c) jenes nichts verfangen, daß ſchon in andern Specialfällen Verordnungen, ohne obige Praecautiones zu gebrauchen, erlaſſen worden; immaſſen alle dieſe Verordnungen nicht, wie dahier die Frage: Ob, wann, und wie die Bulla zu publiciren? ſondern blos und allein die Verwaltung und Verwendung der von bereits aufgehobenen Jeſuiter-Collegiis beſeſſenen Güter und Einkünften betroffen haben, wobey man gleichwohlen nicht minder die Vorſicht gebrauchet, und der Bulle, um alle Mißdeutung auf deren unbeſchränkte Begnehmigung zu vermeiden, mit keinem Worte erwehnet hat.

Schlüßlich kann gehorſamſter Reichshofrath nur noch dieſes alleruntertthänigſt zu erinnern nicht entſtehen, daß ſolche nach Augſpurg ergehende Verordnungen wohl ſchwerlich die erwünſchte Würkung jemals vollkommen erreichen dörften, wann nicht vor allen Dingen die von Churbayern, und ſo, wie der Stadt Augſpurgiſche Magiſtrat mehrmalen angezeiget, von Seiten der Marggrafſchaft Burgau auf die Güther und Capitalien des dortigen Jeſuiter-Collegii geſchlagene Arreſte alsbalden hinwiederum aufgehoben, und andurch der Unterhalt der austretenden Individuorum möglich gemacht wird.

Gehorſamſter Reichshofrath bittet ſofort um allergnädigſte Reſolution ſeines hierüber unterm 22. Febr. nuperi alleruntertthänigſt erſtatteten Gutachtens; zu beharrlichen Allerhöchſt Kaiſerl. Hulden

 und

und Gnaden in allertiefeſter Erniedrigung ſich erlaſſend.

Formula Concluſi.

Publicatur Reſolutio Caeſarea:

Kaiſerl. Majeſtät haben gehorſamſten Reichshofraths allerunterthänigſtes Gutachten dahin allergnädigſt approbiret:

1) Ponantur die von dem Catholiſchen Magiſtratsantheil zu Augſpurg erſtattete allerunterthänigſte Berichte de praeſentatis 8. Nov. 1773. und 28. Febr. currentis anni ad acta.

2) Reſcribatur dem Herrn Churfürſten zu Trier als Biſchoffen zu Augſpurg:

Nachdem Kaiſerl. Majeſtät die unterm 21. Jul. anni elapſi ergangene päbſtliche Bullam, ſo viel die Aufhebung des Jeſuiterordens an und vor ſich betrift, von Reichsoberhauptlichen Amts wegen genehmiget hätten, ſo könnten zwar Allerhöchſtdieſelbe deren Publication und Vollziehung in ſo weit auch in der Reichsſtadt Augſpurg geſchehen laſſen: Gleichwie aber der Herr Churfürſt theils in ſeinem eigenen Commiſſorio vom 13. Jan. nuperi, theils bey der erſten mit den Stadt-Augſpurgiſchen Deputatis unterm 22. ejusd. gepflogenen Zuſammentretung, auf die gemeinſchaftliche Beſtimmung eines zur Publication anzuberaumenden Tages ſowohl, als auch auf die derſelben nothwendig vorgehen müſſende Sicherſtellung der zum Unterhalt der austretenden Jeſuiten nöthigen Mittel, ſelbſten antragen; als habe er, Herr Churfürſt, mit ſolcher Verkündigung, dieſem ſeinem Anerbieten gemäs, noch in ſo lange zurück

zu

zu halten, bis zuförderſt dieſer Punkt, nehmlich die Kleidung, Koſt und Wohnung der ſacta publicatione Bullae nach derſelben Vorſchrift nicht länger in Gemeinſchaft beyſammen bleiben ſollenden Individuorum (ſo viel deren zu dem dortigen Collegio vorhin würklich gehöret, und aus beſagter päbſtlichen Bulla auf ihren künftigen Unterhalt einen Anſpruch zu machen haben), in die Ordnung gebracht, und die dazu hinreichende Bedürfniß, entweder durch einen in der Güte auswürkenden freywilligen Vorſchuß des Magiſtrats, oder in andere Wege, ſicher geſtellet worden ſeye: Dafern aber nach Berichtigung dieſes Punkts der Magiſtrat Catholiſchen Antheils ſich beygehen lieſſe, der vorhabenden Publication noch einige weitere Hinderniſſe in Weg zu legen; ſo würden Kaiſerl. Majeſtät auf ſeine, des Herrn Churfürſten, desfallſige Anzeige denſelben ſo ſchleunig als nachdruckſam zurecht zu weiſen nicht entſtehen. Und da übrigens Kaiſerl. Majeſtät zur billigen Satisfaction für den von der bisherigen Magiſtratsdeputation begangenen Unfug, und die den ihm, Herrn Churfürſten, ſchuldigen Reſpect gröblich verletzende Aeuſſerungen das nöthige unter heutigem Dato an den Magiſtrat gelangen laſſen, ſo verſähen ſich auch Allerhöchſtdieſelbe zu dem Herrn Churfürſten allergnädigſt, Er werde nunmehro die Reaſſumirung der abgebrochenen gütlichen Unterhandlungen mit der von dem Magiſtrate zu beſtellenden neuen Deputation ohngeſäumt verfügen, und den Erfolg zu ſeiner Zeit behörig anzeigen.

3) Cum hujus notificatione reſcribatur quoque dem Magiſtrate zu Augſpurg Cathol. Antheils:

Kaiſerl. Majeſtät wollten zuförderſt ſeinen bisherigen Deputatis die bey denen mit dem Commiſſario des Herrn Churfürſten zu Trier als daſigen Ordinarii gepflogenen Zuſammentretungen verſchiedentlich zur Ungebühr geäuſſerte unanſtändige Heftigkeit und unbeſcheidene Ausdrücke alles Ernſtes hiemit verwieſen, und ihm, dem Magiſtrate, befohlen haben, daß er zu der dem Herrn Churfürſten gebührenden Satisfaction die bisherige Deputatos ſofort von dieſem Geſchäfte gänzlich ausſchlieſſen, zu den weiteren gütlichen Unterhandlungen andere Subjecta ernennen, und dieſe zur behörigen Beſcheidenheit, und dem ihrem Herrn Ordinario ſchuldigen Reſpect und Ehrerbietung ernſtgemeſſenſt anweiſen ſolle.

Uebrigens habe beſagter Magiſtrat, ſo bald der alleinige Punkt des Unterhalts der austretenden Jeſuiten, nach der dem Herrn Churfürſten anbefohlenen Art, in dem alſogleich von nun an zu reaſſumirenden Conferenzialwege berichtiget ſeyn werde, die Publication der päbſtlichen Bulle bey Vermeidung Allerhöchſt Kaiſerl. ſchärferen Einſehens nicht im geringſten weiter aufzuhalten, ſondern vielmehr die zu deren nöthigen Vollzug dienſame Anſtalten, alsdann aber auch wegen den übrigen für die Zukunft zu Beſtellung der Schulen, Lehrämtern und dergleichen zu treffen nöthigen Maasnehmungen ebenfalls in oberwähntem Conferentialwege fortzufahren, und hierinnen die von Zeit zu Zeit vorkommende Agenda friedlich auseinander zu ſetzen, oder in Fällen, wo ſie ſich nicht miteinander vereinigen könnten, Kaiſerl. Maj. Allerhöchſte Entſcheidung einzuholen, auch wie er all ſolches theils befolget, theils zu befolgen gedenke, in termino duorum Menſium allerunterthänigſt anzuzeigen.

Ita concluſum in Conſilio Imperiali Aulico die 17. Martii 1774.

PRAE-

PRAESENTIBUS.

Excellentiſſimo Domino Praeſide,
Domino Comite ab Harrach.

D. C. ab Ueberacker.
D. C. a Sternberg.
D. C. a Kaunitz.
D. C. a Würben.
D. C. a Firmian.
D. B. a Kageneck.
D. C. a Lippe.
D. C. a Grävenitz.
D. B. a Partenſtein.
D. B. a Hillebrand.
D. B. a Gärtner.
D. a Steb.
D. ab Heſs.
D. B. a Dittmar.
D. a Puffendorf.
D. a Mauchart.

et me Secretario de Stock.

Lectum vero, et approbatum die 18. ejusd.

Praeſentibus iisdem.

XVIII.

XVIII.

Reichshofrathsgutachten

die von dem Jeſuiterorden beſeſſene Nieder-Rheiniſche Ritterſchaftliche Güther

betreffend

vom 18. Jul. 1774.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Sub praeſ. 9. Maji a. c. macht die Reichsritterſchaft am Niederrheinſtrom, als dermaliges General-Directorium der geſammten 3. Rittercreiſe in Schwaben, Franken und am Rheinſtrom, folgende Officialanzeige: Es ſeye vorhin bekannt, daß die meiſten Reichsſtände die Jeſuitergüther als vacant anzuſehen gedächten; da ſonach von mehreren Collegiis in den geſammten 3 Rittercreiſen hin und wieder einige Rittergüther an ſich gebracht, und bis dahin beſeſſen worden, ſo habe ſich auch faſt allenthalben ſchon ergeben, daß jene Reichsſtände, unter deren Gebieth ermeldte Collegia gelegen, die von ſelbigen in Beſitz gehabte Rittergüther als Appertinentien davon zugleich mit in Poſſeſſion genommen, und nunmehro darüber, wie mit den ſupprimirten Collegiis ſelbſten, nach eigenem Gutbefinden diſponiren wollten, ohngeachtet die Stände unter ſich ſolcher Stücken halber ein gleiches einander zu geſtatten nicht gedenken dürften. Sie, Ritterſchaft, glaube zwar, ſich derer wegen der Reichsrittergüther Linz und Ebenung

Ebenung ergangenen Kaiſerl. Verordnungen zur ge⸗
meſſenen Fürſchrift bedienen zu können: Da aber
vorzuſehen, daß übermächtige Reichsſtände ihr, ſo
lang ſie mit beſonderem Auftrag von Euer Kaiſerl.
Majeſtät nicht verſehen, nicht geſtatten würden, all
ſolche vacante Ritterguther in einsweiligen Beſitz
und Adminiſtration zu nehmen, maſſen dann verſchie⸗
dene von ihr der Ritterſchaft namentlich angeführte
zu dem Nieder⸗ und Mittelrheiniſchen Canton ge⸗
hörigen Güther und Einkünfte (deren Immedietät
jedoch nicht beſcheiniget wird), durch die von Maynz
und Trier hiezu verordnete Commiſſarien ſchon würk⸗
lich in Beſitz genommen worden: So glaubten ſie, als
dermalige General⸗Directores, ſchuldig zu ſeyn,
Euer Kaiſerl. Majeſtät ſolches im Namen des ganzen
Ritter⸗Corporis anzuzeigen, und anheim zu ſtellen,
wie durch eine Generalverordnung ſo kräftige Maas⸗
regeln zu beſtimmen ſeyn möchten, womit die dabey
befangene Ritterſchaftliche Freyheiten, vorzüglich
aber Euer Kaiſerl. Majeſtät eigene Vorrechte, durch
die mit den Jeſuiten vorgegangene Veränderung
nicht gekränkt, ſondern der Fundus collectabilis,
nebſt den gewöhnlichen Abtriebsrechten dem Corpori
vor wie nach beybehalten bleiben, und ſelbiges dar⸗
innen keineswegs geſtört werden möge.

Da in dieſer Anzeige der Umſtand vorkommt,
daß unter andern Churmaynz und Trier verſchiedene
derley Ritterguther ſchon würklich ſich zugeeignet
haben, ſo wird das General⸗Ritter⸗Directorium
vor allen Dingen anzuweiſen ſeyn, daß es gegen
jeden jener Reichsſtände insbeſondere durch die ein⸗
zelne Cantons, in deren Bezirk dieſe Güther oder
Einkünfte gelegen, die behörige Anzeige zur nöthig
findenden Remedur einbringen laſſe, immaſſen, auf
die alleinige Klage des General⸗Directorii wider die
dermaligen Beſitzer etwas zu verordnen, um deswillen
bedenk⸗

bedenklich ſcheinet, weilen eines Theils dieſes doch erſt wiederum von denen Cantonen die nöthige Information einziehen muß, mithin deshalb ſowohl, als wegen deſſen öfteren Abwechslung, ein mancher ohnnöthiger Aufenthalt der Sache veranlaſſet werden dörfte: Und weilen anderntheils noch zur Zeit die ritterſchaftliche Qualität und Unmittelbarkeit der ſpecificirten Güther nicht ſo beſcheiniget worden, daß man von nun an ſolche für richtig annehmen könne. So viel aber jene ritterſchaftliche Jeſuitengüther, Gerechtſame und Einkünfte betrift, die noch von niemand andern in Beſitz genommen worden, ſo wird nach denen in gehorſamſtem Reichshofrathsgutachten vom 16. Nov. 1773. überhaupt etablirten, und von Euer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt begnehmigten Grundſätzen wohl ſchwerlich eine andere als dieſe Verordnung ergehen können, daß die betreffende Cantons ſolche Namens Euer Kaiſerl. Majeſtät ohnverweilt in proviſoriſchen Beſitz und Adminiſtration nehmen, den Ertrag unterſuchen und darüber berichten, zugleich aber auch dem Landesherrn jener Collegiorum, wozu ſie ehemals gehöret, erklären ſollen, welchergeſtalten Euer Kaiſerl. Majeſtät keineswegs gemeynet ſeyen, ſolche denen von den Jeſuitern ehevor daraus beſorgten und forthin in ihrem Weſen zu erhaltenden Schul-, Lehr- und Predigtanſtalten, in ſo weit ſie zu dieſem gemeinnützlichen Zweck erforderlich ſeyen, zu entziehen. Dieſer Reichsväterlichen Abſicht gemäs würden auch Allerhöchſtdieſelbe die diesfalls weiter nöthige Verordnung zu erlaſſen nicht entſtehen: Gewärtigten aber vorhero von ihnen darüber eine vollſtändig belegte Erläuterung, ob und in wie weit die von denen in ehemaligem Beſitz ſolcher Güther und Einkünfte geweſenen Collegiis auſſer dieſen innegehabte Einkünfte zu Beſtreitung der von denſelben beſorgten Schul-, Lehr- und Predigtan-

ſtalten

ſtalten ſowohl, als der den Individuis ſolcher Collegiorum ſchuldigen Nahrungsgeldern, hinlänglich oder unhinlänglich ſeyen. Womit Euer Kaiſerl. Majeſtät ſich gehorſamſter Reichshofrath zu fürdaurenden Allerhöchſten Gnaden in tiefeſter Erniedrigung erläſſet.

Ita concluſum in Conſilio Imperiali Aulico die 18. Julii 1774.

Placet.

Joſeph.

PRAESENTIBUS.

Harrach.
Ueberacker.
Würben.
Firm.
Kag.
Grävenitz.
Bartenſtein.
Hill.
Braun.
Steb.
Heſs.
Dittmar.
Reizer.

Lectum et approbatum die 19. ejusd. Praeſentibus iisdem.

XIX.

Reichshofrathsgutachten
die zu
Augſpurg entſtandene Colliſion
zwiſchen dem
Brachio eccleſiaſtico et ſeculari
betreffend
vom 21. Jul. 1774.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Euer Kaiſerl. Majeſtät haben mittels eines Handbillets an Dero Praeſidium den demſelben beygelegten Reichsvicecanzlers Vortrag, ſammt dem darin erwähnten Schreiben des Herrn Churfürſten von Trier, in der Abſicht zugeſtellet, damit der darinn enthaltene Gegenſtand baldmöglichſt zur Vornahme und rechtlichen Erledigung gebracht, vornehmlich aber dabey auf ſo ausgiebige Bewirkungsmittel der Bedacht genommen werde, daß bey nicht mehr zu vermuthender gütlichen und friedlichen Vereinigung Authoritate Caeſarea in Augſpurg unaufhaltlich fürgegangen, und dasjenige vollzogen werde, was in dieſem betreffenden Fall der geiſtlichen und weltlichen Obrigkeit zuſtehet. Unter andern führet der Herr Churfürſt von Trier in ſeinem Schreiben an, was maſſen er nach der ſub d. 14. Apr. d. a. erlaſſenen Allerhöchſten Reſolution ſich keineswegs

ſäumete,

ſäumete, die Conferenzien durch ſeinen Commiſſarium wiederum angehen, und ſonſt alle gütliche Näherung mit freundlichem Entgegengang verſuchen zu laſſen; es wären aber mehrmalen zwey Monate verſtrichen, ohne nur einen Schritt weiters zu kommen, und nach ſo lang ſowohl ſchrift- als mündlichem Betreiben ſeye ihm endlich das Inventarium und der Status eingeſchicket worden. Gleich bey Anblick deſſen aber mußte er wahrnehmen, daß erſteres keineswegs richtig ſeye, maſſen die in ſeinem Territorio gelegene, zu dem Collegio in Augſpurg gehörige gegen 6000 fl. betragende Güther und Gelder gänzlich hinweggelaſſen worden, und eben ſo bedenklich ſcheint ihm der Status des Collegii, wenn dieſer gegen den 10 jährigen Rechnungsextract gehalten wird, welcher klar ausweiſet, daß die jährliche Einnahme und Ausgab die dermalige Erträgniß über die Hälfte überſteige. All dieſes zeigete klar, wie man ab Seiten des Städtiſchen Magiſtrats das Ordinariat nicht nur durch einſeitig und eigenmächtiges Verfahren beſeitige, ſondern auch durch den vorgeblichen geringen Vermögensſtand aufziehen wolle. Er hätte ſich auch an den Churbayeriſchen Hof öfters münd- und ſchriftlich verwendet, die zu dem Augſpurgiſchen Collegio gehörige und in den Churbayeriſchen Landen gelegene Güther und Capitalien zu erhalten, ſeyen ihm auch aus beſonderer Freundſchaft 4000 fl. als der etwa jährliche Ertrag bis zu gänzlichem Ausgang der deshalb ſich angeſponnenen Streitſache zugeſaget worden, mit der Bedingniß jedoch, daß der Provinz-Procurator Pater Henſel zuvor die den Bayeriſchen Collegiis zuſtändige Capitalien und Gelder aushändige. Dieſer Umſtand bewog ihn, dem obbemeldten Procurator beſſer auf die Finger zu ſehen, und die ſämmtlich auswärtige Capitalbriefe und Gelder zu mehrerer Verſicherung der intereſſirten Theile in ſichern

Verwahr zu bringen; hingegen aber der Reichsſtadt keinen Anlaß zu Beſchwerden wegen verletzter Juris-diction zu geben, erbot er derſelben die Abnehmung der Gelder und Capitalien cumulative anzugehen, und ſämmtlich erhobenes in ein drittes ſicheres Ort zu hinterbringen; auch hierauf konnte er von dem Magiſtrat ſeit dem 27. und 28. May bis dieſe Stunde keine Antwort erhalten, und mußte ſich daher begnü-gen, mit einer von dem Procurator Henſel erſt letzt-hin überreichten Deſignation der den auswärtigen und zerſchiedlichen Collegien zugehörigen Capitalien, demſelben aber einsweil Geld und Brief in Handen und folgſam geſchehen laſſen, daß derſelbe in der Zwiſchenzeit nach Belieben mit ein und dem andern ſchalte und walte. Ferner ſeye durch die allergnä-digſte Vorkehrung vom 14. April der Sache im Weſentlichen noch nicht abgeholfen, indeme der Catho-liſche Magiſtratsantheil unter der Einverſtändniß der Jeſuiten trachtete, die Publication mit Scheingrün-den und verſtellten Aufzüglichkeiten ſo lange aufzuhal-ten, bis er wiederum von Augſpurg ab- und in das Trierſche Erzbisthum zurück zu gehen, mithin alles unausgemacht zu hinterlaſſen, genöthiget werde. Bey ſolcher der Sachen Beſchaffenheit ſtellt derſelbe ſchlüßlich das Petitum dahin: Euer Kaiſerl. Maje-ſtät möchten ihm nicht ungnädig aufnehmen, wenn er einsweil lediglich auf die Umkleidung der Jeſuiten eifrigſt antrage, ſofort er bis zu fernerer Austräg-lichkeit und etwanig erfolgenden Ausgang des Streits wegen der in Churbayeriſchen Landen gelegenen Gü-ther geſtatten wollte, daß gleichwohl die Exjeſuitiſche Individua beyſammen wären, die Haußwirthſchaft wie ehevor auch noch fernerhin fortführen dörften, und auſſer der Aufſtellung eines Directoris aus dem Weltprieſterſtande nichts abgeändert werden ſollte, nicht zweiflend, es werde nach dieſer einsweiligen

Abän-

Abänderung das weitere in Güte ſich von ſelbſten geben, und ſolchergeſtalt weder er noch die Reichsſtadt mehr Anlaß nehmen, Euer Kaiſerl. Majeſtät mit öfteren Beſwerden zu beläſtigen.

Sub praeſ. 27. Jun. überreichte der allhieſige des Catholiſchen Magiſtratsantheils zu Augſpurg bevollmächtigte Anwalt, ſeine ſogenannte allerunterthänigſte Paritionsanzeige ad Reſcriptum clementiſſimum de 14. April nup. daß lange zuvor, ehe noch ſeiner Principalſchaft ſothanes Reſcriptum Caeſareum inſinuirt worden, der erſtbeſagte Catholiſche Magiſtratsantheil zu Augſpurg ſich in einem Schreiben an Seine Churfürſtl. Durchlaucht zu Trier qua Ordinarium Auguſtanum dahin erkläret hätte, wie ſie zwar dem Allerhöchſten Kaiſerl. Befehl, ſo wie allübrigen in Reſolutione clementiſſima begriffenen Punkten, ſogar auch noch vor Einlangung Dero reſervirten allergnädigſten Reſolution ſelbſten die allerſchuldigſte Folge zu leiſten willig und bereit wären, könnten aber anbey nicht verhalten, wie es die Natur ſowohl als die Wichtigkeit der Sache erheiſche, die zu ernennende neue Deputirte, denen es ohnehin an Actenmäßiger gründlicher Information in Sachen wenigſtens noch zur Zeit gebreche, lediglich dahin zu inſtruiren, daß ſie einsweilen alles ad referendum nehmen, und ſich in keine Sache verfänglich einlaſſen, wie, dieſes zu thun, der Trieriſche Commiſſarius ſogar ſelbſten ſchon in Anteceſſum angewieſen ſeye. Es komme alſo lediglich darauf an, ob der Herr Churfürſt in Verfolg der von Euer Kaiſerl. Majeſtät ihm zuerkannten Satisfaction auf ſothaner bereitwilligſten Deputationsabänderung beſtehen, oder aber zu der Sache von ihm Magiſtrat ſelbſten intendirenden möglichſten Beſchleunigung geſchehen laſſen wollte, daß die vorige Deputirte in den nehmlichen Schranken, die den zu ernennenden neuen Deputatis in

Reſolutione Caeſarea Clementiſſima aufgezeichnet worden wären, das Geſchäft quaeſtionis vor die Hand nehmen und beſchleunigen ſollten.

Zumalen nun aber der Herr Churfürſt zu Trier in ſeinem Antwortſchreiben ſothane von dem Catholiſchen Magiſtratsantheil bezeigte Bereitfertigkeit für den Vollzug ſelbſten gelten, ſohin auch geſchehen zu laſſen, ſich erkläret hatte, daß der Biſchöfliche Commiſſarius mit den nehmlichen Städtiſchen Deputatis die gütliche Unterhandlungen ungeſäumt fortſetzen möge; ſo erachtet gehorſamſter Reichshofrath nun ſeiner allerunterthänigſten Schuldigkeit gemäß zu ſeyn, um der Sache näher auf den Grund zu ſehen, das beygebrachte Deputationsprotocoll Euer Kaiſerl. Majeſtät extractive darzulegen. Bey deſſen Eröfnung wurde denen Deputatis Magiſtratus vorgeſtellet, wie durch die allerhöchſte Kaiſerl. Reſolution de 14. April ſämmtlich verhängte Arreſte caſſiret und aufgehoben, einfolglich der bisherige Haupt- und einzige der erdeuteten Publication im Weg geſtandene Anſtand vollkommen gehoben ſeye, ſo wäre nun dem Churfürſtlich-Trieriſchen Auftrag nach bey Reaſſumirung derer unterbrochenen Conferenzien der Reichsſtädtiſchen Deputation zu bedeuten, daß man nun bey dermaliger der Sachen Lage ſich von Seiten des Ordinariats vertröſte, daß eine weitere Hinderniß in Weg nicht geleget werde, wodurch der terminus ad publicandum noch weiters aufgehoben werden würde.

Deputati Civitatenſes erwiederten: Magiſtratus Catholicus Auguſtanus, ſo wie Deputati, verehrten mit allerunterthänigſt gehorſamſtem Dank das ſowohl contra Churbayern als puncto Colliſionis ergangene Kaiſerl. allergnädigſte gerechteſte Concluſum, und ſoll eines wie das andere bey dieſen Unterhandlungen zur unabweichlichen Richtſchnur verbleiben.

Die

Die Allerhöchſte Weiſung der puncto Colliſionis publicirten Kaiſerl. Reſolution gehe nur buchſtäblich dahin, daß von dem Herrn Churfürſten von Trier als Biſchoffen zu Augſpurg der Sache halber nicht weiter fürgeſchritten werde, ehe und bevor nach Innhalt deſſen eigenen Commiſſorii vom 13. Jan. a. c. ſonderlich die der Publication nothwendig vorgehen müſſende Sicherſtellung, der dem Unterhalt der austrettenden Individuorum, ſoviel deren zu dem dortigen Collegio wirklich gehören und dahero einen Anſpruch an ſothanen Unterhalt haben, in Kleidung, Koſt und Wohnung nöthigen Mitteln in Ordnung gebracht, und die darzu hinreichende Bedürfniſſe entweder durch einen in der Güte auswürkenden freywilligen Vorſchuß des Magiſtrats, oder in andere Wege, ausfindig gemacht worden ſeye, Magiſtratus Catholicus wäre nun weit entfernt, die Publication nur einen Augenblick zu hindern, ſo bald in Conformitate mox allegatae Reſolutionis Caeſareae die Unterhaltungsmittel für die austretende und ad Collegium Auguſtanum gehörige Individua ausfindig gemacht, und zugleich ſicher geſtellt ſeyn werden. Dermalen ſeye zwar gegen Churbayern das Allerhöchſte Kaiſerl. Concluſum, aber nicht auch zugleich nondum ſecuta NB. Reſtitutione oberſagte nothwendige Mittel vorhanden, von denen die austretende Individua unterhalten werden könnten, und da ſich bishero auch hierzu keine media ausfindig machen laſſen, wie ſich Magiſtratus Catholicus bereits geäuſſert hätte, ſo hange der Terminus ad publicandum de facto lediglich von Churbayern und daher erfolgender Güterreſtitution ab.

Commiſſarius Epiſcopalis nahm hierauf das Wort, und erinnerte, was geſtalten das puncto Colliſionis ergangene Concluſum zwar die Unterhaltsmittel für die austretende und ad Collegium Auguſtanum

ſtanum gehörige Individua und derenſelben ante publicationem nothwendige Sicherſtellung alles Wegs erfordere, da aber von denen Individuis die ad Collegium Auguſtanum gehören, und führohin das Schul-, Lehr- und Predigtamt verſehen werden, keines austrete, ſondern alle zu Verſehung dieſer Aemter erforderliche Individua wie ehevor, alſo auch hinkünftig, beyſammen in Communitate und in eodem Collegio et communi menſa, wie in Dillingen, Neuburg und Landſperg zu verbleiben hätten, könnte man alſo von Seiten des Ordinariats nicht abſehen, wie a Magiſtratu Catholico der fernere Publicationsaufenthalt ex Reſolutione Caeſarea beſchönet werden könne, da einige austretende ad Collegium Auguſtanum gehörige Individua nicht vorhanden, mithin die in Allerhöchſtgedachtem Concluſo aus einem ganz andern Suppoſito allergnädigſt verfügte Ausfindigmachung und Sicherſtellung deren in gegenwärtigem Fall nicht erforderlichen Unterhaltsmittel von ſelbſten ceſſiren müßte.

Deputati Civitatis verſetzten dagegen: Durch austretende Individua werden ihres unmaßgeblichen Begrifs die Exjeſuiten zu verſtehen ſeyn, die ex ſuo inſtituto et Ordine regulari facta publicatione Brevis Pontificii austreten, und immer, ſie mögen nun in oder extra Collegium habitiren, zu leben haben müſſen.

So lang nun Magiſtratus deren in Bavarico territorio gelegenen Güthern und Einkünften nicht würklich habhaft geworden, ſeyen keine Mittel vorhanden, erſagte Exjeſuiten auch in eodem Collegio et menſa communi zu erhalten.

Man erachte ſich ſofort, an Allerhöchſtgedachtes Kaiſerl. Concluſum genaueſt zu halten um ſo mehr verbunden, als die Exjeſuiten, man möge ſie austre-

tende

tende oder nicht austretende Individua benennen, ohne Lebensmittel, dem ihnen in anſtändiger Modalität und unter gewiſſen Bedingniſſen von dem Catholiſchen Magiſtrat anzuvertrauenden Lehr-, Schul- und Predigtamt in wie extra Collegium vorzuſtehen nicht im Stande ſeyn würden.

Commiſſarius Epiſcopalis erinnerte hingegen: daß deren in Collegio zu Beſetzung der Schul- und Lehrſtühlen in erforderlicher ehevoriger Anzahl verbleiben werdenden Exjeſuiten und ihres benöthigten Unterhalts halber, durch Interpoſition ſeines Herrn Principalis, beym Herrn Churfürſten in Bayern bereits dergeſtalten Vorſorge getroffen worden ſeye, daß bereits Elector Bavariae zu nöthigem Unterhalt des erforderlichen Schul- und Lehramts eben des Endes 4000 fl. offeriret, damit unter dem Vorwand des abgängigen Unterhalts die Publication nicht länger aufgeſchoben werden ſolle.

Wenn nun Reichsſtädtiſcher Seits dieſe zum Unterhalt des Lehr- und Schul-Perſonalis anerbotene Summa ſine praejudicio Jurium Civitati Imperiali competentium et praeprimis Reſcripti Caeſarei acceptiret, andern Theils aber ein mehrers nicht, dann der ehemalige wahre eben auch in circa 4000 fl. beſtandene Güthherertrag gefordert werden könne, und deſſen ungehindert Magiſtratus Catholicus die Zurückgab derer Güther ſelbſten in via Juris oder Negotiationis nach eigenem Gefallen fortan betreiben möge, zugleich ſich der ferneren Unterſtützung des Herrn Ordinarii unzweifelbar zu vertröſten hätte, ſo käme es nun mit Berichtigung des Suſtentationspunkts lediglich nur auf eine des Catholiſchen Magiſtrats beliebige Entſchlieſſung an, die von Churbayern anerbotene Güthherertrügniß à 4000 fl. zu acceptiren, welche Acceptation nicht nur im Fall die Güther

abermahlen, allem Verhoffen nach, ſollten reſtituiret werden, ganz gewiß unſchädlich, ſondern auch in Caſu peſſimo, daß die Güther zu erhalten keine Möglichkeit wäre, leicht begreiflicher Dingen vortheilhaft ſeyn müſſe.

Sollte endlich die Summa à 4000 fl. pro ſuſtentando perſonali der Schul- und Lehrämter nicht hinreichend ſeyn, wolle man ex parte Commiſſionis Epiſcopalis gewärtigen, was dann annoch abgängig ſeye, und noch weiters pro Supplemento anverlanget werden wollte, unter Verſicherung, daß man Biſchöflicher Seits den Abgang gegen ſeiner Zeit ſich bedingender Refuſionis ex aerario Epiſcopali zu erſetzen, ſich nicht entgegen ſeyn laſſen werde, jedannoch unter Vorbehalt zu nehmender Einſicht des in ultima Conferentia zugeſicherten Status et Inventarii Collegii.

Deputati Civitatis declarirten hierauf, wie ſie lediglich dahin inſtruirt ſeyen, bey der Kaiſerl. Allerhöchſten Reſolution contra Churbayern, ſo wie in puncto Colliſionis, ſtehen zu bleiben.

Erſtere führe buchſtäblich im Mund:

„Daß die zu dem allhieſigen Jeſuiter-Collegio gehörige, der Churbayeriſchen Landeshoheit unterworfene Güther und Einkünften dem Catholiſchen Magiſtratsantheil zu Augſpurg frey abgetreten und überlaſſen werden ſollen, und zwar in gegenwärtiger keinen Verzug leidenden Sache alſogleich bey Angeſicht der Kaiſerl. Allerhöchſten Reſolution.“

Käme alſo die Sache auf den Ertrag der Güther allein nicht, ſondern auch auf die Adminiſtration derſelben an, welche dem erſagten Catholiſchen Magiſtratsantheil (ſalva tamen et Ordinarii et Magi-

ſtratus

ſtratus Catholici cura, daß ſämmtliche ſeithero von dem allhieſigen Jeſuiter-Collegio verwaltete Renuten und Gefälle zu dem in Reſolutione Caeſarea bemerkten Zweck verwendet werden) ganz allein conteſtire.

Sie wollten auſſer dem dahin geſtellt ſeyn laſſen, ob die erörterte in Bavarico entlegene Güther nur allein 4000 fl. jährlich ertragen ſollten: Erinnerten anbey, daß unter obbenannter Summa auch die von einem bey der Churbayeriſchen Landſchaft anliegenden nahmhaften Capital vertagte Zinſen mit einbegriffen, und das Churbayeriſche mit bedenklichen Reſervationen begleitete Offertum ſich nur auf ein einziges Jahr beſchränkete. Gleichwie nun in Zuſammenhalt deſſen eine ſogeſtaltete Berichtigung des Puncti Suſtentationis verſchwinde, ſo könnte ſich Magiſtratus Catholicus auch ſub hoc reſpectu das Churbayeriſche Anerbieten, nach in medio liegender eine perpetuirliche Sicherſtellung des nothwendigen Unterhalts im Munde führenden Allerhöchſten Kaiſerl. Reſolution, zu ewig irreparablen Schaden und Nachtheil des Boni publici Catholici zu acceptiren um ſo weniger unterfangen, als der Herr Churfürſt zu Trier qua Ordinarius Auguſtanus von ſelbſten anerkennen würde, daß auſſer der in Conformitate ſaepedictae Reſolutionis Caeſareae von Seiten Churbayern dem Catholiſchen Magiſtratsantheil einzuräumenden privativen Gütheradminiſtration die Sicherſtellung des in futura tempora zu präſtirenden Unterhalts quaeſtionis nicht abzuſehen, noch anzuhoffen ſtehe.

Nachdem nun, Allergnädigſter Kaiſer und Herr, gehorſamſter Reichshofrath ſeines allerunterthänigſten Ermeſſens in der beygebrachten allerunterthänigſten Paritionsanzeige des Catholiſchen Magiſtratsantheils zu Augſpurg etwas auszuſtellen um ſo weniger vermag, als vielmehr derſelbe durchaus die von Euer

Kaiſerl. Majeſtät unterm 14. April jüngſthin allergnädigſt gegebene Weiſung lediglich zur Richtſchnur gehalten, ſo wird ſolche vor hinlänglich anzunehmen, folgſam Euer Kaiſerl. Majeſtät nach der dermahligen Lage der Sache ein anderes zu erlaſſen nicht gemeynet seyn, als wie Allerhöchſtdieſelbe in Anſehung des Jeſuiter-Collegii zu Augſpurg des Herrn Churfürſten zu Trier nöthigfindende Biſchöfliche Vorkehrungen nebſt Umkleidung der Jeſuiten nunmehro ohne weiteren Aufenthalt geſchehen laſſen wollten; es verſeheten ſich jedoch Euer Kaiſerl. Majeſtät zu ihm Herrn Churfürſten allergnädigſt, daß er, ſeinem eigenen Erbieten gemäß, beſagte Exjeſuiten noch zur Zeit und bis zu Ausgang des mit dem Herrn Churfürſten zu Bayern der Güther und Capitalien halber rechtshängigen Streithandels in communi vita unter der vorgeſchlagenen Aufſicht eines weltgeiſtlichen Directoris beyſammen laſſen, und demnächſt in dem durch die Kaiſerl. Verordnung vom 14. April nuperi vorgeſchriebenen Weg mit dem Catholiſchen Magiſtratsantheil alles übrige, ſo geſchwind als möglich, in gute Ordnung zu bringen, von ſelbſten bedacht ſeyn werde.

Mittelſt Notificirung deſſen aber wird dem Catholiſchen Magiſtratsantheil zu Augſpurg aufzugeben ſeyn: Da der Herr Churfürſt zu Trier, als daſiger Ordinarius, erkläret habe, daß er die daſige Jeſuiten auch nach ihrer Umkleidung noch längerhin bis zu Ausgang der mit Churbayern der Güther und Capitalien halber rechtshängigen Sache in Gemeinſchaft beyſammen laſſen wollte: Bey dieſen Umſtänden aber ihre einſtweilige Unterhaltung in ihrem bisherigen Weſen ohngeändert verbliebe; Als befehleten Euer Kaiſerl. Majeſtät ihm Magiſtratui Catholico hiermit allergnädigſt und ernſtlich, die von ſeinem Herrn Ordinario hierunter nöthig findende Biſchöfliche

Vor-

Vorkehrungen und Umkleidung der daſigen Jeſuiten nicht weiter zu behindern, ſondern vielmehr demſelben zu deren Bewürkung erforderlichen Falls allenthalben die hülfliche Hand zu leiſten, auch ſofort in Gemäßheit des letztern Kaiſerl. Reſcripti friedlich und bereitwillig zu Berichtigung der annoch rückſtändigen Agendorum um ſo gewiſſer fürzugehen, als im Widrigen bey Wahrnehmung der geringſten Aufzüglichkeit eine beſondere Kaiſerl. Commiſſion auf ſeine des Catholiſchen Magiſtrats alleinige Unkoſten des Endes angeordnet werden ſolle.

Der Catholiſche Magiſtratsantheil zu Augſpurg zeiget ferner ſub ſeparato Rubro wegen der in des Patris Procuratoris Henſels Händen befindlichen zur ehemaligen Oberteutſchen Provinz gehörigen Capitalbriefen, Papieren und Effecten allunterthänigſt an, was der Herr Churfürſt zu Trier in qualitate Ordinarii Auguſtani und in Betreff deren Jeſuitergüthern daſelbſten an Herrn Churfürſten in Bayern ſub dato 23. Martii anni currentis erlaſſen, und von daher ſub 11. April, alſo juſt 4 Täge zuvor, ehe Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſte Reſolution publiciret worden, zur Gegenantwort erhalten, und Magiſtratui Catholico in Abſchrift zu communiciren für gut befunden habe.

Seye es gleich an dem, daß der Herr Ordinarius bey dieſem Schritt die gemeine Catholiſche Wohlfahrt von Augſpurg ſich ganz allein zu ſeinem Gegenſtand gewählet habe, ſo laſſe ſich doch nicht widerſprechen, daß die an Churbayern gebrachte Biſchöfliche Bitte um Verabfolglaſſung derer von gedachten Jeſuitergüthern abfallenden Renten nur auf einen einzigen Jahrgang den nachgefolgten Allerhöchſten Kaiſerl. Verordnungen ſowohl, als ſelbſten gegen die Natur der Sache, und die Intention derer Fundatorum, auf keine Weiſe vorgreifen möge.

Die

Die von dem Patre Georg Henſel, welcher Procurator Collegii Auguſtani, und zugleich Procurator Provinciae Superioris Germaniae iſt, auch noch würklich mit den nehmlichen Pflichten der ehemaligen oberdeutſchen Provinz haftet, und zu haften hat, in Handen habende, zur vorhinigen Bayeriſchen Provinz gehörige Capitalbriefe und Gelder ſind jener ſcheinbare Vorwand, in deſſen Anbetracht das Churbayeriſche Antwortſchreiben an Herrn Ordinarium ſich dahin ſchlieſſet: Daß derſelbe nicht nur für die Erhaltung derer dieſſeitigen, ſondern auch derer jenſeitigen milden Stiftungen ſich verwenden ſollte. Der weitere Finalausdruck des gedachten Biſchöflichen Communicationsſchreibens gehet dahin: daß es nehmlich dem Herrn Ordinario angenehm ſeye, wann Magiſtratus Catholicus auch ſeine Gedanken hierüber nach der Sachen Befund und Umſtänden eröffnen würde; dieſes veranlaſſete endlich den Catholiſchen Magiſtratsantheil, wenn gleich derſelbige von allem dem, was Jura Tertiorum aut Provinciarum exterarum concerniret, keine Notiß genommen, am allerwenigſten aber ſeine Hände ſelbſten pro praeterito, praeſenti aut futuro verfänglich darein zu mengen intendirte, per Deputatos Civitatenſes gleichwohlen von dem Patre Procuratore Henſel die erforderliche Erkundigung einzuziehen, und ſolche ihrem Herrn Ordinario mitzutheilen, nicht weniger, und nachdem bald hierauf von dem Biſchöflichen Commiſſario denen Städtiſchen Deputatis der Vorſchlag eines cumulativen Verfahrens wegen der Provincialpapiere, Briefen, Documenten und Effecten, mediante Conſignatione et Sequeſtratione vel in vel extra Collegium Auguſtanum gemacht worden, ſich zu erklären, daß Senatus Catholicus ohne vorläufige Allerhöchſte Weiſung von Euer Kaiſerl. Majeſtät ſich in Jura Tertiorum keineswegs einzumiſchen

getraue,

getraue, wenn alſo ſich in Collegio einige Städtiſche Deputati einfinden, ſo geſchehe doch dieſes nur zu dem Ende, ad videndum fieri, et ne quid plus aut praejudiciorum fiat, ohne ſich in obiges Geſchäft vor Allerhöchſt-Kaiſerl. Auftrag zu immiſciren. Da nun aber ſich auch immittelſt das Gerücht verbreiten wollte, daß Churbayern nunmehro den Herrn Churfürſten zu Trier qua Ordinarium Auguſtanum ſogar ſelbſten beargwohne, daß ſelber in einer ganz andern Abſicht, als pro Intereſſe Bavarico, vielmehr wegen deren nomine Collegii Dillingani Epiſcopatus an Churbayern ſelbſten zu fordern habenden in circa 49000 fl. dieſen Schritt gemacht, und zu proſequiren gedenke, folglich Senatus Catholicus nur deſto mehr Urſach hätte, mit aller Vorſicht darein zu gehen, und ohne Euer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſtes Vorwiſſen, den proponirten Beytrit um ſo weniger zu wagen, als man Städtiſcher Seits ohne Allerhöchſten Fingerzeig hierbey nur deſto ſtärkere Difficultäten von Seiten Churbayern zu befahren, und ſich auch noch weiters reſponſable machen könnte, welches alles derſelbe Euer Kaiſerl. Majeſtät in allertiefeſter Ehrfurcht ſammt einer bereits würklich errichteten Punctation zu Füſſen leget, und Allerhöchſtdero Obriſtrichterlichen Gutbefinden lediglich überläſſet.

Nach gehorſamſten Reichshofraths allerunterthänigſten Ermeſſen wird hierinnfalls noch zur Zeit nichts anderes zu thun, als dem Herrn Churfürſten zu Trier qua Biſchoffen zu Augſpurg und dem Catholiſchen Magiſtratsantheil gemeinſchaftlich aufzugeben ſeyn: Dem Patri Henſel alle in ſeinen Händen befindliche Gelder, Briefſchaften und Effecten authoritate Commiſſionis Caeſareae abzufordern, bey dem daſigen Domcapitul in einsweilige gerichtliche Verwahrung zu hinterlegen, darüber eine genaue Conſignation eben gleich gemeinſchaftlich zu fertigen, und

und ſowohl über das bereits unterm 11. April nuperi von dem Herrn Churfürſten zu Bayern an den Herrn Biſchoffen geäuſſerte Extraditionsbegehren, als auch über Patris Henſels Angeben, wie aus einer beygebrachten Urkunde erſichtlich geweſen, daß ſich noch andere zur ehemaligen Oberteutſchen Jeſuiterprovinz gehörige Capitalbriefe in Churbayriſchen Händen befänden, nach allenthalben eingezogener zuverläßiger Erkundigung und Beſtimmung der Summen ſowohl, als der Collegiorum, denen ſie zugehöret, zu Faſſung weiterer Kaiſerl. Entſchlieſſung bald möglichſt mit Gutachten zu berichten, auch zugleich beglaubte Abſchriften derer ſämmtlich in Verwahrung bringender Capitalbriefen behörig beyzufügen.

Euer Kaiſerl. Majeſtät ſtellet jedoch gehorſamſter Reichshofrath alles zum erleuchtetſten Selbſtermeſſen anheim, und erläſſet ſich zu beharrlichen Allerhöchſten Kaiſerl. Hulden in tiefeſter Erniedrigung.

Concluſum die 21. Jul. 1774. lectum vero et approbatum die 25. ejusd.

Beylagen.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Von wegen des Herrn Churfürſten zu Trier, als Fürſt Biſchoffen zu Augſpurg iſt mir durch deſſen hier anweſenden geheimen Rath, la Roche, nebengehende allerunterthänigſte Vorſtellung in Originali und Abſchrift mit dem dringenden Anſuchen eingehändiget worden, ſolches Euer Kaiſerl. Majeſtät mit der allerunterthänigſten Bitte geziemend vorzulegen, damit endlich durch ausgiebige ſchleunige Mittel der Catholiſch-Augſpurgiſche Magiſtrat zur Gebühr wegen Verkündung der die Aufhebung des Jeſuiterordens

dens betreffenden Bullen, und zu ſonſtiger hernach erforderlichen Einrichtung gewieſen werden möge. Euer Kaiſerl. Majeſtät iſt aus denen dieſer Sachen halber vorhin erſtatteten mehreren Reichshofräthlichen Gutachten allergnädigſt erinnerlich, daß es dermalen nicht mehr auf den Beſtand oder Unbeſtand gedachter Aufhebungsbulle in gegenwärtiger Sache ankomme, ſondern daß ſolche in Augſpurg eben ſo zu vollziehen ſeye, als ſolches nun allenthalben im Teutſchen Reich geſchehen, auch die vom Catholiſchen Magiſtrat begehrte alleinige Beybehaltung derer Jeſuiten längſtens von Euer Kaiſerl. Majeſtät auf Reichshofräthliches Gutachten abgeſchlagen, ſonach letzhin im April durch Kaiſerl. Reichshofrath umſtändlich verordnet worden, auf was Weiſe die diesfalſige Einrichtung in Augſpurg vom Biſchoff und Magiſtrat vorgenommen werden ſolle.

Der Magiſtrat hat vorhero ſchon den Verdacht einer unbilligen Widerſetzlichkeit und wegen des dabey bezeigten unanſtändigen Betragens den in letzterm Concluſo enthaltenen verdienten Verweis ſich zugezogen. Die obangefügte neue Biſchöflich beſcheinigte Vorſtellung leget aber noch mehr zu Tag, wie gefährlich der Magiſtrat, ſonderlich in Verheimlichung des Jeſuitervermögens und Verhaltung des daſſelbe in Händen habenden Provinz-Procuratoris Henſel zu Werk gehe, alſo, daß es als eine Vermeſſenheit gegen Eure Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſte Gebote anzuſehen, anbey zur allgemeinen öffentlichen Aergerniß gereichet, daß gedachter Magiſtrat ſtetshin nur Aufzüglichkeiten ſuchet, um nach ſeinem Willen die Jeſuiter in der alten Verfaſſung alleinig bey ſich zu behalten. Nach der von Euer Kaiſerl. Majeſtät und dem Churfürſten zu Trier bishero hierüber bezeigten und erſchöpften groſſen Mäßigung iſt wohl für das Allerhöchſte Anſehen und für die gute Ordnung

höchſt-

höchſterforderlich, mit ausgiebigem Ernſte zum Vollzug zu ſchreiten, welches nicht mehr anderſt, als durch eine ad locum zu Augſpurg zu beſtellende eigene Kaiſerl. Commiſſion zu vollbringen ſeyn wird, indem nicht mehr zu hoffen, daß der Biſchoff und Magiſtrat ſich gütlich vereinigen, vielmehr dieſer mit längerer Ungebühr zum allgemeinen Aufſehen die Erhaltung der Jeſuiten hinziehen wird. Es beruhet daher auf Euer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſtbeliebigem Ermeſſen, das obliegende Churtrieriſche Schreiben zum Reichshofrath mit einer allergnädigſten Weiſung an den Präſidenten zu geben, damit ſolches ſofort baldmöglichſt zur Vornahm und ſchleuniger rechtlicher Erledigung geſtellt, vorzüglich aber dabey auf ſo ausgiebige Vollzugsmittel der Bedacht angenommen werde, daß bey nicht mehr zu vermuthender gütlich- und friedlicher Vereinigung, Autoritate Caeſarea in Augſpurg unaufhaltlich vorgekehret und vollzogen werde, was dabey der Geiſtlich- und Weltlichen Obrigkeit zuſtehet. Jedoch hanget alles lediglich von Euer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſten Entſchlieſſung ab, wozu mich in tiefeſter Erniedrigung allerunterthänigſt erlaſſe. Wien, den 15. Jul. 1774.

R. Fürſt Colloredo.

Lieber Graf Harrach, dieſen hiebeygehenden Vortrag des Reichsvicecanzlers, ſammt dem darinn erwähnten Schreiben des Herrn Churfürſten von Trier ſtelle ich Ihnen in der Abſicht zu, damit der innenthaltene Gegenſtand baldmöglich zur Vornahme und rechtlicher Erledigung gebracht, vornehmlich aber dabey auf ſo ausgiebige Bewirkungsmittel der Bedacht genommen werde, daß, bey nicht mehr zu vermuthender gütlich- und friedlicher Vereinigung,

Auto-

Autoritate Caeſarea in Augſpurg unaufhaltlich fürgegangen und dasjenige vollzogen werde, was in dieſem betreffenden Fall der geiſtlich- und weltlichen Obrigkeit zuſtehet. Wien, den 16. Jul. 1774.

Joſeph.

Ueberſchicke hiemit nicht nur das Duplicat von dem geſtern eingereichten Stadt-Cöllniſchen Exhibito, ſondern auch ein Kaiſerl. Handbillet, zufolge welchem, während eintretender Woche das Biſchöflich-Augſpurgiſche Schreiben zu referiren kommt. Den 16. Jul. 1774.

F. Gr. v. Harrach.

XX.
Reichshofrathsgutachten
in Sachen
Stadt Augſpurg, Catholiſchen Antheils
contra Churbayern
vom 22. Jul. 1774.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Wider das an den Herrn Churfürſten zu Bayern wegen des, auf verſchiedene dem Stadt-Augſpurgiſchen Jeſuiter-Collegio zugehörige Güther und Einkünſten geſchlagenen Arreſts, unterm 14. April curr. anni zu deſſen Aufhebung ergangene Reſcriptum ſtellet derſelbe durch ein an Eure Kaiſerl. Majeſtät ohnmittelbar erlaſſenes Schreiben de dato 23. May a. c. vor: Er habe, nach aufgehobenem Jeſuiterorden, als Landes- und Schirmherr der milden Stiftungen, für eine Pflicht gehalten, alle in ſeinen Churlanden hinterlaſſene Jeſuitergüther in ſeine unmittelbare Aufſicht und Verwaltung zu nehmen, ſo wie es in den meiſten Reichs- auch Kaiſerl. Königlichen Erblanden geſchehen ſeye.

Die Jeſuiten in Augſpurg, deren Rector vormals, in Eigenſchaft eines Bayeriſchen Landſtands, Güther von verſchiedener Art in Bayern genoſſen, und verwaltet, welche er in obiger Rückſicht nicht anderſt, als die übrigen Jeſuitergüther behandlen laſſen

laſſen können, hätten aber bey dem Magiſtrat ſo günſtigen Einfluß gehabt, daß man ihre Perſonen und Güther nicht nur in Augſpurg, ſondern auch auswärts in Schutz genommen, und letztere als lauter Schulfundationen angeſprochen habe. Da ihm, dem Beyſpiel ſeiner Voreltern zu Folge, niemals beygegangen, erweißliche Schulfundationen der Stadt Augſpurg zu entziehen, und er daher die Vorlegung der Rechtsbriefe begehret; ſo habe er doch den Vorwand unerwieſen, und vielmehr dieſes gefunden, daß jene Güther von den Jeſuiten ſelbſt, theils durch eigenes Geld erkauft, und theils ſogar von den Fundationen ſeiner Voreltern entzogen worden ſeyen.

In dieſen Umſtänden ſogleich eine Auslieferung der Güther an die Stadt zu machen, und ausländiſche Schulen vor den Innländiſchen, ſo der Hülfe eben ſo bedürftig ſeyen, zu begünſtigen, werde man ihn nicht verbunden, ſondern vielmehr berechtiget halten, bis das Gegentheil erwieſen werde, auf Beförderung der Innländiſchen milden Stiftungen den Bedacht zu nehmen, da nach den Worten des Kaiſerl. Königl. den 9. Octob. 1773. in den Böheimiſch- und Oeſterreichiſchen Erblanden erlaſſenen Mandats durch die erfolgte Aufhebung des Jeſuiterordens die Verwendung des von demſelben in ſeinen Landen inngehabten beweg- und unbeweglichen Vermögens, der Forderungen und Gerechtſamen, dem Landesherrn anheim gefallen ſeye, und da von allen Reichsſtänden, in deren Gebiethen die zu den Bayeriſchen Collegien gehörige Güther und Forderungen lägen, nach dem nehmlichen Grundſatz bishero ſeyen behandelt worden.

Ob nun Eure Kaiſerl. Majeſtät dieſe Grundſätze und Betragen mißkennen oder begnehmigen würden, hierüber könne er eine geſetzmäßige Entſchei-

 dung

dung ganz ruhig erwarten, weil ſeine Fundationen, wann bey den wechſelsweiſen Auslieferungen die durchgehende Gleichheit gehalten werde, in beyden Fällen, weder viel gewinnen, noch verlieren würden.

Nur wolle er gegen jene, die in Hereinbezahlung ſeiner Forderungen ſich nicht fügen würden, die Obriſtrichterliche Hülfe vorhinein auf alle Fälle erbeten haben, die er dermahlen ſchon gegen den Magiſtrat zu Augſpurg aus folgenden Urſachen anzurufen gezwungen ſeye; aus der eigenen Bekanntniß des noch in Augſpurg ſich befindenden Jeſuiter-Procuratoris Henſel ſeye bewieſen, daß er über 132000 fl. Capitalbriefe, und 4000 fl. für das Münchner Studenten-Seminarium eingenommenes Geld in Handen habe, welche alle den Collegien und andern milden Stiftungen in ſeinen Churlanden gehörten und dem Henſel nur commiſſorio modo, als einem beſtellten der ehemahligen Bayeriſchen Jeſuiterprovinz, zu Eintreibung der Intereſſen anvertrauet worden ſeyen, ungeachtet die Stadt Augſpurg auf dieſe Briefe und Gelder, da die Capitalien auſſer ihrem Territorio lägen, nicht einmal den Schein eines Rechts oder Anſpruchs aufbringen könne, ungeachtet er dieſe Capitalbriefe zurück gefordert, mit dem Erbieten, auf dieſen Fall zu Fortſetzung der Schulen und Unterhalt der Exjeſuiten einen Beytrag von 4000 fl. zu machen, obgleich von denen im Streit liegenden Güthern noch nichts in ſeine Caſſen eingegangen, und die Jeſuiten ſelbſt das mehrere ſchon bezogen hätten, mithin der jährliche Ertrag noch unbekannt ſeye; ſo ſeye er doch ohne Antwort geblieben, und der Procurator Henſel habe von den Stadtdeputirten zu Ausliferung der Capitalbriefe und Gelder nicht nur keine Erlaubniß, ſondern ſogar etwas an dem verwilligten Beytrag von ihm anzunehmen, das Verbot erhalten.

Euer

Euer Kaiſerl. Majeſtät würden ſich demnach von ſelbſt bewogen finden, gegen den Magiſtrat und Procurator Henſel, ſolche Verfügungen vorzukehren, daß die allda vorenthaltene über 132000 fl. betragende Capitalbriefe nebſt 4000 fl. baaren Gelds nicht nur nicht verzogen, ſondern vor allem ohne weiters an ihn ausgeliefert werden ſollten, damit die hierauf ruhende Fundationen in ihrem Weſen erhalten werden könnten.

Sub praeſ. 1. curr. menſis kommt ein weiteres Schreiben, worinnen ſich der Herr Churfürſt auf ſein voriges Schreiben beziehet, und ferner erkläret, er ſeye

1) als Land- und Schutzherr der Güther quaeſtionis nach aufgehobenem Jeſuiterorden, einsweilen die Adminiſtration ſo lang auf ſich zu nehmen verbunden, bis der Magiſtrat zu Augſpurg ſein Vorgeben, daß dieſe Güther Augſpurgiſchen Stiftungen eigenthümlich zugehörten, werde erwieſen haben; in welchem Falle er ſelbe als Bona vacantia ſo wenig anzuſehen gedenke, als billig er hoffe, daß dieſes Recht auch wechſelsweiſe für ſeine innländiſche Stiftungen gelten, und durch geſetzmäßige Verfügungen gleichförmig eingeführet werden wolle. Nachdem aber

2) die Unterſuch- und Beweißführung, was eigentlich Fundationsgüther oder neo acquiſita ſeyen, wieviel dieſe Güther ertragen, und von den Rennten zu Unterhaltung der Augſpurgiſchen Exjeſuiten und Schulweſens erforderlich, aus der durch die jenſeitiger erſten Supplicae beyliegenden Privatdeduction eines Augſpurgiſchen Rechtsgelehrten, gegen welche das nöthige vorbehalten werde, noch nicht erwieſen ſeye, auch vor Publication des päbſtlichen Brevis, und erſt nach ordentlicher Herſtellung des Status activi et

 paſſivi

paſſivi bey dem Augſpurgiſchen Collegio erwieſen werden könne.

3) Die Gefahr, daß ohne Genuß der in Bayern gelegenen Güthern die Augſpurgiſchen Jeſuiten, und alle Schul und Predigtanſtalten alldort zu Grund gehen müßten, offenbar übertrieben ſeye, und allenfalls die einsweilen anerbothene 4000 fl. ins Mittel träten: ſo könne er hoffen, daß ihn Euer Kaiſerl. Majeſtät des Auftrags die Güther ſogleich abzutreten, entheben würden.

Votum.

In dem an Eure Kaiſerl. Majeſtät unterm 21. Febr. jüngſthin erſtatteten allerunterthänigſten Reichshofrathsgutachten, iſt der Satz bereits feſtgeſtellet worden, daß auch die Adminiſtratio proviſoria des Landesherrn bey den eigentlichen und wahren Fundationsgüthern niemals eintreten könne, ſondern ſolche allemal ohne Unterſchied und Einſchränkung vollkommen bey dem in der Stiftung angewieſenen Gegenſtande verbleiben müſſen.

Nun hat aber der Herr Churfürſt in einem bereits den 15. Dec. anni elapſi an den Augſpurgiſchen Magiſtrat erlaſſenen Schreiben ſelbſten in Formalibus bekennet, wie er aus denen ihm communicirten Original Ankaufsbriefen erſehen, daß theils die Graf Fuggeriſche Erben zur Stiftung des Collegii ein in ſeinen Landen angelegtes Capital à 30000 fl. Anno 1580. hergegeben, und daß theils die Jeſuiten ſelbſten Anno 1602. die Hofmark Kiſſingen, und den Burgſtall zu Mergenthau durch freygeſchenktes vermuthlich Fuggeriſches Geld erkauft, die übrige 10 Höfe und Holzungen aber durch ſonſt errungene eigene Mittel an ſich gebracht hätten.

Obſchon

Obſchon demnach der Herr Churfürſt in ſeinem zweyten Schreiben nunmehro ſeine Sprache in ſo weit ändert, daß er ſo, wie er doch anfänglich ganz deutlich behauptet, keine Vacantiam bonorum mehr ſtatuiren wolle: ſo bleibet demohngeachtet die von ihm aufgeworfene einsweilige Adminiſtration des erſterwähnten Capitals à 30000 fl. dann des Hofmark Kiſſingen, und des Burgſtall Mergenthau, eben deswegen, weil dieſe Stücke, ſeiner eigenen Bekänntniß gemäß, wahre Fundationsgüther ſind, noch immer injuſtificable, und wird alſo in deren Betref cum Rejectione Exceptionum ein Reſcriptum paritorium limitatum nach gehorſamſten Reichshofraths Meynung zu erlaſſen ſeyn.

Gleichwie aber anderer Seits eben ſo richtig iſt, daß die übrigen von demſelben in Beſchlag genommenen Höfe, Zehenden und Holzungen, neu acquirirte Stücke ſind, ſo würde nach Abmaaß deren in Voto humillimo vom 16. Novemb. anni elapſi etablirten Grundſätzen ihme in eodem Reſcripto zu ſagen ſeyn, daß, nachdem er erkläret habe, daß es mit dem von ihm ergriffenen Beſitz nur auf eine proviſoriſche Adminiſtration angeſehen ſeye, es dabey in ſo lang ſein Bewenden habe, bis Magiſtratus durch Vorlegung des Status activi et Exigentiae zeigen werde, daß auch die Rennten dieſer Güther zu Unterhaltung der Exjeſuiten ſowohl, als der Schul-, Lehr- und Predigtanſtalten, unentbehrlich ſeyen. Und zu gleicher Zeit dörfte cum hujus Notificatione dem Magiſtrat die Weiſung gegeben werden, daß er nunmehro den Statum desjenigen, was eigentlich auch noch von den neo-acquiſitis zu erſterem Endzwecke erfordert werde, nebſt dem Ertrag der Güther und Einkünften ſeines Collegii, unter vorgängig deshalb mit ſeinem Herrn Ordinario pflegender Communication, dem Herrn Churfürſten vorlegen, und, wann ſodann

letzterer wegen Abtretung der in ſo weit erforderlichen neo-acquiſitorum einen ferneren Anſtand machen wollte, ſolches Euer Kaiſerl. Majeſtät zu anderweit Obriſtrichterlicher Verfügung allerunterthänigſt anzeigen ſolle.

Was die Annahm deren von dem Herrn Churfürſten einsweilen erbotenen 4000 fl. anbelanget, wird Euer Kaiſerl. Majeſtät von gehorſamſtem Reichshofrath bey Gelegenheit der andern, die zwiſchen dem Welt- und geiſtlichen Arm zu Augſpurg betreffenden Sache, ein mehreres allerunterthänigſt vorgetragen werden.

Da übrigens der Anſpruch des Herrn Churfürſten auf die in den Händen des Procuratoris Henſel befindliche Gelder und Capitalbriefe zu der vorliegenden Cauſa gar nicht gehöret, wie dann der Magiſtrat deshalb auch ſchon würklich ſub ſeparato Rubro eingekommen iſt;

So hält gehorſamſter Reichshofrath davor, daß der Herr Churfürſt auf die desfalls ergehende Verordnung mit dem Anhang zu verweiſen seye, künftighin ſub illo Rubro ſeine Nothdurft vorzuſtellen, und Beſcheid zu erwarten; zu beharrlichen allerhöchſten Hulden ſich in tiefeſter Erniedrigung empfehlend.

Concluſum, lectum et approbatum die 22. Jul. 1774.

XXI.
Reichshofrathsgutachten
in Sachen
die zwiſchen Churcölln und der Stadt Cölln entſtandene Irrungen
betreffend
vom 5. Septemb. 1774.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Die Allerhöchſte Reſolution, welche Euer Kaiſerl. Majeſtät auf das erſtere wegen der von dem abolirten Jeſuiterorden beſeſſenen Güther unterm 16. Nov. 1773. erſtattete allerunterthänigſte Gutachten zu ertheilen geruhet, weiſet gehorſamſten Reichshofrath an, alle bey ſelbigem einkommende dahin einſchlagende Klagen zur Allerhöchſteigenen Entſcheidung allerunterthänigſt vorzutragen. Es kann daher derſelbe zu ſchuldigſter Befolgung dieſer Allerhöchſten Vorſchrift nicht umhin, diejenigen Strittigkeiten, welche ſich zwiſchen dem Herrn Churfürſten zu Cölln und daſigen Stadtmagiſtrat über die Erſetzung der von dem vormaligen Jeſuiter-Collegio zu Cölln verſehenen Dienſte, ſo wie über Verwendung der von ſelbigen verwalteten Güther ereignet, hierdurch zu Allerhöchſter Wiſſenſchaft zu bringen, und die darüber von beyden benannten Theilen wechſelſeitig angebrachte Klagen mit gegenwärtigem allerunterthänigſten Gutachten zu begleiten.

Ein zu vollkommener Ueberſehung dieſer Differenzien vorgängig zu bemerkender und die Deciſionem Cauſae an Hand gebender Hauptumſtand beſteht darinnen, daß nach dem, was Magiſtratus ſowohl in ſeinen hier eingereichten Schriften, als bey der mit dem Herrn Churfürſten gepflogenen Correſpondenz behauptet, und letzterer theils tacite theils ipſo facto anerkannt hat, das quäſtionirte Collegium Societatis Jeſu zu Cölln von Anfang an beſtändig unter des Magiſtratus der Reichsſtadt Cölln Obrigkeit geſtanden, immaſſen letzterer ſchon Anno 1556. die erſte nach Cölln gekommene Mitglieder dieſer Societät ſeinem von dem Stadtwappen alſo genannten Gymnaſio tricoronato vorgeſetzt, und ſich von dem erſten aus dieſer Societät angenommenen Regenten ſowohl in beſagtem Jahr 1556. als nachher bey einer Anno 1598. vorgegangenen Verlegung und Erweiterung dieſes auf den Plätzen weltlicher Häuſer erbauten Gymnaſii einen Revers ausſtellen laſſen, mittelſt deſſen der Regens der Stadt Superiorität anerkannt, und ſich ausdrücklich verbunden, nur inſolang als es Magiſtratui gefällig ꝛc. Die in dieſem demſelbigen zugehörigen Gymnaſio aufgenommene Jeſuiten haben ſich nach und nach durch milde Stiftungen und Schenkungen dergeſtalt ausgebreitet, daß ſich nicht nur deren Anzahl bis auf 80 vermehret, ſondern auch die unter deren Adminiſtration geſtandene in 6 — 7 verſchiedener Herren Territoriis zerſtreute Güther und Rennten ein anſehnliches, und wie ſich aus den beyderſeitigen Vorſtellungen abnehmen läßt, ſo viel betragen, daß auch nach Beſtreitung alles zur fortwährenden Unterhaltung der von den Jeſuiten beſorgten Kirchen- und Schuldienſten nöthigen Aufwands ein nahmhafter Ueberſchuß verbleiben dörfte. Letzterer Umſtand mag den Herrn Churfürſten zu Cölln auf die Gedanken gebracht haben, das ſeiner Erzbiſchöflichen Gewalt allein

allein unterworfene in Cölln befindliche Seminarium Clericorum ſecularium dem Jeſuiter=Collegio zu ſurrogiren, und dadurch dem erſten den oberwehnten Ueberſchuß zuzuwenden, immaſſen dieſes nach Vorſchrift des Concilii Tridentini Seſſ. 13. de Reformatione Cap. 18. zu Unterweiſung der zum geiſtlichen Stande und überhaupt zur Seelſorge beſtimmten Jugend geſtiftete, und von Churfürſt Clemens Auguſt Anno 1727. reſtaurirte Seminarium zwar mit einigen proventibus jedoch dergeſtalt nicht verſehen, daß die Alumni darinnen gratis unterhalten werden könnten. Der Herr Churfürſt hat ſich auch, vermöge der bekannten im Suppreſſionsbreve erhaltenen Clauſul:

> Eandemque Jurisdictionem et auctoritatem (ſc. tam in ſpiritualibus quam temporalibus quorumlibet Societatis Superiorum), in locorum Ordinarios totaliter, et omnimode transferimus.

berechtiget geglaubt, mit Ausführung dieſes Plans vor ſich und ohne alle Concurrenz des Magiſtratus vorgehen zu können. Er hat zu dem Ende in der wegen Publication des päbſtlichen Suppreſſionsbreve am 22. Dec. 1773. in ſeine Diöces erlaſſenen, und am 23. ejusd. im Collegio Societatis Jeſu publicirten Erzbiſchöflichen Verordnung ſich vorerſt auf obige Clauſulam bezogen, und demnächſt zwar überhaupt alle in ſeiner Diöces befindlichen Collegia Societatis Jeſu und jedes derſelben in eine particularem Congregationem Presbyterorum verwandelt, darneben aber insbeſondere dem Stadtcöllniſchen Jeſuiter=Collegio oberwehntes Seminarium Archiepiſcopale dergeſtalt ſurrogirt, daß daſſelbe alle vorhin von den Jeſuiten verſehene Kirchen= und Schuldienſte und andere Functionen beſorgen, überdis aber Alumnos aus der ganzen Archidioeces praevio Concurſu

mediante

mediante Examine ſynodali ſervando recipiren, und ſowohl ad ſuſcipiendos ſanctos Ordines als ad Officium Concionatorum, Curatorum animarum et Profeſſorum qualiſiciren ſolle. Dieſem ſurrogirten Seminario ward dann in der nehmlichen Verordnung alles, was das Jeſuiter Collegium beſeſſen, auf ewig einverleibet und einem gewiſſen Canonico Sorgrit das Praeſidium, Regimen et Adminiſtratio tam in ſpiritualibus quam in temporalibus cum ſubordinatione et dependentia a directione Seminarii Commiſſariorum mit dem Befehl übertragen, daß er bald möglichſt mit einer hinlänglichen Anzahl von Alumnis in dieſes neue Seminarium einziehen ſolle.

Ehe aber letzteres nehmlich die wirkliche Vollziehung dieſer Verordnung und Einführung des Sorgrit cum Alumnis in das Jeſuiter-Collegium erfolgte, ließ Magiſtratus per Deputatos verſchiedene Irrungen anbringen, wobey er unter Anführung der ihm als der Obrigkeit des vormaligen Jeſuiter-Collegii zuſtehenden Obſorge und des daran habenden Eigenthums und Patronatrechts, zwar dieſes, daß das Jeſuiter-Collegium künftig mit zu einer Pflanzſchule dienen ſolle, unter gewiſſen Modificationen ſich gefallen ließ, hingegen der intendirten Vermiſchung zweyer Stiftungen und Surrogation des erzbiſchöflichen Seminarii ſchlechterdings widerſprach. Allein Churfürſtlicher Seits ſuchte man dieſe Vorſtellung mit der Antwort abzufertigen, daß nach klarer Vorſchrift des päbſtlichen Breve alle Autorität, obrigkeitliche Gewalt und Adminiſtration ſowohl im Geiſtlichen als Zeitlichen, ſo der ehemaligen Geſellſchaft Obere, oder wie ſie auch ihren Namen gehabt haben mögten, den Ordinariis vollkommen übertragen ſeyn ſolle, und daß Magiſtratus ſich dabey, daß der Praeſes Sorgrit nebſt denen pro Regente et reſpective Aſſiſtente benannten Exjeſuiten bey ihm um Handhabung beym Gymna-

Gymnaſio, ſo wie ſolches der erſte Regens auch gethan, nachgeſucht, zu begnügen hätte.

Es gieng auch darauf der Herr Churfürſt ohne eine weitere Erklärung zu verlangen oder abzuwarten, mit dem wirklichen Vollzug obiger Erzbiſchöflichen Verordnung de 22. Decemb. 1773. vor, da er am 4. März 1774. den Canonicum Sorgrit mit 18 Seminariſten per Commiſſarios ins Jeſuiter-Collegium introduciren, und erſterem die Archivſchlüſſel und Renntenbücher einliefern ließ; Magiſtratus ward hierdurch zu Verwahrung ſeiner Gerechtſamen veranlaßt, noch am nehmlichen Tage die Exmiſſion des benannten Sorgrit und der ihm beygegebenen Alumnorum zu verfügen und bey erfolgter Widerſetzung durch Soldaten vollziehen, Archiv und Bibliothek verſiegeln und das Collegium mit 8 Mann zur Wache beſetzen zu laſſen.

Auf die darneben vom Magiſtrat dem Herrn Churfürſten gethane Erklärung, daß man hierdurch nichts als die Wahrung der Städtiſchen Gerechtſamen vor die Erhaltung der von den vormaligen Jeſuiten geleiſteten Dienſte intendirt und auf das Erbieten, ſich die Einführung eines Praeſidis auf ſo lang, als alte und kranke Jeſuiten da wären, gefallen zu laſſen, wann nur disfalls und ſonſt allenthalben mit Concurrenz Magiſtratus Deputatorum zu Werk gegangen werde, ward endlich am 29. März 1774. dahin die Sache gütlich vermittelt, daß der Vicarius generalis in Beyſeyn und mit Genehmigung einer Rathsdeputation den Doctor Metternich ſecundum formam Brevis als Praeſidem anſtellte, ihm die Verſorgung der Spiritualium übertrug, auch demſelben disfalls in Seminario Archiepiſcopali ſchon geprüfte Geiſtliche zur Beyhülfe zuordnete, daneben aber ihm die Einmiſchung in temporalia unterſagte, immaſſen,

der

der hierunten genommenen Abrede gemäß, die Admi- niſtration der letzteren den bisherigen Haushaltungs-Officianten in ſolang verbleiben ſollte, bis mit den Commiſſariis Magiſtratus wechſelſeitig alles reguliret, und eingerichtet wäre. Wornächſt die Magiſtrats-deputirte dem Vicario generali die Mitverſieglung des Archivs geſtatteten und die Bibliothek wieder verſperrten, die Soldatenwache aber im Collegio beließen: Nachdem hierauf die beyderſeitige Deputati ſich eine Zeitlang mit Ueberſehung des Archivs und Errichtung des Status mo- et immobiliaris beſchäftiget gehabt, iſt mit einmal alle weitere Unterhandlung abgebrochen, und vom Magiſtrat nach des Herrn Churfürſten eigner Anzeige beſchloſſen worden, vor weiterer Unterhandlung die Obriſtrichterliche Verabſcheidung einzuhohlen. Dieſes hat der Herr Churfürſt ſo übel aufgenommen, daß er nunmehro den Entſchluß gefaßt, ohne weitere Zuziehung des Magiſtratus das päbſtliche Breve ſofort ad Litteram zu befolgen, und alle Jeſuiten mit einziger Ausnahme der alten und ſchwachen und der zur Lehre der Jugend beybehaltenen Magiſtern Philoſophiae et Humaniorum aus dem Collegio zu ſchaffen. Er hat auch nicht nur dieſes durch eine anderweite am 18. Jun. 1774. datirte, und am 20. ejusd. im Collegio der vormaligen Jeſuiten publicirte Erzbiſchöfliche Verordnung würklich verfügt, ſondern iſt auch zugleich ſoweit gegangen, daß er dem obbenannten Doctori Metternich unter Beziehung auf die Clauſulam Brevis alle Adminiſtrationem ſpiritualium et temporalium übertragen, und deſſen Salarium ſo wie die Competenz für die ausgewieſene ſowohl als für die verbleibende Exjeſuiten beſtimmet; die natürliche Folge hievon war dieſe, daß Magiſtratus an eben dem Tag, da obige Verordnung war publicirt worden, durch eine abgeſchickte Deputation einen weltlichen Adminiſtra-

toren

toren zu Verwaltung der vorhin ex communi placito von den Exjeſuiten beſorgten Temporalien aufſtellen, dieſem die Renntenbücher und vorräthigen Gelder einliefern, und Doctori Metternich alle Einmiſchung in die temporalia inhibiren lieſſe.

Es gieng aber Magiſtratus gleich darauf noch weiter, und ließ auch den mit dem Doctore Metternich oberwehntermaſſen zugleich introducirten 8 jungen Geiſtlichen die Räumung des Collegii ſub poena exmiſſionis auferlegen. Der Herr Churfürſt erließ zwar dargegen ein nachdrückliches Abmahnungsſchreiben an den Magiſtrat, und bedrohete deſſen Membra, gegen ihre Perſonen und Güther auf die nehmliche Art wie gegen die Seminariſten geſchehen, verfahren zu laſſen, es ließ ſich aber letzterer dadurch nicht abhalten, am 25. Jul. 1774. 8 Alumnos mittelſt eines Corporals und 4 Musquetiers würklich zu exmittiren.

Dieſes iſt der kurze Verlauf des Hergangs, welcher die beyderſeitige Klage und angebrachte petita veranlaßt hat. Letztere concentriren ſich dahin, daß

1) der Herr Churfürſt unter Beytritt des intervenirenden Domkapituls

a) um die Obriſtrichterliche Begnehmigung und Manutenenz der Erzbiſchöflichen Verordnung de 22. Decembris a. p. u. ſ. f.

b) um einen ſcharfen Befehl an den Magiſtrat der Reichsſtadt Cölln anſucht, mittelſt deſſen ihm aufgegeben werden möchte, der verübten Gewaltthaten halber Satisfaction zu leiſten, ſelbige abzuſtellen, der Surrogationi Seminarii nicht entgegen zu handlen, den Doctorem Metternich in adminiſtratione temporalium nicht mehr zu ſtören, den

den intendirten weltlichen Verwalter ſammt Wache abzufordern und die Schlüſſel des Seminarii und der Kirche zu retradiren. Da hingegen

2) Magiſtratus ſein Suchen generaliter richtet

a) auf allerhöchſte Weiſung und Verordnung, was zu dem gemeinnützlichen Werk erforlich ſeyn möge; dann

b) auf Reichsoberhauptliche Manutenenz bey ſeinen Gerechtſamen und Inhibition aller jenſeits angedrohter Thätlichkeiten.

ad 1) ſucht der Herr Churfürſt zu Begründung ſeiner petitorum die von ihm am 22. Dec. 1773. erlaſſene Verordnung, theils in Forma theils in der Sache ſelbſt, zu rechtfertigen: Soviel nehmlich die Formam oder das punctum Competentiae anbetrift, beziehet ſich derſelbe vorzüglich auf die bekannte Clauſulam Bullae, wornach er ſich ohne Beyhülfe anderer angeblicher ſonſt in und über die Stadt Cölln habender und hier nicht einſchlagender Hoheitsrechte, blos als Erzbiſchoff zur freyen Diſpoſition über die Temporalia um ſo befugter erachten will, als das ganze Breve auf das ad Comitia erlaſſene allerhöchſt Kaiſerl. Commiſſionsdecret vom geſammten Reich ohne einigen Widerſpruch, mithin auch quoad Clauſulam quaeſtionis ſeye angenommen worden. Er führet demnächſt den §. 26. Art. 5. P. W. an, wo es heißt:

Si Religioſorum Ordo plane interciderit, tunc Magiſtratui Catholico liberum eſto etc. novos Religioſos ſubſtituere etc.

um

um deswillen für ſich an, weil er unter dem Magiſtratu Catholico den Ordinarium verſiehet. Er gründet ſich demnächſt auf einen alten Vertrag des Erzſtifts mit der Stadt de Anno 1506. wornach über geiſtliche auf geiſtlicher Erden gelegene Güther die geiſtliche Obrigkeit allein zu ſprechen haben ſoll; ingleichem darauf, daß die meiſten Güther des vormaligen Jeſuiter-Collegii in ſeinen Landen gelegen wären, verſchiedene auch von Stiftungen ſeiner Vorfahrer ſelbſt herrührten.

Reſpectu materialis der quäſtionirten Verordnung, nehmlich die verfügte Surrogationem Seminarii archiepiſcopalis betreffend, wird zuförderſt ein daraus für die ganze Diöces und beſonders auch für die Stadt Cölln ſelbſt entſpringender Vortheil ſehr gerühmt, der darinn beſtehen ſoll, daß neben genaueſter Beybehaltung aller vorherigen von den Jeſuiten geleiſteten Verrichtungen in Kirchen und Schulen dardurch auch noch die Unterthanen und Burgerskinder unentgeldliche Unterweiſung und Bildung zu Kirchen- und Schulämtern erhielten; demnächſt ſoll ſich auch bereits der Herr Churfürſt zu Pfalz, in deſſen Landen anſehnliche, zu dem extinguirten Jeſuiter-Collegio gehörige Güther gelegen, dieſe Surrogation haben gefallen laſſen, und endlich will auch behauptet werden, daß Magiſtratus in dieſe Surrogation von Anfang bereits gewilliget habe, mithin dargegen nicht weiter, am wenigſten aber auf ſo thätliche, und dem Clero ſchimpfliche Art handlen mögen, ſondern alles nur darauf beruhe, daß nach abgeſtellten Magiſtratus Eingriffen über den Punkt des zu den Lehr-

ämtern anzuweiſenden Quanti nähere gütliche Unterhandlung gepflogen werde.

Hingegen beziehet ſich

ad 2) Magiſtratus auf ſeine ſchon im Eingang gegenwärtigen allerunterthänigſten Gutachtens bemerkte von jeher über das Jeſuitiſche Collegium ausgeübte Superiorität, auf den notoriſchen Beſitz ſeiner unmittelbaren Territorialhoheit, wobey er gegen die vom Herrn Churfürſten intendirte Surrogationem Seminarii archiepiſcopalis vorſtellt, was maſſen ſich die 2 ſeparirte Stiftungen um ſo weniger in eine verwandeln laſſen, als dabey differente Abſichten und diverſe Pflichten obwalteten, und Magiſtratus an dem Jeſuiter-Collegio beſondere Rechte habe; durch dieſe Vermiſchung entledige ſich der Herr Churfürſt blos der ihm ex Concilio Tridentino obliegenden Schuldigkeit, entziehe dem Magiſtrat ſein Eigenthum und Patronatrecht, und die Macht, künftig mehrere Profeſſores aufzunehmen oder fähigeren Zulage zu machen; wozu komme, daß die verſchiedene Landesherren, in deren Gebiet die Güther zerſtreuet lägen, bey einer ſolchen Vermiſchung zweyer beſonderer Stiftungen die Verabfolgung der Rennten erſchweren würden. Magiſtratus äuſſeret anbey ſeine Meynung dahin, daß, da alle Güther, ſo nicht aus der Stiftung ſelbſt zu beſonderen frommen Werken und geiſtlichen Uebungen gewidmet wären, ex Inſtituto der Jeſuiten zu den Wiſſenſchaften und deren Beförderungen zu verwenden wären, vorzüglich der Univerſität, deren Satzungen, nach dem Angeben des Magi-

Magiſtratus, das Jeſuiter-Collegium unterworfen geweſen, ſo aufzuhelfen ſeye, damit darinnen alle in andern hohen Schulen hergebrachte Diſciplinen in Uebung kämen. Nach deſſen Vollziehung möchte ſodann der Ueberſchuß zu Erziehung guter Pflänzlinge verwandt werden.

Votum.

Die Principia, wornach gehorſamſter Reichshofrath dieſe Sache beurtheilet, ſind die nehmlichen, ſo bereits durch die auf das Eingangs erwehnte erſtere allerunterthänigſte Gutachten ertheilte und am 10. Decembr. 1773. publicirte Allerhöchſte Reſolution in theſi begnehmiget worden, und nachhin ſchon in verſchiedenen particularen Sachen durch die mit allergnädigſter Begnehmigung ergangene Entſcheidungen in Ausübung gekommen.

In Anwendung derſelben auf gegenwärtigen Vorfall: und zwar

1) auf die Petita des Herrn Churfürſten zu Cölln, kann wohl auf die an ſich nichtige und unverbindliche Clauſulam Brevis Apoſtolici, die der Herr Churfürſt ſowohl in ſeinen Erzbiſchöflichen Verordnungen de 22. Decemb. 1773. et 18. Jun. 1774. zum Grund ſeiner Anmaſſungen in temporalibus gelegt, als auch in den eingereichten Vorſtellungen zur Hauptrechtfertigung ſeines Verfahrens angeführt, um ſo weniger einige Rückſicht genommen werden, als dadurch die Stadt in ihrem notoriſchen Beſitz der Territorialgerechtſame, und insbeſondere der über das Jeſuiter-Collegium hergebrachten weltlichen Obrigkeit offenbar gekränkt, in der Folge aber

dem Allerhöchſten Reichsrichteramt ſelbſt zu nahe getreten würde. Eben ſo wenig kann der vom Herrn Churfürſten angezogene Art. 5. §. 26. Pacis Weſtphalicae demſelben hierunter zu einem Behelf dienen, zumalen eines Theils darinnen circa Adminiſtrationem temporalium eines aufgehobenen Ordens nichts diſponirt zu finden, andern Theils aber in ſubſtrato de recipiendo novo Ordine keine Rede iſt: die von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit über Grundſtücke, ſo an geiſtlichen Erden gelegen, ſprechende Verträge aber ſcheinen mehr gegen als für den Herrn Churfürſten das Wort zu ſprechen: Da eben das Jeſuiter-Collegium an geiſtlichen Erden nicht gelegen, ſondern mit des Raths Bewilligung und Beytrag an den Platz weltlicher Häuſer erbauet worden; daß endlich die meiſten Güther der vormaligen Jeſuiten in Churcöllniſchem Territorio gelegen, und zum Theil von den vorigen Churfürſten darzu geſtiftet seyn ſollen, kann dem jetzigen Herrn Churfürſten keine mehrere Gewalt beylegen, als andere Landesherren und Fundatores haben, deren bey dieſem Collegio gar viel concurriren. Wie ſich nun ſolchergeſtalt die von dem Herrn Churfürſten zu einſeitige Diſpoſitiones über das Schulweſen und über die Temporalia auf keine Weiſe rechtfertigen laſſen, ſondern ob defectum Competentiae für ohnbefugte Eingriffe in die Gerechtſame des weltlichen Arms zu betrachten; ſo kann dem auf Beſtätigung der Verordnung vom 22. Decemb. 1773. und deren Manutenenz gerichteten Suchen ſo weniger ſtatt gegeben werden, daß vielmehr ſowohl beſagte Erzbiſchöfliche Verordnung,

ordnung, als auch diejenige, ſo am 18. Jun. 1774. darauf erlaſſen worden, von Reichs-obriſtrichterlichen Amts wegen, in ſoferne darinn Diſpoſitiones in temporalibus enthalten, ausdrücklich zu caſſiren ſeyn werden.

Gehorſamſter Reichshofrath erachtet dieſes um ſo nothwendiger, als der Herr Churfürſt das Stillſchweigen der Reichsſtände auf das ad Dictaturam publicam gekommene päbſtliche Breve für eine Annahme deſſelben in allen und jeden Clauſuln aufnimmt, und dadurch einen Satz aufſtellet, dem zu Vermeidung weiterer dergleichen Mißdeutung wenigſtens in quavis Cauſa particulari mit allem Nachdruck zu begegnen ſeyn dürfte.

Hierdurch erhalten zugleich diejenige weitere Petita ihre Abfertigung, da der Herr Churfürſt den angeſtellten Praeſidem, D. Metternich, bey der ihm einſeitig und ſogar gegen das mit dem Magiſtrat am 29. März 1774. getroffene gütliche Einverſtändniß übertragenen Adminiſtratione temporalium zu ſchützen begehrt. Es kommt demnach in puncto der verlangten Satisfaction und gebetenen Abſtellung deſſen, was Magiſtratus verfügt hat, blos auf die Frage an: Ob ſich der hier als weltliche Obrigkeit des vormaligen Jeſuiter-Collegii zu betrachtende Magiſtratus in den Schranken einer erlaubten Wahrung ſeiner Gerechtſame gegen deren thätliche Verletzung gehalten oder ſolche überſchritten? Nun kann gehorſamſter Reichshofrath die am 4. März 1774. a Magiſtratu verfügte Exmiſſion des ohne ſeine Einwilligung incompetenter introducirten, pro Praeſide in Spiritualibus et

Temporalibus einſeitig aufgeſtellten und in vim der unbefugten Surrogationis Seminarii mit 18 Alumnis begleiteten Canonici Sorgrit um ſo weniger tadelhaft finden, als der Herr Churfürſt hierunter bereits ſelbſt ſein Unrecht dadurch anerkannt, daß er nachhin am 29. ejusd. bey der Introduction des blos in Spiritualibus aufgeſtellten D. Metternich Magiſtratsdeputirte admittiret und die Adminiſtration des Temporalis bis auf weitere Unterhandlung in den Händen der Exjeſuiten belaſſen. Noch weniger hat Magiſtratus nachhin darinn gefehlt, daß er ſich der unter ſeiner Aufſicht ſtehenden Temporalien verſichert, und zu deren Verwaltung einen weltlichen Mann aufgeſtellt, als der Herr Churfürſt, anſtatt dem billigen Vorhaben des Magiſtratus, bey Euer Kaiſerl. Majeſtät Verhaltungsbefehl einzuhohlen, Statt zu geben, einſeitig vorgegangen, die mit beyderſeitigen Bewilligung einsweilen den Exjeſuiten belaſſene Adminiſtrationem Temporalium aufgehoben, jene aus dem Collegio geſchafft, und die Verwaltung der Temporalium dem D. Metternich übertragen. Es beſchweret ſich aber der Herr Churfürſt und das Domkapitul noch weiters insbeſondere darüber:

a) Daß Magiſtratus auch die mit ſeiner Bewilligung und in Beyſeyn ſeiner Deputirten am 29. März 1774. introducirte 8 Alumnos gewaltthätig exmittiret.

b) Daß der von ihm aufgeſtellte Adminiſtrator ſich auch der Kirchen- und Sacriſteyſchlüſſel bemächtiget, und

c) daß

e) Daß er die im Collegio befindliche Layenbrüder darinnen forthin ganz unnöthig unterhalte, und ihnen ſogar verboten, der Räumung halber vom Ordinario einige Vollziehungsbefehle anzunehmen.

Nun will zwar Magiſtratus

ad a) zur Rechtfertigung des disfallſigen Verfahrens behaupten, was maſſen die Aufnahme dieſer 8 jungen Geiſtlichen nur precario geſchehen, und da der Herr Churfürſt alles, was am 29. März gütlich verabredet worden, umgeſtoſſen, Magiſtratus auch ſeiner Seits per Exmiſſionem der 8 Alumnorum allen Schein eines widrigen Beſitzes abwenden müſſen, hierzu auch um ſo mehr berechtiget geweſen ſey, als bey Austritt der Dienſte leiſtenden Exjeſuiten der Beweggrund der Aufnahme ceſſirt habe. Da aber nach Innhalt des eigenen a Magiſtratu producirten Deputations-Protocolli de 29. März 1774. derſelbe ſich ausdrücklich gefallen laſſen, daß dem introducirten und damals blos in Spiritualibus aufgeſtellten Praeſidi D. Metternich einige geprüfte Geiſtliche, und zwar nach der denen Deputatis davon aufgeſtellten Liſte an der Zahl 8. zur nöthigen Beyhülf zu geben, und dieſen der Eintritt und Wohnung geſtattet wurde, ſo hätten dieſe wohl in ſolcher Qualität um ſo mehr in Collegio belaſſen werden ſollen, als es eines Theils dabey um ein Objectum mere ſpirituale zu thun, andern Theils aber die vom Magiſtratu ſelbſt anerkannte Nothwendigkeit der dem Praeſidi Metternich in Spiritualibus zu leiſtenden Beyhülfe der durch die nachher erfolgte : : •

geiſtliche Verrichtungen beſchäftigt geweſenen Exjeſuiten nothwendig noch dringender werde. Es dörfte dahero disfalls dem Magiſtrat aufzugeben ſeyn, daß er denen am 25. Jul. nup. zur Ungebühr exmittirten 8 Geiſtlichen zur nothwendigen Beyhülfe des in Spiritualibus einsweilen aufgeſtellten ſogenannten Praeſidis im Meßleſen, Beichthören, und andern geiſtlichen Verrichtungen, die Wohnung und Koſt in dem ehemaligen Jeſuiter-Collegio fernerhin und ſo lange geſtatten ſolle, bis die künftige beſtändige Einrichtung vollkommen hergeſtellt ſeyn werde. Ohnerachtet auch

ad b) die Anzeige der weggenommenen Kirchen- und Sacriſteyſchlüſſel ganz unbeſcheinigt iſt, ſo dörfte doch, da es eventualiter hierbey um ein Objectum ſpirituale zu thun, unbedenklich ſeyn, dem Magiſtrat hypothetice, wann es ſich angezeigter maſſen verhalten ſollte, die Retradition aufzugeben. Dahingegen kann gehorſamſter Reichshofrath

ad c) die Layenbrüder nach aufgehobenem Orden und veränderten Kleidung nicht anders als blos weltliche Perſonen betrachten, deren Beybehaltung zu deren auch künftig nöthigen Hausdienſten vom Gutbefinden der weltlichen Obrigkeit abhanget. Es würde demnach von der disfallſigen Beſchwerde in dem ergehenden Concluſo ohnmaßgeblich ganz zu abſtrahiren ſeyn.

Soviel demnächſt

ad 2) die Petita Magiſtratus, und zwar

a) die verlangte Generalweiſung betrift, ſcheinet es auf Entſcheidung der zwiſchen

 beyden

beyden Theilen ſtrittigen Fragen anzukommen: Ob der ſich nach Beſtreitung aller von den ehemaligen Jeſuiten beſorgten Dienſten wahrſcheinlich ergebende Ueberſchuß zu beſſerer Unterhaltung des Erzbiſchöflichen Seminarii verwendet, und ſonach der von dem Herrn Churfürſten intendirten Surrogation Statt gegeben, oder, nach dem Antrage des Magiſtrats, damit der Univerſität aufgeholfen, und erſt, wann ſodann noch etwas übrig bleibe, auf Erziehung guter Pfleglinge der Bedacht genommen werden ſoll. Denn ohnerachtet das, was der Herr Churfürſt puncto Surrogationis Seminarii Archiepiſcopalis verordnet, bereits nach dem oben beſchehenen ohnmaßgeblichen Antrag durch Annullirung ſeiner disfallſigen Erzbiſchöflichen Verordnungen mit caſſiret wird, ſo erfolgt doch dieſe Caſſation blos ob defectum Competentiae und bleibt ſonach noch immer das materiale, nehmlich die Frage zu beurtheilen übrig, ob dieſe Surrogation nicht gleichwohl noch cum Concurrentia der weltlichen Obrigkeit Platz greifen, und Magiſtratus zur disfallſigen Beywürkung anzuweiſen ſey?

Nun findet aber gehorſamſter Reichshofrath das dargegen a Magiſtratu obreferirte Angeführte, und beſonders den Umſtand, daß die verſchiedenen Reſpectus der beyden Stiftungen, da die eine allein vom Erzbiſchoff abhanget, die andere aber die weltliche Obrigkeit des Magiſtrats erkennen muß, eine Vermiſchung ganz inpracticable machen, ſo beſchaffen, daß, wenn auch wirklich Magiſtratus nach den Churfürſtlichen, obſchon durch die eigenen Beylagen widerlegten Aſſertis

Anfangs in dieſe Surrogation gewilliget hätte, doch von Euer Kaiſerl. Majeſtät ſelbige nie würde haben begnehmiget werden können: Es würde ſonach weit räthlicher ſeyn, nach dem Antrag des Magiſtrats den Ueberſchuß zu Verbeſſerung der unter der Stadtobrigkeit ſtehenden Univerſität verwenden zu laſſen, dafern nicht überhaupt bedenklich wäre, in der ergehenden Allerhöchſten Verordnung eines Ueberſchuſſes zu gedenken. Nach denen vorhin aufgeſtellten, und durch die immittels in Specialfällen ergangene Obriſtrichterliche Verfügungen beſtättigten Principiis hat man den Landesherrn auswärtiger Güther und Rennten, welche nicht ex fundatione herrühren, in ſoferne eine Diſpoſition zugeſtanden, daß ſie, den nach Beſtreitung aller zeitheriger Jeſuiterdienſte ſich ergebenden Ueberſchuß in ihren eigenen Landen ad eundem finem zu verwenden, befugt ſeyn ſollen. Sollte nun aber wegen dergleichen Ueberſchuſſes eine beſondere Diſpoſition getroffen werden, ſo würden die 6 bis 7 Landesherrn, in deren territoriis die Güther und Rennten des Cöllniſchen Jeſuitercollegiums zerſtreuet liegen, eine genaue Berechnung dieſes Ueberſchuſſes verlangen, hieraus aber unüberſehliche Schwürigkeiten entſtehen und die Reditus immittelſt unabgetragen bleiben. Bey dieſen hier einſchlagenden beſondern Umſtänden iſt gehorſamſter Reichshofrath der ohnmaßgeblichen Meynung, daß zur Vermeidung aller Quäſtion eines Ueberſchuſſes nicht nur die fernere Unterhaltung der von den Jeſuiten beſorgten Schul- und Lehranſtalten, ſondern auch zugleich alle mögliche

Verbeſſerung derſelben zu verordnen ſeye, wornach dann die Revenüen, wenn ſie auch noch ſo beträchtlich, nie überflüßig seyn werden.

Gleichwie aber das ganze Geſchäft der Wiederbeſetzung der von den Jeſuiten geleiſteten verſchiedener Dienſte ſowohl temporalia als ſpiritualia zum Gegenſtand hat, beyde auch dergeſtalt vermiſcht ſind, daß ſie nicht wohl anders als per Forum mixtum behandelt werden können, ſo dörfte nach dem ohnehin ſchon in der Stadt Augſpurgiſchen Jeſuitenangelegenheit vorliegenden Praejudicio dem Herrn Churfürſten von Cölln, und dem daſigen Magiſtrat aufzugeben ſeyn, daß ſie hierunter conjunctim zu Werke gehen, ſich eines guten Einverſtändniſſes befleiſſen, auf den Fall aber, daß ſich Anſtände ergeben, ſo durch gütliche Unterhandlung nicht zu heben, darüber an Euer Kaiſerl. Majeſtät zu Allerhöchſter Entſcheidung berichten ſollten.

Slüßlich dörſte auch

ad b) die von dem Magiſtrat begehrte Manutenenz und Inhibition dahin zu bewilligen ohnbedenklich ſeyn, daß dem Herrn Churfürſten aufgegeben würde, ſich nicht nur überhaupt aller Thätlichkeiten zu enthalten, ſondern auch den Magiſtrat in Ausübung der ihm über die Schulanſtalten, auch nach deren gemeinſchaftlichen Regulirung, zuſtehender Aufſicht und in temporalia des vormaligen Jeſuiter-Collegii habenden Obrigkeitlicher Gewalt auf keine Weiſe zu ſtöhren.

Jedoch ſtellet gehorſamſter Reichshofrath alles dieſes, ſo wie die in Gemäßheit des erſtat-

erſtatteten allerunterthänigſten Gutachtens entworfene hier beygehende Formulam concluſi lediglich der Allerhöchſten Kaiſerlichen Beurtheilung anheim, und empfiehlt ſich zu fernerer ꝛc.

Ita concluſum in Conſilio Imperiali Aulico die 5. Sept. 1774.

PRAESENTIBUS.

Excellentiſſimo Domino Praeſide.

D. B. ab Hagen.
D. C. ab Ueberacker.
D. C. a Sternberg.
D. C. a Firmian.
D. B. a Kageneck.
D. B. a Partenſtein.
D. B. a Hillebrand.
D. B. a Gärtner.
D. a Steb.
D. B. a Dittmar.
D. a Puffendorf.

et me Secretario de Stock.

Lectum vero et approbatum die 9. ejusd. Praeſentibus iisdem et D. a Mauchart, abſente autem B. a Partenſtein.

Placet: Nur ſind einige harte Ausdrücke gegen den Churfürſten zu moderiren.

Joſeph.

XXII.
Auszug
eines
Reichshofrathsgutachtens
die Reichslehenbare Herrſchaft Styrum,
insbeſondere
die an die Jeſuitermiſſion zu Mühlheim veräuſſerte Reichslehenſtücke betreffend
vom Jahr 1774. *)

*) Siehe Th. I. S. 56 u. folg.

Reichs=

Reichslehnbarkeit der unmittelbaren Grafſchaft Hohen-Waldeck in Bayern.

Wenn ſchon Streitigkeiten zwiſchen dem Lehenherrn und den Allodialerben wegen der Trennung des Lehens von Eigen zu den gewöhnlichen Erſcheinungen im Gebiete richterlicher Verhandlungen gehören, ſo iſt dagegen eine ähnliche Differenz zwiſchen dem Lehenherrn und dem Vaſallen — der nicht dabey Allodialerbe iſt, aber doch für ſich zu fechten glaubt, — eine ſolche wahre Seltenheit im publiciſtiſchen Prätenſionstheater, daß ſie vielleicht nur in dem folgenden Beyſpiele zum einzigenmale vorkommt.

Man wird einſehen, daß in Fällen dieſer Art immer nur von den Rechten eines Dritten die Rede ſeyn kann und daß der Lehenträger, wenn es hoch kommt, bloß mit fremden Waffen gegen ſeinen eigenen Vortheil zu Felde zieht.

Deſto ſchwerer iſt es zu begreifen, wie einer der erſten Churhöfe ſich entſchlieſſen konnte, Anſprüche auf Landeshoheit, — alſo Behauptungen ganz andrer Art — auf dieſem Wege in Sicherheit zu bringen.

Die

Die reine Eſſenz des Falls iſt dieſe. — Die Herrſchaft Hohenwaldeck in Bayern — nach verſchiedenen Abwechslungen ältrer Innhaber zuletzt den ausgeſtorbenen Grafen von Maxelrein von 1502. bis 1734. angehörig — geht mit allen Obrigkeiten, Herrlichkeiten, Rechten, Vogteyen, Zinſen, Nutzungen, Gülten, Gerechtſamen und Zubehörungen von Kaiſer und Reich zu lehen.

Churbayern, das im Jahre 1559. eine Anwartſchaft darauf erhalten und ſich zur Zeit des Anfalls in den Beſitz derſelben geſetzt hatte, verlangte vor allen Dingen, erſt vom Kaiſerl. Hofe beſtimmt zu wiſſen, — wie 1772. die Rede von der Belehnung war — was es für Stücke und Regalien zu Hohenwaldeck, als ein von dem Herzogthum Bayern ſeparirtes Reichslehen zu recognoſciren habe, anſtatt daß es ſonſt nach gemeinen Rechten die Pflicht des Vaſallen mit ſich bringt, die Allodialität der Pertinenzien ſeiner Seits zu erweiſen, wenn der Innbegriff der Zubehörungen lehnbar iſt.

War es aber ſchon einmal in dieſer Forderung verfehlt, ſo führte auch nachher die Behauptung, — daß nur der Blutbann, nur die hohen und niedern Gerichte cum annexis zum Reichslehen gehören, der Grund und Boden der Herrſchaft Waldeck aber davon ganz ausgeſchloſſen ſey, — um nichts näher zum Zwecke. Gebaut wurde ſie nehmlich

auf

auf die Verſicherung, daß ſich die Beſitzer derſelben in allen Zeiten zu der Bayeriſchen Landſchaft als Landſaſſen und Landſtände gehalten hätten, — gleich, als wenn das Sitz- und Stimmerecht auf Landtägen dem Landesherrn ein Eigenthum über die Güther der Landſtände beyzulegen vermöchte!

Wenigſtens iſt eine ſolche Vorausſetzung das Reſultat aus den Bayeriſchen Prämiſſen, obgleich der ganze Ideengang ohngefähr dieſer geweſen zu ſeyn ſcheint: — die Herrſchaft Waldeck iſt ein Reichslehen, — Reichslehen und Herrſchaften ſind unmittelbar, — Bayern behauptet die Landeshoheit über Waldeck, — alſo darf Waldeck keine Herrſchaft, der Grund und Boden davon kein Reichslehen ſeyn! —

Aber war denn auch die angeführte Landſtandſchaft der Innhaber von Hohenwaldeck eine ſo ausgemachte Sache? — Hatten nicht die Grafen von Maxelrain Namens dieſer Herrſchaft auf Reichs- und Kreistägen mit Vorwiſſen und Zuthun der Churfürſten von Bayern Sitz- und Stimmrecht ausgeübt? —

Doch der Herausgeber, um nicht zu viel zu anticipiren, überläßt es nach dieſer Einleitung ſeinen Leſern, die wechſelſeitigen Argumente näher zu prüfen, und bemerkt nur noch, daß auch das gegenwärtige Reichshofrathsgutachten, welches ſich

auf

auf ein älteres gründet und mit dieſem die Bayriſchen Einreden verwirft, von ſeiner Behörde durchaus genehmigt worden iſt. Nebenher betrifft es übrigens noch die Laudemien und die Belehnungsweiſe der Herrſchaft Waldeck, die Churbayern dem Hauptlehenbriefe über das ganze Herzogthum eingerückt zu ſehen wünſchte.

XXIII.
Reichshofrathsgutachten
die Unmittelbarkeit und Reichslehenbarkeit der Herrſchaft Hohenwaldeck betreffend vom Jahre 1773.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Euer Kaiſerl. Majeſtät ruht zweifelsohne, in auſſen rubricirter Lehnſache, bereits erſtattetem unterthänigſten Gutachten, annoch in allergnädigſtem Andenken, wasgeſtalten ſämmtliche von dem Herrn Churfürſten zu Bayern ſowohl gegen die reichslehenbare Beſchaffenheit der Grafſchaft Hohenwaldeck ſelbſten, als auch circa modum recipiendi Inveſtituram gemachte Einwendungen, nach dem Antrag gehorſamſten Reichshofraths von Euer Kaiſerl. Majeſtät ſelbſten für dergeſtalt beſchaffen geachtet worden, daß es in Concl. de 21. Sept. a. ejusd. geheiſſen:

Publ. Reſ. ut lat. in voto.

So gewiß nun ſowohl hierauf, als auf das fernere Concl. de 24. Dec. a. ejusd. wodurch dem Herrn Churfürſt ein abermaliger Terminus bimeſtris ad ſatiſf. ſub comminatione, daß anſonſten der Reichshoffiskal wider denſelben excitirt ſeyn ſolle, gegeben worden, ſich gehorſamſter Reichshofrath der Parition hätte verſehen ſollen; ſo hat dennoch der Herr

Herr Churfürſt abermal für gut befunden, mit anderweiten ſehr weitläufigen Litteris bey Euer Kaiſerl. Majeſtät ſub praeſ. 3. May a. c. einzukommen, welche in ſubſtantia folgenden Inhalts ſind: bevor,

I. ſo viel die Qualität des Reichslehens ſelbſten, betreffend, die Hauptfrage, was Elector eigentlich für Stücke und Regalien zu Hohenwaldeck, als ein von dem Herzogthum Bayern ſeparirtes Reichslehen recognoſciren ſolle, a Curia feudali nicht entſchieden, und ausdrücklich beſtimmt ſeye, könne eine negativa generalis aller ſeiner Einwendungen nicht ſtatt haben. Eine ſimple Verweiſung auf die vorherige Lehenbrieſe könne eben wenig ſo ſchlechterdingen ſtatt haben, da nach denen ältern Lehenbrieſen Waldeck, als eine Herrſchaft niemalen verliehen, von Zeit des transacti de 1559. aber von denen von Maxelrein zwar jure per pactum ceſſo, als eine Herrſchaft beſeſſen, aber dabey die Abhängigkeit derſelben von dem Lande Bayern, vor wie nach von den Beſitzern niemalen mißkennet worden.

Anderſt, als nach dieſem vertragsmäſſigen Verſtande, erachte ſich Elector die Waldeckiſchen Lehen zu recognoſciren nicht verbunden.

In denen Lehenbrieſen ante annum 1638. und zwar in dem erſten und älteſten de 1483. (welcher ſich aber bey denen hieſigen Lehens-actis nicht findet) ſeye benamſet, was eigentlich bey Hohenwaldeck Reichslehen ſeye, in denen folgenden, de 1488. et 1494. ſeye, vermuthlich, weil von dem alten Schloß keine ſuperficies mehr übrig, und der Grund, auf welchem ſolches geſtanden, ganz andern Eigenthümern angehörig geweſen, nunmehr der Herrſchaft Waldeck gedacht, und damit bis anno 1638. continuiret worden.

 Electori

Electori ſeye es nicht darum zu thun, Euer Kaiſerl. Majeſtät um Abänderung des bloſſen Namens zu behelligen, ſo lang das Wort Herrſchaft, den Verſtand einer von Bayern ohnabhängigen Immedietät nicht mit einſchlieſſe, ſondern dergeſtalt angeſehen werde, wie die Waldecker und nachher die Hohenaicher ſolches inne gehabt, und dadurch ſelbſten unbedenklich anerkennet, daß ſie ſich zu allen Zeiten zu der Bayeriſchen Landſchaft als Landſaſſen und Landſtände bekannt.

Man könte von anno 1170. an bis auf die Zeiten des Sandizellers, ſowohl aus häufigen Urkunden der Waldecker, als nach derſelben Abſterben aus den Theilbriefen ihrer Allodialerben, dann der Hochrainer in Sandizeller, nachhin auch mit Veiten Maxelreiner auf einander gefolgten Reichslehenträger ratione ſeparationis feudi ab allodio gepflogenen Handlungen darlegen, daß diejenige Gerichtsbar- und Herrlichkeiten, welche die letzteren unter dem Namen einer Herrſchaft zu Waldeck und Misbach tit. feudi imperii, die Waldecker und ihre Erben zu Wallenburg und auf den dahin gehörigen Güthern, und Unterthanen titulo allodiali, und wiederum die Waldecker zu Schließ, und auf denen Capitliſchen, theils in der Herrſchaft Waldeck, theils unter denen Wallerburgiſchen Unterthanen zerſtreut liegenden Vogteygerichtlichen Unterthanen fiduciario advocatiae partitiae titulo exerciret, und genoſſen, weder an einem noch dem andern Ort den Grad einer Immedietät jemals erreichet, noch denſelben ex uno vel alio titulo jemal gehabt, ſondern ſämmtliche benannte Güther der Bayeriſchen Landeshoheit unterworfen ſeyen.

Herr Churfürſt ſehe ſich daher bewogen, um ſo mehr um Leuteration der Kaiſerl. Lehenbriefe zu bitten, weilen Hochprand Sandizeller, wie aus Vergleichung deſſen

deſſen Lehenbrief de 1488. et 1494. mit jenen ſeines Vorfahren des Hochrainer zu erſehen, ſchon damals in der Abſicht die Bayeriſche Landeshoheit als ein ſtiller Feind des Herzogs Albrecht, und als ein Mitgenoſſener des Löwenbunds zu kränken, den erſten Schritt dadurch gemacht, daß er die Veränderung des Hochrainerſchen Lehenbrieſs durch Beyrückung aller Oberkeiten, Rechten ꝛc. zuwege gebracht, welches alles ohne Vorwiſſen des Herzogs geſchehen ſeye.

Es werden hierauf zwey Kaiſerl. Reſcripta Max. de 1490. beygelegt, woraus erwieſen werden will, daß Sandizeller damal ſelbſten nichts mehr als die Vogtey und das Schlierſiſche Vogteygericht, item Zoll- Waag- Maas- Schank und Zapfrecht als Appertinentien des Reichslehens angegeben.

Erſt anno 1500. habe derſelbe den obbemeldten Ausdruck der Lehenbriefe auch wider die Landesfürſten in Bayern geltend zu machen geſucht, da er hierzu die Gelegenheit von der Beſteuerung genommen, welche die Landſchaft von Oberbayern, wie vormals in allen andern Fällen geſchehen, auch dieſesmal in der Herrſchaft Waldeck angelegt. Derſelbe habe die Steuern auch würklich im Namen des Herzogs von ſeinen Unterthanen eingeſammelt, aber ſtatt ſolche nach München zu liefern, zu ſich genommen und ſeye hierauf, der Verantwortung vor ſeinem Landesfürſten zu entgehen, aus dem Land entwichen, und habe hierauf zwar von dem Kaiſerl. Hof Mandata Caeſ. ausgewürket, wovon aber auf die durch eigene Deputatos des Herzogs geſchehene triftige Vorſtellungen die Würkung dieſe geweſen, daß man Kaiſerl. Seits als ein Expediens den Sandizeller mit dem Herzoge zu vergleichen, vorgeſchlagen, ob der Herzog dem Sandizeller nicht die Oberkeit, Ge-

richtszwang, und Geleit, ſo er habe, abkaufen wolle; hierin wolle der Kaiſer als Lehenherr ſeine Einwilligung geben.

Es ſeye hierauf auch würklich nach denen ſchon der vorigen Vorſtellung beygelegten Sandizelleriſchen zweyen Schreiben die Anbiethungen des Lehens geſchehen, die Handlung aber durch den Tod des Sandizellers nicht zu Stande gekommen. Bey dieſer Gelegenheit wird abermals weitwendig wiederholet, daß Sandizeller ſelbſt bekenne, daß das Reichslehen blos in den Regalien des Blutbanns, hohen und niedern Gerechtſamen, und ſolchen Herrlichkeiten beſtanden, ſo derſelben insgemein als fructus jurisdict. ankleben, welches eigentlich die Maleſiz- und Gerichtsgefälle ſeyen, ſo Sandizeller nach ſeines Vaters Regiſtern ſelbſt nicht höher als à 35 oder 40 Pf. Pfenning angebe, und den ganzen Werth der Herrſchaft oder des Reichslehens nicht viel über 1000 fl. ſchätze.

Die Richtigkeit dieſer Sandizelleriſchen Selbſtbekänntniß werde noch mehr durch den ebenfalls Euer Kaiſerl. Majeſtät vorher ſchon vorgelegten Theilungsbrief der 3 Allodialerben de 1494. und das Veit Marelrainiſche Saalbuch beſtärket, und aus allem dieſem folge unwiderſprechlich, daß die alte Formul nicht beybehalten werden könne, da Herr Churfürſt auſſer dem Blut- und Wildbanne, dann denen hohen und niedern Gerechtigkeiten, titulo feudali nichts höheres, oder mehreres beſitzen, noch mit Recht vindiciren, dahero auch nichts anderes pro tali recognoſciren können.

So wenig ſich demnach die per Concluſ. de 21. Sept. 1772. geſchehene Verwerfung der ſämmtlichen Einwendungen ex tenore litterarum Inveſt. herleiten laſſen, eben ſo wenig könne auch ſolche ex contentis des Saltzburger Vertrags gerechtfertiget

werden.

werden. Schon überhaupt ſey dieſer Vertrag keines-wegs in der Abſicht getroffen worden, neuerlich etwas zu einem Waldeckiſchen Reichslehen zu machen, ſo nicht vorhin ſchon darzu gehört. Der Eingang deſſelben, wo es heiſſe, daß wegen der Herrſchaft Waldeck, Mißbach, und Wallenburg ſammt denen Schlierſiſchen Capitliſchen Gutsherrn, und etlicher derſelben hohen und niedern Obrigkeiten halber Differenzien entſtanden ꝛc. zeigete, daß die Irrungen nicht ex uno, ſed diverſo capite nach Beſchaffenheit der Güther entſtanden.

Die gleich darauf folgenden Worte, daß der von Maxelrein die Herrſchaft Waldeck, Misbach und Wallenburg mit allen Obrigkeiten haben, auch ſolcher hoch und niedern Gerichtsbarkeit halber als ein Vaſall des Reichs angeſehen werden ſolle, ſeye nach der gleich darauf folgenden wohlbedächtlichen inſerirten Clauſul zu verſtehen, ſo lang der Maxelreiner Mannesſtamm datire, daß mithin extincto hoc ſtemate ſich alles wieder aufhebe und jeder Ort in den Stand ſeiner Feudal- oder Allodialbeſchaffenheit zurückkehre.

Um aber die fundamenta, et titulos allodiales jeden Orts in ſeparato darzulegen; ſo ſeye

1) Wallenburg niemal ad feudum Imperii gerechnet, ſondern bis nun zu, als ein freyes Eigenthum behandelt worden. So ſeye auch dieſer Ort in keinem deren Lehenbriefen, wie z. B. Mißbach zu finden, ohnerachtet dieſer Markt unter die Herrſchaft Mißbach gehörig ſeye, und einerley Complexum mit derſelben ausmache.

2) Könne auch dieſer Ort tacite unter dem Namen Herrſchaft Waldeck nicht begriffen ſeyn, da das Schloß ſammt dem Hof Hergenbach cum appertinentiis Freyſingiſche Lehen, auch

3) ſelbſt nach der Theilung der Waldeckiſchen Brüder de 1431. von der Reichslehenbaren Herrſchaft **Waldeck** ganz ſeparirt ſeye. Da nun

4) die Anfangsworte des Vertrags: „daß *Maxelrein als ein Vaſall des Reichs* ꝛc. pro diverſitate tituli adventitii diverſo reſpectu zu verſtehen, zuſammen aber das ſub conditione reſolutiva bedungene Vaſallagium betreffen, welches extincto ſtemate ceſſire, ſo folge für ſich ſelbſten, und in Kraft des Vertrags, daß gleichwie Wallenburg denen Maxelreiniſchen Allodialerben quoad proprietatem et annexam juriſdictionem angehörig ſeye, auch nach denen mit denſelben ſich ereigneten Beyſpielen auch würklich von demſelben beſeſſen worden, auch ſich davon nichts zum Reichslehen ziehen laſſe.

Daß aber auch die Superioritas territorialis darüber ſich von dem Oberlande Bayern nicht trennen laſſe, zeige ſich aus dem, daß Wallenburg allezeit zur Bayeriſchen Landſchaft gehöret.

Wegen denen theils in dem Waldeckiſchen, theils in den dem Waldeckiſchen liegenden Capitliſchen Güthern ſeye abermals in dem Transact deutlich beſtimmt, daß die von Maxelrein zwar auch das Maleſiz, und das niedere Hof- oder Markgericht auf dieſen Güthern haben ſollen, jedoch, weder als ein Antheil des Waldeckiſchen Reichslehens, noch ſub titulo der auf Waldeck, Mißbach und Wallenburg, bis auf *Abgang des Mannsſtammes* cedirten *einsweiligen Jmmedietät*, wie ſolches der notable Beyſatz zeige, daß Maxelrein diesfalls, wie ein anderer Bayeriſcher Hofmarkherr zu betrachten ſeye:

daß

daß Waldeck ſchon während dem Maxelreiniſchen Reichs-Vaſallagio keine Herrſchaft, ſondern die Schierſteiniſchen Unterthanen untermiſchet, und pacto expreſſo ausgenommen geweſen. So ſeye *a pari* wegen der Herrſchaft Wald, unter einerley Bedingniß, auch einerley Geſtalt und Beſchaffenheit nach Abgang des Mannsſtammes vorauszuſehen, nur mit dem Unterſchied, daß die landesfürſtliche Obrigkeit cum ſuis Effectibus nur auf dem Capitliſchen ſchon während dem übrigen Maxelreiniſchen Reichs-Vaſallagio vor- und beybehalten, bey Waldeck, Misbach und Wallenburg hingegen, nach Erlöſchung des Stammes allein zugeſtandenem immediaten Reichs-Vaſallagio, der Rückfall dieſer Immedietät an Bayern ſtipulirt worden ſeye.

Die Herrſchaft Waldeck, oder den eigentlichen Diſtrict ſelbſten betreffend, lege ſich ex deductis dar, daß quoad proprietatem et Dominicalia, oder die dienende Gült, eben ſo wenig als zu Wallenburg ſich etwas unter den Reichslehen begreifen, oder vindiciren laſſe, da die Allodialerben ihren titulum praepoſitionis aus der Erbtheilung de 1497. und andern jüngern Kauf- und Tauſchbriefen hergeleitet hätten; wohingegen die dem Herrn Churfürſten zuſtehende Landeshoheit ſich deutlich aus denjenigen gegründeten Einwendungen entnehmen laſſe, ſo ſeine Vorfahren ſchon vor dem Vertrag in denen für Salzburg als Schiedsrichter gewechſelten Schriften denen Sandizeller- und Maxelreiniſchen Anmaſſungen jedesmal entgegen geſetzet, welche alle dahin gegangen, daß die von Waldecker, und ihre Succeſſoren wegen Waldeck und Mißbach als Landſaſſen erſcheinen, die Landſteuern mit bewilligen, und die Fürſten von Bayern nicht allein auf denen Vogtgüthern, ſondern auch auf allen des von Maxelrein Güthern, ſo viel deren im Fürſtenthum, auſſerhalb den Blut-

bännen zu Waldeck und Mißbach liegenden, die hohe und niedere Obrigkeit hergebracht.

Dieſen Principiis zu inhäriren halte ſich Elector ſeiner angebohrnen höhern — und ältern Lehenspflicht halber um ſo mehr verbunden, weilen Euer Kaiſerl. Majeſtät und des Reichs Herrlichkeiten dadurch nichts entgehen, auf welcher Seiten dieſer Theil zum Reichslehen recognoſciret würde, wohingegen dem Lande Bayern dergleichen Abtrennungen zu empfindlicher Schmälerung gereichen werde, und dahero hoffe, daß Euer Kaiſerl. Majeſtät ihm nicht verüblen würden, wenn er nach dem Beyſpiel ſeiner Vorfahren dasjenige dem Oberlande Bayern in ſchuldiger Lehenspflicht und unverrücktem Gehorſam zu genieſen, und zu verdienen ſich beſtrebe, was durch den feyerlichen Vertrag entſchieden und nicht mehr res dubia, controverſa aut altioris indaginis ſeye.

Es wird hierauf der Vertrag nochmalen beygelegt, und alldasjenige wiederhohlet, was in den vorigen Litt. und älteſten Reichshofrathsgutachten bereits vorgekommen, und der Schluß dahin gemacht, daß, wenn von einem Complexu feudi univerſali die Frage ſeyn könne, das in dem Vertrag ſo ſorgfältig bedungene Regiſter unnöthig geweſen ſeyn würde, worinnen es doch ausdrücklich heiſſe:

„Zum Vierten die Landesfürſtliche Obrigkeit „auf der Herrſchaft Waldeck, Wallenburg und Mißbach, ſonderlich auf Seiner Fürſtl. Gnaden eigenen „Güthern rc.“

II. In Puncto Laudemii ſeye Herr Churfürſt erſt bey Gelegenheit des Relevii, welches in Anſehung des erſten Uebergangs nach Auslöſchung des Maxelreiniſchen Stammes, zu präſtiren ſeye, unterrichtet worden, daß man einen doppelten Blutbann auf der Herrſchaft Waldeck zu haften vermeyntlich aus

der

der Urſach glaube, weilen es in dem Lehenbriefe heiſſe, die hohe und niedere Gerichte zu Waldeck und zu Mißbach, wo doch vor denenſelben nur ein Blutbann, oder der Blutbann, über das Blut zu richten, geſetzt ſeye, und beyde darauf benannte Orte, keineswegs, wie es von denen Wildbännen heiſſe, zwey Blutbänne, ſondern nur zwey unter einerley Herrſchaft gehörige Orte ausmachte, wovon eins der Mark, und das andere das Schloß ſeye; weshalb der Herr Churfürſt auch, ohnerachtet man in ältern Zeiten weniger gefordert, auch dafür halte, daß man ſich mit den angebotenen 2000 fl. begnügen werde. So viel endlich

III. den modum recipiendi inveſtituram belange, ſeye per deducta genugſam aufgeklärt, was eigentlich ad feudum Imperii gehörig, und inſonderheit unter dem Jure territorii verſtanden werde, nehmlich daß es dahier um keine ſonderbare von dem Lande Bayern abgeſonderte Reichsimmedietät, ſondern lediglich nur unter dem Nahmen einer Reichslehenbaren Herrſchaft, um den Blutbann, hoch und niedere Gerichte *cum annexis*, und um die Wildbänne zu thun ſeye, wobey es bekannt ſeye, daß alle dergleichen unter der Bayeriſchen Landſchaft, und Landesobrigkeit begriffene gemeine Reichslehen dem Hauptlehenbrief bereits inſeriret, und unter der formula generali Herrſchaft zu verſtehen ſeyen. Dieſem allen zufolg könne dennoch Elector nicht umhin, Euer Kaiſerl. Majeſtät nochmalen zu belangen, ihm die gebetene Inſertion, in den Hauptlehenbrief, ſammt der nothwendigen Leuteration, und Aenderung um ſo mehr zu bewilligen, als beydes der Vertrag, und inſonderheit das letztere, die Worte, alsdann neben anderen des Herzogen Regalien vom Reich zu Lehen zu tragen, und zu empfangen, deutlich mit ſich brächten, indem anſonſten dieſer Artikul ganz ausge-

ausgelaſſen und von des Herzogs andern Regalien gar nichts würde gedacht worden ſeyn. Es hindere auch dagegen nichts, daß der Innhalt der Maxelreiniſchen Lehenbriefen vor wie nach dem Vertrag uſque ad annum 1772. immer der nehmliche geblieben, indem ſolches gegen ihn Herrn Churfürſt von darum keine Würkung haben könne, weil aus dem Zuſammenhang des dati des Vertrags de 28. Jul. 1559. mit dem dato des nächſt vorhergehenden Lehenbriefs de 20. May anni ejuſd. der Umſtand erſcheine, daß die letzte Belehnung vor dem Vertrag annoch ſub litis pendentia genommen worden, und die von Maxelrein, weilen ihnen die Immedietät bis zum Ausgang ihres Mannsſtammes eingeräumet worden, die Aenderung der ſtrittig geweſenen Lehenbriefen zu begehren eben keine Urſach, — die Herzoge hingegen ſubſiſtente conditione in diem, ſo lang der Rückfall nicht offen geſtanden, hierzu, cum dies nondum venerit, keine Befugniß gehabt, nunmehro aber, nachdem, purificata conditione in diem, es auf eine neue Lehnung ſowohl, als auf Auszeichnung der Reichslehen ankommen ſolle, und Herr Churfürſt in dieſer Rückſicht nicht blos nach denen ſtrittig geweſenen Lehenbriefen, ſondern hauptſächlich nach dem Innhalt des Vertrags zu verhalten habe; ſo gehet deſſen ſchließliches Bitten dahin:

Ihn in re transacta et clara nicht erſt auf dunkle und ſtrittig geweſene Lehenbriefe anzuweiſen, ſondern die Belehnung dem Vertrag gemäß, bis zur Empfahung des Hauptlehens zu verſchieben, und den Waldeckiſchen reichslehenbaren Anfall dem Hauptlehenbrief mit der gebetenen vertragsmäſſigen Leuteration inſeriren, und ihn mit der bedroheten fiskaliſchen Klage nicht ferner beſchweren zu laſſen.

Votum

Votum.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr! Die ſämmtlich Euer Kaiſerl. Majeſtät in humillimis ſupra deductis vorgelegte Einwendungen, ſo der Herr Churfürſt Allerhöchſtdero in gegenwärtiger Sache erlaſſenen Reſolution de 21. Septemb. a. c. entgegen ſetzet, reduciren ſich ſoviel —

ad I. die Qualität des Reichslehens ſelbſten betriſt, in ſubſtantia dahin:

Elector halte ſich zu Verlangung einer Leuteration oder Benennung derjenigen Lehenſtücke, ſo er zu Lehen tragen ſolle, dadurch berechtiget, weilen ſeinem Benehmen nach die Generalität des Lehenbriefs dem anno 1559. mit denen Vorfahren des letzten Vaſallen und von Kaiſerl. Majeſtät beſtättigten Vertrag nicht derogiren könne, und es daher dermalen, wo es darum zu thun ſeye, daß extincto ſtemata der von Maxelrein das Reichslehen in vim expectativae Caeſareae an das Haus Bayern kommen ſolle, nothwendig die Frage auftrette, was Herr Churfürſt zu Lehen zu empfangen habe, und was nach dem Vertrag, als zu dem Lehen nicht, ſondern zu dem Herzogthum Bayern gehörig, an denſelben zurück falle.

In Entſcheidung dieſes fernerweiten Churfürſtlichen ſogenannten Leuterationsgeſuchs, muß gehorſamſter Reichshofrath theils ex priori Voto allerunterthänigſt wiederhohlen, theils fernerweit vorläufig Eurer Kaiſerl. Majeſtät zu Allerhöchſter Beurtheilung darlegen:

1) daß nach dem älteſten in dem Kaiſerl. Lehenarchiv vorfindlichen Lehenbrief, als allen nachfolgenden, die Enuntiation:

Die Herrſchaft Waldeck mit allen Oberkeiten, Herrlichkeiten, Rechten, Vogteyen, Zinſen,

Zinſen, Nutzungen, Gülten, Gerechtſamen und Zubehörungen,

ohnſtrittig Reichslehenbar ſeye, und daß daraus vor Eurer Kaiſerl. Majeſtät Lehenhof die rechtliche Vermuthung ſchon zum voraus erwachſe, daß alles, was ein Theil der Herrſchaft Waldeck ausmache, auch eo ipſo Reichslehenbar ſeye, oder wenigſtens ſo lange dafür gehalten werden müſſe, bis das Gegentheil rechtsbeſtändig dargethan ſeye.

2) Stellet ſich ein gleichmäſſiger Beweiß der Reichslehen- und Ohnmittelbarkeit dieſer Herrſchaft in dem dar, daß die Beſitzer derſelben ſowohl vor als nach dem (allegirten) Vertrag jederzeit bey denen Reichshandlungen erſchienen, und in hac qualitate von dem ganzen Reich, als Reichsmitſtände erkennet worden, da die Reichsabſchiede von dem Jahr 1557. bis ad receſſum Imperii noviſſimum ſich von dem reſpective Freyherrn und Grafen von Maxelrein mit unterzeichnet befinden. Eben ſo deutlich beſtimmt auch dieſe Ohnmittelbarkeit

3) das bey dem denen Freyherrn von Waldeck a Ferdinando II. anno 1637. ertheilten Grafenſtand, ausgefertigte Erhebungs-Diploma der Herrſchaft Waldeck in eine Reichsgrafſchaft, wann es darinn heiſſet:

Wir haben ihm die beſondere Gnade gethan, die Herrſchaft Waldeck mit allen deren Ein- und Zubehörungen in eine des heil. Röm. Reichs **freye und unmittelbare Grafſchaft**, als ein Mitglied des Bayeriſchen Kreiſes erhebt, zugethan, und einverleibt ꝛc. ſetzen und wollen, daß hinführo angeregte Herrſchaft

mit

mit allen deren Zubehörungen, Orten, Märkten und Ortſchaften, von jedermänniglich dafür gehalten, geachtet, die Grafſchaft von Hohenwaldeck genannt, auch uns und dem heil. Röm. Reich allein immediat unterworfen, und ſonſten von aller auch Landesfürſtlichen Obrigkeit ganz und allerdings eximiret und befreyet ſeyn, derſelben Inhaber auf allen des Bayeriſchen Kreiſes Conventibus und Kreißtägen, ihre Seſſion und Stimme, auch alle und jede Freyheiten, als andere ohnmittelbare Stände, und Grafen beſagten Kreiſes halten ſollen. Daß

4) dieſe ohnehin in facie totius Imperii geſchehene Erhöhung in eine Reichsgrafſchaft, am allerwenigſten dem Herrn Churfürſten in Bayern nicht ohnbekannt ſeyn können, iſt aus dem leicht abzunehmen, da er von der von Maxelreiniſchen Admiſſion als Grafen zum Bayeriſchen Kreiß, nothwendig als Mitkreißausſchreibender Fürſt die erſte Wiſſenſchaft hat erhalten müſſen, welchemnach hinzutritt, daß eben dieſe den Reichsgrafenſtand für ſich, und die Erhöhung ihrer Reichslehenbaren Herrſchaft in eine Reichsgrafſchaft, erhaltende Grafen von Maxelrein, in des Herrn Churfürſten Dienſten geſtanden, wie denn auch der Herr Churfürſt bey der anno 1638. mithin ein Jahr poſt erectionem in comitatum Imperii erfolgten Belehnung dem Grafen von Maxelrein, ſeinem Kämmerer und Oberſten, das dahier bey Reichshofrath producirte Atteſtat mit denen merkwürdigen Worten dahin

hin ertheilet: „Daß er ſeines Amts halber „zu Empfangung der Lehen über die gefreyte „unmittelbare Reichsgrafſchaft Hohenwaldeck „perſönlich nicht erſcheinen könne:“ und ſo wurde auch ferner im Jahr 1658. bey erledigtem Kaiſerl. Thron, Wolf, Graf von Maxelrein, von dem Churfürſten Ferdin. Maria als Reichs-Vicario ſelbſten in conformitate priorum inveſtiturarum beliehen. Aus welchem allen ſich dann folgern läſſet, daß man

5) die Reichsohnmittel- und Lehenbarkeit der Grafſchaft Hohenwaldeck, ſo wie ſie in denen Lehenbriefen, und dem Diplomate beſchrieben iſt, das iſt mit allen ihren Zubehörungen, in Zweifel zu ziehen, ſich nie habe zu Sinn kommen laſſen, indem man anſonſten bey dieſen zwey Zeitpuncten, nehmlich der Erhebung in eine Reichsgrafſchaft, und des verwalteten Reichsvikariats gewiß nicht würde verabſäumet haben, die nunmehro, von dem jetzigen Herrn Churfürſten ex transacto de 1559. jure proprio zu haben vermeynende hohe Gerechtſame ſorgfältig zu verwahren. Dieſem kommt noch

6) der bereits in priori humillimo Voto angeführte Umſtand hinzu, daß der Herr Vater des jetzigen Herrn Churfürſten ſelbſten dieſe Beſchaffenheit von Hohenwaldeck nicht mißkennet, und die Separatbelehnung in forma conſueta anzuſuchen, kein Bedenken getragen, und aus dem, dermal etwas ganz anderes beſagen ſollenden Vertrag, de 1559. keine andere Folge gezogen hat, als daß ihm dadurch die Anwartſchaft auf die Reichsherrſchaft verſichert ſeye.

Gleich-

Gleich wie nun ex his praemiſſis nicht zu beſtreiten iſt, daß die Familie von Maxelrein wenigſtens immediate ante transactionem de 1559. und von dieſer Zeit an dieſe der Reichsmatrikul einverleibte Herrſchaft cum omnibus appertinentiis als ein ohnmittelbares Reichslehen beſeſſen, ſo zeiget ſich auch ferner

7) aus denen der neueren Churfürſtlichen Vorſtellung ſub Litt. I. et K. beyliegenden reſolutionibus caeſ. de 1490. daß man in denen älteſten Zeiten ſchon die Beſitzer von Hohenwaldeck gegen die anmaßliche Bayeriſche landesfürſtliche Obrigkeit beſchützet, folglich die Ohnmittel- und Reichslehenbarkeit zum Grund geleget hat.

Und obgleich

8) aus dem ferneren daſelbſt vorkommenden adjuncto Litt. N. erſichtlich iſt, daß der jetztgedachten Kaiſerl. obriſtlehenherrlichen Weiſung ohnerachtet, die Herzoge von Bayern noch immer auf ihren Anmaſſungen einer Unterwürſigkeit der damaligen Beſitzer von Waldeck beharret; ſo zeiget doch das gleich darauf folgende fernere Adjunctum Litt. O. welches die Vergleichsvorſchläge, ſo man von Seiten des Kaiſerl. Lehenhofs zu Beylegung dieſer Irrungen gethan, enthält, daß man für richtig angenommen habe, daß die Obrigkeit, der Gerichtszwang, und Geleit der Herrſchaft Waldeck als Reichslehen anklebe, indem man das Expediens vorgeſchlagen, der Herzog ſolle dem Sandizeller dieſe Gerechtſame abkaufen, in welchen Kauf Kaiſerl. Majeſtät als Lehenherr willigen wollten.

So wie demnach aus angeführter der Sachen Bewandniß erhellet, daß ſich aus denen von dem Herrn Churfürſten neuerdings vorgelegten Adjuncten keineswegs ein hinreichender Beweiß darſtellet, als habe man von Seiten des Kaiſerl. Lehenhofs die Herzogl. anmaßliche Befugniß für rechtsbeſtändig angeſehen, ſondern daß man vielmehr im Gegentheil auf der Immedietät und Ohnabhängigkeit der Herrſchaft Waldeck von der Bayeriſchen Landesobrigkeit ante transactionem beſtanden, ſo kommt es noch darauf an, daß Eurer Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt vorgelegt werde, daß auch ſelbſten in dem Vertrage nichts enthalten ſeye, woraus ſich die nunmehro von dem Herrn Churfürſten behauptet werden wollende, der Bayeriſchen Landeshoheit unterworſene allodialitas von Grund und Boden der Reichsherrſchaft Waldeck zum Abbruch Euer Kaiſerl. Majeſtät obriſtlehenherrlichen Gerechtſamen mit Grund Rechtens herleiten laſſe.

In den vorigen älteſten Gutachten hat gehorſamſter Reichshofrath bereits angeführt, daß die in denen älteſten Lehenbriefen vorkommende ohnumwundene Ausdrücke, die Herrſchaft Waldeck, ihrem enthaltenden Verſtande nach die Ohnmittelbarkeit von Grund und Boden ohnwiderſprechlich beſtimme, daß dieſe reichslehenbare Herrſchaft denen Reichsmatriculn ſich einverleibet befinde, und daß ſich mit einer ſolchen Einverleibung in die Reichsmatriculn und Mitwürkung bey denen Reichshandlungen die Ohnmittelbarkeit der Glebae ſelbſten mit deſto gröſſerem Fug folgeren laſſe, als der bloſſe Beſitz reichslehenbarer Gerechtſamen ohne ohnmittelbaren Grund und Boden an ſich nicht conceptibel iſt *). Sollte aber auch würklich

*) Das Reichspoſtweſen gehört zur Ausnahme von der Regel.

lich nach dem Churfürſtlichen Angeben nicht der fundus ſelbſten, ſondern nur die darauf haftende Gerechtſame reichslehenbar ſeyn, ſo würde derſelbe keine andere, als qualitatem allodialem anhaben können, und hätte er dieſe, ſo würde nicht der Herr Churfürſt, ſondern die Allodialerben des von Maxelrein allenfalls diejenigen ſeyn, welche die Qualitatem non feudalem dieſer Herrſchaft, gegen den Kaiſerl. Lehenhof zu verfechten hätten. Dieſe, und nicht der Herr Churfürſt würden ebenfalls diejenigen ſeyn, ſo das dieſer Herrſchaft anklebende Votum auf denen Reichs- und Kreißverſammlungen zu führen, und die Reichs- und Kreißpräſtanda zu präſtiren, obliegen würde.

So wenig nun der Herr Churfürſt allem dieſem zufolge, noch nach denen Litteris inveſtiturae, noch der Natur der Sache nach Jure proprio einen rechtlichen Anſpruch auf dieſe Reichsherrſchaft machen kann, ſo wenig vermag ihm auch der Vertrag ſelbſt dießfalls eine ſolche Befugniß rechtsbeſtändig beyzulegen, wie ſolches Eurer Kaiſerl. Majeſtät gehorſamſter Reichshofrath in priori humillimo voto überzeugend vorgelegt zu haben erachtet, und nun annoch in Anſehung dieſes Vertrags überhaupt die Generalanmerkung hinzuzufügen nöthig erachtet, daß die in demſelben vorkommende Stelle, worin von denen von dem Herzog Albrecht, an die von Maxelrein abgetretenen Gerechtſamen geredet, und auch diesfalls dem von Maxelrein als einem dem heil. Röm. Reich allein unterworfenen Reichsvaſallen anerkennen zu wollen geredet wird, keineswegs dem Hauſe Bayern dieſe Gerechtſame als ohngezweifelt und rechtsbeſtändig, ſondern als vermeyntliche Gerechtſame beyleget, und ſowohl dadurch, als durch den Eingang des Vertrags zu erkennen gegeben wird, daß beyde transigirenden Theile zwar wegen denen der Herrſchaft Waldeck anklebenden Gerechtſamen im Streit befan-

 gen

gen geweſen, daß aber keineswegs dadurch von Seiten des von Maxelrein die Herzoglich Bayeriſcher Seits gemachten Anſprüche für rechtsbeſtändig anerkennt worden, wie dann auch überhaupt, wenn ſolcher würklich von denen von Maxelrein geſchehen wäre, denen Kaiſerl. obriſtlehenherrlichen Gerechtſamen eben wenig Nachtheil würde zugewachſen ſeyn, indem die nach deſſen Errichtung von des Kaiſers Ferdinandi Majeſtät ad petita Juris ertheilte Kaiſerl. Confirmation anderſt nicht als dahin gegeben worden:

„Daß durch ſolchen Vertrag Kaiſerl. Maje„ſtät und dem Reiche auf dem Heimfall der „Reichslehen, weder an Contribution noch in „einig anderm Weg vielweniger des heiligen „Reichs Lehen an ſich ſelbſten nichts benom„men ſeyn ſolle.“

Gehorſamſter Reichshofrath iſt dieſemnach des ohnzielſetzlichen allerunterthänigſten Dafürhaltens, daß eine Leuteration und Benennung der Lehenſtücke, ſo nunmehr nach Erlöſchung des Maxelreiniſchen Stammes dem Herrn Churfürſten zu Bayern, von Euer Kaiſerl. Majeſtät verliehen werden ſollen, lediglich ohnnöthig, und der Herr Churfürſt gehalten ſeye, die Grafſchaft Hohenwaldeck mit allen ihren Zubehörungen rc. ſo wie ſie der von Maxelreiniſchen Familie von jeher verliehen worden, zu empfangen ſchuldig ſeye.

ad II. Sind gleichergeſtalt die in puncto Laudemii Churfürſtlicher Seits gemachte Einwendungen um ſo ohngegründeter, als die von Maxelrein bereits im Anfang dieſes Seculi 4000 fl. gezahlt, und Reichshofrath in Anſehung der Laudemien immerhin andere Principia geheget, wann die Lehen in Familia geblieben, und wann ſie ad alium plane novum poſſeſſorem gediehen, und gleich wie endlich

ad

ad III. in puncto: modi recipiendi inveſtituram in der neueren Churfürſtlichen Vorſtellung lediglich nichts enthalten iſt, das nicht bereits desfalls ſchon in dem vorigen allerunterthänigſten Gutachten vorgekommen, ſo würde nach gehorſamſten Reichshofraths ohnvorgreiflichen Meynung der Herr Churfürſt nach der allerunterthänigſt angebogenen Formula concluſi ſchlechterdings zu Gelebung Euer Kaiſerlichen Majeſtät Allerhöchſten Reſolution de 21. Sept. a. p. anzuweiſen ſeyn.

Womit ſich gehorſamſter Reichshofrath zu Euer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſten Kaiſerl. Hulden und Gnaden allerſubmiſſeſt empfiehlt.

Ita concluſum in Conſilio Imperiali Aulico die 20. Sept. 1773.

PRAESENTIBUS.

Excell. D. P. Com. ab Harrach.

D. C. a Sternberg.	D. Bar. ab Hill.
Würben.	Gärtner.
Firmian.	Munich.
Kageneck.	Heſs.
Lippe.	Dittmar.
Grävenitz.	

et me Secretario de —

Lectum vero et approbatum die 24. Decemb. ejusd. anni, praeſentibus iisdem nec non Excellentiſſimo

D. V. P. D. P. ab Hagen.	D. B. a Partenſtein.
D. C. ab Ueberacker.	Braun.
D. C. a Kaunitz.	Steb.
Windiſchgrätz.	Mauchart,
Wurben.	

abſente autem ex ſupradictis D. C. a Lippe.

Gefängliche Niederwerfung eines Kaiſerl. Executionscommando wegen unterlaſſener Requiſition des freyen Durchmarſches; und Verluſt der Reichsunmittelbarkeit zur Strafe des Ungehorſams gegen Kaiſerl. Befehle.

Zwey Merkwürdigkeiten in der Maſſenbacher Sache.

Es iſt bekannt, daß der Reichsritterſchaft, wenn ſie in die Nothwendigkeit verſetzt wird, mit gewaffneter Hand ihre Unterthanen zur Gebühr und Schuldigkeit anzuhalten, nicht leicht ein andrer Weg übrig bleibt, als die Befehlshaber der Kaiſerl. Feſtungen um die erforderliche Mannſchaft zu erſuchen, welche ihr ſodann in Gemäßheit einer Generalweiſung des Hofkriegsraths zugeſtanden zu werden pflegt.

Bekannt iſt ferner, daß ſie dabey in neuern Zeiten angewieſen worden iſt*), fürs Künftige, wo ſie eine Militärexecution zu verrichten habe, und der benachbarten Fürſten und Stände Territorien betreten müſſe, denſelben vorher die Execution, wie

*) Steigerwald am 14. Octob. 1732.

wie es ſich zieme, bekannt zu machen, ob ſich gleich nur wenig Jahre früher der Reichshofrath geäuſſert hatte: „daß die beſondern in das Reich erlaſſenen „Patente, welche bey Betretung fremder Territo„rien den landesherrlichen Regierungen oder nach„geordneten Beamten im Original oder in beglaub„ter Abſchrift jedesmal vorzuzeigen der Ritterſchaft „obliege, das erforderliche Kaiſerl. Anſinnen und „Befehl ſchon in ſich enthielten, wornach Chur„fürſten und Stände des Reichs, ohne andre bey „dergleichen ritterſchaftlichen — gegen ihre Mitglie„glieder, Güthêrbeſitzer und Unterthanen — vorzu„nehmen nöthigen und auctoritate Caeſarea von „obriſtrichterlichen Amts wegen zu vollziehen kom„menden Executionen, nicht herkömmliche — Spe„cialrequiſitorialien, ſich zu achten, und ſelbige „allerdings zu reſpectiren hätten.“ *)

Minder bekannt iſt es aber, daß ein ziemlich ſtarkes Commando der Philippsburger Beſatzung, als es im Jahre 1773. gegen die zahlungsſäumigen Unterthanen zu Maſſenbach im Craichgau auf Execution ausrückte, unterwegs im churpfälziſchen Landſtädtchen Hilsbach gefänglich niedergeworfen; oder, wie es in der churpfälziſchen Vorſtellung heißt, von der dortigen Bürgerſchaft mittelſt

*) Man vergleiche Kerners reichsritterſchaftliches Staatsrecht Th. 2. S. 289. 290. woraus dieſe Stelle genommen iſt.

Sperrung der Thore in ihrem erſten Schrecken in Empfang genommen wurde, weil es ſich ohne alle Requiſition, oder auch nur ohne eine wegen gehöriger Verpflegung übliche Benachrichtigung eingefunden habe.

Folge dieſes Vorgangs war — von Seiten des Kaiſers — die Forderung öffentlicher Genugthuung, und von Seiten des churpfälziſchen Hofs — der alle Schuld dem Amtseifer ſeines Stadtſchultheißen in Hilsbach beymaß — eine gewiſſe äuſſere Nachgiebigkeit, die wenigſtens in der gegenwärtigen Periode zu den ſeltnen Erſcheinungen in der Pfalz gehören würde.

So weit das Factum! — In rechtlicher Hinſicht wird ſchon jedem Leſer die bekannte Stelle in der Wahlcapitulation Art. 4. §. 15. eingefallen ſeyn, worinn der Kaiſer namentlich verſpricht, weder ſeine eigne, noch ſeine etwanigen Hülfsvölker anders, als nach vorhergehender, gewöhnlicher Requiſition durch der Churfürſten und Stände Lande einen unſchädlichen Durchzug nehmen zu laſſen.

Deſto merkwürdiger iſt daher die jetzige Behauptung des Reichshofraths, daß eine ſolche Benachrichtigung nur alsdann nothwendig ſey, wenn die Executionsmannſchaft eine Feſtung, oder ſonſt einen mit regulärer Miliz beſetzten fremdherr-

herrſchaftlichen Ort betrete, oder auch in eines benachbarten Standes Land Nachtquartier oder Stilllager nehme.

Ein andrer Punct, mit dem ſich der Innhalt der beyden folgenden Reichshofrathsgutachten beſchäftigt, iſt die Beſtrafung Joſephs von Maſſenbach, der die Renitenten zu einem widerrechtlichen Recurſe an den churpfälzer Lehenhof verleitet, und ſie aller Kaiſerl. Verbote ungeachtet darinn fortwährend geſteift hatte, ohne ſich deßwegen im mindeſten und ebenfalls der allerhöchſten Auflage zuwider gehörig zu verantworten.

Iſt es etwas Auffallendes, daß er ſeinen Ungehorſam mit dem Verluſte der Unmittelbarkeit und ſeines Einkommens, nächſtdem aber auch noch mit einer beſondern Geldſtrafe von fünfzig Mark löthigen Goldes büſſen mußte; und ſieht man ſich nach der Rechtfertigung eines ſolchen Verfahrens um, ſo leſe man zuvor folgende Stelle eines beliebten reichsritterſchaftlichen Schriftſtellers *), die hier ganz eingerückt zu werden verdient:

„Ueberhaupt iſt nicht nur in dem Fall eines „ordnungswidrigen Betragens gegen den „Ortsvorſtand, ſondern ſo oft ein ritter„ſchaftliches Mitglied demjenigen, wozu es

 „durch

*) Kerner l. c. Seite 186 — 189.

„durch die verglichene Ordnungen und „Receſſe verbunden iſt, nicht nachkommt, „die Ausſchlieſſung aus der Genoſſenſchaft „immerhin das der Sache angemeſſenſte „Verfahren, über welches ein ſolches Mit„glied ſich zu beſchweren um ſo weniger „Urſache haben kann, da es den zwiſchen „ihm und der Genoſſenſchaft beſtandenen „Vergleich zuerſt gebrochen, und dadurch „jene zu Aufhebung deſſelben berechtiget „hat.“

„Natürlicher Dinge kann dieſe Aus„ſchlieſſung nicht wegen jeder kleinen wie„derum gutzumachenden Uebertretung der „genoſſenſchaftlichen Geſetze ſtatt finden; „wenn aber das Betragen und die Auffüh„rung eines Mitglieds entweder das Anſe„hen der Reichsohnmittelbarkeit und ſeine „adeliche Ehre befleckt und alſo ſolches ſich „ſelbſt ſo weit erniedriget, daß ſeine Geſell„ſchaft den übrigen Genoſſen zur Schande „gereichen würde, oder wenn aus ſeinem „Benehmen offenbare und vorſetzliche Ver„achtung gegen die verglichenen Geſetze her„vorleuchtet, ſeine Handlungen auf den „Schaden der Geſellſchaft abzwecken, und „bey ihm alles Geſchicke zu Beförderung „des gemeinen Zwecks aufhört, alsdann

„kann

„kann und darf ſich die Genoſſenſchaft „eines ſolchen Mitglieds durch die wirkliche „Ausſchlieſſung entledigen.“

„Dieſe Ausſchlieſſung iſt von gedoppel„ter Art, je nachdem ein ſolches Mitglied „entweder blos von den Conventen ausge„ſchloſſen, und ſeines Sitz- und Stimm„rechts auf ſolchen beraubt, oder aber ihm „auch ſeine Unmittelbarkeit und alle die „derſelben anklebenden Rechte entzogen „werden.“

„Die erſte Art von Ausſchlieſſung kön„nen die Cantone für ſich allein vor„nehmen, und es geſchiehet ſolches vor„züglich wegen unſtandesmäßiger Auffüh„rung, wegen Mißheurathen, Treibung „unanſtändiger Profeſſion, Annehmung „eines Bürgerrechts, übertriebener Schul„denmacherey und Veräuſſerung aller be„ſeſſenen Güther, auch Verletzung des den „Directorialen ſchuldigen Reſpects.“

„Wenn aber einem Reichsritter ſeine „Unmittelbarkeit, und mit ſolcher alle die „davon abhangenden Rechte entzogen wer„den ſollen, ſo iſt erforderlich, daß der „Ortsvorſtand von den Vergehungen deſ„ſelben allererſt einen Officialbericht an den „Kaiſer erſtatte, da dann, wenn der ange-

„klagte

„klagte Theil zuvor über das ihm Schuld-
„gegebene gehört, und hierauf wirklich für
„ſchuldig befunden worden, derſelbe ſeiner
„Reichsunmittelbarkeit durch eine Kaiſerl.
„Reſolution für verluſtig erklärt und dem
„Ortsvorſtand aufgetragen wird, ſolches
„ſämmtlichen Ortsmitgliedern bekannt zu
„machen, ſolches per Edictales zu publi-
„ciren, auch nach Beſchaffenheit der Sache
„ſeine Güther vermöge Kaiſerl. Auftrags
„zu ſequeſtriren.“

„Handlungen, welche der ritterſchaft-
„lichen Verfaſſung gefährlich werden, und
„die Umſtoſſung und Zernichtung der
„Grundſätze, worauf ſelbige ruhet, bewir-
„ken könnten, ſind es hauptſächlich, welche
„mit dem Verluſte der Immedietät beſtraft
„zu werden pflegen.“

Man wird einräumen müſſen, daß dieß die vortheilhafteſte Seite iſt, von welcher der Verluſt der Unmittelbarkeit als Strafe des Ungehorſams angeſehen werden kann.

Aber iſt es auch gerade diejenige Anſicht der Sache, mit der ſich der Geiſt unſrer deutſchen Reichsgeſetze, oder die Analogie derſelben, oder die natürliche Billigkeit ſo leicht vereinigen läßt; daß gar kein Einwurf, kein erheblicher Zweifel dagegen mehr übrig bleiben ſollte? —

Wenn

Wenn der Haupterkenntnißgrund hiervon in dem ganzen zwanzigſten Artikel der Wahlcapitulation von Privations- und Achtsſachen liegt, worin es gleich vornen herein heißt:

„Abſonderlich ſollen und wollen Wir aber „auch darauf halten, daß hinführo nie„mand, hohen oder niedern Standes, „Churfürſt, Fürſt, oder Stand, oder an„derer, ohne rechtmäßige und genugſame „Urſache, auch ungehört und ohne Vor„wiſſen, Rath und Bewilligung des heili„gen Reichs Churfürſten, Fürſten und „Ständen, in die Acht oder Oberacht ge„than, gebracht und erklärt, ſondern in „künftigen Caſibus darinn nach Beſchaffen„heit des Verbrechens, auf die Acht oder „Privation, entweder von Kaiſerl. Fiskal„amts wegen, oder auf Anrufen des lädir„ten und klagenden Theils zu procediren, „und in Rechten zu verfahren, und dar„über Wir entweder an dem Reichshof„rath, oder Kaiſerl. und Reichskammer„gericht pro adminiſtratione iuſtitiae „angerufen und imploriret worden, zufor„derſt in Decretirung oder Auslaſſung deren „auf die Reichsacht oder Privation gebe„tenen Ladungen und Mandaten, ſodann „in der Sachen weiteren Ausführung bis

„zum

„zum Beſchluß auf des heiligen Reichs-
„hierüber vorhin gefaßte Geſetze und Kam-
„mergerichtsordnung genaue und ſorgfäl-
„tige Achtung geben, damit der Angeklagte
„nicht präcipitiret, ſondern in ſeiner haben-
„den rechtmäßigen Defenſion der Noth-
„durft nach angehöret werde.“

und noch am Ende (§. 11.) ausdrücklich hinzugefügt wird:

„Soviel das Bannum Contumaciae be-
„langt, wollen Wir ſelbiges, als ein aus
„vielen Conſiderationen unzulängliches Mit-
„tel gar abthun, und es in civilibus cauſſis
„auch bey denen civilibus coërcendi et com-
„pellendi mediis bewenden laſſen;

ſo wird ſich die Anwendung leicht von ſelbſt machen.

Denn ob es gleich ſchon Moſer als etwas Auffallendes bemerkt hat *), daß in dieſen Stellen nicht ſo, wie an vielen Orten der Wahlcapitulation ausdrücklich der Reichsritterſchaft gedacht worden iſt, ſo würde es doch zu viel geſchloſſen ſeyn, wenn man darum ein privilegium odioſum gegen dieſelbe annehmen wollte.

Die

*) In ſeinen Betrachtungen über die Wahlcapitulation Joſeph II. Th. II. Seite 262. Anmerk. 2.

Die Geſetze ſelbſt ſprechen vielmehr deutlich genug für ſie, wollen jederman hohen oder niedern Standes, Churfürſten, Fürſten, Stände und andre von der willkührlichen Privation ausgeſchloſſen, das bannum contumaciae ganz abgeſchafft wiſſen; — warum ſollte nun gerade die Reichsritterſchaft einem Verfahren unterworfen bleiben, deſſen Härte und Zweckwidrigkeit von der ganzen geſetzgebenden Gewalt anerkannt worden iſt? —

Billig, ja nothwendig muß daher auch bey ihr das civile coërcendi et compellendi medium, wie ſich das Geſetz ausdrückt, angewandt werden, und die Vernichtung des bürgerlichen Daſeyns wegfallen, ſobald eine Geldbuſſe hinreicht, dem Endzwecke der Verfaſſung Genüge zu leiſten.

XXIV.

Reichshofrathsgutachten in Sachen Georg Wilhelm von Maſſenbach contra deſſen Unterthanen zu Maſſenbach vom Jahre 1773.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Euer Kaiſerl. Majeſtät kann gehorſamſter Reichshofrath allerunterthänigſt nicht ohnverhalten, wie in gegenwärtiger Sache derer Unterthanen zu Maſſenbach gegen ihren Condominum Georg Wilhelm von Maſſenbach, dieſelbe allerhand Beſchwerklagen in bloſſen Civilſtrittigkeiten gegen jenen vor der Reichsritterſchaft in Schwaben Orts Creichgau, als der behörigen Orts Obrigkeit, an- und vorgebracht, nachhin aber hievon ab- und mit den rechtswidrigſten, höchſtverpönten Recurſen an Churpfalz, als Lehenherrn gegangen, daſelbſt auch alle Unterſtützung ihnen gereichet, und dadurch geſteifet, aller Gehorſam denen reichsritterſchaftlichen Befehlen und Geboten entſaget worden ſeye, auf Anzeige auch hievon der Reichsritterſchaft und ſich erbittender Kaiſerl. Hülfe, gehorſamſter Reichshofrath mit denen reichsgeſetzmäßigen Verordnungen, ſowohl gegen Herrn Churfürſten zu Pfalz, als gegen dieſe refractariſche Unterthanen mittelſt

mittelſt den Reſcriptis dehortatoriis et Patentibus fürzugehn, und zuletzt ſolche renitentiſche Untertha⸗nen anwieder zu dem unterthänigen Gehorſam zu bringen, mit der wirklich Kaiſerl. Militarexecution durch die nahe gelegene Kaiſerl. Mannſchaft zu Phi⸗lippsburg mit freundſchaftlicher Communicirung des allhieſigen Kaiſerl. Kön. Hofkriegsraths ſeiner Schul⸗digkeit nach zu Werk zu gehen, nicht entſtehen kön⸗nen, wie nicht minder gegen den Herrn Churfürſten auch rejectis Exceptionibus reſcriptum paritorium bereits erkannt worden; welches endlich den guten Erfolg gehabt, daß ſämmtliche Renitenten in Anno 1771. ſich würklich anwieder ſubmittirt, von allem Recurs und Anhang an Churpfalz abgeſtanden, ſich nicht mehr künftighin dahin zu wenden, unter Be⸗reuung ihres Fehlers und Ungehorſams zugeſaget, auch die durch ihr widerſpänſtiges Betragen, ver⸗anlaßte aufgeloſſene Executionskoſten nach gemachter Repartition in ſechs Jahrzielern abzutragen gut⸗willig einverſtanden, und ſolches erſtes Ziel wirk⸗lich insgeſammt entrichtet haben, wie bis hiehero Reichsritterſchaft in ihren erſtatteten Berichten ange⸗zeiget. Sub Praeſ. 2. curr. kommet aber nunmehro einem Kaiſerl. Reichshofrath durch Inſinuatum in Freundſchaft von dem Kaiſerl. Kön. Hofkriegsrath dahier die ohnvermuthete Nachricht, ſo demſelben durch den Commandanten in Philippsburg zugegan⸗gen, daß auf abermahliges an denſelben von Reichs⸗ritterſchaft erlaſſenes Anſuchen, indem ſie Untertha⸗nen bey dem mit Ende 1772. vorgeweſten zweyten Ziel der Executionsköſten neuerdings renitendo die Zahlung verweigert, und zu Verachtung der Kaiſerl. Befehle, an Churpfälziſchen Hofkammerrath und Amtskeller Jung zu Hilſpach ſich wieder gewendet, ja ſogar ſich vor ſelbem auf deſſen Erfordern zu Schlüch⸗tern bey einem mit ihnen eigenmächtig vorgenomme⸗

nen Verhör geſtellet hätten, den 13. Febr. a. c. ein Kaiſerl. Militärcommando von 30 Köpfen unter dem Commando des Unterlieutenant le Comte nacher Maſſenbach abmarſchieret, ein ſolches aber im Durchmarſche des Churpfälziſchen Städtleins Hilſpach unter Zulauf über 1000 Bauern umrungen, entwaffnet, und nebſt dem ritterſchaftlichen Commiſſario Bauer daſelbſt den 14. Febr. arreſtiret worden wäre; worüber ſich Kaiſerl. Hofkriegsrath die unbeſchwerte Aeuſſerung ungeſäumt erbitte, derſelbe auch ſub praeſ. 9. curr. den indeſſen vom Commandanten erhaltenen, umſtändlichen, weiteren gründlichen, eingezogenen Rapport mit ſich erbittender beliebiger Aeuſſerung hierwegen in Freundſchaft anhero gelangen laſſen, nach welchem dann ſich folgender Hergang äuſſere:

Daß nehmlich den 14. Febr. dieſes 31 Köpfe ſtarke Commando von der Nachtſtation Michelfeld nach Maſſenbach zu marchirend unter Führung eines ritterſchaftlichen Marſch-Commiſſarii abgerücket, und nachdem ſie aus einem Wald heraus Hilſpach zu marſchiret, und durch den Bothen über einen der Stadt zu gehenden Wieſenfußſteig, den der Unterlieutenant mit dem Pferde nicht paſſiren kunte, und alſo in dem Fahr Weg bleiben mußte, ohne was widriges zu vermuthen, als ſie im vorigen Jahr dieſen Weg öfters zur Execution nach Maſſenbach ohne Anſtand paſſiret, fortgerückter eher an das Städtlein Hilſpach, als der Unterlieutenant gelangt wären, daſelbſt das groſſe Thor aber verſchloſſen, und das kleine darneben befindliche Thörlein nur offen gefunden, dadurch Mann für Mann defiliret, und ſich ſogleich wieder formirt hätten, darauf etwas weiter fortgegangen, ſogleich Lermen geworden, aus denen Häuſern über 200 Mann Bürger und Bauern mit Gewehr, Stangen und Senſen verſehen, heraus-

geſprun-

geſprungen, ſie, die Mannſchaft umringet, und von ihnen das Gewehr abgefordert hätten.

Daß zugleich das vordere Thor geſchloſſen worden, und ohngeachtet ihnen von der Mannſchaft geſagt wurde: Sie ſeheten, daß Sie Kaiſerl. Truppen wären, die aus allerhöchſtem Befehl nacher Maſſenbach auf Execution müßten, ſolches nichts geholfen, ſondern immer die Gewehr ihnen abgefordert, wo ihnen jedoch abermal replicirt wurde, ſich deſſen zu enthalten, und ſich an der Kaiſerl. Mannſchaft nicht zu vergreiffen, ſonſt ſie Feuer auf ſie geben, und ſich bis auf den letzten Mann wehren würden.

Daß während dem auch daſiger Stadtſchultheiß mit einigen ohnweit der Stadt in einem Wald verſteckten 300 Bauern zum untern Thörlein hereingekommen, und wie vorhin immer, ſelbſt das Gewehr von ihnen abgefordert, wo ſie aber wieder erwiedert: daß ſie eher ſterben, als ihr Gewehr aus Handen geben würden, worauf Stadtſchultheiß dem Tambour die Trommel hinwegreiſſen wollen, der aber und ſie Mannſchaft es nicht zugelaſſen, nochmalen ihm Stadtſchultheiß ſagend: wofern auf ſie ein Schlag oder Schuß geſchehen würde, ſie ſogleich Gewalt mit Gewalt abtreiben, und Feuer auf ſie geben: wo dann endlich Stadtſchultheiß zu verſchiedenen malen ihnen geſagt: daß er Befehl habe vom daſigen Hofkammerrath und Amtskeller Jung, das Commando zu arreſtiren, bis der weitere Befehl von Mannheim aus anlangen werde, wo ſie in ſolang verpfleget werden würden: da ſie ſofort in einer engen Gaſſen alſo eingeſperret, von ſoviel 100 Köpfen übermannet, ſich auf Anweiſung des Stadtſchultheiſſen in zwey Wirthshäuſer einquartiren laſſen, wo ſie jedoch ihr Gewehr bey ſich im Zimmer behalten. Daß während dem auch der Unterlieutenant le Comte

 einen

einen Büchſenſchuß weit von der Stadt in einem Hohl⸗weg von acht mit Gewehr verſehenen Bauern eben⸗falls überfallen, arreſtiret, und ſo in die Stadt zum Stadtſchultheiſſen geführet worden ſeye, der ihn ge⸗fragt: Aus was für einem Befehl er daher marſchire: dem er geantwortet: auf Allerhöchſten Kaiſerl. Be⸗fehl zur Execution nach Maſſenbach, wie der ritter⸗ſchaftliche Marſch⸗Commiſſarius es bezeugen werde; ſelber wieder in Antwort gegeben: es wären keine Requiſitorialſchreiben ergangen, durch das Churpfäl⸗ziſiſche marſchiren zu dörfen, er alſo Befehl habe, das Commando zu arreſtiren, und ſchon geſtern den 13. Abends aller Orten, wo ſie durch zu paſſiren hätten, alle Anſtalten hierzu getroffen worden wären. Daß hierauf auch gleich der ritterſchaftliche Marſch⸗Commiſſarius durch 20 Bauern eingeführet worden, wo ſie beyde gegen das factum proteſtiret, und es allerhöchſter Orten ſogleich einzuberichten gemeldet hätten, ſofort zuſammen in ein Wirthshaus ebenfalls einquartirt, der ritterſchaftliche Commiſſarius durch Bauern verwachet, jedem der Mannſchaft täglich Suppe, Fleiſch, Gemüß und 2 Pfund Brod abge⸗reichet worden, auch Officier und Gemeiner den Tag hindurch in der Stadt herum gehen können, einen Bothen aber, noch Soldaten an den Commandan⸗ten von Philippsburg mit dem Rapport abzuſchicken nicht erlaubet war; wo ſie ſo bis den 19. Febr. Abends gegen 4 Uhr verblieben, wo Amtskeller Jung zum Unterlieutenant gekommen, ihm ſagend: daß er nunmehro fortmarſchiren könne, zugleich in ſeiner Ge⸗genwart dem Wirth befehlend, von nun an nicht das geringſte, auch nicht um baares Geld, der Mann⸗ſchaft abzureichen; er Unterlieutenant ſofort noch ſel⸗ben Abend mit der Mannſchaft ab und nach Maſſen⸗bach zu marſchiret, wo er durch einen Pfälziſchen Commiſſarium bis auf die Gränzen begleitet worden,

und

und der Abmarſch mit klingendem Spiel geſchehen; wo ſodann, nachdem zwar verſchiedene deren Widerſpenſtigen bey ihrer Anlangung, als ſie geſehen, daß ſie von Churpfalz nicht ſouteniret wären, wieder davon geloſſen, Tags darauf jedoch, wo ein Churpfälziſcher Beamter in Maſſenbach angelanget, und ihnen Bauern Zweifels ohne Gelder überbracht, ſich gleich wieder eingefunden, das Commando den 24. auf Weiſung der Reichsritterſchaft wieder von Maſſenbach ab- und den 25. in Philippsburg einmarſchiret ſeye.

Inzwiſchen hat jedoch zugleich der allhieſig Churpfälziſche Geſandte Freyherr von Ritter durch ein dem Reichshofvicecanzlern, Herrn Fürſt von Colloredo de dato 4. Martii überreichtes gehorſamſtem Reichshofrath communicirtes Promemoria ſothanen Fürfall zu Hilſpach dahin angezeiget, daß bey dem auſſerordentlichen Betragen, als ohne mindeſte Requiſition, oder auch nur einer wegen behöriger Verpflegung üblicher Benachrichtigung ein Commando ſogleich im erſten Anfall ohnbekannt ſeyn müſſender militäriſcher Mannſchaft von 34 Köpfen ſich auf einmal eingefunden, ſolches dortige Bürgerſchaft in ihrem erſten Schrecken veranlaſſet, ſelbes mittels Sperrung der Thoren in Empfang zu nehmen, und in zwey Wirthshäuſer einsweilen zu verlegen, bis Verhaltungsbefehle eingeholet ſeyn können; ſothaner ungewöhnlicher Auſtritt auch, wo ſich endlich veroffenbaret, daß es ein anderweites zur Execution nach Maſſenbach geführtes Commando geweſen ſeye, von dem Herrn Churfürſten auf Erfahren, als ganz unerwartet angeſehen worden zu ſeyn conteſtiret, und dahero vorläufig ad avertendum quodcunque praejudicium einsweilen allerehrerbietigſt berühret, daß Herr Churfürſt ohne mindeſten Verzug und aus vordringender Verehrung für Ihro Kaiſerl.

Majeſtät dies ganze Commando ohne geringſten Aufenthalt nnd Anſinnung einiges Erſatzes deren Abzugskoſten wieder zu entlaſſen, und auf die Landſtraſſe zu verweiſen, auch über dieſe Begebenheit noch einen beſondern Nachtrag zu der bereits verfertigten Paritionalanzeige in der Hauptſache Eurer Kaiſerl. Maj. überreichen zu laſſen, ſogleich verordnet habe.

Mit der noch weiteren Verſicherung zum voraus, daß wann ſich noch beſondere Umſtände veroffenbaren ſollten, welche Allerhöchſt Kaiſerl. Majeſt. in dieſem ganz ohnvermutheten und bereits abgeſtellten Vorfall noch unangenehm ſeyn könnten, auch alldasjenige vorgekehret werden würde, was eines Theils die Gemüthsbilligkeit Eurer Kaiſerl. Majeſtät und andern Theils die reichsgeſetzmäßige Obliegenheit eines Reichsſtandes gegen ſein Allerhöchſtes Oberhaupt nur immer erfordern könne.

Aus bisherig allergehorſamſt Vorgetragenem iſt wohl erſichtlich, daß dieſe nacher Maſſenbach gezogene Mannſchaft, der auf ſolche gewaltthätig und verächtliche Art Churpfälziſcher Seiten begegnet werden wollen, ein wegen der Renitenz derer Maſſenbacher Unterthanen erforderliches abermaliges würkliches Kaiſerl. Militarexecutionscommando geweſen, da nicht unbemerkt hiebey gehorſamſter Reichshofrath laſſen kann, daß bereits in denen vorigen Verordnungen de 21 et 28 Juni 1771. ihr der Reichsritterſchaft allerdings aufgetragen geweſen, bey fernerer Beharrlichkeit deren Renitenten und Churpfälziſcher Unterſtützung die jedesmalige ſchleunige Rückkehr, auch allenfalſige Verſtärkung des Commando von Philippsburg anzuſuchen, und ſich derſelben Mannſchaft zu Abtreibung alljenen, ſo gegen die Kaiſerl. Befehle weiter thätiges unternommen werden ſolle, von wem immer ſolches ſeyn wolle, mit nöthiger Gegengewalt zu gebrau-

gebrauchen, wornach dies von des Herrn Churfürſten ſeinen Beamten und Dienern in Hilſpach fürgegangene factum der Arreſtirung eines Kaiſerl. Executions-commando um ſo ärgerlicher und ſträflicher wird, als es gar, nach eigener Geſtändnis des daſigen auf Befehl dortigen Amtskellers Jung ſich darzu gebrauchten Stad ſchultheiß an dem Unterlieutenant recht praemeditate und mit gutem Vorbedacht ausgeübet worden zu ſeyn, ſich darzeiget, wogegen auch durch die unterlaſſen ſeyn ſollende Requiſition von Seiten der Reichsritterſchaft, oder wenigſtens einer vorherigen Benachrichtigung wegen des Durchmarſches durch das Churpfälziſche einer Militarmannſchaft ein ſolches ſich nicht beſchönigen läßt, indem doch in modo hiebey immer ſchwer ſich vergangen bleibet, wie der Herr Churfürſt es ſelbſten vor ſeine Perſon wohl erkennet, als gleich nach erhaltener Nachricht ſolches Commando ohnverzüglich wieder zu entlaſſen, die einsweilige Verpflegung deſſelben ſelbſten dem Amt Hilſpach zu Laſt zu laſſen, und es unter klingendem Spiel in ſeinem weiteren ohngehinderten Marſche durch einen ſelbſtigen Churpfälziſchen Commiſſarium zu begleiten, von demſelben ohne Anſtand veranſtaltet worden, woraus eben und aus deſſen vor Eurer Kaiſerl. Maj. durch ſeinen allhieſigen Geſandten gethaner gänzlicher Deteſtirung gehorſamſter Reichshofrath ein ſolches Verfahren keineswegs aus Befehl und Anweiſung des Herrn Churfürſten geſchehen zu ſeyn bis anhero finden kann, und ſolches wohl gröſtentheils durch den daſelbſtigen keckmüthigen Amtskeller Jung veranlaſſet worden zu ſeyn, dafür halten muß. Gleichwie aber eine dergleichen Vergreiffung an den Kaiſerl. militariſchen Executionen ein ſolches Beginnen, daraus die Beleidigung Eurer Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſten Perſon ſelbſten, und des Kaiſerl. Anſehens im Römiſchen Reich, aumit die ſträflichſte Verachtung Eurer

Kaiſerl. Majeſtät aufhabenden ſchweren obriſtrichterlichen Amts im heil. Röm. Reich offenbar hervorleuchtet, wo, wann dergleichen ganz ungeahndet hintangehen gelaſſen werden ſolle, Kaiſerl Reichshofrath ſeinen Pflichten und Schuldigkeit nach in allen Juſtizſachen der Ordnung nach fürzugehen, bald gehemmet ſeyn würde; erachtet derſelbe ohnmaßgebigſt, wie Eure Kaiſerl Majeſtät ſich mit der bloſſen Mißkennung und Bereuung *) des Herrn Churfürſten keineswegs begnügen können, ſondern alle weitere Satisfaction anzuverlangen benöthiget ſeyen, und wie das factum publicum geweſen, auch die Genugthuung des verletzten Kaiſerl. Anſehens öffentlich ſeyn müſſe, dahero der ohnvorgreiflichen Meynung ſchließlich wäre, wie dem Herrn Churfürſten zu Pfalz nach anliegender formula concluſi zu reſcribiren, gedachten ſeinen Hofkammerrath und Amtskeller Jung von Hilſpach ſogleich auf Philippsburg dem daſigen Commandanten verwahrlich zu ſtellen, damit Eure Kaiſerl. Majeſtät ſodann die nöthige weitere Ahndung (ſo Euer Kaiſerl. Majeſtät nach Allerhöchſt Deroſelben Belieben Selbſten zu beſtimmen geruhen wollen) mit demſelben fürzukehren vermögeten: ſo jedoch zuvorderſt gehorſamſter Reichshofrath Euer Kaiſerl. Majeſtät zu Allerhöchſt Deroſelben allenfalſiger allergnädigſter Genehmigung allerunterthänigſt vorzutragen ſeiner Schuldigkeit zu ſeyn glaubet und ſich anmit zu Allerhöchſten Hulden und Gnaden allerunterthänigſt empfiehlet.

Placet.

Joſeph.

*) ?

XXV.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Eurer Kaiſerl. Majeſtät ſiehet gehorſamſter Reichshofrath wiederholt allerunterthänigſt vorzutragen ſich bemüßiget, wie in gegenwärtiger Sache deren Reichsritterſchaftlichen Unterthanen zu Maſſenbach gegen ihren einen Condominum G. W. v. Maſſenbach dieſelbe bereits Anno 1767. allerhand Beſchwerklagen in bloſſen Civilſtrittigkeiten gegen jenen vor der Reichsritterſchaft in Schwaben Orts Creichgau als der behörigen Ortsobrigkeit an und vorgebracht, nachdem aber bald darauf Anno 1768. durch Verleit- und Verhetzung des einen Condomini Joſeph von Maſſenbach hievon ab und unter deſſen Anführung, und unanſtändigen Betragen mittelſt denen rechtswidrig höchſt verpönten Recurſen an Churpfalz als Lehenherrn gegangen, daſelbſt auch alle Unterſtützung von Pfalz aus ihnen gereichet, und dadurch geſteiſet, aller Gehorſam denen reichsritterſchaftlichen Befehlen und Geboten entſaget worden ſeye, dergeſtalten, daß dieſelbe nach Auſſerachtlaſſung aller auf reichsritterſchaftliche Anzeigen an ſie erlaſſenen Kaiſerlichen Dehortationen und Ermahnungen nicht anderſt als mittelſt würklich wiederholten Kaiſerl. Militarexecutionen zur ſchuldigſten Parition der Kaiſerlichen mehrfältigen Verordnungen gebracht, und die vollſtändige Ablaſſung ihrer Widerſetzlichkeit anerſt Anno 1773. erlanget werden können, wo ſie ſämmtliche Renitenten endlich ſich einander ſubmittiret, von allem Recurs und Anhang an Churpfalz abgeſtanden, ſich auch nicht mehr künftighin dahin zu wenden, unter

 werk-

werkthätiger Bereuung ihres Fehlers und Ungehorſams zugeſaget; als worüber bereits das behörige an die Reichsritterſchaft anwieder erlaſſen worden. Gegen obgedachten Joſeph von Maſſenbach, als den Autor und Urheber des ganzen Recurſes der Unterthanen an Churpfalz, in deſſen Militärdienſten derſelbe ſich befindet, wurde ebenfalls gleich Anfangs den 6. May 1769. mit dem ſchärfſten Verweiß per Reſcriptum fürgegangen, und ihm all weiterer Recurs der Unterthanen an Churpfalz bey der in der Reichsritterordnung und den Kaiſerl. Ritterſchaftl. Privilegien exprimirten Strafe von 50 Mark Goldes, und noch weiterer Schärfe ernſtlich unterſagt, ſo demſelben im Januario 1770. auch richtig inſinuirt worden. Den 16. Aug. eod. Anno war ihm dahero ex officio ein weiterer Terminus 2. M. ad docendum de facta paritione präſigirt, damit es Kaiſerl. ſchärferer Verordnung nicht nöthig ſeye. — Deſſen ohngehindert derſelbe in nichts ſich gefüget, noch weniger ſeine ſchuldige Parition angezeiget, ſondern forthin mit allerhand Ausſchweifungen den Recurs der Unterthanen an Churpfalz ſoutenirt. Es war ihm ſofort per Reſcriptum ulterius de 21. Jun. 1771. hierüber ſeine Verantwortung ſub termino 2. M. ernſtgemeſſenſt abgefordert, mit der Auflage:

„Dem an Churpfalz genommenen Recurſe „quoad cauſas civiles alſogleich zu entſagen, „und wie ſolches geſchehen ſowohl, als wie „er dem Reſcripto Caeſareo de 26. März „1769. die ſchuldige Folge zu leiſten gedenke, „intra eundem Terminum gewiß anzeigen, „als im widrigen derſelbe nach abermahlig „fruchtloſer Verſtreichung *eo ipſo* ſeiner „Reichsohnmittelbarkeit vor verluſtigt, „und in die in Privilegiis Caeſareis enthaltene Poen von 50 Mark löthigen Goldes

„mit Vorbehalt weiterer Strafe, hiermit
„fällig erklärt ſeye, auch wegen Seque-
„ſtration und Einziehung ſeines Reve-
„nüen-Antheils an beſagtem Ritterguth
„Maſſenbach das nöthige verfügt wer-
„den ſolle."

zugleich aber der Reichsritterſchaft die Inſinuation deſſelben und zwar in Eventum per edictales, annebſt worin ſein Josephs Revenüenantheil an Maſſenbach beſtehe, wie viel auch daſſelbe betrage, mit zu berichten aufgegeben.

Hierauf berichtet nun Reichsritterſchaft, daß die Inſinuation per affixas edictales mit vollſtändiger Inſerirung in ſolche des Kaiſerl. Reſoluti den 20. Aug. 1771. würklich geſchehen, und beweiſet es auch das Commiſſionsprotocoll, noch ferners anbey anzeigend, wie gedachter Joſeph von Maſſenbach zwar noch vorhero ein mit beygelegtes Schreiben d. d. 18. Jun. an ſie erlaſſen, worinn er ſein Betragen in dieſer Sache vermeyntlich rechtfertigen wollen, ihnen aber noch unverborgen ſeye, ob er unterdeſſen, ſo mehr als nebſt andern verfänglichen Ausdrücken er darinnen ohne Scheu den Herrn Churfürſten zu Pfalz für ſeinen Landesherrn bekennet, die anbefohlene Verantwortung eingebracht, und dadurch dieſe unanſtändige Kaiſerl. alleiniger Gerichtsbarkeit, über den unmittelbaren Reichsadel entgegen laufende Aufführung verbeſſert habe; übrigens die Revenüen deſſelben nach angeſtellter Unterſuchung ſich jährlich nicht höher als etwa auf 342 fl. 46 kr. belaufeten. Wobey ſie ihr Gutachten dahin mit anhänget, daß in Caſu ſequeſtrationis ſeiner dieſer geringen Revenüen auf die Alimentation einer Gemahlin, und noch unverheurathether Töchter Rückſicht zu nehmen seyn würde, ſolche Adminiſtration auch wegen unausbleiblich

immer-

immerwährenden bevorſtehenden Eingriffen höchſt beſchwerlich ſeyn würde, wann nicht ihm zugleich nebſt Privirung der Jurisdiction der Aufenthalt in Maſſenbach verboten, und ihnen die Gewalt ertheilt würde, auf dem Betretungsfall ſich ſeiner Perſon zu verſichern, und ihn auf einer Veſtung nach dem Verhältniß ſeiner über die Alimentation ſeiner Gemahlin und Töchter noch reſtirenden Einkünften verpflegen zu laſſen.

Votum.

Gehorſamſter Reichshofrath ſeines Orts findet allerdings, daß ſein Joſeph von Maſſenbach obangezogenes Schreiben, obſchon es zwar vor der Inſinuation des letzteren Kaiſerl. Reſcripts den 18. Jun. 1771. datirter erlaſſen worden, darinn er auf allen Seiten, wodurch er ſeinen Recurs zu vertheidigen ſuchet, den Herrn Churfürſten ſeinen Lehen und Landesherrn nennet, ſchon genugſam zeige von deſſen beharrlichen Widerſetzung gegen den Kaiſerl. Befehl, dem er ſtatt der ſchuldigen Folge auch noch ſeit 1769. ſo gerade zu entgegen handelt. Deſſen contumacia iſt aber annebſt ſo beharrlich, daß er mit keinem Buchſtaben bis hieher bey Eurer Kaiſerl. Majeſtät einkommet, dadurch ſich dann deſſen Beharrung auf denen in obigem Schreiben aufgeſtellten pflichtwidrigen Principiis mehr als ſtandhaft erweiſet, woraus eben zugleich erſichtlich, wie wenig er im Stande ſey, ſich über die facta anteriora zu verantworten, als wann er auch würklich auf das letztere Kaiſerl. Reſcript eine Verantwortung einreichen wollte, doch ſolch alles, was er ſagen könnte, eben durch obiges Schreiben wieder niedergeſchlagen würde.

Derſelbe iſt dahero der ohnmaßgeblichen Meynung, daß, wo bey dieſer Sache es um Soutenirung eines

eines ſtandhaften Principii pro Juribus Caeſaris et Imperii zu thun ſeyn will, bey einer ſolchen Inſolenz dergleichen Verächter Kaiſerl. Verordnung keine Nachſicht verdienen, nunmehr das praejudicium comminationis zu puriſiciren, er Joſeph von Maſſenbach per Concl. Caeſ. nun wegen ſeines beharrlichen Ungehorſams gegen die Kaiſerl. Verordnung — und pflichtwidrigen Vergehung vorhin angedroheter maſſen ſeiner Reichsohnmittelbarkeit *in contumaciam* vor verluſtig zu erklären, und in die Poen von 50 Mark löthigen Goldes zu condemniren, ſofort der Reichsritterſchaft aufzugeben wäre, dieſe Verluſtigung der Reichsohnmittelbarkeit ſämmtlichen Ortsmitgliedern bekannt zu machen, und demnächſt *per Edictales* zu publiciren, ſeinen Joſeph von Maſſenbach habenden Revenüenantheil aber zu ſequeſtriren, deſſen Frau und Kindern davon die nöthige Alimentation abzureichen, und von dem übrig bleibenden die verwürkte Strafe der 50 Mark löthigen Goldes, nach und nach ſucceſſive einzuſchicken, ſo zugleich dem *Fiscali Imperiali aulico* zu ſeiner Nachricht notiſiciret wurde. — Gleichwie aber mit dergleichen Privation fürzugehen in Reichshofraths alleinigen Mächten nicht ſtehet, ſtellet derſelbe ſolch alles Euer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſten allenfallſigen Genehmigung allerunterthänigſt anheim.

Aus eben ſolcher gefliſſentlicher Widerſetzlichkeit und Unterſtützung deren renitirenden Unterthanen bey Churpfalz dieſes Joſeph von Maſſenbach entſpringet aber der weiters in dieſer Cauſa zu betrachtende Nebenpunct, daß als im Febr. 1773. ein abermaliges Kaiſerl. Militärexecutionscommando von Philippsburg aus dahin nach Maſſenbach abgehen zu laſſen man benöthiget geweſen, ſolches ſogar im Durchmarſche des Churpfälziſchen Städtlein Hilſpach auf gewalt=

gewaltthätig und verächtliche Art und mit recht gutem Vorbedacht ſammt dem auf offener überall mit bewafneten Bauern beſetzter Straſſe angehaltenen Officier, und dem ritterſchaftlichen Marſch-Commiſſario daſelbſt zu umringen und arreſtirlich aufzubehalten von Seiten Churpfalz und daſigen Beamten ſich freventlich erkühnet worden, bey ſolchem Euer Kaiſerl. Majeſtät allerhöchſte Perſon ſelbſten beleidigenden, und dem Kaiſerl. Anſehen im Römiſchen Reich zu Verachtung des allerhöchſten Obriſtrichterlichen Amts als zu nahe tretenden öffentlichen Beginnen wurde auch ſogleich praevio von Eurer Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt genehmigten Voto dem Herrn Churfürſten zu Pfalz im April 1773. reſcribirt:

> Dem Amtskeller Jung von Hilſpach, als dem Urheber und Anſtifter dieſes höchſt ärgerlichen facti nacher Philippsburg an daſigen Kaiſerl. Commandanten hinüber ſtellen zu laſſen, damit Euer Kaiſerl. Majeſtät die weitere nöthige Ahndung und Beſtrafung gegen denſelben fürgehen laſſen könnten, als Eure Kaiſerl. Majeſtät wohl verſichert wären, daß dergleichen auf ſein Herrn Churfürſten Befehl und Vorwiſſen nicht geſchehen ſeye.

Hierauf erſtattet nun aber der Herr Churfürſt ſub praeſ. 19. April et 14. May 1773. an Eure Kaiſerl. Majeſtät ſeine unterthänigſte Anzeige dahin mit vieler Conteſtirung des äuſſerſten Mißvergnügens dieſes ohne ſein Wiſſen und Willen beſchehenen Vorgangs, daß er gleich auf Erfahren deſſelben noch vor Erhaltung obgedachten Kaiſerl. Reſcripts die Sache durch ſeine Regierung genau habe unterſuchen laſſen, und ſich befunden habe, wie blos allein der Stadtſchultheiß Senzenbach von Hilsſpach aus einem übertriebenen Dienſteifer, ſo die Unterlaſſung einer vorläu-

vorläufigen Benachrichtigung des Durchzügs ſothanes Executionscommando bey ihm veranlaſſet hätte, mit Uebereilung und Unwiſſenheit, nicht mit Vorſatz und Muthwillen, ſothane Handlung verhänget habe Anmit der Amtskeller Jung der Urheber und Anſtifter davon nicht ſeye, ſo mehr als er tempore facti in loco Hilſpach nicht einmal gegenwärtig, ſondern in Mannheim damals geweſen ſeye. Er Herr Churfürſt habe ſofort darauf gleich den 24. März, folglich noch vor Erkennung des Kaiſerl. Reſcripti ihn Senzenbach mit einer halbjährigen Suſpenſion von ſeinen Stadtſchultheiß- und Stadtſchreibereydienſten zur Strafe würklich belegt, bey dem er Herr Churfürſt es nicht bewenden, und noch weit ſchärfere Ahndung fürgehen gelaſſen haben würde, wenn er nicht auf deſſen Eheconſortin und Kinder die am meiſten darunter leiden würden, Rückſicht genommen hätte, ſo die Kaiſerl. Großmuth und Menſchenliebe ſich auch nicht entgegen ſeyn laſſen werde.

Dieſe angemeſſene Strafe für hinlänglich anzuſehen, und zu erkennen, ſomit es dabey bewenden, und dieſe Anzeige ad acta nehmen zu laſſen, Eure Kaiſerl. Majeſtät bittend, und noch weiters erſt ſub praeſ. 19. Nov. noch wieder, nach nunmehro verfloſſener halbjährigen Suſpenſionszeit ihn gedachten Senzenbach nun in ſeine vorige Dienſte einſetzen und wieder annehmen zu dörfen, bey Eure Kaiſerl. Majeſtät zuvörderſt anſuchet.

Votum.

Wenn man nun die vorherig über das vorgegangene factum ſelbſt eingezogene Nachrichten mit denen gegenwärtigen Anzeigen des Herrn Churfürſten zuſammen halten will, wodurch nunmehro alles alleinig auf den Stadtſchultheiß Senzenbach, ſeinen

Dienſt-

Dienſteifer und ein übereiltes Ungefehr, ſo die Unterlaſſung einer Requiſition des Durchmarſches ſothaner Kaiſerl. Mannſchaft bey ihm verurſachet hätte, geſchoben, Amtskeller Jung aber gänzlich heraus gezogen werden will, kann gehorſamſter Reichshofrath nicht verhalten, daß dergleichen Vorgeben annoch ſehr zu bezweifeln ſeye, indem nicht nur jenes Anziehen der Unterlaſſung einer Requiſition, oder nur vorgängiger Benachrichtigung eine gegründete Urſache und Verleitung des Stadtſchultheiſſen hierzu abgeben kann, als dergleichen, als ob eine Kaiſerl. Commiſſion bey Militärexecutionsverfügung die Landesherrn des Durchzugs wegen zu requiriren habe, ganz was neues wäre, wo Reichshofrath ſolche bloſſe Benachrichtigung bloß nur in ſofern nothwendig erachten kann, als wann die Executionsmannſchaft eine Veſtung, oder ſonſt mit regulärer Miliz beſetzten fremdherrſchaftlichen Ort zu paſſiren, dann, wann es in eines benachbarten Standes Land Nachtquartier, oder ſonſt Stillſtand macht, dergleichen keiner von beyden Fällen hier vorhanden war, in ſich auch allſchon ſolche Requiſitionsunterlaſſung nicht ſein des Stadtſchultheiſſen, ſondern des Amtskellers von Hilſpach, als an den und nicht jenen die allenfallſige vorläufige Benachrichtigung hätte geſchehen müſſen, ſeine eigentliche Sache geweſen wäre, ſondern auch nach den Umſtänden und Beſchaffenheit, womit ſolcher Vorgang begleitet geweſen, gar nicht grundmäßig dergleichen Factum von einem Subalternen minderen Diener alleinig unternommen worden zu ſeyn ſich präſumiren laſſen will und nach ſothanen vorherigen Nachrichten mehrfältig vorgekommen, daß er Stadtſchultheiß Befehl hierzu gehabt von dem Hofkammerrath und Amtskeller Jung, bis der weitere Befehl aus Mannheim anlange, daß ſie die Pfälziſche

Bauern

Bauern von ihrem Herrn Hofkammerrath dazu geſchickt ſeyen, daß ſie hierzu herrſchaftlichen Befehl hätten; vielmehr hängt nach allen in actis vorkommenden Umſtänden die Sache wohl folgendergeſtalt zuſammen: Daß ſothane Philippsburger Executionsmannſchaft, die bey dieſer Renitenz zum öſtern nach Maſſenbach hin und her ziehen müſſen, bey ihrem vorletztern Abmarſche und Rückzuge aus Maſſenbach im Nov. 1772. ſtatt ſie vorher nur die Hilſpacher Markung paſſirten, den Weg grade durch Hilſpach durch genommen, und zwar dergeſtalt, daß ſie im Ort ſelbſten einen Umweg vor dem Amthauſe vorbey genommen, ſo vor eine Bravade wenigſtens ausgedeutet worden, ein ſolches nun freylich nicht nur den Amtmann Jung, ſondern auch die Pfälziſche Regierung ſelbſt ſehr verdroſſen haben mag, daher man auf Rache gedacht, und bey ſuchender Gelegenheit das abermahl anruckende Commando wider deſſen Willen durch die aufgeſtellten Bothen durch den Ort geführet, wo von langer Hand her das auf ſolchen Fall aufgebothene Landvolk nicht allein aus dieſem, ſondern auch aus benachbarten Aemtern aufgepaſſet

Nach welch allem die Abſentirung des Beamten Jung ganz wohlbedächtig geſchehen ſeyn mag, und allerdings ſich glauben laſſen muß, daß Jung die Sache veranſtaltet habe.

Allein nachdem jedoch er Jung gleich bey ſeiner Retour in Hilſpach das factum des Stadtſchultheiſſen deſavouirt, in Ermangelung aber eines rechtlich andern Beweiſes, den Befehl dazu gegeben zu haben, nicht convincirt, und nach dem nehmlichen Grad der Wahrſcheinlichkeit er höhere churfürſtl. Befehle darzu gehabt zu haben ſich folgern laſſen mußte, wo doch er Herr Churfürſt keinen Antheil daran zu haben mittelſt letztern Reſcripts verſichert worden, in ſich auch, wann

nur die Satisfaction erhalten werde, auf wen immer der Churpfälziſchen Dienern ſolche hernach zum Opfer falle, genug ſeyn mag: iſt gehorſamſter Reichshofrath der ohnmaßgeblichen Meynung, am ſchicklichſten zu ſeyn, dieß Angeben des Herrn Churfürſten ſchon zu Vermeidung mehrerer Weitläuftigkeit vor wahr und bekannt aufzunehmen. An der Genugthuung ſelbſt jedoch erachtet derſelbe, nach der Gröſſe und Schwere der begangenen That, daß Eure Kaiſerl. Majeſtät keineswegs mit dem bisherigen ſich begnügen zu laſſen Urſach hätten, indem mit dieſer ledigen Suſpenſion zwar allenfalls dem Herrn Churfürſten, falls der Hilspacher Schultheiß Senzenbach ohne Ordre zu Werke gegangen ſeyn ſollte, Satisfaction geſchehen, die ſo grobe öffentliche Beſchimpfung deren Kaiſerl. Executionswaffen hierdurch aber nicht öffentlich wieder gehoben, und iſt demnach des Dafürhaltens, daß gedachter Schultheiß Senzenbach allerdings annoch nacher Philippsburg zur Leiſtung einer knienden Abbitte an den daſigen Kaiſerl. Commandanten ſiſtirt werde, wie dann auch aus Ritterſchaftlichem weiteren Commiſſionsbericht zu entnehmen, daß von daſigem Amt Hilſpach vor die Köſten dieſes arretirt geweſenen Commando von Reichsritterſchaftlichem Secretario Bauer noch vor deſſen Wiederloßlaſſung 84 fl. 2 kr. deponiret werden müſſen, deren Zurückgabe, falls es inzwiſchen nicht geſchehen, anzuverlangen wäre. Ein, ſo anderes ſofort Reichshofrath per Reſcriptum ulterius dem Herrn Churfürſten aufzugeben gedächte: So jedoch alles derſelbe Euer Kaiſerl. Maj. allerhöchſt eigenen Willensmeynung und Genehmhaltung allerunterthänigſt anheimſtellet, und ſich zu ferneren Kaiſerl. Hulden und Gnaden allerſubmiſſeſt empfiehlt.

XXVI.

XXVI.
Reichshofrathsgutachten
in Sachen
de Marteau Alexis et Maria Barb. Knaeps
Conjuges puncto legitimationis ad honores
vom Jahre 1771.

Allergnädigſter Kaiſer und Herr!

Maria Barbara Knäps, nunmehro verheurathete de Marteau, verehligte ſich Anno 1735. an Johann Dumont zu Lüttich. Wenige Jahre vergiengen, und es begab ſich ernannte Knäps von ihrem erſten Manne hinweg zu ihren Eltern. Es erhielt auch dieſelbe von dem Conſiſtorio zu Lüttich die Erlaubniß, bis auf fernern Beſcheid von ihrem Manne abgeſondert wohnen und leben zu können. Daraus entſtund ein Streithandel coram Officiali Leodienſi, indem Dumont verlangte, ſeine Ehegattin ſollte wieder zu ihm gehen, dahingegen dieſelbe auf die ſeparationem thori antrug: den 1. Febr. 1757. endlich convenirten beyde Theile dahin, daß jeder von ſelben ſeparationem thori et bonorum judicialiter anſuchte. Ob aber hierwegen eine Biſchöfliche Erkanntniß erfolget, iſt nicht, wohl ſoviel wiſſend, daß mehr benannte Knäps zu ihrem erſten Ehemanne, dem Dumont nicht mehr zurück gekehret, ſondern bey ihren Eltern, und nach ihres Vaters Tode bey ihrer Mutter

verblieben ſeye. Zu dieſer Zeit kam nun Sie mit ihrem jetzigen Ehemanne Alexis de Marteau advocato fisci der Lüttichſchen Ritterſchaft, welcher annoch ledig war, und in Lüttich wohnte, in Bekanntſchaft, von welchem ſie nachhero in der in franzöſiſchem Gebieth, doch Lüttichiſchen Biſtums liegenden Stadt Givet (wohin ſie um die Schwangerſchaft und Geburt zu verbergen ſich begeben hatte) annoch bey Lebzeiten ihres erſten Mannes Dumont einen Sohn gebohren, welchem den 26. Decemb. 1746. in der heiligen Tauf in der Pfarrkirche ad Beatam Virg. daſelbſt auf Angeben der Gevattersleute (als ob ſelbiger ein ehelicher Sohn eines ſicheren Franz Duroſſier und Maria Ludovica Homaitte wäre) der Name Franz Heinrich Duroſſier beygeleget worden. Nachhero wohnte dieſelbe bey ihrem jetzigen Ehemanne de Marteau, und gebahr Anno 1752. den zweyten Sohn zu Lüttich ſelbſt, welcher den 3. Jun. alldaſelbſt getauſt, und in das Taufbuch tanquam filius illegitimus Caroli Friderici Duroſſier, et Mariae Lamiere eingeſchrieben worden. Die in der heiligen Tauf dieſem Knaben beygelegte Nahmen waren Joh. Fried. den 3. Jan. 1758. ſtarb endlichen Dumont, und ließ ſofort den 9. ejusdem Menſis et anni Supplicant de Marteau und die nunmehro verwittibte Dumont praevia diſpenſatione Epiſcopali circa denunciationes in der Pfarrkirchen ad S. Severinum zu Lüttich nach chriſtcatholiſchem Gebrauch ſich prieſterlich einſegnen, indem de Marteau bis dahin immer ledigen Standes verblieben war. Während dieſer Ehe zeugten dieſe nunmehrige Eheleute nur annoch eine einzige Tochter, welche in der Pfarrkirche ad B. M. V. ad fontes zu Lüttich den 25. Sept. 1759. getauft, bald darauf aber geſtorben, und den 5. Decemb. begraben worden iſt.

Die

Die unehelich erzeugte vorbemeldten zwey Söhne ſind immittelſt die einzigen Kinder des de Marteau und ſeiner nunmehrigen Ehegattin, und weilen letztere ſchon bey ziemlichen Jahren, zeiget ſich auch keine Hofnung, daß mehrere Kinder nachfolgen werden. Beyde ſind chriſtlich auferzogen, und nach beygebrachten Zeugniſſen ad Studia verwendet worden. Damit aber ſie an ihrem weiteren Fortkommen nicht behindert werden möchten, kommen die Eltern, und bitten allerunterthänigſt pro clementiſſime ex plenitudine poteſtatis Caeſareae impertienda dictis ſuis filiis legitimatione plena ad effectus civiles, una cum Diſpenſatione, ſi opus, ut ſuccedere poſſint parentibus, et invicem, aut aliter utiliora auxilia, et gratias omnes, quibus plene Legitimationis Effectus nanciscantur, clementiſſime concedendo.

Votum.

Nun, Allergnädigſter Kaiſer und Herr, iſt es allerdings an dem, daß es lediglich auf Allerhöchſt Dero Gnade beruhe, ob denen Supplicanten in ihrem allerunterthänigſten demüthigſten Bitten willfahret werden wolle, maſſen disfällige Machtsvollkommenheit Ihro Kaiſerl. Majeſtät auſſer allem Zweifel zukommt. In gegenwärtigem Fall zumahlen um ſo unbedenklicher Supplicantibus willfahrt werden könnte, als a) de Marteau und ſeine Ehegattin mit andern in der Ehe erzeugten Kindern nicht begabet, auch die leztere bereits in denen Sechziger Jahren ihres Alters ſich befindet, ſchwerlich mehr eine andere Succeſſion zu hoffen, folglich in keine Weiſe einigen legitimenatis das geringſte Nachtheil hierdurch zugehet, auch b) gegenwärtig keine Frage über eine ſucceſſionem feudalem, ſondern lediglich um eine Succeſſion in

bonis mere allodialibus und über die davon abhangende Effectus civiles fürwaltet, mithin c) weder ein Conſens von Ag - oder Cognatis zu einer derley allenfalls ertheilt werdenden Legitimation nach Lehr derer Juriſconſultorum erforderlich, wohl folglich auch derſelben Adcitation nicht nothwendig iſt. d) Haben Supplicanten durch die auf Abſterben des Dumont legitime vollzogene Ehe die Maculam anteriorem in etwas purgiret, mithin e) alles gethan, was zu etwaniger Auslöſchung des vorhero begangenen Fehlers ihres Orts beſchehen können. f) Dem tritt bey, daß dem gemeinen Weſen immerfort beſſer mit Burgern, denen kein einziger Vorwurf zu machen, als welche einer Ausſtellung unterworfen, vorgeſehen und gerathen, überhaupt aber g) denen unſchuldigen Kindern zu gönnen ſeyn wird, wenn Ihro Kaiſerl. Majeſtät denenſelben die von ihren Eltern gebetene Allerhöchſte Gnade der nachſuchenden zu ihrem vorzüglichen Nutzen gereichenden Legitimation allergnädigſt zugewendet werden ſollte. Gehorſamſter Reichshofrath überſiellt dahero allerhöchſter Gnade Ihro Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt, ob ad preces Supplicantium, in ſoferne ſolche angebrachtermaſſen beſchaffen, die gebetene Legitimatio ad Effectus civiles aus Allerhöchſt Kaiſerl. Machtsvollkommenheit ertheilet werden wolle. Womit gehorſamſter Reichshofrath zu beharrlichen Allerhöchſt Kaiſerl. Hulden und Gnaden ſich allerunterthänigſt und allergehorſamſt empfiehlet.

Concluſum die 16. Maji 1771. Lectum vero et adprobatum die 18. Jun. dicti anni.

XXVII.

XXVII.

Einige Reichshofraths-Collegial-Principia über Proceß und Referirart.

I. Zeugenverhör betreffend.

Wenn eine Parthey bey Kaiſerl. Reichshofrath die Abhörung ſolcher Zeugen begehret, deren Jurisdiction bey Reichshofrath entweder ſtrittig oder gar als ungegründet angeſehen wird, ſo wird dem Petito des Impetrantis in ſo ferne deferirt, daß dem Reichshofraths-Secretario mit Zuziehung eines Protonotarii Commiſſio aufgetragen wird, die vorgeſchlagene Zeugen, wann ſie ſich vom Impetrante produciren laſſen, abzuhören und den Rotulum verſiegelt bey Reichshofrath einzugeben. Sollten aber einige von den producirten Zeugen exceptionem fori machen, ſo ergehet dießfalls eine Inſinuatio in Freundſchaft (NB. in Oeſtreichiſchen Landen), und ſodann hat Commiſſarius nur diejenigen zu vernehmen, die ſich gutwillig ſiſtiren.

Ita Concl. in Cauſa Dölln contra Neukirchen.

II. *Puncto Privilegii Impreſſorii.*

In dem Kaiſerl. Reichshofrath wurde den 20. Decemb. 1753. reſolviret, daß künftighin kein Privilegium Impreſſorium eher ertheilt werden ſolle, es ſeye dann von einer Univerſität, oder einem Stadtmagiſtrat, oder ſonſt einer creditirten Verſammlung oder Geſellſchaft eine Cenſur und Approbation beygebracht, oder das Werk ſelbſten in Originali vor der Expedition des Privilegii übergeben worden.

III. *Puncto Jurisdictionis Conſilii Imperialis Aulici.*

Wenn einer ex Gremio C. I. A. verſtirbt, ſo wird die Sperr von 2 Kaiſerl. Reichshofräthen nebſt Secretario, die der Präſident oder Vicepräſident, oder wer ſonſt das Praeſidium führet, benennet, vorgenommen. Wann aber eine Partey, die bey Reichshofrath in lite befangen, ob ſie gleich fürſtlichen Standes iſt, mit Tod abgehet, ſo geſchiehet die Sperr in communi forma per Secretarium. Ita obſervatum occaſione Mortis der Fürſten von Münſterbilſen.

IV. *Puncto ejusdem.*

Quaeritur: Ob ein Cammergerichtsaſſeſſor, der zugleich Immediatus iſt, bey Reichshofrath actione perſonali belanget werden könne?

Reſp. Im Reichshofrath führet man affirmando das Principium, weil der etwa dagegen anzuführende Art. 49. P. 1. C. G. O. nicht ſo zu verſtehen ſeye, daß das C. G. über ſolche Perſonen ihre Jurisdictionen

nen privative eines andern Reichsgerichts exerciren könne, ſondern dieſer Articul iſt nur von denen Untergerichten zu erklären, als von welchen die in angeführtem Articul benannte Perſonen allerdings ſo lange frey bleiben, bis ſie ihren ſtatum mutiren.

Ita concluſum diſſentientibus C. a. Kirchberg et B. a Senkenberg.

V. *Puncto ejusdem.*

Wenn in einem geiſtlichen Stifte das Capitul gegen einen auf ſolche Art verfähret, als nun der Princeps ſede plena zu thun befugt iſt, und auch das Capitul, weil es ſede vacante Principem vorſtellet, thun kann, derjenige aber, wider den es verfahren hat, das Capitul ſede plena bey dem Reichshofrath belanget; quaeritur: ob die Jurisdictio bey Reichshofrath fundiret, oder ob nicht das Capitul, weil es ſede plena unter den Fürſten gehöret, erſt bey demſelben zu belangen ſeye?

Reſp. Der Reichshofrath hält in tali Caſu ſeine Jurisdictionem pro fundata und iſt dieſes Principium durch ein praejudicium in Cauſa:

„Das Capitul zu Würzburg contra einen
„Goldmacher daſelbſt“

beſtättiget.

VI. *Puncto ejusdem.*

Das Kaiſerl. Hofmarſchallamt exerciret tempore Interregni die Jurisdiction nur proviſorie und nicht ex Jurisdictione ordinaria und zwar deshalben, da-

 mit

mit dem künftigen Reichshofrath, wenn er wieder beſtellt ſeyn würde, ſeine Jurisdiction ſalva bleibe.

Nota. Als ein Kaiſerl. Reichshofrathsagent tempore Interregni ſtarb, ſo nahm das Hofmarſchallamt pro ſalvanda autoritate Caeſarea die Sperr vor und beſtellte denen Minorennibus einen tutorem. Nach beſetztem Kaiſerl. Thron will der beſtellte tutor ſeine Vormundſchaft niederlegen, und thut desfalls die Anzeige behörig bey Reichshofrath und bat pro Conſtitutione eines andern Tutoris. Da wurde nun die Frage aufgeworfen: ob Reichshofrath den Supplicanten ſeiner Tutel entlaſſen und einen andern Tutorem conſtituiren könne, oder ob nicht zuvor die Cauſa recuſationis von dem Hofmarſchallamt unterſucht und von ihm hierüber Bericht erwartet werden müſſe? worauf von Reichshofrath, dahin concludirt worden:

„Daß dem Hofmarſchallamte Commiſſion „aufzutragen ſeye, die Cauſas recuſationis zu „unterſuchen und hiervon an Reichshofrath zu „weiterer Verfügung Bericht zu erſtatten.“

VII. *Puncto Laudemiorum.*

In Cauſa: Caroſio feudum Imperii concernens, ſo der Familie Lercari gehörig, iſt den 23. Aug. 1732. laut Annotationum des B Wucherer per unanimia reſolvirt worden, daß in Caſu, wo pater filio das feudum cediret, ein Laudemium anzuſetzen ſeye, und auch 3000 fl. angeſetzt worden, ex ratione, weilen die Exemtio nur in Caſu ſucceſſionis filii in haereditate patris ſtatt habe.

VIII.

VIII. *Nota.* Was ſowohl von einem Referenten, als auch von dem Reichshofrathsthürhüter *puncto* der reſolvirten *Laudemiorum* beobachtet werden muß.

1) Werden alle anzuſetzende Laudemia in ein beſonderes dazu beſtimmtes Buch eingetragen, welches von dem Reichshofrathsthürhüter in ſeinem Stübel vor der Rathsſtube an einem verſchloſſenen Orte beſtändig aufbehalten wird.

2) Sobald in Collegio ein Laudemium reſolvirt worden, muß der Referens in Cauſa, auf einem kleinen Zettel die ordentliche Rubric des quäſtionirten Lehens mit Anmerkung des Jahrs, Monats und Tags auch des Agenten Namen, imgleichen der angeſetzten Laudemialſumme, dem Herrn Reichshofrathspräſidenten Excellenz annoch ante finitam ſeſſionem im Rath überreichen, welcher Zettul dann von beſagt ſeiner Excellenz dem Thürhüter mit dem Befehl zugeſtellet wird, deſſen Innhalt in das Laudemialbuch einzutragen.

3) Muß jedes Laudemium auf ein beſonderes Blatt notirt, und

4) müſſen gleich darunter die in die reſolutionis ſowohl gegenwärtige als abweſende Participantes geſetzt werden.

5) Muß der Thürhüter, ſo oft er ein Laudemium eingetragen, ſogleich ſequenti ſeſſione das Laudemialbuch dem Secretario illius Expeditionis,

tionis, zu welcher die Inveſtiturſache gehöret, überreichen, welcher dann fleißig nachzuſehen hat, ob die praeſentes et abſentes participantes richtig angemerkt worden.

IX. „*Formula*, wie von einem Referenten „einem *Exſpectativario* das *Laudemium* angeſetzt und durch den Thürhüter inſinuirt „werden muß."

N. N. der Name des Reichslehens (Reichslehen in ſpec. Kaiſerl. Exſpectativarius N. N.)

Der Name des Expectativarii (puncto Inveſtiturae).

N. N. der Name des Reichslehens

Lehenbl. —

wurde in Conſilio referente me (nomen referentis) D — a — Laudemium reſolvirt pro fl. und mir aufgetragen, ſolches dem in Cauſa beſtellten Agenten N. N. zu bedeuten.

X. *Modus taxandi.*

1) Arrha, Bibalia, Neujahrspräſenten werden ausgeſtrichen.

2) Salarium paſſirt man entweder nach Convention oder aber nach Gelegenheit derer Parteyen Umſtände, oder der Arbeit. Das geringſte

ringſte iſt bey privatis 24 fl. — dagegen darf

3) Agens, ſo ein Salarium hat, weder pro ſollicitatura, noch rectificatione derer Schriften, noch Führung der Correſpondenz was in Rechnung bringen. Dahingegen ihm

4) das Porto a et ad Poſtam nach ſeiner beyzubringenden Buch-ſpecification, ut jurato geglaubet wird.

5) Schriftengebühren, ſo nach dem Bogen, zu 9 kr.

6) Ein Concluſum ad Acta zu ſchreiben zu 6 kr. oder wenn es gar groß iſt, nach der Bogenzahl taxirt werden.

7) Was in die Canzley oder ad Protocollum Secretarii ausgeleget, wird ganz zugeſtanden.

8) Expenſae vidimationum, und andere billige Auslagen pflegt man beſcheinigt zu paſſiren.

9) Advocatengebühren eben auf die Art, ſalva moderatione.

10) Agentibus läßt man vor kleine Sollicitatur, Exhibita ſi intra modum ſint, 30 kr. pro re nata auch 45 kr. ſed ſine Copialibus paſſiren, und für groſſe Exhibita, ſo ſie gemacht 2 fl. für einen manierlich geſchriebenen Bogen ſalvis Copialibus.

11) Reiſekoſten, Bothenlohn, Zehrungskoſten und dergleichen geſtehet man nicht zu, auſſer ſi Cauſa ſit maxime ſpecialis.

NB.

NB. Contrarium vide in Concluſo in Sachen Schöllers Erbgenahmen in ſpec. v. Schäsberg contra Hohenrathiſche Erben Appl. den 4. Nov. 1768.

12) Gratialia pflegt man denen Agenten auch nicht paſſiren zu laſſen, wenn ſie ſolche de jure gleichſam als ein Palmarium anſetzen.

13) Die Proceßkoſten wegen des Expenſarii müſſen den Agenten de regula erſtattet werden.

14) Von denen bloſſen Auslagen das Intereſſe.

XI. *Ad Proceſſum Mandati.*

Wenn ein Mandatum wirklich erkannt iſt, und der imploratiſche Theil kommt mit ſeinen Exceptionibus nicht, ſondern fährt mit Attentatis fort, ſo wird auf Anrufen Partis Implorantis ein Mandatum ulterius erkannt. Kommt aber Impetratus mit Exceptionibus ſub- et obreptionis ein, ſolche aber werden nicht vor erheblich geachtet, ſo wird rejectis Exceptionibus eine Paritoria erkannt, und wann Implorans noch mehrere Attentata anzeiget, wird paritoria cum extenſione ad Nova erkannt. Wenn aber die Exceptiones ad communicandum für erheblich geachtet werden, und von parte implorante neuere Facta und Attentata angezeigt werden: ſo wird ein novum Mandatum erkannt.

Ita Concl. in Cauſa Kraſt contra Lipple.

Kommen die Exceptiones ein und von parte implorante werden keine neuere facta angezeiget, die Exceptiones aber ad communicandum für erheblich

heblich geachtet ſind, ſo kann der Proceſſus Mandati, wenn die Exceptiones in Replicis nicht widerlegt werden, in proceſſum ordinarium erwachſen.

Wenn aber in einer Cauſa Mandati eine Paritoria in Contumaciam erkannt wird, und der Imploratus kommt nach erkannter paritoria mit ſeinen Exceptionibus ein, und richtet ſein petitum auf eine reſtitutionem contra paritoriam contumacialem, ſo werden praevia reſtitutione brevi manu facta, die Exceptiones parti Imploranti communiciret, und das Concl. folgendermaſſen abgefaßt, ut Concl. in Cauſa Auerſperg contra Furſtenberg.

„Praevia brevi manu facta reſtitutione con„tra paritoriam contumacialem communi„centur Exceptiones ad replicandum.

XII. *Caſus ſpecialis puncto Mandati.*

Die Juden Landauer hatten eine Forderung an die Reichsſtadt Reutlingen pr. 1250 fl. Capital und 1332 fl. 30 kr. Intereſſe. Um die Forderung zu erhalten, kamen die Juden bey Reichshofrath um ein Mandatum ſ. C. ein, welches auch erkannt worden. In denen Exceptionibus aber wurden als beſondere Umſtände angeführt, daß die Stadt wegen unerſchwinglicher Schuldenlaſt ein Concl. de 3. Aug. 1755. dahin von Reichshofrath für ſich erhalten habe, daß nach einem Anno 1744. gemachten Plan über die Capitalien und alle rückſtändige Intereſſen nicht ſobald denen Creditoribus in rechtlichen Wegen ſolle und könne an Handen gegangen werden, damit die Stadt ſich wiederum in etwas erhohlen möge. Vielmehr wäre der Antrag durch Vergleichsmittel

auf

auf Nachlaß an Capital und Intereſſe zu machen, da inzwiſchen die Stadt künftig keine höhern Zinſe als 4 p. C. zu reichen ſchuldig ſeyn ſolle. In gegenwärtigem Caſu offerirte ferners die Stadt denen Juden einen Vergleich mit dem, daß ſie das ganze Capital jedoch ohne Intereſſe bezahlen wolle, dieſe hingegen verlangten pro Toto 2000 fl. und die Stadt wollte endlich auf 1500 fl. ſich einlaſſen, womit aber ſich die Juden nicht begnügen wollten, ſondern Klage erhoben.

Weilen nun der Juden ihre Prätenſion liquid, darinnen ein Mandatum auch ſchon erkannt ware, folglich ſecundum tenorem legis durch Aufhebung des Mandats die Stadt à ſolutione nicht konnte liberirt werden, anderntheils aber in Anſehung des obigen Concluſi man auch der Stadt nicht härter an Leib gehen konnte, ſo wurde concludirt, 30. Jan. 1759.

„Suſpenſa ulteriori relatione fiat Commiſſio „Aulica ad tentandam amicabilem."

Hier iſt alſo ein Caſus Mandati, worinnen weder eine paritoria konnte erlaſſen, noch ob jam factam plenam probationem die Sache in proceſſum ordinarium eingeleitet werden.

XIII. *Puncto Appellationis.*

Wann eine Appellation bey Reichshofrath interponirt wird, und der Appellant ſeine Gravamina nicht deduciret, und den judicem a quo als Gravantem vorſtellen kann, in ſeinem Libello oder Gegenbericht aber nova beybringet, deren probationem oder deductionem er ſich vorbehält, ſo werden die

Appellationsproceſſe ob defectum Gravaminum zwar abgeſchlagen; jedoch aber wird mit dem an Judicem a quo gewöhnlich zu erlaſſenden Reſcripto notificatorio eine Verordnung erlaſſen, dem Appellanti über dieſes novum Gehör zu geben.

Ita concl. in Cauſa Amthan contra das Urſulinerkloſter.

Bey Reichshofrath wird das Principium geführt, daß ein Judex primae Inſtantiae contra lapſum fatalium ad appellandum e. g. Interpoſitionis nicht reſtituiren könne, ſondern daß dergleichen reſtitutio beym judicio ad quod geſucht werden müſſe, und allda ertheilt werden könne.

Ita concl. per Majora in Cauſa Wühand contra Oberpichl Diſſentiente Ref. D. a Gärtner.

Das fatale Introductionis wird bey Reichshofrath de die ad diem und nicht den Monat zu 30 Tagen, ſondern naturaliter gerechnet, computiret. Wenn pars appellans in termino reproductionis die proceſſus nicht reproduciret, pars appellata aber ohne in contumaciam zu klagen, ſchlechterdings um einen terminum ad excipiendum anſuchet: ſo wird dem Appellanten ex officio trnus 2. M. ad reproducendum Appell. Proceſſus ſub poena caſſandorum gegeben, das Appellant. Exhibitum aber interim ad Acta gelegt.

Ita concl. 12. Febr. 1759. in Cauſa zu Krüdendorf Dorfsgemeinde contra Dietherrn.

Wenn der Appellant über Nullitäten klagt, und ſonſten die Requiſita Appellationis nicht vorhanden,

 verlan-

verlanget R. I. de 1570. §. 69. auf ſolchen Fall ſummam appellabilem.

Bey Reichshofrath weis man nicht, daß Principia feſtgeſetzt ſeyen, ob dieſes nur von denen Nullitatibus ſanabilibus, oder inſanabilibus zu verſtehen ſey.

v. *Blum* p. 56. §. 16. Moſers Grundſätze 4. C. 15. §. 5. p. 148. §. 6. contra obſervantiam Reichshofr.

XIV. *Puncto Reſtitutionis in integrum.*

Wenn einer das Remedium Reſtitutionis in Integrum ergreift, ſo wird er in dem darauf abzufaſſenden concluſo ad Juramentum zugelaſſen, und ſodann muß er ſchriftlich um Anſetzung des Tags anſuchen.

Ita Obſ. in Cauſ. a Windiſch contra v. Scheppl Creditores.

NB. In benamßter Sache hat der Appellant, ſo wider ein Concl. Appellat. Proceſſus denegatorium das remedium reſtitutionis ergriffen, weder novas rationes noch nova documenta beygebracht. Weilen aber der vorige Referens eines von denen Gravaminibus bey ſeiner Relation nicht vorgebracht, und das hohe Collegium ſolches von dem Referente ſuper reſtitutionem zuerſt vernommen, ſo iſt er brevi manu ad reſtitutionem gelaſſen worden.

XV. *Puncto Reviſionis.*

Das Principium bey Reichshofrath iſt, daß in Cauſa reviſionis kein terminus weder ad producenda Man-

Mandata ſpecialia noch auch ad juſtificandum formalia gegeben werden ſolle, wohl aber kann ad producendum libellum gravaminum ein terminus gegeben werden, wenn wichtige Hinderniſſe beſcheiniget werden.

NB. Es iſt jedoch in Cauſa, Bibra Freyherrn contra die Gemeinde zu Schwabheim, terminus ad producendum libellum reviſionis gegeben worden, da die Gemeinde nur eine Cauſam generalem angeführet, nehmlich daß die Acta zu weitläufig wären, und der Libellus Reviſ. intra quadrimeſtre nicht verfertiget werden könne.

Concluſum per Majora.

XVI. Den *Modum extrahendi et referendi* betreffend.

So oft es auf keinen Spruch, ſondern aller menſchlichen Vermuthung nach nur auf eine Einleitung ankommt, können die Vorträge mit gutem Gewiſſen ganz kurz gemacht werden:

1) Wann ein Referens, e. g. in Cauſis Appellationum nach denen ſchon etablirten Collegialprincipiis, daß man vor Abforderung eines Berichts nicht leicht Appellationis Proceſſus erkenne oder abſchlage, aus dem eingekommenen libello gravaminum den Inhalt der ſententiae a qua und die etwa auch nur eine Wahrſcheinlichkeit habende Gravamina dem Collegio mit wenig Worten vorträgt, und zeiget, daß die Einhohlung des Berichts zu Erläuterung der Sache dienlich oder gar ohnentbehrlich ſeye.

2) Iſt nun der Bericht eingekommen und Referens der Meynung, daß man darüber den Appellanten forderſamſt hören müßte, ſo kann hierinnen abermalen vieles abgekürzt werden, wann die den Referenten zur Communication bewegenden Umſtände nur kürzlich dem Collegio vorgetragen würden. — Auf gleiche Art wäre

3) zu verfahren, da es weiters auf Erkennung der Appellationsproceſſe ankommt, welche ſodann in Proceſſum ordinarium eingekleidet werden.

4) In Cauſis, wo bereits ein Mandatum oder Reſcriptum erkannt worden, beſonders wo es nur um ein Objectum zu thun und nicht häufige Beylagen vorhanden, braucht es wohl oftermalen nicht viel Zeit, nach eingekommenen Exceptionen oder auch nach denen Replicis die Facta kurz zuſammenzuziehen und die erhebliche Momenta ad communicandum brevibus vorzulegen. Wie dann

5) in Citationsſachen es ebenfalls auf den kurzen und bündigen Vortrag des Libelli ankommt, wo ſodann die Sache den ordinären Lauf gewinnet.

6) In Reſtitutionsſachen, wo deren Zulaſſung vorauszuſehen, wäre genug, nach unterſuchten Formalien das in relatione voranszuſchickende Factum und die fundamenta decidendi kürzlich zu wiederhohlen, und alsdann die nova documenta oder fundamenta vorzulegen.

7)

7) Die Reviſionsſachen, deren formalia richtig, können noch mehr befördert werden, weilen ſelbſt nach Vorſchrift R. I. N. zu derſelben Erkanntniß ſchon hinreichend iſt, wenn auch nur ein Schein eines Gravaminis fürwaltet, und die höchſten Reichsgerichte angewieſen ſind, in Erkennung derſelben gar nicht difficil zu ſeyn.

Ita C. I. A. Praeſes C. ab Harrach in ſeinem Gutachten an Ihro Kaiſerl. Majeſtät den 2. Jun. 1768.

Hiegegen und zwar ad 3 et 4. erinnerte der Kaiſerl. Reichshofrath von Ueberacker, wegen der Kürze der Relationen könne überhaupt keine Vorſchriſt gegeben werden.

Bey der Relation eines Gegenberichts in dem Appellationsproceß und deren Replicarum in Cauſis Mandati et Reſcripti müſſen die Relationes etwas umſtändlicher vorgetragen werden, maſſen bey erſteren öfters nicht allein das Wohl des Appellaten, ſondern auch manchmal des Appellanten ſelbſten davon abhanget, daß die Appellationsproceſſe nicht ohne Noth erkannt, und dadurch ein langwühriger Proceß veranlaßt wird, welches aber ſowohl Caſu decernendorum proceſſuum eine ſolenniorem Cauſae cognitionem, mithin einen umſtändlichen Vortrag erfordert.

In Cauſis Mandati et Reſcripti aber, da beyde Proceſſus ſummarii ſind, iſt die Replik eigentlich die letzte Satzſchrift, ſo daß entweder darauf ſententia ergehen muß, oder wenn eine Communication erfolget, der proceſſus ex Summario in Ordinarium degeneriret, welches alſo ohne einen vollſtändigen Vortrag wiederum nicht geſchehen kann.

XVII.

XVII. *Formula Juramenti Paupertatis.*

Jurabitis per Deum et ad Sancta ejus Evangelia, quod (*Nomen Partis*) adeo pauper ſit, ut in Bonis tum mobilibus tum immobilibus tantum non poſſideat, quo Jura Cancellariae et Expeditionis nec non Advocati et Procuratoris Mercedem ſolvere valeat, quodque Bona ſua fraudulenter non alienaverit, et ſi ea (quae hic Judici aliter quaerit) obtinuerit, vel alias ad pinguiorem fortunam pervenerit, tunc id, quod dictorum Jurium et Mercedis Nomine competit, ſit unicuique ſoluturus, omni dolo et fraude remotis.

Quod mihi nunc praelectum eſt egoque probe intellexi, id ex parte mei Curandi N. N. ſic ſe habere juro, promittens reliqua, quae in memoratum Eventum reſervata ſunt, fideliter adimpletum iri. Ita me et memoratum Curandum meum Deus adjuvet et ſancta ejus Evangelia!

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Merkwürdige Reichshofrathsgutachten

Bd.: 3.

Frankfurt am Mayn (1795)

Bamberg, Staatsbibliothek -- Dipl.o.47(2#1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11442652-0
VD18 15512193-001